



Die

Staats-Umwälzungen

der

Jahre 1847 und 1848,

dargestellt

von

A d o l p h C a r l.

(Adolph Streckfuß.)

Zweiter Band.

Berlin, 1849.

Verlag von Albert Sacco, Georgenstraße Nr. 25.

Druck von C. Lindow in Berlin.

5.

Schon am Abend des 19. war eine Deputation der in Berlin anwesenden Polen nach dem Schloß gegangen, und hatte dem Grafen v. Arnim eine Petition an den König überreicht, in welcher sie um eine vollständige Amnestie aller noch in den einsamen Zellen des Staatsgefängnisses bei Moabit schmachtenden Polen bat. Der Minister hatte die Petition angenommen und versprochen, sie dem Könige zu übergeben. Auch mehrere tüchtige Männer, unter ihnen der Justiz-Commissarius Deyx und der Dr. Wöniger, hatten es sich angelegen sein lassen, für die schnelle Befreiung der so lange in Haft Befindlichen, Sorge zu tragen.

Um 1 Uhr des Nachmittags wurden den Gefangenen endlich die Thore ihres Kerkers geöffnet, endlich athmeten sie wieder die Luft der Freiheit, endlich waren sie ihrem Volke zurückgegeben, für welches sie so lange Zeit gelitten hatten.

Der Zug der Polen war ein wahrer Triumphzug, wie man einen solchen in Berlin wohl noch nie gesehen. Eine jubelnde, jauchzende Menge umgab die Befreiten, ihnen die herzlichsten Glückwünsche zurufend.

Mieroslawski und Liebelt, die beiden bedeutendsten Männer unter diesen Polen, waren von den öffentlichen Verhandlungen her allgemein bekannt, und ihnen jauchzte daher das Volk am meisten zu; sie bestiegen mit noch einigen anderen Polen einen Wagen, und der Zug setzte sich jetzt in Bewegung, der Universität und dem Schlosse zu.

Eine unermeßliche Menschenmasse, aus allen Ständen der Bewohner Berlins bestehend, begleiteten diesen Wagen, von welchem man die Pferde ausspannte, um ihn mit den Händen vorwärts zu ziehen. Je weiter man kam, um so lauter, um so enthusiastischer wurde der Jubel, das Entzücken. Aus allen Fenstern winkten, von schönen Händen geschwungen, den Befreiten weiße Tücher entgegen, auf allen Gesichtern las man die Freude über das Ende ihrer langen Haft.

Mieroslawski stand auf dem Wagen und hielt eine schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand, welche er schwenkte, und dadurch den begeisterten Jubelruf, der ihm unaufhörlich entgegentönte, erwiederte.

So zogen die Polen im Triumphe in die Stadt, nach der Universität, und hier hielt Mieroslawski mit begeisterten Worten eine Anrede an das Volk von Berlin, dessen hochherziger Gesinnung die Polen ihre Freiheit verdankten.

Er war so innig gerührt, so tief bewegt, daß ihm mitunter die Stimme zu versagen schien. Ein tausendstimmiges Hoch antwortete dieser Rede, und dann zog der Zug weiter dem Schlosse zu.

Der König erschien auf dem Balkon und mit ihm die Minister Graf Arnim, Schwerin und Bornemann. Als der Zug sich ihm nahte, grüßte der König freundlich, indem er

sogar mehrfach seine Mütze abnahm, und dankend erwiederte das Volk den Königlichen Gruß mit unendlichem Jubelruf.

Der Graf Schwerin sprach nun zum Volke einige Worte, worin er sagte: „Der König freue sich darüber, daß man ihm für den großherzigen Akt Königlicher Verzeihung danken wolle und sei auf dem Balkon erschienen, um diesen Dank entgegenzunehmen."

Ein lauter Jubelruf und einige von den Polen gesprochene Worte, welche man aber nicht recht verstehen konnte, unterbrachen den Minister, und erst nach einer längern Pause fuhr dieser etwa folgendermaßen fort: „Der König vertraue darauf, daß die Polen künftighin sich eng an Preußen anschließen würden, da sie sähen, von welchen Gesinnungen man gegen sie beseelt sei.

Wieder ertönte lauter Jubel und dazwischen einige nur halb verständliche Versicherungen der Polen, daß sie diesen Tag nie vergessen würden, und daß sie ihren Dank durch ein festes Zusammenhalten mit Preußen zum Schutze gegen Rußland beweisen würden. Auch Liebelt sprach einige sehr schöne Worte in diesem Sinne, welche aber leider nur einem zu kleinen Zuhörerkreise verständlich waren.

Berlin war allgemein in freudiger Bewegung. Der Abend kam heran, und wieder waren zur Feier der frohen Ereignisse sehr viele, ja die meisten Häuser festlich erleuchtet. Da wurde es Nacht und schon hatten sich die Bewohner der Residenz meistens zur Ruhe begeben, da tönte plötzlich der gellende Ruf: „zu den Waffen! zu den Waffen!" durch alle Straßen. Jener Ruf, der vom 18. her noch in so schrecklicher Erinnerung war.

Man wußte im ersten Augenblicke nicht, was geschehen

te, aber die Bürger Berlins waren auf ihrer Hut, sie woll-ten sich die nur in [illegible] erkämpften Freiheiten nicht ohne Kampf nehmen lassen, und wie ein Mann standen sie auch in jener Stunde da.

Alarmschüsse knallten aus allen Fenstern, der Ruf: „zu den Waffen! zu den Waffen!“ wurde immer [illegible] und schon nach wenigen Minuten sah man aus allen Häu-sern bewaffnete Bürger hervorkommen, die in aller Eile nur wenige Kleidungsstücke übergeworfen hatten, und nur kampf-bereit schienen.

„Was ist denn eigentlich geschehen? Gegen wen sollen wir uns bewaffnen?“ so hörte man allgemein erstaunt fragen. Die Antwort, welche die mit schnellen Schritten durch die Straße eilenden Männer gaben, war: „Baut Barrikaden, Bürger! der Prinz von Preußen ist mit der Armee im An-marsch auf die Stadt, schon ist er den Thoren nahe: aber wir müssen ihn blutig empfangen!“

Da wurden denn in höchster Eile an den verschiedensten Orten der Stadt Barrikaden errichtet, zu deren Vertheidigung immer mehr bewaffnete Bürger hinzuströmten. Man kam im ersten Augenblick gar nicht auf den Gedanken zu fragen, wo-her denn eigentlich das Gerücht von diesem fabelhaften Trup-penmarsche stamme, welches schon den ganzen Tag über in allen aufgeregten Köpfen gespukt hatte. Die Bürgerwehr kam endlich auf die Idee, nach denjenigen Thoren hin Patrouillen zu schicken, von denen aus man den Ueberfall befürchtete, und zwar waren es die Studenten, welche diese Maßregel zuerst ergriffen und energisch ausführten. Sie schickten Patrouillen zum Potsdamer und Halleschen Thore hinaus, welche bis weit über den Kreuzberg und Schöneberg gingen, und, nach-

dem sie dort natürlich keine Spur von anrückenden Feinden gefunden hatten, nach der Stadt zurückkehrten, um die aufgeregten Gemüther zu beruhigen. Ein junger Student zeichnete sich besonders durch Thätigkeit dabei aus, indem er zu Pferde durch alle Straßen jagte, und den Bewohnern derselben die beruhigende Nachricht brachte, daß sie durch ein leeres Gerücht aus dem Schlummer gestört worden seien.

Auch bis nach dem Schloß war die Nachricht von dem vermeintlichen Ueberfall gedrungen auch dort war Alles in Bewegung und Unruhe gebracht worden, welche aber bald sich legte, weil der König es sich angelegen sein ließ, die unnützen Besorgnisse der Bürgerwehr zu zerstören, indem er persönlich in Begleitung des Prinzen Adalbert in den Wachtzimmern erschien und den Bürgern sein Wort darauf gab, daß von einem Anrücken der Truppen gar nicht die Rede sei, er versprach sogar, auch das letzte Bataillon Infanterie, welches bisher noch im Schlosse zurückgeblieben war, aus der Stadt fortzuschicken, und sich selbst, so wie die Bewachung der Stadt, ganz der Treue der Berliner Bürger anzuvertrauen.

Eine solche Versicherung mußte wohl beruhigen und Friede kehrte daher überall zurück, die Barrikaden wurden verlassen und die Bürger Berlins leten sich zur Ruhe.

Erst am andern Morgen erfuhr man in der Stadt, daß das Gerücht vom Ueberfall des Prinzen von Preußen nicht, wie man anfangs geglaubt hatte, in Folge eines böswilligen Scherzes sich in der Stadt verbreitet habe, sondern daß in der That zwei nach Berlin zurückkehrende Postillone, welche die Nachricht vom Anrücken der Truppen gebracht hatten, von der Wahrheit ihrer Behauptungen völlig überzeugt waren. Es mochte dies Mißverständniß daher rühren, daß die in der

Nähe Berlins auf den Dörfern cantonirende Cavallerie vielleicht noch spät am Abend Signale zum Abfüttern gegeben hatte, welche von den Postillonen für Angriff-Signale gehalten worden waren.

Erst am Morgen des 21. wurde die allgemeine Ruhe wiederhergestellt. Die angefangenen Barrikaden wurden abgebrochen und die ganze Stadt gewann die Ueberzeugung, daß sie unnöthigerweise in Angst gesetzt worden sei.

Man fand an jenem Morgen an vielen Straßenecken Berlins eine Proklamation, welche großes Staunen unter dem Volke erregte, und für den Augenblick noch durchaus räthselhaft erschien, da man nicht wußte, von wem sie ausging. Die Proklamation lautete folgendermaßen:

„Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an. Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat Sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammt-Vaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem constitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen deutschen Nation!"

Eine Unterschrift fehlte dieser Bekanntmachung, aber dennoch schien dieselbe einen wenigstens halboffiziellen Charakter zu tragen, was dadurch noch wahrscheinlicher wurde,

daß, als die Druckerei, die Deckersche Geheime Oberhofbuchdruckerei genannt war.

Man glaubte dem Plakat, und eine große Menge Menschen zog nach dem Schloßplatz, um daselbst den König zu erwarten.

Hinter der Universität, im Kastanienwäldchen, waren an diesem Morgen die Studenten in großer Anzahl bewaffnet versammelt, um sich zu dem neuen Wachtdienst durch militairische Exercitien vorzubereiten. Da erschien plötzlich der Graf Schwerin in der Universität, und begab sich, begleitet von dem Rector und dem Prorector derselben, den Professoren Müller und Hecker, nach der Aula, wo sich unterdessen die sämmtlichen anwesenden Studenten versammelt hatten. Der Graf Schwerin hielt hier eine Rede an die Studenten, in der er ungefähr Folgendes sagte: „Der König wolle sich an die Spitze des constitutionellen Deutschlands stellen. Er wolle die Freiheit unter dem Schutze der constitutionellen Monarchie nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland; — er schloß mit den Worten: „Die Verantwortlichkeit der Minister lebe hoch!"

Ein lautes jubelndes Hoch war die Antwort der Studenten, dem noch ein Lebehoch auf den Grafen Schwerin, in welches alle Anwesenden aus vollem Herzen einstimmten, folgte.

Nach wenigen Worten des Dankes entfernte sich der Graf Schwerin, begleitet durch den lauten Beifall der Studirenden, von denen sich ein Theil gleich darauf nach dem Schlosse begab, um dort den König zu empfangen.

Auf dem Schloßplatze hatte sich mittlerweile eine große Menschenmenge versammelt, theils herbeigelockt durch die obenerwähnte Bekanntmachung, theils angetrieben durch das Ge-

fühl des Dankes für das edle Benehmen des Königs während der vergangenen Nacht. Die Menge wogte auf dem Schloßplatz bunt durcheinander, und wahrlich, sie bot einen ganz anderen Anblick dar, als vor 2 Tagen, wo vielleicht dieselben Menschen, welche jetzt jubelnd den König zu sehen verlangten, um ihm zu danken, denselben Ruf ausgestoßen hatten, um ihm die blutbefleckten Leichen derer zu zeigen, welche auf seinen Befehl durch seine Soldaten gemordet worden waren. Aber man hatte sich versöhnt mit dem Könige, und das ist eben der schönste Zug im Charakter des Berliner Volks, daß es nicht lange zürnen kann, daß es vergiebt und vergißt, wo es glaubt, Liebe und Vertrauen zu finden, aber dieser edle Charakterzug ist gerade der Grund, daß das arme Volk stets betrogen worden ist, weil es zu leicht zu vergeben und zu vergessen bereit war, weil es zu leicht vertraute. Noch waren die Opfer des 18. nicht beerdigt, noch lagen die blutigen Leichen in den verschiedenen Kirchen, und schon hatte das Volk von Berlin seinem Könige vergeben.

Mit lautem Jubelschrei verlangte das Volk den König zu sehen, und dieser erschien auch wirklich bald darauf auf dem Balkon und rief den Versammelten zu, daß er bald zu Pferde unter ihnen erscheinen würde. Er bat zu gleicher Zeit, es möge ihm Jemand eine schwarz-roth-goldene Fahne bringen, denn diese sei fortan sein Panier.

Dem Wunsche wurde sofort Genüge gethan. Man legte eine Leiter an ein Haus in der Breiten Straße, an welchem eine stattliche dreifarbige Fahne wehte. Ein junger Mann sprang schnell auf den Sprossen der Leiter in die Höhe, nahm die Fahne ab und brachte sie dem Könige.

Kurze Zeit darauf, es war um elf Uhr Mittags, bestieg

der König ein Pferd, um den vielbesprochenen Umzug in Berlin zu halten. Er war mit der Uniform und dem Helm des zweiten Garderegiments bekleidet, aber mit den deutschen Farben geschmückt. Die in Berlin anwesenden Prinzen, die Minister, so wie viele Generäle und mehrere tüchtige angesehene Männer begleiteten ihn, ein Mitglied der Schützengilde, Herr Krause, trug die schwarz-roth-goldene Fahne voran. Unter der Umgebung des Königs sah man auch den bekannten Dr. Stieber.

Der Zug bewegte sich mit musterhafter Ordnung und dem lautesten Hurrah- und Jubelgeschrei des Volkes vorwärts. Ueberall wurde der König von dem Jauchzen, von den Lebehochs der Menge empfangen, welche sich auf dem Schloßplatze mit einem wahren Enthusiasmus hören ließen, als fast in dem Augenblick, wo der Zug sich in Bewegung setzte, auf dem Schloß eine prächtige schwarz-roth-goldene Fahne aufgezogen wurde.

Gleich Anfangs richtete der König folgende Worte an das Volk, welche mit einem unermeßlichen Jubel aufgenommen wurden: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle; ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen constitutionellen deutschen Verfassung."

Nur mit Mühe konnte sich Anfangs der Zug Platz machen, da die ungeheure Menge von Menschen, welche auf dem Schloßplatz versammelt waren, sich dem Könige zudrängte, um ihn näher zu sehen, da die ihn Umdrängenden seine Hand

denen er im Wesentlichen das schon in den früheren Reden Erwähnte wiederholte, dann aber mit folgenden schönen Worten schloß:

„Bürger, ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes.*) Und nicht wahr, diese Herzen, diese Treue werdet Ihr mir schenken! Ich schwöre es Euch, ich will nur das Gute für Euch und Deutschland." An alle Wachen ritt der König heran und dankte für die ihm und der Stadt geleisteten mühevollen Dienste.

Nach dem langen Zuge kehrte der König nach dem Schlosse zurück und sprach hier noch viel mit seinen Begleitern über die Wünsche der Bürgerschaft in Berlin. Auf die Bemerkung, daß viele Bürger darüber unzufrieden seien, daß die Bürgerwehr allerdings die Gewehre, aber keine Munition erhalten habe und sich solche auch nicht verschaffen könne, da zu den großen Pistons die im Handel gangbaren Zündhütchen nicht paßten, erwiderte der König, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden solle, indem an die Bezirksvorsteher vollständige Munition mit passenden Zündhütchen vertheilt werden würde.

Auch die Minister besprachen sich mit den genannten Herren und versicherten diesen, daß der König, um den Bürgern sein Zutrauen zu beweisen, entschlossen sei, nicht eher wieder Militair in die Stadt zu rufen, als bis die Bürger selbst es zur Erleichterung des allerdings schweren Wachtdienstes wünschen würden. Die Truppen sollten dann auch

*) Der gütige Leser möge sich später bei der Einsetzung des Ministeriums Brandenburg dieser Worte erinnern! —

nur zu diesem Zwecke dienen, und es würde, wenn die Bürgerschaft eine Vorliebe für bestimmte Regimenter hätte, auch auf die in dieser Hinsicht ausgesprochenen Wünsche die größte Rücksicht genommen werden.

Kurze Zeit darauf mischten sich der König und der Prinz Albrecht noch einmal, und zwar beide zu Fuß, unter das Volk. Sie wurden mit dem größten Jubel, mit einem wahren Enthusiasmus aufgenommen, und der Friede zwischen dem Könige und den Bewohnern von Berlin schien völlig wiederhergestellt zu sein. Auch die folgende, am Nachmittage des 21. erschienene Proklamation erregte in den meisten Kreisen allgemeine Freude. Es lautet dieselbe wie folgt:

An mein Volk, an die deutsche Nation.

Wir vertrauen, sprach der König vor 35 Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland vor Schmach und Erniedrigung.

Mit Vertrauen spreche ich heute, in dem Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter dessen edelste Stämme sich mein Volk mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der Deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen.

Ich übernehme heute die Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen

Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.

Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages in einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten.

Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Ständeversammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, inneren und äußeren Gefahr ohne Verzug vorkehren.

Was heute vor Allem Noth thut, ist:

1. Aufstellung eines deutschen, volksthümlichen Bundesheeres,
2. bewaffnete Neutralitätserklärung.

Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzbarkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserm schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammtvaterlande zu erhalten.

Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr, wird die deutsche Stände-Versammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit.

Allgemeine Einführung wahrer constitutioneller Verfassungen mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit bewirken und zu befestigen im Stande sein.

Berlin, den 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf Arnim. v. Rohr. Graf Schwerin. Bornemann.
v. Arnim. Kühne.

Die Proklamation des Königs, sein Umzug durch die Straßen Berlins mit der deutschen Fahne haben in Deutschland und selbst in Preußen die verschiedenartigste Aufnahme, die widersprechendste Auslegung gefunden. In Berlin, in der im Freudentaumel, im Entzücken versunkenen Residenz erregte des Königs Eingehen in die Wünsche des Volks einen maaßlosen Enthusiasmus, die Berliner waren begeistert für ihren edlen König, sie glaubten damals, daß er nun wirklich mit vollem, glühenden Herzen sich der Sache des Volks anschließen, daß er jede Reaktion bekämpfen, die Revolution mit allen ihren Konsequenzen anerkennen werde.

Wir selbst, wir müssen es gestehen, ließen uns damals täuschen, auch wir träumten mit den entzückten Berlinern jenen schönen, beglückenden Traum von einem einigen Deutschland, von einem Fürsten, der sich ganz dem Volke hingiebt, sich ohne persönlichen Ehrgeiz nur als den ersten Beamten seines Volkes betrachtet, auch wir glaubten, die blutigen Tage des März wären eine ernste Warnung für den König gewesen und die-

ser werde fortan den alten Pfad verlassen, um fortzuschreiten auf dem ruhigen Wege der Reform. Man glaubt ja so gern, was man wünscht.

In Süddeutschland dagegen erregte der Umzug des Königs die maaßloseste Erbitterung. Man war es dort seit Jahren gewohnt, den König von Preußen als den Träger des Absolutismus zu betrachten und der Kampf am 18. März in welchem der König sein für die Freiheit kämpfendes Volk niederkartätschen ließ, war nicht geeignet diese Meinung zu zerstören.

Die Süddeutschen waren nicht befangen von dem Freudentaumel, dem Enthusiasmus des Glücks, der damals in Berlin herrschte, und sie sahen daher sehr wohl ein, daß ein einiges und freies Deutschland unter einem Kaiser gar nicht zu denken war, und daß König Friedrich Wilhelm IV. von allen Fürsten Deutschlands sich vielleicht am wenigsten dazu eignete, die immer lauter werdenden radikalen Wünsche des Volks zu erfüllen, die Süddeutschen wußten sehr wohl, daß des Königs romantischer, an mittelalterliche Formen hängender Sinn, seine Vorliebe für die Aristokratie, es ihm unmöglich machte, ein warmer Anhänger der Demokratie zu sein, und es erhob sich daher im Süden nur eine Stimme der Erbitterung und Entrüstung, als der Umzug des Königs und seine Absicht, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, bekannt wurde.

Die Redensart „Preußen geht fortan in Deutschland auf" verstand man ebenfalls im Süden sehr richtig, man wußte, daß sie nichts Anderes bedeuten sollte, als Preußen solle Deutschland beherrschen, oder eigentlich Deutschland solle preußisch werden. Auch in Berlin hat man dies später ein-

sehen gelernt, und längst ist den durch freudigen Enthusiasmus verblendeten Einwohner der Residenz der rosige Schleier von den Augen gerissen worden.

6.

Die Opfer des 18. März waren meist gleich, nachdem sie gefallen, von ihren Freunden und Mitkämpfern in Privathäuser gebracht worden, wo sie fast immer, wenn ihre Wunden nicht augenblicklich den Tod mit sich geführt, eine liebe- und theilnahmvolle Aufnahme gefunden hatten. Viele freilich waren nicht so glücklich gewesen; viele waren in dem Augenblick gefallen, wo die Barrikaden geräumt werden mußten und blieben dann der Barmherzigkeit der Soldaten überlassen. Diese Unglücklichen mußten auf dem kalten Straßenpflaster liegen bleiben und sich langsam zu Tode bluten. Ihre Leichen fand man dann am Morgen des 19. auf der Straße und brachte sie, wie wir bereits erzählt haben, nach dem Schlosse.

In den Privathäusern konnten die Leichen nicht liegen bleiben bis zu ihrer Beerdigung und sie wurden von hier aus meistens schon am Montag nach den verschiedenen Kirchen gebracht und dort öffentlich ausgestellt, damit sie von Verwandten und Freunden, welche die Ihrigen vermißten, recognoscirt werden könnten. In den Räumen dieser Kirchen entwickelten sich in jenen Tagen gräßliche herzzerreißende Scenen, welche auch selbst den Gefühllosesten zu Thränen rühren mußten.

Männer und Frauen gingen von Kirche zu Kirche, um die Züge der in jenen aufgestellten Leichen zu betrachten. Wer seit dem 18. März einen Freund oder Verwandten vermißte, der trat die traurige Wanderung an, und war

meist sicher den Verschwundenen an einem oder dem andern Orte zu finden.

Am Dienstag Nachmittag erschien an allen Straßenecken eine Bekanntmachung, in welcher der Vorschlag gemacht wurde, man möge die gefallenen Soldaten mit den gefallenen Bürgern zusammen an einem Tage, in einem Zuge, in einem Grabe beerdigen, aber dieser Vorschlag erregte eine allgemeine Entrüstung unter den Bürgern. Man war empört darüber, daß denen, welche durch die scheußliche Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen sich so verhaßt gemacht, welche ihren Tod bei der Vertheidigung der Tyrannei, beim Kampfe gegen ihre für die Freiheit aufstehenden Brüder gefunden hatten, dieselbe Ehre von Seiten der Bürgerschaft erwiesen werden sollte, als denen, deren vergossenes Blut uns den Sieg errungen hatte.

Die Anschläge wurden mit Wuth heruntergerissen und mit Füßen getreten, und hätte nicht an demselben Abende schon ein anderer Anschlag den Bewohnern Berlins verkündet, daß am Nachmittage des folgenden Tages die für die Freiheit gefallenen Kämpfer allein beerdigt werden sollten, so würde wahrscheinlich die schöne Feier des Mittwochs durch blutige Demonstrationen des Volkswillens gestört worden sein; zum Glück aber ging die Commission für die Beerdigung von ihrer ursprünglichen Idee ab, und verkündete dies durch einen Anschlag an allen Straßenecken, welcher die schon sehr erhitzten Gemüther wieder etwas beruhigte.

Es sollte noch manchen Monat dauern, bis die Berliner zu dem Einsehen kamen, daß nicht die Soldaten, die nichts Anderes sind, als die Söhne des Volkes, ihre Feinde waren, daß man nicht auf ihre Häupter Zorn und Haß häufen

dürfe, sondern daß es im Gegentheil die Aufgabe jedes vernünftigen und besonnenen Mannes sei, das Heer aufzuklären über sein Verhältniß zum Volke, es loszureißen von dem traurigen Irrwahn, daß es im Solde des Königs stehe und diesem gehorchen müsse, selbst wenn er den Bruder- und Vatermord befehle.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag hatte man die Leichen aus den verschiedenen Kirchen zusammengeholt und sie sämmtlich nach der sogenannten Neuen Kirche am Gensdarmenmarkte gebracht, von welcher aus die Beerdigung vor sich gehen sollte. Auch während des ganzen Dienstags wurden noch fortwährend mehr Leichen herbei geschafft, die Leichen derer, welche in den letzten Tagen an ihren im Kampfe des 18. erhaltenen Wunden gestorben waren.

Für die meisten Leichen hatte man am Dienstage schon Särge herbeigeschafft, nur etwa 40 lagen in ihrer ursprünglichen Kleidung auf einem Strohlager in der Nähe des Altars auf einem freien Platze; aber alle waren gewaschen und vom Blut gereinigt.

Am ganzen Dienstage und in der Nacht vom Dienstage zum Mittwoche drängte sich das Volk in großen Massen der Neuen Kirche zu, um in derselben Verwandte und Freunde aufzufinden, welche es seit dem Sonnabend vermißte, und gar mancher fand diejenigen, welche er suchte.

Scenen des furchtbarsten, herzzerreißendsten Schmerzes folgten an jenen schrecklichen Tagen sich in ununterbrochener Reihe. Hier sah man Wittwen mit ihren weinenden Kindern an den Leichen ihrer Gatten, eine unbarmherzige Kugel hatte den Kindern den Vater und zugleich den Ernährer geraubt; dort kniete in stiller Verzweiflung eine Mutter neben

ihrem einzigen Sohne, der ebenfalls ein Opfer jenes mörderischen Kampfes geworden ist. Vor wenigen Tagen verließ er sie frisch und gesund, heut sah sie ihn zum ersten Male und zwar als Leiche wieder.

Ein junger Geistlicher, welcher sich die schöne Aufgabe gestellt hatte, die Trauernden durch religiösen Zuspruch zu trösten, stand im vollen Priesterornate zwischen den Leichen; er war zuletzt so erschöpft, daß er sich kaum mehr aufrecht erhalten konnte.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch traf man nun endlich die Vorbereitungen zu der am folgenden Mittag angesetzten Trauerfeier. Hunderte von Arbeitern waren beschäftigt bei dem Scheine von Fackeln auf der großen Freitreppe einen riesenhaften Trauer-Katafalk zu bauen, welcher die Särge unserer gefallenen Brüder aufnehmen sollte.

Die prächtige Säulenhalle vor der Kirche wurde mit Trauerflor verziert, auch mit Blumen und frischem Grün. Ebenso wurden auch die Särge der Gefallenen von ihren Angehörigen mit Blumenkränzen geschmückt, selbst die der 33 Unglücklichen, welche nicht recognoscirt worden waren, und welche man daher beerdigen mußte, ohne nur ihre Namen zu kennen. Auch für sie hatten fromme Hände Blumenkränze gewunden und ihnen so ein Zeichen der Liebe mit ins Grab gegeben, welches ihre fernen Freunde ihnen nicht widmen konnten.

Am Morgen des Mittwoch wurden die Särge, 183 an der Zahl, auf den Trauer-Katafalk gebracht, und dort reihenweise aufgestellt; man bemerkte unter denselben auch 5 Särge, in denen Frauen ruhten und 2 mit Knaben, denn die Soldaten hatten weder die einen noch die anderen geschont.

Die Särge blieben am ganzen Vormittag des 22. März vor der Neuen Kirche öffentlich ausgestellt. Eine endlose Menschenmasse aus allen Ständen der Residenz wogte während dieser Zeit auf dem Gensdarmenmarkte auf und nieder. Fast alle Anwesenden waren in tiefer Trauer, welche sie auch noch 14 Tage lang trugen. Aus vielen Häusern wehten neben der dreifarbigen deutschen, schwarze Trauerfahnen, denn ganz Berlin betrauerte mit tiefem Schmerz den Tod der Helden, mit deren Blut wir uns die Freiheit erkaufen mußten.

So kam der Mittag heran, und der Trauerzug sollte nun eröffnet werden, eine wunderbar feierliche, herzergreifende Scene ging dieser Eröffnung voraus.

Eine tiefe, lautlose Stille herrschte auf dem mit Tausenden von Menschen besetzten Platze, als plötzlich in feierlichen Tönen ein Musikchor den schönen Choral „Jesus meine Zuversicht" zu spielen begann.

Die Musik war verhallt, da trat der Prediger Sydow vor den Altar des Trauerkatafalks und hielt eine tief ergreifende Rede an das Volk.

Der Prediger Sydow, der Mann, welcher später als Abgeordneter des Volkes in der Nationalversammlung auf der alleräußersten Rechten saß, welcher alle volksfeindlichen Verlangen der Regierung gewissenlos unterstützte, welcher gegen den Behrendschen Antrag die Anerkennung der Revolution betreffend stimmte und in seiner Rede gegen denselben die Theilnahme an der Revolution als eine unsittliche Handlung darstellte, derselbe Prediger Sydow hielt am 22. März eine treffliche Grabrede für die Gefallenen des 18. März, in welcher er unter Anderem sagte:

Traget sie hinaus die Brüder, welche gefallen sind in dem

Kampfe, der so segensreiche Folgen für das Vaterland gehabt hat, und der bestimmt ist, jetzt das Band der Liebe und Einigkeit um das ganze deutsche Vaterland zu schlingen. Lasset in der Ehrfurcht vor den Todten alle Gefühle, welche in der einzelnen Brust verschieden wogen, untergehen.

Das sind Worte des Herrn Sydow. So ändern sich die Menschen mit der Zeit.

Nach Herrn Sydow sprachen noch ein katholischer und ein jüdischer Geistlicher, dann setzte sich unter dem Läuten der Glocken der großartige Zug, an dem alle Gewerke, Deputationen verschiedener Städte, die Universität und sämmtliche Staatsbehörden Theil nahmen, in Bewegung nach dem Friedrichshain, welcher der Ruheplatz für die Freiheitshelden sein sollte.

Der Zug mit der endlosen Reihe von Särgen, 183 an der Zahl, bot einen imposanten Anblick dar, ihm folgten zuletzt mehrere tausend Arbeiter.

Zwischen diesen Arbeitern schritt einer, der in eine einfache blaue Blouse gekleidet war, vor dem aber die Bürgerwehr ehrfurchtsvoll präsentirte, der fortwährend durch das zahlreich versammelte Volk begrüßt wurde. Wo er erschien, nahm man den Hut vor ihm ab.

„Wer ist der Arbeiter dort in der blauen Blouse, den man mit Blumen bekränzt hat, den alle so ehrfürchtig grüßen?“ — so hörte man wohl einzelne unter dem Volke fragen.

„Es ist Gustav Hesse, der Held der Barrikaden!“ — war die befriedigende Antwort.

Und in der That, es war Gustav Hesse, es war jener Arbeiter, welcher, wie wir dem Leser bereits im ersten Kapitel

erzählt haben, das Volk so tapfer gegen das Landwehrzeug-haus in der Lindenstraße geführt hatte, und dessen Heldenmuth die Eroberung jenes wichtigen, die Kämpfer mit Waffen versorgenden Gebäudes ertrotzt hatte!

Etwas nach 2 Uhr begann der Zug sich durch die an beiden Seiten mit Bürgergarden besetzten Straßen zu bewegen, in denen eine ungeheure Volksmasse versammelt war, denn ganz Berlin hatte sich aufgemacht, um die herrliche Feier mit anzusehen; aber obgleich die Zuschauer allen, den niedrigsten wie den höchsten Ständen angehörten, herrschte doch, weil keine despotische Polizei gegenwärtig war, überall der beste Geist. Nirgends ist auch nur der kleinste Unfug, die geringste Unordnung zu rügen gewesen. Fast vier Stunden dauerte der Zug, dessen Spitze bereits im Friedrichshain angelangt war, während das Ende desselben noch auf dem Gensdarmenmarkte stand, und dennoch konnte sich das so oft als scandalsüchtig verläumdete Volk von Berlin so lange bezähmen! Gewiß der beste Beweis, daß nur durch die Polizei selbst die meisten früher oft gerügten Unordnungen gemacht worden sind.

Als die Spitze des Zuges nach dem Opernhause kam, wurde sie durch das auf der Treppe desselben aufgestellte Dom-Chor mit dem Choral „Jesus meine Zuversicht" begrüßt.

Jetzt näherte sich der Zug dem Schloß. Aller Augen waren auf den Balkon gerichtet, welcher nach den Zimmern des Königs führte: mit der gespanntesten Erwartung harrte man darauf, ob der König erscheinen, ob er die Leichen der im Kampfe gegen ihn Gefallenen begrüßen werde.

Schon war die Spitze des Zuges unter dem Balkon

und der König war noch nicht erschienen, schon murrte man im Volke, schon ließen sich manche Redensarten hören, welche den kaum geschlossenen Frieden wieder zu zerstören drohten, da öffneten sich plötzlich die Flügelthüren und der König erschien auf dem Balkon, als eben die ersten Särge vorübergetragen wurden. Er war in Generalsuniform und grüßend nahm er den Helm ab, als die Särge kamen. Der König sah schmerzlich angegriffen aus. Die Minister und Adjutanten umgaben den König, auch sie blieben natürlich entblößten Hauptes. Zwei große schwarze Trauerfahnen wurden zu beiden Seiten und eine dreifarbige etwa in der Mitte des Balkons grüßend herabgeneigt, als der Zug ankam.

Die Särge wurden, wie wir bereits gesagt haben, in einzelnen Abtheilungen getragen. Jedes Mal, wenn eine derselben vorüber war, trat der König in seine Zimmer zurück, kam aber sogleich wieder auf den Balkon, wenn die nächste Abtheilung der Särge vorübergetragen wurde, er blieb während dieser Zeit fortwährend mit entblößtem Haupte stehen.

Vom Schlosse aus ging der Leichenzug die Königsstraße entlang, über den Alexanderplatz, zum Landsbergerthore hinaus, dem Friedrichshaine zu, wo die ungeheure Gruft für unsere gefallenen Brüder gegraben war.

Die Sonne neigte sich ihrem Untergange zu, als der Zug im Friedrichshaine ankam. Das Grab, an welches kein bezahlter Arbeiter Hand gelegt hatte, da es aus Liebe für die Geschiedenen gegraben worden war, bestand aus vier langen unterirdischen Straßen, in deren Mitte eine viereckige Terrasse stehen geblieben war. In dieser ungeheuren Gruft

wurden die Särge neben einander beigesetzt, und mit Blumen bestreut, auf der Terrasse stellte sich die Geistlichkeit auf.

Der Prediger Sydow hielt eine treffliche Leichenrede, in welcher er auf die schöne Zukunft verwies, welche die Gefallenen durch das Opfer ihres Lebens uns erkauft hätten, freilich sei sie theuer erkauft, denn nicht ein Grab, sondern ein ganzer Kirchhof öffne sich vor unseren Augen; es sei darum aber auch um so mehr unsere Pflicht, mit Ruhe, Mäßigung und Kraft die errungenen Schätze zu wahren.

Der Bischof Neander segnete darauf die Leichen ein, und dann gab die Berliner Schützengilde den Gefallenen die dreimalige Ehrensalve über das Grab; und wahrlich es war eine Ehrensalve, denn die Schüsse krachten aus denselben Büchsen, welche in der Nacht vom 18. so manches tödtliche Geschoß auf die Feinde der Freiheit geschleudert hatten, sie wurden gegeben von den Schützen, welche sich in jener Nacht unverwelkliche Lorbeeren errungen haben.

Nachher hielt der Assessor Jung noch eine treffliche Rede.

Es war schon fast völlig dunkel, als die Versammlung, welche wohl aus beinahe 100,000 Menschen jedes Alters und Geschlechtes, jedes Standes, jeder Religion bestand, auseinander ging.

Zwei Tage später am 24. wurden Morgens 7 Uhr die am 18. März gefallenen Soldaten ebenfalls mit großer Feierlichkeit begraben, jedoch stand die Feier dieses Begräbnisses in gar keinem Verhältniß zu dem der gefallenen Bürger.

Ueber die Anzahl der an jenem Kampftage gefallenen Soldaten blieben die Bewohner Berlins lange in Dunkelheit. Alle Zeugen des Kampfes sagten einstimmig aus, daß im Ganzen bestimmt bei weitem mehr Soldaten als Bürger ge-

fallen sein müßten, wenn sich auch die Zahl der Ersteren nicht genau berechnen ließe, da die Gefallenen und Verwundeten von ihren Kameraden sogleich fortgeschafft worden waren.

Es fand diese Aussage allgemeinen Glauben und sie war auch in der That sehr wahrscheinlich, denn die Soldaten hatten stets auf offener Straße kämpfen müssen, während die Bürger durch Barrikaden geschützt waren und aus den Häusern hatten feuern können. Allerdings waren die Bürger meistens schlecht bewaffnet, nur Wenige hatten Schießgewehre, und diese Wenigen mußten sogar, da es ihnen an Munition fehlte, mit Nägeln, Stecknadeln, Stücken Eisen und ähnlichen improvisirten Geschossen ihre Flinten laden; allerdings hatten die Bürger keine Gefangenen ermordet, während viele gefangenen Bürger erst dann ihren Tod gefunden hatten, als sie sich durch ihre Wehrlosigkeit, durch die Banden, mit denen ihre Arme gefesselt waren, sicher wähnten; aber trotzdem glaubte man in Berlin doch allgemein, daß in einem Kampfe, in welchem mehr als 200 Bürger gefallen und gegen 400 verwundet worden waren, wenigstens eine entsprechende Anzahl Soldaten das gleiche Schicksal gehabt habe; man glaubte dies um so mehr, als in der Proklamation des Königs „An meine lieben Berliner" so wie in allen übrigen Bekanntmachungen der Regierung und der Freunde derselben, stets von der heldenmüthigen Tapferkeit die Rede war, welche die Regimenter in dem Straßenkampfe, bei der Erstürmung der Häuser und Barrikaden, bewiesen hatten; man glaubte es um so mehr, weil die maßlose Grausamkeit, die unmenschliche Mordlust der Soldaten gegen ihre waffenlosen Gefangenen stets dadurch entschuldigt wurde, daß die Truppen durch ihren großen Verlust in dem ungleichen Kampfe zu einer Wuth ge-

bracht worden wären, in welcher sie sich selbst nicht gekannt hätten.

Die Regierung zögerte fortwährend die Zahl der gefallenen Soldaten zu veröffentlichen, endlich am 15. April erschien in den Zeitungen eine Kriegsministerial-Bekanntmachung, welche die Zahl der Gefallenen auf 3 Offiziere und 17 Mann, der Verwundeten auf 14 Offiziere, 14 Unteroffizier, 225 Gemeine und 1 Chirurg angab.

Diese Bekanntmachung erregte in Berlin eine große Erbitterung und fand gar keinen Glauben; ob sie wahr ist, oder nicht, ist indessen bisher noch in keiner Weise festgestellt. Der allgemeinen Versicherung aller Theilnehmer am Kampfe gemäß, müssen bei weitem mehr Soldaten gefallen sein, auch spricht dafür folgender Artikel der Vossischen Zeitung, welcher von der Regierung niemals widerlegt worden ist.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Kriegs-Ministeriums vom 11. d. M., die Zahl der Todten und Verwundeten Seitens des Militairs aus dem Kampfe vom 18. und 19. c. betreffend, werden die Behörden gebeten, die Wahrheit oder Unwahrheit der in nachstehender Angabe enthaltenen Thatsache erforschen und das Resultat veröffentlichen zu wollen: Am 11. d. M. erklärte der hiesige Schiffer Maaß hier in Gegenwart der Unterzeichneten folgendes: In der Nacht vom 19. auf den 20. März c. fuhren zwei Schiffe Spree abwärts an meinem Kahne vorüber. Auf meinen Zuruf: „warum sie zur Nachtzeit ihre Kähne in Bewegung setzten und was sie geladen hätten?" antworteten mir die Schiffer: „„daß sie Militairleichen als Fracht eingenommen und weiter transportirten."" Die Fahrzeuge hatten einen solchen Tiefgang, daß das eine circa 1200 Centner das andere circa

800 Centner haben mußte, ein Gewicht, welches ungefähr auf 1200 noch bekleidete Leichen schließen ließe. — Man soll vorher mit dem Schiffer Borchardt wegen desselben Leichentransports zu unterhandeln versucht haben, wozu sich dieser aber nicht verstanden hat. Die beiden Schiffer aus Spandau, welche mir, wie angegeben, begegnet sind, kenne ich persönlich, doch weiß ich ihre Namen nicht, welche zu erfragen, indeß mir nicht schwierig sein würde."

Berlin, den 14. April 1848.

Plintzner. Schliewiensky. Julius Müller. C. Th. Popcke. O. Hoffmann. Puls.

7.

Die Leichen der Gefallenen waren begraben, und Berlin begann nach und nach wieder sein altes Aeußeres anzunehmen, nur die unzähligen schwarz-roth-goldenen Fahnen, welche aus beinahe allen Fenstern flatterten, gaben der Stadt noch ein ganz eigenthümliches Aeußere, und erinnerten an die Kämpfe, welche es gekostet hatte, um diese unschuldigen Farben in der Residenz zu zeigen.

Die deutschen Farben kamen, seit der König sie getragen, förmlich in Mode; da sah man fast Niemand auf der Straße, der nicht eine schwarz-roth-goldene Kokarde getragen hätte, selbst die ältesten Büreaukraten wagten es nicht, ohne dies Zeichen der Anerkenntniß der Berliner Revolution auszugehen.

Es entwickelte sich jetzt in den übrigen Tagen des März ein reges, politisches Leben, welches vorzüglich angeregt wurde durch die damals noch sehr kleine, radikal demokratische Par-

tei, und zwar zum Theil wider durch die Männer, welche den ersten Anstoß zur Revolution durch die Zelten-Versammlungen gegeben hatten.

In der Zeitungs-Halle hatte ein Anschlag die Literaten Berlins aufgefordert, sich im Hôtel de Russie zu vereinigen; aus dieser Literaten-Versammlung wurde aber ein offener Klub, der sich anfangs „der politische Klub", dann „der demokratische Klub" nannte, und besonders unter dem letzteren Namen eine historische Bedeutung für Berlin gewonnen hat.

Die Mitgliederzahl des politischen Klubs war anfangs gering; aber mit jedem Tage seines Bestehens wurde sie bedeutender, denn mit jedem Tage gewannen die demokratischen Ideen mehr Eingang im Volke.

Das Volk von Berlin stand durch die lange Unterdrückung, durch die unbarmherzig vernichtete Rede- und Preßfreiheit, unmittelbar nach dem 18. März, noch auf einer sehr niedrigen Stufe der politischen Bildung, es bot daher den Agitatoren beider Parteien, der reactionairen wie der demokratischen, einen sehr fruchtbaren Boden für ihr Wirken dar, und die Reaction, welche unter dem täuschenden Scheinnamen des früheren Liberalismus gleich in den ersten Tagen nach dem 18. wieder auftauchte, benutzte diesen Umstand, um das Volk aufzuhetzen gegen die Demokratie, und besonders gegen die jugendlichen Stimmführer derselben, die Literaten.

Anfangs gelang dies auch; die Demokraten, und besonders das Hauptorgan derselben, der politische Klub, kamen beim Volke, und besonders beim Bürgerstande, ganz und gar in Mißkredit; es wurde ein wirklich lächerlicher Haß gegen

jeden Menschen erzeugt, der das Unglück hatte, ein Literat zu sein — vielleicht gar einen großen Bart zu tragen.

Das wirksamste Mittel zur Verdächtigung der Demokraten war ein am 27. März durch die bekannten Herren Crelinger, Rüttge und Furbach unter dem Namen „Constitutioneller Klub" gebildeter Verein.

Die Tendenz des Klubs, wie sie in der ersten constituirenden Versammlung auf dem Potsdamer Bahnhofe durch den Sprecher Herrn L. Crelinger ausgesprochen wurde, ist etwa folgende:

„Kräftige Erhaltung aller am 18. März errungenen Freiheiten und ruhige Fortbildung der Errungenschaften; zu gleicher Zeit aber auch das entschiedenste Auftreten, sowohl gegen die Reaction, als gegen das Ueberstürzen der Freiheitsbewegungen."

Eine solche Tendenz war ganz nach dem Sinne der gemäßigt liberalen Partei im Staate, und diese schloß sich daher mit großem Eifer dem Klub an, dessen Wirken gewiß ein höchst segensreiches hätte werden können, wenn nicht leider auch Elemente ihm beigetreten wären, welche den Keim der Zerstörung in seinen Schooß gelegt haben.

Jene bureaukratische Beamten-Partei, welche vor dem 18. März mit dem verächtlichsten Servilismus ein Stützpunkt des Absolutismus war, hatte nach dem Freiheitskampfe die Farbe gewechselt, aus dem Schwarz und Weiß das Schwarz, Roth, Gold gemacht; die Gesinnung dieser Leute blieb natürlich dieselbe, aber sie schämten sich dessen ungeachtet nicht, die vollste Sympathie für die Freiheit zu heucheln, und dabei im Stillen für die Reaction zu wirken.

Auch diese Partei hatte sich dem Constitutionellen Klub

angeschlossen und ihm schon wenige Wochen nach der Revolution eine Richtung gegeben, welche der demokratischen geradezu entgegensteht, und einen starken Beigeschmack von Reaction hat.

Unter den Flügeln dieser Partei, welche sich nach und nach durch ihren geheuchelten Liberalismus das Vertrauen der gutmüthigen Berliner zu gewinnen wußte, gelang es dem Constitutionellen Klub leicht, sich in Ansehen und Einfluß zu setzen, und dadurch der Ausbildung radikaler, demokratischer Ideen im Volke Hindernisse in den Weg zu legen; auch trug der ungezügelte, rohe Enthusiasmus, mit welchem der Politische Klub, ohne Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse, der politischen Unbildung des Volkes, stürmisch vorwärts schreiten wollte, viel dazu bei, ihn bei dem Bürgerstande zu verdächtigen und verhaßt zu machen.

Aber dieser Haß sollte nicht von langer Dauer sein, denn lange vermochten die alten, versteinten Beamten die liberale Maske nicht vor dem Gesicht zu behalten, lange vermochten die Bürger nicht, ihr Ohr vor den ewigen Wahrheiten der Demokratie zu verschließen, und schon nach wenigen Wochen fand der Politische Klub täglich mehr Anhänger, täglich verbreiteten sich die Lehren der Demokratie mehr im Volke.

Die kleine demokratische Partei wirkte aber auch rastlos und unverdrossen; sie hielt Volks-Versammlungen, wenigstens zweimal in der Woche, meistens auf dem alten Ort, unter den Zelten; dessen ungeachtet sollte sie indessen doch sehr bald bei einer hochwichtigen Frage eine bedeutende Niederlage erleiden, dies war bei der Frage über die Zusammenberufung des Vereinigten Landtages.

Vor der Revolution vom 18. war der Hauptwunsch,

durch schleunige, an den Thron niederzulegende Erklärungen ꝛc. sich über den Beitritt zu unserem Antrage auszusprechen.

Es gilt, dem gesammten deutschen Vaterlande zu beweisen, daß die preußische Nation die Aufgabe vollkommen begreift, die ihr der gewaltig fortschreitende Geist der Zeit gestellt hat; es gilt, allen deutschen Stämmen Gewähr zu leisten, daß sie im vollen Vertrauen sich an Preußen anschließen können, ein Vertrauen, welches nur dann zu erwerben ist, wenn die Gesammtheit des preußischen Volkes ihre Stimme zu erheben vermag. Die Augenblicke sind heilig!!

Breslau, den 23. März 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

Auch der Rhein hatte zwei Deputationen geschickt, die eine kam von den Stadtverordneten und dem Magistrat der achtzehn rheinischen Städte, und bat um ein Wahlgesetz, welches jedoch dem Vereinigten Landtage vorgelegt werden sollte; die andere kam von der Bürgerschaft Kölns und forderte ganz besonders die Nichtbefragung des Landtages, sondern eine Gewährung der Volkswünsche aus eigener Machtvollkommenheit der Regierung. Die Antwort des Königs war der der Breslauer Deputation entsprechend.

Auch in Berlin war die Zusammenberufung des Landtages die Tagesfrage geworden; sie wurde in den Volks-Versammlungen besprochen und Adressen wurden an den König geschickt, welche die Octroyirung eines volksthümlichen Wahlgesetzes für eine sofort zu berufende National-Versammlung forderten. Aber vergeblich! —

Die constitutionelle Partei wirkte mit aller Macht der demokratischen entgegen und brachte entgegengesetzte Bittschriften um Einberufung des Landtages mit Tausenden von Un-

terschriften zu Stande, indem sie die Adreßbogen in den Bürgerwehr-Wachtstuben auslegte. So blieb es denn bei der alten Bestimmung.

Eine andere Frage, welche unmittelbar nach der Revolution auftauchte und alle Gemüther beschäftigte, war die: — Wie kann der Lohn der Arbeiter erhöht, wie kann für Arbeit der Arbeitslosen gesorgt werden? —

Auch über diese Frage ist viel gesprochen und geschrieben worden, besonders nahm sich die demokratische Partei, welche sich hauptsächlich auf die Arbeiter stützte, derselben an. Es wurden Volks-Versammlungen auf dem Schönhauser Exercierplatz nur für Arbeiter-Interessen gehalten, der Magistrat und die Stadtverordneten ernannten eine gemeinschaftliche Deputation, um sich mit denselben zu beschäftigen; aber dennoch ist im Ganzen wenig geschehen, außer daß eine allerdings ziemlich bedeutende Anzahl brodloser Arbeiter mit Erdarbeiten am neuen Kanal, in den Rehbergen und an anderen Orten beschäftigt wurden; aber diese Arbeiten waren meist so schlecht organisirt, daß sie ein ungeheures Geld kosteten, ohne sich im Geringsten zu verwerthen.

Die Lohnfrage wurde eben so wenig gelöst, denn wenn auch die meisten Fabrikanten und Arbeitgeber sich in der ersten Zeit nach der Revolution aus Furcht wirklich dazu verstanden, einen höheren Lohn zu bewilligen, so haben sie diese Bewilligung später doch meistens wieder zurückgenommen.

Von politisch wichtigen Ereignissen ist bis zur Zusammenkunft des Landtages nur wenig zu erwähnen.

Am 29. März ernannte der König statt des Grafen Arnim den früheren Landtags-Deputirten Camphausen zum

Minister-Präsidenten, und eine andere Größe des Vereinigten Landtages, Herrn Hansemann, zum Finanz-Minister.

Darüber war große Freude in Berlin, und noch erhöht wurde dieselbe, als am 30. März die folgende Bekanntmachung des neuen Ministeriums erschien:

„Ew. Königl. Majestät haben durch die Proclamation vom 21. März dem Volke den Willen zu erkennen gegeben, eine wahre constitutionelle Verfassung, mit Verantwortlichkeit der Minister, einzuführen, und damit ausgesprochen, daß, wie Ew. Majestät seit dem Antritte Allerhöchstihrer Regierung lediglich von dem Wunsche geleitet waren, das Wohl des Volkes zu begründen und zu erhöhen, wie dazu die allmälige Entwickelung der ständischen Verfassung zu freieren Staatsformen als der richtige Weg von Ew. Majestät anerkannt wurde, auch nunmehr derselbe Wunsch Ew. Majestät beseele, hingegen die Ueberzeugung gewonnen sei, daß zu dessen Erfüllung der bisherige Weg verlassen und an die Umgestaltung der Verfassung mit Muth und Kraft die Hand angelegt werden müsse.

Ew. Königl. Majestät, fest entschlossen, mit der dem ganzen Volke bekannten Treue und Standhaftigkeit, der gewonnenen Ueberzeugung entsprechend, zu handeln, haben uns mit der Vorbereitung der nothwendigen Maßregeln beauftragt, und wir glauben den Absichten Ew. Majestät zu begegnen, indem wir uns sofort für alle unsere Maßnahmen der künftigen Volksvertretung verantwortlich und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen unterworfen erklären. Wir sehen es als unsere erste Pflicht an, die Folgen des Rathes, den wir ertheilen werden, allein auf unsere Häupter zu laden, damit Ew. Majestät, über das wogende Treiben des Augen-

blicks erhaben, in unantastbarer Ruhe die Entschließungen fassen können.

Unverweilt werden wir die Ehre haben, Ew. Majestät die zunächst erforderlichen Vorschläge, rücksichtlich der Landes-Verfassung, vorzulegen, und wenn inzwischen weiterhin, wie seither in reichem Maaße geschehen, unmittelbare, die Verfassung betreffende Anträge schriftlich oder mit der Bitte um persönliches Gehör eingehen, so stellen wir Ew. Königl. Majestät gehorsamst anheim, für jetzt uns zu ermächtigen, die Ansuchenden mit Vorbescheid zu versehen, damit auf uns diejenigen Gefühle sich richten, welche entstehen können, wenn den Anträgen nicht, oder nicht unmittelbar willfahrt werden kann.

Berlin, den 30. März 1848.

(gez.) Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald.
Bornemann. Hansemann. von Reyher.

An
Se. Majestät den König.

Diese Bekanntmachung erregte allgemeine Freude, denn jetzt war man vollkommen überzeugt davon, daß es der Regierung ernst mit einer freisinnigen Constitution sei: die guten Berliner wußten damals noch nicht, daß Minister-Verantwortlichkeit nichts ist, als eine leere Phrase ohne Behörden, welche muthvoll und freiheitsliebend genug sind, strafbare Minister zur Verantwortung zu ziehen, ohne Gesetze, welche die Machtvollkommenheit der Minister bestimmen; erst viel später haben die Berliner dies einsehen gelernt nach manchen traurigen Erfahrungen.

Mit großen Erwartungen schaute das ganze Land auf das Ministerium Camphausen, von welchem es ein kräftiges

es zu erbauen gewesen wäre; dennoch können wir nicht umhin, dem Ministerium Camphausen gerade daraus einen Vorwurf zu machen, daß es in einer solchen Zeit die Rettung des Staates übernommen hat, da es doch fühlen mußte, wie wenig es seiner großen Aufgabe gewachsen war. Schwäche und Inconsequenz sind beim Privatmanne bedauerliche Charakterfehler, beim Ministerium aber, welches freiwillig die Verantwortung für alle seine Handlungen übernimmt, werden sie zu Verbrechen gegen den Staat. —

Charakteristisch für die Berliner ist es auch, daß schon nach nicht vierzehn Tagen nach der Revolution immer mehr und mehr der Wunsch in der Bürgerschaft laut wurde, es möchte wieder Militair in die Stadt einziehen, um der Bürgerwehr einen Theil ihres beschwerlichen Dienstes abzunehmen. Auch hiergegen kämpfte die radikale Partei an, aber eben so vergeblich, wie gegen die Einberufung des Landtags. Vergeblich warnten die Demokraten, daß man hierdurch der Regierung eine neue Concession mache, — das Militair wurde einberufen und sogar höchst festlich mit Blumen und Kränzen empfangen.

Am 29. März zog das 24., am 30. das 9. Infanterie-Regiment in Berlin ein.

Die Bürger Berlins waren zu dieser Nachgiebigkeit gegen die Regierung hauptsächlich mit durch eine schöne Rede veranlaßt worden, welche der König in Potsdam zu den Officieren der Garde gehalten hatte und welche in Berlin einen allgemeinen Jubel erregte, denn sie gab nach der Meinung der guten Berliner, welche immer noch Worte für Thaten hielten, den sichersten Beweis ab, daß der König sich ganz

in den Geist der Zeit gefunden habe, daß er fortan in demselben fortschreiten werde.

Diese Rede des Königs paßt so trefflich zu den späteren Handlungen der Regierung, zu der Ernennung des Ministeriums Brandenburg, der Auflösung der Bürgerwehr, der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin, daß wir nicht umhin können, sie dem gütigen Leser hier mitzutheilen. Wir bitten ihn aber, sie ja recht fest im Gedächtniß zu behalten, es ist oft gut, wenn man sich an dergleichen erinnert.

Der König hat ungefähr folgende Worte zu dem Offizier-Corps gesprochen:

„„Ich bin nach Potsdam gekommen, um Meinen lieben Potsdamern den Frieden zu bringen und ihnen zu zeigen, daß ich in „„aller Beziehung ein freier König bin, den Berlinern aber auch „„zu beweisen, daß sie von Potsdam aus keine Reaction zu befürchten haben, und daß alle die beunruhigenden Gerüchte darüber „„durchaus unbegründet sind. — Ich habe den gesunden und edlen „„Sinn treuer Bürger kennen gelernt, in Berlin ist bei dem „„Mangel an städtischen Sicherheitsbehörden die „„tiefste Ruhe. — Ich bin niemals freier und sicherer gewesen, als unter dem Schutze Meiner Bürger. Was ich gegeben und gethan habe, das habe ich aus „„vollster und freier Ueberzeugung gethan und längst vorbereitet, „„und die großen Ereignisse haben den Abschluß beschleunigt, „„und keine Macht kann und wird mich bewegen, das Gegebene „„zurückzunehmen; auch habe ich die Ueberzeugung gewonnen, „„daß es zu Deutschlands Heil nothwendig, Mich an die „„Spitze der Bewegung zu stellen. — In Berlin herrscht „„ein so ausgezeichneter Geist in der Bürgerschaft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist.

„„Ich wünsche daher, daß auch das Officier-Corps den Geist „„der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfaßt habe, und „„daß Sie Alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger „„sich bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten be- „„währt haben. Sollte in Berlin das Eigenthum gefährdet „„oder die Ruhe und Ordnung gestört werden, so wird in „„dem Falle, daß die Bürgerschaft Militair-Hülfe ver- „„langen sollte, Militair nach Berlin gezogen wer- „„den, um mit dem Bürger Hand in Hand gemeinschaftlich für „„Ruhe und Ordnung zu wachen; [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Beckerath, Lichnowsky, Bardeleben, Mewissen, Dyhren u. s. w. nennen wollen.

Diese Vorberathung giebt uns aufs Neue den deutlichsten Beweis, wie richtig die radikale Partei geurtheilt hatte, als sie sich der Zusammenberufung des Landtags widersetzte, denn was war von einer Versammlung zu erwarten, deren tüchtigste Mitglieder einen Beschluß fassen konnten, wie der erwähnte. Es liegt offenbar auf der Hand, daß jedes Vertrauen, welches man etwa noch zu dem Landtage hätte haben können, durch eine solche, aller Vernunft geradezu widersprechende Handlungsweise, vernichtet wurde, und es war daher leicht vorauszusehen, daß auch die Beschlüsse des Landtages selbst den Wünschen des Volkes nicht entsprechen würden, eine Voraussicht, welche sich bestätigt hat.

Vor der Zusammenkunft des Landtags kamen am 31. März und 1. April noch 3 Kabinetsordern, welche den Fürsten von Solms-Hohen-Solms-Lich zum Marschall der ersten, den Obristlieutenant a. D. von Rochow zum Marschall der zweiten Kurie und den Minister Camphausen zum Commissarius ernannten, und Oeffentlichkeit der Sitzungen gegen Eintrittskarten gewährten.

8.

Am 2. April, Mittags 12 Uhr, hatten sich im weißen Saale des Königl. Schlosses die Mitglieder des Vereinigten Landtages versammelt, nur wenige derselben fehlten, und zwar in der Herren-Kurie die Prinzen des Königl. Hauses, in der Drei-Stände-Kurie einzelne Abgeordnete.

Die Ministerbank war durch die Staatsminister Camp-

hausen, Graf v. Schwerin, Bornemann, Auerswald, Arnim, Hansemann und Reyher in der angegebenen Reihenfolge besetzt; auf der Zuhörer-Tribüne befand sich ein Publikum, welches meistens aus Zeitungs-Redacteuren und Correspondenten bestand.

Ein Viertel nach zwölf Uhr eröffnete der Ministerpräsident Camphausen die Sitzung mit einer Rede an die Versammlung, in welcher er auf die großartigen Ereignisse der letzten Monate hindeutete und die Versicherung gab, daß auch die Regierung es sich zur Aufgabe gemacht habe, den Weg der Neuzeit einzuschlagen; die Regierung lege indessen auf den Beirath des Landtags ein großes Gewicht.

Unmittelbar nach seiner Rede verlas Herr Camphausen zwei Propositionen der Regierung über ein neues Wahlgesetz und über einige Grundlagen der künftigen Verfassung.

Das Propositionsdekret über das Wahlgesetz ist ein Aktenstück von ganz ungeheurer Wichtigkeit und zwar besonders deshalb, weil die in demselben enthaltenen Ansichten im geradesten Widerspruch stehen mit denen, welche die preußische Regierung in neuster Zeit entfaltet hat. Es lautet dies Dekret folgendermaßen:

Propositions-Dekret.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c., entbieten Unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen Unseren Königlichen Gruß.

Um die Unserem getreuen Volke auf der breitesten Grundlage verheißene constitutionelle Verfassung in das Leben zu rufen, ist die **Vereinbarung ihres Inhalts mit einer beschlußfähigen Versammlung freigewählter Volksvertreter erforderlich.** Wir haben deshalb ein vorläufiges Wahlgesetz ent-

werfen lassen, welches die Vorschläge enthält, wonach diese Versammlung, welche der Natur ihrer vorübergehenden Aufgabe nach, eine Theilung in Kammern nicht zuläßt, zu wählen und zu bilden sein wird. Indem Wir diesen Entwurf dem in der bisherigen Gestaltung zum letzten Male vereinigten Landtage vorlegen lassen, empfehlen Wir dessen schleunige Erörterung, damit sich durch baldige Herstellung eines festen und volksthümlichen öffentlichen Rechtszustandes alle Segnungen erfüllen mögen, denen Wir Unser treues und edles Volk durch volle und wahrhafte Entwickelung einer freien Verfassung zuzuführen aufrichtig bestrebt sind! Diese Verfassung, deren Entwurf Wir der auf Grund des Wahlgesetzes neu zu bildenden Versammlung werden vorlegen lassen, soll nach Unserer Absicht, und um ihren Zweck vollständig zu erreichen, ihrer Form nach der überwiegenden Mehrzahl der constitutionellen Verfassungen Deutschlands sich anschließen, und mit den bis dahin getroffenen Vereinbarungen über die Bildung einer allgemeinen deutschen Bundes-Verfassung in Einklang stehen.

Gegeben Potsdam, den 2. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. von Arnim. Hansemann. von Reyher.

Ueber das Wahlgesetz selbst ist zu bemerken, daß in demselben jeder 24jährige Preuße, der nicht die Bürgerrechte verloren hatte, Armenunterstützung empfing oder in Diensten stand, Urwähler war, daß auf je 500 Seelen einer Gemeinde ein Wahlmann gewählt wurde und daß jeder landräthliche Kreis einen Abgeordneten zu wählen hatte. Bei einer Bevölkerung von 60,000 Seelen waren zwei und bei je 40,000 Seelen

mehr ein Abgeordneter mehr zu wählen. Wählbar zum Abgeordneten war jeder 30jährige Preuße, der nicht die Bürgerrechte verloren hatte oder Armenunterstützung empfing.

Die Proposition über einige Grundlagen der künftigen Verfassung enthielt eine Aufhebung der Zeitungscautionen und der Ausnahme-Gesetze über einen besondern Gerichtsstand, so wie der die Unabhängigkeit des Richterstandes beschränkenden Bestimmungen, die Zusicherung des freien Versammlungsrechtes, der Gleichberechtigung aller Religionen und die Bestimmung, daß der künftigen Volksvertretung die Zustimmung zu allen Gesetzen, die Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen solle.

Die Berathungen des Vereinigten Landtags begannen und es zeigte sich bei denselben sehr bald die merkwürdige Erscheinung, daß auch Leute in das liberale Horn bliesen, von denen man gerade das Gegentheil hätte erwarten sollen, selbst die Herren von Meding und Graf Arnim, Männer, welche unter der vorigen Regierung die Hauptstützen des Absolutismus gewesen waren, welche sich stets im tiefsten Schmutz des höfischen Servilismus bewegt hatten, selbst solche Männer erschienen ergriffen von dem Geiste der neuen Zeit. — Sie schienen es, — denn daß sie es nicht wirklich waren, das haben sie später hier auf das Genügendste gezeigt, sie haben bewiesen, daß, wie sie früher der Regierung schmeichelten und jeden ihrer Vorschläge unterstützten, mochten diese Vorschläge auch noch so freiheitsmörderisch, noch so unvolksthümlich sein, sie gegenwärtig die liberale Maske nur vornahmen, weil die Regierung selbst sie trug, weil ein Ministerium aus dem frühern Liberalismus an der Spitze des Landes stand.

Der Landtag zeigte sich deshalb geneigt, die Vorschläge der Regierung, des Ministeriums Camphausen zu unterstützen, wie diese Vorschläge auch ausfallen mochten; er hat dies deutlich genug durch seine Annahme fast aller Regierungspropositionen mit nur unwesentlichen Aenderungen bewiesen.

Das Wahlgesetz und das Gesetz über einige Grundlagen der künftigen Verfassung gingen in folgender Form, wie es auch von der Regierung bestätigt wurde, aus den Berathungen des Vereinigten Landtags hervor.

1.

Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w., verordnen, nach Anhörung Unserer, zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. In Erweiterung der Unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4. Nr. 1. des Gesetzes vom 17. März d. J. (Gesetz-Sammlung S. 69.) enthaltenen Vorschriften über die Cautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4. Nr. 4. findet auch auf neue Zeitungen Anwendung.

§. 2. Die Untersuchung und Bestrafung aller Staats-Verbrecher erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahme-Gesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. In dem Bezirke des Appellations-Gerichtshofes zu Köln tritt auch bei politischen und Preßverbrechen, so wie bei politischen und Preßvergehen, die Zuständigkeit der Geschwornengerichte ein.

§. 3. Die Verordnungen vom 29. März 1844, betreffend das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte, so wie das bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren (Gesetzsammlung S. 77. und 90.), treten in Beziehung auf den Richterstand außer Kraft.

§. 4. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden.

Ebenso sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen.

Alle, das freie Vereinigungsrecht beschränkenden, noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

§. 5. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig.

§. 6. Den künftigen Vertretern des Volkes soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 3. April 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Arnim.
Bornemann. Hansemann. von Reyher.

2.
Wahlgesetz
für die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c., verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Jeder Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezieht.

§. 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begrenzen haben, daß in einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören, und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächstgelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist.

§. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5. Jeder Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1.), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.

§. 6. Für jeden landräthlichen Kreis, so wie für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechzig Tausend Seelen, so werden Zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede fernere Vollzahl von vierzig Tausend Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundert Tausend Seelen Drei, für hundertvierzig Tausend Seelen Vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden.

§. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

§. 8. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats, und da, wo kein Magistrats-Collegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung des Wahlgesetzes zu erlassenden Reglement (§. 12.) feststellen. Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden in den Kreisen durch die Landräthe, und in den Städten, welche zu keinem land-

nämlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters geleitet.

§. 9. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreis-Wahlen in dem Hauptorte des Kreises. Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugrenzen haben.

§. 10. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instructionen nicht gebunden.

§. 11. Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung.

§. 12. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

§. 13. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staats-Anleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 8. April 1848.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Arnim. Bornemann. Hansemann. von Reyher.

Außer der Berathung dieser beiden Gesetze kamen noch zwei andere hochwichtige Gegenstände im Vereinigten Landtage zur Debatte.

Zuerst die Wahl der Abgeordneten zu dem in Frankfurt a. M. zusammenkommenden deutschen Parlament, dann die Beschaffung neuer Geldmittel für die außerordentlichen, durch die bewegte Zeit hervorgerufenen Staatsausgaben.

In letzter Beziehung beschloß die Versammlung, die Regierung zu ermächtigen:

1) auf außerordentlichem Wege zum äußern und innern Schutz der Monarchie eine Summe von 15 Millionen Thalern zu beschaffen,
2) zur Herstellung des Kredits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirthschaft Garantieen bis zum Gesammtbetrage von 25 Millionen Thaler unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst gestrebt werde, Verluste für den Staat, welche diese Garantieen zur Folge haben könnten, zu verhüten,

jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß das Ministerium der künftig zusammentretenden Volksvertretung sowohl für die Art der Auftreibung, als wie für die Verwendung des gedachten Geldes verantwortlich bleibe.

Am meisten für die Bewilligung des Geldes wirkte der als Haupt der Oppositionspartei auf dem frühern Landtage bekannte Herr von Vincke, der sich in einer brillanten, mit ungeheurem Jubel aufgenommenen Rede für die Bewilligung aussprach.

Die andere wichtige That des letzten Vereinigten Landtags war die auf den Antrag der Regierung vorgenommene

Wahl der Volksvertreter nach Frankfurt a. M., um so wichtiger, weil diese Wahl wieder aufs Deutlichste zeigte, daß der Landtag, trotz seines momentanen und scheinbaren Eingehens in die Bewegungen des März, doch weit davon entfernt war, seine Zeit begriffen zu haben.

Trotz der Vorstellungen einiger freisinnigen Abgeordneten, Zimmermann, Bornemann und Offermann, ging der Landtag auf den Antrag der Regierung ein. Er betrachtete sich als die wahre Volksvertretung und wählte die Abgeordneten nach Frankfurt.

Erst als es sich zeigte, daß die vom Landtag gewählten Abgeordneten im Frankfurter Parlament nicht als Vertreter des preußischen Volkes anerkannt werden würden, erst als die Regierung selbst dies einsah, und deshalb die Wahl annullirt zu sehen wünschte, erst da nahm der Landtag den einmal gefaßten Beschluß zurück und gab sich dadurch ein Zeugniß geistiger Armuth und blinder Folgsamkeit gegen die Regierung, wie dies wohl kaum früher eine Versammlung gethan hat.

Bei der im ganzen preußischen Staate so vielfach aufgestellten Frage: „Soll der Landtag zusammenkommen oder nicht?" war selbst den eifrigsten Vertheidigern des veralteten und abgestorbenen Instituts kaum eingefallen, demselben eine andere Wirksamkeit, als die der Berathung des Wahlgesetzes für die constituirende Versammlung zuschreiben zu wollen, und dennoch wagte es jetzt das Ministerium, diesem selben Landtag die Wahl der Vertreter des preußischen Volks in Frankfurt zuzutheilen, als ob ein Volk vertreten werden könnte durch Männer, welche nicht aus ihm selbst hervorgegangen, welche nicht von ihm selbst gewählt sind. Nicht einmal der Landtag selbst war ein Organ des Volks, sondern nur ein

Organ der städtischen und ländlichen Grundbesitzer, um wie viel weniger konnten die von dem Landtag für das Volk ohne dessen Befragung gewählten Abgeordneten als Volksvertreter betrachtet werden.

Das Ministerium bewies durch seinen voreiligen Schritt, den es ja auch später zurücknehmen mußte, wieder jene unglückselige Unkenntniß aller bestehenden Verhältnisse, jenes Festhalten an längst veralteten, früher als liberal gerühmten Prinzipien, welche die Zeit längst überflügelt hatte, von dem auch alle seine späteren Maßregeln den klarsten und überzeugendsten Beweis gegeben haben. Durch die Proposition vom 3. April legte das Ministerium Camphausen den Grundstein zu dem Gebäude unzeitgemäßer und reactionairer Regierungs-Erlasse, an welchem es fortan unablässig gearbeitet und durch welches es das Vertrauen, die Liebe und die Achtung der intelligenten Klassen des preußischen Volkes vollständig verloren hat.

Eine ähnliche Tactlosigkeit und Inconsequenz des Ministeriums Camphausen war es, sich durch den von einer Volksvertretung so weit entfernten Landtag Geldmittel bewilligen zu lassen, ein Recht, welches sicherlich der später einzuberufenden wahren Volksvertretung vorbehalten bleiben mußte.

Hätte das Ministerium den Muth und die Energie gehabt, so zu handeln, wie es einem aus der Revolution entsprossenen Ministerium geziemt, so würde es auf eigene Gefahr, unter Verantwortung gegen die künftige Volksvertretung, die dem Staate nöthigen Geldmittel aufgetrieben haben; aber zu einem so kühnen, revolutionairen Schritt war das Ministerium bei weitem nicht thatkräftig genug.

Am 10. April wurde der zweite und letzte Vereinigte Landtag geschlossen, nachdem er im Ganzen vier Sitzungen gehabt hatte, und in denselben allerdings ein bedeutendes Material mit großem Fleiß, aber auch weit über seine Berechtigung hinausgehend, verarbeitet hatte.

9.

Während der Sitzungen des Landtages und nach dem Schlusse derselben herrschte in Berlin ein reges, politisches Leben; auch das Ministerium Camphausen legte einige Thätigkeit an den Tag, aber freilich eine so kraftlose, so wenig einer revolutionairen Zeit würdige Thätigkeit, daß sich täglich das Vertrauen zu diesem Ministerium verminderte.

Am 4. April erschien folgende Bekanntmachung des Ministeriums:

„Ew. Königl. Majestät Aufruf an Preußen und an die deutsche Nation hat von mehreren Seiten eine Deutung gefunden, welche der ihm zu Grunde liegenden Absicht nicht entspricht.

Den Schritt, den Allerhöchstdieselben gethan, als Sie für die Zeiten der Gefahr die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen Sich bereit erklärten, bestand in dem Anerbieten, mit all' der materiellen und moralischen Macht des funfzehn Millionen Deutsche umfassenden Staates die Erreichung der auf deutsche Einheit gerichteten Wünsche aller Bundesstaaten zu fördern. Die gleichzeitige Aufsteckung der deutschen Farben enthielt das unzweideutige Anerkenntniß, daß die Einheit Deutschlands zur Rettung aller zum deutschen Bunde vereinigten Stämme unentbehrlich und daß Preußen bereit sei, seinerseits im vollsten Umfange die allen Bundes-

stalten obliegenden Pflichten anzuerkennen und zur Abwendung der das gesammte Vaterland bedrohenden Gefahren seine ganze Kraft einzusetzen.

Dagegen hat dieser Schritt nicht die ihm mehrseitig zugeschriebene Bedeutung haben können, als wenn mit der augenblicklich angebotenen Leitung irgendwie der freien Entschließung von Deutschlands Fürsten und Völkern vorgegriffen werden solle.

Eben so wenig konnte die Annahme des Symbols, in welchem alle deutschen Staaten ihre Vereinigung finden, das Aufgeben der von Preußen und der von den anderen deutschen Staaten glorreich geführten Farben bedingen. In der ersten Hinsicht haben Ew. Königliche Majestät ausdrücklich erklärt, daß Sie die Usurpation der oberen Leitung oder irgend eines Rechts nicht beabsichtigen, vielmehr eine solche Absicht auf das Bestimmteste abgelehnt. Zugleich aber wird in Allerhöchstderen Proclamation darauf hingewiesen, daß die Gründung eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, eine Einheit in der Verschiedenheit zu erstreben sei, wie denn in Uebereinstimmung hiermit die an demselben Tage an das Kriegs-Ministerium erlassene und durch die Allg. Preuß. Zeitung veröffentlichte Ordre ausdrücklich bestimmt, daß die Armee neben der preußischen die deutsche Kokarde anzustecken habe.

Wenn Ew. Königliche Majestät hiermit sich einverstanden erklären, werden wir nicht unterlassen, den Mißdeutungen, welche jenem Aufrufe gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten."

Berlin, den 2. April 1848. Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald.
Bornemann. Arnim. Hansemann. von Reyher.

Mit der Auffassung Meines Aufrufes vom 21. v. Mts., welche sich in dem heute vom Staats-Ministerium erstatteten Berichte ausspricht, bin Ich durchaus einverstanden und ermächtige dasselbe, den Mißdeutungen, welche Meinen Worten gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten.

Potsdam, den 2. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

Es sollte mit dieser Bekanntmachung jener voreilige Schritt zurückgethan werden, durch welchen der König sich am 21. März die Liebe des Volkes wieder zu erwerben versucht hatte; das Ministerium wollte durch diese Bekanntmachung den Verdacht vom Könige ableiten, als habe derselbe sich aus ehrgeizigen Absichten an die Spitze Deutschlands stellen wollen, es wollte zugleich den Eindruck des Ausspruchs, daß Preußen in Deutschland aufgehe, verwischen. Durch eine so ungenügende Erklärung konnte dies aber natürlich nicht geschehen.

Daß es dem Könige mit dem Aufgehen Preußens in Deutschland nicht voller Ernst sei, daß dies nur eine jener schönen Redensarten sei, welche das preußische Volk kennen zu lernen genügende Gelegenheit gehabt hatte, das wußte man längst; war doch schon die deutsche Fahne von den meisten königlichen Gebäuden wieder verschwunden, während die schwarz und weiße von denselben wehte; um so unkluger war es, das schon deshalb mißtrauische und erzürnte Volk durch eine solche Erklärung, welche die frühere Uebereilung nicht gut machte und den Süddeutschen nur Gelegenheit zu neuem Spotte gab, befriedigen zu wollen, durch eine Erklä-

rung, welche nichts Anderes als erhöhtes Mißtrauen bewirken konnte.

Die Wahl der Abgeordneten für das Frankfurter Parlament durch den Landtag, die Geldbewilligung durch denselben, welche von dem Ministerium veranlaßt waren, die Maßregeln des Ministeriums bei den polnischen und schleswiger Angelegenheiten, welche wir später in einem besonderen Abschnitt näher beleuchten werden, konnten ebenfalls nur dazu dienen, dem Mißtrauen tiefere Wurzeln zu geben; besonders da vom Ministerium kein Schritt gethan wurde, welcher irgend geeignet war, mit den falschen Maßregeln zu versöhnen.

Allerdings erschien am 15. April ein Gesetz über die Gründung öffentlicher Darlehnskassen zur Hebung des Handels und der Industrie, welches unter den Gewerbetreibenden einiges Vertrauen gegen das Ministerium erwirkte und von denselben freudig begrüßt wurde, aber nur weil man die Folgen dieses Gesetzes nicht frühzeitig genug übersah.

In Folge dieses Gesetzes sollten Darlehnskassen errichtet werden, bei welchen die Gewerbetreibenden Waaren oder Boden-Erzeugnisse niederlegen könnten, um für dieselben ein Darlehn, in sogenannten Darlehnskassen-Scheinen, einem neuen Papiergeld, zu erhalten. Die Menge der auszugebenden Darlehnskassen-Scheine sollte sich bis auf zehn Millionen belaufen *).

Die Begründung der Darlehns-Kassen war allerdings geeignet, der augenblicklichen Noth mancher Gewerbetreibenden abzuhelfen, auch sind bis jetzt noch nicht die üblen Folgen

---

*) Das ganze Gesetz siehe im 15. Stück der Gesetz-Sammlung.

hervorgetreten, welche sich jedenfalls in nicht allzulanger Zeit zeigen werden.

Die Ausgabe eines neuen Papiergeldes ist selbst in der ruhigsten Zeit des Friedens nicht ohne Bedenklichkeiten, denn aus einer Ueberhäufung des Landes mit Papiergeld und aus einer daraus oft folgenden Werthsverminderung desselben, können die unglücklichsten Störungen des Handels, die größten Verluste für das Land hervorgehen; wenn dies aber in ruhigen Zeiten der Fall ist, so wächst die Bedenklichkeit in einer Zeit wie die, in welcher wir leben.

Schon war das Vertrauen in das zur Zeit bestehende Papiergeld erschüttert, schon wurden die Geldscheine nur ungern in dem Handel angenommen, schon wurde das Metallgeld zurückgehalten und theilweise vergraben; dennoch wollte das Ministerium Camphausen das Land mit einer neuen Fluth von Papiergeld überschwemmen. Der Erfolg wird sich zeigen; aber schon jetzt läßt er sich mit Bestimmtheit voraussagen. Diese Maßregel, welche eine Unterstützung des Handels sein sollte, wird im höchsten Grade ungünstig auf denselben einwirken, denn sie wird das Papiergeld entwerthen und dadurch unzählige Verluste herbeiführen, wenn nicht ein nicht zu erwartender Zustand des Friedens das Vertrauen zu dem Papiergeld aufs Neue belebt.

10.

Mit der Zusammenberufung des Landtages gegen die Wünsche des größten Theils der radikalen Partei hatte die Reaction, denn nur so können wir auch den alten Liberalismus nennen, einen glänzenden Sieg gefeiert, und sie trat daher mit jedem Tage kühner, mit jedem Tage offener an das Tageslicht hervor. Eine große Menge jener Bürger,

die in ihrem Geschäfte durch die unruhige Spannung, welche in Berlin und in dem ganzen Lande herrschte, gehemmt wurde, fing an, sich jener Partei zuzuneigen und mit Mißtrauen und Unwillen auf die Radikalen zu blicken, denen sie die Störung ihrer Geschäfte Schuld gaben.

Besonders war es der politische Klub, der von jener Partei, welche Ruhe um jeden Preis wollte, mit dem größten Hasse verfolgt wurde. Man gab ihm Schuld, daß seine Mitglieder aus elendem Egoismus nach einer vollständigen Anarchie strebten, in welcher allein sie zur Geltung gelangen könnten, und daß sie aus diesem Grunde fortwährend Aufregung, besonders unter den Arbeitern, verbreiteten.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß sich im politischen Klub viele jugendlich unbesonnene Elemente befanden, welche feurig vorwärts stürzen wollten, ohne sich um die bestehenden Verhältnisse im Geringsten zu bekümmern; es sind deshalb von diesem Klub vielfache Unbesonnenheiten ausgegangen, welche der radikalen Partei gewiß sehr geschadet haben.

Glücklicherweise für die Demokratie trat indessen jetzt die reactionaire Partei auch schon so kräftig und maßlos an das offene Tageslicht, daß durch das ungestüme Treiben derselben viele Freunde für den politischen Klub gewonnen wurden.

Der Haß gegen den politischen Klub machte sich fortwährend in den unwürdigsten Schmähungen gegen denselben Luft; die Bekanntmachungen, welche von ihm ausgingen, wurden von den Straßenecken abgerissen, und als alles dies nichts half, als der Klub, durch solche Mittel aufgereizt, nur noch feuriger und entschiedener vorwärts ging, beschlossen einige jener Anhänger der Tyrannei der Ruhe, Gewalt zu gebrauchen, und den Klub auseinanderzusprengen.

Am Sonnabend, den 1. April, hatte der Club im Mehlhause eine Sitzung gehabt; als dieselbe schon beendet war und die Mitglieder sich entfernt hatten, fand sich ein Haufe von Tumultuanten vor dem Hause ein, welche die Absicht kundgaben, den Club auseinander zu jagen; auch eine Anzahl Bürgerwehrmänner wurde unter jenem Haufen gesehen.

Bei näherer Nachforschung ergab es sich, daß die Tumultuanten, der Mann mit 10 Sgr. erkauft worden waren, um die Mitglieder des Clubs zu insultiren; der Urheber des edlen Planes war ein Herr Liedke, einer der eifrigsten Anhänger des alten Systems.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am Dienstag, den 4. April, als der Club in der Sophienstädtischen Reitbahn versammelt war; und auch später ist der Club noch öfter auf eine gleiche unwürdige Weise angegriffen worden; aber er ist als Sieger aus diesen Kämpfen hervorgegangen und hat gerade durch dieselben außerordentlich viel gewonnen; denn es mußte jedem ruhigen, besonnen nachdenkenden Manne klar werden, daß eine Partei, welche die Gegenpartei durch solche Mittel zu unterdrücken sucht, welche zu bezahlten Ruhestörern ihre Zuflucht zu nehmen gezwungen ist, eine geistesarme und verächtliche sein muß.

Diese Angriffe gegen den politischen Club erregten unter dem intelligenteren, nicht blind dem alten System ergebenen Theil der Berliner Bürgerschaft eine allgemeine Entrüstung, und führten dem politischen Club mehr Anhänger zu, als sich ohne die unwürdigen Störungsversuche der Gegenpartei ihm jemals angeschlossen hätten.

Auch die Arbeiter wußte der politische Club durch ein verständlich geschriebenes, populaires Plakat zu gewinnen; in

weil er ihnen das Unrecht vorstellte, welches sie durch einen verfehlten Angriff sich selbst und der Sache der Freiheit zufügten.

So wuchs denn gerade von der Zeit jener Attentate an und durch diese Attentate die Macht des politischen Clubs mit jedem Tage.

Außer der jetzt geschilderten Partei-Bewegung machte sich auch eine sociale Bewegung in jenen Tagen besonders bemerkbar.

Während der Landtag schläfrig das Wahl-Gesetz berieth, machte sich immer fühlbarer unter den Arbeitern das Bedürfniß nach einer Verbesserung ihrer Lage geltend. Durch die Revolution vom 18. war der Arbeiterstand, welcher unter der absolutistischen Regierung unter dem äußersten Druck gelebt hatte, zu einem Grade der Freiheit erhoben worden, in welchem er sich selbst noch nicht vollständig heimisch fühlte, denn es fehlte den Arbeitern meistens die zu dieser Freiheit nöthige politische Vorbildung.

Es konnte daher nicht fehlen, daß die plötzlich Freigewordenen zu Forderungen übergingen, welche augenblicklich zu erfüllen um so weniger im Bereich der Möglichkeit lag, als die Regierung theils zu schwach und schwankend war, um energische Maßregeln zu ergreifen, theils weil dieselben auch von den egoistischen Bürgern nicht hinreichend unterstützt wurden.

Eine einseitige Erhöhung des Lohnes und Abkürzung der Arbeitsstunden, dies machte den Gegenstand der ungestümen Forderungen aller Arbeiter in allen Gewerbszweigen aus, und zwar zu einer Zeit, wo der Handel gestört, der Gewerbsverkehr gelähmt war, denn mit grellem Egoismus verschlossen

die Wohlhabenden und Reichen ihre Schätze in den Kästen und versagten sich fast die nöthigsten Bedürfnisse, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß sie durch diese unzeitige Sparsamkeit Tausende von Arbeiter-Familien brotlos machten und an den Bettelstab bringen mußten; sie bewirkten durch diese thörichten Maßregeln gerade das, was sie zu verhindern so sehr bestrebt waren, eine allgemeine Mißstimmung der Arbeiter gegen die Besitzenden, eine tägliche Erneuerung der Unruhen im Arbeiterstande.

Nach und nach einigten sich zwar die meisten Gewerke mit den Arbeitern, indem sie den Wünschen derselben so viel als möglich nachkamen, auch wurde vom Staat und von der Stadt für die Beschäftigung sehr vieler Brodloser gesorgt; aber dies Alles konnte nicht lange währen; denn die Mittel der Fabrikbesitzer, welche von ihren Waaren Nichts verkauften, und die der Stadt, welche von den Wohlhabenden nicht im hinreichenden Maaße unterstützt wurde, mußten endlich auf die Neige gehen; so sahen sich denn viele von denen, welche früher höheren Lohn versprochen hatten, genöthigt, dies Versprechen entweder zurückzunehmen oder, was noch schlimmer war, die Arbeit ganz einzustellen.

Es kamen daher täglich unruhige Auftritte vor; bald wendeten sich die Schneidergesellen gegen die Magazine fertiger Kleidungsstücke, von deren billigen Preisen sie eine Erniedrigung ihres Arbeitslohnes befürchteten, bald drohten die Tischler, die Möbel-Magazine zu zerstören, bald lehnten sich die Arbeiter in einzelnen Fabriken gegen ihre Arbeitgeber auf, indem sie dieselben mit Gewalt zur Bewilligung ihrer Forderungen zwingen wollten, wie dies letztere z. B. in der bekannten Goldschmidt'schen Kattun-Fabrik geschah. Die aben-

teuerlichsten Gerüchte verbreiteten sich bei solchen Gelegenheiten in der Stadt, die Bürgerwehr wurde allarmirt, um gegen die Arbeiter zu Felde zu ziehen, und die immer schärfer sich aussprechende Scheidung zwischen Bürger und Arbeiter wurde hierdurch noch schroffer und greller gemacht.

In den Volks-Versammlungen, wo sich die Redner die Aufgabe hätten stellen müssen, die Arbeiter über ihr wahres Wohl, über ihr wahres Beste zu belehren, wurde meistens durch junge, excentrische Köpfe, denen die Fähigkeit, die zerrütteten socialen Verhältnisse zu durchschauen, gänzlich abging, dieser Zwiespalt genährt, die Arbeiter wurden dieselbst aufgeregt, aber nur selten belehrt.

Trotzdem zeigte sich der gesunde, kräftige Sinn des Berliner Arbeiterstandes mit jedem Tage deutlicher, er sprach sich in den verschiedenen Arbeiter-Versammlungen auf das Schönste aus, und selbst bei den unruhigen Bewegungen war er nicht zu verkennen; niemals wurde von den Arbeitern das Eigenthum verletzt, bei jeder Gelegenheit zeigten dieselben die höchste Achtung vor demselben, eine durchaus ehrenwerthe Gesinnung.

Am meisten leuchtete dies bei den am 17. und 18. April stattgefundenen Bäcker-Unruhen hervor, wo die Arbeiter ihr Gerechtigkeitsgefühl, unter Achtung vor dem Eigenthum, auf das Schönste bewährt haben.

Diese Unruhen wurden durch eine Volks-Versammlung, welche am Sonntag, den 16., unter den Festen stattfand, veranlaßt, es wurde dort über den nicht zu rechtfertigenden Preis des Brodes, trotz der billigen Getreide-Preise, viel und aufregend gesprochen.

In Folge dessen zog am folgenden Tage eine Arbeiter-

Deputation, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet, durch die Straßen von einem Bäckerladen zum andern. Bei jedem Bäcker wurde das Brod gewogen, und wenn dasselbe für den Preis von 5 Sgr. nicht wenigstens 6 Pfund wog, wurde ihm unter allgemeinem Jubelgeschrei ein, die Thüre angenagelt und das Gewicht dazugeschrieben; denjenigen Bäckern, deren Brod sich durch ein besonders großes Gewicht auszeichnete, wurde von dem Volke ein donnerndes Hoch gebracht.

Gegen 8 Uhr zerstreute sich die Menge, nachdem bei diesem ganzen Geschäft nicht die geringste Unordnung vorgekommen.

Während so die Arbeiter im Allgemeinen einen sehr guten Geist zeigten, war nicht dasselbe der Fall bei der Bürgerwehr, welche sich merkwürdiger Weise mit jedem Tage schroffer und unangenehmer dem Volke gegenüberstellte.

Der Polizeipräsident von Minutoli, welcher anfangs die Organisation der Bürgerwehr übernommen und sehr tüchtig durchgeführt hatte, mußte seiner Amtsverhältnisse wegen sein Amt als Bürgergeneral niederlegen, welches interimistisch dem noch im Königlichen Dienste befindlichen General-Major von Aschoff übertragen wurde.

War es schon an und für sich falsch, einen noch im Staatsdienste befindlichen Offizier zum Commandeur der Bürgerwehr zu erwählen, so zeigte sich der General-Major von Aschoff vor allen Uebrigen als besonders am ungeeignetsten in dieser Stellung, indem er vorzüglich darauf hinwirkte, daß der preußische Kamaschendienst auch unter der Bürgerwehr zur Geltung kam; so hielt er schon unmittelbar nach seiner Wahl eine Parade der Bürgerwehr ab.

Die Bürgerwehr, welche zum Schutze der errungenen

Freiheiten, der Sicherung derselben gegen etwaige Uebergriffe der Regierung dienen sollte, wurde nach und nach immer mehr herabgewürdigt, indem ihre Offiziere sie nur betrachteten als einen Ersatz für die aus Berlin entfernten Soldaten und für die außer Wirksamkeit gekommene Polizei. Auch unter den Mitgliedern der Bürgerwehr selbst faßte nach und nach leider der Gedanke Raum, daß sie in der That nichts Anderes seien, als eben nicht uniformirte Gensdarmen, und die vielen in den Reihen der Bürgerwehr stehenden Königlichen Beamten bemühten sich angelegentlichst, diese falsche Ansicht zu entwickeln und dadurch das schöne Institut der Volksbewaffnung herabzuwürdigen.

So kamen denn täglich Fälle vor, in welchen die Männer der Bürgerwehr sich als bloße Vertreter der Gensdarmen zeigten, nur daß sie oft noch gröber, noch ungesitteter wie diese verfuhren; es konnte nicht fehlen, daß hierdurch die Achtung, welche das Volk anfangs vor der Bürgerwehr hatte, bedeutend verringert werden mußte, denn die Männer, welche es am 19. März als die Vertheidiger seiner errungenen Freiheit ansah, erschienen ihm jetzt als die servilen Diener der Regierung, als die Stellvertreter einer verachteten Polizei.

11.

Das neue Wahlgesetz war vom Landtage berathen und von der Regierung proklamirt worden; es fand aber bei der demokratischen Partei wenig Anklang, denn diese verlangte durchaus direkte Wahlen. Es standen sich bei dieser Frage zwei Parteien schroff gegenüber, die Partei der Demokraten, welche ganz entschieden für die direkten Wahlen war, und die

Partei derjenigen Leute, welche sich selbst liberal nannten und die indirekten Wahlen nach dem Vorbilde des Ministeriums und des Landtags vertheidigten.

In allen Volksversammlungen bildete die Wahlfrage den Hauptgegenstand der Debatte, und zwar entschieden sich die Redner fast alle für direkte Wahl, welche um jeden Preis durchzusetzen sie zur Aufgabe des Volkes machten.

In dieser Weise hatte sich auch eine Volksversammlung unter den Zelten, am 10. April, entschieden und ein Volkswahlcomitee ernannt, das über die Mittel berathen sollte, welche man zur Durchführung der direkten Wahlen ergreifen könne; dies Comitee bestand aus folgenden Mitgliedern: Jung, Stadtverordneter Mertens, Constant, Schmidt, Krause, Stadtverordneter Behrens, Eichler, Nauwerk, Runge, Wiss, Born, Bisky, Professor Ermann, Siegmund, Salis, Mohneke, Blessing, Förster, Hexamer, Türke, Bergenroth, Hoppe, Diesterweg, Thümmel, Prutz, Bader, Köppe, Schaßler, Held, Schlöffel, Fähndrich, Börner, Schomburg, Englin.

Von den Gewählten traten indessen später mehrere wieder aus, weil sie sich über die Mittel nicht vereinigen konnten, welche die Majorität des Comitee's zur Durchführung der direkten Wahlen anzuwenden für gut fand.

Am 13. April machte das Volks-Wahlcomitee den Erfolg seiner Bemühungen bekannt:

„Das unterzeichnete Comitee, gewählt von der Volksversammlung unter den Zelten am 10. d. Mts., behufs Erwirkung des direkten Wahlrechts zunächst für das deutsche Parlament, hatte eine Deputation ernannt, welche sich in diesem Sinne bei dem Minister-Präsidenten Herrn Camphausen

verwenden sollte. Die Deputation hat heute Morgen ihren Auftrag ausgerichtet. Sie machte dem Herrn Minister-Präsidenten bemerklich, daß das direkte Wahlsystem das einfachste sei und den Volkswillen am treuesten offenbare, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in den meisten deutschen Staaten auf direkte Weise gewählt werden, demnach die preußische Vertretung eine ungleichartige sein und im Nachtheile stehen werde. — Der Herr Minister-Präsident erwiderte im Wesentlichen, daß ein direktes Wahlrecht, wie in Nordamerika, nicht ohne Census ausführbar sei, daß die aus direkten Urwahlen hervorgehende Vertretung zur Republik führen werde, und daß der Bestand der gegenwärtigen Regierung aufs Engste mit dem bereits erlassenen Wahlgesetze verknüpft sei, gegen welches übrigens aus den Provinzen auch noch kein Protest eingegangen. Die Deputation erwiderte hierauf unter Anderem, daß, nachdem am 19. März dem Volke als Friedensbedingung eine Verfassung auf den breitesten Grundlagen zugesagt worden, das gegenwärtige Wahlgesetz doch nicht den dadurch erregten Erwartungen entspreche, da eine direkte Vertretung des Volkes bei der National-Versammlung sowohl mit der konstitutionellen Monarchie vereinbar, als auch allein im Stande sei, jene breiteste Grundlage zu gewähren.

Berlin, den 13. April 1848.

Das Berliner Volks-Wahlcomitee."

Am 17. April war eine zweite Volks-Versammlung dieser Angelegenheit wegen. Eichler erstattete Bericht über das Resultat der Deputation, welche zur Bewirkung der direkten Wahlen beim Minister-Präsidenten Audienz gehabt hatte; er machte darauf den Vorschlag, am grünen Donnerstag (den 20. April) durch einen großartigen Zug, dem sich

alle diejenigen anschließen sollten, welche für die direkten Wahlen wären, dem Minister-Präsidenten zu zeigen, welche ungeheure Verbreitung der Wunsch nach demselben habe.

Der Vorschlag wurde mit Jubel aufgenommen, und die Versammlung beschloß fast einstimmig, am Donnerstag Mittags um 2 Uhr sich auf dem Alexander-Platz mit den Gewerksfahnen und mit solchen, auf denen die Worte: „Direkte Wahlen, keine Wahlmänner, breiteste Grundlage, Ordnung, aber Freiheit", stehen sollen, zu versammeln; dann solle sich ein Zug ordnen, der friedlich, die Fahnen und die Musik vornweg, zum Minister-Präsidenten ziehen würde, um ihm aufs Neue den Wunsch der Bevölkerung Berlins, so großartig unterstützt, vorzustellen.

Die Kunde von dem beabsichtigten Zuge durchlief Berlin mit Blitzesschnelle, mit gespannter Erwartung sah Jedermann dem grünen Donnerstage entgegen, weil es schien, als müsse dieser Tag ein entscheidender für die sich schon mehr oder weniger feindlich gegenüberstehenden Parteien sein. Die ministerielle Partei, zu welcher der größte Theil der Bürgerschaft gehörte, war, während die Demokraten sich zu dem Zuge vorbereiteten, ebenfalls nicht müßig; auch sie gab Adressen für die Beibehaltung der indirekten Wahlen in den Häusern herum, zu denen sie die Unterschriften förmlich erpreßte; Proteste von der Bürgerwehr, der Bürgergesellschaft, den Stadtverordneten, dem Magistrat erschienen in großer Menge, und bald betheiligten sich auch die Provinzialstädte bei dieser Frage, indem sie durch Adressen und Petitionen an das Ministerium ihre Stimmen für oder gegen die direkten Wahlen erhoben.

Das Ministerium, welches schon früher erklärt hatte, daß es mit den indirekten Wahlen stehen und fallen werde, glaubte durch die Demonstration seine Existenz gefährdet, denn die abenteuerlichsten Gerüchte über die Absicht, in welcher der Zug unternommen würde, kreuzten sich und drangen bis in die Minister-Conseils; eins der verbreitesten derselben war, daß am grünen Donnerstage die Republik proklamirt werden würde, sobald der Zug vollkommen beisammen sei; die Minister sollten dann gefangen genommen oder ermordet werden, und jedenfalls müßte ein furchtbarer Kampf statt haben zwischen der constitutionellen und der republikanischen Partei.

So albern ein solches Gerücht war, denn die republikanische Partei, so sehr sie durch alle möglichen, thörichten Streiche der Regierung seit jenem Tage gewachsen ist, bestand damals kaum aus einigen Tausenden, so fand es dennoch Glauben, und setzte die furchtsame Menge in Angst und Schrecken; auch die Regierung ließ sich durch solche Gerüchte hinreißen, die friedliche Demonstration zu verbieten und alle ihre Kräfte aufzuwenden, um sie mit Waffengewalt zu verhindern; sie ertheilte daher an den General der Bürgerwehr und an den Polizei-Präsidenten Befehle, in welchen sie dieselben aufforderte, die Demonstration zu verhindern. Das Ministerium begründete dies Verbot der Demonstration in seinem Schreiben an den General Aschoff mit folgenden Worten:

„Wir sind jederzeit bereit, Petitionen, mögen sie von Einzelnen ausgehen oder mit zahlreichen Unterschriften bedeckt sein, anzunehmen und mit Sorgfalt zu prüfen. Wir können es aber nicht für gesetzlich zulässig halten, daß das Petitionsrecht in einer Weise ausgeübt werde, die auf die Absicht der

Einschüchterung der Behörden schließen läßt, und dazu geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören.

Um nun aber der Bürgerwehr die volle Macht an die Hand zu geben, daß sie nöthigenfalls auch durch Waffengewalt die Demonstration verhindere, wurden durch eine Verordnung vom 19. April der Bürgerwehr alle Befugnisse der bewaffneten Macht und das Recht gegeben, bei Aufläufen nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers an die Menge, auseinander zu gehen, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

So nahte sich in angstvoller Spannung für die guten Bürger Berlins der grüne Donnerstag. Schon Mittwoch, der 19., war ein unruhiger Tag.

Gegen Mittag durchlief plötzlich das Gerücht die Stadt, die Arbeiter vor dem Oranienburger Thore, von den Rehbergen und dem Plötzensee, wären im Begriff, raubend und plündernd in die Stadt einzuziehen.

Die Bürgerwehr der umliegenden Stadtviertel wurde sofort allarmirt und besetzte das Thor, vor welchem in der That einige Tausend Erdarbeiter mit ihren Hacken und Spaten bewaffnet standen; aber die Leute dachten gar nicht an Rauben und Plündern, sie wollten nur, wo möglich auf friedlichem Wege, drei ihrer Kameraden befreien, welche in der Nacht vorher gefangen genommen worden waren, wie es hieß, weil sie einer Deputation der Arbeiter an das Polizei-Präsidium beigewohnt, und bei der Besprechung mit der Behörde nicht die nöthigen Formen der Höflichkeit beobachtet hatten.

Es wurden einige Deputationen an das Polizeipräsidium gesendet, welche denn auch eine Freilassung der gedachten drei

Arbeiten bewirkten *). Sobald das Resultat der Deputation bekannt war, entfernte sich der Haufen ruhig und willig, ohne irgend einen Exceß zu begehen, obgleich es in der Zwischenzeit zu einigen harten Worten zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr gekommen war, und obgleich ein unvorsichtiges Benehmen der Bürgerwehrmänner in der That beinahe einen Kampf herbeigeführt hätte.

Donnerstag früh bot die Stadt ein Bild des buntesten Lebens dar. Große Menschenmassen bewegten sich besonders durch die Linden und die an das Schloß und den Alexanderplatz grenzenden Straßen.

Der Beginn des Zuges war auf Mittag um 2 Uhr festgesetzt; große Mengen von der Bürgerwehr waren am Schloß, bei der Königsstraße und auf dem Alexanderplatz zusammengezogen, um nöthigenfalls mit Waffengewalt den Zug zu verhindern.

An verschiedenen Punkten der Stadt hatten die Arbeiter sich versammelt, um in geordneten Reihen nach dem Alexanderplatz zu marschiren, und dort sich dem Zuge anzuschließen; aber die meisten wurden zweifelhaft, als sie erfuhren, daß die Bürger sich mit Waffengewalt ihrem Vorhaben entgegensetzen würden, und blieben deshalb an ihren Stellen stehen, um abzuwarten, was geschehen würde.

Auch das unter den Zelten gewählte Volks-Wahlcomitee (von dem sich übrigens außer den früher Genannten auch Jung und einige andere Mitglieder bereits zurückgezogen hatten) war unschlüssig geworden, und hatte endlich beschlossen, die Demonstration zu unterlassen, da ein durch dieselbe her-

---

*) Einer derselben wurde erst am folgenden Tage freigelassen.

beigeführter Kampf nur einen im höchsten Grade Verderben bringenden Zwiespalt zwischen Bürgern und Arbeitern hätte bewirken müssen, ohne daß aus dem Blutvergießen auch nur der geringste Nutzen für die Sache der Demokratie entsprungen wäre.

Aus diesem Grunde hatten sich die Mitglieder des Comitee's nach den einzelnen Sammelplätzen begeben, um dort die Arbeiter aufzufordern, von dem früheren Vorsatze abzustehen, dagegen aber nach dem Exercierplatze vor dem Schönhauser Thore zu ziehen, und dort einer schnell improvisirten Volksversammlung beizuwohnen.

Diese Aufforderung fand ein williges Gehör. Die versammelten Arbeiter zogen entweder vor das Schönhauser Thor oder verfügten sich ruhig nach Hause.

Auf dem Schönhauser Exercierplatze hatten sich ungefähr 1500 bis 2000 Menschen versammelt, um zu hören, was man ihnen vortragen würde.

In dieser Volksversammlung vertheidigte sich dann das Volks-Wahlcomitee besonders gegen den ihm gemachten Vorwurf der Feigheit, indem es darauf aufmerksam machte, daß das Volk von Berlin eine friedliche Demonstration hätte machen wollen, durch die Maßregeln der Regierung sei diese aber unmöglich geworden; die Demonstration hätte entweder eine gewaltsame werden müssen, welche sehr wahrscheinlich die Veranlassung zu sehr blutigen Ereignissen gegeben haben würde, oder sie hätte gar nicht stattfinden dürfen. Das Comitee hätte sich für das Letztere entschieden, weil es zum Ersteren durch den Beschluß der Volksversammlung vom 17. April sich nicht ermächtigt geglaubt hätte.

Damit war denn auch die Sache beendet, die Zuhörer

der Volksversammlung gingen, nachdem diese geschlossen, still nach Hause, und die allgemeine Ruhe wäre an jenem Abende in Berlin sicherlich nicht weiter gestört worden, wenn nicht die Bürgerwehr selbst, wüthend darüber, daß sie einen ganzen Tag sich nutzlos von ihren Geschäften hatte entfernen und im Dienst herumtreiben müssen, sich traurige Excesse gegen die von der Volksversammlung Zurückkehrenden erlaubt hätte.

Solche Vorfälle, deren sich an jenem Tage, trotz der würdigen Ruhe, welche die Arbeiter überall bewiesen, in den verschiedenen Theilen der Stadt mehrere ereigneten, mußten die Kluft zwischen Bürger und Arbeiter fortwährend vergrößern, und sie hätten vielleicht zu den traurigsten Conflicten geführt, wenn nicht glücklicherweise die Regierung es sich hätte angelegen sein lassen, durch alle möglichen thörichten, dem Willen des ganzen Volkes widerstrebenden Maßregeln die beiden Klassen des Berliner Volkes stets wieder zu vereinigen, ja sie beide zwang, stets auf ihrer Hut gegen einen gemeinschaftlichen Feind, und daher selbst einig zu sein; wir werden dies in der Folge noch näher beleuchten.

Was die Demonstration selbst anbetrifft, so wollen wir darüber nur wenige Worte fallen lassen.

Wir waren von Anfang an gegen dieselbe, denn sie mußte nutzlos sein, da das Ministerium Camphausen, nachdem es einmal eine Kabinetsfrage aus den indirekten Wahlen gemacht hatte, die direkten nicht mehr gestatten konnte; sollte ja ein Erfolg durch die Demonstration bewirkt werden, so wäre dies nur die Abdankung des Ministeriums Camphausen gewesen, welche damals sicher nicht wünschenswerth sein konnte, da ein Ministerwechsel in einer Zeit des Provisoriums, ja, der Anar-

che, von den nachtheiligsten Folgen sein mußte. Eben so wenig billigen wir aber auch die Maßregeln, welche das Ministerium ergriff, um sich gegen die drohende Demonstration zu schützen, Maßregeln, welche, wie wir schon früher bemerkten, ohne den gesunden Sinn des Volkes und die später allgemeine Entrüstung erweckenden Erlasse des Ministeriums leicht die traurigsten Conflicte zwischen Bürgern und Arbeitern, leicht einen blutigen Kampf von unberechenbaren Folgen hätten herbeiführen können.

Es war gewiß eine kleinliche Furcht, eine jämmerliche Anerkennung eigener Muthlosigkeit, welche das Ministerium veranlaßte zu erklären, es dürfe eine friedliche Demonstration, welche auf eine Einschüchterung berechnet sei, nicht zulassen.

Die vereitelte Demonstration gab der conservativen und reactionären Partei wieder einen außerordentlichen Muth, denn zum zweiten Male hatte sie, wie damals beim Landtage, einen glänzenden Sieg über die Radikalen gefeiert, zum zweiten Male hatte die radikale Partei durch ihr zu stürmisches und daher unzeitgemäßes Fortschreiten sich eine gewaltige Blöße gegeben.

Die Straßenecken, jene politischen Thermometer Berlins, zeigten an den Tagen nach der Demonstration eine Menge Anschläge reactionären Inhalts, voll Warnungen gegen die Wühler und Aufwiegler, welche das Volk zu Rebellion und Unfug verleiten wollten; die reactionäre Partei erhob mit jeder Stunde kühner ihr Haupt, aber doch scheiterten die meisten Versuche an dem gesunden Sinn des Berliner Volks, und nur in einzelnen wenigen vermochte die reactionäre Partei unbedeutende Siege zu erkämpfen.

So wurden mehrere Polen, welche von Krakau nach Berlin gekommen waren, schonungslos ausgewiesen, so wurde

auch die deutsche Freizügigkeit rücksichtslos verletzt, indem man die fremden Arbeiter aus Berlin zu vertreiben trachtete.

Gegen die Volksversammlungen und gegen den politischen Klub setzte die Reaction ebenfalls ihre unwürdigen Angriffe fort, indem sie durch bezahlte Ruhestörer Unordnung in die Debatten zu bringen suchte; aber vergeblich, denn das Publikum verschaffte sich selbst Recht, indem es diese lärmmachenden Subjecte aus seiner Mitte entfernte.

Auch die Preßfreiheit, welche seit dem 18. März im ausgedehntesten Maaße ausgeübt worden war, konnte der reactionairen Partei nur ein Dorn im Auge sein, denn schonungslos griff die freigewordene Presse alle alten Uebelstände des Absolutismus, alle Bestrebungen der Büreaukratie, den alten Zustand wieder herzustellen, mit kühner Feder an, und schaffte dem Volke Licht und Aufklärung über seinen wahren Vortheil.

Am kühnsten und energischsten trat der junge Schlöffel, der Redakteur eines neu herausgekommenen Blattes, des Volksfreundes, auf. Schlöffel, ein junger, feuriger Brausekopf, aber ein geistreicher, trefflicher junger Mann, hatte sich schon in den Volksversammlungen durch seine glühenden, enthusiastischen Reden einen gewaltigen Anhang unter den Arbeitern verschafft, und wurde von diesen, trotz seiner Jugend, wie ein Orakel verehrt; deshalb aber war er der reactionairen Partei verhaßt, welche ihre ganze Einwirkung auf den Arbeiterstand durch den feurigen, jungen Redner vernichtet sah.

Plötzlich wurde Schlöffel, eines Aufsatzes in Nr. 5. des Volksfreundes wegen, heimlich verhaftet. Eine allgemeine Entrüstung zeigte sich unter den Arbeitern, man sprach davon, die Hausvoigtei, das Gefängniß Schlöffels, solle gestürmt

und dieser befreit werden, und nur mit Mühe gelang es den übrigen Volksrednern, die wüthenden Arbeiter von einem solchen Schritte zurückzuhalten.

Auch die Bürgerschaft Berlins glaubte mit Bestimmtheit, daß ein Aufstand Schlöffels wegen stattfinden werde, und als am 12. Mai der Prozeß des jungen Mannes im Kammergerichtsbäude öffentlich verhandelt wurde, war eine bedeutende Masse Bürgerwehr um das Kammergerichtsgebäude concentrirt, um die gewaltsame Befreiung des Gefangenen zu verhindern.

Bei einem großen Zudrang von Publikum fand das Verhör statt, und Schlöffel wurde wegen Verleitung zum Aufruhr zu einer sechsmonatlichen Freiheitsstrafe verurtheilt.

Gegen die Erwartung von ganz Berlin blieb trotz der Verurtheilung Schlöffels Alles ruhig. Da wir einmal Schlöffel erwähnt haben, wollen wir auch sein ferneres Schicksal dem Leser mit einigen Worten mittheilen. Schlöffel trat seine Festungshaft in Magdeburg an, während derselben wurde aber eine Voruntersuchung gegen ihn wegen Hochverraths eingeleitet, welche wahrscheinlich ihm eine noch weit härtere Strafe erwirkt hätte. Schlöffel benutzte daher eine sich ihm darbietende günstige Gelegenheit, um von der Festung zu entfliehen, als er nur noch wenige Wochen zu sitzen hatte. Er soll sich nach Wien gewendet und dort tapfer an den Oktoberkämpfen Theil genommen haben. Wahrscheinlich ist er eins der vielen Opfer jener Kämpfe geworden, denn man hat bis jetzt nichts weiter von ihm gehört*).

Der Schlöffel'sche Prozeß, den wir hier mit nur we-

*) Geschrieben am 19. Januar 1849.

12.

Die Wahlen waren beendet, und schon neigte sich die Bevölkerung Berlins dem Glauben zu, es werde nun endlich Ruhe zurückkehren in die Stadt, denn man schaute ja hoffend auf die Nationalversammlung, deren baldiger Eröffnung man freudig entgegensah; selbst die in dem vorigen Kapitel erzählten kleinlichen Anstrengungen der reactionären Partei übersah man mehr oder weniger, in der Hoffnung, daß dieselben nicht von der Regierung, sondern nur von einer Partei ausgegangen seien, welche nichts zu lernen im Stande ist.

Da erschien plötzlich am Abend des 11. Mai im Preuß. Staats-Anzeiger folgender Erlaß des Ministeriums, welcher, wie ein Blitzschlag aus heiterm Himmel, das kaum zur Ruhe gekommene Volk Berlins traf.

Aufforderung an den Prinzen von Preußen zur Rückkehr nach Berlin.

Ew. Königliche Majestät haben vor der Bildung des gegenwärtigen Ministeriums Se. Königliche Hoheit den Prinzen von Preußen mit einem Allerhöchsten Auftrage nach England zu entsenden geruht. Allerhöchstdieselben wollen uns gestatten, die Gründe ehrerbietigst vorzutragen, aus denen, nach unserer Ansicht, die baldige Rückkehr Sr. Königlichen Hoheit in Ew. Königlichen Majestät Staaten dringend zu wünschen ist.

Seitdem der Prinz von Preußen am 18. März als erstes Mitglied des damaligen Staats-Ministeriums das Allerhöchste Patent mitunterzeichnete, in welchem die Nothwendigkeit einer constitutionellen Verfassung für alle deutschen Länder von Ew. Majestät anerkannt wurde, ist unter Zustimmung des Vereinigten Landtags ein Wahlgesetz für die zur

Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung erlassen worden, die Abgeordneten sind erwählt und die Einberufung der Versammlung steht nahe bevor. Für den Zeitpunkt nun, wo die Vereinbarung der Staatsverfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Se. Königliche Hoheit, als der Nächste am Throne, zu deren feierlicher Anerkennung anwesend sei. Aber auch während ihrer Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königlichen Hoheit Veranlassung geben könnte; es ist nöthig, daß die Versammlung ihre Berathung mit der vollsten Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von den Gesinnungen ablegen, welche klar zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird, wie sie uns seither nicht gefehlt hat.

Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volks erkannt hat, und diese Ueberzeugung, hervorgerufen und gekräftigt durch den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen, wird von den gemischten Gefühlen eines eben so muthigen als treuen Volksstammes bald nur die edelsten Bestandtheile zurücklassen.

Wir stellen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, Sr. Königlichen Hoheit den Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthalts in England zu empfehlen.

Berlin, den 10. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen, Graf v. Schwerin, v. Auerswald, Bornemann, v. Arnim, Hansemann, Graf v. Canitz, v. Patow.

An des Königs Majestät.

Ich bin mit den in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom gestrigen Tage vorgetragenen Ansichten um so mehr einverstanden, als Mein Bruder, der Prinz von Preußen Königliche Hoheit, wiederholentlich Seine volle Zustimmung zu der von Meiner Regierung betretenen neuen Bahn gegen Mich ausgesprochen hat. Ich habe deshalb Se. Königl. Hoheit, nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, zur baldigen Rückkehr in das Vaterland veranlaßt. Zugleich habe Ich, nachdem der bisherige erste Adjutant des Prinzen, Major Graf von Königsmark, schon vor einiger Zeit aus dieser Stellung ausgeschieden ist und der Sr. Königl. Hoheit attachirte Generalstabs-Offizier Major Oelrichs eine andere Bestimmung erhalten hat, den Major Laue zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt, Sr. Königlichen Hoheit Meine Aufforderung zur Rückkehr zu überbringen.

Potsdam, 11. Mai 1848.

Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

Die Aufregung, welche in Folge dieses Erlasses sich über Berlin verbreitete, ist kaum zu beschreiben. Noch am selben Abend sammelten sich in den verschiedenen öffentlichen Localen, auf den Straßen und Plätzen, und besonders unter den Linden, große Volksmengen an, welche sich mit der tiefsten Entrüstung besprachen über die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, über diese Maßregel der Regierung, welche fast erschien, wie ein herber Spott gegen alle Wünsche, alle Sympathieen des Volks.

Zum ersten Male trat das Ministerium offen und ohne Zurückhaltung mit seinen Ansichten und Absichten hervor, augenscheinlich zeigte es, wie wenig es im Geiste des Volkes Wurzeln geschlagen hatte.

Das Ministerium verlangte die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, jenes Prinzen, auf den mit Recht oder Unrecht das Volk von Berlin die Schuld schob von den Blutscenen der Nacht des 18. März; jenes Prinzen, der in Folge der Revolution Berlin eiligst verlassen und sich nach England flüchten mußte, um vor der Rache des wüthenden Volkes gesichert zu sein; jenes Prinzen, dessen Palast am 19. März nur dadurch gesichert werden konnte, daß die Regierung sich einen Betrug gegen das Volk erlaubte, indem sie die Erklärung des Palais zum National-Eigenthum zuließ, ohne die geringste Einsprache dagegen zu erheben.

Unmittelbar nach der Revolution waren alle Parteien darüber einig, daß es für den Prinzen von Preußen eine vollkommene Unmöglichkeit sei, nach den Vorfällen der Nacht vom 18. jemals den Preußischen Königsthron zu besteigen, selbst in den höchsten aristokratischen Kreisen wurde diese Ansicht unverholen ausgesprochen.

Aber so sehr hatte sich binnen wenigen Wochen schon die Furcht der reactionären Partei gelegt, so sicher glaubte sie jetzt schon ihres Sieges zu sein, daß sie, kaum zwei Monate nach der Revolution, es wagen durfte, offen heraus zu treten, und offen den Kampf zu beginnen gegen die Sympathieen des Volks; und das Ministerium Camphausen, das sogenannte Ministerium der Revolution, stand an der Spitze dieser Partei.

Mit servilen Lobeserhebungen gegen die sogenannten Tugenden des Prinzen von Preußen, wie die Ritterlichkeit des Charakters und dergleichen mehr, Tugenden, welche der Prinz nur bei den Paraden seiner Garden, nie auf dem Schlachtfelde, zu zeigen im Stande gewesen war, motivirte das Ministerium Camphausen seinen Wunsch für die Zurückberufung des Prinzen von Preußen; ja, es ging noch weiter, es sprach offen aus (acht Wochen nach der Revolution), die Gegenwart des Prinzen sei nöthig bei der Berathung der Rechte, welche der König dem Volke einzuräumen entschlossen wäre. —

Der König sollte dem Volk Rechte einräumen! Das war ein Wort, welches allgemeine Wuth, allgemeine Entrüstung erregte, und in ganz Berlin zeigte sich hierüber, so wie über die Zurückberufung des Prinzen von Preußen überhaupt, eine maßlose Wuth. Alle Straßenecken füllten sich mit Plakaten gegen den Prinzen von Preußen; am meisten Aufsehen aber erregte eine Proclamation des politischen Klubs, welche mit folgenden, ganz aus der Stimmung des Volks hervorgehenden Worten schloß:

„Wir klagen das Ministerium an, daß es nach dem 18. März die Schuld des Prinzen nicht officiell constatirt hat; wir klagen das Ministerium an, daß es ein Recht, das nur der constituirenden Versammlung zukommt, willkürlich

an sich gerissen hat; wir klagen das Ministerium an, daß es durch diese Verletzung des Volksgefühls den Bürgerkrieg provozirt. — Es ist dies ein Frevel an der öffentlichen Meinung, ein Frevel an der unbeugsamen Stimmung des Volkes, welcher ein Ministerium, das sich als volksthümlich proklamirt hat, unmöglich macht.

Berlin, den 12. Mai 1848.

Der politische Club."

Aber nicht in Plakaten allein machte die Stimmung der Berliner Bevölkerung sich Luft. Schon vom Mittage des 12. an waren alle Straßen voll von Menschen, welche sich zusammengedrängt hatten und sich gegenseitig aussprachen über die Mißregeln des Ministeriums.

Auch die Studenten hatten in der Aula eine große Versammlung, in welcher sie mit großer Majorität beschlossen, eine Deputation an den Minister-Präsidenten Camphausen zu senden, und denselben um die Zurücknahme der angekündigten Maßregel zu ersuchen. Zu gleicher Zeit sollte die Deputation den Minister benachrichtigen, daß die Studentenschaft im Falle ausbrechender Unruhen nicht mit Waffengewalt werde einschreiten können.

Am 13. veröffentlichte die Studentenschaft in Folge dieser Deputation einen Protest; einen gleichen Schritt thaten auch viele Mitglieder der Bürgerwehr.

Schon am Nachmittage hatten sich in der Wilhelms-Straße vor den Minister-Hotels der Herren Camphausen und Schwerin große Menschenmassen gesammelt, eine Deputation, um die Rücknahme der Berufung des Prinzen von Preußen zu bewirken, zu den Ministern geschickt, aber natürlich ausweichende Antworten erhalten.

Am Abende fand eine Versammlung unter den Zelten statt, zu der sich wohl über 10,000 Männer eingefunden hatten, welche von **Jung** auf den Wunsch der Versammlung geleitet und mit einer glänzenden Rede eröffnet wurde, in welcher er die Unfähigkeit des Ministeriums Camphausen, die Rath- und Thatlosigkeit desselben, welche sich in jedem Schritte offenbare, darstellte und nachwies, daß das Ministerium nur da Kraft bewiesen habe, wo es sich um die Unterdrückung der Volksfreiheit, um reactionaire Bestrebungen handle; die letzte Maßregel des Ministeriums, die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, gebe davon den deutlichsten Beweis.

Auf den Vorschlag **Jung's** wurde dann eine Deputation ernannt, welche eine von **Schaßler** schnell entworfene Adresse dem Ministerium überbringen sollte, und die Versammlung beschloß, sich dieser Deputation in geordnetem Zuge anzuschließen, um ihr einen größeren Nachdruck zu geben; also eine Demonstration auszuführen ganz in derselben Weise, wie die gegen die indirekten Wahlen, welche am grünen Donnerstag gewaltsam verhindert worden war.

Der Vorschlag wurde sofort ausgeführt. Die Deputation brach auf, und die Versammlung folgte ihr in einem geordneten Zuge, indem je sechs und sechs Männer sich unterfaßten und eine Reihe bildeten.

Durch die Linden ging der Zug nach der Wilhelms-Straße und stellte sich dort vor dem Hause des Minister-Präsidenten auf; die Menschenmasse war während des Zuges von den Zelten her wohl um das Doppelte gewachsen, denn es hatten sich derselben noch viele neu Hinzukommende angeschlossen.

Vor dem Hotel des Minister-Präsidenten standen als Wache zwei Reihen Bürgerwehr, deren Gegenwart aber völlig unnöthig erschien, denn wohl Niemand aus der ganzen, großen Versammlung dachte daran, hier einen Unfug zu begehen, Alle wollten nur eine Demonstration, eine friedliche, aber gewaltige Demonstration machen; sie warteten daher ruhig auf das Resultat, welches die Unterredung ihrer Deputation mit dem Minister haben würde.

Die Deputation wurde sogleich bei dem Minister vorgelassen; auf dem Hausflur traf sie mit einer Deputation der Bürgerwehr zusammen, welche derselben Angelegenheit wegen dort war.

Die Deputation traf den Minister Camphausen und den Minister Grafen Schwerin, welcher sich zufällig bei dem Minister-Präsidenten befand. Beide Minister versicherten der Deputation, daß sie allerdings wüßten, wie die Stimmung Berlins sich sehr entschieden gegen den Prinzen von Preußen ausspräche, Berlin wäre aber nicht das ganze Land, und auf dieses müßten sie Rücksicht nehmen. Herr Camphausen versprach indessen mit der ihm eigenthümlichen milden Art, am nächsten Morgen im Minister-Rath die Sache noch einmal in Vortrag zu bringen, da er nicht allein eine Angelegenheit bestimmen könne, welche das ganze Ministerium angehe. Ueberhaupt benahm sich Herr Camphausen der Deputation gegenüber mit jener milden Bescheidenheit, welche ihm, trotz seiner vielfachen Fehler, eine gewisse Liebe im Volke bewahrt hat; Herr von Schwerin aber zeigte auch bei dieser Gelegenheit seine gewöhnliche aristokratische Arroganz.

Die Unterredung der Deputation mit dem Minister hatte natürlicherweise etwas lange gedauert, so daß zuletzt die vor

dem Palais Versammelten anfingen ungeduldig zu werden; es zeigte sich in der zahllosen Menge einige Unruhe, welche sich durch Murren kund gab, keineswegees aber, wie später behauptet worden ist, durch unanständiges Geschrei.

Der Dr. Lövinson sprang auf die Rampe, um durch einige Worte die Ungeduld des Volkes zu beruhigen; aber es gelang ihm nicht, denn er ist kein Volksmann.

Endlich kehrte die Deputation zurück. Jung trat auf und theilte den Versammelten in kurzen Worten den Bescheid des Minister-Präsidenten mit, daß derselbe sich erst mit dem gesammten Ministerium berathen müsse, ehe er eine bestimmte Antwort geben könne, da die Versammlung nicht Berlin und Berlin nicht Preußen sei.

Diese Antwort genügte der Volksmenge keineswegees; eine große Unruhe gab sich unter den Versammelten kund, Jeder flüsterte mit seinem Nachbar, und ab und zu ließ sich auch wohl ein wilder, lauter Ausdruck des Mißvergnügens hören, selbst der Ruf: Abdanken! ertönte einige Male.

Da sprang Eichler auf die Rampe; trotz seiner Riesenstimme vermochte er sich anfangs kein Gehör zu verschaffen; das Mittel, welches er anwendete, um gehört zu werden, so wie überhaupt seine ganze Art, zu sprechen, welche ihn so volksthümlich gemacht hat, ist höchst charakteristisch für den harmlosen und gutmüthigen Sinn der Berliner Bevölkerung.

Als es anfing ruhiger zu werden, rief Eichler mit einer Stentor-Stimme:

„Eichler hat's Wort! Hab' ich's?" —

„Ja!" war die einmüthige Antwort.

„Na, dann haltet Ihr die Schnauze! Es kann nur Einer auf einmal sprechen."

Allgemeines, schallendes Gelächter und gleich darauf die größte Ruhe.

Eichler ermahnte nun die Versammlung, wieder nach den Zelten hinauszuziehen, und nicht in der Stadt Scandal zu machen, dadurch würde sie nur ihre Deputation, welche dem Minister Ruhe versprochen hätte, blamiren, und das wolle sie doch ganz gewiß nicht.

Er schloß mit den Worten: „Na, ich gehe, und ein Hundsfott, wer nicht mitkommt!"

Wieder erscholl ein lautes Gelächter, und Eichler's Zweck wurde erreicht, denn die Menge zerstreute sich augenblicklich, indem ein Theil durch die Leipziger Straße, ein anderer Theil durch die Linden nach den Zelten zurückzog.

Unter den Zelten hatte sich wieder eine ungeheure Volks-Versammlung gebildet. Verschiedene Redner ergriffen das Wort, um nochmals wegen der Zurückberufung des Prinzen von Preußen zu sprechen, und die Versammlung entschloß sich, bis morgen zu warten, ohne etwas Weiteres zu thun, ehe das Ministerium sich bestimmter ausgesprochen habe.

Auch die Verhöhnung, welche das Volk durch die Regierung erfahren, indem diese das Wort „National-Eigenthum" am Palais des Prinzen von Preußen erst hätte anschreiben, dann aber vor wenigen Tagen wieder auslöschen lassen, kam zur Sprache, und bewirkte den Entschluß der Volksmassen, vor das Palais zu ziehen und das Wort National-Eigenthum wieder anzuschreiben.

Dies geschah denn auch. Es gab dabei unruhige Auftritte und kleine Conflicte mit der Bürgerwehr. Erst spät in der Nacht verlief sich das Volk auf Zureden von Held und Eichler.

Schon am Sonnabend Morgen waren die Straßen Berlins wieder angefüllt mit Menschen, besonders stark wogten die Massen die Linden auf und nieder; man hörte fast kein anderes Wort sprechen, als von dem Prinzen von Preußen, von der Abdankung der Minister, von den großartigen Demonstrationen, welche man vorzunehmen gedachte, um das Ministerium zur Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen zu zwingen.

Folgende Proclamation des Ministeriums erschien am Nachmittage an allen Straßenecken, auch die Bäume der Linden und die im Thiergarten waren mit den mächtigen Anschlägen bedeckt:

„Die vom Staats-Ministerium Sr. Majestät dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theile der Bevölkerung der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Nächste am Throne nicht außerhalb der Grenzen des Vaterlandes weilen darf, zu der Zeit, wo das neue Verfassungs-Werk zwischen dem Könige und seinem Volke vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staates, doppelt wichtig in einem Augenblicke, wo Preußen mit den Waffen an den deutschen Grenzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewähren berufen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesammten preußischen Volkes anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten

werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in dem freien England und des seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Sr. Majestät des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen ist, und daß die Regierung von ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Damit werden dann alle Besorgnisse von reactionairen Tendenzen schwinden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Klassen des Volkes, zurückkehren!

„Berlins Bewohner werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen, in Begleitung großer Massen, auf die Entschließung der Regierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungs-Gewalt, und mit ihr die Herrschaft der Gesetze, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungs-Beschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt, als allen Theilen des Landes sich kund giebt, so darf sie doch verlangen, daß dies nur auf geordnetem Wege geschehe. Die schließliche Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volks-Vertretung erwarten. In dieser, ihrer Ansicht nach

allein würdigen Stellung baut die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins.

Berlin, den 13. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald.
Bornemann. von Arnim. Hansemann.
Graf von Kanitz. von Patow."

Diese Bekanntmachung stellte das Volk im Geringsten nicht zufrieden; dies sprach sich auch in der am Abend unter den Zelten stattfindenden Volks-Versammlung aus, in welcher auch ein Mitglied der Bürgerwehr versicherte, daß die Bürgerwehr Berlins mit dem Volke vollständig Hand in Hand gehen werde. Auf Held's Antrag ernannte die Versammlung eine Commission von dreißig Mitgliedern, welche sich mit den verschiedenen Clubs und Corporationen Berlins in Verbindung setzen sollte, um mit diesen gemeinschaftlich eine gewaltige Demonstration des Volkswillens gegen das Ministerium zu bewirken.

Diese Commission erließ am Sonntag Morgen folgendes Plakat an allen Straßen-Ecken:

„An sämmtliche Einwohner Berlins!

„Das Ministerium hat eigenmächtig die Rückberufung des Prinzen von Preußen beschlossen.

„Nur das Volk, und in seinem Namen die National-Versammlung, hat das Recht, die Zurückberufung zu decretiren.

„Trotz der fast einmüthig ausgesprochenen Protestation Berlins gegen diese Zurückberufung erklärt das Ministerium, diese Maßregel aufrecht erhalten zu wollen.

„Wir fordern daher sämmtliche Einwohner Berlins, welche

gegen die jetzige Zurückberufung des Prinzen von Preußen sind, auf, sich am Sonntag, den 14. Mai, Nachmittags 5 Uhr, unter den Zelten einzufinden.

„Alle Diejenigen, denen das Recht, Waffen zu tragen, zusteht, werden ersucht, in geschlossenen Zügen, zur Sicherung der Ordnung, bewaffnet zu erscheinen.

„Berlin, den 13. Mai 1848.

„Die von der Volks-Versammlung unter den Zelten ernannte Commission."

Dieses Plakat zeigte deutlich, daß es auf nichts mehr und nichts weniger abgesehen war, als auf eine neue Revolution, um ein nicht volksthümliches Ministerium zu stürzen. Welche großartigen Pläne, welcher jämmerliche Ausgang!

Die Behörden bereiteten sich natürlich ebenfalls auf einen gewaltsamen Ausgang des Tages vor. Die Bürgerwehr wurde unter Waffen gerufen und durch den Polizei-Präsidenten Minutoli darauf aufmerksam gemacht, daß eine bewaffnete Volks-Versammlung unerlaubt sei; auch das Ministerium fühlte sich gedrungen, dem Volkswillen abermals eine Concession zu machen, um sich den Beistand der leicht zu befriedigenden Bürgerschaft zu sichern; es veröffentlichte gegen Mittag einen Brief des Herrn Camphausen, worin dieser dem General Aschoff auf seine Anfrage mittheilte, daß der Prinz von Preußen sich noch in England befände und frühestens in vierzehn Tagen wiederkommen werde.

Zur Sicherung des Ministeriums waren wenige Maßregeln getroffen. Herr von Minutoli hatte ein Bataillon Bürgerwehr in den Garten des Ministerpräsidenten in Hin-[illegible] worden, die Bürgerwehr hatte sich dieses Dienstes

geweigert; der Professor Magnus jedoch, der Führer des Studentenkorps, war mit einer Abtheilung desselben dem Minutolischen Vorschlage gemäß an der Stadtmauer entlang von hinten in den Garten des Ministerhotels einmarschirt und hatte sich daselbst aufgestellt. Wahrlich eine schwache Besatzung im Falle eines vielleicht bevorstehenden Kampfes.

Vor den Zelten hatte sich mittler Weile wieder eine Volksversammlung gebildet, so groß artig, wie noch keine frühere; aber trotz der Einladung der Commission sah man nur wenige Bewaffnete. Die meisten Anwesenden hatten ihre Waffen in der Stadt gelassen; aber freilich nahe genug, um sie bald zur Hand zu haben.

Held theilte nun der Versammlung mit, daß die Commission einen abermaligen Zug nach dem Ministerhotel beschlossen habe, eine aus Held, Eichler, Schramm, Braß, Lehmann, Prutz und Salis bestehende Deputation solle die Minister zum letzten Male und energisch auffordern, die Berufung des Prinzen von Preußen zurückzunehmen, bis die Nationalversammlung, der allein das Recht der Entscheidung zustehe, dieselbe verlange. Es sei dies der Wille der gesammten Berliner Bevölkerung, wie sich die Commission gewissenhaft überzeugt habe.

Es war dies auch in der That so, einen deutlichen Beweis liefert die Theilnahme des Dr. Prutz, eines sehr gemäßigten Mitgliedes des sehr gemäßigten constitutionellen Clubs, an der Deputation.

Eichler forderte darauf die Versammlung auf, sich wieder je sechs und sechs in einer Reihe zu einem Zuge zu schaaren, welcher die Deputation begleiten sollte; ersuchte zu gleicher Zeit aber auch die Waffentragenden, draußen vor den Zelten

zu bleiben, um nicht Aufsehen in der Stadt zu erregen; — es ist indeß hierbei zu bemerken, daß diese Aufforderung ziemlich unnöthig war, denn in der ganzen großen Versammlung bemerkte man nur wenige Waffen.

Während die verschiedenen Redner sprachen, wurden in der Versammlung von unbekannter Hand Zettel ausgestreut, auf denen ein neu zu bildendes Ministerium verzeichnet war. Die Ministerliste war ungefähr folgende:

Minister des Innern: Rauwerk.
„ der Justiz: Jung.
„ der geistlichen Angelegenheiten: Diesterweg.
„ des Auswärtigen: Graf Reichenbach.
„ der Finanzen: Hansemann.
„ der Arbeit: Berends und Bisky.

Diese Liste bietet den besten Beweis davon dar, was eigentlich die Demonstration zu sagen hatte, aber auch davon, wie jämmerlich der Erfolg eines so großartig begonnenen Staatsstreiches war.

Der Zug setzte sich nun in Bewegung, und er bot wirklich einen großartigen Anblick dar, denn als die vordersten Reihen schon beim Thore waren, hatten die hintersten noch kaum die Zelte verlassen.

Je weiter er von den Zelten nach der Stadt zuschritt, um so mehr vergrößerte er sich; denn fortwährend schlossen sich neue Reihen ihm an. Als er vor dem Minister-Hotel angekommen war, mochte er wohl aus 40 bis 50,000 Menschen bestehen; denn die ganze Wilhelmsstraße vom Wilhelmsplatz bis zu den Linden stand Kopf an Kopf.

Während des ganzen Zuges hatte die Versammlung die musterhafteste Ordnung, die größte Ruhe beobachtet; sie that

dies auch ferner, als die Deputation in das Minister-Hotel gegangen war, und erst nachdem sie über eine Stunde auf der Straße in tiefster Stille gewartet hatte, wurden einige Rufe der Ungeduld laut.

Die Ruhe wäre jedoch beinahe durch einen unangenehmen Zufall gestört worden. Wie es heißt, durch einen Befehl des Herrn von Minutoli, vielleicht jedoch auch durch ihren eigenen jugendlichen Ungestüm verleitet, drangen plötzlich die im Minister-Hotel aufgestellten Studenten durch die Einfahrten desselben hervor; als sie indessen das ruhig harrende Volk bemerkten, zogen sie sich schnell wieder zurück, gerade noch zur rechten Zeit, denn schon brach das Volk in ein Wuthgeschrei über diesen hinterlistigen Angriff aus.

Nach etwa fünf Viertelstunden traten der Graf Schwerin und die Mitglieder der Deputation auf den Balkon. Schwerin benachrichtigte die Versammlung, daß der Minister Camphausen nach Potsdam sei, daß er nichts bestimmen könne, daß aber bis zum Montag Nachmittag 4 Uhr die Stadt über die definitive Beschließung des Ministerraths in Kenntniß gesetzt werden solle. Die Worte Schwerins waren erzwungen freundlich, sie hatten eine gewisse unverschämte Herablassung, welche dem Volke sehr mißfiel. Ehe daher der Minister geendet hatte, wurde er durch den tausendstimmigen Ruf: „Fort, fort! abdanken, abdanken!" unterbrochen und mußte zurücktreten.

Jetzt trat Held auf. Mit seiner furchtbaren Stimme verschaffte er sich Ruhe und erklärte, die Deputation habe beschlossen, bis morgen zu warten; wäre dann der Wille des Volkes nicht erfüllt, so würde sie ihre Mission in die Hände des Volkes zurückgeben. Alle gesetzlichen Mittel wären dann

vergebens versucht worden. Held wies dabei nicht undeutlich darauf hin, daß von morgen Nachmittag an jede Unterhandlung aufhören und die Gewalt beginnen würde. Die Versammlung trennte sich darauf und zog zum größten Theile nach den Zelten zurück, wo sie beschloß, bis zum Montage ruhig zu warten, das aber wäre der äußerste Termin.

So war denn auch der Sonntag ganz ruhig dahin gegangen, so große Befürchtungen man auch für die Ruhe der Stadt gehegt hatte.

Am Montag Morgen erschien die Antwort des Ministeriums auf die Demonstration vom Sonntag, sie lautete folgendermaßen:

„Der unterzeichnete Vorsitzende des Staats-Ministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Commandanten der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunkt der Rückkehr des Prinzen von Preußen Königliche Hoheit widerlegt. Dessenungeachtet ist am gestrigen Abende durch eine Deputation einer Volksversammlung eine neue Erklärung begehrt worden: —

Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach:

Se. Königl. Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der am 22sten d. Mts. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter in das Vaterland zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen constitutionellen Bahn öffentlich kund geben. — Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staats-Ministeriums ausgesprochen. — Wenngleich wir dies bedauern,

so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am wenigsten jetzt wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung. -- Wir sind dies dem ganzen Volke — auch mit Rücksicht auf die aus der Hauptstadt, wie aus den Provinzen uns zugegangenen zahlreichen Adressen in entgegengesetztem Sinne — schuldig. Wir sind es der Versammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amtshandlungen abzulegen haben. —

Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht, daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volksvertretung, insbesondere des Verfassungs-Entwurfes, ferner gehemmt werde.

Berlin, den 15. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Gr. v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Gr. v. Kanitz. v. Patow.

Also um diesen Bescheid zu erhalten, hatten die beiden großartigen Demonstrationen stattfinden müssen, war ganz Berlin in die größte Aufregung gesetzt worden.

In einer Volksversammlung, welche am Abend des Montags stattfand, wurde der Bescheid des Ministeriums mitgetheilt, welcher eine große Aufregung bewirkte; Herr Held bemühte sich indessen, diese zu besänftigen, und es gelang ihm auch, obgleich mit einiger Mühe, denn manche Stimmen gaben sich unter dem Volke kund, welche den früher so beliebten Volksredner der Feigheit beschuldigten, seine Autorität hatte dadurch bedeutend gelitten, daß er die günstige Stimmung am Sonntag nicht besser zu benutzen gewußt.

Auch in dieser Volksversammlung (am Montag) sprachen noch einige Brauseköpfe von gewaltsamer Absetzung des Ministeriums; aber vergeblich, denn es war Allen klar, daß von einem günstigen Erfolge nicht mehr die Rede sein könne, da die Bürgerwehr durch die Erklärung des Ministeriums befriedigt worden war; der richtige Zeitpunkt war verpaßt durch die Rath- und Thatlosigkeit der Volksführer, am Sonntag stand es in ihrer Macht, das Ministerium Camphausen zu stürzen, aber sie benutzten den günstigen Augenblick nicht, weil sie fürchteten, sich zu compromittiren.

So ging denn auch die Volksversammlung am Montag auseinander, ohne Etwas gethan zu haben; die verschiedenen Redner hatten sich ereifert gegen das Ministerium, gegen die Demonstration, gegen Herrn Held, gegen die bisher noch immer nicht vollständig gewährte Volksbewaffnung; sie hatten, wie gewöhnlich, geschrieen, und geschehen war, wie gewöhnlich, Nichts.

Die Zeit bis zur Eröffnung der National-Versammlung ging sehr ruhig hin, es geschah eine ganze Zeit in Berlin eigentlich wenig oder gar nichts, die Stadt war so vollständig ruhig, wie dies so wenige Wochen nach der Revolution nur irgend möglich war. Zu bemerken ist nur, daß während dieser Zeit der Magistrat eine Einkommensteuer von Einem Prozent erließ, um durch dieselbe in den Stand gesetzt zu sein, die brodlosen Arbeiter ferner beschäftigen zu können, und daß eine neue Stadtverordneten-Versammlung nach dem alten Modus der Städte-Ordnung erwählt wurde.

13.

Schon am Sonnabend, den 21. Mai, hatten sich die meisten Deputirten in Berlin angefunden, und ein Theil derselben war im Saale des Hôtel de Russie zu einer vorläufigen Berathung zusammen gekommen. Der Gegenstand der Berathung war scheinbar eine reine Formsache.

Es war nämlich zu den Sitzungen der constituirenden Versammlung die frühere Sing-Akademie eingerichtet worden, aber die erste, die Eröffnungs-Sitzung, sollte nicht in diesem Lokale stattfinden. Die Regierung hatte bestimmt, daß die Deputirten im weißen Saale des Königlichen Schlosses die Thronrede des Königs entgegennehmen sollten, indem sie die noch nicht vollendete Einrichtung des Sitzungs-Saales der Sing-Akademie als Grund für diese auffallende Maßregel vorschützte.

Daß dies eine reine Entschuldigung, keineswegs aber ein genügender Grund war, mußte Jedem augenscheinlich werden, welcher mit den Verhältnissen Berlins und der großen Leichtigkeit und Schnelligkeit bekannt ist, in der solche Einrichtung hätte getroffen werden können, wenn es nur wirklich der ernste Wille der Regierung gewesen wäre, sie zu treffen; es mußte daher wohl ein anderer Grund zu der auffallenden Maßregel vorhanden sein, und dieser lag ziemlich offen am Tage, es war der alte Stolz des absoluten Königthums, welcher sich entwürdigt glaubte, wenn der Monarch zu den Vertretern des Volkes kommen müßte, um diese zu bewillkommnen.

Von diesem Grundsatze gingen die im Hôtel de Russie

versammelten Deputirten aus, indem von sechszig Anwesenden neunundbreißig gegen Abhaltung der Eröffnungs-Sitzung im weißen Saale des Königlichen Schlosses, als gegen eine mit der Würde der Volks-Vertretung nicht zu vereinigende Anordnung, protestirten.

Aber trotz dieses Protestes wurde die Anordnung nicht zurückgenommen, die meisten der Protestirenden begingen sogar die Inconsequenz, sich zu fügen, nur wenige gesinnungstüchtige Männer, unter ihnen die Herren: Jung, Berends, v. Kirchmann, v. Potworowski, v. Cieszkowski, Brill, Arnold u. s. w., blieben ihrem Vorsatz getreu, und schlossen sich von der Eröffnungs-Sitzung aus.

Am Mittag gegen 12 Uhr des 22. Mai waren etwa dreihundert Abgeordnete im weißen Saale versammelt, und die Minister in voller Uniform. Der König erschien, von den Prinzen Carl, Albrecht, Wilhelm, Friedrich, begleitet, und wurde mit einem dreimaligen Lebehoch der Versammlung empfangen; er setzte sich dann auf den Thronsessel und las mit bedecktem Haupte folgende Thron-Rede:

„Meine Herren Abgeordneten! Mit freudigem Ernste begrüße Ich eine Versammlung, welche, aus allgemeiner Volks-Wahl hervorgegangen, berufen ist, mit Mir die Verfassung zu vereinbaren, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands bezeichnen wird. Sie werden, davon bin ich überzeugt, indem Sie das Werk beginnen, die doppelte Aufgabe sich stellen, dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates zu sichern und zugleich die Bande enger zu schließen, welche seit mehr als vier Jahrhunderten Mein Haus mit den Geschicken dieses Landes unzertrennlich verwoben haben.

„Den Entwurf der Verfassung wird Meine Regierung Ihnen vorlegen.

„Mit Ihnen zugleich haben sich in Frankfurt am Main die Vertreter des ganzen deutschen Volkes versammelt. — Gern hätte Ich das Ergebniß dieser Versammlung abgewartet, bevor Ich die Vertreter Meines getreuen Volkes zusammenberief. — Das dringende Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in unserem engeren Vaterlande hat dies nicht gestattet. — Die Einheit Deutschlands ist Mein unverrückbares Ziel, zu dessen Erreichung Ich Ihrer Mitwirkung Mich versichert halte. —

„Die innere Ruhe des Landes beginnt sich zu befestigen. —

„Die völlige Wiederherstellung des Vertrauens, mit ihr die Belebung des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit, ist wesentlich von dem Erfolge Ihrer Wirksamkeit abhängig. — Mehrseitige Anstrengungen sind gemacht worden, um während der Stockung in vielen Gewerben Gelegenheit zur Arbeit zu verschaffen. — Sie müssen fortgesetzt und ausgedehnt werden. — Bis jetzt hat der gestiegene Geldbedarf die Ersparnisse der Vergangenheit noch nicht erschöpft.

„Meinen Bemühungen, den Wünschen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, ist es nicht gelungen, eine Auflehnung zu verhindern, die, so tief Ich sie beklage, Mich nicht abgehalten hat, den eingeschlagenen Weg, unter nothwendiger Berücksichtigung der Ansprüche der deutschen Nationalität, zu verfolgen.

„Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die friedlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den fremden Mächten nur an einem Punkte gestört worden. — Ich darf Mich der Hoffnung überlassen, daß [illegible]

genommene freundliche Vermittelung wesentlich dazu beitragen werde, die Beendigung eines Kampfes zu beschleunigen, zu dem Preußen nicht herausgefordert hat, den Ich aber als deutscher Bundesfürst aufzunehmen nicht anstehen durfte, als die Marken des gemeinsamen Vaterlandes bedroht erschienen und der Ruf zur Wahrung eines anerkannten Rechtes vom deutschen Bunde an Mich erging.

„Meine Politik wird sich auch in diesem Falle als eine uneigennützige und friedliche bewähren, eine Politik, der Ich, im innigen Vereine mit Deutschland, treu zu bleiben entschlossen bin."

Nach Beendigung dieser Rede entfernte sich der König unter einem dreimaligen Lebehoch der Versammlung. Es wurde dann noch der Alters-Präsident Herr von Schön erwählt, und eine Commission zur Prüfung der Wahlen ernannt, worauf die Versammlung geschlossen war.

Am Abend erschien der in der Thron-Rede angekündigte Verfassungs-Entwurf im Staats-Anzeiger.

Alle Restaurationen und öffentlichen Lokale waren an jenem Abende von Besuchern gefüllt, welche mit der größten Spannung auf den Verfassungs-Entwurf warteten, der so lange ersehnt war, der endlich ein volles und genügendes Zeichen abgeben sollte darüber, ob es der Regierung in der That Ernst sei mit den Versprechungen, welche sie am 18. und 19. März dem Volke gegeben hatte. Der Staats-Anzeiger wurde von einer Hand in die andere gerissen, Jeder wollte ihn zuerst lesen, Jeder sich überzeugen, ob es wahr, ob es möglich sei, daß die Regierung es wagen könne, dem Volke einen solchen Verfassungs-Entwurf vorzulegen.

Mit Staunen und Unwillen wurden Alle erfüllt, welche

mit kritischem Geiste dies jämmerliche Machwerk durchlasen, diesen Entwurf, der auf dem Princip des alten, längst überflügelten Liberalismus fußend, aus den verschiedenen Constitutionen Europa's zusammengebettelt, alle vom Volke errungenen Freiheiten theils in Frage stellte, theils sogar vernichtete. Der Verfassungs-Entwurf blieb in der That weit hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, welche das Volk hegen zu können glaubte.

Ueberall, wo dem Volke Freiheiten gelassen waren, wurden dieselben illusorisch gemacht durch Hinterthüren, welche der Regierung offen gelassen waren, indem die früheren, dem Absolutismus angehörigen Gesetze in Kraft blieben.

Besonderes Mißvergnügen erregten die folgenden Paragraphen:

§. 36. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt.

Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich.

§. 37. Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

§. 38. Die erste Kammer besteht:

1. aus den Prinzen des Königlichen Hauses, sobald sie das achtzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben;
2. aus höchstens sechszig vom Könige ernannten Mitgliedern. Dieselben werden aus der Zahl derjenigen Staatsbürger ernannt, welche ein reines Einkommen von mindestens 8000 Thalern jährlich beziehen. Sie vererben das ihnen verliehene Recht auf ihre männlichen Descendenten nach den Regeln der Erstgeburt. Das Recht erlischt aber, wenn der [illegible] kleines

Einkommen von 8000 Thalern jährlich nicht nachzuweisen vermag;

3. aus 180 Mitgliedern, die durch dieselben Wahlmänner gewählt werden, welche die Mitglieder der zweiten Kammer zu wählen haben.

§. 39. Wählbar für die erste Kammer (§. 38. 3.) sind nur solche Staatsbürger, welche das vierzigste Lebensjahr zurückgelegt haben und ein reines Einkommen von mindestens 2500 Thalern jährlich beziehen, oder an direkten Staats-Steuern mindestens 300 Thaler jährlich entrichten. Die Mitglieder der höhern Gerichtshöfe, die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und die Ober-Bürgermeister der Städte von mehr als 25,000 Einwohnern, sofern sie ihr Amt mindestens sechs Jahre verwaltet haben, sind auch dann für die erste Kammer wählbar, wenn sie ein geringeres Einkommen beziehen oder eine geringere direkte Staats-Steuer entrichten.

Durch diese Paragraphen wurde dem König ein absolutes Veto beigelegt, es wurde durch dieselben in der ersten Kammer neben der schon bestehenden Aristokratie des Adels noch eine Aristokratie des Geldes geschaffen, welche im Volke wo möglich noch verhaßter war, als die erstere.

Diese erste Kammer war um so gefährlicher, als sie zugleich den Gerichtshof bildete für die in der zweiten Kammer etwa in Anklagezustand versetzten Minister.

Daß ein solcher Verfassungs-Entwurf allgemeines Mißvergnügen erregen mußte, war wohl natürlich.

Ueberall, wohin man an jenem Abende in Berlin auch kam, hörte man Worte des Zornes und der Entrüstung, überall Schmähungen und Verwünschungen auf die Regierung, überall hörte man auch den Ausdruck der Verwunderung, des

Stammens, denn so wenig man auch in der letzten Zeit dem Ministerium Camphausen getraut hatte, so war es doch Niemandem eingefallen, einen solchen Verfassungs-Entwurf auch nur für möglich zu halten.

Im demokratischen Club, dem früheren politischen Club, der seinen Namen verändert hatte, wurde der Verfassungs-Entwurf vorgelesen und fast bei jedem Paragraphen mit stürmischen Zeichen des Mißfallens begrüßt. Beim §. 28 und 29 (von der ersten Kammer) wollte des Zischens und Tobens gar kein Ende werden.

Aehnlich war der Empfang, welchen der Entwurf bei einer in der Villa Colonna versammelten Gesellschaft, dem Central-Verein demokratischer Wahlmänner, welchem sich auch eine große Anzahl von anderen Bürgern angeschlossen hatte, erhielt. Auch hier waren die Zeichen der Mißbilligung, welche sich nach beinah jedem Paragraphen erhoben, kaum zu bewältigen, und oft mußte in der Vorlesung inne gehalten werden, weil die allgemeine Entrüstung sich in lauten Worten Luft machte.

Als die Vorlesung des Entwurfs beendet war, dauerte das Pfeifen, Zischen und Toben wohl fünf Minuten, und erst dann beruhigten sich die Gemüther wenigstens so weit, daß eine Diskussion möglich wurde.

Ein Redner sprang auf die Tribüne und machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß am folgenden Tage eine großartige Parade der gesammten Bürgerwehr vor dem Könige stattfinden solle, er fragte, ob nach einem solchen Verfassungs-Entwurf es möglich sei, daß man noch dem Könige vertrauen könne.

Nein, nein, riefen alle Stimmen wild durch einander.

und wieder dauerte es mehrere Minuten, ehe die Anwesenden sich so weit beruhigten, daß der Redner fortfahren konnte.

Eine Parade der Bürgerwehr vor dem Könige sei ein Zeichen des Vertrauens, fuhr der Redner fort; dies könne und wolle man doch jetzt nicht mehr geben, und aus diesem Grunde müsse man auf Mittel denken, die auf den folgenden Morgen festgesetzte Parade zu hintertreiben.

Dieser Vorschlag fand allgemein Anklang, und nach kurzen Debatten beschloß die Versammlung, sofort ein Plakat an die Straßenecken Berlins anschlagen zu lassen, in welchem die Wehrmänner der Stadt aufgefordert würden, sich nicht bei der Parade zu betheiligen. Ein in der Versammlung anwesender Drucker erbot sich, dies Plakat sogleich zu setzen und abzuziehen, und ein vom Professor Benary vorgeschlagener Entwurf wurde genehmigt.

Die Mitglieder der Versammlung blieben noch einige Stunden zusammen, und als das Plakat aus der Druckerei kam, wurde es sofort von ihnen selbst an den Straßenecken angeschlagen.

Auch an anderen Orten waren ähnliche Scenen vorgefallen. Unter den Linden hatten sich große Menschenmassen versammelt, und in den einzelnen Volkshaufen waren Reden gehalten worden über den Verfassungs-Entwurf und über die Schamlosigkeit des Ministeriums, den Vertretern des preußischen Volkes ein solches Machwerk zur Berathung vorzulegen. Auch die Thronrede des Königs wurde scharf kritisirt und erfuhr die heftigsten Angriffe. Da kam Jemand auf die Idee, ein eigenthümliches Volks-Gericht über den Entwurf auszuüben. Unter allgemeinem Jubel der Umstehenden wurde der Verfassungs-Entwurf auf einen Haufen Vossischen Zeitungen

gelegt und mit diesen auf offener Straße verbrannt; dann zogen die Versammelten vor die Hotels der Minister Camphausen und Schwerin und brachten diesen eine solenne Katzenmusik, um ihnen ein Zeichen ihrer Achtung und Verehrung zu geben.

Am folgenden Tage, am Dienstag den 23. Mai, wurde die einmal angekündigte Parade trotz der Anschlagezettel dennoch abgehalten.

Schon oft war diese Parade angesagt worden, aber immer hatten sich Verzögerungen von Seiten der Regierung ihr entgegengestellt, sie wurde verschoben und erst am 23. Mai fest bestellt.

Auch an diesem Tage hätte sie wohl kaum, oder wenigstens nur höchst unvollständig, statt gefunden, wenn der Verfassungs-Entwurf, der unter allen Klassen der Berliner Gesellschaft die tiefste Entrüstung erregte, hinlänglich bekannt gewesen wäre.

Dies war indessen leider nicht der Fall.

Der Preußische Staatsanzeiger, welcher den Verfassungs-Entwurf zuerst mittheilte, war am Montag Abend sehr spät erschienen, zu einer Zeit, wo ein großer Theil der Berliner Bürger sich bereits zur Ruhe niedergelegt hatte, am Dienstag Morgen war das Zusammentreten der Compagnieen zur Parade meistens schon um 6 Uhr angesagt und der größte Theil der Wehrmänner kannte daher jenen unübertrefflichen Entwurf noch gar nicht.

So kam es denn, daß sich doch fast zwei Drittheile der Berliner Bürgerwehr bei der Parade betheiligten und dadurch der Regierung, oder vielmehr dem Könige ein Vertrauensvotum gaben, vor welchem sie sich gewiß gehütet hätten, wenn

nicht durch die schlaue Maßregel der Regierung die Kenntniß des Verfassungs-Entwurfs vor der Parade ihnen vorenthalten worden wäre.

Der Empfang des Königs sowohl von den Bürgerwehrbataillonen selbst, als besonders von dem zahlreich versammelten Publikum war, als der König die Linden entlang bei den Bataillonen vorbei ritt, ein mindestens sehr zweifelhafter.

Wenn ihm auch aus manchen Bataillonen ein lautes Hurrah und Lebehoch entgegentönte, so waren andere wieder sehr schweigsam, und aus dem Publikum tönte sogar hier und dort ein recht vernehmbares Pfeifen und Zischen, vor der Universität sah man sogar eine schwarze Fahne wehen.

Es zeigte sich schon bei der Parade, daß die Sympathien im Volke für den König sich sehr vermindert hätten, und dies geschah mit jedem Tage mehr, als der Verfassungs-Entwurf, den man besonders dem Einfluß der Hofparthei zuschrieb, im Volke bekannter wurde.

So hob sich denn die Aufregung von Tag zu Tag und zwar gleichmäßig in fast allen Klassen der Berliner Bevölkerung. Das Volk von Berlin war endlich wieder einmal einig, die Bürger und Arbeiter standen zusammen der Regierung gegenüber, welche durch den Verfassungs-Entwurf ihnen gezeigt hatte, von welchem Gesichtspunkte sie die durch die Revolution vom 18. März errungenen Freiheiten auffaßte.

Diese Einigkeit sollte indessen leider nicht lange dauern und jene im Finstern schleichende Partei, welche stets von dem Grundsatze „theile und herrsche“ ausgeht, wußte bald wieder den Apfel der Zwietracht zu schleudern zwischen das unbewaffnete Volk und die Bürgerwehr.

Die Veranlassung zu neuen Zwistigkeiten war eine sehr

unbedeutende, sehr triviale, welche aber doch nicht ohne Bedeutung blieb, weil die Rückschrittspartei sie zu benutzen wußte, um den alten Zwiespalt zwischen der Bürgerwehr und der übrigen Bevölkerung Berlins wieder hervorzurufen.

Es hatte sich nämlich seit dem Sonntag, dem 21., in Berlin nach dem Vorbilde von Wien und Breslau ein Katzenmusikcorps gebildet, welches allabendlich bis in die tiefe Nacht hinein durch die Straßen der Residenz zog, um mißliebigen Personen ein Ständchen zu bringen. Es waren diese Katzenmusiken ohne alle politische Bedeutung, denn die Musiker waren mit ihrer Ertheilung so verschwenderisch, daß sie dieselben sowohl einem beim Volk in Ungnade gefallenen Minister, als einem Kaufmann brachten, der seinen Laden nicht zu der Zeit schloß, wo seine Ladendiener es wünschten. Jeden Abend wurden sechs bis acht Katzenmusiken gebracht, und zwar den verschiedensten Personen, am reichlichsten begabt wurden Herr Aschoff, die Minister Camphausen, Schwerin und Hansemann, die Redaction der Vossischen Zeitung, der Polizeipräsident Minutoli und der Schauspieler Louis Schneider, welcher letztere ganz besonders den Haß des Volkes auf sich geladen hatte, weil er seinen Einfluß als Unteroffizier der Landwehr bei vielen Landwehrmännern aufgeboten, um dieselben gegen die übrige Bevölkerung Berlins zu erregen.

Mehrere Tage gingen die Katzenmusiken ihren ruhigen Gang fort und hatten ihrer Natur nach fast nur einen komischen Charakter, von dieser Seite faßte sie auch der Polizei-Präsident sehr vernünftiger Weise Anfangs auf, indem er bei einem ihm gebrachten derartigen Ständchen sich höflich für die gemachte Mühe der Herren bedankte.

Nach und nach nahm indessen durch dabei entstehende Prügeleien die Sache doch einen ernstern Charakter an und führte zu Unruhen, welche besorglich zu werden schienen, zumal, da jetzt die Musikchöre sich vollständig organisirten und geschriebene Anschlagezettel an den Ecken förmlich zu Katzenmusiken aufforderten.

Die Bürgerwehr schritt deshalb zur Auseinandertreibung der Tumultanten ein und fast allabendlich ertönte das Signalhorn durch die Straßen, um die ruheliebenden Bürger aus ihren süßen Träumen zu erwecken und sie aufzufordern, das Gewehr zu nehmen, um anstatt im Bette die Nacht auf der Straße zu campiren.

Wie bei allen ähnlichen Gelegenheiten wurden auch hier wieder die Bürger im höchsten Grade aufgebracht gegen den sogenannten Pöbel, welcher sie aus ihrer Ruhe störte, und in ihrer blinden Wuth erlaubten sie sich die bedauerlichsten Uebergriffe, oft gegen ganz unschuldige Personen, und erregten dadurch auf's Neue die kaum vergessene Aufregung gegen das Institut der Bürgerwehr.

Klagen gegen die Bürgerwehr wurden daher im reichlichsten Maaße laut, und die gegenseitige Erbitterung zwischen dem bewaffneten und dem unbewaffneten Theil der Berliner Bevölkerung wuchs mit jedem Tage.

Schon schien es, als sollte der alte unselige Zwiespalt wieder einreißen, da legten sich die einsichtsvolleren Männer der demokratischen Partei in's Mittel und bemühten sich überall, wo Volkshaufen versammelt waren, durch beredte Worte darauf hinzuweisen, von welchem nachtheiligen Einfluß eine Spaltung innerhalb des Volks sein müsse zu einer Zeit, wo

dasselbe einmüthig, wie ein Mann, der Regierung gegenüber stehen sollte, um dieser kräftig bei ihren reactionären Bestrebungen gegenüberzutreten.

Solche Reden fanden denn auch Anklang, indessen konnten sie das aufgebrachte Volk nicht gleich vollständig beruhigen, und am 26. Mai fanden noch einige höchst unruhige Auftritte statt, indem vor dem Hause des General Aschoff sich in Folge einer auseinandergetriebenen Katzenmusik sehr viele Menschen einfanden, welche lärmten und schrieen, den General Aschoff zum Abdanken zwingen wollten, aber von der Bürgerwehr auseinandergebracht wurde, ohne daß es zu ernsten Conflikten gekommen wäre.

Die Katzenmusiken hörten nach diesem letzten unangenehmen Vorfall auf, indem die Führer der Demokratie das Volk zu bewegen wußten, diese kindische Lust aufzugeben.

14.

Die letzten Tage des Mai, sowie die ersten des Juni waren wieder eine Zeit der Spannung für Berlin. Täglich ereigneten sich Auftritte, welche die Ruhe der Stadt störten und immer auf's Neue darauf hinwiesen, daß der Residenz noch Ereignisse bevorständen, welche eine Wiederkehr der alten Ruhe und Ordnung für den Augenblick unmöglich machten.

Es herrschte in Berlin eine allgemeine Unbehaglichkeit und Mißstimmung, zum großen Theil hervorgebracht durch die Rückberufung des Prinzen von Preußen und die Vorlegung des Verfassungsentwurfs in der Nationalversammlung, denn beide Schritte des Ministeriums Camphausen hatten das Vertrauen der Bevölkerung Berlins ganz entschieden vernichtet. Die Regierung stand in jenen Tagen dem Volke fast wieder

als eine feindliche Macht gegenüber, von der es in jedem Augenblicke einen Angriff, eine Verletzung seiner durch die Revolution gewonnenen Rechte erwarten durfte.

Nur eine sehr kleine Partei, die der Bürger, welche um jeden Preis Ruhe und Ordnung erbaten, hielt noch fest an dem Ministerium. Aber diese Partei schmolz mit jedem Tage mehr und mehr, während die demokratische sich fortwährend vergrößerte.

Zwei Fragen beschäftigten in jenen Tagen die Berliner Bevölkerung hauptsächlich; die eine, war die Frage der allgemeinen Volksbewaffnung, die andere, die immer wiederkehrende über die Arbeiter.

Wie wir bereits früher erzählt haben, hatte der Magistrat eine große Menge von Arbeitern durch Erdarbeiten gegen einen nicht unbedeutenden Tagelohn zu beschäftigen gesucht. Er hatte ihnen Arbeiten übertragen, welche von einem verhältnißmäßig geringen Nutzen für die Stadt sein konnten, und er betrachtete in der That diese Arbeiten kaum anders, als ein Mittel, die unbeschäftigten Arbeiter von Ruhestörungen abzuhalten.

Auch die Arbeiter selbst faßten die ihnen gewährte Arbeit von diesem Gesichtspunkte auf und bemühten sich eben nicht zu sehr, durch Fleiß den gewährten hohen Tagelohn zu verdienen.

Allerlei Unfug kam auf den Arbeitsplätzen vor. Die Beamten wurden verhöhnt und die meisten Arbeiter dachten kaum daran, etwas zu thun, sondern brachten die Zeit mit Spiel und Trunk hin, so daß sie sich trotz des hohen Tagelohns doch in einer übeln Lage befanden. Diesem Unfug mußte endlich ein Ende gemacht werden.

Der Magistrat beschloß daher, anstatt des bisherigen Tagelohns eine Accordarbeit einzuführen, um wenigstens für das viele aufgeopferte Geld eine Entschädigung zu erhalten.

Viele Arbeiter, welche früher anderen Gewerken angehört hatten und an Erdarbeiten noch nicht gewöhnt waren, konnten bei der Arbeit auf Accord nicht bestehen, sie weigerten sich, dieselbe vorzunehmen und wurden deshalb entlassen, so daß sich zu jener Zeit in Berlin eine große Menge brodloser Arbeiter befanden, welche mit Gewalt Arbeit verlangten, aber dieselbe nicht erhalten konnten; denn außer den Entlassenen gab es noch eine bedeutende Anzahl solcher außer Brod gekommenen Arbeiter, welche bei den Erdarbeiten bisher noch nicht hatten beschäftigt werden können.

Es konnte nicht fehlen, daß der Magistrat mit Bitten um Arbeit bestürmt wurde; aber immer waren seine Antworten entweder ausweichend oder abschläglich.

Auch am 30. Mai hatten sich mehrere hundert Arbeiter vor dem städtischen Rathhaus versammelt, um kategorisch Arbeit zu fordern, wenn sie nicht verhungern oder zum Aeußersten getrieben werden sollten. Es war ihnen wieder ausweichend geantwortet worden und sie zogen nun in einem langen Zuge mit Fahnen am Nachmittag gegen 5 Uhr vor die Wohnung des Arbeits-Ministers Herrn v. Patow, um bei diesem ihre Forderungen zu erneuern und sie, wenn dies nöthig wäre, mit Gewalt durchzusetzen. Vor dem Hause des Herrn v. Patow in der Wilhelmsstraße hatten sich etwa 7—800 Arbeiter versammelt, welche bald durch hinzuströmende Neugierige zu einem Haufen von mehreren tausend Menschen verstärkt wurden. Sie schickten einige Abgeordnete zu Herrn v. Patow, welche die Zusicherung einer sofortigen Arbeit

verlangen sollten. Diese zu bewilligen, war dem Minister natürlich nicht möglich, so sehr er auch durch die drohend um seine Wohnung stehenden Haufen in Angst und Schrecken gesetzt war. Er suchte den Zorn der Arbeiter zu beschwichtigen, indem er ihnen ein Almosen von 20 Thlr. anbot, aber ohne seinen Zweck zu erreichen, denn höhnisch wurde dies Almosen zurückgewiesen.

„Wir sind keine Bettler, wir sind freie Arbeiter, wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit," so riefen die Versammelten, welche durch das Anerbieten des Ministers beleidigt waren.

Je länger die Verhandlungen dauerten, um so drohender wurden die Reden der vor dem Hause stehenden Arbeiter.

Herr v. Patow sah sich veranlaßt, seine Hausthür zu schließen, um die Massen vor dem Eindringen in's Haus abzuhalten. Aber dies war ein sehr unrichtiges Mittel, denn kaum waren die Thüren verschlossen, so ergriffen einige kräftige Arbeiter eine auf der Straße liegende Bohle, um das Thor einzurennen, welches ihnen gleich darauf wieder geöffnet wurde.

Einige Abtheilungen Bürgerwehr marschirten an. Die Führer suchten die aufgeregte Menge zu beruhigen, aber vergeblich, und schon schien es, als sollten bald gewaltsame Angriffe auf die Person des Ministers gemacht werden, als Braß, ein bekannter Volksmann, aus den Fenstern des Ministers die Arbeiter anredete.

Eine tiefe Stille entstand und jedes Wort des Redners war deutlich trotz der großen Menschenmasse zu hören.

Braß sagte den Versammelten: Der Minister verspreche

ihnen Arbeit, aber er könne dieselbe nicht sogleich geben, sondern erst in drei Tagen.

„Aber wir können nicht drei Tage warten, unter der Zeit verhungern wir!“ war die von vielen Stimmen gerufene Antwort.

Das sollt Ihr auch nicht, erwiederte Braß, der Minister bietet Euch zu diesem Zwecke Jedem ein Darlehn von 10 Sgr. an, welches Ihr ihm, denn Ihr seid ehrliche Leute, wenn Ihr Arbeit habt, wiedergeben werdet. Bis dahin aber müßt Ihr Euch ruhig verhalten.

Der Vorschlag wurde mit Jubel aufgenommen; die Arbeiter stellten sich auf dem Wilhelmsplatz in Reihe und Glied auf und erhielten von Braß, Jeder gegen Vorzeigung seiner Karte, das versprochene Darlehn. Dann zogen sie fort und zerstreuten sich.

An demselben Tage hatte noch ein anderer Vorfall Aufsehen gemacht, der nicht ohne Bedeutung bleiben sollte.

Ein Wagen hatte, wenn wir nicht irren, in der Jäger-Straße ein Rad verloren. Zugleich versammelten sich, wie dies immer in Berlin geschieht, eine Menge Menschen um denselben, und es fand sich, daß der ganze Wagen mit Gewehren beladen war, welche von der Regierung aus Berlin geschafft werden sollten, um, wie es hieß, in einer benachbarten kleinen Stadt die Bürgerwehr damit zu bewaffnen.

Das erregte allgemeine Entrüstung, denn Jedermann glaubte, daß die Regierung nur deshalb die Waffen heimlich aus Berlin fortschaffen ließe, um sie nicht dem Volke, welches immer dringender die viel versprochene allgemeine Volks-Bewaffnung forderte, übergeben zu müssen.

Unter den Linden sammelten sich am Abende große Volks-

mengen an, um dort, wie dies seit der Revolution vom 18. März stets Sitte gewesen war, Besprechungen über die Tagesereignisse zu halten.

In allen den verschiedenen Gruppen hörte man kaum etwas Anderes, als Beschuldigungen der Regierung wegen ihrer nichterfüllten Versprechungen und Anklagen darüber, daß dieselbe das Zeughaus heimlich von Waffen entleeren lasse.

Redner traten auf und benachrichtigten das Volk, daß allnächtlich Kähne, mit Gewehren und Munition beladen, heimlich aus dem Zeughause fortgefahren würden, welches noch immer voll Waffen sei, obgleich die Regierung als Entschuldigung für die nichterfüllte Volks-Bewaffnung den Mangel an denselben vorgebe.

Schon an jenem Abende wurden manche Stimmen laut, welche zu einer Erstürmung des Zeughauses aufforderten. Aber die Vernünftigeren in der versammelten Menge wiesen diese Rathschläge zurück.

Am folgenden Morgen verbreitete sich in Berlin plötzlich die Kunde, der Verdacht, den man bisher gegen die Regierung wegen heimlicher Waffen-Ausführung gehegt habe, sei endlich zur Gewißheit geworden. Die Studenten hätten mehrere beladene Kähne aufgehalten.

Augenblicklich strömten unendlich viele Neugierige nach dem Zeughause, und das Gerücht bewies sich in der That als wahr, denn zwei, theils mit Gewehren, theils mit Munition beladene Kähne waren aufgehalten und wieder nach dem Zeughaus zurückgebracht worden. Hier entlud sie das Volk und brachte die Kisten unter dem allgemeinen Jubel von vielen Tausend Umstehenden in das Zeughaus zurück.

Den ganzen Tag blieben Tausende von Menschen vor

dem Zeughaus versammelt, theils um sich gegenseitig die Stellen zu zeigen, wo die Kähne ausgeladen worden waren, theils um sich allerhand abenteuerliche Gerüchte von einem bevorstehenden Schlage der Reaction zu erzählen.

Es war allgemein verbreitet, daß rings um Berlin bedeutende Truppen-Massen zusammengezogen wären. Der Prinz von Preußen, so hieß es, sei heimlich zurückgekehrt und stehe an der Spitze derselben; er beabsichtige, in der Nacht, vielleicht schon in der folgenden, über Berlin herzufallen, um die National-Versammlung auseinander zu sprengen und alle jene durch den 18. März errungenen Freiheiten wieder zu vernichten.

Wo solche Gerüchte erzählt wurden und Glauben fanden, da mußte jeder, auch der geringfügigste Umstand zu ihrer Bestätigung beitragen. Die Menschenmengen wogten über die Linden und den Lustgarten, überall Verrath witternd. Plötzlich hieß es, ein Signal, von der reactionairen Partei auf dem Schlosse und auf dem Zellen-Gefängniß gegeben, solle für die Truppen das Zeichen des Einrückens sein. Augenblicklich zogen große Menschenmengen nach dem Schlosse zu, um sich dasselbe zu beschauen und nach demjenigen Punkte zu suchen, von welchem aus ein Signal wohl möglich wäre.

Ein unschuldiger Blitzableiter auf der Kuppel des Schlosses erregte sogleich die Aufmerksamkeit der Menge, und erst als mehrere Abgeordnete derselben durch eigenen Augenschein sich von der Unschädlichkeit des Dinges, welches sie für eine ärmstange gehalten, überzeugt hatten, kehrte die Ruhe wieder einigermaßen zurück; aber ein anderer Umstand sollte sie bald genug wieder stören. Es verbreitete sich nämlich plötzlich das Gerücht, der Ueberfall Berlins, den die Truppen

beabsichtigten, solle schon in der nächsten Nacht stattfinden. Die Regierung werde daher Vorkehrungen treffen, um den Barrikadenbau möglichst zu verhindern, und besonders die Brücken, welche die verschiedenen Stadttheile in Verbindung setzen, und welche bei der ersten Revolution vom Volke aufgezogen worden waren, in ihre Gewalt bringen.

Dies Gerücht durchlief mit Blitzesschnelle die ganze Stadt; es wurde vermehrt durch das thörichte und brutale Benehmen einiger Soldaten des 24. Regiments, welche die bei ihrer Kaserne vorübergehenden Bürger gröblich insultirten.

In allen Straßen sammelten sich große Menschenmassen, und diese hielten sich vorzüglich bei den verschiedenen Brücken auf. Plötzlich kamen einige Arbeiter auf die Idee, daß möglicherweise schon jetzt Vorkehrungen getroffen wären, um das Aufziehen der Brücken zu verhindern, damit der Ueberfall in der Nacht desto sicherer gelinge.

Augenblicklich suchten sie sich von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit ihrer Besorgniß zu überzeugen und riefen die Brückenofficianten mit ihren Werkzeugen herbei, um sofort die Brücken aufzuziehen und, siehe da! das Resultat war ein höchst merkwürdiges, denn die Brücken gingen nicht in die Höh'.

Das erregte denn ein allgemeines Wuthgeschrei. Sogleich wurden Untersuchungen angestellt, woran es denn eigentlich wohl läge, daß das Aufziehen der Klappen nicht möglich wäre, da fanden sich denn die Riegel an den meisten Hauptbrücken Berlins mit sehr großen und starken eisernen Bolzen vernagelt. Die Nägel wurden herausgezogen und sofort ließen sich die Brücken aufziehen. Mochte nun das vorherige Zubleiben der Brücken an einer Ungeschicklichkeit des Aufziehens gelegen haben, oder waren die Brücken wirklich verna-

gelt, wir wissen es nicht, jedenfalls glaubte das Volk an die Vernagelung, auch nachdem am folgenden Tage ein Plakat des Polizei-Präsidenten v. Minutoli das Dasein der Nägel auf eine sehr natürliche Weise erklärt hatte.

Dieser Umstand machte in den Gemüthern des Volkes den Verdacht eines reactionairen Handstreiches vollkommen zur Gewißheit, aber die Kämpfer des 18. März waren fest entschlossen, sich wenigstens nicht ohne heftigen Widerstand zu ergeben. Sie blieben, in Gruppen zertheilt, fast überall in allen Stadtgegenden auf der Straße und jeden Augenblick bereit, das Geschrei: Zu den Waffen, zu den Barricaden! auszustoßen und in Folge eines Angriffs einen Kampf zu beginnen, der gewiß mörderisch gewesen wäre, denn die meisten Bewohner zu Berlin hatten sich, belehrt durch den 18. März, mehr oder weniger mit Waffen und Munition versehen. Die Arbeiter besaßen, wenn auch keine Gewehre, da die versprochene allgemeine Volksbewaffnung auf sie noch nicht ausgedehnt war, doch selbst geschmiedete Piken, auch Messer und Aexte, welche sie mit aller Kraft zu gebrauchen fest entschlossen waren.

Die Nacht ging ruhig vorüber. Die aufgeregten Arbeiter sahen endlich, daß ihre Besorgnisse ungegründet gewesen und legten sich zur Ruhe; aber schon am folgenden Morgen waren sie in aller Frühe wieder zu Tausenden um das Zeughaus versammelt, um dringend den Wunsch nach allgemeiner Volksbewaffnung auszusprechen.

Die Haufen Menschenmassen vor dem Zeughause wurden mit jeder Stunde größer und der von ihnen ausgesprochene Wunsch einer wahren allgemeinen Volksbewaffnung immer lauter und dringender.

Deputationen über Deputationen wurden an das Commando der Bürgerwehr, an den Kriegs-Minister, und an den Minister Camphausen gesendet, aber alle brachten eine abschlägliche Antwort zurück, auch eine Deputation der sechs zur damaligen Zeit in Berlin bestehenden demokratischen Clubs erhielt nur eine ausweichende Antwort. Endlich nach langem Hin- und Herschicken wurde eine wenigstens theilweise Bewaffnung der Maschinen-Arbeiter versprochen, da die Waffenvorräthe vor der Hand zu einer größeren Ausdehnung der Volksbewaffnung nicht hinreichen sollten. Mit diesem Zugeständnisse beruhigte sich das Volk fürs Erste und um so mehr als es erfuhr, daß der allgemein verhaßte General Aschoff seinen Posten als Commandeur der Bürgerwehr niedergelegt habe.

Die Aufregung der letzten Tage hatte indessen auch auf die Thätigkeit der Behörden einige Einwirkung, indem dieselben nämlich von sich aus den sogenannten Sicherheitsausschuß organisirten, eine Verbindung der verschiedenartigsten Behörden, wie der Bürgerwehr, der Polizei, des Magistrats. Dieser Sicherheitsausschuß sollte, wie ein Straßenplakat besagte, die Maßregeln für die Ruhe Berlins in die Hand nehmen, daß er im Volke kein Vertrauen finden konnte, liegt wohl auf der Hand, wenn man die Namen Puttkammer, Aschoff, Minutoli, Raunyn, Fournier und Blesson unter den Mitgliedern des Sicherheitsausschusses lies't. Eine öffentliche und dieser Namen würdige Wirksamkeit hat der Sicherheitsausschuß erst bei einer viel spätern Gelegenheit an den Tag gelegt.

In den ersten Tagen des Juni ist hier noch eine schöne Feierlichkeit zu erwähnen, welche am Sonntag den 4. auf Veranlassung der Studentenschaft begangen wurde und an der

auch der größte Theil der Berliner Bürgerschaft Theil nahm, es war dies nämlich ein großartiger Zug nach dem Friedrichshain, um das Andenken der Märzkämpfer zu ehren.

130 Abgeordnete der Nationalversammlung hatten sich diesem Zuge angeschlossen, ebenso auch alle Clubs (selbst der politische Club aus Potsdam), die verschiedenen Gewerke und Bürgerwehrbataillone, obwohl die letztern ohne Waffen.

Alle diese verschiedenen Körperschaften zogen mit Musik und Fahnen in einem aus etwa 50000 Menschen bestehenden, 3 Stunden langen Zuge nach dem Friedrichshain, dort sprachen verschiedene Redner, unter ihnen Born, Jung, Müller, v. Berg, Wander, Reichenbach, Reich, Börner, Salis, Pitsch, Benary und Held, dann zerstreute sich die Versammlung, ohne daß auch nur die geringste Unordnung das schöne Fest getrübt hätte.

15.

Wir müssen, ehe wir weiter vorschreiten, zu der Geschichte der neuesten Ereignisse in Berlin mit wenigen Worten zurückkehren zur Nationalversammlung, welche mittlerweile fortgetagt hatte.

Die Augen des ganzen preußischen Volkes ruhten auf dieser Versammlung; aber wie es immer geht, wo man zu viel erwartet, werden die Erwartungen getäuscht, so auch bei der Nationalversammlung.

Diese zeigte in den ersten Tagen ihres Bestehens bei der Wahlprüfung ein Bild der wildesten Unordnung. Der Alterspräsident hatte durchaus weder die Kraft, noch den parlamentarischen Tact, sie zu leiten, auch der später gewählte Prä-

ßent Mühe vermochte kaum die nöthige Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Versammlung, besonders die rechte Seite derselben zeichnete sich durch unparlamentarisches Wesen aus, die meisten Reden wurden unterbrochen durch Zischen und Pochen oder Füßetrampeln und bald wurde diese Unordnung der rechten Seite sprichwörtlich in Berlin.

Schon hierdurch verlor die Versammlung viel von ihrem Ansehen und ihrer Liebe beim Volke, welchem diese wüsten, regellosen Debatten keine Achtung einflößen konnten, aber noch mehr trug der Gang der ferneren Debatten dazu bei, in denen es sich zeigte, daß die Majorität der Versammlung aus blinden Anhängern des Ministeriums Camphausen bestand, dessen Volksthümlichkeit längst dahin war.

Auch daraus, daß die Versammlung sich in der ersten Zeit ihres Bestehens fast nur mit Verwaltungsfragen und unfruchtbaren Interpellationen beschäftigte, machte man ihr einen Vorwurf, aber freilich sehr mit Unrecht. Wie war es überhaupt möglich, daß eine so bunt durcheinander gewürfelte Versammlung, in welcher noch kein Mitglied das andere kannte, wichtige Gesetze von vornherein vornehmen und berathen konnte, ohne dazu die geringsten Vorlagen zu haben, denn der allgemein verhaßte Verfassungsentwurf war ja die einzige Vorlage, welche das Ministerium der Versammlung gegeben hatte.

Die erste Frage von hoher Wichtigkeit und allgemeinem Interesse, welche in der Versammlung vorkam und entschieden wurde, war der Behrends'sche Antrag wegen Anerkenntniß der Revolution vom 18. März in der 13ten Sitzung am 8. Juni. Dieselbe Sitzung war auch noch interessant durch den

Eintritt des Prinzen von Preußen als Abgeordneter von Wirsitz*) in die Versammlung.

Ueber die Art, wie die Rückkehr des Prinzen am besten und mit der geringsten Aufregung des Volks begleitet, geschehen könne, war außerhalb der Kammer von den einflußreicheren Kammermitgliedern mit dem Ministerium viel verhandelt worden, so hatte Unruh (s. dessen Skizzen) vorgeschlagen, der Prinz möge von der Nationalversammlung als Abgeordneter von Wirsitz einberufen werden, das Ministerium ging hierauf indessen nicht ein. Er kehrte ohne weitere Vorbereitungen nach Preußen zurück.

Am 4. Juni veröffentlichte das Ministerium folgenden Brief des Prinzen an den König als die Erfüllung des in seine Proclamation vom 15. Mai gegebenen Versprechens. s. pag. 689).

„Ew. Majestät zeige ich unterthänigst an, daß ich, dem mir ertheilten Befehl gemäß, London verlassen und den Continent wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine Ew. Majestät schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimath zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren festerer Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte wid-

---

*) Anmerk. In Wirsitz hatte sich nämlich eine servile Majorität von Wahlmännern gefunden, welche den Prinzen von Preußen zum Abgeordneten gewählt hatte.

men und sehe dem Augenblick entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit Ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe stehen, — die Anerkennung ertheilen werde, welche die Verfassungsurkunde für den Thronfolger festsetzen wird.

„Brüssel, den 30. Mai 1848.

„Prinz von Preußen."

Dieses Aktenstück schließt die einzige Erklärung in sich, welche der Prinz von Preußen dem Berliner Volke gegenüber gab, jenem Volke, welches mit solcher Wuth die Nachricht von der Rückkehr des Prinzen empfangen hatte.

Unmittelbar nach Veröffentlichung dieses Briefes war der Prinz von Preußen in sein Vaterland zurückgekehrt und hatte, fast in allen Städten festlich empfangen, die Reise vom Rhein nach Potsdam gemacht.

In Berlin selbst wußte fast Niemand, daß der Prinz beabsichtigte, am 8. in der Nationalversammlung aufzutreten, nur wenigen sehr royalistisch gesinnten Einwohnern war dies bekannt geworden, diese empfingen ihn mit einer kleinen Festlichkeit auf dem Bahnhofe, wäre seine Ankunft allgemeiner bekannt geworden, so möchte sein Empfang ein großartigerer, wenn auch vielleicht weniger angenehmer gewesen sein, denn der Haß des Volkes von Berlin gegen den Prinzen bestand noch in ungeschwächtem Maße.

Von dem Bahnhof fuhr der Prinz direkt nach der Singakademie, um dort die Nationalversammlung zu begrüßen.

Es war eben eine ziemlich uninteressante Debatte im Gange, als die Aufmerksamkeit der Versammelten plötzlich durch ein lärmendes Geschrei außerhalb des Saales von den Verhandlungen abgezogen wurde. Gleich darauf trat der

Prinz von Preußen in voller Generalsuniform in den Sitzungssaal und nimmt auf der vordersten Reihe der Rechten Platz.

Der Empfang des Prinzen von Seiten der Versammlung war ein ganz eigenthümlicher. Einige Mitglieder der Rechten erhoben sich in pflichtschuldiger Devotion; aber nur für einen Augenblick, denn sogleich ertönte von der Linken und aus dem Balkone der laute Ruf „Sitzen bleiben!" und schnell setzten sich die unterthänigen Diener ihres gnädigen Herrn wieder nieder; ein bekannter Abgeordneter der Rechten mit einem dunkelrothen Gesicht, — er mochte sich wohl schämen — der gute Mann.

Eine allgemeine Spannung herrschte im Saal; aller Augen waren auf den Prinzen von Preußen gerichtet, und mit Ungeduld wartete man auf das, was er der Versammlung sagen würde; wahrlich, man hätte der wenig bedeutenden Worte wegen, nicht so gespannt zu sein brauchen! —

Der Abgeordnete Temme befand sich gerade auf der Tribüne, als der Prinz in den Saal trat, er ließ sich nicht stören, sondern sprach weiter; aber es hat wohl Niemand auf seine Worte viel gehört.

Herr Temme hatte geendet, da nahm der Präsident das Wort und sagte: — Es hätte eigentlich der Abgeordnete d'Ester das Wort, aber der Abgeordnete des Wirsitzer Kreises hat in einer persönlichen Angelegenheit das Wort verlangt.

Prinz von Preußen als Abgeordneter für den Wirsitzer Kreis: Vermöge der auf mich gefallenen Wahl bin ich berechtigt, in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich würde bereits gestern hierher geeilt sein, wenn es nicht der Jahrestag unauslöschlicher Trauer gewesen wäre, der mich im Schooße meiner Fa-

milie zurückgehalten hätte; heute aber ergreife ich die Gelegenheit, um zuvörderst meinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches mich in Ihre Mitte berief, und wodurch es möglich wird, Sie, meine Herren, welche aus allen Provinzen des Landes und allen Ständen hier versammelt sind, herzlich willkommen zu heißen. Nicht nur die Blicke Preußens, die Blicke der Welt sind auf unsere Versammlung gerichtet, da durch Sie eine Vereinbarung mit unserm Könige herbeigeführt werden soll, welche für lange Zeit die Schicksale des preußischen Volks und seiner Könige feststellen soll. Welch ein hoher Beruf! Je heiliger dieser Beruf, je heiliger muß der Geist und die Gesinnung sein, welche unsere Berathungen leiten. Die constitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, welche unser König zu geben uns vorgezeichnet hat. Ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes, vor allem also die meinige, als des ersten Unterthanen des Königs. So stehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns gestellt, zu einem glücklichen Ziele geleitet werde. Möge die Gesinnung, welche ich ausgesprochen habe, von uns allen getheilt und festgehalten werden, dann wird unser Werk gelingen und zum Wohl und Heil des geliebten Vaterlandes gereichen. Möge mein Erscheinen unter Ihnen in dieser Beziehung ein günstiges sein; mögen wir vereint die Thätigkeit entwickeln, welche von uns erwartet und gehofft wird. Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen Theil zu nehmen; ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellver-

treter einberufen zu lassen. — Uns alle aber, meine Herren, leite der Ruf und Wahlspruch der Preußen, der sich so oft bewährt hat:

Mit Gott für König und Vaterland!

(Bravo von der Rechten.)

Ein Bravo von der Rechten! — erzählten die stenographischen Berichte, folgte der Rede des Prinzen von Preußen, ein sehr vernehmbares Zischen von der Linken, haben sie zu erwähnen vergessen.

Trotzdem der Prinz die Rednerbühne verlassen hatte, wurden die unterbrochenen Verhandlungen fortgesetzt.

Gleich nach seiner Rede verließ der Prinz die Singakademie wieder. Er fand den Eingang derselben mit einer doppelten Reihe von Männern besetzt, welche ihn, als er aus der Thüre trat, mit einem donnernden Lebehoch empfingen, so donnernd, als ein von etwa 50 Männern aus voller Kehle geschrieenes Lebehoch sein kann. Die guten Leute! Sie haben sich die wenigen Groschen sauer verdient, denn sie schrieen furchtbar! Als die Stimmführer dieser schreienden Gesellschaft machten sich einige feine Herren in Civil mit militärisch verschnittenen Bärten bemerklich. —

Aber das Lebehoch der begeisterten Schreier sollte nicht ohne Störung bleiben, denn so wenig auch die Ankunft des Prinzen bekannt worden war, einige Männer des Volks hatten sie doch erfahren, diese hatten sich unter die an der Thür der Singakademie stehenden Schreier gemischt und zischten und pfiffen während des Hurrah- und Lebehochrufs auf das Vernehmlichste.

Das verdroß eines der Subjecte der prinzlichen Partei, einen hochadligen Secondelieutenant des zweiten Garderegi-

ments, einen Mann von riesiger Figur und kleinem Geist. Er schaute sich erst wüthend nach den Zischenden um, dann aber vergaß er sich in seinem edlen Unmuth so weit, einem jungen Manne, der neben ihm stand, und sehr kräftig und melodisch pfiff, mit der Faust ins Gesicht zu schlagen, daß das Blut aus Mund und Nase drang.

Ein allgemeines Wuthgeschrei erhob sich, und während der Prinz in seinen Wagen stieg, um möglich schnell sich der in jedem Augenblicke wachsenden Volksmenge zu entziehen, aus der manches wilde Gesicht ihn mit zornfunkelnden Augen anschaute, mußte auch sein eifriger, hochadlicher Anhänger sich schleunigst flüchten, um nicht mit den plebejischen Fäusten der wüthenden Menge eine nähere Bekanntschaft zu machen.

Es gab eine lustige Jagd! — Voran das hochadlige Wild, Herr Lieutenant von S. (wir wollen den Namen des Herrn, den wir sehr gut kennen, nicht bekannt machen, weil wir die öffentlichen Prangerstellungen, besonders bei solchen Vergehen, nicht lieben, welche mehr aus angeborner Dummheit, als aus Schlechtigkeit entsprießen) — Herr von S. lief mit seinen langen Beinen vortrefflich; aber das Volk noch besser. Am Schloß wurde der ritterliche Anhänger des ritterlichen Prinzen eingeholt und in die Schloßwache gebracht.

Hier sollte er seinen Namen nennen; anfangs wollte er nicht, (schämte er sich vielleicht? das wäre bei einem Gardelieutenant doch sonderbar! —) er nannte sogar einen falschen Namen; aber das nützte ihm Alles nichts, er wurde endlich gezwungen, die Wahrheit zu sagen, denn ein mit in die Wachstube gekommener Herr erkannte den edlen Ritter.

So endete der Empfang des Prinzen von Preußen in Berlin. Der Prinz selbst fuhr möglichst schnell nach Char-

lottenburg, wo sich der König befand; sein voll- und heißblütiger Anhänger aber hatte Gelegenheit, sich in der Wachstube etwas abzukühlen, in welcher er seiner Sicherheit wegen bleiben mußte, bis sich das vor derselben versammelte Volk einigermaßen verlaufen hatte.

Bestraft ist Herr von S. für seine Brutalität nicht worden, wenigstens hat man nie etwas davon erfahren. Vielleicht gingen die Behörden von dem gerechten Grundsatz aus, den unser guter und geistreicher König einst bei einer andern Gelegenheit ausgesprochen hat, nämlich den:

— Die ritterliche Anhänglichkeit an einen Fürsten ist selbst in ihrer Uebertreibung schön und herzerhebend. —

Nachdem der Prinz von Preußen die Nationalversammlung verlassen hatte, wurde die augenblicklich unterbrochene Debatte fortgesetzt, und bald darauf kam ein Antrag des Abgeordneten Berends zur Besprechung, welcher von großer Wichtigkeit für die Geschichte unserer Nationalversammlung ist, weil er klar und offen die Parteien sich gegenüberstellte, weil er dem preußischen Volke jetzt die Augen vollständig öffnete über die Gesinnungen, von welchen seine Vertreter beseelt waren.

Der Berends'sche Antrag lautet folgendermaßen: —

„Die hohe Nationalversammlung wolle in Anerkennung der Revolution sich zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl verdient um das Vaterland gemacht haben.“

Schon längst hatte sich in Berlin, ja in ganz Preußen, nicht nur in der radikalen, sondern auch in der liberalen Partei der Wunsch geltend gemacht, daß die Nationalversamm-

lung die Revolution vom 18. März und die Verdienste der im Freiheitskampfe Gefallenen anerkenne, dieser Wunsch war noch erhöht worden, als bei dem Festzug nach dem Friedrichshain nicht die ganze Nationalversammlung sich officiell betheiligt hatte, sondern nur die Deputirten der Linken und des linken Centrums im Zuge mitgegangen waren, der Berend's'sche Antrag war daher durchaus zeitgemäß, ja dringend nothwendig. Er war es um so mehr, als schon bei einer früheren Debatte der Ministerpräsident Camphausen geäußert hatte, er erkenne die hohe Bedeutung der Märzereignisse wohl an, könne aber nicht zugeben, daß durch dieselben eine vollständige Umwälzung im preußischen Staatsleben bedingt sei. Man müsse im Gegentheil auf den alten Verhältnissen weiter bauen. — Dadurch war die Revolution überhaupt geleugnet und jetzt sollte es sich zeigen, ob die Nationalversammlung derselben Ansicht, wie das Ministerium, ob sie im Stande sei, ihre eigne Mutter, die Revolution zu verleugnen.

Die Debatte über den wichtigen Berends'schen Antrag wurde indessen auf den Wunsch des Ministers Hansemann bis zum 4. Juni vertagt, indem dieser erklärte, das Ministerium müsse sich erst berathen, ob die Formen des Antrags mit der staatlichen Basis vereinbar seien, auf welcher es stehe.

Es konnte nicht fehlen, daß der Berends'sche Antrag in ganz Berlin eine große Aufregung hervorrief. Mit ungeheurer Spannung erwartete das Volk den Ausgang der Debatten, am Abend des 8. und am Morgen des 9. Juni hörte man in den öffentlichen Lokalen und im Lindenklub, welcher an jenen Tagen stets besonders zahlreich besucht war, fast von nichts Anderem sprechen, als von dem Berends'schen Antrage, selbst die Rückkehr des Prinzen von Preußen und seine Rede

in der Nationalversammlung trat gegen diese, alle Gemüt beschäftigende, Frage in den Hintergrund.

Schon am frühen Morgen des 9. hatte sich eine gr Menge von Leuten vor der Singakademie versammelt, hier sofort von den etwa aus der Versammlung kommen Abgeordneten zu erfahren, welches das Resultat der Berath sei. Gegen Mittag vergrößerten sich die Menschenha immer mehr und mehr, und als die Nachricht sich verbreit der Berends'sche Antrag werde wahrscheinlich nicht angen men werden, da entstand eine allgemeine Entrüstung.

Die Versammelten standen in einzelnen Haufen von bis 60 Mann im Kastanienwäldchen zusammen und beriet sich, was wohl zu thun sei, wenn der Antrag verwo werde. Da hörte man denn allerlei furchtbar drohende W und hier und dort fiel sogar die Aeußerung, man müsse jenigen Abgeordneten von Berlin, welche etwa wagen ten, gegen den Antrag zu stimmen, ohne Weiteres aufhän oder todt schlagen; auch mit dem Ministerium müsse ma so machen! Selbst von einer gewaltsamen Erstürmung Kammer war die Rede.

So vergingen mehrere lange und langweilige Stu in gespannter Erwartung. Endlich wurde die Ungeduld Versammlung zu groß, sie entschloß sich gegen Mittag, Deputation an den Kammerpräsidenten zu schicken, um diesem sich Nachricht zu erbitten.

Die vor der Singakademie als Wache stehenden Bü wehrmänner wollten die Deputirten nicht in das Geb lassen; und erst, als ein Bürgerwehrmann den Kammer sidenten Milde gesprochen und von diesem die Erklärung halten hatte, der Präsident könne die Deputation natü

nicht in der Kammer empfangen, wolle dies aber im Vorraum thun, wurde die Deputation in die Singakademie gelassen und erhielt hier von dem Herrn Milde die Antwort, daß die Nationalversammlung soeben in der Abstimmung über den Berends'schen Antrag begriffen sei, daß sich aber bis jetzt noch nichts über das Resultat sagen lasse. Mit diesem ungenügenden Bescheide mußten sich die Deputirten begnügen und sich zu dem draußen versammelten Volke zurückziehen.

Während das Volk vor der Singakademie mit gespannter Erwartung stand, hatte sich im Innern des Gebäudes, nachdem einige Formalien abgemacht worden waren, eine interessante und stürmische Debatte entwickelt.

Wieder war der Antrag zur Tagesordnung überzugehen gestellt, wieder abgelehnt worden, da trat der Abgeordnete Zachariä, einer der bereitwilligsten Diener des Ministeriums, auf, und stellte folgenden Antrag auf die motivirte Tagesordnung:

„Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der Königlichen Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselben unbestritten ist und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über."

Dieser Antrag war der schlauste Streich, den die rechte Seite in diesem Augenblick machen konnte. Noch wagte sie es nicht, die Revolution vom 18. März geradezu zu verleugnen; aber sie wollte dieselbe noch viel weniger anerkennen und nahm deshalb zu dem jesuitischen Hülfsmittel der moti-

virten Tagesordnung ihre Zuflucht, indem sie nun einerseits in der Motivirung dem Volke zu schmeicheln versuchte; andererseits aber auch wieder aussprach, daß Preußen seine Freiheit der Zustimmung des Königs, also keinenfalls einer Revolution verdanke.

Die motivirte Tagesordnung war so schlau gestellt, daß sie zahlreiche Unterstützung fand, und zwar ganz besonders von denen, welche bisher noch unentschieden gewesen waren, welche es nicht wagten, die Revolution zu verleugnen, welche aber doch nicht gern dem Ministerium schroff gegenüber treten wollten.

Unter den Rednern, welche für das Amendement sprachen, zeichnete sich auch der Abgeordnete Prediger Sydow aus Berlin aus. Derselbe Mann, welcher bei der Begräbnißfeier der Märzhelden die Leichenrede gehalten und damals in schönen, erhabenen Worten die Thaten der Gefallenen erhoben hatte, stellte jetzt die Revolution allerdings als eine Thatsache hin, bemerkte aber auch zu gleicher Zeit andeutungsweise, daß die Art der Theilnahme an der Revolution eine unsittliche gewesen sei. Er bemerkte ferner, daß die Versammlung sich nicht auf den Boden der Revolution stellen dürfe! —

Das Resultat der Abstimmung ließ sich bei dem Charakter, welchen die Nationalversammlung damals noch trug, voraussehen, die Zachariäsche Tagesordnung wurde mit 196 gegen 177 Stimmen angenommen.

Wie wir bereits erzählt haben, kam die in die Singakademie geschickte Volks-Deputation mit dem Bescheide zu ihren Absendern zurück, daß man in der Nationalversammlung

eben mit der Abstimmung über das Zachariäsche Amendement beschäftigt sei.

Die Spannung der Versammelten wurde dadurch natürlich nur noch erhöht, sie erwarteten mit Ungeduld das Resultat der Abstimmung. Endlich kamen einige Herren aus der Singakademie, sie wurden befragt und erzählten, daß der Berends'sche Antrag mit 19 Stimmen Majorität verworfen worden sei.

Das erregte eine furchtbare Entrüstung unter dem Volke. Konnte es aber auch wohl anders sein? Konnten diejenigen, welche am 18. und 19. März so ruhmvoll gekämpft hatten, deren Väter und Brüder, deren liebste Freunde und Verwandte die Opfer jener furchtbaren Nacht geworden waren, es ruhig mit anhören, daß durch den Beschluß der erst in Folge jenes Kampfes ins Leben getretenen Nationalversammlung die Revolution vom 18. zu einem elenden Straßenscandal, zu einer Emeute herabgewürdigt wurde? — Dies und nichts Anderes lag in dem Zachariäschen Amendement, mit so gleisnerischen Worten es auch gestellt worden war. Der gesunde Sinn des Volkes durchschaute sogleich die heuchlerische Hülle und wußte den richtigen Kern herauszufinden.

Besonders als das Volk erfuhr, daß auch von seinen Abgeordneten die Herren Bauer und Sydow gegen Berends gestimmt hatten, da erreichte sein Zorn den höchsten Grad, und immer wilder und ungestümer wurde der Ruf nach Rache.

Noch wollte man indessen immer kaum glauben, daß die Abstimmung so ungünstig ausgefallen sei, wie dies in der That der Fall war. Die Menschenmassen verdichteten sich vor dem Eingang zur Singakademie und hielten hier jeden aus dem Gebäude Kommenden an, um neuere Berichte über

die Berathung in der Nationalversammlung zu erhalten; aber alle jene Berichte lauteten ganz gleichmäßig, es blieb keinem Zweifel unterworfen, daß sie wahr seien.

So wurde denn auch ein ältlicher Herr von aristokratischem Aeußern, der, seine Cigarre rauchend, aus der Singakademie kam, höflich von den Versammelten gefragt, wie die Abstimmung ausgefallen sei.

Der Herr schaute mit verächtlichen Blicken auf das Volk, und sagte dann kurz und hochmüthig, als habe er die an ihn gerichtete Frage nicht verstanden: — „Was wollt Ihr hier? Was habt Ihr hier zu schaffen? Geht zu Hause an Eure Arbeit, es ist nicht Sonntag!“

Diese unartige, mit einem widerwärtig hochmüthigen und stolzen Tone ausgesprochene Antwort mußte das schon aufgeregte Volk erbittern; aber noch hielt es mit Aeußerungen seines Zornes an sich und die Nächststehenden erwiderten auf die ungezogenen Fragen des Herrn sehr ruhig: —

— Wir wünschen etwas Genaueres über die Abstimmung in der Nationalversammlung zu wissen und bitten Sie, uns darüber Auskunft zu ertheilen. —

— Das werdet Ihr morgen früh genug erfahren; geht zu Haus an Eure Arbeit! — entgegnete der Herr ebenso stolz und grob, als vorher, und wollte eben seinen Weg fortsetzen, ohne sich weiter um die versammelte Menge zu kümmern, als plötzlich mitten aus dem Haufen eine laute Stimme rief: — Das ist der Minister von Arnim! —

Ein allgemeines Wuthgeschrei erhob sich. — Hängt den Kerl auf! — Schlagt ihn todt! — und andere ähnliche Redensarten tönten deutlich und vernehmbar genug durch das wirre Geschrei und erfüllten den Minister, der leichenblaß

geworden war, mit Schrecken. Ein dichter Menschenknäuel ballte sich augenblicklich um Herrn von Arnim, es entstand ein furchtbares Gedränge, so arg, daß einem Anwesenden die Uhr in der Tasche zerdrückt wurde.

Langsam wälzte sich der Menschenknäuel, in dessen Mitte der Minister so eingepreßt stand, daß er kaum ein Glied zu rühren vermochte, ohne Plan hin und her. Ein allgemeines, wirres Geschrei machte jede Verständigung unmöglich. Jeden Augenblick erschien das Leben des Ministers in der dringendsten Gefahr, denn dicke Knittel wurden in die Luft geschwenkt und es war zu erwarten, daß dieselben bald gebraucht werden würden; aber noch wurden alle diejenigen, welche sich um Herrn von Arnim gedrängt hatten, von einem gewissen Furchtgefühl abgehalten, ihm etwas zu thun. Keiner wollte gern den ersten Streich fällen, denn jeder fühlte, daß dieser ein entscheidender sein könnte, daß ihm eine Reihe von Mißhandlungen folgen würden, deren Ende wahrscheinlich der Tod des Ministers gewesen wäre, und die Schuld von einem Todschlag wollte Niemand gern auf sich nehmen.

Die Zeit der Unentschiedenheit benutzten einige entschlossene junge Männer, unter ihnen auch mehrere Studenten, um den Minister zu retten. Sie drängten sich durch den dichten Menschenhaufen und schaarten sich um Herrn von Arnim, indem sie fortwährend riefen: — Thut ihm nichts! — Bringt ihn nach der Universität! —

— Nach der Universität! — Nach der Universität! — so ertönte nun sogleich der Ruf des folgsamen Haufens, die schon in die Luft gehobenen Stöcke sanken langsam zu Boden, der Minister war gerettet; denn alle diejenigen, welche vor-

den Studenten, welche ihm offenbar das Leben gerettet hatten, dadurch seine Dankbarkeit, daß er sie einlud, ihn zu seinen Dienstagsgesellschaften zu besuchen. Die Einladung wurde von einem Theil der Musensöhne mit Beifallklatschen, von einem größern mit durchdringendem Zischen aufgenommen.

Während Herr von Arnim schon in der Universität in Sicherheit war, drängte sich das Volk noch immer vor der Singakademie hin und her und wartete unter Toben und Schreien auf die Deputirten.

Es dauerte nicht lange, so kam ein großer hagerer Mann aus der Singakademie und schritt langsam und würdevoll durch die Menge; aber er sollte nicht lange ungehindert weiter gehen, denn sehr bald erkannten einige unter den Anwesenden den Prediger Sydow, und theilten dies dem Volke mit.

Augenblicklich erhob sich wieder ein wildes Geschrei, in einem Moment war Herr Sydow von einem dichten Menschenhaufen umringt und eng zusammengepreßt; aber nicht, wie bei dem Minister von Arnim, erhob sich anfangs der Ruf „Schlagt ihn todt!" u. s. w. Das Volk war schon durch den vorhergegangenen Auftritt von seinen ursprünglichen blutigen Rachegedanken abgekommen, es rief diesmal gleich von Anfang an: Schlagt ihn nicht! Thut ihm nichts! Nach der Universität mit ihm! —

Herr Sydow benahm sich bei dieser ganzen Scene, trotz der geringen Gefahr, welche er lief, ebenso feige, als Herr von Arnim sich muthig benommen hatte; freilich das Gewissen mochte dem ehrenwerthen Abgeordneten von Berlin wohl sagen, daß er für seine Reden nun seine Abstimmungen von dem Volke, welches er verrathen hatte, wohl eine härtere Strafe, als ein wenig Drängen verdiene! — Herr Sydow

her: — Schlagt ihn todt! — gerufen hatten, riefen jetzt: Thut ihm nichts! Bringt ihn in die Universität! —

Langsam drängte sich der Haufen, in dessen Mitte Herr von Arnim sich befand, der Universität zu. An der eisernen Barriere, welche das Kastanienwäldchen einschließt, wurde einen Augenblick Halt gemacht. Es hätte zu lange gedauert, wenn man den Durchgang gesucht hätte, der Minister wurde daher so ziemlich ohne Umstände über das Geländer fortgehoben und nun weiter nach der Universität geschleppt.

Hier in der Aula hatte gerade eine große Studentenversammlung wegen des Wartburgfestes statt gefunden, welche natürlich durch die unruhigen Auftritte vor der Singakademie unterbrochen worden war. Die meisten Studenten waren dorthin geeilt und hatten sich denjenigen Männern angeschlossen, welche sich bemühten den Herrn von Arnim vor Mißhandlungen zu beschützen. Sie bildeten vor dem Hinterthor der Universität ein Spalier, durch welches der Minister in die Universität geführt wurde, dann schlossen sie hinter demselben die Thüren, ohne indessen einen Theil des Volks an dem Eindringen hindern zu können.

Herr von Arnim wurde nun, von einigen hundert Leuten aus allen Ständen begleitet, in die Aula geführt, wo er auf einen Sessel halb ohnmächtig niedersank. Die überstandene Angst, so wie auch das furchtbare Gedränge hatten ihn sehr angegriffen, obwohl es nicht zu verkennen ist, daß er in der Zeit der Gefahr sich mit großer Ruhe und Kaltblütigkeit benahm; er ließ nicht einmal die Cigarre, welche er beim Austritt aus der Singakademie im Munde hatte, ausgehen.

Nachdem Herr von Arnim in der Aula sich einige Zeit erholt hatte, fuhr er ungefährdet nach Hause. Er bezeigte

den Studenten, welche ihm offenbar das Leben gerettet hatten, dadurch seine Dankbarkeit, daß er sie einlud, ihn zu seinen Dienstagsgesellschaften zu besuchen. Die Einladung wurde von einem Theil der Musensöhne mit Beifallklatschen, von einem größern mit durchdringendem Zischen aufgenommen.

Während Herr von Arnim schon in der Universität in Sicherheit war, drängte sich das Volk noch immer vor der Singakademie hin und her und wartete unter Toben und Schreien auf die Deputirten.

Es dauerte nicht lange, so kam ein großer hagerer Mann aus der Singakademie und schritt langsam und würdevoll durch die Menge; aber er sollte nicht lange ungehindert weiter gehen, denn sehr bald erkannten einige unter den Anwesenden den Prediger Sydow, und theilten dies dem Volke mit.

Augenblicklich erhob sich wieder ein wildes Geschrei, in einem Moment war Herr Sydow von einem dichten Menschenhaufen umringt und eng zusammengepreßt; aber nicht, wie bei dem Minister von Arnim, erhob sich anfangs der Ruf „Schlagt ihn todt!" u. s. w. Das Volk war schon durch den vorhergegangenen Auftritt von seinen ursprünglichen blutigen Rachegedanken abgekommen, es rief diesmal gleich von Anfang an: Schlagt ihn nicht! Thut ihm nichts! Nach der Universität mit ihm! —

Herr Sydow benahm sich bei dieser ganzen Scene, trotz der geringen Gefahr, welche er lief, ebenso feige, als Herr von Arnim sich muthig benommen hatte; freilich das Gewissen mochte dem ehrenwerthen Abgeordneten von Berlin wohl sagen, daß er für seine Reden nun seine Abstimmungen von dem Volke, welches er verrathen hatte, wohl eine härtere Strafe, als ein wenig Drängen verdiene! — Herr Sydow

mußte dies wohl fühlen, denn er hat während seines ganzen Transportes nach der Universität fortwährend, man möge ihm doch nichts thun, er wolle auch gar nicht mehr in die Nationalversammlung gehen.

Auch Herr Sydow wurde sicher in der Universität untergebracht, sein Versprechen, aus der Nationalversammlung auszutreten, hat er freilich nicht gehalten. Das Volk blieb vor der Singakademie noch zusammen und brachte den Deputirten der Linken, den Volksmännern Berends, Jung, Temme, Reichenbach, Brill u. A. stürmische Lebehochs.

In Folge der Beleidigungen, welche der Deputirte Sydow beim Hinausgehen aus der Nationalversammlung erleiden mußte, fand sich der an die Stelle des General Aschoff getretene Major Blesson veranlaßt, die Singakademie durch aufgestellte Bürgerwehr zu schützen.

Auch in der Nationalversammlung wurden von Seiten der Rechten verschiedene Anträge gemacht, welche einen wirksamen Schutz der Abgeordneten gegen Angriffe des Volks bezwecken sollten; aber die Versammlung nahm den Antrag Uhlichs an: „die Versammlung möge erklären, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle.“

16.

Eine dumpfe gewitterschwüle Ruhe herrschte unmittelbar nach dem 9. Juni in Berlin, eine Ruhe, wie sie stets einem Kampfe vorgeht, das Volk war überzeugt, daß es bald zu einem Ausbruch kommen müsse, denn die übertriebensten und seltsamsten Gerüchte von einem bevorstehenden Schlage der Reaction zogen durch die Stadt.

Diese Gerüchte wurden merkwürdig bestätigt durch einen Tagesbefehl, den der Commandant der Bürgerwehr, Major Blesson schon am 13. Juni erließ; wo noch Berlin durchaus ruhig war. Er gab in diesem Befehl eine Ordre zur Vertheilung der Bürgerwehrbataillone, wie er sagt um den Anstand in der Umgegend der Nationalversammlung aufrecht zu erhalten und diese sicher zu stellen. In diesem Befehl wird unter Anderem das erste Bataillon zur Besatzung des sehr entfernten Potsdamer Thores bestimmt, und es heißt ferner:

„Ich mache im Voraus darauf aufmerksam, daß der Patrouillendienst wahrscheinlich in den nächsten Tagen lebhaft wird unterhalten werden müssen, worüber ich mir nach der Erfahrung des ersten Tages das Nähere vorbehalte, halte mich aber verpflichtet, die Herren Bataillonskommandeure zu bitten, ihre Aufmerksamkeit auf dergleichen Versammlungen*), nicht auf die bloße Dauer der Sitzung der Repräsentanten zu beschränken."

Herr Blesson scheint also von den bevorstehenden Ereignissen sehr genau unterrichtet gewesen zu sein.

Aber auch die demokratische Parthei bereitete sich nach solchen von dem der Reactionsparthei angehörigen Bürgerwehrcommandanten gegebenen Andeutungen auf unruhige Auftritte vor, die Führer der Parthei hielten fortwährend Sitzungen, um wo möglich die Ereignisse in ihrer Hand zu behalten.

Schon am Morgen des 14. zeigte sich die ganze Stadt Berlin in der lebhaftesten Bewegung. Auf allen Straßen sah man die Bevölkerung sich ruhig hin und her bewegen, ganz

*) Die Clubs auf den Straßen, besonders vor der Sing-Akademie.

wie das in den Märztagen vor dem Ausbruch der Revolution der Fall gewesen wäre.

Hier und dort bildeten sich Gruppen, in denen leise flüsternd die Tagesereignisse besprochen wurden; und überall hörte man Andeutungen darauf, daß es am heutigen Tage zu einem gewaltsamen Umsturz der Dinge kommen werde. Niemand aber wußte etwas Bestimmtes, Niemand wußte, von wem eigentlich die Bewegung ausgehen sollte; nur daß eine Bewegung stattfinden würde, darüber war man allgemein einig.

Besonders unter den Linden und in der Nähe des Schlosses hatten sich im Vorgefühl der kommenden unruhigen Auftritte große Menschenmassen zusammengezogen, welche sich vor der Singakademie massenweis aufstellten.

Auch eine bedeutende Menge Bürgerwehr war dort zum Schutze der Nationalversammlung aufgestellt, verhielt sich aber ruhig, störte das Volk nicht und gab zu Tumulten keine Veranlassung.

Die Abgeordneten fanden sich ein, um in das Sitzungslocal zu gehen. Sie wurden, besonders die bekannten Volksmänner, wie Reichenbach, mit stürmischen Lebehochs empfangen, welche sie bis in den Sitzungssaal hinein begleiteten.

Nach war alles ruhig in der Stadt, noch war kein Exceß vorgekommen, da wurde die Aufmerksamkeit der Menschenmassen plötzlich auf einen bestimmten Punkt hingeleitet. Es waren nämlich im Schloß, an demjenigen Portal, welches zur Wohnung des Königs führte, zur Sicherung derselben große eiserne Gitter abgebracht worden.

Schon längst war diese Maßregel beabsichtigt, schon längst hatte aber auch das Berliner Volk sein Mißfallen über

dieselbe zu erkennen gegeben, denn es sah ein beleidigendes Mißtrauen in der Versperrung der früher stets offenen Passage. Die Regierung hatte darauf keine Rücksicht genommen, aber gerade den ungünstigsten Zeitpunkt zur Einhängung der Gitter gewählt und dem Volke so einen Punkt gegeben, nach welchem hin, sich die allgemein herrschende Aufregung einen Ausweg suchen konnte.

Des Mittags gegen 1 Uhr hieß es plötzlich unter den Volksmassen: Wir wollen nach dem Schloß, die eisernen Gitter müssen fort!

Wer den ersten Anstoß zu diesen Ruf gegeben, das ist nicht zu ermitteln gewesen, kaum war er aber ausgestoßen, als er augenblicklich allgemeinen Anklang fand und tausendfältig wiederholt wurde. Die Volksmassen drängten sich dem Schlosse zu, trieben die Bürgerwehr, welche sich ihnen entgegensetzen wollte, ohne besondere Mühe zurück und drangen nun ins Schloß ein.

Die Gitter wurden abgerissen und unter ungeheurem Jubel nach der Aula getragen, wo man sie den Studenten zur Aufbewahrung übergab. Gleich darnach verließen die Volksmengen das Schloß wieder, ohne irgend einen Unfug zu treiben und widersetzten sich in keiner Weise der Bürgerwehr, welche die Portale einnahm.

Auch der Platz vor der Singakademie wurde, als sich eine Abtheilung Bürgerwehr daselbst versammelte, vom Volke willig geräumt, so daß, als Nachmittags um 4 Uhr die Nationalversammlung geschlossen wurde, die Abgeordneten ruhig nach Hause gehen konnten. Auch während dieses Wegs empfing besonders wieder der Graf Reichenbach von den unter

en Linken noch immer dicht gedrängten Volksmassen ein donnerndes Lebehoch.

Bald erneuerten sich aber wieder die unruhigen Auftritte. Eine kleine Abtheilung von Arbeitern, etwa dreißig bis vierzig Mann stark, zog vor das Kroll'sche Etablissement und forderte dort von den Besitzern unter stürmischen Drohungen die Leihung einiger Fahnen. Sie wurden ihnen gegeben, und zwar eine dreifarbige deutsche und eine rothe, auf welcher die Arbeiter ein weißes Feld mit der Inschrift: „Brod- und obdachslose Arbeiter," befestigten. Mit diesen Fahnen zogen sie dem Brandenburger Thore zu, um einen Umzug durch die Stadt zu machen, als eine Demonstration gegen einen Festzug, der am Tage vorher von den am Schiffbauerdamme beschäftigten Arbeitern mit Fahnen und Musik gemacht worden war.

Das Brandenburger Thor war mit Bürgerwehr besetzt und die heranziehenden Arbeiter wurden zurückgewiesen, ihnen sogar der Befehl ertheilt, die Fahnen abzuliefern.

Sie wollten keines von Beiden und machten einen Angriff auf die Bürgerwehr, um den Durchgang zu erzwingen, wurden aber bald, indem nicht unbedeutende Verwundungen auf beiden Seiten vorkamen, zurückgeworfen und einige von ihnen arretirt; sie mußten sich daher unverrichteter Sache zurückziehen.

Während der Zeit, daß dieser kurze, aber blutige Kampf am Brandenburger Thore stattfand, hatten sich die Menschenmassen vor der Singakademie und dem Zeughause mit jedem Augenblick mehr und mehr verdichtet, denn das Gerücht, daß für den Abend ein Kampf bevorstehe, hatte sich bereits durch

die ganze Stadt verbreitet und Neugierige sowohl als Kampflustige nach dem Zeughause hingelockt.

In dem dicht gedrängten Volkshaufen wurde jetzt wieder der rege Wunsch nach einer allgemeinen Volksbewaffnung laut; die Arbeiter wollten durchaus Waffen haben und äußerten ungescheut, daß sie dieselben sich nehmen würden, wenn die Regierung sie ihnen nicht gutwillig gäbe.

Redner traten auf und hielten donnernde Vorträge über das Recht des Volkes auf eine allgemeine Bewaffnung, welche ihnen am 19. März vom Könige versprochen, aber noch nicht gehalten worden sei, da die Bürgerwehr in keiner Weise als die Erfüllung dieses Versprechens angesehen werden könne.

Einige Redner forderten mit ungestümen Worten, daß das Volk, wenn man ihm nicht freiwillig Waffen gäbe, in das Zeughaus dringen müsse, um sich dieselben mit Gewalt zu holen, andere wieder ermahnten zur Ruhe, zum Frieden und baten das Volk, einen Deputirten zum Major Blesson zu senden, um durch diesen eine Bewaffnung des Arbeiters ins Werk zu setzen.

Die schon durch die Zeltenversammlungen bekannten Volksredner Urban, Korn, Löwinson, Siegrist und Andere befanden sich unter den Rednern.

Noch fand der gemäßigte Vorschlag, die Gewalt wo möglich zu vermeiden, Anklang in der Versammlung. Es wurde eine Deputation beschlossen, welche vom Kommandeur der Bürgerwehr eine allgemeine Volksbewaffnung, und die Zurückziehung des Militairs aus dem Zeughause, welches von einer Compagnie des 24. Regiments besetzt war, fordern sollte.

Die Deputation wurde abgesendet, ging, von einer großen Volksmenge begleitet, nach dem Centralbureau der Bür-

gewählt und überbrachten dem Major Blesson die Wünsche des Volkes. An der Spitze der Deputation befand sich ein junger Mann, Namens Feenburg, der im demokratischen Club sich bekannt gemacht hatte, obwohl er erst seit kurzer Zeit aus Holstein zurückgekehrt war, wo er als Offizier [illegible] sehr tapfer gegen die Dänen gekämpft hatte.

Herr Blesson erwiderte, als ihm die Wünsche des Volkes mitgetheilt wurden, daß er zur Erfüllung derselben nichts thun könne, und daß nur dem Kriegsminister das Recht zustehe, die vorgebrachten Forderungen zu bewilligen.

Mit diesem Bescheide mußte die Deputation sich zurückziehen, beschloß aber sogleich, zum Kriegsminister zu gehen, und führte diesen Entschluß unter dem [illegible] Geschrei der Volksmassen, welche nachfolgten, aus.

Als die Deputation beim Kriegsministerium ankamen, fanden sie dasselbe geschlossen. Es wurde heftig an der Klingel gerissen und Einlaß gefordert. Der Portier weigerte sich indessen, denselben zu gewähren, und erst als er sah, daß die Thür gestürmt werden würde, wenn er nicht aufmachte, öffnete er die Thür und ließ 10—12 Personen, unter denen sich auch Feenburg befand, in das Ministerium, obgleich er fortwährend versicherte, der Kriegsminister sei nicht zu Haus.

„Dann werden wir warten", war die vom Volke mit Jubel aufgenommene Antwort.

Mittlerweile hatte indessen die Bügerwehr am Potsdamer Thore durch einen Boten des Portiers Nachricht von den Angriffen auf das Kriegsministerium empfangen und eine Compagnie derselben rückte mit gefälltem Bajonett die Leipziger Straße herunter, der Volksmenge entgegen. Diese floh auseinander und auch die im Kriegsministerium befindlichen De-

[illegible]

Die [illegible] mit der Bürgerwehr, welche [illegible] Zeichen zum Aus- [illegible] aber mit [illegible] empfangen wurde. Die Menge [illegible] auf, [illegible] Wehrmännern [illegible] die Füße und widersetzte sich dermaßen, daß dieselben stille stehen mußten.

Dadurch gewann das Volk Zeit, einen Möbelwagen um- zuwerfen, mehrere Balkenbohlen aufzureißen und aus diesen Materialien eine schwache Barrikade zu bauen, hinter welcher vor es auf die Bürgerwehr schimpfte und mit Steinen warf. Erst als noch eine Compagnie Bürgerwehr zur Hilfe herbeieilte, wurde die Barrikade genommen und die Menge zerstreut.

Während dieser Zeit hatten sich vor dem Zeughause im- mer neue, immer größere Menschenmengen angesammelt, der Ruf nach Volksbewaffnung wurde immer lauter und die [illegible], das Zeughaus zu erstürmen, um sich mit Gewalt die Waffen aus demselben herauszuholen.

Noch verhielt sich die im Verhältniß zu der ungeheuren Volksmenge schwache Bürgerwehr ruhig, aber plötzlich verbrei- tete sich unter dem Volke die Nachricht, die Bürgerwehr habe scharf geladen und wolle schießen, da erhob sich ein furchtba- rer Sturm und erst als einer der Volksführer, Korn, sich an den Bürgerwehr-Major Benda wandte und von diesem die Erlaubniß empfing, die Gewehre der Bürgerwehr zu untersu- chen, erst als er sie sämmtlich ungeladen fand, beschwichtigte sich die Menge wieder, brach jedoch in kurzer Zeit aufs Neue

in Lärmen und Toben aus, als die Nachricht sich verbreitete, wenn auch die Gewehre der Bürgerwehr im Augenblick nicht geladen wären, so hätten die Wehrmänner doch alle scharfe Patronen bei sich und wären bereit, dieselben gegen die Arbeiter, zu gebrauchen.

Dies erregte neue Erbitterung, welche erst da sich legte, als die Wehrmänner bereitwillig ihre Patrontaschen öffneten, um zu zeigen, daß auch dies Gerücht ungegründet sei.

Schon schien es fast, als solle das Vertrauen zwischen Volk und Bürgerwehr wieder hergestellt werden, schon schien es, als wurde vielleicht alles ruhig vorübergehen, da fielen plötzlich aus der engen Gasse zwischen dem Zeughause und dem Gießhause einige Schüsse auf das andrängende Volk, durch welche zwei Männer todt zu Boden gestreckt, mehrere verwundet wurden.

Für den Augenblick wich die Menge entsetzt zurück, dann aber brach sie in ein lautes furchtbares Wuthgeschrei aus, stürzte sich über die Todten. tauchte die weißen Taschentücher in das über das Steinpflaster hinfließende Blut derselben und befestigte sie als rothe Fahnen an Stöcke, dann zerstreute sie sich und durch alle Straßen Berlins liefen Männer, welche mit lauter, furchtbarer Stimme: „Verrath! zu den Waffen! zu den Waffen! die Soldaten schießen auf das Volk!“ riefen.

Die schon bedenkliche Aufregung des Volkes wuchs durch dieses unglückliche Ereigniß, welches, je mehr die Nachricht davon in die entfernteren Stadttheile drang, auch um so mehr entstellt wurde.

Der factische Hergang der Sache war kein anderer, als daß einige nicht einmal zur Bürgerwehr gehörige Männer, welche sich derselben nur für den heutigen Abend angeschlossen,

ohne Commando von ihren Waffen Gebrauch gemacht hatten; aber dieser Hergang wurde auf das Furchtbarste übertrieben, in den entfernten Stadttheilen hieß es sogar, das Militair schösse mit Kartätschen auf das Volk und eine Aufregung verbreitete sich in Folge dieser Nachricht durch die ganze Stadt, welche fast der des 18. März glich.

Ueberall wurde Generalmarsch geschlagen, die Bürgerwehr-Bataillone sammelten sich, aber sie konnten nichts thun, denn sie erhielten keine Verhaltungsbefehle von dem Commando der Bürgerwehr, welches entweder vollkommen rath- und thatlos war, oder nicht beabsichtigte, etwas Ernsthaftes gegen den unglückseligen plan- und zwecklosen Aufstand zu thun.

Schon der merkwürdige, von uns mitgetheilte Tagesbefehl des Major Blesson hatte einen schweren Verdacht gegen denselben rege gemacht, als ob er, einer der Hauptfeinde der demokratischen Partei, einen solchen verunglückten Aufstand, von dem man die Schuld jedenfalls auf diese Partei wälzen mußte, wohl vorausgesehen und gewünscht habe. Noch dringender wird aber der Verdacht dadurch, daß er die Bürgerwehr ganz ohne alle Befehle in jener furchtbaren Nacht ließ. Die einzelnen Bataillone standen auf ihren Sammelplätzen, wußten nicht, was sie thun sollten und zogen daher theils wieder nach Haus, theils blieben sie, in allen Stadttheilen zerstreut, unschlüssig stehen und machten nur dadurch es möglich, daß der Sturm auf das Zeughaus, den wir sogleich beschreiben werden, gelingen konnte.

Während so der Generalmarsch durch die Straßen Berlins wirbelte und die Bürgerwehr sich versammelte, aber vollkommen unthätig blieb, war das Volk nicht müßig. Von allen Theilen der Stadt her strömten neue Schaaren den Linden und

dem Zeughause zu.*) In einigen Straßen wurden Barrikaden gebaut, so in der Breiten-, Leipziger und Landsberger Straße, auch rothe Fahnen wurden aufgepflanzt, sogar von einzelnen Brauseköpfen die Republik ausgerufen, wenn auch ohne Folgen. Ueberall, wo Waffenläden waren, versammelten sich Volkshaufen und mehrere derselben drangen mit Gewalt in die Läden ein, um sich der Waffen zu bemächtigen, auch die Magazine des Opernhauses und des Königsstädter Theaters wurden vom Volke erstürmt und die darin befindlichen Waffen herausgeholt.

Außerdem wurde bald nach jenen beiden Schüssen eine Art der Volksjustiz geübt. Es hieß nämlich, der Major Benda, der eben nicht im Rufe allzugroßer Volksfreundlichkeit stand, habe das Commando zum Feuern gegeben, durch welches jene zwei Opfer gefallen seien. Ein großer Volkshaufen stürmte sogleich nach der Wohnung des Majors Benda hin, erbrach dieselbe und ruinirte mit vandalischer Lust Alles, was sich ihm an werthvollen Gegenständen darbot, wodurch dem Herrn Benda ein Schade von mehreren tausend Thalern bereitet worden sein soll. Dies Ereigniß ist um so bedauernswerther, als es einen, wenigstens bei diesem Ereigniß, vollständig Unschuldigen betraf. Wie sich durch spätere Untersuchung herausgestellt hat, sind nämlich die unglückseligen Schüsse ohne alles Commando gefallen und zwar nicht einmal aus der Abtheilung des Majors Benda, sondern aus der Compagnie des Hauptmann Bender.

Erst als eine Abtheilung Bürgerwehr sich zum Schutze der Wohnung des Majors Benda näherte, ließ die Zerstörungswuth nach, und die Tumultuanten zerstreuten sich. Einige blieben zurück und wurden verhaftet, aber wie dies gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, wurden gerade diejenigen gefangen genommen, welche als Neugierige bei dem Scan-

dal zugegen gewesen waren, und sich im Gefühl ihrer Unschuld nicht geflüchtet hatten. Die gerichtliche Verhandlung hat dies ergeben, bei welcher die Verhafteten vollständig freigesprochen worden sind.

Vor dem Zeughause hatte sich indessen die durch die gefallenen Schüsse wuthentbrannte Menge, welche nur vom Schreck auf einige Augenblicke auseinander getrieben war, wieder versammelt, vermehrt durch Tausende, welche das Gerücht von der beabsichtigten Erstürmung des Zeughauses aus andern Stadttheilen herbeigezogen hatte.

Auch der Handwerkerverein war mittlerweile heranmarschirt und hatte das Zeughaus besetzt, er versuchte es zu schützen, aber vergeblich, denn die ungeheuren Volksmassen drängten immer heftiger, immer stürmischer an, so daß bei der isolirten Stellung des Handwerkervereins dieser an einen Widerstand kaum zu denken vermochte, ohne einen blutigen Kampf herbeizuführen, dessen Erfolg kaum abzusehen war; so mußte er es denn geschehen lassen, daß ein Thor des Zeughauses an der Ecke, dem Kastanienwalde gegenüber, erstürmt wurde, und daß durch dasselbe, so wie durch die zerschlagenen Fenster die wüthende Menge in das Haus eindrang.

Außer dem Handwerkerverein war zum Schutze des Zeughauses noch eine Compagnie des 24. Regiments da, welche im Innern des Zeughauses aufgestellt war. Auch diese Compagnie hätte wohl hier eine kurze Zeit das Volk zurück drängen, aber nicht für die Länge das Zeughaus halten können, weil die eindringende Masse ihr an Zahl vielleicht mehr als das Zwanzigfache überlegen war.

Die Compagnie wurde befehligt durch den Hauptmann v. Natzmer, einen würdigen Mann, der mit richtigem Blick

[illegible] ihren Zweck, näm-
lich den, [illegible], da die im Zeughause lagernden
Gewehre meistens Zündnadelgewehre von einer eigenthümlichen
Construction waren, die vollkommen unbrauchbar für Jeden
blieben, der nicht mit den dazu gehörigen Patronen versehen
war. Die Bereitung dieser Patronen ist aber ein Geheimniß
der preußischen Armee.

Nachdem die Kisten mit Gewehren erbrochen und geplün-
dert worden waren, nachdem die Arbeiter sich mit Kugeln und
Munition versehen hatten, entfernten sich nach und nach alle,
deren Zweck es gewesen war, sich Waffen zu verschaffen; und
nur ein nichtswürdiger, beutegieriger Pöbel, wie er sich in
allen großen Hauptstädten sich vorfindet, blieb im Zeughause
zurück, um in blinder Zerstörungswuth und ekelhafter Raub-
sucht dort zu hausen und dadurch einen nicht zu verwischen-
den Fleck zu werfen auf das Volk von Berlin.

Es wurden die alten zum Gebrauch völlig untauglichen
Waffen geraubt, welche nur durch die historischen Erinnerun-
gen, die an ihnen hingen, Werth hatten. Auch die im Zeug-
hause befindlichen Fahnen und Trophäen wurden herabgeris-
sen und das Diebesgesindel scheute sich nicht, von einigen
derselben die silbernen Troddeln und Quasten abzuschneiden
und dadurch die werthvollen Andenken zu verstümmeln.

So hauste der im Zeughause zurückbleibende Pöbel kurze
Zeit, bis zwei Bataillone des 24. Infanterie-Regiments und
mehrere Bataillone der Bürgerwehr heranmarschirten und das
Zeughaus besetzten.

Jetzt zeigte sich, daß die im Hause Zurückgebliebenen
nicht dem tapfern Volke von Berlin, sondern nur dem feigen
und verächtlichen Pöbel der Hauptstadt angehörten, sie wag-

[illegible]
[illegible] Wenige [illegible]
die Waffen [illegible] sich [illegible] Flucht zu retten.

Das Zeughaus [illegible] leer; jetzt plötzlich begannen [illegible] Commandanten der Bürgerwehr wieder Muth und Besinnung zu schöpfen, jetzt erst [illegible] Befehle an die verschiedenen Bataillons, jetzt wo es zu spät war.

Mehrere tausend Mann Bürgerwehr wurden beordert, das Zeughaus zu schützen, welches keines Schutzes mehr bedurfte. Sie umstellten das Haus und mußten die ganze Nacht an demselben bleiben.

Zahlreiche Patrouillen durchzogen dann die Stadt, überall diejenigen anhaltend, welche sie mit Waffen in der Hand betrafen; es wurde auf diese Weise ein großer Theil der geraubten Waffen wieder erlangt. Auch am folgenden Tage dauerten ähnliche Nachforschungen fort. Es wurden sogar Haussuchungen veranstaltet und es entwickelte bei dieser Gelegenheit gerade der Theil der Bürgerwehr, welcher am vergangenen Abend am feigsten sich benommen hatte, eine ungeheure Thätigkeit, ein großartiges polizeiliches Talent, indem die Herren Bürgerwehrmänner mit der größten Brutalität in die Wohnungen von Personen eindrangen, gegen die sie Verdacht hegten. Die mannigfaltigsten Excesse wurden bei diesen Gelegenheiten begangen, freilich aber auch einige Zündnadelgewehre und andere aus dem Zeughause geraubte Gegenstände wieder aufgefunden, welche sonst wohl schwerlich hätten wieder erlangt werden können.

Andererseits müssen wir leider auch erwähnen, daß am folgenden Tage viele von den geraubten Waffen zu einem

dem Zeughause zu.*) In einigen Städten wurden Barrik
gebaut, so in der Bayern, Leipziger und Landsberger Str
auch rothe Fahnen wurden aufgepflanzt, sogar von ein
Brauseköpfen die Republik ausgerufen, wenn auch ohne E
Ueberall, wo Waffenläden waren, versammelten sich Volks
fen und mehrere derselben drangen mit Gewalt in die L
ein, um sich der Waffen zu bemächtigen; auch die Mag
des Opernhauses und des Königsstädter Theaters wurden
Volke erstürmt und die darin befindlichen Waffen herausge

Außerdem wurde bald nach jenen beiden Schüssen ein
der Volksjustiz geübt. Es hieß nämlich, der Major Be
der eben nicht im Rufe allzugroßer Volksfreundlichkeit s
habe das Commando zum Feuern gegeben, durch welches
zwei Opfer gefallen seien. Ein großer Volkshaufen stürmt
gleich nach der Wohnung des Majors Benda hin, erbrach
selbe und ruinirte mit vandalischer Lust Alles, was sich ih
werthvollen Gegenständen darbot, wodurch dem Herrn Be
ein Schade von mehreren tausend Thalern bereitet worden
soll. Dies Ereigniß ist um so bedauernswerther, als es e
wenigstens bei diesem Ereigniß, vollständig Unschuldigen t
Wie sich durch spätere Untersuchung herausgestellt hat,
nämlich die unglückseligen Schüsse ohne alles Commando
fallen und zwar nicht einmal aus der Abtheilung des Ma
Benda, sondern aus der Compagnie des Hauptmann Ben

Erst als eine Abtheilung Bürgerwehr sich zum Schutz
Wohnung des Majors Benda näherte, ließ die Zerstöru
wuth nach, und die Tumultuanten zerstreuten sich. Einige
ben zurück und wurden verhaftet, aber wie dies gewöhnlic
solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, wurden gerade
nigen gefangen genommen, welche als Neugierige bei dem E

dabei zugegen gewesen waren, und sich im Gefühl ihrer Unschuld nicht geflüchtet hatten. Die gerichtliche Verhandlung hat dies ergeben, bei welcher die Verhafteten vollständig freigesprochen worden sind.

Vor dem Zeughause hatte sich indessen die durch die gefallenen Schüsse wuthentbrannte Menge, welche nur vom Schreck auf einige Augenblicke auseinander getrieben war, wieder versammelt, vermehrt durch Tausende, welche das Gerücht von der beabsichtigten Erstürmung des Zeughauses aus andern Stadttheilen herbeigezogen hatte.

Auch der Handwerkerverein war mittlerweile heranmarschirt und hatte das Zeughaus besetzt, er versuchte es zu schützen, aber vergeblich, denn die ungeheuren Volksmassen drängten immer heftiger, immer stürmischer an, so daß bei der isolirten Stellung des Handwerkervereins dieser an einen Widerstand kaum zu denken vermochte, ohne einen blutigen Kampf herbeizuführen, dessen Erfolg kaum abzusehen war; so mußte er es denn geschehen lassen, daß ein Thor des Zeughauses an der Ecke, dem Kastanienwalde gegenüber, erstürmt wurde, und daß durch dasselbe, so wie durch die zerschlagenen Fenster die wüthende Menge in das Haus eindrang.

Außer dem Handwerkerverein war zum Schutze des Zeughauses noch eine Compagnie des 24. Regiments da, welche im Innern des Zeughauses aufgestellt war. Auch diese Compagnie hätte wohl hier eine kurze Zeit das Volk zurück drängen, aber nicht für die Länge das Zeughaus halten können, weil die eindringende Masse ihr an Zahl vielleicht mehr als das Zwanzigfache überlegen war.

Die Compagnie wurde befehligt durch den Hauptmann v. Natzmer, einen würdigen Mann, der mit richtigem Blick

Spottpreise auf den Straßen verkauft wurden, wodurch der Sturm des Zeughauses immer mehr und mehr zu einem Raubanfalle herabgewürdigt wurde.

Diejenigen Volksmänner, welche sich durch Reden und vielleicht auch Anfangs durch die That bei dem Zeughaussturm betheiligt hatten, wurden schon am Tage darauf zum größten Theil verhaftet, nur wenige wußten sich der Gefangennehmung zu entziehen. In den gegen sie eröffneten Processen wurde Urban, Löwinson, Feenburg, Korn, Siegrist und Andere zu 1—7 Jahre Festungsstrafe verurtheilt.

So war denn der Zeughaussturm gelungen, jenes unglückliche Ereigniß, welches in den Provinzen und mit Recht eine so große Entrüstung erregt hat. Man hat diesen Zeughaussturm meist lediglich der demokratischen Parthei zugeschrieben, wir haben schon angedeutet, daß auch andere finstere Mächte dabei gewaltet haben; jedenfalls aber ist den demokratischen Führern daraus ein Vorwurf zu machen, daß sie nicht alle ihre Kräfte angewendet haben (und es wäre ihnen gewiß gelungen,) diesen planlosen Aufstand zu hintertreiben, ohne ihn wenigstens auf eine würdige Weise zu leiten und zu benutzen. Schon damals zeigte sich die später ans helle Tageslicht getretene Unfähigkeit und Machtlosigkeit der demokratischen Parteiführer sehr deutlich.

So unruhig Berlin am Abend des 14. ausgesehen hatte, so drohend an jenem Tage die Gefahr einer hereinbrechenden Revolution schien, so ruhig vergingen die folgenden Tage. Eine allgemeine Abspannung folgte dem zu frühzeitigen Ausbruch der Volkswuth und selten ist Berlin seit der Revolution im Allgemeinen ruhiger und stiller gewesen, als eine Zeit lang nach der Erstürmung des Zeughauses.

Schon am 15. Juni wurde die Landwehr einberufen, um zum Schutze der Sicherheit und Ordnung verwendet zu werden. Die Regierung glaubte in der Landwehr eine ihr treu ergebene Stütze zu finden, aber sie hatte sich sehr getäuscht, denn gerade unter der Landwehr that sich ein sehr demokratischer Sinn kund, der sich schon am Tage ihrer Einberufung durch eine Erklärung zeigte, in welcher die vereinigten Landwehrmänner sagten, sie träten allerdings ein, aber nur, wenn ihnen dieselben Rechte als der Bürgerwehr gewährt würden, wenn sie unter demselben Commando ständen, ihre Officiere selbst wählen könnten und nicht zum Dienst außerhalb der Stadt verwendet würden.

Diese Erklärung zeigte wohl deutlich, daß die Landwehr keineswegs geneigt war, willenlos den Staatsbehörden zu gehorchen, sondern ganz in der Art zu verfahren wie die Bürgerwehr es thun mußte.

Für die Bürgerwehr Berlins hatte am 14. August eine wichtige Folge. Der Major Blesson, der bisherige Commandeur derselben, legte nämlich das Commando nieder und dasselbe wurde provisorisch dem früheren Artillerie-Major Herrn Rimpler übertragen.

Viel gewonnen hatte die Bürgerwehr allerdings durch diesen Wechsel des Kommandos nicht, denn Herr Rimpler hat sich, wie wir sehr bald sehen werden, zwar stets als ein Mann gezeigt, der sich den Schein zu bewahren strebt, aber keineswegs als ein solcher, der die Neuzeit begriffen hat und entschlossen ist, unwandelbar auf dem Wege des Fortschritts zu wandeln, sein Verhalten während mancher wichtiger Ereignisse wird uns in der Folge sogar zeigen, daß Herr Rimpler eine mindestens sehr zweifelhafte Stellung zwischen den Par-

[illegible]

[illegible] Wichtig für jene Tage [illegible] 19. März [illegible] Stelle nicht [illegible] falle und die Abdankung des allgemein beliebten Polizeipräsidenten v. Minutoli. Er legte sein Amt nieder, und Herr v. Bardeleben ersetzte ihn.

Die Abdankung des Herrn von Minutoli war ein Verlust für Berlin. Wohl nur wenige Männer hätten es vermocht, in einer so wildbewegten revolutionären Zeit in der Stellung eines Polizeipräsidenten sich eine fast allgemeine Liebe und Achtung zu erwerben. Seinem Nachfolger wenigstens ist dies nicht gelungen.

Die Gründe, weshalb Herr v. Minutoli austrat, werden sehr verschiedenartig erzählt. In einem Privatgespräch soll er geäußert haben, er könne mit der Reaction nicht mehr fertig werden. Diese Aeußerung ist später bestritten worden, nur soviel ist gewiß, daß die freisinnige Art, mit welcher Herr von Minutoli das Polizeipräsidium führte, durchaus mit den Wünschen der Hofpartei nicht übereinstimmte; man bedauerte daher ganz allgemein den Abgang des Herrn von Minutoli, obgleich man auch zu seiner Aufrichtigkeit, zu seiner Freisinnigkeit nie ein ganz vollständiges Vertrauen hat fassen können. Herr von Minutoli ist ein mindestens zweifelhafter Charakter, der von allen Parteien verdächtigt worden ist, weil er es mit keiner verderben, sondern sich bei allen möglich erhalten wollte; das Volk indessen liebte ihn seiner Humanität wegen.

Außer durch die vorhin mit wenigen Worten geschilder-

ren Ereignisse beschäftigten in der letzten Woche des Juni zwei große Fragen alle Gemüther des Volks von Berlin. Die eine betraf das Gerücht: daß die Russen ungeheure Truppenmassen an den Grenzen Preußens zusammenzögen, daß die Regierung davon wüßte, aber wissentlich die östliche Grenze des Staates ohne bedeutende Vertheidigungsmittel ließe, um nöthigenfalls mit Hülfe der russischen Heere die etwa im Lande entstehenden republikanischen Bewegungen sicher und kräftig zu unterdrücken.

In der That war es auffällig, daß nach vielen übereinstimmenden Berichten sich mit jedem Tage die Zuzüge russischer Truppen nach unserer östlichen Grenze vermehrten, während die Regierung dies nicht zu beachten schien, während sie die eigenen Truppen nach Berlin und an die westliche Grenze sendete, und den östlichen Theil des Landes unbeschützt ließ.

Die zweite Frage, welche in jenen Tagen alle Gemüther beschäftigte und der Gegenstand der lebhaftesten Debatten überall in allen Clubs in Berlin war, betraf die Ministerkrisis.

Das Ministerium Camphausen hatte abgedankt. Man bedauerte sein Ausscheiden nicht, denn während der ganzen Zeit seines Daseins hatte es sich so energielos, so schwach, so ausweichend gezeigt, hatte so ganz nur im Sinne des frühern, längst veralteten Liberalismus gehandelt, daß es längst den Boden im Volke verloren hatte, aber dennoch ward eine allgemeine Entrüstung in Berlin rege, als man hörte, der Finanzminister Hansemann sei beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden.

Gerade Herr Hansemann war es, dem man die Hauptschuld an allen verkehrten Maßregeln des früheren Ministe-

riums zumaß, ihn traf der Unwille der Berliner Bevölkerung am meisten, viel weniger den Minister-Präsidenten selbst, und ein Ministerium, welches er zu bilden hatte, konnte daher von vorn herein nur Mißtrauen erregen.

Der Erfolg hat denn auch das Vorgefühl, von welchem das Volk beseelt war, genügend gerechtfertigt.

Eine Proclamation vom 25. Juni 1848 zeigte den Berlinern an, daß folgende Männer zu Ministern ernannt sein:

zum Minister des Aeußern und Minister-Präsidenten der Oberpräsident v. Auerswald,
" " " Handels und der Arbeit Herr Milde,
" " der geistl. Angelegenheiten Herr Rodbertus,
zum Minister der Justiz Herr Märker,
" " " Landwirthschaft (ein ganz neues Ministerium) Herr Gierke,
" " des Innern der Regierungspräsid. Kühlwetter,
" " der Finanzen Herr Hansemann,
" " des Kriegs Herr v. Schreckenstein.

Die Gründe, weshalb Herr Camphausen sein Ministerium niederlege, wurden im Publikum sehr verschieden erzählt, man war indessen im Allgemeinen der Ansicht, daß Herr Camphausen mit dem Hofe nicht mehr fertig werden könne, weil er diesem viel zu liberal sei. Er selbst gab in der Nationalversammlung als Grund an, daß es die Aufgabe des zeitherigen Ministeriums gewesen sei, ein System der Vermittelung durchzuführen, das jetzige müsse ein Ministerium der That sein und dazu bedürfe es einer festern Majorität n der Kammer, als das bisherige Ministerium gehabt habe.

Der Abgang des Ministeriums Camphausen wurde, wie schon gesagt, wenig bedauert, viel weniger aber wurde das

neue Ministerium mit Freude empfangen, denn die Personen der neuen Minister waren zum Theil wenig, wie Herr Gierke, Herr Kühlwetter, oder als Anhänger des alten Liberalismus, wie Herr Milde, Herr von Auerswald, Herr Hansemann, oder gar der Reaction, wie Herr von Schreckenstein, bekannt.

Mit Bedauern sah man in diesem Ministerium, dem man ein kurzes Leben prophezeihte, nur die Herren Rodbertus und Märker, von denen der erstere auch nur acht Tage Minister blieb, um dann dem Herrn von Ladenberg seine Stelle einzuräumen. Man wünschte diesen Männern eine Stelle in einem freisinnigeren Ministerium, dem man eine größere Lebenskraft zutraute.

Das neue Ministerium gab der National-Versammlung ein Programm, in welchem es Gesetzvorlagen zur Reform der Bürgerwehr, der Gemeindeverfassung, der Verwaltung, der Rechtspflege, der Steuergesetzgebung und der Handelsgesetze versprach.

Ueber seine Absichten in Beziehung auf die Verfassung sagte Herr Hansemann im Namen des Ministeriums: Wir wollen die dauerhafte Begründung der constitutionellen Monarchie. Deshalb halten wir fest an dem Zweikammersystem und an dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde.

Deshalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr hinreichendes Vertrauen und Ansehen im Volke gesichert wird; zu diesem Zwecke möge die erste Kammer auf eine volksthümlichere Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe vorgeschlagen worden ist, begründet werden.

Zum Schluß seines Programmes fügte Herr Hansemann, der doch auch dem vorigen, die Revolution verleugnenden, Ministerium angehört hatte, Folgendes hinzu:

Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstracten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Messung aller staatlicher Verhältnisse — die constitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest.

Dies war in kurzen Worten das Programm des neuen Ministeriums, welches, obgleich es nicht aus der National-Versammlung gebildet war, doch in derselben längere Zeit eine ziemlich bedeutende Majorität fand, des Ministeriums, welches sich den Ruhm erworben hat, von den fünf seit der Revolution entstandenen das schmachvollste gewesen zu sein.

17.

Das neue Ministerium hatte sein Amt angetreten, aber so sehr auch seine Ernennung den Unwillen des Volkes erregte, so wenig populär das Ministerium schon von Anbeginn seiner Regierung war, so wenig wurde doch durch dasselbe die politische Abgespanntheit und Schlaffheit, welche in den letzten Tagen des Juni und im Verlauf des Juli in Berlin herrschte, vermindert.

Der Zeughaussturm war eine Krisis gewesen, welche un-

glücklich ausgefallen war und wie alle verunglückten Unternehmungen einer Partei eine Schwächung der demokratischen Partei, welcher er in die Schuhe geschoben wurde, veranlaßt hatte.

Außer dem Zeughaussturm hatte auch die verunglückte Juni-Revolution in Paris einen gewaltigen Einfluß auf die politischen Verhältnisse Deutschlands und besonders Berlins geäußert. Das Gespenst der rothen Republik war furchtbarer als jemals aufgetaucht und hatte den ruhigen, soliden Bürger in Angst und Schrecken gesetzt. So sehr dieser sich bisher den demokratischen Ideen zugeneigt hatte, so sehr schauderte er jetzt vor denselben zurück, denn er sah in jedem Demokraten einen jener wüthenden Republikaner, dem es nur darum zu thun sein sollte, wo möglich in jedem Hause in Berlin eine Guillotine aufzuschlagen, um durch dieses Radikalmittel den Communismus, diejenige Staatstheorie, welche der Schrecken aller ruhigen Bürger ist, einzuführen.

Mit der augenblicklichen Schwächung der demokratischen Partei hing eine Stärkung der Reaction unmittelbar zusammen, und diese trat in der That auch mit jedem Tage offener und kühner auf, da ihr nur ein geringer Widerstand entgegengesetzt wurde.

Verhaftungen folgten in Folge des Zeughaussturmes auf Verhaftungen, viele fast ohne jeden Grund. Bei den Staatsanwälten häuften sich die Denunciationen wegen Preßvergehen und es kam sogar dahin, daß der Studiosus Monecke eines sehr unbedeutenden Aufsatzes wegen zu 2½ Jahr Festungsstrafe nebst Verlust der Nationalkokarde bestraft wurde.

In Folge dieser reactionairen Bemühungen begann die demokratische Partei nach und nach denn doch wieder einige

Lebendigkeit zu zeigen, und es begann wieder ein ziemlich lebhaftes Parteigetreibe in Berlin.

Es hatten sich damals schon die Parteien ziemlich scharf geschieden, im Volke selbst traten sie in drei gewaltigen Massen hervor und bildeten eine Rechte, eine Linke und ein Centrum.

Die Rechte fand ihren Ausdruck besonders in den sogenannten Preußen-Vereinen für constitutionelles Königthum, welche unter dem Deckmantel des Constitutionalismus für die schamloseste Reaction wirkten; das Junkerthum, die Aristokratie hatte in ihnen besonders ihren Sitz. Eine andere Stütze der Rechten waren die patriotischen Clubs, der Ausdruck der vornehmen Bourgeoisie.

Das Centrum wurde gestützt durch die constitutionellen Clubs, welche über das ganze Land verbreitet waren und dadurch eine große Macht, ein bedeutendes Ansehen erlangt hatten. Der kleine Bürgerstand, viele Staatsbeamte waren Anhänger dieser Partei, während die eigentliche Linke, welche ihren Stützpunkt in den demokratischen Clubs fand, besonders aus dem Arbeiterstand und den unabhängigen Intelligenzen, den Aerzten, Juristen, Literaten u. s. w. bestand.

Alle drei Parteien benutzten die politische Windesstille, welche im Juni und Juli eintrat, um sich zu kräftigen und zu organisiren.

Die demokratische Partei hatte hierzu den Anfang gemacht. In Frankfurt a. M. war im Juni ein Congreß demokratischer Vereine Deutschlands zusammengetreten, zu welchem auch Berlin drei Deputirte (Goffen, Heramer und Streckfuß) geschickt hatte. Auf diesem Congreß war ein Centralausschuß für die gesammte Demokratie Deutschlands, bestehend aus

Julius Fröbel, G. Rau und Herrmann Kriege gewählt und später durch die Berliner Vereine mit Heramer und Eduard Meyen ergänzt worden. Dieser Centralausschuß hatte in Berlin seinen Sitz.

Der Organisationsplan der Partei, wie er in Frankfurt berathen wurde, war ungefähr folgender:

Die Local-Vereine eines Kreises wählen einen gemeinschaftlichen Kreis-Ausschuß, der die Correspondenz der einzelnen Vereine unter einander besorgt und mit dem Central-Ausschuß in steter Verbindung steht. Er theilt dem Central-Ausschuß die Hauptbeschlüsse der einzelnen Vereine, die Mitgliederzahl derselben und ihre Wünsche und ihre Forderungen mit, und dieser hat daraus Generalberichte über den Stand der Demokratie und deren Thätigkeit und Forderungen auszuarbeiten und den verschiedenen Kreis-Ausschüssen mitzutheilen, welche sie wiederum an die einzelnen Vereine ergehen lassen. Von Zeit zu Zeit werden die sämmtlichen Vereine Deutschlands berufen, Deputirte zu einem allgemeinen deutschen Demokraten-Congreß zu senden, und eben so werden in den einzelnen Kreisen Kreis-Congresse zur Besprechung der Kreisangelegenheiten nach den Kreishauptstädten berufen.

Die Demokratie hatte dadurch in den Augen der constitutionellen Clubs eine furchtbare, schreckenerregende Macht gewonnen, welcher nur dadurch ein Ziel gesteckt werden konnte, daß sich die constitutionelle Partei in derselben Art, wie die demokratische vereinige und centralisire.

Zu diesem Behufe hatte der Berliner constitutionelle Club einen Congreß sämmtlicher constitutioneller Vereine nach Berlin berufen, welcher am 23. Juli im Mielentz'schen Saal

durch den Sprecher des constitutionellen Clubs, Herrn Dr. Stern, eröffnet wurde.

Gegen 90 Vereine waren durch etwa 130 Abgeordnete, unter denen sich auch mehrere Mitglieder der National-Versammlung befanden, vertreten.

Auf diesem Congreß wurde eine ähnliche Centralisation wie die demokratische, auch für die constitutionelle Partei angebahnt.

Hatte sich so die demokratische und die constitutionelle Partei gestärkt, so that dies die reactionaire noch viel mehr. Die Preußenvereine wirkten mächtig und das neue Ministerium kam ihnen zu Hülfe, indem es ganz im Sinne des sogenannten patriotischen Clubs auftrat.

Schon jetzt fühlte die Reaction sich stark genug, um die Märzfreiheiten, wenn auch nicht völlig zu unterdrücken, doch anzutasten.

Der Polizeipräsident v. Bardeleben erließ am 9. Juli eine Proclamation, in welcher er die Volksversammlungen von polizeilicher Erlaubniß abhängig machte, die Regierung legte der National-Versammlung den Entwurf eines Bürgerwehrgesetzes vor, welches die Bürgerwehr zu einem gewöhnlichen Polizei-Institut herabwürdigte, die Stadtverordneten riefen neues Militair in die Hauptstadt, das Schloß wurde am 19. Juli mit neuen eisernen Gittern versehen, kurz, immer offener traten die Behörden hervor, sie warfen immer mehr und mehr den demokratischen Mantel ab, den zu tragen sie die Märzstürme gezwungen hatten.

Alle diese Schritte rückwärts wurden gethan, ohne daß sie eine merkliche Aufregung im Volke zur Folge hatten; die Regierung hielt daher den Zeitpunkt für geeignet, um den

erschütterten Polizeistaat Preußen wieder in seiner vollen Glorie herzustellen.

Auf Veranlassung des Ministers Kühlwetter trat ein neues Polizei-Institut, das der Schutzmänner oder Konstabler, ins Leben, Berlin wurde mit 1500 Polizisten mehr beglückt.

Dies Polizei-Institut wurde durch eine pompöse Proclamation des Polizei-Präsidenten von Bardeleben angekündigt; es hieß in derselben:

„Der Boden, in welchem allein das neue Institut Wurzel schlagen kann und will, ist der lebendige Sinn des Volkes für Ordnung und Gesetz. Auf eine feste Begründung hierin wird aber um so zuversichtlicher gerechnet, als zahlreiche Stimmen aus der Bürgerschaft schon längst ein energisches Auftreten der Polizeigewalt gefordert haben, und deshalb eine Organisirung derselben, welche schnelles und kräftiges Einschreiten sichert, gewiß willkommen heißen werden. Je freier ein Volk, desto unerschütterlicher muß die Macht des Gesetzes feststehen, und desto kräftigere Organe sind zu dessen Schutz und Vollziehung in Thätigkeit zu setzen. In diesem Sinne ist das Institut der Schutzmänner errichtet. Weit entfernt davon, die Freiheit der Bürger beeinträchtigen oder das ängstliche Bevormundungs-System des Polizeistaats zurückführen zu wollen, soll es nur der Wächter und Vorkämpfer für das Gesetz sein. Es werden aber die Schutzmänner ihre schwere Aufgabe zu lösen nur dann im Stande sein, wenn sie in dem Vertrauen ihrer Mitbürger, aus deren Mitte sie hervorgegangen und für deren Interesse sie zu wirken berufen sind, einen kräftigen Stützpunkt finden.“

Diese Bekanntmachung klang ganz vortrefflich. Es sollte ein neues Institut gegründet werden zum Schutze der Or-

nung und des Gesetzes, aber ein Institut, welches fern davon sein sollte, die Freiheit der Bürger zu beeinträchtigen, oder das ängstliche Bevormundungssystem des alten Polizeistaates wieder herbeizuführen.

Das waren des Polizeipräsidenten eigene Worte, was konnte man mehr verlangen?

Mit Neugierde erwartete daher das Berliner Volk diese neuen, die Freiheit nicht beschränkenden Polizeimänner. Am 24. August erschienen dieselben zuerst, an diesem Tage wimmelten zuerst die Straßen der Hauptstadt von den später so berüchtigt gewordenen Blauröcken.

Wo man ging und stand, da sah man zwei bis drei Konstabler oder Schutzmänner, wie man diese Herren zu benennen beliebte, welche von den Vorübergehenden mit neugierigen Blicken angestaunt wurden und sich offenbar noch sehr unheimlich in ihrer neuen Würde als Wächter des Gesetzes und der Ordnung befanden.

Am ersten Tage seines Bestehens ging es mit dem neuen Institut noch so ziemlich; aber schon am zweiten und in den nächstfolgenden zeigte es sich, wie wenig volksthümlich die neue Schutzmannschaft war, wie wenig sie den über sie gemachten Versprechungen entsprach, es zeigte sich, daß die Schutzmannschaft, der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten ganz entgegengesetzt, nicht anders war, als eine etwas verschlechterte und sehr vermehrte Ausgabe der alten volksverhaßten Gensd'armen. Waren diese grob gewesen, so waren die Konstabler noch gröber, hatten diese sich früher Eigenmächtigkeiten im Gefühl ihrer Polizeiwürde erlaubt, so traten jetzt die Konstabler alle Gesetzlichkeit vollkommen mit Füßen. Es konnte daher nicht fehlen, daß sich schon nach sehr kurzer

Zeit eine allgemeine Abneigung gegen die neue Schutzmannschaft im Volke zeigte, welche sich im Laufe weniger Wochen bis zu einem brennenden Haß steigerte, und welche die Veranlassung zu sehr vielen unruhigen Auftritten gegeben hat.

Besonders sollte dies der Fall sein, als in den letzten Tagen des Juli und den ersten des August die deutsche Frage ein neues Leben in alle Parteien der Berliner Bevölkerung brachte, welches um so reger wurde, als bei derselben wieder einmal die demokratische und die constitutionelle Partei Hand in Hand gingen.

Als der Erzherzog Johann von Oesterreich vom Frankfurter Parlament zum unverantwortlichen Reichsverweser ernannt worden war, da hatten sich die beiden Parteien, die demokratische und die reactionaire, wieder schroff gegenübergestanden, indem die letztere über einen Sieg frohlockte, die erstere aber gegen die Verletzung der Volkssouverainetät durch diese Wahl protestirte und die Anerkennung des Reichsverwesers verweigerte. Die constitutionelle Partei hatte bei dieser Gelegenheit ebenfalls Front gemacht gegen die Demokratie, wie sie es überall that, wo irgend die republikanischen Gesinnungen der demokratischen Partei an das Tageslicht kamen.

In wenigen Tagen aber schon änderte sich auf eine merkwürdige Weise das Verhältniß der Parteien.

Der Reichs-Kriegsminister von Peucker hatte den Reichsbefehl erlassen, daß am 6. August alle deutschen Truppen zur Huldigung des Reichsverwesers eine Parade abhalten sollten; dieser Befehl hatte den alten Preußenstolz der reactionairen Partei auf das Allertiefste verletzt, und jetzt plötzlich erschienen an allen Straßenecken Plakate der patriotischen und Preußen-Vereine, welche in giftigen Worten gegen die An-

maßung der Centralgewalt sich ergingen und energisch forderten, diese den Kriegsruhm des preußischen Heeres entwürdigende Parade solle unterbleiben.

Dadurch wurde denn auch eine andere Verfahrungsweise der oppositionellen demokratischen Partei bedingt. Diese protestirte allerdings nach wie vor gegen den unverantwortlichen, an die Beschlüsse des Parlaments nicht gebundenen Reichsverweser; aber sie sagte, da die Regierung diesen Reichsverweser einmal anerkannt habe, so müsse sie jetzt auch seinen Befehlen gehorchen und ihre Sondergelüste, ein specifisches Preußenthum aufrecht zu erhalten, aufgeben. Preußen soll in Deutschland aufgehen, so hat der König am 21. März gesagt, und dieser Ausspruch muß zur Wahrheit werden.

So kam es denn, daß jetzt die demokratische Partei gewissermaßen für den früher von ihr verleugneten Reichsverweser kämpfte, indem sie diese Concession machte, um die Einheit Deutschlands den preußischen Sondergelüsten gegenüber zu bewahren, und die constitutionelle Partei schloß sich jetzt zum größten Theil der demokratischen an.

Die deutschen schwarz-roth-goldenen Kokarden, welche meistens schon abgelegt worden waren, weil sie dadurch, daß jeder Reactionair sie trug, ihre Bedeutung fast ganz und gar verloren hatten, wurden wieder hervorgesucht, und prangten jetzt an allen Hüten und Mützen der Demokraten; andererseits aber kamen auch die preußischen schwarz und weißen Kokarden erst schüchtern, dann mehr und mehr, und endlich in großer Menge zum Vorschein.

Die allgemeine Aufregung, welche sich in Berlin nach so langer Abspannung in Folge der antideutschen Bestrebungen der reactionairen Partei verbreitete, sollte denn auch einige

unruhige Auftritte zur Folge haben, welche indessen förmlich von jener Partei provocirt wurden, welche sich durch die lange Ruhe wieder vollkommen sicher fühlte.

Nicht zufrieden nämlich mit der Aufsteckung der schwarz und weißen Kokarden, ließ sie auch aus verschiedenen Häusern schwarz und weiße Fahnen hängen, welche das in seiner großen Mehrzahl deutsch gesinnte Volk natürlicher Weise reizen mußten; besonders zeichnete sich die Artillerieschule unter den Linden durch eine mächtige schwarz und weiße Fahne aus.

Gegen Abend des 29. Juli zog unter den Linden eine Schaar fanatischer Preußen entlang, welche „Ich bin ein Preuße" sangen. Sogleich versammelten sich Volksmengen und nun kam es zu sehr unruhigen Auftritten, indem das Volk lärmend und schreiend vor diejenigen Häuser zog, aus denen schwarz und weiße Fahnen hingen.

In den meisten Häusern wurden die Fahnen bald eingezogen, und dann zog die Volksmenge ruhig weiter; in der Artillerieschule aber wurde auf den Wunsch des Volks keine Rücksicht genommen, und es entstand daher vor dem Gebäude ein gewaltiger Zusammenlauf, der mehrere Stunden dauerte und sich mit jeder Minute vergrößerte. Erst als verschiedene Fenster eingeworfen waren und die Menge Anstalt machte, das Haus zu stürmen, wurde nachgegeben und die Fahne unter Jubelgeschrei der Versammlung eingezogen.

Die deutsche Marseillaise singend zogen nun die Volkshaufen die Linden entlang, brachten vor dem Palais des Prinzen von Preußen dem Nationaleigenthum ein Lebehoch aus und zerstreuten sich dann, aber nicht, ohne daß es vorher zu einigen Auftritten mit der mittlerweile herbeigeholten Bürger-

mehr und den verhaßten Konstablern gekommen wäre, welche die allgemeine Aufregung vergrößerten. Einige, indessen nicht bedeutende Verwundungen kamen dabei vor.

Am Sonntag, den 31. Juli, Abends, gab es ebenfalls unruhige Bewegungen unter den Linden, die Volksmengen wogten hin und her und verspotteten wohl hier und da einen Konstabler, aber zu eigentlichen Ruhestörungen kam es nicht; um so mehr erstaunte man daher am Montag, als man eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten las, in welcher dieser in Folge der stattgefundenen Unruhen alle Versammlungen unter den Linden strenge verbot.

Seit der Revolution waren die guten Berliner stets gewohnt gewesen, sich Abends auf ein Viertelstündchen nach den Linden in den sogenannten Lindenclub an der Friedrichsstraßenecke zu begeben, um dort ein wenig zu politisiren, die Tagesneuigkeiten zu hören und dann wieder ruhig nach Hause zu gehen.

Der Lindenclub war den Berlinern zur süßen Gewohnheit geworden, er hatte gar keine politische Bedeutsamkeit, aber er gewann sie plötzlich durch das unbedachtsame Verbot des Polizeipräsidenten, welches die schon bestehende Aufregung nur noch vermehren mußte.

In der That hatten sich denn auch am Abend unter den Linden wieder große Menschenmengen angesammelt, welche ihrer alten Gewohnheit nach den Lindenclub bildeten und auch hierin von den in Massen aufgestellten Konstablern nicht gestört wurden.

Es blieb nun so lange Alles ruhig, bis es den Konstablern einfiel, die Clubs auseinanderjagen zu wollen, da gab

es denn allerdings argen Scandal, der noch zunahm, als auch die Bürgerwehr einschritt.

Der folgende Tag war ebenfalls wieder ein sehr belebter und aufgeregter. Er wurde es besonders dadurch, daß eine Gesellschaft Studenten, welche mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne singend durch Charlottenburg gefahren, dort von den Soldaten des 2. Garde-Regiments angefallen und gemißhandelt worden war. Diesen Soldaten hatten sich auch Charlottenburger Bürgerwehrmänner angeschlossen.

Zwei Studenten waren schwer, mehrere Andere leicht verwundet worden.

Das Gerücht von diesem Vorfalle hatte sich mit großer Schnelligkeit in der Stadt verbreitet und war noch bedeutend übertrieben worden, es hieß fast allgemein, es wären mehrere von den Studenten in Charlottenburg ermordet worden.

Es konnte nicht fehlen, daß sich in Folge dieser Gerüchte wieder unter dem Volke, welches noch immer sehr an den Studenten hing, eine große Aufregung zeigte, und diese wurde noch befördert, als sich am Abend unter den Linden einige Männer mit riesengroßen preußischen schwarz und weißen Kokarden herumtrieben und durch unvorsichtige, vielleicht absichtlich beleidigende Reden im Style des Preußenvereins und Schimpfen auf die demokratischen Vereine das Volk aufreizten, dafür aber tüchtig durchgeprügelt wurden.

Einige Konstabler, welche sich in den Scandal zum Schutze der beiden Herren mischen wollten, wurden vom Volke geprügelt nnd zurückgetrieben, sie ließen die Rothpfeife erschallen und nun erschienen bald die Konstabler in geschlossenen Massen unter den Linden.

Es entspann sich nun eine merkwürdige Art von Neckerei

zwischen den Konstablern und dem Volke, welche charakteristisch ist auch für die folgenden Abende, denn der Vorgang bei den Unruhen, welche sich täglich wiederholten, war im Wesentlichen stets derselbe.

Das Volk stand nämlich in dichten Massen zusammen, schrie, tobte und sang die sogenannte deutsche Marseillaise, indessen meistens nur den letzten Vers: „Vorwärts, vorwärts, mit Gott fürs Vaterland!" — da es die übrigen Verse wahrscheinlich nicht konnte.

Die Konstabler standen in geschlossenen Reihen compagnieenweise dem Volke gegenüber, und schritten immer erst dann ein, wenn sich bedeutende Volksmassen gesammelt hatten. Diese stoben bei dem ersten Angriff unter Schreien, Pfeifen, Lachen und Singen auseinander, liefen an den Reihen der Konstabler vorbei und sammelten sich hinter denselben wieder. So gab es eine fortwährende, höchst komische Jagd, bei welcher sich das Volk (welches übrigens, beiläufig gesagt, zum größten Theil aus zusammengelaufenem Gesindel, Lehrjungen und dergleichen, verstärkt durch eine große Menge neugieriger, aber unthätiger Zuschauer bestand), vortrefflich amüsirte, während die Konstabler bei jeder Verhöhnung, bei jedem vergeblichen Angriff auf diese flüchtige, wie Spreu auseinander stiebende Menge immer ärgerlicher und wüthender wurden.

Auch in den folgenden Tagen dauerten die Unruhen unter den Linden, welche gewöhnlich des Abends erst, mit dem Erscheinen der Konstabler in Masse, begannen, ganz in der nämlichen Weise fort, wie wir sie bereits geschildert haben. Es war immer dasselbe Spiel, immer dieselbe unnöthige Neckerei, deren Folge unzählige Verhaftungen Unschuldiger waren, welche sogleich wieder entlassen werden mußten, denn sie be-

trafen nur Neugierige, welche unter den Linden spazieren gingen und im Gefühl ihrer Unschuld nicht flohen, während die eigentlichen Tumultuanten sich wohl hüteten, sich fangen zu lassen.

Es wurde durch diese thörichten Zänkereien nichts Anderes erreicht, als daß der Haß gegen die schon vorher nicht beliebten Konstabler mit jedem Tage wuchs und nach und nach ein wirklich drohendes Aeußere gewann. Die Konstabler gaben hierzu auch allabendlich die genügendste Veranlassung, indem sie mit einer namenlosen Wuth Alles verhafteten, was ihnen nur irgend in die Hände gerieth; so wurden unter Anderen auch verschiedene Abgeordnete am Abend des 4. August, z. B. die Herren Rodbertus und v. Berg, von den Konstablern arretirt, aber natürlich auch sogleich wieder frei gelassen.

Unter solchen Auftritten nahte der 6. August, der Tag, an welchem die Parade für den Reichsverweser angesagt war, aber vom Militair nicht abgehalten wurde, denn der Stolz der preußischen Regierung konnte sich zu einer derartigen Ovation für den Reichsverweser nicht verstehen.

Die demokratische Partei beschloß deshalb, den 6. August zu einer gewaltigen Demonstration gegen die Regierung und für Deutschlands Einheit zu benutzen, und einen großartigen Paradezug nach dem Kreuzberg zur Feier des Tages zu machen. Die Berliner Studentenschaft gab den Anstoß zu dem Fest, an welchem die vereinigten Parteien der Demokraten und Demokratisch-Constitutionellen Theil nahmen.

In der Villa Colonna fanden sich Deputirte der verschiedenen Vereine und Clubs zusammen, um die Feier des Festes zu berathen; aber fast wäre dasselbe durch die Hals-

starrigkeit der extrem demokratischen Partei, welche hauptsächlich im demokratischen Club ihre Stütze hatte, mißglückt.

Schramm, der Präsident des demokratischen Clubs, schlug nämlich vor, der Zug solle sich auf dem Opernplatz versammeln und von dort aus denselben Weg nehmen, den der König am 19. März genommen habe, als er mit den deutschen Farben geschmückt durch die Straßen Berlins geritten sei und sich so kräftig für die deutsche Sache und dafür ausgesprochen habe, daß künftig Preußen in Deutschland aufgehen müsse. An derselben Stelle, wo damals der König Reden gehalten habe, sollten auch jetzt die Volksredner sprechen, und dadurch gewissermaßen jenen vielversprechenden Zug des Königs, der so große Erwartungen erregt hatte, welche alle in der Folge unbefriedigt geblieben waren, persifliren. So abenteuerlich, ja so gänzlich einer großartigen Demonstration unwürdig diese Art, den Festzug auszuführen, war, und so sehr dies auch von verschiedenen ruhigen und vernünftigen Rednern hervorgehoben wurde, ging der Vorschlag Schramm's doch durch, und fast wäre dadurch die ganze Demonstration zu einer unwürdigen Farce herabgewürdigt worden, der sich sicherlich die demokratische Bürgerschaft nicht angeschlossen hätte.

An der Starrsinnigkeit der Deputation des demokratischen Clubs, welche fest auf den Vorschlägen Schramm's bestand und in den vorberathenden Versammlungen viele Anhänger fand, wäre fast der ganze Festzug gescheitert, denn der constitutionelle Club erklärte, unter dieser Bedingung an dem Feste keinen Theil nehmen zu können, so sehr er auch die Idee, welche dasselbe ins Leben gerufen habe, billige.

Auch die Studentenschaft, der Volksclub und einige andere Vereine weigerten sich, an dem durch den Schramm'schen

Vorschlag zum Possenspiel herabgewürdigten Festzug Theil zu nehmen, wenn nicht das Sprechen auf den Straßen fortfiele.

Die Verhandlungen über diesen Gegenstand dauerten bis zum Sonntag Vormittag, da erst gaben die Deputirten des demokratischen Clubs nach, und es wurde nun festgestellt, daß nur von der Treppe des Opernhauses, von wo der Zug ausgehen solle, und an Ort und Stelle auf dem Kreuzberge gesprochen werden solle.

Unter dieser Bedingung schlossen sich dann auch diejenigen Vereine dem Festzuge an, welche sich anfangs geweigert hatten, nur der constitutionelle Club that es nicht; dieser hatte bereits am Vormittage im Kemperhof auf seine eigene Hand ein schwach besuchtes Fest zu Ehren des Reichsverwesers gefeiert.

Auch die Berliner Bürgerwehr, welche fast durchgängig, theils der rein demokratischen, theils der demokratisch-constitutionellen Partei angehörte, wollte den 6. August zu einer Demonstration zu Gunsten der deutschen Einheit feiern, und hatte den Commandeur Rimpler aufgefordert, am 6. August eine große Parade zu veranstalten.

Der Major Rimpler, welcher immer zwischen den Parteien stand, war auf diesen Vorschlag eingegangen, hatte aber die Sache zu verschleppen gewußt und endlich erklärt, es sei der Vorbereitungen wegen unmöglich, eine solche Parade abzuhalten, am 8. solle dieselbe aber stattfinden; dadurch ging aber ein großer Theil der Bedeutsamkeit des Festes verloren, denn gerade am 6. wurden überall in ganz Deutschland die Feste zur Feier der Einheit gehalten.

Viele Compagnieen der Bürgerwehr beschlossen daher, die Parade am 8. gar nicht mitzumachen und dafür am demo-

kratischen Festzuge Theil zu nehmen. Der Handwerkerverein, das Künstler- und Studentencorps, so wie verschiedene Bürgerwehr-Compagnieen hielten für ihre eigene Hand schon am Morgen des 6. eine Parade auf der Schlächterwiese ab.

So kam denn der Sonntag Mittag heran und fand ganz Berlin in Bewegung. Alles, was irgend sich bewegen konnte, war auf den Straßen, theils um den Zug selbst mitzumachen, theils um ihn wenigstens mit anzusehen.

Nicht ohne Besorgniß sah man übrigens dem Festzuge entgegen. Der Teltower Bauernverein nämlich, der wegen seiner specifisch preußischen und reactionären Gesinnungen bekannt und berüchtigt war, hatte beschlossen, am 6. August ebenfalls ein Fest, aber im ganz entgegengesetzten Sinne, am Kreuzberge zu feiern. Er wollte nämlich mit schwarz und weißen Fahnen nach dem Monument ziehen und dort Lebehochs auf Preußen ausbringen.

Es ließ sich erwarten, daß beim Zusammenstoß der beiden so verschiedene Tendenzen verfolgenden Züge sich leicht tumultuarische Auftritte, vielleicht blutige Scenen ereignen könnten, deren Folgen bei der in Berlin herrschenden Aufregung augenblicklich noch gar nicht zu berechnen waren.

Die allgemein herrschende Besorgniß sollte jedoch unbegründet sein, denn es erfolgte kein Zusammenstoß. Die Teltower Bauern waren allerdings mit schwarz und weißen Fahnen nach dem Monument gezogen, aber sie hatten sich dort nur sehr kurze Zeit aufgehalten und waren schon längst wieder auf dem Wege nach ihrer Heimath, als der Berliner Zug sich dem Kreuzberge nahte.

Gegen 2 Uhr schon sammelten sich ungeheure Menschenmassen auf dem Opernplatz. Die Corporationen, Gewerke

und Clubs fanden sich mit ihren Fahnen und Gewerksinsignien in einer solchen Anzahl ein, wie man es vorher kaum geahnt hatte.

Von der Opernhaustreppe hielt der Student Boßwinkel eine kurze, aber treffliche Rede an die Versammelten, in welcher er die Bedeutung des Festes auseinandersetzte und dann ein dreimaliges Lebehoch auf die deutsche Einheit brachte, welches mit stürmischem, donnerndem Jubel von der Versammlung begleitet wurde.

Dann setzte sich der unendliche Zug in Bewegung. Er bot mit seinen zahllosen flatternden Fahnen einen prächtigen, festlichen Anblick dar.

Voran ging das Studentencorps, dann kamen die Clubs, denen sich auch mehrere Züge Damen angeschlossen hatten, dann die Gewerke, die Arbeiter und die Bürgerwehr-Kompagnieen. Unter den Clubs zeichneten sich besonders zwei große rothe Fahnen aus, welche überall, wo sie sich sehen ließen, viel Amüsement erregten; die eine trug nämlich die Aufschrift „der souveraine Lindenclub“, die andere „der politische Eckenclub“, beide Fahnen waren von dem bekannten Berliner Volksredner Müller als eine Demonstration gegen den Polizeipräsidenten von Bardeleben angeschafft worden und von dem treuen Schwarm Derer begleitet, welche allabendlich sich unter den Linden zusammenfanden, um sich mit den Konstablern und der Bürgerwehr zu necken.

Den Schluß des Zuges machte ein Schwarm der sogenannten fliegenden Buchhändler, d. h. der Jungen, welche auf den Straßen Flugblätter feilbieten; auch diese hatten sich mit einer Standarte versehen, auf der die Vignette eines Berliner Witzblattes, die Tante Voß mit dem Besen, abgebildet war.

In der heitersten Stimmung bewegte sich unter Gesang der Zug durch die Stadt, zum Halleschen Thore hinaus nach dem Kreuzberge hin. Ueberall empfingen ihn frohe Gesichter, überall das Wehen weißer Tücher, mit denen die Frauen aus den Fenstern ihnen entgegenwinkten. Auch viele dreifarbige Fahnen waren in den Straßen zu sehen, durch welche er sich bewegte.

Etwa gegen vier Uhr langte der Zug auf dem Kreuzberge an. Es sollten nun dem Festprogramme gemäß verschiedene Reden gehalten werden, aber durch einen furchtbaren Regen (ein schlimmes Vorzeichen für die deutsche Einheit) wurde dies verhindert.

Auch die Bürgerwehrparade vom 8. August fand statt, es betheiligte sich aber kaum die Hälfte der Bürgerwehr an derselben.

18.

Der Anfang und die Mitte des Augustmonats verging für Berlin unter fortwährenden unruhigen Auftritten unter den Linden, welche sich fast allabendlich in der bereits erzählten Weise ganz gleichförmig wiederholten.

Diese kleinen Neckereien und Streitereien mit den Konstablern und der Bürgerwehr hätten an und für sich nicht sehr viel zu bedeuten gehabt, aber sie gewannen eine Bedeutung dadurch, daß sie das so leicht bewegliche Volk von Berlin in einer fortwährenden Aufregung erhielten, einer Aufregung, welche so groß war, daß selbst die so sehr gefürchtete Cholera, welche im August und den folgenden Monaten viele Hundert Opfer dahin raffte, fast ganz unbeachtet blieb.

Durch diese fast täglichen kleinen Neckereien wurde das Volk immer mehr und mehr erbittert, und dadurch vorbereitet zu einem bedauerlichen Exceß, den wir sogleich berichten werden; wir theilen nur zuvor mit, daß in den letzten Tagen des August Berlin der Schauplatz zweier großer Congresse war.

Der eine war ein Congreß von Arbeitern, welche sich in Berlin zusammengefunden hatten, um hier eine Organisation der Arbeit und eine engere Verbrüderung des gesammten Arbeiterstandes zu berathen; es ist dieser Congreß nicht von bedeutenden Folgen gewesen, weil für den Augenblick die sociale Frage durch die sich jetzt drängenden wichtigen politischen Ereignisse sehr in den Hintergrund gedrängt wurde.

Ein zweiter Congreß von größerer Bedeutung und selbst einiger Einwirkung auf die Ereignisse, welche wir sogleich beschreiben werden, war der der demokratischen Vereine der Mark Brandenburg.

Auf Grund der Beschlüsse des demokratischen Congresses in Frankfurt war von den Vereinen Berlins ein provisorischer Kreisausschuß gewählt worden, bestehend aus den Mitgliedern Streckfuß, Stein, Janson und Lange.

Der provisorische Kreisausschuß hatte behufs der Organisation der märkischen Vereine zum 20. August einen Kreiscongreß nach Berlin berufen.

Der Congreß kam zusammen und berieth in sehr ruhiger, würdiger Art die ihm vom Kreisausschuß gemachten Organisationsvorlagen, erwählte Streckfuß, Herzfeld, Schramm, Eichler und Schönemann zu Mitgliedern, und Heinrich Benary, Hochstetter, Janson, Thiele und Denzer zu Stellvertretern des neuen Kreisausschusses, und stellte das folgende Prinzip an die Spitze seiner Organisation.

§. 1.

Die Demokraten der Mark erkennen als leitenden Grundsatz ihrer politischen Thätigkeit die Durchführung der Volkssouverainetät in allen ihren Consequenzen. Sie erkennen damit zugleich die gleiche politische Berechtigung Aller, als zur Verwirklichung dieses Grundsatzes unumgänglich nothwendig.

§. 2.

Gestützt auf das unveräußerliche Recht und die Pflicht jeder Minorität, durch Wort und Schrift und unbeschränkte Vereinigung ihre Grundsätze zur Herrschaft zu bringen, werden die märkischen Demokraten ihre Thätigkeit verfolgen.

Aber auch auf die Ereignisse, welche wir jetzt erzählen werden, hatte der Congreß einen, wenn auch nicht directen Einfluß.

In dem nahen Städtchen Charlottenburg hatte sich seit dem Anfange des August zum größten Aerger der durch und durch reactionairen Bevölkerung ein demokratischer Verein aus etwa 20 gesinnungstüchtigen Männern gebildet, welche sich trotz ihrer drohenden Umgebung nicht scheuten, freimüthig ihre Meinung auszusprechen. Schon seit der Eröffnung des Vereins hatte die reactionaire Partei beschlossen, den Verein gewaltsam auseinander zu sprengen, wie dies aus vielen Aeußerungen hervorgeht; aber erst am Sonntag wagte sie es, ihren Entschluß zur Ausführung zu bringen. Große Haufen von Bürgern und Arbeitern standen schon vom Morgen an vor dem Sitzungslokal des Vereins und empfingen alle eintretenden Demokraten mit Mißhandlungen; das war ihnen noch nicht genug, mit wüstem Geschrei zogen sie endlich vor die Häuser aller als freisinnig bekannten Männer, rissen diese aus ihren Wohnungen hervor und mißhandelten sie auf die empörendste

Weise, ohne daß die, dem ganzen abscheulichen Scandal zuschauenden Behörden der Stadt sich im Geringsten bemüht hätten, diesen Excessen ein Ende zu machen. So wurden unter andern die Gebrüder Bruno und Edgar Bauer auf das Brutalste geschlagen und der Kaufmann Jacoby lebensgefährlich verwundet.

Die Nachricht von diesen Scenen erregte in Berlin eine allgemeine Wuth und Entrüstung. Im Clubhause in der Leipziger-Straße war am Sonntag, den 20., Nachmittags, gerade der demokratische Congreß für die Mark versammelt, als die ersten bestimmten Berichte über die Ereignisse in Charlottenburg in Berlin eintrafen. Der Congreß beschloß, sofort eine Deputation an den Minister des Innern, Herrn Kühlwetter, zu senden, und diesen auf das Bestimmteste aufzufordern, daß er das Leben und Eigenthum der Charlottenburger Demokraten schütze und die strengste Untersuchung über jene Excesse einleiten lasse, widrigenfalls die Volksjustiz sich ihr Recht zu verschaffen wissen werde. Die Deputation kam mit der Nachricht zurück, daß der Minister alles Mögliche thun werde. Einer andern Deputation aus zwei Charlottenburger Bürgern bestehend, hatte Herr Kühlwetter erwidert, man solle doch einen kleinen Polizeiscandal nicht zu hoch aufnehmen!

Der Congreß sendete nach Anhörung des Deputationsberichtes einige Mitglieder nach Charlottenburg, welche sich überzeugen sollten, ob in der That das Ministerium Maßregeln zum Schutze der bedrohten Demokraten getroffen habe, dann wurde die Sitzung gegen 10 Uhr Abends geschlossen; aber viel der Zuhörer verließen das Clubhaus noch nicht, weil sie auf die Rückkehr der nach Charlottenburg gesandten

Deputation warteten, so bildete sich dann eine neue, mit dem Congreß gar nicht mehr zusammenhängende Versammlung, zu der sich noch viele Fremde einfanden; es wurde in derselben beschlossen, am Montag gegen Abend eine große Volks-Versammlung auf dem Opernplatz zu halten.

Diese Versammlung, welche zum größten Theil aus den exaltirtesten Köpfen, aus den Anhängern der extremen demokratischen Partei bestand, hat wieder den Verdacht erregt, die beklagenswerthen Vorfälle des folgenden Tages seien von der gesammten Demokratie der Mark und zwar von dem Congreß selbst ausgegangen; dies ist aber, wie schon erwähnt, keineswegs der Fall, wenn auch einige Mitglieder jener kleinen extremen Partei nicht unbedeutende Schuld an denselben haben mögen.

Die im Clubhause zurückgebliebene Versammlung gab den deutlichsten Beweis davon ab, wie weit die politische Unvernunft in ihren Extremen gehen kann. Es wurden Vorschläge der wahnsinnigsten Art gemacht und von dem versammelten Publikum mit Bravogeschrei und Jauchzen aufgenommen.

Natürlich drehte sich die ganze Verhandlung um die Vorfälle in Charlottenburg und um diejenigen Maßregeln, welche zu ergreifen wären, um die dort beleidigten und mißhandelten Demokraten zu rächen. Man ging so weit, daß ganz im Ernst der Vorschlag gemacht wurde, die Versammlung solle im Pleno nach Charlottenburg ziehen und das ganze reactionaire Nest in Brand stecken. Dieser Vorschlag ging nun allerdings nicht durch, dagegen aber ein anderer, wonach Edgar Bauer beauftragt wurde, ein Plakat zu entwerfen, um die Bevölkerung Berlins von den Mißthaten der Charlottenbur-

ger zu benachrichtigen. Dies Plakat erschien denn auch am folgenden Tage an den Straßenecken mit der Unterzeichnung des demokratischen Clubs, obgleich der Club selbst davon vorher nicht ein Wort gewußt hatte. Es war eine Bekanntmachung, so feuerschnaubend, so aufregend wie nur möglich, ganz in dem Sinne der Versammlung vom vorigen Abend abgefaßt.

Außerdem wurde, wie schon erwähnt, der Beschluß gefaßt, am folgenden Tage eine Volks-Versammlung auf dem Opernplatz zu halten.

Dieser Beschluß wurde denn auch zur Ausführung gebracht. Am Montag Nachmittag schon sammelten sich nach und nach Tausende von Menschen auf dem Opernplatze, welche ruhig dort blieben und auf Redner warteten. Endlich, gegen 7 Uhr, trat ein junger Mann auf die Treppe des Opernhauses und hielt eine donnernde Rede gegen die Reaction, welche in Preußen sich in letzter Zeit so mächtig gezeigt habe. Andere Redner folgten ihm, unter ihnen auch der bekannte Deutschkatholik Dowiat, der in einer feurigen, begeisternden Rede die Massen aufforderte, vor die Häuser der Minister zu ziehen, um diese zur Abdankung zu zwingen. Jubelnd folgte die Menge und zog nun die Linden entlang vor das Hotel des Ministers Kühlwetter. Die erleuchteten Fenster des Hauses wurden bei dem Nahen des Volkes plötzlich dunkel, die Thore wurden verschlossen; aber das nützte natürlich nichts, denn bald mußten sie den Stößen der Andrängenden weichen. Schon wollte das Volk in das Haus dringen, als von den Fenstern aus sich eine dünne Stimme, die des Herrn von Hasenkamp, vernehmen ließ, welche auf Ehre versicherte, der Minister sei nicht zu Hause! —

Die Menge glaubte dieser Versicherung indessen nicht, sie

sendete eine Deputation in das Haus, welche alle Zimmer durchsuchte und in der That den Minister nicht fand.

Von dem Hotel des Ministers Kühlwetter wälzte sich der Menschenstrom nach dem des Justizministers Märker, welches nicht weit davon, in der Wilhelmsstraße, gerade dem Palais des Minister-Präsidenten gegenüber, gelegen ist. Eine Deputation, an deren Spitze Dowiat stand, wurde zum Justiz-Minister geschickt und von diesem empfangen; sie forderte die Abdankung des Ministeriums, die Freigebung der wegen politischer Vergehen Gefangenen, sofortige Einführung der Geschworenen-Gerichte und Entlassung der Konstabler; der Minister gab ausweichende Antworten.

Das Volk hatte sich während dieser Zeit vor dem Hause ganz ruhig verhalten, indem es auf die Rückkehr seiner Deputirten wartete; aber plötzlich veränderte sich die Scene, denn ein Haufen Konstabler drang mit scharfen Hirschfängerhieben auf die wehrlose Masse ein. Jetzt erhob sich ein allgemeines Wuthgeschrei, in einem Augenblick waren die eisernen Gitter vor dem Hause des Ministers Märker niedergerissen, die Laternen wurden umgebrochen, das herausströmende Gas wurde angezündet und bildete eine weitleuchtende Feuersäule, das Steinpflaster ward aufgerissen. Unzählige Steine flogen in die Fenster des Minister-Präsidenten und die Thüren des Hotels wurden zertrümmert.

Oben in den Zimmern des Herrn v. Auerswald gab es eigenthümliche Scenen; es war dort eine glänzende Gesellschaft versammelt, welche durch die Steine, die in die Zimmer flogen, höchst unangenehm gestört wurde und vor den hereinfliegenden Geschossen hinter den Fensterpfeilern Schutz suchen mußte. Andere, Herren und Damen, flüchteten in ein-

zur Flucht nach dem Garten, wo ein Deputirter der äußersten Rechten vollen Laufes in ein Wasserbassin rannte, in welchem er beinahe ertrunken wäre.

Von dem Ministerhotel, in welchem im wörtlichsten Sinne keine Scheibe ganz blieb, floh das Volk nach den Linden. Hier riß es mit Riesenkraft aus den steinernen Pfeilern des Geländers die eisernen Stangen heraus, um sie zu einer vereinzelten Barrikade zu benutzen, welche indessen sehr bald verlassen wurde, als auf das Signalhorn die Bürgerwehr sich versammelte. Auch in der Friedrichsstraße an der Behrenstraßen-Ecke wurde eine Barrikade erbaut, aber ebenso wenig vertheidigt. Gegen 1 Uhr in der Nacht war die Stadt wieder ruhig.

Die Bürgerwehr benahm sich leider bei ihrem Einschreiten wieder in einer Art, welche den schon zwischen ihr und dem Volke seit den Lindenunruhen bestehenden Riß noch vergrößern mußte. Die rohe und brutale Weise, mit der sie überall das Volk auseinander trieb und zum Theil sogar einzelne ruhig gehende Leute anfiel, ist kaum zu beschreiben.

Geblieben ist bei dem kurzen Kampfe Niemand, wohl aber sind gegen 20 Konstabler und mehrere Bürgerwehrmänner durch Steinwürfe mehr oder weniger schwer verwundet worden. Vom Volke sind ebenfalls viele Verwundungen zu beklagen. Auch einige Schüsse fielen, aber ohne Folgen; ob aus den Reihen der Konstabler, ob aus Reihen des Volks, ist noch nicht bekannt.

Am Dienstag zeigte sich schon am frühen Morgen ein unruhiges Leben auf den Straßen. Ueberall bemerkte man Menschenknäuel, welche zusammenstanden, um sich über die Vorfälle des vergangenen Abends zu unterhalten, besonders

zahlreich durchwogten die Volksmassen die Wilhelmsstraße und die Linden, den Schauplatz der gestrigen Ereignisse, welche ein Bild der vollständigsten Zerstörung darboten.

Die Straßenecken waren von einer Masse von Plakaten bedeckt; aber besonders zeichnete sich eins des demokratischen Clubs aus, welches von Edgar Bauer, dem Führer der extremen demokratischen Partei, verfaßt war, es forderte in den aufregendsten Worten die Abdankung der Minister; dagegen hatte denn auch die Behörde eine Reihe versöhnlicher Anschläge gemacht, welche indessen nicht vermochten, die herrschende Aufregung auch nur einigermaßen zu vermindern, im Gegentheil wuchs dieselbe, als ein Gesetzvorschlag bekannt wurde, welchen die Minister in Folge des Angriffs auf das Ministerhotel der Nationalversammlung vorgelegt hatten. Es heißt in diesem Gesetzentwurf:

§. 1. Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen nur nach einer bei der Ortspolizei-Behörde 24 Stunden vorher zu machenden Anzeige, welche Namen und Wohnort des Anordners, so wie Zeit und Ort der Versammlung enthalten muß, stattfinden.

§. 2. Zu Volksversammlungen und öffentlichen Aufzügen auf öffentlichen Plätzen und Straßen bedarf es der vorgängigen Genehmigung der Ortspolizei-Behörde.

§. 3. Die Ortspolizei-Behörde ist befugt, eine Volksversammlung oder einen Aufzug wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu verbieten, zu verhindern und aufzulösen.

Außerdem enthielt dies Gesetz strenge Bestimmungen über entstehende Tumulte.

Es konnte nicht fehlen, daß dies Gesetz, welches mit sei-

ner unklaren und jesuitischen Fassung das Recht der freien Versammlung untergrub, die Volks-Versammlungen ganz der Polizei-Willkür preisgab, wieder eine neue Aufregung in Berlin hervorbrachte, und zwar diesmal nicht allein bei den Arbeitern und exaltirten Demokraten, sondern selbst bei den ruhigen, aber demokratisch gesinnten Bürgern.

In vielen hundert Abschriften cursirte die Gesetzes-Vorlage sofort in Berlin, und überall entstand die Frage, was zu thun sei, um die angedrohte neue Beschränkung der Freiheit abzuwenden.

Im Clubhause in der Leipziger-Straße fand sich gegen Mittag eine Versammlung der Comitee-Mitglieder der meisten demokratischen Clubs von Berlin zusammen. Hier wurde denn auf die Veranlassung von Mai, Streckfuß und Anderen eine Volks-Versammlung unter den Zelten für denselben Abend beschlossen und dieser Beschluß sofort durch ein Straßen-Plakat veröffentlicht, welches die Unterschrift fast aller Berliner Clubs und des Central- und Kreis-Ausschusses trug.

Mit gewaltiger Spannung sah man dem Abend entgegen. Die Straßenecken Berlins waren mit Bekanntmachungen bedeckt, vor deren jeder ein Menschenhäuflein stand. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde eine Proclamation des Polizei-Präsidiums gelesen, welche mittheilte, daß von den Aufrührern in Charlottenburg, welche sich bei der Mißhandlung der Demokraten betheiligt hatten, bereits sechszehn zu gefänglicher Haft gebracht worden seien. Neben diesem Plakat erregte ein anderes vom demokratischen Club an die Bürgerwehrmänner gerichtetes große Aufmerksamkeit. Die Bürgerwehr würde darin mit beredten Worten aufgefordert, über die Freiheiten des Volkes, welche die Regierung bedrohte, zu

machen; zugleich theilte er die allgemeine Entrüstung erregende Nachricht mit, daß die sechszehn Verhafteten in Charlottenburg von den Behörden aus Furcht vor den Drohungen ihrer Mitschuldigen wieder entlassen worden seien.

Gegen 7 Uhr Abends begann die Volks-Versammlung, zu der sich etwa 8—10,000 Menschen eingefunden hatten. Es war die beste Volks-Versammlung, welche bisher noch in Berlin gehalten ist, man hat so vortreffliche Reden noch nicht unter den Zelten gehört. Es sprachen: Herzfeld, Eichler, Dowiat, Streckfuß, Ottensosser und Mai. Jeder der einzelnen Redner sprach gut, unter allen aber leuchteten Dowiat und Mai durch glänzende Vorträge hervor. Jeder Redner faßte den Gegenstand der Debatte von einer verschiedenen Seite auf, aber alle zeigten, wie klar, daß die preußische Regierung seit dem 18. März ein vollendetes System der Reaktion befolgt, daß sie die an jenem Tage errungenen Freiheiten langsam, aber sicher vorwärts schreitend, nach und nach untergraben habe. Eine Beschränkung der Freiheit sei immer einer andere gefolgt und das Volk habe bis jetzt zu seiner Schmach gelitten. Jetzt sei es Zeit, zu handeln! — Noch ein Mal müsse man den Weg des Gesetzes gehen, noch ein Mal es versuchen, ob es möglich sei, durch eine Petition an die National-Versammlung die angedrohten Beschränkungen abzuwenden, gelinge dies aber nicht, nehme die servile Majorität den ministeriellen Gesetz-Entwurf, der das Recht der freien Volks-Versammlung nicht nur beschränkt, sondern völlig illusorisch mache, an, dann sei es die Pflicht des Volkes, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten und seine blutig errungenen, aber schon halb und halb ihm entrissenen Freiheiten sich wieder zu erkämpfen.

Mit furchtbarem, glühendem Enthusiasmus sprachen die Redner, mit dem gleichen Gefühl nahm das Volk die Reden auf, und der wilde Ausruf: „Nieder mit den Ministern, den Unterdrückern!“ wurde mehr denn einmal aus der Menge hörbar, aber die Begeisterung erreichte ihren höchsten Grad, als zuletzt [illegible] mit feurigen Worten die Versammlung aufforderte, laut zu schwören, daß sie entschlossen sei, mit Gut und Blut, mit Leib und Leben die Freiheit zu wahren. — Da erhoben sich die Tausende von Händen gen Himmel und weithin schallte der laute Schwur!

Nach 9 Uhr trennte sich die Versammlung und ging still zu dem Thore hinein nach der Stadt, wo sich unter den Linden wieder dichte Haufen bildeten, die im leisen Gespräch die Begebenheiten erläuterten. Oft hörte man dort die Frage: „Wird heute noch nicht?“ — „Nein, [illegible]“ war die ernste Antwort, und dann trennten sich die Massen, um sich immer wieder von neuem zu vereinigen; nach und nach indessen verliefen sich die Schaaren, gegen 11 Uhr war es bereits wieder ganz still auf den Straßen. — Es herrschte eine Ruhe, wie sonst selten in Berlin, denn das Volk bereitete sich auf einen ernsten Kampf vor, falls das Ministerium mit seiner Gesetzvorlage in der Nationalversammlung durchdringen würde. Am Freitag sollte, wie es hieß, diese Vorlage berathen werden, bis dahin also mußte die größte Ruhe herrschen.

Aber auch am Freitag wurde die Berathung über das Gesetz vertagt, es ist dasselbe den Weg durch die Abtheilungen gegangen, in denen es denn auch richtig stecken geblieben ist; blutige Auftritte sind dadurch jedenfalls dem Volke von Berlin erspart worden.

Die Aufregung, welche in Folge der oben erzählten Bür-

zeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten."

Antrag und Amendement waren in der Sitzung vom 9. August trotz des lebhaftesten Widerspruchs der Rechten (das Amendement aber nur mit Majorität einer Stimme) angenommen worden.

Das erregte großen Jubel unter dem Volk von Berlin, welches in dem Annehmen des Antrags einen wesentlichen Fortschritt der Nationalversammlung begrüßte.

Aber diese Freude wurde bald getrübt, denn Woche auf Woche verging, ohne daß das Kriegsministerium den von der Nationalversammlung gewünschten Erlaß an die Armee ins Werk setzte. Da erschien plötzlich am 4. September ein Schreiben des Staatsministeriums an den Präsidenten der Nationalversammlung, in welchem es unter Anderm hieß:

Allgemeine Erlasse, wie dieser, sind nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung nicht entsprechend dem Geiste und dem Wesen einer Armee. Sie sind geeignet, an die Stelle des vertrauensvollen Gehorsams, womit der Offizier und Soldat — Jeder auf seinem Standpunkt — die Befehle seiner Obern auszuführen hat, den Geist des Mißtrauens zu setzen, welcher Disciplin und Ordnung und den ganzen Werth der Armee mit der Zeit untergraben würde. Wir glauben daher, daß ein solcher Erlaß an die Armee von verderblichen Folgen sein werde, und halten es für nothwendig, daß dem Kriegsminister, in Rücksicht auf die schwere persönliche Verantwortlichkeit, welche er, wie jedes Mitglied des Staatsministeriums, für seine Amtshandlungen übernommen hat, die Wahl der Mittel, um den von der Nationalversammlung erstrebten Zweck zu erreichen, überlassen bleibe, indem derselbe

nur so im Stande ist, mit Erfolg auf das Resultat hinzuwirken, welches er mit der National-Versammlung als das Ziel seines Strebens anerkennt, und dessen Erreichung er mit aller Energie zu sichern aufrichtig entschlossen ist."

Also eine vollständige Weigerung des Ministeriums, den Wunsch der National-Versammlung zu erfüllen, ein Bruch mit derselben. Jetzt mußte die National-Versammlung zeigen, ob sie consequent zu sein vermöchte.

Der Abgeordnete Stein begründete auf das Schreiben des Ministeriums den folgenden Antrag:

„Die National-Versammlung wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des hohen Staatsministeriums sei, denjenigen Erlaß, welchen die National-Versammlung am 9. Aug. in der 37sten Sitzung beschlossen hat, ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und zur Erhaltung des Vertrauens, wie zur Vermeidung eines Bruches mit der National-Versammlung, ergehen zu lassen."

Eine stürmische Debatte erhob sich über diesen Antrag, alle Redner der Linken forderten mit Energie den Erlaß und Waldeck sprach dabei die berühmten Worte, welche einen stürmischen Jubelruf erregten.

„Ich sage Ihnen, mit Ehren können wir hier nicht eine Minute länger sitzen bleiben, wenn es nicht geschieht. Was bedarf es noch der Ueberlegung?" —

Auf Antrag Unruh's wurde die Sache jedoch nicht in der Sitzung vom 4. September erledigt, sondern auf den 7. September vertagt, da es sich bei diesem Antrag nicht nur um den Sturz eines Ministeriums, sondern um einen Zwiespalt innerhalb der Versammlung handle, und da deshalb

eine reifliche Ueberlegung des hochwichtigen Gegenstandes dringend nothwendig sei.

Unruh hatte sehr Recht, es handelte sich sogar um noch mehr, um einen Zwiespalt zwischen der National-Versammlung und der Krone!

Die Weigerung des Ministeriums Auerswald, den Stein-Schulze'schen Antrag auszuführen, hatte plötzlich wieder neuen Zündstoff in das schon gährende Berlin geworfen und eine Aufregung hervorgebracht, wie sie seit der Revolution in der Residenz noch kaum geherrscht hatte.

Die Tage zwischen dem 4. und 7. September vergingen in banger Spannung. Alle politischen Clubs, selbst die Bezirksvereine und die Bürgerwehrcompagnieen, beschäftigten sich während dieser Zeit fast nur mit der Frage, was zu thun sei, wenn am 7. die National-Versammlung entweder inconsequent genug sei, nicht auf den Beschlüssen des 9. August zu bestehen, und dies befürchtete das Volk von Berlin; oder wenn das Ministerium Auerswald-Hansemann, welches jetzt bei allen Parteien gleich verhaßt war, die Schamlosigkeit haben sollte, trotz eines erneuerten Beschlusses der National-Versammlung sich der Ausführung desselben zu widersetzen und doch auf seinem Posten zu verharren.

Der größere Theil der Berliner Bevölkerung war fest entschlossen, dem Kampf zwischen den Ministern und der National-Versammlung nicht ruhig zuzusehen, und falls das Ministerium die Armee zu Hülfe rufen sollte, den Kampf aufzunehmen. Ueberall in der ganzen Stadt rüstete man sich, es wurde Munition angeschafft, Kugeln wurden gegossen, Alles war zum Kampfe vorbereitet.

Auch die Bürgerwehr war von gleichem Geiste beseelt,

sie war fest entschlossen, die National-Versammlung gegen Uebergriffe der Regierung zu schützen; aber sie fühlte es schmerzlich, daß sie zu ihrem Kommandeur einen Mann hatte, der (besonders in neuerer Zeit durch viele zweideutige Maßregeln, sein Benehmen bei der deutschen Parade, den späteren Konstabler-Unruhen u. s. w.) das Vertrauen der Bürgerwehrmänner verloren hatte. Zahlreiche Mißtrauens-Adressen gingen daher an Herrn Rimpler ein.

Der Kommandeur der Bürgerwehr fühlte es wohl, daß er das Vertrauen der meisten Compagnieen verloren habe, und er versuchte es deshalb, sich dasselbe wieder zu gewinnen, ohne indessen mit der Regierung vollständig zu brechen, indem er die folgende höchst zweideutige Adresse in den Bezirken zur Unterschrift herumgab:

Hohe National-Versammlung!

Das Staatsministerium hat in der Sitzung vom 2. d. M. verweigert, einen Beschluß, welchen eine hohe National-Versammlung bereits am 9. August in Betreff eines Erlasses an die Offiziere der Armee gefaßt hat, auszuführen. Mit gerechtem Erstaunen und Bedauern haben wir diese Weigerung vernommen. Die Abgeordneten sind die einzigen und alleinigen Vertreter des Volkes. Wir können dem Ministerium nimmermehr das Recht zugestehen, dem Willen des Volkes entgegen zu treten. Wir erklären daher, daß wir durch die in der Sitzung vom 2. d. M. ausgesprochene Weigerung des Ministeriums die Ehre und Würde der National-Versammlung für bedroht erachten und dieselbe in ihren Beschlüssen mit allen unsern Kräften beschützen und aufrecht erhalten werden.

Berlin, den 5. September 1848.

Diese Adresse fand sehr zahlreiche Unterzeichnungen, denn die Wehrmänner glaubten fast sämmtlich, sie bezöge sich lediglich auf den Beschluß vom 9. August, den sie mit aller Kraft aufrecht zu erhalten entschlossen wären. Erst bei näherer Ueberlegung sahen sie das Zweideutige der Adresse ein und beeilten sich nun durch zahlreiche Deputationen der in Mylius Hotel allabendlich versammelten Linken ihre wahre Meinung auszusprechen und ihr zu versichern, daß sie sich bei allen ihren Schritten auf das Volk von Berlin, wie auf die Bürgerwehr verlassen könne.

Auch die Deputirten der Linken hatten den Stein'schen Antrag zu einer Lebensfrage gemacht. Sie waren sämmtlich fest entschlossen, aus der National-Versammlung auszutreten, falls diese inconsequent und servil genug sein sollte, dem Ministerium zum Gefallen von ihrem einmal gefaßten Beschluß abzugehen. Nur wenn der Stein'sche Antrag angenommen wurde, wollten sie länger Mitglieder der Versammlung bleiben.

Alle Straßenecken waren an jenem Tage mit Plakaten der verschiedenen politischen und Bezirksvereine bedeckt, welche fast alle nur einen Geist athmeten, den, daß das Volk fest entschlossen sei, bei einem Conflict zwischen Regierung und National-Versammlung auf Seiten der letzteren zu stehen und für dieselbe Gut und Blut zu opfern.

So kam der berühmte 7. September heran. Schon von früh gegen 8 Uhr an zeigte sich vor der Singakademie ein reges Leben. Vielfache Menschengruppen standen rings um das Gebäude; aber sie standen ruhig zusammen und unterhielten sich nur leise flüsternd miteinander, um jeden Schein einer unruhigen Bewegung zu vermeiden. Die Versammlung sollte frei und ungestört berathen.

Die Sitzung begann. Die Tribünen des Sitzungssaales waren von Zuhörern überfüllt, welche den Verhandlungen mit höchster Spannung zuhorchten. Der Andrang nach Billets war an jenem Tage so ungeheuer, daß die Eintrittskarten, welche sonst die damit Handel treibenden Arbeiter für etwa 10 Silbergroschen auszubieten pflegten, an jenem Tage mit 3 bis 5 Thalern bezahlt wurden.

Die vor dem Sitzungslokal stehenden Volksgruppen vergrößerten sich mit jeder Minute, immer dichter wurden die Massen, sie füllten bald den ganzen Kastanienwald aus und drängten sich bis in die Korridore der Singakademie selbst, schon am Nachmittage standen viele Tausende dicht gedrängt vor dem Gebäude; aber trotz der großen Menschenmenge hörte man kaum ein Geräusch, höchstens ein leises Summen, entstanden durch das Flüstern der Tausende.

Zwischen den vielen an einander gedrängten Gruppen liefen eine Menge von fliegenden Buchhändlern umher, welche mit leiser Stimme Flugblätter und Karrikaturen ausboten, von denen besonders eine charakteristisch war, sie stellte nämlich die sieben Minister aufgehängt dar, neben denen noch ein leerer Pfahl stand. — So viel aber auch über diesen, wie über andere ähnliche Berliner Witze gelacht wurde, so geschah dies doch immer so leise als möglich, damit die Vertreter des Volks bei ihrer wichtigen Berathung durch kein Geräusch gestört würden.

Der gütige Leser ersieht aus dieser wahrheitsgemäßen Schilderung der Vorfälle vom 7. September, wie wenig von einem äußerlichen Zwang gegen die Mitglieder der National-Versammlung damals die Rede sein konnte; aber dennoch hat es die reactionaire Presse, und zwar besonders deren Haupt-

organ, die „Neue Preußische" sogenannte „Kreuz-Zeitung", gewagt, die schöne und würdige Haltung des Volks an jenem Tage durch schändliche Verläumdungen zu verunglimpfen, indem sie behauptete, Mörderbanden mit Dolchen und Stricken hätten unter stetem Scandal das Sitzungslokal der Nationalversammlung umstanden, und die Deputirten der Centren durch furchtbare Drohungen vermocht, für den Stein'schen Antrag zu stimmen; die Abstimmung wäre eine erzwungene und daher ungültig gewesen.

Tausende von Zeugen, dem achtbarsten Bürgerstande angehörig, denn dieser bildete gerade die Gruppen vor der Nationalversammlung, können das Lügenhafte dieser Behauptungen genugsam beweisen.

Während so das Volk ruhig, aber in der gespanntesten Erwartung der Beschlüsse seiner Vertreter harrte, waren im Innern der Versammlung heftige Debatten.

Der Ministerpräsident v. Auerswald bestritt unter dem lauten Bravo der stets servilen Rechten, der stets bereitwilligen Dienerin jedes Ministeriums, der Versammlung das Recht, sich in Verwaltungsmaßregeln zu mischen, welche lediglich der Executivgewalt anheim fielen.

Es wurden nun von Seiten der Centren Versuche gemacht, die Ehre der Nationalversammlung aufrecht zu erhalten und doch nicht ganz mit der Regierung zu brechen, indem nämlich durch zwei Amendements die scharfe Form des Stein-schen Antrags beseitigt und diesem dadurch die Spitze abgebrochen werden sollte.

Das Amendement des Centrums war von Unruh gestellt; es lautete folgendermaßen:

Die hohe Versammlung wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Beschlüsse vom 9. August keine Erforschung der Gesinnung, keinen Gewissenszwang, sondern nur die im constitutionellen Staate nothwendige Uebereinstimmung zwischen Volk und Heer herbeizuführen, so wie fernere Konflikte zwischen den Bürgern, welche zum Heere, und denen, welche zum Civilstande gehören, zu vermeiden bezwecken, erklärt die Versammlung:

daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht besitzt, wenn es ferner Anstand nimmt, einen jenem Sinne der Beschlüsse vom 9. August entsprechenden Erlaß an das Heer ergehen zu lassen."

Dies Amendement von Unruh war deshalb um so gefährlicher für die Linke, weil es scheinbar vollkommen mit dem Stein'schen Antrag übereinstimmte, aber dennoch vom Ministerium nur einen Erlaß im Sinne der Beschlüsse des 9. August, nicht deren wortgetreue Ausführung forderte.

Aber dieser Vermittlungsversuch des Centrums scheiterte an der Festigkeit der Linken, welche mit Consequenz bei dem Stein-Schulze'schen Antrag verblieb, während auch die Rechte dem Unruh'schen Amendement nicht beistimmte, sondern ein von Tamnan eingebrachtes ministerielles Amendement unterstützte.

Das Unruh'sche Amendement wurde mit 320 gegen 38 Stimmen verworfen und der Stein'sche Antrag mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen.

Ein gewaltiger Sieg der Linken, der der Grund zur spätern Auflösung der Nationalversammlung sein sollte. Er war der erste Schritt eines offenen Widerstandes der Nationalversammlung gegen die Regierung.

Während in der Singakademie die Abgeordneten sich beriethen und trotz der drückenden, fast erstickenden Hitze, welche

im Saale herrschte, unwandelbar auf ihren Sitzen blieben, indem sie einen auf Vertagung gestellten Antrag zurückwiesen, blieb das vor dem Sitzungslokal zu Tausenden versammelte Volk eben so unerschütterlich stehen.

Mit der gespanntesten Erwartung harrte es auf den Ausgang der Berathung. Als die Amendements von Tamnau und Unruh verworfen worden waren, da erreichte die Spannung ihren höchsten Grad. Endlich trat Jemand aus der Singakademie hervor und theilte dem Volke mit, daß der Stein'sche Antrag angenommen sei; da erhob sich ein ungeheurer stürmischer Jubel, ein Hurrah- und Bravogeschrei ohne Gleichen.

Die Abgeordneten schickten sich jetzt an, den Sitzungssaal zu verlassen; aber die Herren von der Rechten glaubten nicht, dies ungefährdet thun zu können; sie veranlaßten daher einen Abgeordneten der linken Seite, zum Volke zu sprechen. Dies geschah auch wirklich, und das Volk versprach, die pflichtvergessenen Volksvertreter ruhig ziehen zu lassen.

Die dichten Massen ordneten sich schnell zu einer Chaine, durch welche die Minister und die Abgeordneten der National-Versammlung ziehen mußten. Die Minister und die Herren der Rechten wurden, wo sie erschienen, mit einem halbunterdrückten Zischen und Pfeifen empfangen, sonst aber ließ sie das Volk ruhig vorbei passiren, ohne ihnen das Geringste zu Leide zu thun. Große Heiterkeit erregte es, als einer der fliegenden Buchhändler dem Herrn Hansemann die oben erwähnte Karrikatur der aufgehängten Minister anbot, welche Herr Hansemann kaufte und mit sauersüßem Lächeln betrachtete. Ueberhaupt schien, ihren Mienen nach zu urtheilen, die Stimmung der Minister keine besonders glückliche zu sein.

Jetzt erschienen die Abgeordneten der linken Seite, da brach ein unendlicher Jubel aus. „Waldeck hoch!" „Stein soll leben!" so ertönte es überall, wo die Gefeierten sich nur sehen ließen. Einen ganz ähnlichen Empfang hatten alle Deputirte der Linken, unendlicher Jubelruf begleitete sie bei allen ihren Schritten.

Die ganze Menschenmenge drängte sich den Volksmännern nach, und als nun Stein am Opernplatze in eine Droschke steigen wollte, um nach seiner Wohnung zu fahren, da spannte das enthusiasmirte Volk die Pferde aus und zog den Gefeierten durch die Straßen unter fortwährendem Jubelgeschrei.

Ganz Berlin war an jenem Tage von Glück und Freude berauscht, alle Straßen wimmelten von frohen Menschen, welche sich gegenseitig beglückwünschten über den Sieg der Linken und den aus demselben unfehlbar hervorgehenden Sturz des allgemein gehaßten Ministeriums Auerswald-Hansemann. Man sah fast allgemein in diesem Ereigniß den Beginn einer neueren besseren Zeit, eines besseren volksthümlicheren Wirkens der National-Versammlung, und die wenigen Stimmen, welche vor zu frühem Jubel warnten, verhallten ungehört.

Den Deputirten der linken Seite wurde vor Mylius Hotel, ihrem gewöhnlichen Sammelplatz, ein Ständchen gebracht, ebenso erhielt auch Stein eine ähnliche Ehrenbezeugung in der Weinhandlung von Hippel, wo er am Abend war.

20.

Die folgenden Tage verlebte das Volk von Berlin in großer Spannung. Die Ministerkrisis war es, welche in jener Zeit alle Gemüther beschäftigte.

Die sonderbarsten und zum Theil vollständig unbegründeten Gerüchte durchliefen von Stunde zu Stunde die Stadt. Man hatte erfahren, daß das Ministerium seine Entlassung eingegeben, der König aber sich die Entschließung vorbehalten hatte. Grabow war zum Könige berufen worden, auch Beckerath aus Frankfurt, und man glaubte daher, daß einem dieser beiden Männer die Bildung des neuen Ministeriums übertragen werden würde. Andererseits sprach man von einem Ministerium Waldeck, weil man es wünschte; besonders waren es die demokratischen Clubs, welche für dasselbe wirkten und es als das einzige zeitgemäße, ja mögliche Ministerium hinstellten.

Erst am 11. September fand wieder eine Sitzung der National-Versammlung statt, nachdem die Sitzung am 8. auf das folgende Schreiben des Minister-Präsidenten sofort geschlossen worden war:

„Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich, die ganz ergebenste Anzeige zu machen, daß das Staatsministerium sich in dem Falle befindet, Sr. Majestät dem Könige über die Resultate der in der gestrigen Sitzung der National-Versammlung erfolgten Abstimmungen seine Entschlüsse mitzutheilen.

Das Ministerium ist dadurch verhindert, der heutigen

Versammlung beizuwohnen, und stellt Ew. Hochwohlgeboren ergebenst anheim, die Sitzung zu vertagen.

Berlin, den 8. September 1848.

Der Minister-Präsident v. Auerswald.

An
den Präsidenten der National-Versammlung,
Herrn Grabow,
Hochwohlgeboren.

Die Sitzung am 11. September begann gegen 11½ Uhr. Die Minister waren sämmtlich erschienen und sahen sehr heiter aus, sie unterhielten sich angelegentlichst mit verschiedenen Abgeordneten der rechten Seite, denen sie wichtige Neuigkeiten mitzutheilen schienen.

Nach kurzen Formalien, der Bewilligung einiger Urlaubsgesuche, erhielt der Ministerpräsident das Wort; er theilte der Versammlung mit, daß das Ministerium sein Entlassungsgesuch beim Könige, wie folgt, begründet habe:

Ew. Königl. Majestät haben wir bereits die ehrerbietige Bitte um Entbindung von den uns anvertrauten Aemtern vorgetragen. Indem wir dieses Gesuch hierdurch ehrfurchtsvoll wiederholen, erlauben wir uns, zur Begründung desselben Folgendes anzuführen:

Unserer Ansicht nach muß das von uns vertretene und in der Sitzung der National-Versammlung vom 7. d. M. vertheidigte Prinzip, daß derselben die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehe, aufrecht erhalten werden, weil ohne dasselbe die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Wir glauben aber, aus dem in jener Sitzung gefaßten Beschlusse der National-Versammlung einen Mangel an Vertrauen zu unseren Personen folgern zu müssen, welcher

es uns in hohem Grade schwierig machen würde, jenes Prinzip aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde bitten wir Ew. Königl. Majestät ehrfurchtsvoll, uns die nachgesuchte Dienstentlassung allergnädigst ertheilen zu wollen."

Der König habe darauf erklärt:

„Ich bin mit der in Ihrem Bericht vom 9. d. M. ausgesprochenen Ansicht einverstanden, daß ohne Aufrechthaltung des darin aufgestellten Prinzips die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Gleichwohl werde Ich Ihnen aus dem von Ihnen angeführten Grunde die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilen. Bis zur Bildung eines neuen Ministeriums haben Sie Ihre Geschäfte fortzuführen."

Ferner theilte der Ministerpräsident mit, daß Herr von Beckerath zum Könige berufen worden sei, und bat die Versammlung, ihre Sitzungen auf einige Zeit auszusetzen.

Diese Mittheilung erregte eine tiefe Sensation in der Versammlung. Der König hatte es geradezu ausgesprochen, daß er den Beschluß der National-Versammlung für inconstitutionell halte. Die National-Versammlung konnte, ohne sich zu entehren, diesen Beschluß nicht zurücknehmen, es schien also offenbar, daß ein Bruch zwischen der Versammlung und der Krone stattfinden müsse.

Auch die in Aussicht gestellte Ernennung eines Ministeriums Beckerath vermochte diese Besorgnisse nicht zu zerstreuen, denn Herr Beckerath hatte in dem Frankfurter Parlament zur Genüge bewiesen, daß er, wie die meisten Größen des vereinigten Landtags, mit der Zeit nicht fortgeschritten, sondern auf dem Boden des alten Liberalismus stehen geblieben sei. Von ihm durfte daher eine veränderte Richtung der Regierung, ein

kräftiger, zeitgemäßer Fortschritt in keiner Weise erwartet werden.

Es entstand nun die Frage, ob dem Willen des Ministerpräsidenten gemäß die Sitzung zu schließen und die nächste Zusammenkunft so lange auszusetzen sei, bis sich ein neues Ministerium gebildet habe. Die Rechte verlangte dies, während die Linke entschieden forderte, man solle sich an die Abwesenheit der Minister nicht kehren, übrigens könne man ja auch nach der Geschäftsordnung ihre Anwesenheit fordern. Besonders energisch sprachen die Herren Temme und Waldeck für den Antrag der Linken.

Endlich nach langer Debatte ging ein Vermittelungsvorschlag des Abgeordneten Duncker durch, am Donnerstag den 13. September, eine weitere Sitzung zu halten. Aber auch in dieser, wie in den beiden nächsten Sitzungen, fand sich kein Ministerium vor, nur ein Brief des General Pfuel vom 21. September zeigte der Versammlung an, daß derselbe vom König zum Minister-Präsidenten ernannt sei und mit dem neuen Ministerium am 22. September in die Versammlung eintreten werde.

So war denn also das Ministerium ernannt, welches den Namen: das Ministerium der bewaffneten Reaction, erhalten sollte, das Ministerium, welches die Contre-Revolution vom 9. November anbahnen mußte, aber selbst zu ehrenhaft war, um sie anzubahnen. Mit Riesenschritten ging jetzt die preußische Regierung dem Ziele zu, welches sie vom Anfang der Revolution an consequent verfolgt hatte. Und was that während dieser Zeit das Volk, was wirkte die demokratische Partei, um dem sie bedrohenden Schlage auszuweichen? —

Das Volk war berauscht von dem Siege über das verhaßte Ministerium Auerswald-Hansemann, es war so namenlos glücklich über den Sturz des Ministeriums, mit dem es den Sieg über ein System erkämpft zu haben glaubte, während es nur einzelne unbedeutende Personen gestürzt hatte, daß es die kostbare Zeit nicht genügend benutzte.

Die demokratische Partei, welche den Weg zu ihrer Organisation durch die Central- und Kreis-Ausschüsse so trefflich angebahnt hatte, verfolgte denselben nicht mit der nöthigen Consequenz, es besaßen die Männer, welche an der Spitze dieser Ausschüsse standen, nicht das volle, genügende Vertrauen des Volks, und deshalb konnte ihre Wirksamkeit, welche lediglich auf das Vertrauen basirt war, eine verhältnißmäßig nur geringe sein.

Anstatt die Partei zu einigen und zu kräftigen, verloren sich die Führer der demokratischen Partei in den Clubs in endlose Phrasen, welche ihnen allerdings manches schallende Bravo einbrachten, aber der Partei nur schadeten, nichts nützten. Kleinliche Streitigkeiten verletzter persönlicher Eitelkeit trennten die einzelnen Führer, welche innig vereint hätten sein sollen, und außerdem zeigte es sich schon jetzt, daß die demokratische Partei in Berlin allerdings manche glänzende Redner, aber gar keine großartigen Talente in sich faßte, welche es vermocht hätten, durch ihren Einfluß die große, aber zerfahrene Masse zu einem einigen, innig zusammenhängenden Ganzen zu machen.

Die Führer der demokratischen Partei redeten und redeten, aber sie schafften nichts; sie bewegten sich in den Idealen, in ihrer schönen, aber leblosen Theorie, ohne dabei für

[illegible] Paris etwas wirken zu können; außerdem aber verloren sie sich auch in fortwährende kleinliche Streitereien.

Die persönlichen, meist aus kleinlicher Eitelkeit entsprungenen Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Führern der Demokraten, welche so sehr dazu beitrugen, die Zerfahrenheit der Partei zu vergrößern und den einzelnen Führern beim Volk das wenige Vertrauen zu nehmen, welches sie besaßen, gingen zuerst vom Herrn Held aus.

Wir müssen aber dieser Angelegenheit hier einige Worte [illegible], da sie von großer Folgewichtigkeit gewesen ist, so leid es uns auch thut, unseren schon beschränkten Raum mit Reflexionen über die Thätigkeit des Herrn Held anfüllen zu müssen, zumal da wir auch später noch einmal auf denselben zurückkommen werden.

Schon am 7. September hatte Held ein Plakat erlassen, in welchem er das Volk vor dem Vertrauen auf die National-Versammlung warnte; er hatte auf die, die Stadt umringenden Soldaten aufmerksam gemacht und versucht, Zwiespalt innerhalb der demokratischen Partei zu erregen, indem er mit geheimnißvollen Worten seinen Anhängern versprach, sie sicher dem angestrebten Ziele, „Arbeit und Brod", wenn auch auf ungewöhnlichem Wege, zuzuführen.

Schon damals war Verdacht gegen Held entstanden, daß er mit der Gegenpartei, und zwar besonders mit der des [illegible] Preußen, in Verbindung stände, und sich zum Werkzeug derselben hergäbe. In einer Volks-Versammlung am 11. September war Held deshalb interpellirt worden, aber er hatte sich auf keine Antwort eingelassen, sondern nur darauf hingewiesen, daß er in sehr kurzer Zeit dem Volk

seine Pläne offenbaren werde; bis dahin aber müsse er Vertrauen fordern.

Und er fand in der That Vertrauen, freilich nicht bei den intelligenten Demokraten, nicht bei den Führern der Partei, wohl aber bei der rohen Masse, welche ihm blind anhing.

Aber bald sollte auch diese Masse zum Theil schwankend werden, denn durch Held's eigene Unvorsichtigkeit wurde täglich mehr und mehr der Schleier von den Intriguen fortgezogen, welche er mit den Häuptern der aristokratischen Partei gesponnen hatte.

Herr Held hatte nämlich bei einem Fräulein Ottilie von Hake, einer eifrigen Besucherin aller demokratischen Clubs, am 3. September eine Unterredung mit dem Herrn von Katte, dem Präsidenten des Preußenvereins, einem der extravagentesten Absolutisten und Anhänger des Prinzen von Preußen, gehabt. Durch Fräulein v. Hake war diese Unterredung bekannt geworden und Herr Held vertheidigte sich nun gegen die Anschuldigungen, welche von Seiten der übrigen Demokraten auf diese Unterredung gegründet wurden, in einem nichtssagenden Plakate, in welchem er behauptete, seine Zusammenkunft mit Herrn von Katte sei eine rein zufällige, durch die Intriguen des Fräulein von Hake herbeigeführte, und seine Unterhaltung mit dem genannten Herrn eine sehr unschuldige, der Politik ganz fremde gewesen.

Anschuldigung und Vertheidigung erregten Aufsehen, und es bildeten sich jetzt in der Demokratie selbst zwei Parteien, die eine für, die andere gegen Held, welche sich gegenseitig anfeindeten; die Partei der Gegner Helds wuchs indessen beträchtlich, als die Reform eine Veröffentlichung am 15. Sept. brachte, in welcher die Herren Benary und Dohm die ge-

nauesten Mittheilungen über das Gespräch des Herrn Held mit Herrn von Katte machten; Fräulein von Hake hatte in Gegenwart zweier Zeugen, der beiden Brüder Schönemann, sehr ausführliche Aussagen über dies berüchtigte Gespräch gemacht.

Herr Held versuchte allerdings zu leugnen; aber er vermochte es nicht recht, die speciellen Daten, welche man ihm gegenüberstellte, waren zu schlagend, er mußte zugestehen, daß er in Unterhandlungen mit der Aristokratie gestanden habe, er habe dies gethan, weil ihm eine Herrschaft der Aristokratie immer noch lieber sei, immer noch weniger drückend erscheine, als die Geldherrschaft der Bourgeoisie, welche ihren Sitz im Ministerium Auerswald-Hansemann gehabt habe.

Trotz dieser evidenten Thatsache hatte Herr Held indessen seinen Einfluß doch noch nicht ganz verloren, es gab noch immer eine große Partei, welche ihm blind anhing, und merkwürdiger Weise gehörte der kräftigste und intelligenteste Theil des Berliner Arbeiterstandes, der im Maschinenbauverein seinen Sitz hatte, zu dieser Partei.

Vergeblich bemühten sich Oppenheim und Heramer, zwei der tüchtigsten und intelligentesten Berliner Volksredner, die Anklage gegen Held auch im Maschinenbauverein zu begründen, sie bewirkten nichts Anderes, als daß sie selbst dort ihre Popularität einbüßten; es kam dabei zu so tumultuarischen Auftritten, daß Oppenheim sicherlich thätlich insultirt worden wäre, wenn nicht Held selbst ihn geschützt hätte.

Held fühlte indessen wohl, daß der intelligenteste Theil der Berliner Demokratie ihm feindlich gesinnt sei, und daß seine politische Rolle für immer ausgespielt sei, wenn er nicht für jetzt wenigstens eine Zeit lang sich ganz von der Politik zurückzöge. Er beschloß, dies zu thun, zuvörderst aber das

Publikum über seine eigentliche Meinung von einer vollkommenen Staatsverfassung aufzuklären.

Er veröffentlichte in Folge dessen eine Erklärung, daß er sich ins Privatleben zurückzöge, und außerdem eines seiner gewöhnlichen Riesenplakate, „Meine Idee für die Verfassung Preußens und Deutschlands" betitelt.

Es ist dies Plakat ein wunderbares Machwerk, wie es Herr Held nicht besser hätte fabriciren können, um seine vollständige politische Unfähigkeit recht klar an den Tag zu legen.

Herr Held schickte in diesem Plakat seine Ideen über eine Verfassung Preußens in die Welt und wies am Schlusse ganz deutlich darauf hin, daß er den Prinzen von Preußen allein als den Mann betrachte, der fähig sei, das demokratisch-sociale Königthum, welches Herr Held anstrebte, zu verwirklichen. Er bewies dadurch am besten, daß in den von Fräulein von Hake gegen ihn erhobenen Anschuldigungen in der That wenigstens ein wahrer Kern sei.

Während die demokratische Partei sich in Zwistigkeiten und unwürdige Streitereien mit Herrn Held verlor, waren doch nicht alle Mitglieder der Partei müßig. Die Clubs waren voll Leben, überall hörte man von der Nothwendigkeit, sich zu rüsten gegen die immer größer werdende Macht der Reaction, ihr immer kühneres Auftauchen.

Bisher hatte es die demokratische Partei ganz versäumt, den Versuch zu machen, ihren Ideen unter dem Militair Eingang zu verschaffen. Der Stein'sche Antrag zeigte den Parteiführern zuerst, wie nothwendig es sei, auch das Heer zu demokratisiren, wenn die demokratische Bewegung einen irgend gedeihlichen Fortgang haben sollte.

Wie auf das Heer zu wirken, wie der schroffe Gegensatz

zwischen Soldat und Bürger aufzuheben, wie die Demokratie unter dem Militair zu verbreiten sei; diese Fragen bildeten jetzt fast in allen Clubs die gewöhnliche Tagesordnung.

Die demokratischen Führer bemühten sich persönlich, die in Berlin garnisonirenden Regimenter, besonders das zum Theil aus Berlinern bestehende 24. Regiment zu der Theilnahme an den Clubs heranzuziehen, und ihre Bemühungen hatten auch in der That den günstigsten Erfolg, denn gar bald fanden sich in den Clubs Hunderte von Soldaten ein, welche mit dem regsten Interesse den Verhandlungen folgten, und von denen sogar einige selbst unter allgemeinem Jubel als Redner auftraten und die radikalsten demokratischen Ansichten entfalteten.

Von dem günstigen Erfolg angefeuert, sparten nun die Demokraten weder Mühe noch Kosten, um die Einwirkung auf das Heer fortzusetzen. Der demokratische Urwählerverein, der Volksclub, der Centralausschuß und der märkische Kreisausschuß traten zusammen, um eine Ansprache an die Soldaten abzufassen, welche in 10,000 Exemplaren gedruckt und mit Hülfe der demokratischen Deputirten der Nationalversammlung in alle Provinzen, alle Garnisonstädte des preußischen Staates vertheilt wurden. Ebenso wurde eine Petition an die Nationalversammlung, vom Volksclub ausgehend, überall zur Unterschrift verbreitet, in welcher die Forderungen der Demokraten für die Soldaten direkt an die Volksvertreter gestellt wurden.

Auch die demokratisch gesinnten Bezirks- und Bürgervereine standen den eigentlichen radikalen Clubs nicht nach, auch sie suchten mit eben so günstigem Erfolg auf das Militair zu wirken. So erließ der Friedrich-Wilhelmstädtische

Bürgerverein 74 a b c eine vortreffliche Ansprache an das Militair, und der Bürgerwehrclub hielt mehrere, von Soldaten zahlreich besuchte Volksversammlungen auf dem Exercierplatz vor dem Schönhauser Thore ab, in welchen Simon, Nees von Esenbeck, Braß und Streckfuß volksthümliche Reden an das Militair hielten, welche von den Soldaten mit lautem Jubel aufgenommen wurden; auch der Volksclub hielt an den Sonntagen Nachmittags unter dem Präsidium von Streckfuß eigene Sitzungen nur für Soldaten, welche ebenfalls ihre Wirkung nicht verfehlten.

So gelang es denn der demokratischen Partei, ihren Ideen Eingang in die Garnison von Berlin zu verschaffen, besonders aber wurde das 24. Regiment fast zur größeren Hälfte demokratisirt, während das 9. Regiment, meist aus Pommern bestehend, sich mehr und mehr der Demokratie feindlich zeigte.

Während die Demokraten sich aufs eifrigste bemühten, die Soldaten zu sich herüber zu ziehen, erschien am 17. Sept. plötzlich der folgende Armeebefehl des General Wrangel, welcher den demokratischen Clubs wieder vollständigen Stoff zu Debatten gab.

„Potsdam, 17. Septbr. Armee-Befehl. Seine Majestät der König haben mir einen neuen Beweis Seiner Gnade und Seines Vertrauens gegeben, indem Sie mir mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 15. d. M. den Oberbefehl über die sämmtlichen in den Marken stehenden Truppen ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung ver-

knüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden; dafür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Soldaten und seinem Offizier, seinem Führer, durch welches sich die preußische Armee, so lange sie besteht, immer rühmlichst ausgezeichnet hat, so wie die Liebe und die treue Hingebung für den König, von der wir Alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich indeß der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung erhalten werde, mit der militairischen Macht einzuschreiten, denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls nur das Gute wollen, steht fest; es ist ja ihr eigener Heerd, den sie und ich beschützen sollen. Es sind jedoch im Lande auch Elemente vorhanden, welche zur Ungesetzlichkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten. Diesen letzteren will ich fortan zunächst eine moralische Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist. In Potsdam habe ich schon die erfreulichsten Beweise erhalten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zwecke gern um mich schaaren. Dies war mir um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Uebernahme des Oberbefehls in den Marken geschah; es erfüllt mich deshalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft. Soldaten! laßt Euch nicht irre leiten von den Reden und Proclamationen, welche von Euch unbekannten Leuten an Euch gerichtet werden; hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für Euch klingen und sie Eure Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, sobald Ihr die Euch gegebenen Rathschläge befolgt. In den Versammlungen, wo dergleichen Reden an

Berliner! das Ministerium Brandenburg-Manteuffel-Rintelen sollte ihnen beweisen, daß das Ministerium Pfuel noch ein freisinniges zu nennen war.

Eine allgemeine Entrüstung herrschte in Berlin; Pfuel, der General, welcher in Posen die Gefangenen mit Höllenstein hatte beizen lassen, Eichmann, der bekannte Frömmler, Dönhoff, der einstige Matador des Bundestages, der Hauptverfechter preußisch-dynastischer Interessen, waren Minister! Was war von diesen Männern Anderes zu erwarten, als daß sie auf der Bahn der Reaction, welche schon das Ministerium Auerswald-Hansemann-Kühlwetter betreten hatte, fortschreiten würden? Es galt jetzt der Regierung zu zeigen, daß auch das Volk gerüstet sei, seine Freiheiten zu vertheidigen, wie die Regierung sie zu unterdrücken.

In diesem Sinne sprachen an jenem Abend alle Clubs, in diesem Sinne waren zahllose Plakate abgefaßt, welche am Morgen des 22. die Ecken bedeckten.

Schon am frühen Morgen des 22. Septembers waren die Straßen Berlins außerordentlich belebt, viele Arbeitsstätten waren geschlossen, weil Jedermann darauf vorbereitet war, es werde der 22. ein Tag der Entscheidung, vielleicht des Blutes sein.

Die Bürgerwehr war consignirt und stand kampfgerüstet da, fest entschlossen, unter jeder Bedingung die Entscheidung der Nationalversammlung, der berufenen Vertreter des Volkes, abzuwarten und die Versammlung in Schutz zu nehmen, falls sie angegriffen werden sollte, sowohl gegen die Regierung als gegen das Volk von Berlin.

Die Führer der verschiedenen demokratischen Clubs, welche sich schon an den vorhergehenden Tagen versammelt und ihr-

nen Ausschuß zur Berathung derjenigen Maßregeln ernannt hatten, welche im Falle eines Konflikts zu treffen wären, blieben auch am 22. im Waßmann'schen Lokale in Permanenz versammelt, während einige derselben fortwährend in und vor der National-Versammlung bleiben und Bericht abstatten mußten.

Vor dem Schauspielhause hatten sich schon vom frühen Morgen an bedeutende Menschenmassen angesammelt, welche begierig auf die Beschlüsse der Versammlung harrten und bereit waren, wenn von der Versammlung das Signal zum Aufstande gegeben werden sollte, dies sofort nach allen Richtungen der Stadt zu verbreiten.

Eine merkwürdige Erscheinung war es, daß von der großen Masse des vor dem Schauspielhause versammelten Volks nur ein sehr kleiner Theil dem eigentlichen Arbeiterstande angehörte; man sah dort fast nur Leute, deren Kleidung zeigte, daß sie dem Bürgerstande angehörten.

Die Straßenecken waren an jenem Morgen mit einer Unzahl von Plakaten, meistens von der demokratischen Partei ausgehend, bedeckt; jedoch zeigten sich darunter auch einige reactionaire, unter anderem eines, welches die Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Herrn v. Auerswald in Frankfurt am Main in den grellsten Farben darstellte, und welches viel Eindruck besonders auf die sogenannten ruhigen Bürger machte.

Auch Herr Held hatte abermals ein großes Plakat an den Ecken mit der Ueberschrift: „Treu dem Volke!" in welchem er versicherte, daß er in der jetzigen gefährlichen Zeit wieder auf den politischen Schauplatz treten müsse, es handle sich jetzt nur um absolute Monarchie oder Republik, und bei die-

sem wichtigen Streite werde Herr Held treu mit dem Volke siegen oder untergehen.

Herr Held betrat also abermals die politische Schaubühne, von der er nun bereits zwei Mal mehr oder weniger freiwillig zurückgetreten war, und sein neues Auftreten war wiederum berechnet, Zwiespalt im Volke zu erregen, indem er nämlich in einem Augenblicke, wo es sich darum handelte, daß das ganze Volk der Regierung kräftig gegenüberstehe, um dann deren Reactionsgelüste zu bekämpfen, die anti-republikanische, aber freisinnige Bourgeoisie dadurch zurückzuschrecken suchte, daß er die Behauptung aufstellte, es handle sich jetzt um Absolutismus oder Republik.

Außer den gedruckten Plakaten erschien gegen Mittag noch ein geschriebenes, vom demokratischen Kreisausschuß (Streckfuß, Eichler, Herzfeld, Schönemann und v. Hochstetter) unterzeichnetes, welches von Eichler und Streckfuß an alle Ecken des Schauspielhauses angeklebt und von Eichler von der Treppe der französischen Kirche mehrfach verlesen wurde.

Es war dies Plakat veranlaßt durch das an die bei Waßmann versammelten Führer der Clubs gelangte Gerücht, daß jene kleine, von uns oft erwähnte Partei extravaganter Republikaner die Aufregung des 22. Septembers zu einem Aufstande nach ihrem Sinne benutzen wollte.

Das Plakat warnte vor einem solchen unsinnigen Unternehmen und schloß mit den unterstrichenen Worten:

Erst dann ist die Revolution gerechtfertigt, wenn die Regierung sich weigert, die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen! —

Die Verlesung dieses Plakats wurde vom Volk mit Jubel begrüßt und die Volksredner erhielten das Versprechen,

daß Jedermann sich ruhig verhalten wolle, bis von den Führern der Demokraten selbst die Aufforderung ergehe, zu den Waffen zu greifen.

Während so das Volk in gespannter Erwartung vor dem Schauspielhause stand, während fortwährend Bürgerpatrouillen durch die Straßen zogen, während Alles auf einen möglichen Kampf gerüstet war, wurde in der Versammlung lebhaft debattirt.

Die Versammlung wurde durch den Vicepräsidenten Phillips eröffnet. Auf der Ministerbank saßen die neuen Minister v. Pfuel, Eichmann, v. Bonin, Graf Dönhof, v. Ladenberg, Alles blickte auf sie, theils nur neugierig, theils in der gespanntesten Erwartung.

Der neue Ministerpräsident, Herr v. Pfuel, machte durch sein ruhiges, würdiges Benehmen, sein ehrwürdiges Aeußere, die weißen Haare, das edle, schöne Gesicht, einen angenehmen Eindruck, den er auch in der kurzen Zeit seines Ministeriums vollständig bestätigt hat. Herr v. Pfuel hat während dieser Zeit seiner Regierung selbst die demokratische Partei zu dem Zugeständniß genöthigt, daß sie in ihm einen Ehrenmann erkenne, daß er das, was er an seinem Regierungsantritt versprochen, vollständig gehalten habe.

Trotz des angenehmen Eindrucks, den, wie wir sagten, schon das erste Erscheinen des Herrn von Pfuel machte, vermochte derselbe aber natürlich dennoch sich das Vertrauen der National-Versammlung nicht zu erwerben, da die Vorgänge im Großherzogthum Posen seine Anhänglichkeit an das alte System zu deutlich bekundeten.

Herr von Pfuel eröffnete sein Ministerium mit einer abgelesenen Minister-Rede, in welcher er die Versicherung

gab, sein Ministerium werde fortschreiten auf dem Wege, den die preußische Regierung bisher eingeschlagen habe; es werde eben so wohl reactionairen Gelüsten entgegen treten, als es mit Energie alle Störungen der Freiheit, der Ruhe und Ordnung zu unterdrücken wissen werde.

Die Rede machte im Ganzen einen ziemlich günstigen Eindruck, obgleich sie etwas farblos war.

Die Versammlung hatte jetzt noch einige Ordnungsfragen zu behandeln, dann kam sie zu den Anträgen, welche das höchste Interesse des Landes in Anspruch nahmen; dies waren eine Interpellation wegen des berüchtigten Wrangelschen Armee-Befehls und eine andere, ob das Ministerium gesonnen sei, den Stein'schen Antrag vom 9. August zur Ausführung zu bringen.

Die erste Interpellation hatte ursprünglich durch einen Abgeordneten der äußersten Linken gestellt werden sollen, aber das linke Centrum, die Partei Rodbertus, von Berg, von Kirchmann, hatte gewünscht, daß Kirchmann diese Interpellation übernehme, um seine, in letzter Zeit wegen mehrerer unfreisinnigen Abstimmungen gesunkene Popularität wieder aufzufrischen; die Linke hatte sich denn auch bereit gefunden, nachzugeben, indem sie hoffte, dadurch eine bedeutende Majorität in dieser wichtigen Frage, vielleicht sogar von vornherein ein Mißtrauens-Votum gegen das unvolksthümliche neue Ministerium zu bewirken.

Vor den Interpellationen waren jedoch mehrere Geschäftsordnungs-Anträge an der Tagesordnung, und bei der Berathung und Abstimmung über dieselben zeigte sich die Perfidie der rechten Seite in ihrer vollen Glorie.

Während das Volk von Berlin vor dem Schauspiel-

hause, mit der gespanntesten Erwartung stand und auf die Entschließung der National-Versammlung in Beziehung auf das neue Ministerium harrte, eine Entschließung, welche, wie man allgemein glaubte, durch die Kirchmann'sche Interpellation hervorgebracht werden mußte, suchte die rechte Seite, in Verbindung mit dem rechten Centrum, auf jede nur irgend mögliche Weise diese Interpellation hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen.

Die ministerielle Partei wußte sehr wohl, daß bei einer allgemeinen Aufregung Zeit gewonnen, Alles gewonnen ist, denn die Aufregung eines Volkes macht bald einer eben so starken Abspannung Platz.

Als willkommenes Mittel, die gefürchtete Interpellation hinauszuschieben, dienten jetzt die früher von der rechten Seite so oft getadelten, weitläufigen und zeitraubenden namentlichen Abstimmungen. Ueber die Ordnungs-Anträge von Hartmann und Kämpf wurden im Ganzen drei namentliche Abstimmungen vorgenommen.

Endlich waren diese Abstimmungen beendet, da stellte der Abgeordnete Otto von Trier den Antrag, die Kirchmann-sche Interpellation vor allen anderen Anträgen in der heutigen Sitzung zu berathen. Otto unterstützte seinen Antrag mit einer kurzen, aber feurigen Rede, welche in der Versammlung einen furchtbaren Tumult hervorrief und dem Redner einen mehrmaligen Ordnungsruf zuzog.

„Meine Herren! Wissen Sie, was außerhalb der Mauern Berlins vor sich geht? Ich werde es Ihnen sagen. (Geräusch.) 50,000 Mann Militair, mit Geschütz ausgerüstet, mit Kartätschen und Shrapnels, cerniren Berlin. (Das ist gut! Großes Geräusch.) Wissen Sie, meine Herren, die

Sie das für gut erklären, was in Berlin vorgeht? Ich werde es Ihnen sagen.

(Der Redner spricht nach der rechten Seite gewendet.)

Meine Herren! Wissen Sie, was in Berlin vor sich geht? Es scheint: Ganz Berlin gleicht einem Krater, der von Minute zu Minute droht, sich zu entladen. Und nun, meine Herren, was beginnt die Constituante in Berlin? Sie berathet und stimmt durch namentlichen Aufruf über Sachen ab, die nur Formalitäten sind und sich von selbst verstehen. Ich erinnere Sie daran: Hannibal ante portas! (Heiterkeit und Ruf: Deutsch.) Die militairische Schreckensmacht ist im Anzuge, und nun ersuche ich Sie, unterstützen Sie den Antrag, den ich gestellt habe."

Der Otto'sche Antrag wurde angenommen und der Abgeordnete v. Kirchmann brachte nun die folgende Interpellation an den Kriegs-Minister vor:

1) Ob es gegründet, daß durch eine Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 15. d. Mts. dem General Wrangel der Oberbefehl über die Truppen in den Marken ertheilt worden, und wer diese Kabinets-Ordre contrasignirt habe?
2) Ob dem General Wrangel hierbei noch besondere Instructionen ertheilt worden?
3) Mittheilung zu machen von den Gründen, welche zu dieser außerordentlichen Maßregel Anlaß gegeben?
4) Mittheilung zu machen, ob und aus welchen Gründen um Berlin eine bedeutende Truppenmacht concentrirt worden?
5) Ob der Kriegs-Minister mit dem Inhalt des Erlasses

des General Wrangel vom 17. d. M. überall einverstanden sei?

Herr v. Pfuel beantwortete diese Interpellation sehr ruhig, kurz und entschieden, indem er sagte, der General Wrangel sei durch eine königliche, vom Minister Schreckenstein gegengezeichnete Kabinetsordre zum Oberbefehlshaber der Marken ernannt worden, weil es eine größere Einfachheit in der militairischen Organisation gebe, wenn die in einem Landstrich stehenden Truppen unter einem und demselben Befehlshaber ständen; besondere Instruktionen habe General Wrangel nicht empfangen.

Was die Stände anbeträfe, weshalb eine solche Truppenanhäufung um Berlin stattfände, so lägen dieselben einfach in der im ganzen Lande herrschenden Gährung, welche es nöthig machte, daß an einem Knotenpunkt von Eisenbahnen Truppenmassen zur schnellen Versendung concentrirt ständen. Mit dem Sinne des Wrangelschen Armeebefehls endlich sei Herr v. Pfuel einverstanden.

So einfach diese Antwort war, hätte sie doch ihre sehr schwachen Seiten, welche ein tüchtiger Redner der Linken leicht gefunden hätte; aber Herr v. Kirchmann wollte dies nicht, denn es lag nicht in der Absicht des Centrums, das neue Ministerium, so unvolksthümlich es war, von vorn herein zu stürzen. Herr v. Kirchmann monirte daher nur einzelne unbedeutende Kleinigkeiten und machte es daher Herrn von Pfuel leicht, sich vollkommen zu vertheidigen.

Damit war die Sache abgemacht, denn als der Abgeordnete Waldeck sie weiter verfolgen wollte und einen Antrag einbrachte, das hohe Staatsministerium möge den General Wrangel zur Zurücknahme des Armeebefehls vom 17. Sep-

tember anweisen, da wurde in einer abermaligen namentlichen Abstimmung beschlossen, den Antrag nicht vor der Tagesordnung zu diskutiren, so ungeheuer wichtig derselbe auch war.

Waldeck zog natürlicher Weise in Folge dieses Beschlusses seinen Antrag zurück, der durch die Hinausschiebung jeden Werth, jede Wirksamkeit verlor.

Die wichtigste Interpellation kam zum Schluß der Sitzung, es war die folgende des Abgeordneten Par.

Ich frage das hohe Ministerium, welche Stellung es in Bezug auf die nach dem Antrage der Abg. Stein und Schulze von der Nationalversammlung am 9. August und 7. September gefaßten Beschlüsse eingenommen, ob es zur Ausführung derselben bereits Schritte gethan hat, oder, wenn nicht, diese überhaupt zu thun gedenke?

Diese Interpellation war es, welche das Schicksal des Ministeriums Pfuel entscheiden sollte, auf den Ausfall derselbrn harrte das Volk von Berlin, harrte das ganze Land mit der gespanntesten Erwartung, denn sie sollte entscheiden, ob die National-Versammlung oder die Regierung in dem Streite gesiegt habe, den die Beschlüsse vom 9. August und 7. September hervorgerufen hatten.

Um diese Interpellation gar nicht mehr vorbringen zu lassen, hatte die dienstbeflissene Rechte die unzähligen zeitraubenden namentlichen Abstimmungen veranlaßt; aber dennoch hatte sie sich vergeblich bemüht.

Auch jetzt noch suchte der Abgeordnete Baumstark von Greifswald, einer der Führer der Rechten, einer der eifrigsten Anhänger für jedes Ministerium, durch einen Antrag auf Schluß der Sitzung diese Interpellation abzuschneiden, und rief dadurch eine stürmische Scene in der Versammlung her-

vor, während welcher es jedoch dem Abgeordneten Pax gelang, seine Interpellation vorzulesen und vom Minister die Antwort zu erhalten, daß derselbe erst am nächsten Montag auf die Interpellation eingehen könne, da ihm noch einige wichtige Schriftstücke zur sofortigen Beantwortung nothwendig seien.

Die Sitzung wurde hierauf um 4 Uhr Nachmittags geschlossen.

So war denn abermals die Entscheidung hinausgeschoben, das zum Kampf gerüstete Volk mußte warten, und dies war in der That die schlauste Taktik, welche das Ministerium ergreifen konnte, denn die im Volke herrschende Aufregung war zu groß, als daß sie von langer Dauer hätte sein können.

Hätte am 22. September das Ministerium die ungenügende Erklärung vom 25. gegeben, so würde wahrscheinlich die Linke sich mit derselben nicht zufrieden gestellt haben, und es würde sich ein offener Bruch zwischen der Regierung und der Versammlung schon damals gezeigt haben, und auf welche Seite das Volk getreten wäre, ist wohl keinem Zweifel unterworfen.

Auch der Sieg des Volkes von Berlin war damals unzweifelhaft, denn damals hatte die demokratische Partei noch einiges Vertrauen im Volk, sie war, wenn auch nicht stark, doch einigermaßen organisirt und auf einen Kampf vorbereitet, ebenso auch die Bürgerwehr, welche sich in den letzten Tagen hauptsächlich mit Kugelngießen und Patronenmachen beschäftigt hatte, die demokratische Partei war außerdem damals noch nicht so demoralisirt, wie sie es später durch die Anstrengungen des Herrn Held, durch den verunglückten Demokraten-Congreß und durch die unselige Wirksamkeit jener oft erwähnten kleinen excentrischen Partei geworden ist. Die

Regierung hatte damals noch nicht die Kraft, noch nicht die energische Kühnheit, welche ihr erst der Sieg der Reaction in Wien und zugleich die Erkenntniß von der Schwäche der demokratischen Partei gegeben hat.

Der Sieg wäre damals wohl ziemlich sicher auf Seiten der Demokratie gewesen; aber er wurde vereitelt durch das schlaue Zögern der Regierung, durch die Abspannung, welche der im Volk herrschenden Aufregung folgte und welche es der Linken unmöglich machte, energisch aufzutreten.

21.

Die Zwischenzeit zwischen dem 22. und 25. September wurde von beiden Parteien zur Rüstung auf einen immer noch wahrscheinlich bevorstehenden Kampf benutzt. Besonders eifrig war indessen die Reaktionspartei. Plakate derselben erschienen in Unzahl an allen Straßenecken und vorzüglich wurden die Vorfälle von Frankfurt a. M. benutzt, um die Demokratie in den Augen der Bürger zu verdächtigen.

Einen besonderen Eindruck auf die Bürger machte ein Eckenplakat, welches die Berliner Demokraten einer heimlichen Verschwörung mit der Frankfurter Linken beschuldigte und dabei mittheilte, die Berliner Demokraten hätten die Stadt in 62 Sectionen eingetheilt, um vermöge dieser Organisation bei einem bevorstehenden Kampf in jedem Augenblick die rothe Republik, diesen Schrecken jedes ruhigen Bürgers, ausrufen zu können.

Wir haben wohl kaum nöthig, auf die Unwahrheit dieses Berichtes zu verweisen. Leider fehlte der demokratischen Partei eine so feste geregelte Organisation gänzlich.

Außer ihrer Einwirkung durch Plakate, welche besonders für den ruhigen Bürger berechnet waren, suchte die Reaktion auch auf die Arbeiter zu wirken. Hierzu wurde der Graf Otto von Schlippenbach benutzt, welcher Suppen-Anstalten und Küchen für Arme begründen wollte und dies durch Anschlagezettel bekannt machte. Er hoffte, hierdurch Einwirkung auf die Arbeiter zu bekommen und suchte sogar eine Verbindung mit dem demokratischen Club herzustellen, sah sich aber in seinen Erwartungen getäuscht, denn er war zu sehr als Mitglied des Preußenvereins bekannt, als daß die Arbeiter Vertrauen zu ihm hätten fassen können.

Die Regierung hatte jetzt schon die Schwäche der demokratischen Partei kennen gelernt, indessen fürchtete sie dieselbe doch immer noch, besonders so lange sie an eine Verbindung derselben mit der Bürgerwehr glauben konnte.

Ein Kampf, in welchem die Arbeiter allein der Bürgerwehr und dem Heere gegenüber gestanden hätten, wäre sicherlich der Reaktion sehr erwünscht gewesen, andererseits aber glaubte sie unterliegen zu müssen, wenn Bürgerwehr und Arbeiter ihr vereint entgegenständen.

Beide Parteien zu trennen, war daher im gegenwärtigen Augenblick die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Regierung, sie erfüllte dieselbe, wie wir weiter unten sehen werden, vortrefflich. Einstweilen bereitete sie sich indessen energisch zum Kampf vor, indem sie die Soldaten vollständig auf einen Ausbruch am 25. gefaßt machte, unter ihnen Geld und Lebensmittel vertheilte, um das Heer in guter Laune zu erhalten, und außerdem Aexte zum Einschlagen der Hausthüren, Brandraketen, Handgranaten und andere auf den Straßenkampf berechnete Mordwaffen unter die Militairs vertheilte. Es

wurde außerdem die Einrichtung getroffen, daß jeder Compagnie Infanterie einige mit vollständigem Schanzzeug versehene Pioniere zuertheilt wurden.

Nach dieser Vorbereitung konnte die Regierung einem Kampfe schon mit ziemlicher Ruhe entgegengehen.

Aber auch das Volk von Berlin blieb nicht unthätig. Alles rüstete sich zu einem Kampfe, obwohl nicht mehr mit dem Eifer, wie vor dem 22. September, denn der langen Anspannung war schon eine gewisse Abspannung gefolgt.

Eine Fluth von Plakaten bedeckte in diesen Tagen alle Straßenecken, die Demokraten forderten mit feurigen Worten das Volk auf, sich seine Rechte nicht durch ein reactionaires Ministerium nehmen zu lassen und Herr Rimpler machte selbst darauf aufmerksam, daß in den nächsten Tagen gewaltige Ereignisse bevorstehen könnten, so sagte er in einem Plakat an die Bürgerwehr am 25. September:

Die Nationalversammlung, die Vertreterin der Volksrechte, ist dem Schutze des Berliner Volkes — also auch unserem anvertraut. Zur Unterdrückung jedes Versuches, die Hohe Versammlung mit roher Gewalt einzuschüchtern, oder zu zersprengen, komme er von welcher Seite er wolle, rechne ich auf ihren Beistand!

So kam der 25. September heran.

Wieder waren, wie am 20. September, alle das Schauspielhaus umgebenden Straßen schon vom frühen Morgen an von einer dichten Menschenmenge bedeckt, wieder standen Tausende auf dem Gensd'armenmarkt, um die Berathung der Nationalversammlung abzuwarten, wieder sprach man allgemein von einem Kampf, der entstehen würde, wenn das Ministerium der Nationalversammlung in ihren Beschlüssen vom

9. August und 7. September nicht nachgäbe; aber doch bemerkte der aufmerksame Beobachter, daß die Stimmung eine wesentlich andere war, als am 22. September, daß der Berliner Bürger, durch die lange Aufregung ermattet, einen Kampf nicht mehr wünschte, es herrschte nicht mehr die freudige Kampfeslust, wie vor einigen Tagen. Eine auffallende Erscheinung war es ferner, daß das ganze Schauspielhaus mit einer großen Anzahl Constabler (mehrere hundert Mann) dicht besetzt war.

Diese Besetzung des Schauspielhauses wurde denn auch in der Nationalversammlung selbst, welche um 10 Uhr begann, sehr übel bemerkt, Grebel machte darauf aufmerksam, daß sie einem früheren Beschluß der Versammlung, sich nur unter den Schutz der Berliner Bürgerschaft zu stellen, geradezu widerspräche, und in Folge dieser Bemerkung wurden die Constabler durch den Vicepräsidenten von Unruh veranlaßt, sich aus dem Schauspielhause zu entfernen.

Es wurde hierauf, nachdem ein Schreiben des Herrn v. Pfuel über die Ernennung des Justizministers Kisker vorgelesen war, auf Unruh's Antrag der Pax'schen Interpellation der Vorrang vor der Tagesordnung bewilligt*). Pax leitete seine Interpellation mit einer unbedeutenden Rede ein, in welcher er auf die Freude hindeutete, welche sich im ganzen Lande

*) Die Interpellation von Pax lautet, wie wir den gütigen Leser erinnern: „Welche Stellung in Bezug auf die in Veranlassung der Stein-Schulz'schen Anträge von der Nationalversammlung am 9. August und 7. September gefaßten Beschlüsse das Staatsministerium einnehme, ob es zur Ausführung dieser Beschlüsse bereits Schritte gethan oder, wenn nicht, ob es sie zu thun gedenke?"

stimmt und nichtssagend gefaßten Erlaß des Kriegsministeriums zufrieden!

Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Linke von diesem Augenblick an viel von ihrer Achtung und ihrem Einfluß bei der radikal-demokratischen Partei verlor, daß sogar der Verein für Volksrechte noch am Abend des 25. September auf den Antrag Herzfeld's den folgenden Beschluß fassen und durch Plakat an den Straßenecken bekannt machen konnte:

Der unterzeichnete Verein erklärt, daß es den Deputirten der Linken, trotz ihrer Abstimmung vom 25. September, doch ferner noch gestattet werden solle, den Verein zu besuchen und in demselben zu sprechen, nicht weil der Verein es sich zur Ehre rechnete, sondern damit die Deputirten von dem Volke lernen sollen, wie man sich energisch zu benehmen habe.

Verein für Volksrechte.

Wir wollen weder den die Linke demüthigenden Beschluß des Vereins für Volksrechte, den wir für eine unwürdige Beleidigung der eignen Partei halten, billigen, noch wollen wir die Nachgiebigkeit der Linken mißbilligen, denn oft erfordert es die Politik, daß der Schwächere aus Klugheitsgründen auch gegen seine Ueberzeugung nachgebe, und dies war bei diesem Falle sicherlich nothwendig, denn es war vorauszusehen, daß die Centren sich befriedigt erklären würden, daß daher die Majorität der Nationalversammlung gegen die Linke sein müsse.

Hätte dennoch die Linke auf ihrer Meinung bestanden, so würde dies die radikal-demokratische Partei höchst wahrscheinlich als das Signal zum Ausbruch des Kampfes betrachtet haben und sie würde sicher unterlegen sein, dem Heer

und der Bürgerwehr, welche auf Seiten der Majorität der Nationalversammlung stand, gegenüber.

Der Linken blieb daher kaum etwas Anderes übrig, als nachzugeben, da sie durch die schlaue, halbe Bereitwilligkeit des Ministeriums Pfuel in eine schiefe Lage zum Volke gebracht worden war; nur diejenigen Mitglieder der Partei, welche unvorsichtig genug gewesen waren, das Volk zum Kampf aufzureizen, während sie es nachher im Stiche ließen, trifft ein starker Vorwurf.

Durch solche Inconsequenzen ihrer Hauptführer hat die Linke selbst ihren Einfluß beim Volke untergraben, und nur dadurch hat sie es möglich gemacht, daß die Contrerevolution des November gelingen konnte.

Außer der Interpellation von Pax kam noch eine andere von Brill in der Sitzung vom 25. September vor wegen eines Armeebefehls, welchen der General Graf Brandenburg in Breslau erlassen hatte, und welcher den berüchtigten Wrangel'schen an Unverschämtheit noch übertraf. Es hieß in diesem Armeebefehl z. B.:

Das Militair schreitet unmittelbar ein, wenn die Polizei-Behörde oder die Bürgerwehr gar keinen oder ungenügenden Schutz gewährt und die Bedrohung der ad 2*) gedachten Punkte und Personen in grobe Insulte und Thätlichkeiten ausartet.

Als kommandirender General in der Provinz liegt mir

*) Es rückt auf Anordnung der Militair-Behörde unmittelbar aus, sobald Militairwachen, sowie der Bewachung des Militairs anvertraute Gebäude oder Militairpersonen bedroht werden, und stellt sich zu deren Schutz auf, wenn es erforderlich werden sollte.

aber auch in Vereinbarung mit dem Königlichen Oberpräsidium die Pflicht ob, **im äußersten Falle selbst unter alleiniger Verantwortlichkeit die Ruhe und Ordnung überall unter Anwendung der gesetzlichen Mittel herzustellen.**

Dieser Armee-Befehl war eine fast noch rücksichtslosere Verhöhnung der früheren königlichen Versprechungen, daß das Militair nur auf Requisition der städtischen Behörden und der Bürgerwehr einschreiten sollte, als der Wrangel'sche Befehl selbst. Er sollte nur durch ein Plakat des Herrn Ministers Eichmann späterhin, einige Tage vor der Contre-Revolution, übertroffen werden. Der Abgeordnete Brill hatte deshalb wohl genügende Veranlassung zu einer Interpellation; aber die Antwort des Minister-Präsidenten auf diese Interpellation war, daß er für den Augenblick nicht antworten könne, weil er noch nicht genau genug unterrichtet sei, er werde indessen in der ersten Sitzung der folgenden Woche Antwort ertheilen.

Es leuchtet aus dieser Antwort des Herrn von Pfuel das merkwürdige Factum hervor, daß ein preußischer General einen durch und durch reactionairen Armee-Befehl erlassen durfte, ohne das Kriegsministerium davon irgend zu benachrichtigen.

Wie wenig aufrichtig aber die Krone beabsichtigte, die in dem Pfuel'schen Minister-Programm und in der Antwort auf die Pax'sche Interpellation gegebenen Versprechungen zu halten, zeigt sich am besten dadurch, daß derselbe Graf Brandenburg, welcher einen solchen Armee-Befehl, wie den mitgetheilten, erlassen konnte, jetzt Minister-Präsident ist. — Doch haben wir überhaupt wohl nöthig, nachzuweisen, daß

die Regierung ihre Versprechungen nicht aufrichtig meinte, daß sie nur ein freventliches Spiel trieb mit dem Volke! Die Thatsachen: der im tiefsten Frieden verhängte Belagerungs-Zustand Berlins, die Auflösung der National-Versammlung, die octroyirte Verfassung, die Verhaftung des Deputirten Temme, kurz, alle jene wunderbaren, kaum glaublichen Thatsachen, welche wir sehr bald zu erzählen haben werden, sprechen ja laut genug, sie haben ja selbst dem Blinden die Augen geöffnet! —

Die National-Versammlung war noch nicht beendet, als schon das vor dem Schauspielhause versammelte Volk von dem Erfolge der Pax'schen und Brill'schen Interpellationen benachrichtigt wurde.

Als das Volk hörte, daß selbst Stein und Schulz (Wanzleben) sich zufrieden erklärt hätten, da glaubte es auch nichts weiter thun zu können; aber doch war die Stimmung eine sehr zweifelhafte.

Die ruhigen Bürger, welche stets mit der Majorität der National-Versammlung gingen, waren entschieden durch die Antwort des Minister-Präsidenten, welche als Plakat an allen Ecken angeschlagen wurde, vollständig befriedigt; die Arbeiter aber waren mißvergnügt. Wie am 22sten hatten sie auch am 25sten ihre Arbeit in der sichern Voraussetzung eines bevorstehenden Kampfes verlassen und waren nach der Stadt geeilt, jetzt sollten sie unverrichteter Sache wieder abziehen.

Sie rotteten sich zusammen, der Vater Karbe, der bekannte und bei den Arbeitern beliebte Volksredner, hielt eine Rede an sie, er brachte sie von dem Gedanken ab, bei der

National-Versammlung einen Unfug zu begehen; die Menge brachte ihm dafür ein jubelndes Lebehoch.

Schon schien es, als würden die Volksmassen friedlich auseinandergehen, da wurde plötzlich der Ruf: „Wir wollen die politischen Gefangenen befreien!“ unter der Menge laut, und fachte den nur noch glimmenden Funken wieder zur hellen Flamme an.

Da half kein Zureden einzelner Vernünftiger mehr, welche dem Volke die Thorheit dieses unseligen Unternehmens vorstellten, die Menge sammelte sich, und der Ruf: „Nach der Stadtvoigtei, die politischen Gefangenen befreien!“ wurde immer lauter und dringender, besonders zeichneten sich einige Arbeiter mit feuerrothen Mützen, welche am Vormittage auf einem Wagen in die Stadt gefahren waren, durch lautes Schreien aus.

Vater Karbe wurde jetzt auf einen Wagen gesetzt und im Triumph zog ihn das Volk mit sich fort, es brachte ihm dieselbe knechtische Huldigung dar, welche am 7. September Stein und andere Deputirte erhalten hatten, eine gerechte, wenn auch vom Volke unbewußt ausgeübte Demüthigung der Männer, welche in ihrer Popularität schon unerschütterlich fest zu stehen glaubten.

Vom Schauspielhaus fort zog jetzt der wilde Haufen nach dem Molkenmarkt, um dort die in der Stadtvoigtei sitzenden politischen Gefangenen zu befreien. Wohl einige Tausend Menschen, fast nur Arbeiter, und unter diesen zum Theil Betrunkene, hatten sich auf dem Molkenmarkt versammelt und forderten unter wüstem, wildem Geschrei die Befreiung der Gefangenen. In jedem Augenblick schien der Haufen bereit zu sein, die Stadtvoigtei zu stürmen.

Die Führer des Clubs befanden sich gerade in einer Berathung über die in Folge des Pfuel'schen Erlasses zu thuenden Schritte, als sie von dem Zuge des Volkes nach der Stadtvoigtei benachrichtigt wurden. Augenblicklich schickten sie einige Leute, unter diesen Braß, Benary und Streckfuß, aus ihrer Mitte fort, um durch ihren Einfluß das Volk von unbesonnenen Streichen zurückzuhalten.

Nur mit Mühe gelang es diesen Männern, durch die dichten Volksmassen zu dringen, und sie hörten auf ihrem Wege manche harte Worte gegen die Volksführer und Clubredner, welche fortwährend das Volk aufgehetzt hätten, es aber im Stiche ließen, wenn es zum Handeln käme. Endlich gelang es ihnen, durchzudringen, Braß stellte sich auf die steinerne Treppe und sprach von dort aus zum Volke; es gelang ihm auch, wie den übrigen, welche sich unter die Menge einzeln vertheilt hatten, die Aufregung einigermaßen zu besänftigen. Auch der sogenannte Linden-Müller sprach an jenem Abend in seiner gewöhnlichen populairen Weise sehr wirksam zur Ruhe.

Mittlerweile war auch die Bürgerwehr herangerückt und bemühte sich, durch freundliche, vernünftige Worte das Volk zu zerstreuen, überhaupt benahm sich an jenem Abende die Bürgerwehr vortrefflich, sie rückte langsam, ohne Anwendung ihrer Waffen, vor, und diesem humanen Benehmen, so wie den unablässigen Bemühungen der verschiedenen Volksmänner, ist es lediglich zu danken, daß schon gegen 10 Uhr die Volksmenge sich zerstreute, ohne daß ein unglückliches Blutvergießen zu beklagen gewesen wäre.

Man hat auch diesen Krawall, wie so manchen andern vorher und später, der demokratischen Partei in die Schuhe

zu schieben gesucht, um sie bei den ruhigen Bürgern zu verketzern und verhaßt zu machen; aber wahrlich sehr mit Unrecht: Die demokratische Partei hat im Gegentheil Alles gethan, was nur irgend in ihren Kräften stand, um den Unfug zu beenden und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Wer die eigentlichen Urheber dieses Scandals waren, von welcher Partei derselbe ausging, von wem die leicht erregbaren Arbeiter an jenem Abende gemißbraucht wurden, darauf wirft das folgende interessante Faktum ein helles Licht.

Schon vor dem Schauspielhause und später auf dem Molkenmarkte hatte man unter den Arbeiterhaufen sich mehrere Leute herumtreiben sehen, welche man früher nicht unter dem Volke bemerkt hatte, deren vornehmes Aeußere bei Vielen Verdacht erregte.

Diese Männer hatten sich fortwährend bemüht, das Volk aufzuhetzen und dadurch zum Theil die Anstrengungen der Volksmänner zur Wiederherstellung der Ruhe vereitelt. Vergeblich hatten mehrere verständige Arbeiter den Auftrag erhalten, einen dieser vornehmen Ruhestörer fest zu nehmen, um ihn zur gerichtlichen Bestrafung zu bringen; dies wollte immer nicht gelingen. Erst am Abend wurde einer dieser Herren verhaftet, als er eben an der Ecke der Königs- und Post-Straße das Volk zum energischen Widerstande gegen die Bürgerwehr und zum Barrikadenbau aufforderte.

In dem Verhafteten erkannte man den Grafen Breßler, ein bekanntes Mitglied des Preußen-Vereins, einen der Hauptagitatoren der aristokratischen Partei, welcher, in eine Arbeitsblouse gehüllt, sich das Aussehen eines Volksmannes hatte geben wollen.

Dies wirft ein helles Licht auf die Pläne jener Partei, welche es gern gesehen hätte, wenn an jenem Abend Berlin der Schauplatz eines von den Arbeitern ausgehenden Kampfes geworden wäre, wenn dadurch das Ministerium Pfuel einen scheinbar gerechten Grund gehabt hätte, die rings um Berlin zusammengezogenen Truppen in die Stadt rücken zu lassen und die wohl organisirte Contre-Revolution zu beginnen.

Dies gelang indessen nicht, der Kampf blieb aus und das Ministerium Pfuel dachte zu ehrenwerth, um in eine im tiefsten Frieden befindliche Stadt, den Königlichen Versprechungen entgegen, eine Armee zu führen und die Residenz ohne Grund in Belagerungs-Zustand zu erklären. Dergleichen Staatsstreiche blieben einem späteren, weniger gewissenhaften Ministerium vorbehalten.

22.

Die nächsten Wochen vergingen für Berlin ohne eigentlich politisch-wichtige Ereignisse; aber dennoch herrschte in der Residenz eine fortwährende Gährung, man fühlte allgemein, daß schwere Gewitter am politischen Horizont ständen, deren Entladung man in nächster Zeit entgegensehen könne.

In dieser Zeit wäre es gewiß die Aufgabe der demokratischen Partei gewesen, sich zu kräftigen und zu einigen, damit sie den sie bedrohenden Stürmen ruhig entgegengehen könne; die Reaction ging ihr ja mit gutem Beispiel voran, denn immer enger verbrüderten sich die Preußen- und patriotischen Vereine im ganzen Lande, immer offener traten sie im Gefühle ihrer wachsenden Macht mit ihren Ansichten ans Tageslicht und suchten Propaganda zu machen.

Die Demokraten hatten zu einer festen Organisation in Berlin einen trefflichen Boden, denn die Residenz hatte sich im Laufe des Sommers vollständig demokratisirt, in allen Klassen der Bevölkerung hatten die demokratischen Ideen feste Wurzel gefaßt, und selbst die Bürgerwehr war überwiegend demokratisch; aber freilich stimmte sie nicht mit den extremen demokratischen Schreiern überein, welche die Clubs zum Tummelplatz ihres Talentes gemacht hatten.

Hatten die Clubs in den ersten Monaten für die Ausbreitung der Demokratie segensreich gewirkt, so wurden sie jetzt sehr nachtheilig, weil sie nach und nach zu Pflanzschulen der extremen Demokratie wurden, während die ruhigen und vernünftigen Leute sich mehr und mehr aus ihnen zurückzogen. Es nahm eine unerträgliche Schreierei, eine immer größere Demoralisation, hervorgebracht durch innere Streitigkeiten. immer mehr in den Clubs überhand, und machte dieselben für die Folge vollkommen unfähig, eine Rolle von irgend einer Bedeutung in der politischen Entwickelung des Volkes zu spielen.

Einen großen Theil der Schuld an der Demoralisation der Clubs trug wieder Herr Held, der seinem früheren Vorsatz, sich von der politischen Schaubühne zurückzuziehen, vollkommen untreu, plötzlich auf die Idee kam, sich in allen demokratischen Clubs als Mitglied aufnehmen zu lassen.

Die Führer der Clubs, welche zur Besprechung gemeinschaftlicher Angelegenheiten sich wöchentlich einmal versammelten, beriethen, was mit Herrn Held zu thun sei. Einige wollten die Frage überhaupt fallen lassen, weil Held eine zu unbedeutende Person sei, als daß man sich in so schwer wichtiger Zeit überhaupt mit ihr beschäftigen dürfe, Andere aber

hoben sehr richtig hervor, daß, wie geistig unbedeutend Held auch sein möge, er doch Bedeutung durch den ihm anhängenden Pöbelhaufen gewinne, der die Clubs dominiren werde, wenn man Held aufnähme.

Die Führer der Clubs kamen deshalb zu dem Entschluß, Held zurückzuweisen.

Dies geschah denn auch im Verein für Volksrechte und im Volksclub. Es wurden geschlossene Sitzungen nur für Mitglieder angesagt, in denen über Helds Aufnahme oder Nichtaufnahme abgestimmt werden sollte; aber Held wußte mit Gewalt die Thüren des Sitzungslokales zu sprengen und mit einem Pöbelhaufen von einigen Hundert Mann in den Saal einzudringen.

Er hoffte dadurch seine Aufnahme zu erzwingen; aber die Comitee's blieben fest, sie erklärten, lieber selbst aus den Clubs austreten, als in die Aufnahme Helds willigen zu wollen. Die Abstimmung von Nur-Mitgliedern wurde demnach durch Abgabe der Mitglieder-Karte bewirkt und Held fiel mit einer ganz eclatanten Majorität durch.

Hatte nun auch Held durch seine Eindringlichkeit, durch die gegen ihn gehaltenen Reden der vorzüglichsten Volksredner, durch seine Eitelkeit sich selbst zum ausschließlichen Gegenstand der Debatten während einer so wichtigen Zeit zu machen und endlich durch seine Ausschließung aus den bedeutendsten Clubs den Rest seines Rufes verloren, so hatte er doch auch andererseits den augenscheinlichen Zweck seines Eindringens erreicht, die Clubs hatten sich vierzehn Tage von allen politischen Debatten fast ganz fern halten müssen, sie hatten sich in Parteien für und gegen Held gespalten, welche sich gegenseitig anfeindeten, die Führer der

Clubs hatten das Vertrauen eines großen Theils des Volks verloren und konnten im entscheidenden Augenblick auf die Hülfe des Volks nicht mehr rechnen, sie hatten außerdem die Gelegenheit, die günstige Zeit verloren, um Rüstungen zu treffen gegen die immer kühner, immer deutlicher mit contrerevolutionairen Plänen hervortretende Reaction. Die demokratische Partei war desorganisirt nnd in sich selbst geschwächt, während die Reaction mächtig und einig ihr gegenüber stand. Bei einem etwa ausbrechenden Kampfe konnte daher jetzt der Sieg nicht mehr zweifelhaft erscheinen, so sehr in numerischer Stärke die demokratische Partei auch der reactionairen überlegen war. Held war besiegt worden, aber in jener Niederlage lag sein Sieg.

Während so die Clubs sich herumstritten und täglich machtloser aurden, bot auch die National-Versammlung ein eben so unerfreuliches Bild des innern Zwiespalts dar.

Während aller Verhandlungen zeigte es sich mit jedem Tage mit jeder Debatte deutlicher, daß die Parteien in der Versammlung schroffer und erbitterter sich gegenübertraten. Es gab fast keine Debatte, in der nicht gehässige Persönlichkeiten vorkamen, welche der Würde der Verhandlungen nothwendig schaden mußten; besonders ergossen sich die Redner der Linken in fortwährenden wüthenden Angriffen gegen das nicht volksthümliche Ministerium Pfuel, welche nothwendig auf Seiten der Rechten die äußerste Erbitterung hervorrufen mußten. Das Ministerium selbst, besonders der Minister-Präsident, nahm, wir müssen dies zugestehen, diese Angriffe mit einer so ruhigen Würde auf, wie dies nur irgend möglich war.

Trotz disere unerquickli chen Streitigkeiten faßte jedoch die

National-Versammlung in der ersten Hälfte des Oktober über eine Reihe höchst wichtiger Gesetze Beschlüsse. Die Vorarbeiten zu den meisten organischen Gesetzen waren gemacht, und die Versammlung konnte daher jetzt rüstig auf den eigentlichen Zweck ihres Zusammenseins, nämlich das Verfassungswerk in seinem ganzen Umfang mit allen dazu gehörigen Gesetzen zu vollenden, losgehen.

Dies geschah denn auch. Rüstig, mit unermüdlichem Fleiß, arbeitete die Versammlung jetzt vorwärts. Täglich wurden Sitzungen gehalten, und die Berathung der Aufhebung der bäuerlichen Lasten und des Jagdrechts, so wie das Bürgerwehr-Gesetz, beschäftigten die Versammlung in den nächsten Wochen vollkommen.

So wurde auf den Antrag des Abgeordneten Hanow ein Gesetz-Entwurf berathen und am 4. October in der 64sten Sitzung angenommen, welcher die Sistirung aller Verhandlungen und Prozesse über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse auf den Antrag eines Theilnehmers oder bei einer großen Anzahl bestimmter Lasten von Amtswegen aussprach.

Ein anderes, in seinen Folgen höchst wichtiges Gesetz, welches von der Versammlung schon seit längerer Zeit berathen worden war, welches aber erst jetzt zum Beschluß kam, war das Bürgerwehr-Gesetz.

Es war von der Regierung der National-Versammlung der Entwurf eines Bürgerwehr-Gesetzes vorgelegt worden, welcher in der ganzen preußischen Bürgerwehr allgemeine Entrüstung erregt hatte, denn die Bürgerwehr wurde durch dies Gesetz zu einem untergeordneten Polizei-Institut herabgewürdigt, der Bürgerwehr wurden neue Pflichten, aber keine

Rechte gegeben; schon hatte die Central-Abtheilung einige Milderungen eintreten lassen, aber auch diese befriedigten noch keineswegs.

Dieser Gesetz-Entwurf erregte, als er bekannt wurde, ein allgemeines Mißvergnügen, denn er genügte keineswegs den Ansprüchen, welche das Volk an eine allgemeine Volks-Bewaffnung machte. Man hegte indessen noch die Hoffnung, die National-Versammlung werde die vielen drückenden Bestimmungen, über welche von allen Seiten der Monarchie her Klagen einliefen, ändern; aber auch diese Hoffnung wurde bitter getäuscht.

Die Centren, welche in der Versammlung immer den Ausschlag gaben, neigten sich bei der Berathung mehr und mehr der Rechten zu, so stand dann die Linke mit ihren volksthümlichen Vorschlägen und Anträgen allein, ohne etwas bewirken zu können. Ein illiberaler Paragraph nach dem anderen wurde trotz des Sträubens der Linken berathen und mit unwesentlichen Abänderungen angenommen.

Vergeblich kamen von allen Seiten Adressen an die National-Versammlung, vergeblich schickten die Clubs und die Bürgerwehr- und Bezirks-Vereine Deputationen an alle Fractionen der National-Versammlung, um den Volks-Vertretern die Entrüstung der ganzen Nation über dies Gesetz auszusprechen und sie aufmerksam zu machen auf die üblen Folgen, welche aus demselben erwachsen müßten; die Männer der Centren zuckten die Achseln und versicherten, sie könnten nichts thun, als nach ihrer Ueberzeugung stimmen. Selbst eine Deputation, welche zu demselben Zweck von Breslau nach Berlin geschickt worden war, hatte keinen anderen Erfolg.

Am 4. Oktober wurde die Berathung des Gesetzes in der National-Versammlung geschlossen, das linke Centrum wollte Rücksicht auf die Mißstimmung des Volkes gegen das Gesetz nehmen und der Abgeordnete v. Berg stellte deshalb das Amendement: „Gegenwärtiges Gesetz hat Geltung bis zur Emanirung eines organischen Gesetzes über die gesammte Volkswehr“, der Abgeordnete Mann stellte das Zusatz-Amendement: „und gilt dies Gesetz überhaupt nur als ein provisorisches“; aber vergeblich traten die Redner der Linken für dies Amendement auf.

Auch Schulz (Wanzleben) stellte ein Amendement: „Die Ausführung dieses Gesetzes bleibt suspendirt, bis die neue Communal-Ordnung beschlossen sein wird.“

„Das ist ein Hohn auf die Versammlung!“ rief Parrisius.

„Das Bürgerwehr-Gesetz ist ein Hohn auf die März-Verheißungen!“ entgegnete Schulz (Wanzleben).

Das Schulz'sche Amendement fiel durch, eben so das Berg'sche und Mann'sche, wenn auch nur mit einer Minorität von vier Stimmen, und so wurde denn das Bürgerwehr-Gesetz am 4. Oktober angenommen, vorbehaltlich der Abstimmung über das ganze Gesetz.

Es stand nach diesem Gesetz dem König zu, die Bürgerwehr nach Gutdünken für sechs Monate aufzulösen, sogar der Verwaltungs-Chef des Regierungs-Bezirks konnte es auf vier Wochen, wenn die Bürgerwehr sich weigerte, der Requisition einer Behörde Folge zu leisten. die Bürgerwehr stand in keiner Weise selbstständig da, sondern unter dem Ministerium des Innern. Sie leistete ihren Eid nicht nur auf die Verfassung, sondern auch dem König, und kam da-

durch bei einer Verfassungs-Verletzung von Seiten des Königs in einen traurigen Konflikt mit sich selbst.

Auch die Wahl der Führer war nicht vollkommen frei, denn die Bürgerwehr hatte nur das Recht, für die Stelle des Obersten drei Kandidaten zu ernennen, aus denen der König den ihm gefälligen Oberst erwählte.

Für Dienstversehen waren harte Strafen verhängt, welche durch Bürgerwehr-Gerichte bestimmt wurden, man hatte bei denselben, um auch bei der Bürgerwehr wie im Heere einen exclusiven Offizierstand eintreten zu lassen, Ausnahmsgerichte für die Offiziere geschaffen, und den Letzteren sogar das Recht gegeben, willkürlich ihre Untergebenen im Falle der Widersetzlichkeit 24 Stunden in Arrest bringen zu lassen.

Von der National-Versammlung war kaum zu erwarten, daß sie bei der Abstimmung im Ganzen das unvolksthümliche Bürgerwehr-Gesetz verwerfen werde; da nahm sich denn der Berliner Volkswitz der Sache mit einer komischen Demonstration an, welche so harmlos als möglich war, aber dennoch eine furchtbare Wuth unter den Reactionairen und eine Fluth von Schmähungen auf die Demokratie hervorgerufen hat.

Am Nachmittage des 5. Oktober nämlich zog vom Alexanderplatz ein fröhlicher Zug fort, begleitet von Tausenden lachenden und scherzenden Menschen.

Den Kern des Zuges bildete ein gutmüthiger Esel, an dessen Schwanz ein großes pappenes Schild mit der Inschrift: „Bürgerwehr-Gesetz vom 4. Oktober 1848", befestigt war, das Gesetz selbst trug das edle Thier zwischen den Ohren und sein Hals war mit einem düsteren Trauerflor umgürtet.

Zu Seiten des Esels schritten mit ernsten, gravitätischen Schritten zwei Arbeiter einher, welche Marschallsstäbe trugen.

Die Stäbe waren ebenfalls mit Trauerflor umwickelt und an der Spitze flatterten zwei Bänder von den preußischen Farben. Voran ging ein Fahnenträger mit der preußischen Fahne und ganz an der Spitze ein Herold, welcher eine Standarte mit der Inschrift: „Bürgerwehr-Gesetz vom 4. Oktober 1848", trug.

Der Zug bewegte sich, geführt durch den bekannten Linden-Müller, durch die Königsstraße über den Dönhofsplatz und die Leipzigerstraße, mit einem kleinen Umweg nach dem Gensd'armenmarkt, überall, wo er erschien, von dem lauten Jubel und Gelächter des Volkes empfangen. Tausende schlossen sich ihm auf dem langen Wege an, um das Ende des fröhlichen Scherzes zu erfahren, der aber zum bitteren Ernst zu werden drohte, denn plötzlich erschallten überall in der ganzen Stadt die Allarmhörner der Bürgerwehr.

Der Zug ließ sich dadurch nicht stören, unter lautem, fröhlichem Gelächter ging es munter vorwärts. Auf dem Gensd'armenmarkte, vor dem Schauspielhause, wurde Halt gemacht, der Esel von dem Bürgerwehr-Gesetz befreit und dieses auf offenem Markt verbrannt, gerade vor den Thüren des Hauses, in welchem es berathen und beschlossen worden war.

Ein allgemeiner Jubel tönte der komischen Feierlichkeit zu, der zum stürmischen Freudenruf wurde, als auch die preußischen Bänder der Marschallsstäbe in Flammen aufgingen.

Einige jener allezeit fertigen Redner der Straßen-Demokratie traten auf, um zu dem Volk zu sprechen. Der als Präsident des demokratischen Bürgerwehr-Vereins bekannte Schauspieler Meyer hielt dem Bürgerwehr-Gesetz eine passende Leichenrede.

„Im Namen des Absolutismus und der Reaction,"
sagte er ungefähr, „ist das Gesetz geboren, im Namen
Freiheit und der Volkssouverainetät ist es gestorben. St
wir sonst am Grabe unserer Lieben, dann ist es einzig
Hoffnung auf ein Wiedersehen, welche uns tröstet, heut
rufen wir froh aus: auf Nimmerwiedersehen! und
halb ist dies Leichenbegängniß ein so fröhliches!" —

Auch der bekannte Vater Karbe sprach zum Volk
beide Redner ernteten reichlichen Beifall.

Es konnte nicht fehlen, daß sich, durch den Zug und
Feierlichkeit angelockt, bald viele Tausende von Menschen
dem Gensd'armenmarkt versammelt hatten, aber trotz der
ßen Menschenmasse kam kein Exceß vor. Allerdings w
auch heut wieder der gewöhnliche Ruf: „Laßt uns die
tischen Gefangenen befreien!" unter dem Volke laut; ab
verhallte, ohne Eindruck zu machen, denn das Volk wa
einer viel zu jovialen Stimmung, um zu einer ernsten S
aufgelegt zu sein.

Die Allarmhörner waren mittlerweile fast in allen S
ßen ertönt, die Bürgerwehr kam zusammen und eine Ab
lung rückte nach dem Gensd'armenmarkte vor, um ihr
säubern; als aber die Bürgerwehrmänner hörten, um
es sich eigentlich handelte, da weigerten sie sich, gegen
waffenlose und harmlos vergnügte Volk einzuschreiten,
hätten lieber selbst Theil genommen an dem unschul
Scherze, welcher ein ihnen verhaßtes Gesetz persiflirte.
kam es denn, daß, obgleich bis zum späten Abend viele T
send Menschen auf dem Gensd'armenmarkt versammelt bli
keine blutigen Conflicte stattfanden, daß das Volk in R
und Frieden sich verlief.

Diese Demonstration, eine Volks-Versammlung, welche, vom Bürgerwehr-Club ausgehend, am 8. Oktober unter den Zelten stattfand, so wie unzählige Adressen und Deputationen an die National-Versammlung, hatten denn doch einige Einwirkung auf dieselbe. In der Sitzung vom 11. Oktober stellten die Abgeordneten v. Kirchmann, Kämpf und Wachsmuth einen Antrag, welcher einige Paragraphen des Gesetzes etwas erleichterte, so sollte z. B. der Schwur einstweilen ausgesetzt werden.

Dieser Antrag wurde dann auch von der National-Versammlung angenommen, indem dieselbe hoffte, dadurch das Volk wenigstens einigermaßen mit dem verhaßten Gesetz zu versöhnen.

Den 13. Oktober wurde das Bürgerwehr-Gesetz endlich von der National-Versammlung mit einer Majorität von 233 gegen 116 Stimmen angenommen, indem fast nur die äußerste Linke gegen dasselbe stimmte.

So war denn dies unvolksthümliche Gesetz angenommen und die National-Versammlung hatte dadurch sich wiederum das Vertrauen eines großen Theils des Preußischen Volks verscherzt, ein Vertrauen, welches sie sich auch durch ihre späteren Abstimmungen nicht wieder gewinnen konnte.

Einen volksthümlicheren Weg nahm die National-Versammlung bei den Debatten über die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts.

Das Jagdrecht war eine der drückendsten Lasten für den armen Landmann. Der reiche Gutsbesitzer hatte das Recht, auf den Feldern des Bauern zu jagen, ihm die Saaten mit Pferden und Hunden zu zerstampfen, während es dem Landmann nicht einmal erlaubt war, das Wild, welches ihm in

„Im Namen des Absolutismus und der Reaction," so sagte er ungefähr, „ist das Gesetz geboren, im Namen der Freiheit und der Volkssouverainetät ist es gestorben. Stehen wir sonst am Grabe unserer Lieben, dann ist es einzig die Hoffnung auf ein Wiedersehen, welche uns tröstet, heut aber rufen wir froh aus: auf Nimmerwiedersehen! und deshalb ist dies Leichenbegängniß ein so fröhliches!" —

Auch der bekannte Vater Karbe sprach zum Volk und beide Redner ernteten reichlichen Beifall.

Es konnte nicht fehlen, daß sich, durch den Zug und die Feierlichkeit angelockt, bald viele Tausende von Menschen auf dem Gensd'armenmarkt versammelt hatten, aber trotz der großen Menschenmasse kam kein Exceß vor. Allerdings wurde auch heut wieder der gewöhnliche Ruf: „Laßt uns die politischen Gefangenen befreien!" unter dem Volke laut; aber er verhallte, ohne Eindruck zu machen, denn das Volk war in einer viel zu jovialen Stimmung, um zu einer ernsten That aufgelegt zu sein.

Die Allarmhörner waren mittlerweile fast in allen Straßen ertönt, die Bürgerwehr kam zusammen und eine Abtheilung rückte nach dem Gensd'armenmarkte vor, um ihn zu säubern; als aber die Bürgerwehrmänner hörten, um was es sich eigentlich handelte, da weigerten sie sich, gegen das waffenlose und harmlos vergnügte Volk einzuschreiten, sie hätten lieber selbst Theil genommen an dem unschuldigen Scherze, welcher ein ihnen verhaßtes Gesetz persiflirte. So kam es denn, daß, obgleich bis zum späten Abend viele Tausend Menschen auf dem Gensd'armenmarkt versammelt blieben, keine blutigen Conflicte stattfanden, daß das Volk in Ruhe und Frieden sich verlief.

Diese Demonstration, eine Volks-Versammlung, welche, vom Bürgerwehr-Club ausgehend, am 8. Oktober unter den Zelten stattfand, so wie unzählige Adressen und Deputationen an die National-Versammlung, hatten denn doch einige Einwirkung auf dieselbe. In der Sitzung vom 11. Oktober stellten die Abgeordneten v. Kirchmann, Kämpf und Wachsmuth einen Antrag, welcher einige Paragraphen des Gesetzes etwas erleichterte, so sollte z. B. der Schwur einstweilen ausgesetzt werden.

Dieser Antrag wurde dann auch von der National-Versammlung angenommen, indem dieselbe hoffte, dadurch das Volk wenigstens einigermaßen mit dem verhaßten Gesetz zu versöhnen.

Den 13. Oktober wurde das Bürgerwehr-Gesetz endlich von der National-Versammlung mit einer Majorität von 233 gegen 116 Stimmen angenommen, indem fast nur die äußerste Linke gegen dasselbe stimmte.

So war denn dies unvolksthümliche Gesetz angenommen und die National-Versammlung hatte dadurch sich wiederum das Vertrauen eines großen Theils des Preußischen Volks verscherzt, ein Vertrauen, welches sie sich auch durch ihre späteren Abstimmungen nicht wieder gewinnen konnte.

Einen volksthümlicheren Weg nahm die National-Versammlung bei den Debatten über die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts.

Das Jagdrecht war eine der drückendsten Lasten für den armen Landmann. Der reiche Gutsbesitzer hatte das Recht, auf den Feldern des Bauern zu jagen, ihm die Saaten mit Pferden und Hunden zu zerstampfen, während es dem Landmann nicht einmal erlaubt war, das Wild, welches ihm in

seinen Feldern oft einen bedeutenden Schaden anrichtete, zu tödten. Er mußte sich ruhig die Verwüstung seiner Saaten gefallen lassen, denn wenn ihm auch das Recht blieb, bei Wildschaden auf dem gerichtlichen Wege auf Schadenersatz zu klagen, so wurde ihm doch nur selten oder nie Gerechtigkeit, denn der Wildschaden war schwer zu taxiren und bei jedem einzelnen Falle zuu nbedeutend, als daß eine Entschädigung hätte erkannt werden können, während er durch seine häufige Wiederholung allerdings eine hohe Bedeutung gewann.

Dies drückende Jagdrecht, so wie auch viele andere, den Bauern schwer belastende, seine Grundstücke entwerthende und den kleinen bäuerlichen Ackerbau niederdrückende Gerechtsame der Gutsbesitzer hob die National-Versammlung (selbst viele Mitglieder der Rechten, z. B. Bornemann, stimmten mit der Linken), unentgeltlich auf, und stellte sich dadurch seit dem Stein'schen Antrage zum ersten Male wieder auf den Boden der Revolution; aber leider zu spät, denn schon hatte sie das Vertrauen des Volkes, wie das der Regierung verloren, schon sich durch ihr früheres Schwanken das eigene Grab gegraben, schon waren der Reaktion die Flügel mächtig gewachsen, schon standen unter Wrangel die Armeen vor den Thoren Berlins, welche bereit waren, den Staatsstreich des 9. November auszuführen. — Zu spät begann die National-Versammlung einzusehen, daß sie in der That eine Volks-Vertretung sein solle.

23.

So ruhig verhältnißmäßig die erste Hälfte des Oktober für die Residenz verging, so unruhig war die zweite, in

welcher wesentlich die Contre-Revolution des November sich vorbereitete.

Das Berliner Volk fühlte ganz allgemein, daß in kurzer Zeit eine Entscheidung der spannenden Verhältnisse erfolgen müsse, daß wahrscheinlich blutige Auftritte nahe bevorständen. Die Parteien standen sich schon so schroff gegenüber, daß ein Conflikt bald vorkommen mußte, denn an eine Einigung derselben war bei der offen ausgesprochenen Feindschaft gar nicht zu denken, auch wurde dieselbe weder von Seiten der Reaction, welche die ihr anhängende Soldateska zum glühendsten Haß gegen die Demokratie anfeuerte, noch von der Demokratie, welche sich in immer maßloseren Angriffen und Anfeindungen gegen die Reaction ergoß, ernstlich gewollt.

In der Mitte dieser beiden sich wüthend angreifenden, sich gegenseitig verleumdenden und verkleinernden Parteien stand als ein schwankendes Centrum die eigentliche Berliner Bürgerschaft, welche ihren Ausdruck und ihre Kraft in der Bürgerwehr fand.

Die Bürgerschaft neigte sich, wie wir bereits im vorigen Kapitel gesagt haben, mehr und mehr der Demokratie zu, aber sie wurde von dieser wieder und immer wieder zurückgestoßen durch die exaltirten, jedes Maß überschreitenden Reden und Thaten der kleinen socialistischen und communistischen Partei, welche sich vorzüglich auf die Arbeiter stützte, mit diesen coquettirte, die Bürgerschaft aber mit eben so maßloser Wuth angriff, als selbst die Reaction. Die Führer dieser Partei waren es, welche fast ausschließlich die Clubs zum Schauplatz ihrer Thätigkeit gemacht hatten, und durch ihr unsinniges, ungestümes, aller Vernunft widersprechendes Auf-

treten dieselben und mit ihnen die Demokratie bei den Bürgern gefürchtet gemacht hatten.

Bei allen entscheidenden Fragen neigte sich aber trotz der großen politischen Fehler dieser kleinen exaltirten Partei, welche hauptsächlich im Comitee des demokratischen Clubs ihren Ausdruck fand, die Bürgerschaft mehr und mehr der Demokratie zu, und es war daher die Aufgabe der Reaction, diese Vereinigung zu hindern, indem sie selbst auf die Arbeiter einwirkte und dieselben zu Ruhestörungen, zu Excessen veranlaßte. Es geschah dies theils durch Austheilung von Geld unter die Arbeiter, theils durch aufreizende Reden, welche Männer in eleganter Kleidung und von vornehmem Aeußern unter den unbefangenen, leicht zu leitenden Arbeitern bei Aufläufen hielten. Die exaltirt demokratische Partei that dasselbe und wirkte geradezu der Reaction in die Hände zu ihrem eigenen Untergange.

Die traurigen Ereignisse des 16. Oktober sollten auf diese Weise herbeigeführt werden.

Diese ersten ernstlichen Arbeiter-Unruhen begannen mit der nächtlichen Zerstörung einer Dampfmaschine, welche auf dem Köpnicker Felde errichtet worden war, um die bei dem Kanalbau daselbst beschäftigten Arbeiter vor dem Grundwasser zu schützen, und dadurch die bei der vorgerückten Jahreszeit ungesunde, nasse Arbeit zu erleichtern.

Der unglückselige Maschinenhaß, durch nicht verdaute socialistische Ideen in den Arbeitern erregt und durch unreife Club-Redner befördert, veranlaßte die Arbeiter, tief in ihr eigenes Fleisch zu schneiden, und eine Maschine, die lediglich zu ihrem Wohle errichtet war, zu zerstören. Sie richteten dadurch nicht allein einen Schaden von nahe an 3000 Thlrn.

an, sondern machten auch ihre dauernde Beschäftigung unmöglich, und es kamen durch die aus dieser Zerstörung entstehenden Aufläufe unglückselige Conflicte mit der Bürgerwehr zu Stande, welche mehrfache Verwundungen auf beiden Seiten zur Folge hatten.

Am 15. Oktober, dem Geburtstage des Königs, befürchtete man neue unruhige Auftritte, indem man glaubte, daß an diesem Tage durch Provokation der reactionairen Partei, etwa durch eine Illumination, das Volk gereizt werden und Scandal machen würde; aber der 15. Oktober ging, einige unbedeutende Aufläufe abgerechnet, ruhig vorüber.

Der König empfing, wie gewöhnlich, die unterthänigen Beglückwünschungen des Magistrats und der Stadtverordneten, auch der Bürgerwehr und der National-Versammlung.

Der König hatte sich zur Feier des Tages, um die an ihn gesendeten Gratulations-Deputationen zu empfangen, nach Bellevue begeben, nachdem er die Domkirche in Berlin besucht hatte. Er hatte in den letzten Monaten sehr gealtert und sah angegriffen aus; in seinem Benehmen war er aber noch derselbe, wie früher. Sein Stolz war durch die Ereignisse des 18. März und der folgenden Monate zwar gebeugt, aber nicht gebrochen worden, jetzt strebte er wieder kräftiger empor, als je früher, aber auf wie lange? — —!

In seinen Anworten an die Deputationen bewies der König, daß er die Märztage längst vergessen habe; so machte er mit einer Anspielung auf den, wenige Tage vorher von der National-Versammlung abgeschafften Titel: „Von Gottes Gnaden", den Präsidenten Grabow darauf aufmerksam, daß Preußen immer noch angestammte Obrigkeiten von Gottes Gnaden besäße, welche mit großer Macht ausgestattet wären.

Eine Verhöhnung der Volks-Vertreter und zugleich eine nicht undeutliche Drohung lag in den schroff gesprochenen königlichen Worten.

Diese königlichen Worte hätten vielleicht, wenn das Volk sie gleich erfahren, einige Aufregung hervorgebracht; aber sie wurden erst nach mehreren Tagen allgemein bekannt, und so verging denn der 15. Oktober sehr ruhig.

Desto unruhiger sollte es am folgenden Tage, am 16. Oktober, in Berlin sein.

Am Vormittag des 16. Oktober war noch Alles ruhig in der Stadt, Niemand ahnte die blutigen Scenen, welche am Abend ganz Berlin in Aufruhr bringen sollten.

Plötzlich gegen Mittag kam in die innere Stadt das Gerücht, draußen auf dem Köpnicker Felde sei ein Arbeiter-Aufstand ausgebrochen, schon sei die Bürgerwehr handgemein mit den Arbeitern, schon habe ein Kampf stattgefunden und blutige Opfer seien gefallen von beiden Seiten. Das Gerücht bewahrheitete sich leider und bald tönten die Signalhörner durch alle Straßen, welche die Bürgerwehr unter Waffen riefen gegen das unbewaffnete Volk von Berlin.

Die Veranlassung zu dem unseligen Kampf, den wir sogleich erzählen werden, war nach den Nachrichten, welche man bis jetzt darüber erhalten hat, denn ganz aufgeklärt ist die Sache bis auf den heutigen Tag noch nicht, folgende:

Da schon seit mehreren Tagen unter den beim Kanalbau auf dem Köpnicker Felde beschäftigten Arbeitern unruhige Auftritte vorgefallen waren, wir haben die Zerstörung der Dampfmaschine bereits erwähnt, und da sich überhaupt unter diesen Arbeitern ein unruhiger Geist zeigte, denn sie befürchteten, bald die Arbeit einstellen zu müssen und dadurch brod-

los zu werden, hatte man zur Vorsicht in dem Exerzierhaus der Schäfergasse eine Abtheilung Bürgerwehr nebst einigen Zügen Constablern aufgestellt, welche bei etwa ausbrechenden Unruhen diese sofort zu dämpfen bestimmt waren.

Am Montag, den 16. Oktober, war eine Bürgerwehr-Abtheilung aus dem Rosenthaler-Thor-Bezirk, unter dem Befehl eines Bäckermeisters Schulz, in dem Exerzierhaus aufgestellt.

Die Kanal-Arbeiter feierten an jenem Tage ein fröhliches Fest, um den Amts-Antritt eines neuen Schachtmeisters zu bewillkommnen, der ihnen der Sitte gemäß etwas zum Besten gab. Sie mochten wohl zum Theil schon des Guten etwas zu viel gethan haben, und zogen nun singend mit ihrer Schacht-Fahne von rother Farbe umher.

Dies gab den im Exerzierhaus aufgestellten Bürgern ein Aergerniß, indem sie das Umherziehen mit der rothen Fahne für eine republikanische Demonstration hielten. Ihr Grimm steigerte sich, als sie sich durch die Arbeiter verhöhnt glaubten, denn diese brachten in ihrer Gutmüthigkeit den Bürgern ein Lebehoch aus und tranken ihnen sogar zu. Es wäre indessen wohl noch zu keinem Conflikte gekommen, wenn nicht die Arbeiter die Idee gefaßt hätten, mit den Bürgern im Exerzierhaus selbst zu fraternisiren. Sie wurden unfreundlich empfangen und mit harten Worten zurückgewiesen, indem besonders der Führer der Bürgerwehr, Herr Schulz, die Aeußerung fallen ließ, die Arbeiter wären wohl betrunken, sie möchten lieber an ihre Arbeit gehen, anstatt Scandal zu machen.

Ein unfreundliches Wort gab das andere, es fielen Schimpfreden von beiden Seiten, und das Resultat des Streites war, daß, wie von den verschiedensten glaubwürdigsten

Seiten versichert wird, einer der Arbeiter den Bäckermeister Schulz hinter die Ohren schlug*).

Der Geschlagene zog wüthend den Säbel und hieb damit seinen Angreifer über den Arm. Die übrige Bürgerwehr fällte das Bajonnet und drängte die Arbeiter aus dem Exerzierhaus, während diese, verstärkt durch ihre von den benachbarten Arbeitsplätzen durch den Scandal in Masse herbeigelockten Kameraden, Steine aufrissen, mit diesen die Bürgerwehr angriffen, und das Exerzierhaus zu stürmen suchten. Aus einer Scene der Fröhlichkeit war plötzlich ein wüthender Kampf geworden.

Ein Schuß fiel wie es heißt, aus dem Terzerol eines Arbeiters; aber Niemand wurde verletzt.

Herr Schulz versuchte nun durch einen Bajonnet-Angriff die Arbeiter auseinander zu sprengen; aber dies gelang nicht, im Gegentheil vermehrte sich die Schaar derselben, und der Steinregen wurde heftiger, mehrere Bürger empfingen mehr oder weniger leichte Quetschwunden.

Der Hauptmann Schulz ließ nun laden im Angesicht der Arbeiter und darauf Feuer geben, aber in die Luft schießen. Dies unkluge Manöver erhöhte nur den Zorn und den Muth der Arbeiter, welche immer heftiger auf die Bürger eindrangen.

---

*) Von anderer Seite wird versichert, Herr Schulz habe selbst durch Ziehen des Säbels die Thätlichkeiten eröffnet und die Arbeiter erst dann den Streit begonnen. Wir müssen aber bemerken, daß dem von den verschiedensten Zeugen widersprochen wird. Eine so verhängnißvolle Sache, als die Ursache zum Beginn des Kampfes am 16. Oktober, wird stets von den verschiedenen Parteien zu ihrem Vortheil ausgebeutet, die Wahrheit ist schwer zu ermitteln. Daher die ganz entgegengesetzten Berichte, welche die verschiedenen Zeitschriften über den Kampf vom 16. Oktober geben.

Jetzt nahm der Hauptmann zu dem letzten, ihm zu Gebot stehenden Mittel seine Zuflucht: er ließ abermals Feuer geben, dieses Mal jedoch nicht in die Luft schießen, sondern mitten in die Arbeiterhaufen hinein.

Die Streitenden standen sich sehr nahe gegenüber, die Wirkung des Feuers war daher eine mörderische. Drei Arbeiter stürzten sogleich todt, viele verwundet zu Boden*).

Das erste Blut war geflossen; erschreckt flohen die Arbeiter für einen Augenblick auseinander, aber wuthentbrannt, nach Rache schreiend, kamen sie gleich darauf wieder zurück, hoben ihre Todten auf, legten sie auf schnell bereitete Bahren und trugen die blutigen Leichen durch die ganze Stadt, überall die sich ihnen in Schaaren anschließenden Arbeiter zur Rache, zum Kampf gegen die Bürger auffordernd, welche die ihnen zum Schutze der Volksfreiheit anvertrauten Waffen nur gebrauchten, um das waffenlose Volk zu ermorden.

Dieser Umzug mit den blutigen Leichen hatte etwas furchtbar gräßliches und erregte Entsetzen überall in ganz Berlin. Die Arbeiter verließen ihre Werkstätten und eilten hinaus nach dem Schauplatz des unnatürlichen Kampfes, der ein Krieg zwischen Bürgern und Arbeitern zu werden drohte, ein Krieg im Volke selbst in einer Zeit, wo die Reaction alle

*) Es ist später und besonders von Herrn Schulz selbst bestritten worden, daß er das Commando zum Feuern gegeben habe. Daß Herr Schulz sich indessen bei dieser Sache nicht ganz rein fühlte, geht wohl am Besten daraus hervor, daß er sofort nach dem Conflict von Haus zu Haus nach seiner Wohnung flüchtete und um Schutz derselben bat, ehe noch Jemand daran dachte, ihn anzugreifen. Er hat sich später mit seiner ganzen Familie vor der Rache der Arbeiter aus Berlin geflüchtet.

ihre Kräfte sammelte, um eben dies in sich selbst uneinig gewordene Volk zu unterdrücken.

Wir müssen von diesem Umzug mit den Todten noch eine Scene erzählen, welche, obgleich sie nur Wenigen bekannt geworden, doch höchst charakteristisch für den edlen Geist ist, welcher auch an diesem Tage die Arbeiter von Berlin, wie stets vor- und nachher, beseelte.

Der Zug mit den auf Bahren getragenen blutigen Leichen kam, begleitet durch eine ungeheure, wüthende Volksmasse, am Nachmittage auch über den Monbijouplatz, und bemerkte dort die kleine, im Schloß des verstorbenen Herzogs Carl befindliche Militairwache vom 24. Regiment.

Augenblicklich tauchte die Idee in den Arbeitern auf, diese Wache anzugreifen und den Soldaten die Waffen zu nehmen.

Der Unteroffizier, welcher die Wache befehligte, ein Volontair, Namens Lippelt, der sich auch später durch seine demokratische Gesinnung im Militair-Reform-Verein bekannt gemacht hat, ließ die Wache unter das Gewehr treten, um gegen einen Ueberfall gesichert zu sein. Er hatte die gewiß schwierige Aufgabe, einen blutigen Kampf mit dem Volke, der von unberechenbaren Folgen sein konnte, zu vermeiden, und dennoch das seiner Obhut anvertraute Schloß in welchem sich im Augenblicke gerade zwei Prinzen des Königlichen Hauses (wie wir glauben Waldemar und Adalbert) befanden, zu schützen.

Der wüthende Volkshaufen wälzte sich auf die Wache zu. Die Arbeiter forderten den Kommandirenden auf, die Waffen zu strecken; aber dieser redete ihnen gütlich und vernünftig zu, daß sie nichts von ihm verlangen möchten, was

ein Soldat nicht gewähren dürfe. Er sei gewiß ein Freund des Volkes, aber seine Wache werde er bis auf den letzten Mann vertheidigen.

Da verlangten denn die Arbeiter, der Unteroffizier solle wenigstens den vorübergetragenen Leichen eine Ehrenbezeugung erweisen. Dies that Lidpelt denn auch, indem er die Wache präsentiren ließ*).

Die Arbeiter erklärten sich hierdurch befriedigt, sie zogen weiter, nachdem sie den braven Unteroffizier und dem in Berlin allgemein beliebten 24. Regiment ein lautes Lebehoch ausgebracht hatten. So ging der Zug denn fort die Oranienburger Straße entlang bis vor das Oranienburger Thor nach der Borsig'schen Fabrik zu den Maschinenbauern, um auch diese zur Theilnahme an dem Kampfe aufzufordern; aber diese thatkräftigen, intelligenten Arbeiter weigerten sich, sie sahen sehr wohl ein, daß ein solcher Kampf ein im höchsten Grade verderbenbringender sein werde und müsse.

Von dem Oranienburger Thore zurück wendete sich der Zug nach dem Schlosse, in welchem diese wie alle später kommenden Leichen niedergelegt wurden.

---

*) Der Unteroffizier Lippelt ist später dieses Präsentirens wegen zur Verantwortung gezogen worden. Es sollte eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet werden, indem er dadurch der Ehre des preußischen Soldatenstandes etwas vergeben habe. Lippelt rechtfertigte sich indessen sehr schlagend, indem er nachwies: vor den Leichen der Gefallenen präsentiren zu lassen, könne gewiß für das preußische Militair nicht entehrend sein, da dies am 19. März von allen Truppen geschehen sei, und da ja selbst der König am 19. die Leichen durch das Abnehmen der Mütze ehrend begrüßt habe. — Freilich, es war nicht nach dem Sinne einer gewissen Partei gehandelt, daß der brave Unteroffizier einen blutigen Kampf vermieden hatte!

Bei dem Zuge ist noch zu bemerken, daß von der denselben begleitenden Menge fortwährend nach Waffen geschrieen wurde. Einzelne ihm begegnende Bürgerwehrmänner wurden entwaffnet, auch einige Waffenläden, wie der von Noack in der Breiten Straße, mit Aexten erbrochen und geplündert, bis eine schnell herbeikommende Abtheilung Bürgerwehr diesem Unwesen ein Ende machte.

Während dieser Zeit war in ganz Berlin die Bürgerwehr mobil gemacht worden, andererseits hatten aber auch wieder die Arbeiter sich gesammelt und in der Köpnicker Straße, in der Dresdener Straße, in der Roß-Straße und an der Alten Jakobs-Straße Barrikaden gebaut, welche sie zu vertheidigen entschlossen waren. Waffen waren unter den Arbeitern allerdings nur in geringer Menge vorhanden, indessen hatten sie sich doch einige verschafft, zum Theil durch Entwaffnung einzelner Bürgerwehr-Patrouillen.

Die von den Arbeitern aufgeführten Barrikaden waren meist flüchtig und schlecht gebaut, sie konnten einem ernstlichen Angriff nicht widerstehen; nur die an der Alten Jakobs-Straße war etwas fester, die Arbeiter aber, welche dahinter standen, glühten vor Kampfbegier und vor Durst nach Rache.

Als die Nachricht von dem Kampfe nach der Stadt und zu den Ohren der namhaften Demokraten Berlins kam, eilten diese sofort nach dem Schauplatz des Kampfes, um sich durch eigenen Augenschein von dem Thatbestande zu überzeugen und allen ihren Einfluß aufzubieten, um diesem unseligen, brudermörderischen Kampfe, der der Reaction so sehr in die Hände arbeitete, Einhalt zu thun.

Aber alles Reden war vergeblich. Die Arbeiter waren zu sehr von Wuth und Rachedurst aufgeregt, als daß sie so

schnell sich hätten beruhigen lassen; allen vernünftigen Vorstellungen setzten sie stets die Frage entgegen: „Sollen wir unsere Brüder ungerächt ermorden lassen?"

Vergebens sprachen die so allgemein beliebten und verehrten Deputirten Waldeck und Berends zu ihnen, vergebens die Führer der demokratischen Clubs, vergebens selbst jene Volkslieblinge, Vater Karbe und Linden-Müller. Ihre Reden hatten keine Wirkung, die Barrikaden blieben stehen und nur, wenn die Bürgerwehr keinen Angriff auf die Barrikaden machen würde, nur dann wollten die Arbeiter sich zufrieden geben.

Da halfen keine vernünftigen Vorstellungen, da halfen keine Bitten. Mir wurde, als ich mich an jenem Abend einem Arbeiterhaufen, der nach der Rosenthaler Straße ziehen wollte, um das Haus des Bäckermeisters Schulz zu zerstören, entgegenstellte und die Leute beschwor, von ihrem Unternehmen abzulassen, welches im gegenwärtigen Augenblick die Freiheit des Volkes in Gefahr bringe, entgegnet, ich sei ein Reactionair, den man ohne Gnade todtschlagen müsse. Erst als ich meinen Namen nannte und nun von vielen Arbeitern als ein Freund des Volkes erkannt wurde, erst da faßten sie wieder Vertrauen zu mir, aber dennoch blieben alle meine Bitten fruchtlos.

Aehnlich erging es allen anderen Führern der demokratischen Partei, welche sich die höchste Mühe gaben, dem Kampfe Einhalt zu thun. Auch das folgende, noch am Abend des 16. unter dem Volke und der Bürgerwehr verbreitete Plakat blieb fruchtlos:

„Bürgerwehr!

Ein blutiger Moment war's der Euch mit den Arbeitern

in den Kampf gestürzt hat. Bedenkt, daß dieser Kampf nur unsern gemeinsamen Feinden nützen kann. Sucht den Frieden wieder herzustellen. Sendet Parlamentaire mit weißen Fahnen aus. Zeigt Euch zur Sühne bereit und laßt dies Zerwürfniß des Volkes nicht den Untergang unserer Freiheit herbeiführen."

(gez.) Die Demokraten Berlins.

. . . .

Außer dem Kampfe am Exerzierhause kam es zwischen der Bürgerwehr und den Arbeitern an jenem Nachmittage und Abende noch mehrmals zum blutigen Handgemenge, besonders in der Roß-Straße und bei der Barrikade an der Alten Jakobs-Straße. Bei jedem dieser Handgemenge fielen einige Opfer. Die Bürgerwehr hat am 16. allerdings nur einen Todten, den Hof-Vergolder Schneider, gehabt, dagegen sind im Ganzen eilf Arbeiter geblieben.

Die Barrikaden wurden von den Arbeitern bis etwa gegen 10 Uhr gehalten, da zog sich die Bürgerwehr mehr und mehr zurück, es war kein Angriff mehr zu erwarten und außerdem fiel ein durchdringender kalter Regen. Da zogen sich denn auch die Arbeiter zurück, und als gegen 12 Uhr die Bürgerwehr noch einmal vorging, fand sie die Barrikaden verlassen und räumte sie, ohne Widerstand zu finden, zum Theil fort.

Außer in dem Köpnicker Viertel schien es noch gefahrdrohend auszusehen in der Rosenthaler Straße, wo die wüthenden Arbeiter das Haus des Bäckermeister Schulz demoliren wollten.

Es wurde indessen eine starke Bürgerwehrmacht aufgeboten, welche alle die umliegenden Straßen besetzte, um den

Zuzug der Arbeiter zu verhindern, und dies gelang denn auch in der That. Es kam hier kein blutiger Conflikt vor, denn die Bürgerwehr benahm sich mit großer Ruhe und machte nicht von ihren Waffen Gebrauch, auch die Arbeiter griffen nicht an, und gingen, da sie sahen, daß die Bürgerwehr ihnen freundlich gesinnt sei, auf deren gütliches Zureden friedlich auseinander. Besonders war dies dem Umstande zu danken, daß an dieser vorzugsweise gefährlichen Stelle die dem Volke näher stehenden und bei ihm beliebten fliegenden Corps, z. B. der Handwerker-Verein, aufgestellt waren, gegen welche zu kämpfen die Arbeiter sich nicht leicht entschlossen hätten.

Betrachten wir überhaupt das Benehmen der Bürgerwehr an jenem Abend, so ist nicht zu leugnen, daß sie sich mit Ausnahme sehr vereinzelter Fälle ganz vortrefflich, mit großer Ruhe, Würde und Mäßigung benommen hat. Nur schwer enschloß sie sich überhaupt zum Kampf, und nur dem Befehlshaber Herrn Rimpler, der die Bataillone immer wieder gegen die Barrikaden vorschickte, ist das Blutvergießen jenes unseligen Abends zu danken.

Hätte Herr Rimpler mit den Arbeitern unterhandelt, hätte er die Barrikaden gar nicht angegriffen, sondern den Arbeitern versprochen, die unglückliche Scene am Exerzierhause streng untersuchen und die Schuldigen bestrafen zu wollen, so wäre mit Ausnahme des ersten, fast zufälligen Blutvergießens am Exerzierhause kein Kampf weiter zu Stande gekommen, die Arbeiter, welche so leicht versöhnlich sind, hätten sich auf Zureden der demokratischen Führer nach und nach beruhigt; sie hätten die Barrikaden selbst fortgeräumt und manches Menschenleben wäre geschont worden.

Dies sahen die Bürgerwehrmänner auch sehr wohl ein

denn nur ungern gingen sie vorwärts, um die Barrikaden anzugreifen; so stand das Bataillon des Major Vogel mehrere Stunden vor der Barrikade in der Roß-Straße, ohne sie anzugreifen, Herr Vogel selbst redete den Arbeitern gütlich zu, er ließ zu vielen Malen die Allarmtrommel rühren, ohne indessen den Befehl zum Angriff zu geben, und erst als ein Arbeiter, der vor Wuth ganz außer sich war, von seinen Kameraden nicht mehr zurückgehalten werden konnte, hinter der Barrikade her auf den Major schoß und diesen lebensgefährlich verwundete, erst da entschloß sich das Bataillon zum Kampf.

Wo ein solcher Geist unter der Bürgerwehr sich zeigte, wie an jenem Abend, erscheinen die Blutscenen des 16. Oktober in der That fast wunderbar, wenn wir nicht zurückgehen auf die Thätigkeit des Herrn Rimpler, der die volksfreundliche Maske in einer ihn sehr compromittirenden Art lüftete.

Im Schlosse saß der am 1. Juni vor den Waffen-Unruhen aus den verschiedenen Behörden gebildete Sicherheits-Ausschuß, welcher bisher nur wenige Lebenszeichen von sich gegeben hatte. Herr Rimpler gehört auch als Kommandeur der Bürgerwehr zu dieser Behörde.

Herr Rimpler wurde durch zwei Mitglieder, die Herren Naunyn und Hedemann, befragt, ob er glaube, mit der Bürgerwehr allein den Tumult bewältigen zu können, er verneinte es, und in Folge dessen erhielt ein Offizier (Herr v. Zastrow) Befehl, die Hülfe des Militairs zu requiriren. Herr v. Zastrow wollte seinen Auftrag sofort ausführen, wurde aber daran durch einen Offizier des Handwerker-Vereins, Herrn v. Rosentreter, welcher von Herrn v. Zastrow den

Zweck seiner Sendung erfahren hatte, verhindert, indem dieser den Boten sofort verhaftete und nach dem Schloß zurücktransportiren ließ.

Hier hatten mittlerweile auch die im Hofe aufgestellten Bataillone Nachricht von der Requisition des Militairs empfangen und darüber gegen Herrn Rimpler in so energischer und rückhaltsloser Weise ihre Entrüstung ausgesprochen, daß Herr Rimpler, um nicht alles Ansehen in der Bürgerwehr zu verlieren, sich gezwungen gesehen hatte, selbst den Sicherheits-Ausschuß zur Zurücknahme der gegebenen Ordre zu veranlassen.

Es hatten hierzu auch die Vorstellungen der Deputirten Temme und Elsner und des als Abgeordneten des demokratischen Clubs erscheinenden Dr. Hexamer beigewirkt, welche übereinstimmend erklärten, daß die Arbeiter zu beruhigen sein würden, wenn man sie nur einstweilen im Besitz der Barrikaden ließe und nicht angriffsweise gegen sie verführe.

Es geht aus allen diesen Thatsachen hervor, daß Herr Rimpler entweder durch ein gänzliches Verkennen der Umstände, oder durch sehr wohlerkannte Absichten veranlaßt, eine Heranziehung des Militairs wünschte.

Was wäre aber die Folge einer Theilnahme des Militairs gewesen?

Jedenfalls hätten dann die Arbeiter sämmtlich zu den Waffen gegriffen, und ein Theil der Bürgerwehr wäre auf ihre Seite getreten, während ein andrer Theil mit dem Militair gestanden hätte. Ein furchtbar blutiger Kampf mußte daraus entstehen, ein Kampf, wie er von der Reaction gewünscht wurde, um das Gelingen der finsteren Pläne der

selben möglich zu machen. Nicht ohne Absicht war Berlin von Truppen umgeben!

Herr Rimpler kannte die Stimmung in der Bürgerwehr sehr genau, er mußte also auch die Folgen einer Herbeirufung des Militairs kennen; die Schlußfolgerung, was Herr Rimpler eigentlich wünschte und welcher Parthei er sich dienstlich erweisen wollte, liegt daher ziemlich nahe.

Und in der That, es lag im Interesse einer gewissen Partei, das Blutvergießen an jenem Abend zu erhalten und dadurch den Haß zwischen Bürgern und Arbeitern zu vergrößern. Es wurde vielfach dahin gewirkt von unbekannten Leuten.

Ein Arbeiter versicherte sogar später in einem demokratischen Club und erbot sich, seine Aussage zu beschwören, daß ein General, den er namhaft machte, Geld unter die Arbeiter vertheilt habe.

Die demokratische Partei hingegen sah, wenige excentrische Köpfe ausgenommen, sehr wohl ein, daß in diesen Unruhen kein politisches Motiv vorhanden sei, und daß sie daher die Aufgabe habe, Frieden zu stiften. Fast alle Führer der Demokratie waren daher fortwährend auf den Beinen und gingen von einem Orte des Kampfes zum andern, um allen ihren Einfluß bei den Arbeitern aufzubieten.

Es ließ sich voraussehen, daß die Arbeiter-Unruhen mit dem 16. nicht vollständig abgeschlossen sein würden, denn so schnell ließ sich das vergossene Blut von Freunden und Verwandten nicht vergessen. Bei allen Bewegungen standen aber die Arbeiter rathlos da, sie wußten nicht, an wen sie sich wenden sollten, und wurden daher nur zu leicht die Beute von Männern, welche sie mißbrauchen wollten. Es wurde

deshalb in einer Versammlung, welche am Abend des 16. Oktober im Clubhause Sitzung hielt, beschlossen, daß in den folgenden Tagen fortwährend einige der demokratischen Führer in Permanenz sitzen sollten, um den Arbeitern mit guten Rathschlägen zur Seite zu stehen, damit womöglich dergleichen unglückliche Scenen, wie die vom 16., für die Zukunft vermieden würden. Das Clubhaus in der Leipziger Straße wurde zum Sitzunglokal bestimmt.

Am 17. Oktober befürchtete man eine Fortsetzung des unseligen Kampfes. Schon am frühen Morgen hatten sich, in Folge der Beschlüsse der Versammlung vom gestrigen Abend, eine Anzahl der Comitee-Mitglieder der verschiedenen demokratischen Clubs im Clubhause eingefunden, unter anderen Schönemann, Hochstetter, Benary, Streckfuß u. a. m.

Zahlreiche Deputationen der Arbeiter von den verschiedenen Arbeitsplätzen erschienen, welche die Anwesenden um Rath fragten, was sie thun sollten. Die Deputirten der Arbeiter waren meistens sehr ruhige, vernünftige Leute, welche auf die Vorstellungen der Demokraten sehr wohl einsahen, daß eine Erneuerung der Feindseligkeiten nur von den unglückseligsten Folgen begleitet sein könne; aber sie sagten alle übereinstimmend aus, daß es ihnen kaum möglich sein werde, ihre Kameraden von Gewaltschritten zurück zu halten, da diese über das Blutvergießen am Abend vorher sich noch in der furchtbarsten Aufregung befänden und beschlossen hätten, in die Stadt zu ziehen, um sich ihr Recht mit Gewalt zu holen.

Den Bitten der Demokraten gelang es endlich, die Deputirten zu dem Versprechen zu bewegen, daß sie allen ihren Einfluß aufbieten wollten, um ihre Kameraden von Gewaltschritten zurück zu halten, sie versprachen dies jedoch nur unter

der Bedingung, daß die Demokraten ihnen eine Petition an die National-Versammlung aufsetzten, in welcher sie folgende Forderungen stellten:

1) Eine sofortige gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Bürgerwehrmänner.

2) Eine ehrenvolle Bestattung der Todten durch die Arbeiter auf öffentliche Kosten.

3) Pflege der Verwundeten und Unterstützung der Hinterbliebenen der Gefallenen, gleichfalls auf öffentliche Kosten.

Diese Petition wurde den Arbeitern auf ihren Wunsch aufgesetzt; sie beschlossen, dieselbe in einem geordneten Zuge der National-Versammlung zu überreichen.

Vergeblich riethen die Demokraten von einer solchen Demonstration ab; die Deputirten der Arbeiter versprachen allerdings, den Versuch zu machen, ihre Kameraden von dem Zuge zurück zu halten, sagten aber im Voraus, daß ihnen dies wohl nicht möglich sein werde.

Gegen Mittag wurde die Bürgerwehr allarmirt und besetzte den Gensd'armenmarkt, um die National-Versammlung vor etwaigen Angriffen der Arbeiter zu schützen. Dies gelang jedoch nicht vollständig, denn als eben die Bürgerwehr heranrückte, kam auch schon von der andern Seite der Zug der Arbeiter, welcher dem Eingang des Schauspielhauses etwas näher war, als die heraneilende Bürgerwehr.

Diese setzte sich daher in Trab und kam dabei etwas in Unordnung, es wäre hier fast wieder zu ärgerlichen Konflikten gekommen, denn das in Massen versammelte Volk drängte sich zwischen die in Unordnung gerathenen Reihen der Bürgerwehr, und einigen Bürgerwehrmännern wurden die Gewehre entrissen. Auf Zureden mehrerer anwesenden bekannten

Volksmänner wurden die Gewehre jedoch zurückgegeben und der Frieden wieder hergestellt.

Mittlerweile war der Zug der Arbeiter am Schauspielhause angelangt und hatte sich mit etwa zwanzig rothen, schwarz-roth-goldenen und schwarzen Fahnen auf der großen Freitreppe des Schauspielhauses aufgestellt. Trotz des heftigen kalten Regens war eine unendliche Menge Volkes auf dem Gensd'armenmarkt versammelt, um dem merkwürdigen Schauspiel beizuwohnen.

Eine Deputation der Arbeiter gab die Petition ab, Berends und Waldeck nahmen sie im Sekretariat in Empfang. Berends trat darauf auf die Freitreppe und hielt eine kurze mit Jubel aufgenommene Anrede an die Arbeiter, in welcher er ihnen sagte, die Linke der National-Versammlung werde die Wünsche der Arbeiter zu den ihrigen machen. Er ermahnte darauf die Anwesenden, ruhig nach Haus, zu ihrer Arbeit zurück zu kehren und den Erfolg der Bemühungen der Linken abzuwarten.

Dies geschah denn auch, die Arbeiter marschirten im geordneten Zuge wieder fort und bewiesen hier aufs Neue, wie wenig sie den Vorwurf der Scandalmacherei verdienen.

Die Petition der Arbeiter wurde denn auch in der That von Berends in der National-Versammlung vorgebracht, aber nicht gewährt, da nur die Linke für dieselbe stimmte. Das Centrum hatte nicht Muth genug, für die Arbeiter der Regierung gegenüber offen in die Schanze zu treten, und nicht Einsehen genug, um klar zu erkennen, daß es jetzt in der Politik der National-Versammlung liegen müsse, die Einigkeit im Volke zu erhalten, um dadurch der Regierung zu imponiren und sie von den Gewaltschritten abzuhalten, welche sie,

wie die großartigen militairischen Vorkehrungen, welche täglich getroffen wurden, lehrten, beabsichtigte und bald genug ins Leben führte.

Der ungünstige Ausfall ihrer Petition wurde einer Deputation der Arbeiter mitgetheilt; er verursachte unter diesen wieder große Aufregung, welche von den demokratischen Führern nur mit großer Mühe beschwichtigt werden konnte.

Die Führer der demokratischen Partei hatten sich mittlerweile mit den Arbeitern in eine engere Verbindung gesetzt. Es befanden sich fortwährend Deputationen der Arbeiter im Clubhause, welche mit den Demokraten conferirten, um ein ehrenvolles Begräbniß der Gefallenen zu Stande zu bringen und zu gleicher Zeit eine vollständige Versöhnung zwischen Bürgerwehr und Arbeitern.

Das Begräbniß der Gefallenen sollte der erste Anknüpfungspunkt zur vollständigen Versöhnung sein, die demokratischen Führer wünschten deshalb, daß dasselbe gemeinschaftlich die Leichen der Arbeiter wie den gefallenen Bürgerwehrmann, den Hof-Vergolder Schneider, umfasse. Wider ihr Erwarten fanden die Demokraten jedoch einen Widerstand beim Magistrat und den Stadtverordneten, welcher ihr gerechtes Staunen erregen mußte.

Diese Behörden erboten sich nämlich, für ein anständiges Begräbniß der Gefallenen zu sorgen, wenn diese nicht auf einem Kirchhof, nicht gemeinsam, sondern alle einzeln auf den verschiedenen Gottesäckern, zu denen sie gehörten, begraben würden.

Hierauf konnten die Demokraten natürlich nicht eingehen, denn der unterdrückte Zorn der Arbeiter, der in jedem Augenblick vernichtend auszubrechen drohte, ließ sich eben nur da-

durch zurückhalten, daß ihnen ein feierliches Leichenbegängniß ihrer Gefallenen zugesichert wurde.

Die Demokraten beriefen deshalb im Clubhaus, um ein solches Begräbniß zu bewirken, eine große Versammlung, zu welcher Deputirte aller Clubs, aller Arbeiterschachte, aller Gewerke eingeladen wurden. Heramer präsidirte dieser Versammlung, welche eine Kommission zur Bestattung der Todten ernannte.

Diese Kommission bemühte sich nun nach Kräften, wenigstens ein gemeinschaftliches Brgräbniß der Arbeiter und des Bürgerwehrmannes zu bewirken; aber dies gelang ihr nicht, überall stieß sie auf Hindernisse, es verbot sogar der Polizei-Präsident die Versammlung des Leichengefolges auf dem Opernplatz, als eine unerlaubte Volks-Versammlung. Die Kommission kehrte sich indessen an diese Bemühungen der Behörden, ihr Friedenswerk zu zerstören, in keiner Weise sondern setzte dasselbe energisch durch.

Am Vormittage des 20. Oktober fand das feierliche Begräbniß des Bürgerwehr-Hauptmanns Schneider statt, viele Tausend Arbeiter folgten dem Zuge. Am Nachmittage wurden die gefallenen Arbeiter auf dem Friedhofe vor dem Halleschen Thore bestattet.

Ein unermeßlicher Zug folgte trotz des kalten Regens den Särgen. Alle Gewerke, die Clubs, die meisten Bataillone der Bürgerwehr, der demokratische Central- und Kreis- Ausschuß, die Deputirten der Linken und viele Tausend Arbeiter bildeten das Leichengefolge, welches unter Choral-Musik vom Opernplatz, wo es sich versammelt hatte, durch die Friedrichs-Straße nach dem Kirchhofe vor dem Halleschen Thore zog.

Am Opernplatz hielt Braß eine eindrucksvolle Rede, auf

dem Kirchhofe wurde den Gebliebenen über das Grab gefeuert und zwei Geistliche sprachen, welche, wie verlautete, vom Könige dazu beauftragt waren.

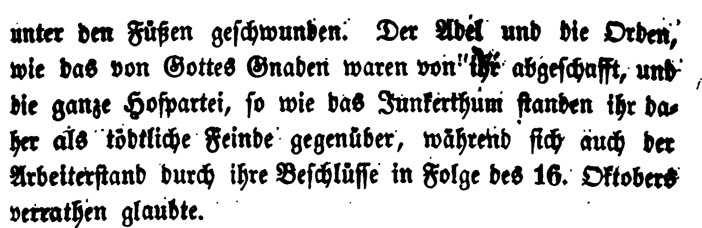
Nach der beendeten Feierlichkeit zerstreute sich das ungeheure Leichengefolge und zog ruhig nach der Stadt zurück. Die Arbeiter brachten aber noch an demselben Abend den Deputirten der linken Seite aus Dankbarkeit für ihre Theilnahme an dem Begräbnisse einen Fackelzug vor Mylius Hotel, dem Versammlungsort der Linken.

So war denn trotz aller Bemühungen der städtischen und Polizei-Behörden die Einigkeit zwischen Arbeitern und Bürgerschaft durch die demokratischen Führer, welche sich bei dieser Gelegenheit sehr thätig gezeigt hatten, wieder hergestellt.

24.

Den Ereignissen des 16. Oktobers folgte in Berlin eine unheimliche, gewitterschwüle Ruhe. Jedermann war es klar, daß diese Ruhe nicht von langer Dauer sein könne, daß in kurzer Zeit ein gewaltiger Ausbruch erfolgen müsse.

Die Parteien standen sich jetzt so schroff gegenüber, daß an eine Einigung nicht mehr zu denken war, auch die zur Vereinbarung einer Verfassung berufene National-Versammlung hatte die Brücken hinter sich abgebrochen, welche sie zu einer Vereinigung mit der Regierung hätte führen können, sie hatte bei der Berathung der Verfassung sich mehr und mehr der Linken zugeneigt und war dadurch in den Augen der Regierung mehr und mehr unmöglich geworden, während sie doch beim Volke nicht sich die völligen Sympathieen zu erwerben gewußt hatte. Der Boden war ihr mehr und mehr



unter den Füßen geschwunden. Der Adel und die Orden, wie das von Gottes Gnaden waren von ihr abgeschafft, und die ganze Hofpartei, so wie das Junkerthum standen ihr daher als tödtliche Feinde gegenüber, während sich auch der Arbeiterstand durch ihre Beschlüsse in Folge des 16. Oktobers verrathen glaubte.

Die Parteien waren kampfgerüstet. Eine Armee lag um Berlin; aber die Truppen begannen schon zu murren, sie begannen sich widerspenstig zu zeigen, denn die Quartiere in den Ställen und Scheunen auf den Dörfern um Berlin waren so schlecht, daß die Soldaten es bei der vorgeschrittenen Jahreszeit in denselben nicht mehr aushalten konnten. Es riß in den Regimentern eine große Unzufriedenheit ein, welche sich dadurch bethätigte, daß die Soldaten vielfach auf Urlaub nach Berlin gingen und sich dort bei den demokratischen Clubs, sogar zum Theil als Redner, betheiligten.

Dies drohte gefährlich zu werden, um so mehr, als die demokratische Partei sich diesen Umstand zu Nutze machte und einen Verein begründete, welcher schnell bedeutenden Anklang fand.

Streckfuß wurde von dem demokratischen Kreis-Ausschuß der Mark Brandenburg beauftragt, einen Verein für das Militair zu organisiren. Dies geschah, und der Verein trat unter dem Namen Militair-Reform-Verein ins Leben.

Schon bei der ersten Sitzung hatten sich zwischen zweihundert und dreihundert Soldaten der verschiedensten Regimenter eingefunden, welche die Gründung des Vereins mit Jubel begrüßten. Sie wählten Streckfuß zum Präsidenten und ein Comitee, bestehend aus zwei Offizieren außer Dienst, den

Lieutenants de la Chevalerie und Faltin und dem Referendar von Hochstetter.

In diesem Vereine wurden die Militair-Angelegenheiten in sehr ruhiger Weise besprochen; die Redner gehörten aber meistens der demokratischen Partei an.

War schon die erste Sitzung des Militair-Reform-Vereins besucht, so waren es die folgenden noch weit mehr; die Soldaten strömten denselben, trotz der Abmahnungen ihrer Offiziere, in Masse zu, und standen bis weit vor die Thüren des Vereins-Lokals dicht gedrängt. Der erste Funken der Demokratie war in die Armee geworfen und fand dort so viel Nahrung, daß die Regierung in Schrecken gesetzt wurde.

Da nahm der Gouverneur von Berlin, welcher wohl schon von den nahe bevorstehenden Gewaltschritten der Regierung in Kenntniß gesetzt worden sein mochte, ebenfalls zu einer Gewaltmaßregel seine Zuflucht, er verbot den Soldaten der Berliner Garnison durch einen Gouvernements-Befehl, der am 30. Oktober Mittags beim Appell vorgelesen wurde, den Besuch des Militair-Reform-Vereins, und stieß dadurch eigenmächtig das Gesetz vom 6. April 1848 um, welches allen Preußen, ohne Ausnahme des Soldatenstandes, das freie Vereinigungsrecht gestattet.

Am Abend des 30. Oktobers war eine Sitzung des Vereins in der Sophienstädtischen Reitbahn angesagt; als zur bestimmten Zeit der Präsident des Vereins, Streckfuß, ankam fand er vor der Thür des Vereins-Lokals die Soldaten bereits in Masse versammelt, welche ihm den Gouvernements-Befehl mittheilten, den er übrigens bereits durch mehrere Deputationen des 24. Regiments erfahren hatte. Die Soldaten erklärten, sie würden den Verein trotz dieses Befehls besuchen,

und ließen sich nur durch das Zureden ihres Präsidenten von diesem Beschluß abbringen, nachdem sie Streckfuß beauftragt hatten, die Deputirten der Linken dahin zu bewegen, daß dieselben die Zurücknahme des Gouvernements-Befehl bewirkten.

So ward denn dieser Verein schon kurze Zeit nach seinem Entstehen ertödtet, aber doch nicht ohne einige Wirkung gehabt zu haben, denn das 24. Regiment war durch ihn zum großen Theil demokratisirt worden.

Die demokratische Partei war während dieser Zeit nicht müßig. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit den wichtigen in der National-Versammlung verhandelten Verfassungs-Fragen; aber außerdem auch mit einem Gegenstand, der damals ganz Deutschland in die äußerste Spannung versetzte, dies war das Schicksal Wiens. Dorthin waren die Blicke der deutschen Demokraten gerichtet, dort mußte es sich jetzt entscheiden, ob die Reaction, ob die Demokratie für den Augenblick siegen sollte. In Berlin stand, das sah man ein, in kurzer Zeit ein ähnlicher, furchtbarer Kampf, wie der in Wien, bevor, und es galt jetzt sich zu rüsten.

Vor allen Dingen mußte dazu der Friede zwischen Arbeitern und Bürgerwehr vollständig wieder hergestellt werden. Die Arbeiter mußten sich ganz ruhig verhalten, sie thaten es auf Zureden der Demokraten, welche sie auf die Wichtigkeit der Ruhe aufmerksam machten.

Die demokratischen Führer wurden in ihren Bemühungen kräftig unterstützt durch einen Arbeiter-Verein, den der Maschinenbauer, welcher folgende schöne, allgemeinen Anklang findende Proklamation erließ:

„Die Reaction will Bürgerkrieg; sie trägt Bedenken, die Demokratie mit offener Gewalt von außen zu bekämpfen,

darum will sie dieselbe mit Hinterlist im Innern zerfleischen. Und dieserhalb erklären Wir Maschinenbau-Arbeiter, als eherne Stützen des demokratischen Fortschrittes, offen und fest entschlossen: „„Bei dem Ausbruch eines neuen Kampfes zwischen Bürger und Arbeiter stellen wir uns sämmtlich unbewaffnet, als Schutz- und Trutzwehr der brüderlichen Einigkeit, zwischen die kämpfenden Parteien, und nur über unsere Leichen führt der unglückliche Weg zum Bruderkampfe. Wagt aber die Reaction einen offenen Kampf gegen die gute Sache der Freiheit — dann, Bürger und Arbeiter! stehen wir bewaffnet mit Euch in Einer Reihe!““

Auch Herr Rimpler suchte sich das Vertrauen, welches er in Folge seiner Handlungsweise vom 16. Oktober bei Volk und Bürgerwehr ziemlich verloren hatte, durch eine Ermahnung zum Frieden, welche er in einem Straßen-Plakat erließ, wieder zu gewinnen. Seine Anstrengungen waren aber für den Augenblick ziemlich vergeblich.

Außerdem beschäftigte in diesen Tagen noch ein anderer Gegenstand die Demokratie vollkommen, dies war der Deutsche Demokraten-Congreß, welcher vom Central-Ausschuß am 26. Oktober in Berlin zusammengerufen war. Zu gleicher Zeit sollte in Berlin eine Zusammenkunft der sämmtlichen Linken aller deutschen Versammlungen auf Veranlassung der Frankfurter und Berliner Linken zusammenkommen.

Schon längst hatte das deutsche Volk das Vertrauen zu der National-Versammlung in Frankfurt verloren, es wünschte die Auflösung derselben, und in Berlin hoffte man deshalb sehr viel von den beiden zu gleicher Zeit stattfindenden Versammlungen der verschiedenen Linken und des demo-

kratischen Congresses, man hegte besonders den Wunsch, daß beide Versammlungen sich vereinigen und ein Gegen-Parlament gegen das Frankfurter bilden möchten. Die Unterstützung der ganzen deutschen Demokratie wäre diesem gesichert gewesen.

Aber man hoffte zu viel und man sah sich daher getäuscht, alle diese schönen Erwartungen wurden zu nichte.

Der Congreß der Linken verlief vollkommen wirkungslos, er ließ gar nichts von sich hören, selbst eine Verständigung der verschiedenen Oppositionen kam nicht genügend zu Stande, eben so wenig eine Vereinigung mit dem demokratischen Congreß.

Von dem Congreß selbst hörte man allerdings mehr, er gab bedeutende Lebenszeichen von sich; aber er zeigte sich als eine so wüste, regellose Versammlung, mit so furchtbar excentrischen Ansichten, voller Persönlichkeiten, welche sich selbst, ihre kleinliche Eitelkeit nicht zu beherrschen vermochten, daß auch er der demokratischen Partei weit mehr geschadet als genützt hat.

Am 26. Oktober trat der Congreß im englischen Hause zusammen und wurde durch Kriege eröffnet. Das Namens-Verzeichniß der Deputirten zeigt viele bekannte, zum Theil sogar berühmte Persönlichkeiten der demokratischen Partei. So Bayrhoffer aus Marburg, Georg Fein aus Bremen, Erbe aus Altenburg, Fr. Beust aus Köln, Peterie aus Schweidnitz, Asch, Engelmann und Hoyoll aus Breslau, Minkwitz aus Dresden, Bamberger aus Mainz, Krackrügge und Berlebsch aus Erfurt, A. Ruge und Oelkers aus Leipzig, Rempel aus Bielefeld, Wislicenus aus Halle, Brausewetter aus Königsberg u. a. m. Aus

Berlin waren alle bekannten Demokraten als Deputirte der verschiedenen Clubs beim Congreß gegenwärtig, auch Held war dort als Deputirter des demokratischen Bürgerwehr-Vereins.

Schon der erste Tag des Congresses gab das Bild einer wilden Regellosigkeit, noch viel mehr aber gaben es die folgenden Tage, in denen sich ein wilder ungezügelter Enthusiasmus bemerklich machte.

Bald stellten sich verschiedene Parteien hervor, eine Linke und eine Rechte, die letztere umfaßte die constitutionell-demokratischen, so wie diejenigen republikanischen Deputirten, welche mit Ruhe und vernünftiger Ueberlegung vorwärts schreiten wollten, welche in den Principien meist eben so weit gingen als die Linke; aber glaubten, daß diese Principien nur durch eine ruhige, besonnene Consequenz ins Leben zu rufen wären. Diese Partei hieß spottweise die der blauen Republikaner, ein großer Theil derselben trat schon am zweiten und dritten Tage aus dem Congreß, weil die Linke keiner ruhigen Ueberlegung Raum geben wollte und jede gründliche Erörterung einer Frage durch wildes ungestümes Toben vollständig unmöglich machte.

Die linke Seite bestand aus den sogenannten rothen Republikanern, welche auf dem Congreß eine große Majorität hatten. Wild, feurig, stürmisch wollten sie mit glühendem Feuereifer vorwärts, ohne die zu jener Zeit so drohenden, so unglücklichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Sie täuschten sich absichtlich über ihre Stärke und ihren Anhang im Volke, und besonders in Berlin, wo sie den Heerd einer neuen Revolution zur Begründung einer socialen Republik gefunden zu haben glaubten. Sie sahen nicht die Armee von 50,000 Mann,

welche die Residenz umgürtete, nicht den kaum vernarbten Zwiespalt zwischen den Bürgern und Arbeitern, alle diese Verhältnisse übersahen sie, indem sie nur im Ideale sich bewegten.

Diese Partei hielt fest und geschlossen zusammen und siegte daher über die Rechte bei jeder Frage. Gründliche Debatten, Erörterungen kamen auf dem Congreß kaum vor, über die meisten Fragen wurde schnell abgestimmt, man wollte keine Gegengründe der ruhigen Partei hören.

Von den Gegenständen, mit denen sich der Congreß beschäftigte, heben wir besonders die Organisation der demokratischen Partei und die Verhandlungen über die Mittel, mit denen dem zur Zeit so gefährlich bedrohten Wien geholfen werden könne, hervor. In Beziehung auf die Organisation wurde ein Central-Ausschuß von drei Mitgliedern, d'Ester, Graf Reichenbach und Herxmer gewählt, welchem die Oberleitung der gesammten Demokratie in Deutschland vorbehalten blieb. Im übrigen blieb es der Hauptsache nach bei der alten Organisation mit den Kreis-Ausschüssen zur Vereinigung der Provinzen.

An die Spitze seiner Organisation stellte der Congreß folgenden Grundsatz:

„In Erwägung, daß die materielle Wohlfahrt des gesammten Volkes Grundbedingung der wahren Freiheit sei, in Erwägung, daß sämmtliche Organe der Partei von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß nur die volle und ganze politische Freiheit dem Volke diejenigen Mittel der Selbstorganisirung und diejenige Kraft der Selbstbestimmung verleihen

kann, welche der totalen Reform der Erwerbs-Verhältnisse vorangehen muß,

erklärt der zweite deutsche Demokraten-Congreß: daß nur in der demokratischen Republik die Lösung der socialen Frage möglich ist.

Um den unglücklichen Wienern zu Hülfe zu kommen, erließ der Congreß eine Proklamation an das deutsche Volk, in welcher er dasselbe aufforderte, die Regierungen zu zwingen, daß sie den Wienern zu Hülfe eilten.

Diese beiden Fragen waren die wichtigsten, welche im Congreß verhandelt wurden; die Frage, ob der Congreß sich für permanent erklären solle, wurde ebenfalls besprochen, aber obgleich die linke Seite zu diesem völlig nutzlosen Schritte große Lust hatte, doch verworfen und der Congreß am Montag, den 30. Oktober geschlossen. Viele Mitglieder der rothen Partei blieben indessen noch in Berlin und betheiligten sich, wie wir sehen werden, bei den unglückseligen Ereignissen des 31. Oktobers. Auch auf eine vom Congreß gehaltene Vols-Versammlung werden wir im nächsten Kapitel zurückkommen.

So war denn der Congreß beendet und höchst unglücklich abgelaufen, denn die demokratische Partei hatte sich auf demselben als eine höchst wilde, ordnungslose Masse ohne Organisation und Disciplin gezeigt. Wie sie sich im Sommer eben durch ihre Organisation den Regierungen furchtbar gemacht hatte, so erschien sie jetzt denselben und mit Recht vollkommen machtlos. Der Mangel an bedeutenden, Ehrfurcht gebietenden Persönlichkeiten, welche die kleinen nach Macht strebenden Talente zu zügeln vermocht hätten, war es, welcher die Partei für den Augenblick zu Grunde richtete.

Einen großen Einfluß auf den unglücklichen Ausgang des Congresses hatte auch die Nachlässigkeit des früheren Central-Ausschusses, welcher den Congreß berufen hatte, ohne ihm die geringsten Vorlagen zu machen und dadurch eine wenigstens einigermaßen regelmäßigere Thätigkeit herbeizuführen.

Der Congreß wäre vielleicht, hätte er längere Zeit zusammen bleiben können, eine ganz tüchtige Versammlung geworden, denn es fehlte in ihm nicht an hellen, wenn auch extremen Köpfen; so aber hat er durch sein Ueberstürzen, durch seine wilde zügellose Thätigkeit für die Demokratie die nachtheiligsten Folgen gehabt, indem er die innere Halt- und Machtlosigkeit der Partei offenbart und dadurch der preußischen Regierung den Muth gegeben hat, in der Art vorwärts zu schreiten, wie dies im November geschehen ist.

25.

Die Gewitterwolken, welche den politischen Horizont Preußens bedrohten, verdüsterten sich in den letzten Tagen des Oktobers immer mehr und mehr, mit jedem Tage wurde es klarer, daß ein gewaltiger Ausbruch nahe bevorstand.

Die Clubs schienen noch einmal ihre Kraft zusammen nehmen zu wollen, es wurde rückhaltsloser, kühner in ihnen gesprochen, als je vorher, es wurden sogar Geldsammlungen für nicht näher angegebene Zwecke, für Herbeischaffung von Munition in ihnen gemacht. Aber die Redner, welche in den Clubs auftraten, waren meistens neu, die bekannteren Demokraten hatten theils zu viel mit dem demokratischen Congreß zu thun, theils hatten sie sich schon jetzt mehr und mehr aus

den Clubs zurückgezogen, deren tiefe innere Zerrissenheit sie nicht mehr zu beseitigen vermochten, und in denen sie daher nichts Bedeutendes mehr wirken zu können glaubten.

Der Held'sche Social-Verein erließ zu jener Zeit sein Aufsehn machendes Riesen-Placat. Herr Held hatte einmal die rechte Stelle getroffen, er warnte vor einem nahen Belagerungs-Zustand und rieth zur Proviantirung Berlins; aber Herr Held hatte so oft unnütz geschrieen, daß jetzt, wo er einmal einen richtigen Blick in die Zukunft that, seine Stimme ungehört verhallte.

Schon am 25. Oktober zeigten sich die ersten Vorzeichen nahe bevorstehender unruhiger Bewegungen.

Die Regierung, welche sich ebenfalls zu einem nahen Kampfe rüstete, welche die öffentlichen Gebäude, die Kasernen, das Zeughaus mit Proviant versehen ließ, damit die in denselben liegenden Soldaten im Fall einer Einschließung mit Mundvorrath versehen seien, welche die Staats-Kassen aus Berlin und Breslau auf die Festung nach Magdeburg schaffen ließ, um sie der möglichen Eroberung durch das Volk zu entziehen, und um zugleich eine tüchtige Kriegs-Kasse sofort bei der Hand zu haben, ließ auch das Berliner Zeughaus mehr und mehr von Waffen ausleeren, weil leicht voraus zu sehen war, daß es bei einer neuen Revolution die erste That des Volks sein werde, das Zeughaus zu stürmen und sich der in denselben befindlichen Waffen zu bemächtigen.

Man hatte dies schon längst bemerkt und die Arbeiter waren über diese Kriegslist der Regierung wüthend, sie hielten am 25. Oktober einen der Waffenkähne an, und erst als Bürgerwehr dazu kam, wurde derselbe wieder weiter transportirt.

Es wäre bei dieser Gelegenheit fast wieder zu einem blutigen Conflikt zwischen Arbeitern und Bürgerwehr gekommen, denn der Groll vom 16. war noch nicht verraucht, er gährte noch fort und fort; aber die Arbeiter gaben dem Zureden mehrerer schnell hinzugekommenen bekannten Demokraten nach und zogen sich zurück.

Am 29. Oktober hielt der demokratische Congreß eine Volks-Versammlung unter den Zelten, Bayrhofer aus Marburg präsidirte. Es sprachen verschiedene Redner zu dem sehr zahlreich versammelten Volke, wie Berlepsch aus Erfurt, Senin aus Dresden, Silberstein aus Wien*), Brausewetter aus Königsberg und der bekannte Freischärler Bracklow aus Holstein. Auch Arnold Ruge sprach, und zwar für einen Gegenstand, für den er schon auf dem demokratischen Congreß und in der Versammlung der vereinigten Linken gewirkt hatte, für die Sache Wiens.

Es war die Nachricht gekommen, daß Wien bombardirt werde, sogar das Gerücht war verbreitet gewesen, Wien sei bereits gefallen; aber es hatte sich als falsch erwiesen.

Ruge forderte nun das Volk von Berlin auf, die Sache Wiens zu der seinigen zu machen, und an die National-Versammlung eine Monstrepetition zu richten, daß sie sich Wiens annehme; auch die Bürgerwehr sollte zu dieser Petition aufgefordert werden.

---

*) Silberstein und Senin wurden am folgenden Tage wegen ihrer unter den Zelten gehaltenen Reden verhaftet, aber bald wieder frei gelassen. Auf Bracklow wurde gefahndet, derselbe entkam jedoch, indem er sich durch Abschneiden seines großen Bartes vollkommen unkenntlich machte und so unerkannt bei den auf ihn lauernden Constablern vorbeiging.

Das leicht bewegliche Volk, welches ein tiefes Mitgefühl für die süddeutsche Schwesterstadt zeigte, jubelte dem Vorschlage zu, und die Petition ward beschlossen; jene Petition, welche die unglückseligen Scenen des 31. Oktobers bewirken sollte.

Schon am 30. Oktober waren die Straßen Berlins ungemein bewegt, an allen Ecken, auf allen freien Plätzen bemerkte man Gruppen, in denen das Schicksal Wiens das Tagesgespräch bildete, und in denen mitgetheilt wurde, daß am folgenden Tage, am 31., der National-Versammlung eine Petition des Volkes von Berlin, im Interesse der Wiener, überreicht werden solle; die Ueberreichung sollte von einer Deputation geschehen, die das Volk begleiten möge.

In der That cirkulirte in den Clubs und Vereinen der Stadt, so wie auch unter einem Theil der Bürgerschaft, eine solche Petition an die National-Versammlung, welche sich schnell mit Unterschriften bedeckte. Besonders im Handwerker- und Maschinenbauer-Verein fand sie rege Theilnahme.

Am 31. Oktober gegen Mittag sammelten sich auf dem Alexanderplatz die Unterzeichner der Petition, um die Deputation zu begleiten, welche die Schrift der National-Versammlung übergeben sollte. Ein großer Zug von wohl mehreren Tausend Männern setzte sich nach Zwölf in Bewegung und schritt die Königs-Straße entlang, beim Schloß und der Katholischen Kirche vorbei, nach dem Gensd'armenmarkt. An der Spitze des Zuges schritten als die Führer desselben Arnold Ruge, der Vater Karbe und Linden-Müller.

Auch einige Fahnen sah man bei dem Zuge; besonders bemerklich machten sich die rothen des Clubs der politischen Ecke und des Linden-Clubs, auf deren Präsidentschaft Müller

seinen Stolz setzte. Mochten diese Fahnen auch bei einem fröhlichen Feste, wie bei dem Festzuge nach dem Kreuzberge am 6. August, wohl als heitere Sinnbilder des Berliner Straßenlebens an ihrer Stelle sein, so störten sie doch jedenfalls den Ernst und die Würde, welche eine, wenn auch unzeitgemäße, so doch sicherlich nicht lächerliche Petition zu Gunsten der Wiener Freiheitshelden hätte haben müssen.

Wir nannten die Petition eine unzeitgemäße und sie war es in der That. Denn sicherlich war die Zeit der Schwäche innerlich der demokratischen Partei und die Stärke der Reaction nicht geeignet zu einer solchen Petition, welche sicherlich keinen Erfolg haben konnte, denn wenn auch die National-Versammlung auf dieselbe einging, so gab es doch in jener Zeit kein Mittel, die Regierung zu zwingen, auf den Willen der National-Versammlung einzugehen. — Die Tage des März waren längst vorüber!

Vor dem Schauspielhause machte der Zug Halt und eine Deputation, an deren Spitze sich Arnold Ruge befand, begab sich in das Gebäude, um die Petition zu überreichen. Eine ungeheure Volksmasse hatte sich während dieser Zeit auf dem Gensd'armenmarkt gesammelt und erwartete daselbst den Bericht der Deputation. Die Treppen des Hauses waren förmlich belagert von den Wartenden, der große Platz glich einem wogenden Menschenmeer.

Nach kurzer Zeit kam die Deputation zurück, Ruge stellte sich auf die große Freitreppe des Schauspielhauses und erstattete von dort us Bericht über das Ergebniß seiner Sendung. Er hatte die Petition dem Abgeordneten d'Ester übergeben, am Abend schon solle sie in der Abend-Sitzung der National-Versammlung zur Sprache kommen, Waldeck, der

allgemein verehrte Deputirte Berlins, werde einen Antrag im Sinne der Petition stellen.

Ruge fügte seinem Bericht eine Einladung an das Volk bei, sich am Nachmittage des folgenden Tages vor den Zelten einzufinden, um dort nähere Nachricht über den Erfolg der Abend-Sitzung zu empfangen.

Das aber war keineswegs nach dem Sinn der Versammelten, welche zum Theil aus Neugierigen, zum größeren Theil aber aus den unruhigsten, alle Zeit schlagfertigen Elementen der Berliner Straßen-Demokratie bestanden.

Unter wüstem Geschrei wurde gefordet, die National-Versammlung solle gleich berathen, der unvernünftige Vorschlag fand indessen wenig Anklang, desto mehr hingegen der, daß man sich am Abend wieder zur Stelle finden wolle, um das Resultat der Berathung abzuwarten. Vergeblich sprachen verschiedene Redner zur Beruhigung des Volkes, ihre Stimmen, selbst die der so beliebten Volksmänner Karbe und Müller, verhallten in dem Lärm zum Theil ungehört, gewiß aber unbeachtet.

Während dieser Zeit waren auch die Mitglieder des Handwerker- und Maschinenbauer-Vereins, welche die Petition mit unterschrieben hatten, angekommen, um bei der Uebergabe derselben gegenwärtig zu sein. Dem Einfluß dieser ruhigen und vernünftigen Männer gelang es, eine ruhigere Stimmung zu erzeugen, und so verlief sich bald die Menge, aber mit dem festen Vorsatz, am Abend wieder zu kommen. Bevor die Versammlung auseinander ging, theilte noch ein Redner einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der eben geschlossenen National-Versammlung mit, in welcher der Adel

und die Orden abgeschafft worden waren; dies erregte einen allgemeinen stürmischen Jubel.

Schon am Nachmittage war der Gensd'armenmarkt sehr belebt und mit jeder Stunde füllte er sich mehr und mehr, denn in ganz Berlin hatte sich das Gerücht verbreitet, daß es zu unruhigen Auftritten kommen werde, wie denn ein jedes solches Gerücht mit Blitzesschnelle die große Stadt durchläuft.

Die Menge hatte sich anfangs in einzelne Gruppen auf dem Platze zerstreut, in deren jeder irgend einer der bekannten Volksredner den Mittelpunkt bildete. In den meisten solcher kleinen Versammlungen hörte man zur größten Ruhe rathen, damit die Verhandlungen der National-Versammlung nicht gestört würden, und nicht etwa die Abstimmungen derselben als erzwungen erscheinen möchten.

Erst als es dunkel zu werden anfing, concentrirte sich die ganze waffenlose Menge mehr um das Schauspielhaus, sie mochte ungefähr zwei bis dreitausend Mann stark sein, und vermehrte sich auch anfangs nicht sehr stark, denn ein kalter Regen hielt die nur Neugierigen in den Häusern zurück, während er es doch nicht vermochte, den Auflauf ganz zu zerstreuen.

Die Menge hielt sich anfangs ziemlich ruhig, erst das Nahen einer Anzahl der noch in Berlin zurückgebliebenen fremden Mitglieder des demokratischen Congresses, welche jubelnd begrüßt wurden, erregte einigen Tumult.

Je weiter indessen der Abend vorrückte, je tumultuarischer wurde die Menge vor der National-Versammlung. Einige Männer, Arbeiter dem Aeußern nach, zogen fort, begleitet von einem Rudel tobender Jungen, und brachen in

die nahe gelegenen Spritzenhäuser ein, aus denen sie die dort vorräthig liegenden Fackeln entnahmen, und mit diesen kehrten sie wieder nach dem Schauspielhause zurück.

Vor dem Hause entwickelte sich jetzt eine ganz eigenthümliche wild-romantische Scene.

Die Fackeln wurden angesteckt und beleuchteten mit ihrem rothen, grellen Lichte die dicht um das Schauspielhaus gedrängte Menge. Ein Paar rothe Fahnen erschienen des Abends nach 8 Uhr und wurden vor der Haupteingangsthür aufgepflanzt. Eine wilde Bande sammelte sich um diese Fahnen, welche, vom Licht der Fackeln beleuchtet und von den wilden Gesichtern der in zerrissene Lumpen gekleideten Männer aus den untersten Volksklassen umgeben, einen ganz eigenthümlichen Eindruck machten. Zu ihnen strömten daher auch die meisten Neugierigen, angelockt durch das merkwürdige, in Berlin ganz neue Schauspiel.

Verschiedene Redner traten in den Volkshaufen auf; aber die meisten sprachen ohne Erfolg und wurden zum Theil sogar verhöhnt, wenn sie zur Ruhe reden wollten. Das Volk war fanatisirt worden, theils in der Volks-Versammlung vom 29., theils auch am selben Abend von einigen Führern der extremen demokratischen Partei, welche die Aufregung am 31. Oktober über die Wiener Verhältnisse zu einem radikalen Schritt gegen die ihnen nicht weit genug gehende National-Versammlung glaubten benutzen zu können; wo daher Redner dieser Fraction auftraten, da fanden sie unter der wüthend gemachten Menge, welche die Vernunft vollständig verloren zu haben schien, den größten Anklang, vollständige Sympathieen. Unter den Rednern dieser Partei wurde besonders an jenem Abend ein sonst sehr unbedeutender Mensch, ein Post-

Secretair, welcher sich als Deputirter beim demokratischen Congreß befunden hatte, einflußreich. Er trat nämlich auf und berichtete, er habe mit dem Deputirten d'Ester gesprochen, und dieser habe ihm den Auftrag gegeben, dem Volke zu sagen, daß es das Sitzungs-Lokal der National-Versammlung nicht verlassen und wohl überwachen möge, damit sich keiner der volksfeindlichen Deputirten der Rechten unbemerkt daraus entfernen könne. Bei dem Waldeck'schen Antrag zu Gunsten der Wiener werde auf namentliche Abstimmung angetragen werden, damit das Volk Gelegenheit habe, seine Feinde kennen zu lernen.

Diese Rede wurde mit Jubel aufgenommen*) und in Folge derselben wurden sofort alle Thüren des Schauspielhauses verschlossen. Arbeiter mit Fackeln stellten sich vor denselben auf und ließen Niemand aus dem Hause, damit auch nicht einer der Deputirten der Rechten unbemerkt entwischen könne.

Vergeblich warnten mehrere der ruhigen Führer der demokratischen Partei, welche den angestifteten Unfug mit Schrecken beobachteten und die Folgen desselben fürchteten, vor einem so thörichten Unternehmen, sie erhielten nur die Antwort, der Deputirte d'Ester habe die Schließung der Thüren befohlen, dem müsse man folgen; vergeblich traten sogar einige sonst sehr beliebte und einflußreiche Deputirte der Linken, wie z. B. Berends, vor das Haus, und sprachen beruhigend zum Volke; ihre Worte verhallten ohne allen Erfolg.

*) Wir haben wohl kaum nöthig zu bemerken, daß der Redner einen so unsinnigen Auftrag vom Abgeordneten d'Ester niemals empfangen hatte, sondern diese Angabe nur als Mittel zum Zweck gebrauchte.

Die Menge war einmal fanatisirt, sie wollte sich nicht mehr beruhigen lassen, die Aufreizungen der extremen Partei, der sogenannten rothen, hatten sie zu einem Muth angestachelt, wie nie zuvor. Die verblendeten Führer jener Fraction hatten Hand in Hand mit der Reaction gearbeitet, ohne es zu wissen, denn auch die Emissaire dieser Partei waren sehr thätig und bemühten sich, das Volk zu allen möglichen Gewaltthätigkeiten anzutreiben; sie fanden leider nur zu williges Gehör.

Fremde Leute trieben sich unter der Volksmenge umher und ermunterten sie, bei dem begonnenen Werke zu verharren und sich nicht durch die Worte der Blauen bereden zu lassen. Heut sei der Tag, wo das Volk von Berlin sich zeigen könne, die Deputirten der Rechten und die Minister müßten alle aufgehängt werden.

Diese guten Rathschläge hatten denn auch zur Folge, daß einige der fanatisirtesten Arbeiter sich in der That mit Stricken bewaffneten, um sobald als möglich zum Aufhängen zu schreiten.

Mit solchen Rathschlägen gingen die Emissaire der Reaction von einer der Gruppen zur andern, und entfernten sich immer schnell, wenn sie bemerkten, daß ihre Worte Boden gefunden hatten. Mehrere der ruhigeren Demokraten, welche sich vergeblich bemühten, Vernunft zu predigen, wurden aufmerksam auf dies Treiben und paßten nun scharf auf, um einen dieser Emissaire zu entlarven und der gerichtlichen Bestrafung zu übergeben.

Lange war alle Mühe vergeblich, denn diese Männer entfernten sich immer schnell wieder, nachdem sie ihren Unkrautsamen ausgestreut hatten; endlich aber gelang es dem

Herrn von Hochstetter, einen Menschen, welcher sich für einen Polen ausgab und überall laut Hängen und Scandal predigte, auf frischer That zu ertappen und zu verhaften. Derselbe wurde sofort zum Arrest gebracht.

Während so vor dem Schauspielhaus sich das Volk drängte, während die Thüren von Fackelträgern besetzt waren und keiner der Deputirten aus dem Hause gelassen wurde, war im Concert-Saale eine interessante und spannende Debatte im Gange.

Kurz nach 5 Uhr war die Sitzung durch den Präsidenten von Unruh eröffnet worden. Es wurde zuerst ein Schreiben des Minister-Präsidenten verlesen und mit allgemeinem Beifall begrüßt, in welchem dieser der Versammlung mittheilte, daß der König das von der National-Versammlung entworfene Jagd-Gesetz sanctionirt habe.

Dann kam die Wiener Frage zur Debatte und zwar der von Waldeck und vielen Mitgliedern der Linken gestellte Antrag.

Der Antrag des Abgeordneten Waldeck und Genossen lautete:

> „Die hohe National-Versammlung wolle beschließen, das Staats-Ministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten."

Die Unterstützung erfolgte sehr zahlreich, ebenso die des folgenden Amendements von Rodbertus und Genossen:

> „Die Versammlung wolle beschließen, Sr. Majestät Regierung aufzufordern, bei der Central-Gewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit

unterlag und das linke Centrum einen Sieg feierte, war draußen das Volk immer unruhiger geworden.

Die vor dem Sitzungs-Lokal Stehenden waren vom Gange der Debatte fortwährend unterrichtet worden, indem einzelne Demokraten von den Zuhörer-Tribünen heraus gekommen waren, um die Verhandlungen mitzutheilen.

Als sich die Nachricht verbreitete, der Waldeck'sche Antrag sei verworfen, aber wahrscheinlich werde das Amendement Rodbertus angenommen werden, da brach die Wuth des Volkes in lichte Flammen aus.

„Was sollen wir mit der Reichs-Polizei, eine Krähe hackt der andern nicht die Augen aus, der Erzherzog Johann wird nichts gegen den Kaiser von Oesterreich, seinen Verwandten, unternehmen zu Gunsten der unglücklichen Wiener!" so riefen verschiedene Redner dem Volke zu, und ihre Worte fanden Anklang; immer wilder, immer stürmischer wurde die tobende Menge, welche noch fortwährend durch die Reden der extremen Demokraten, so wie der Emissaire, aufgereizt wurde.

Die Rechte und die Minister sollten aufgehängt werden, das war jetzt fest beschlossen, und die Wachsamkeit der Fackelträger an den Thüren des Schauspielhauses wurde daher verdoppelt.

Fragen wir nun, was thaten während dieser ganzen Zeit die Behörden, wo war die Bürgerwehr, deren Aufgabe es doch sein mußte, sowohl die Ordnung und das Gesetz, als die durch die Excesse vor dem Schauspielhaus bedrohte Freiheit zu schützen? Bei der Beantwortung dieser Frage ergiebt sich wieder ein sehr schwerer Verdacht gegen Herrn Rimpler, den Kommandeur der Berliner Bürgerwehr!

Herr Rimpler hat sich an jenem Abend entweder wieder als vollkommen unfähig, seinem wichtigen Amte vorzustehen, oder, was noch schlimmer wäre, als ein Verräther an der Freiheit des Volkes, als ein Begünstiger reactionairer Pläne, dadurch erwiesen, daß er die Excesse des 31. Oktobers geschehen ließ, während es ihm doch ein Leichtes gewesen wäre, dieselben selbst ohne die Anwendung von Schußwaffen zu verhüten.

Während Herr Rimpler am 16. Oktober die völlig unschädlichen Barrikaden der Arbeiter stürmen ließ und dadurch eilf Menschenleben opferte, während er damals Militairhülfe requirirte und dadurch das Signal gab zu einem blutigen Bürgerkriege, blieb er am 31. Oktober, wo es galt, die Freiheit des Volkes in seinen Vertretern zu schützen, fast vollkommen unthätig. Erst am späten Abend gab er Lebenszeichen von sich, aber solche, welche nicht geeignet waren, ihn von dem Verdacht zu reinigen, als stecke er mit der Reaction, welche in der damaligen Zeit jede Emeute, jeden Bürgerkampf in den Straßen Berlins begünstigte, unter einer Decke.

Herr Rimpler wußte, wie die ganze Stadt, im Voraus, daß der Gensd'armenmarkt am Abend des 31. Oktobers der Schauplatz unruhiger Auftritte sein werde; die Pflicht gebot ihm daher, vorsorgliche Maßregeln zu treffen.

In der That war auch eine Abtheilung Bürgerwehr ins Schauspielhaus gelegt, um die Deputirten vor einem etwaigen Ueberfall zu schützen; aber eine so schwache Maßregel genügte bei der allgemeinen Aufregung bei weitem nicht, es mußte auch die ganze Kraft der Bürgerwehr aufgeboten werden, und sogar die Anwendung der Waffen war bei dieser Gelegenheit vollkommen gerechtfertigt, um die tumultuarischen

Volkshaufen vor der National-Versammlung zu zerstreuen und die unwürdige Absperrung der Eingangsthüren, die Besetzung derselben mit Fackelträgern und rothen Fahnen, zu verhindern.

Dies wäre in der That auch etwas sehr Leichtes gewesen, denn mit einigen Bataillons Bürgerwehr, welche mit gefälltem Bajonett im ruhigen Schritt, den Trommelschläger voran, vorwärts gingen, konnte, wie dies bei anderen Gelegenheiten ja oft genug geschehen ist, der ganze, auf dem Gensd'armenmarkt versammelte Volkshaufen von etwa 2000 bis 3000 Mann sehr leicht auseinander getrieben werden, vielleicht sogar ohne das geringste Blutvergießen; denn unter den Versammelten selbst befanden sich sehr Viele, welche die ganze Scene im höchsten Grade mißbilligten und der Bürgerwehr gern förderlich gewesen wären.

Dies geschah aber nicht. Erst gegen Abend ertönte das Signalhorn. Einige Bataillone waren in der Umgegend consignirt; aber sie schritten erst ein, als schon längst die Thüren des Schauspielhauses besetzt waren. Herr Rimpler selbst befand sich während dieser Zeit, wie verlautet, mit seinem Stabe im Schauspielhause und wurde daher mit eingeschlossen; dies ist auch als eine Entschuldigung für ihn gesagt worden, deshalb habe er nicht die nöthigen Befehle geben können.

Wer indessen die Scenen jenes Abends selbst mit durchlebt hat, wird sehr wohl wissen, daß eine solche Entschuldigung ganz ungegründet ist, denn es wäre anfangs sehr leicht gewesen, unangefochten aus dem Schauspielhause zu kommen, oder durch einen unverfänglichen Boten Befehl an die consignirten Bürger-Bataillone zu senden; die Absperrung des Herrn Rimpler scheint daher entweder eine freiwillige gewesen

zu sein, oder sie geht aus einer vollkommenen Rath- und Thatlosigkeit hervor.

Endlich gegen 9 Uhr entschloß sich die Bürgerwehr, dem Unfug zu steuern. Ein Bataillon rückte vor; aber jetzt war das Vorrücken schon nicht mehr leicht, denn die Menschenmasse hatte sich bereits ungeheuer vermehrt, auf dem Gensd'armenmarkt stand Kopf an Kopf. Dessen ungeachtet machte die Bürgerwehr sich Platz, drängte das Volk vor sich her, wobei besonders in der Charlotten-Straße einige leichte Verletzungen vorkamen, und marschirte nach dem Schauspielhause.

Das Volk hatte sich mittlerweile um die Fahnen und Fackeln gesammelt, es war durch die aufregenden Reden und den Scandal selbst so wüthend geworden, daß ein Kampf mit der Bürgerwehr wahrscheinlich war, wenn dieselbe weiter vorrückte, wie denn auch schon einige Bürgerwehrmänner durch Schläge mit brennenden Fackeln nicht unerheblich verletzt worden waren.

Da erschienen plötzlich, ihrem Plakat zu Folge, die Maschinenbauer mit einer weißen Fahne, um sich zwischen Volk und Bürgerwehr zu stellen, und so einen Kampf, der von verderbenbringender Folge sein mußte, unmöglich zu machen.

Die Maschinenbauer wurden vom Volk mit Jubel begrüßt, auch die Bürgerwehr begrüßte sie freudig, nachdem sie zuerst gestutzt, aber bald erkannt hatte, daß sie einen Freund und nicht, wie sie zuerst geglaubt, einen neuen Feind vor sich habe.

Alles schien sich jetzt von selbst ordnen zu wollen, die Maschinenbauer hatten das Schauspielhaus besetzt, die Deputirten konnten ruhig passiren, denn sie waren durch dies

ehrenwerthe Corps geschützt, da sollte plötzlich ein neuer Vorfall wieder neue Unruhe, neue Aufregung verbreiten.

Als sich die Maschinenbauer dem Schauspielhause genähert hatten, war ihnen Herr Rimpler selbst entgegen gezogen, hatte sie freudig begrüßt und ihnen eine Stellung zum Schutze des Haupteingangs am Schauspielhause angewiesen; dessen ungeachtet aber drang ganz urplötzlich eine Bürgerwehr-Compagnie vom achten Bataillon auf die waffenlosen Friedensstifter ein, welche keinen Angriff vermutheten. Dem Träger der weißen Friedensfahne wurde von einem Offizier der Bürgerwehr ein Finger abgehauen, den man am anderen Tage auf dem Platze fand, und mehrere Maschinenbauer wurden mehr oder weniger schwer durch Bajonettstiche verwundet, einer so schwer, daß er nach wenigen Stunden starb.

Dieser mörderische Ueberfall, diese furchtbare Treulosigkeit erregte eine allgemeine Wuth und Entrüstung. Mit einem Wuthgeschrei zogen sich die Maschinenbauer zurück, um ihre Gewehre zu holen, und einen Vernichtungskampf zu beginnen gegen diese treulosen, blutgierigen Bürger; nur den dringenden Bitten ihrer Führer, welche das ganze Unglück einem schrecklichen Mißverständniß zuschrieben, gelang es, die aufgeregten Männer von ihrem Vorsatz abzubringen.

Herr Rimpler, welcher sich selbst zu den Maschinenbauern begab, um die Schuld an dem unglückseligen Ereigniß von sich abzuwälzen, wurde von ihnen sehr schlecht empfangen.

Auf der eigentlichen Ursache dieses merkwürdigen Zusammenstoßes der Bürgerwehr mit den unbewaffneten Friedensstiftern ruht noch immer ein räthselhaftes Dunkel, denn noch immer hat Herr Rimpler sich nicht von dem schweren, auf ihm lastenden Verdacht gereinigt, als habe er diese Blutscenen

absichtlich oder durch seine grenzenlose Unfähigkeit zum Kommando herbeigeführt. Ein Plakat des achten Bataillons besagte geradezu, daß die betreffende Compagnie nur auf speciellen Befehl des Herrn Rimpler die Maschinenbauer angegriffen habe.

Der blutige Angriff auf die Maschinenbauer hatte eine furchtbare Aufregung unter dem Volke hervorgebracht. Die Verwundeten waren in benachbarte Häuser getragen worden, und vor diesen standen dichte Menschengruppen, welche sich die Vorfälle des Abends erzählten und sich dadurch immer wieder aufs Neue aufregten.

Die Volksmassen blieben bis in die tiefe Nacht hinein versammelt, trotz des kalten Oktoberwindes und obgleich die Bürgerwehr den Gensd'armenmarkt besetzt hielt. Spät in der Nacht, gegen 3 Uhr, sollte es sogar noch einmal zu unruhigen Auftritten kommen.

Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, im Schauspielhause würde eine Anzahl Gefangener gehalten, und unter diesen seien auch viele Maschinenbauer. Eine große Volksmenge versammelte sich bald wieder und forderte ungestüm die Befreiung dieser Gefangenen, das Volk war entschlossen, dieselben nöthigenfalls mit Gewalt zu befreien; aber dies wurde nicht nöthig, indem auf die Bitte einer Deputation die Gefangenen befreit wurden. Maschinenbauer befanden sich unter denselben indessen nicht.

Während diese Ereignisse, welche wir so eben geschildert haben, sich auf der Straße zutrugen, befanden sich die Abgeordneten selbst in einer ganz eigenthümlichen Lage.

Die Sitzung war bereits geschlossen, die Bänke der Abgeordneten hatten sich geleert, die Versammlung war nicht mehr beschlußfähig, da erklärte plötzlich der Abgeordnete Som-

mer, die Versammlung befände sich im Belagerungs-Zustande, man könne nirgends hinaus, auch Abgeordnete der Linken bestätigten dies.

Mittlerweile waren die Maschinenbauer gekommen und die Eingänge waren frei; der Abgeordnete Schramm (Langensalza) erfuhr dies in einer Unterredung durch das Schlüsselloch, er öffnete darauf mit einem Schlüssel, den er von der im Innern des Gebäudes aufgestellten Bürgerwehr erhielt, die Thür, und fand den Ausgang frei.

Schramm trat heraus, erklärte, in die Höhe gehoben, der Menge die Beschlüsse der National-Versammlung, und erhielt dann das Versprechen, daß man ein Spalier bilden und sowohl die Abgeordneten, als die Minister frei passiren lassen wolle. Auch die andere Thür in der Charlotten-Straße war mittlerweile frei geworden, und durch diese wurde nun der alte General Pfuel durch Jung, Jacobi und Schramm geführt. — Niemand that ihm etwas zu Leide.

In Jung's Wohnung in der Charlotten-Straße blieb Pfuel, weil er noch immer fürchtete, von der Menge erkannt und insultirt zu werden; erst gegen 12 Uhr in der Nacht wurde er von Jacobi und Jung nach seinem Hotel geleitet.

Betrachten wir schließlich noch einmal die Ereignisse des 31. Oktobers, so haben wir den schon ausgesprochenen Worten der Mißbilligung und Entrüstung, sowohl über die Scandalscenen selbst, als über den unpolitischen Antrag der Linken, nichts mehr hinzuzufügen, aber wir haben die Genugthuung, unsere Leser aufmerksam zu machen auf die ruhige Würde der National-Versammlung, welche, umlagert von tobenden Volksmassen, eng eingeschlossen durch eine wüthende,

mordschreiende Menge, doch sich nicht einschüchtern ließ, ihren Grundsätzen nicht untreu wurde.

Mochten auch einige Abgeordnete durch physische Furcht bedrückt werden, wie z. B. der ehrenfeste Abgeordnete Pieper, der einen gewissen, sehr übelriechenden Bequemlichkeitsort sich als Zuflucht aussuchte, so hatte deren kleinliches Gefühl doch auf die Versammlung gar keinen Einfluß.

Der Waldeck'sche Antrag wurde als unpolitisch verworfen, obgleich die wüthenden Volksmassen seine Annahme forderten, auch nicht eine Stimme ging aus Furcht zur Linken über; alle diese viel verschrieenen Deputirten bewiesen sich als furchtlose Volks-Vertreter, sie blieben, trotz aller Gefahr, ihrer Ueberzeugung treu.

Das Rodbertus'sche Amendement hingegen wurde angenommen, als eine Pflicht der National-Versammlung gegen die Wiener; aber es wäre auch angenommen worden ohne die Volksmassen, welche die Versammlung umlagerten.

Es ist ein vollkommener Unsinn, zu behaupten, die Abstimmung der National-Versammlung am 31. Oktober sei keine freie, sondern eine vom Pöbel erzwungene gewesen, da diese Abstimmung geradezu gegen die Forderungen ausfiel, welche das, die Versammlung umlagernde Volk gestellt hatte.

26.

Ehe wir weiter gehen in der Erzählung der wichtigen, jetzt folgenden Ereignisse, müssen wir mit wenigen Worten zurückkehren zur Thätigkeit der National-Versammlung während der verflossenen Zeit.

Die National-Versammlung hatte mit der Berathung

des Jagd-Gesetzes einen freieren, volksthümlicheren Weg eingeschlagen, als je zuvor. Die Parteien in der Versammlung waren jetzt sehr scharf gesondert, die eigentliche Linke bildete eine sehr starke, fest zusammenhängende Fraction, und sie gewann in Verbindung mit den Parteien des Centrums, welche den Ausschlag gaben und sich der Linken mehr und mehr zuneigten, sehr oft die Majorität.

Besonders zeigte sich dies bei den Berathungen über die unentgeltliche Aufhebung bäuerlicher Lasten, bei welchen selbst viele Mitglieder der Rechten sich auf die Seite der freisinnigen Parteien neigten.

Noch mehr zeigte sich aber das Bestreben der Versammlung, sich auf die linke Seite zu neigen, bei der Berathung des Verfassungs-Entwurfs, wie er von der Commission der Versammlung vorgelegt worden war.

Am 22. Oktober begann die Berathung dieses Verfassungs-Entwurfs.

Schon die Einleitungs-Formel rief eine sehr lebhafte Debatte hervor. Es handelte sich um die Streichung des Wortes „Von Gottes Gnaden" im Titel des Königs, wie der Abgeordnete Schneider beantragt hatte.

Die veraltete Formel war von höherer Wichtigkeit, als es auf den ersten Anblick schien, denn der Stolz der Hohenzollern hielt fest an dieser Formel und mußte sich tief beleidigt fühlen, wenn in der National-Versammlung Worte fielen, wie das des Abgeordneten Schulz von Delitzsch, welcher ausrief: — „Wenn eine Firma bankerutt mache, so nehme man sie nicht in das neue Geschäft hinüber, der Absolutismus habe bankerutt gemacht, man möge deshalb auch seine Formel, das Wort: „Von Gottes Gnaden", fallen lassen."

Die Rechte kämpfte mit aller Kraft, mit Gründen der Religion und Politik für die veraltete Formel, aber vergeblich, sie fiel. 217 gegen 134 Stimmen waren für die Streichung des Wortes „Von Gottes Gnaden", und zur Majorität gehörte auch das Centrum (Unruh, Kosch, Moritz, Haase).

Wie tief der König durch die Streichung dieser drei Worte in seinem Stolz verletzt wurde und wie er auch nicht einen Augenblick daran dachte, dem Beschlusse der National-Versammlung Folge zu geben, geht am allerbesten aus den Antworten hervor, welche er am 15. Oktober, seinem Geburtstage, den verschiedenen Beglückwünschungs-Deputationen gab. Auch durch die Verfassung vom 5. Dezember, welche das Wort „Von Gottes Gnaden" an ihrer Spitze trägt, hat der König die Wichtigkeit hinlänglich bewiesen, welche er auf die alte und verzopfte Formel legt; freilich, um mit dem Abgeordneten Schulz (Delitzsch) zu reden, das bankerotte Königthum von Gottes Gnaden hat sich wieder erholt, der alte Absolutismus blüht jetzt wieder kräftig empor, — bis aufs Neue die Märzstürme über Europa dahin brausen werden, um ihn mit Wurzeln auszureißen und zu ertödten.

Ebenso wie in der Frage über das „Von Gottes Gnaden" siegte die Linke auch in der über die Abschaffung des Adels. Der Adel wurde aufgehoben, die Orden abgeschafft und der Gebrauch adliger Titel in öffentlichen Urkunden verboten.

Die National-Versammlung hatte durch diese Beschlüsse einen großen, kühnen Schritt vorwärts gethan, sie hatte sich mit einem Male auf den Boden der Revolution gestellt, hatte die Vorurtheile der alten Zopfzeit von sich geworfen und ein

echt demokratisches Wirken begonnen, indem sie die Gleichberechtigung Aller im Staate anerkannte und den Adel, so wie die Titel und die Orden abschaffte; aber sie hatte dies Alles zu spät gethan.

Hätte die National-Versammlung einige Monate früher den Weg eingeschlagen, auf dem sie sich gegenwärtig befand, dann wäre es ihr leicht möglich geworden, die Regierung zurückzudrängen in die constitutionelle Form, ihr das Rückstreben nach dem Absolutismus abzuschneiden, sie hätte damals eine mächtige Stütze gefunden in dem Volke, welches noch kraftvoll dastand, einer ohnmächtigen Regierung gegenüber.

Aber damals hatte die Versammlung nicht den Muth gehabt, kräftig aufzutreten gegen die Regierung, denn den Centren schwebte damals das blutige Gespenst der rothen Republik vor, welche sie um jeden Preis zu bekämpfen trachteten.

So litt denn die Versammlung, daß die Regierung sich mit jedem Tage mehr und mehr kräftigte, ja sie beförderte das Wachsthum der königlichen Macht sogar und baute dadurch selbst das Schaffott, auf dem sie sterben sollte.

Anstatt sich auf das Volk zu stützen, aus dem sie entsprossen war, stützte die Versammlung sich auf die Regierung, und diese ging mit ihr so lange Hand in Hand, als sie der Versammlung bedurfte.

Jetzt stand die Regierung schon wieder kräftig da, die preußischen Truppen waren zurückgekehrt aus Schleswig und standen als eine furchtbare, kampfgerüstete Armee vor den Thoren Berlins, Alles war vorbereitet zu einem mächtigen Schlage, und jetzt wagte es die National-Versammlung,

revolutionair zu werden, der Regierung die alten, kräftigsten Stützen zu rauben, das Adels-, Ordens- und Titelwesen. — Das war jedenfalls eine verfehlte Zeit, die National-Versammlung hatte sich selbst ihr Todes-Urtheil gesprochen, sie war nicht mehr zu retten.

Wir haben jetzt mit wenigen Worten dem Leser die wichtigsten Beschlüsse der National-Versammlung in den vergangenen Wochen mitgetheilt und eilen nun weiter in der Geschichte Berlins, welche vom 31. Oktober an mit jedem Tage interessanter und ereignißreicher wurde.

Die Vorgänge des 31. Oktobers hatten in Berlin eine große Aufregung hervorgerufen. Die Bürgerschaft war entrüstet über den Zwang, den man der National-Versammlung hatte anthun wollen, zu gleicher Zeit aber auch über das Einschreiten des Kommandeurs der Bürgerwehr gegen die friedenstiftenden Maschinenbauer.

Der Morgen des 1. November brach an, alle Straßen waren belebt, besonders fanden sich auf dem Gensd'armen-Markt viele Menschen, welche den Schauplatz der Scenen des vergangenen Abends betrachteten, da wurde am Schauspielhaus am 1. November ein Plakat des Ministers Eichmann angeschlagen, welches eine tiefe Entrüstung erregte. Es lautete folgendermaßen:

„Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der National-Versammlung legen der Regierung die unabweisbare Pflicht auf, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Excesse, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, so-

bald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und **vollständig** genügt, **sofort die bewaffnete Militairmacht zu requiriren** und nach §. 78 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 17. vor. Mts. in Thätigkeit treten zu lassen. — Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht."

Berlin, den 1. November 1848.

Der Minister des Innern.
Eichmann.

Das hieß, den Berliner Bürgern geradezu mit der Faust ins Gesicht schlagen. Ein königliches Versprechen bestand, daß das Militair bei Unruhen nicht ohne Einwilligung der städtischen Behörden und der Bürgerwehr herbeigezogen werden dürfe, und jetzt wagte es der Minister Eichmann, diesem Versprechen entgegen, die obige Bekanntmachung anzuschlagen.

Ein königliches Versprechen wurde also ohne Weiteres von einem Minister desavouirt, der beste Beweis, daß die Regierung jetzt beabsichtigte, Ernst zu machen, und endlich jene Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen, welchen sie unfreiwillig an den Tag gelegt hatte, abzuschütteln.

Der Bürgerwehr-Commandeur, Herr Rimpler, fand sich natürlich durch diese Bekanntmachung im höchsten Grade verletzt, er protestirte deshalb in einem Gegen-Plakat energisch gegen dieselbe; das war aber auch Alles, was er that und thun konnte.

Die Contre-Revolution, welche mit dem Eichmann'schen Plakat begonnen war, nahm jetzt ihren schnellen Fortgang.

Als am 2. November die National-Versammlung zu

ihrer 92sten Sitzung zusammen kam, fand sie den Ministertisch leer; aber es war ein Schreiben des Minister-Präsidenten von Pfuel eingelaufen, worin dieser die Versammlung benachrichtigte, daß er aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung genommen habe; ein anderes Schreiben des Generals Grafen von Brandenburg zeigte an, daß derselbe vom König mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden sei, und daß er daher der Versammlung anheimgebe, die Sitzungen so lange zu suspendiren, bis das Ministerium gebildet worden sei.

So war denn also das Ministerium Pfuel zurückgetreten ohne eine eigentlich constitutionelle Veranlassung, denn es hatte ja bisher immer noch die Majorität in der National-Versammlung gehabt.

Der Rücktritt des Herrn von Pfuel kam nicht unerwartet, man sprach schon längst von demselben, denn schon oft (drei Mal) hatte Herr von Pfuel seine Demission eingegeben, ohne sie erlangen zu können, schon einmal war dem Grafen Brandenburg die Präsidentur des Ministeriums angeboten worden; aber dieser hatte sie nicht annehmen können, wie es heißt, weil er kein Ministerium zu bilden vermochte. Auch jetzt zweifelte das Volk noch daran, daß dem Herrn von Brandenburg die Bildung eines Ministeriums gelingen möchte, denn es schien nicht möglich, daß sich ein Ehrenmann dazu entschließen könnte, eine Ministerstelle anzunehmen unter der Präsidentur des uns durch seinen Armee-Befehl unrühmlich als wüthender Reactionair bekannten Grafen Brandenburg. Eine Stelle in einem solchen Ministerium einnehmen, hieß ja von vorn herein sich als den Feind des Volkes bezeichnen. — Man sollte sich indessen täuschen, denn an

die Möglichkeit eines Herrn von Manteuffel, eines Ultra-Rechten auf dem Vereinigten Landtage, dachte man in der That nicht; man konnte nicht glauben, daß die Krone bis hinter den 3. Februar 1847 zurückschreiten wollte.

Der Zurücktritt des Herrn von Pfuel wurde nicht gerade bedauert, denn Herr von Pfuel war nie populair gewesen; aber doch folgte ihm der Ruf eines redlichen Mannes, der seine hohe Stellung verlassen hatte, weil er sich von der Kamarilla nicht zu ihren finsteren Plänen hatte mißbrauchen lassen wollen, und daß diese am Hofe jetzt vollkommen herrschte, das wußte man im Publikum sehr wohl.

Leo aus Halle, der principielle Absolutist, der Verehrer der alten Feudalherrschaft, verkehrte mit dem König, alle die früheren schlechten Rathgeber waren aus dem kurzen Exil zurückgekehrt und sonnten sich wieder in den Strahlen der königlichen Gunst; da war denn freilich von oben her nichts zu hoffen, und man fand es daher nur natürlich, wenn jetzt dem König selbst ein Ministerium Pfuel zu radikal war, nur weil es constitutionell sein wollte.

Hatte man früher gegen das Ministerium der bewaffneten Reaction gesprochen, so vertauschte man jetzt dasselbe mit einem Ministerium der vollendeten Contre-Revolution, man kam also ganz eigentlich aus dem Regen in die Traufe.

Die Nachricht von der Beauftragung des Grafen Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums erregte in der Versammlung, obgleich nicht unvorhergesehen, eine tiefe Sensation. Jeder Abgeordnete fühlte jetzt die Gefahr, in welcher das Vaterland und die National-Versammlung schwebte, und der Antrag von Phillips, die Versammlung

nur bis 1 Uhr zu vertagen, um dann über die Lage des Landes zu berathen, erhielt ebensowohl Majorität, als ein Amendement Elsner-Berg, welches die Gegenwart der Minister verlangte.

28.

Vom 2. November an wurde die National-Versammlung wieder mehr und mehr der Mittelpunkt aller politischen Bewegung in Berlin.

Welchen ungeheuren Antheil das Volk von Berlin an den Verhandlungen der National-Versammlung nahm, zeigte sich am besten durch die Menschenmasse, welche vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf dem Gensd'armenmarkt stand, um fortwährend die neuesten Nachrichten aus dem Sitzungssaal zu empfangen. Selbst wenn die Sitzungen längst geschlossen waren, herrschte noch immer das regste Leben auf dem Platze. Man blieb zusammen und sprach von den Debatten. Diejenigen, welche als Zuhörer im Schauspielhaus gewesen waren, mußten wieder und immer wieder erzählen, was dort vorgegangen sei. Das ganze politische Leben Berlins war für die nächsten Tage im Schauspielhause und um dasselbe concentrirt; endlich nahmen die Mitglieder der National-Versammlung ihre wahre Stellung, als wahre Volks-Vertreter, aber leider zu spät, ein. Auch die Bürgerwehr schloß sich diesem allgemeinen Interesse an und bildete eine starke Ehrenwache für die National-Versammlung.

Zu der folgewichtigen Nachmittagssitzung des 2. November hatten sich die Deputirten kurz nach 1 Uhr eingefunden, gegen 2 Uhr eröffnete sie der Präsident v. Unruh.

Der Ministertisch war fast vollständig besetzt, nur der Minister-Präsident von Pfuel war der von der Versammlung an das abgetretene Ministerium ergangenen Einladung nicht gefolgt. — Der Präsident theilte nun der Versammlung eine Kabinets-Ordre mit, welche die Ernennung des Grafen Brandenburg zum Minister-Präsidenten erklärte; diese Kabinets-Ordre war vom Minister Eichmann contrasignirt.

Herr Eichmann also war es gewesen, der durch seine Contrasignation einen Hochverrath am Volke begangen hatte, indem er zur Ernennung des Ministeriums Brandenburg seine Zustimmung gab; das war von dem Minister, der das Plakat über das Einschreiten des Militairs veröffentlichen konnte, indessen nicht zu verwundern.

Außer der Interpellation über das Eichmann'sche Plakat lagen der Versammlung für die heutige Sitzung zwei hochwichtige Anträge vor.

Der eine, von Jacobi, Temme und Waldeck, also von der Linken gestellt, lautete:

„Die Versammlung wolle beschließen, sofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern nach der bei der Wahl der Vice-Präsidenten vorgeschriebenen Art zu ernennen und dieser den Auftrag zu ertheilen, die in der obwaltenden bedrohlichen Lage des Landes geeigneten Mittel vorzuschlagen, und die Sitzung nicht eher zu schließen, als bis die Kommission ihren Bericht erstattet hat, und darüber Beschluß gefaßt ist."

Der andere Antrag ging vom linken Centrum (Arntz, Phillips, Rodbertus, v. Berg und Wachsmuth) aus:

„Die Versammlung wolle beschließen, eine vom Präsidio zusammengesetzte Commission, bestehend aus 25 Mitgliedern, zu beauftragen, sofort den Entwurf einer Adresse an Se. Majestät über die Lage des Landes der Versammlung vorzulegen und nach Annahme derselben unter Vortritt des Präsidenten sie Sr. Majestät überreichen zu lassen."

Beide Anträge wurden unterstützt und die Dringlichkeit als selbstverständig angenommen.

Die Anträge waren von hoher Wichtigkeit, besonders aber der Antrag der Linken, welcher mit klaren Worten auf eine mögliche Revolution hindeutete; die geforderte Commission konnte in der Stunde der Gefahr leicht eine provisorische Regierung in sich schließen.

Das erkannte die Rechte, und sie sträubte sich daher mit aller Kraft gegen die Annahme dieses Antrags, auch die Centren besaßen noch nicht den Muth zu einer so durchgreifenden energischen Maßregel, sie begnügten sich mit dem Antrage des linken Centrums, und dieser wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. Die vom Präsidium ernannte Commission bestand aus den Abgeordneten Arntz, Rodbertus, Bucher, Kirchmann, Berg, Baumstark, Reichensperger, Mätzke, Rintelen, Riedel, Jacobi, D'Ester, Behnsch, Czieskowski, Duncker, Wachsmuth, Petersen, Puttkammer, Zenker, Kühlwetter, Ostermann.

Wir machen den gütigen Leser hier im Voraus darauf aufmerksam, daß unter den Männern, welche eine Mißtrauens-Adresse an den König gegen das Ministerium Brandenburg

zu entwerfen hatten, sich auch der Abgeordnete Rintelen von Meschede befand, derselbe Mann, welcher später im Ministerium die Stelle eines Justiz-Ministers angenommen hat.

Die von der Commission entworfene und einstimmig angenommene Adresse wurde von der Versammlung ohne Diskussion mit großer Majorität angenommen. Die Adresse lautete:

„Majestät!

„In Folge der Benachrichtigung, daß der Graf von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die National-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Majestät zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Ew. Majestät die größten Besorgnisse im Volk erregt und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät treues Volk über die Absichten der Reaction erschreckt, die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hat diese Gerüchte nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspizien des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch bringen und endlich traurige, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen.

„Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Krone und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die eben so ehrfurchtsvolle als dringende

Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Absichten mit den Wünschen des Volkes im Einklang stehen."

Die Adreß-Deputation begab sich sogleich nach Potsdam, um die Adresse zu überbringen; an der Spitze derselben befand sich der Präsident v. Unruh, in dessen Abwesenheit der Vice-Präsident Phillips das Präsidium übernahm.

Die Abgeordneten blieben, während ihre Deputation sich in Potsdam befand, im Sitzungs-Saale zusammen bis in der Nacht um 1 Uhr.

Nach 10 Uhr war eine telegraphische Depesche folgenden Inhalts von Unruh eingelaufen:

„Zur Ertheilung der Antwort vom Könige ist die Anwesenheit wenigstens eines Ministers hier in Potsdam dringend erforderlich. Die Deputation wartet bis 11 Uhr Abends hier auf telegraphische Antwort.

v. Unruh."

Ein Schreiben des Ministers v. Bonin meldete, derselbe werde mit dem Minister Eichmann am folgenden Morgen mit dem ersten Zuge sich nach Potsdam begeben. Als dies Schreiben verlesen war, verließen so viele Deputirte der Rechten den Saal, daß eine Zählung die Anwesenheit von nur 183 Mitgliedern ergab, und daß deshalb, da die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war, dieselbe vertagt werden mußte.

Die 93. Sitzung am 3. November war wieder eine im höchsten Grade interessante. Sie wurde am Morgen des

3. November nach 10 Uhr durch den aus Potsdam zurückgekehrten Präsidenten v. Unruh eröffnet.

Herr v. Unruh gab nach Beseitigung einiger Formalitäten ein Referat über den Erfolg der Deputation nach Potsdam ab, welchem die Abgeordneten D'Ester, Reichensperger, Rodbertus u. A. Bemerkungen hinzufügten.

Nach längerem Warten wurde die Deputation in das Audienz-Zimmer, nachdem der Präsident v. Unruh dem König die Adresse durch seinen Adjutanten hatte übergeben lassen, geführt.

Der König trat ins Zimmer; er warf auf die Ueberbringer der Adresse eben nicht sehr freundliche Blicke.

Herr v. Unruh verlas jetzt die Adresse; bei den Worten: „Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Thron und Land verschwiegen hat," wurde das Gesicht des Königs, welches während der ganzen Vorlesung nicht eben sehr freundlich gewesen war, noch unfreundlicher. Eine Wolke des Mißmuths flog über seine Stirn und unwillig drehte er der Deputation den Rücken zu; auch verblieb er in dieser Stellung, bis Herr v. Unruh an die Worte kam: „Wir legen die so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat," bei diesen Worten hellte sich das Gesicht des Königs wieder einigermaßen auf und er wendete sich der Deputation wieder zu.

Da wohl anzunehmen ist, daß der König die Adresse, deren Original er doch schon vor einiger Zeit durch die Hand seines Adjutanten empfangen hatte, bereits gelesen habe, so scheint es fast, als ob diese Stellungen des königlichen Herrn

nicht ohne Absicht gewählt worden seien, um der National-Versammlung in ihrer Deputation zu zeigen, wie ungnädig der König deren Wünsche aufnehme.

Als Herr v. Unruh die Vorlesung beendet hatte, nahm ihm der König hastig das Papier aus der Hand und drehte dann der Deputation den Rücken, um das Zimmer zu verlassen.

An Herrn v. Unruh, dem Präsidenten der National-Versammlung, war es jetzt, das Wort zu ergreifen, um auch mündlich bei dem Könige die Ansicht der Versammlung zu vertreten; aber Herr v. Unruh schwieg, bestürzt über den ungnädigen Empfang. Da ergriff, als der König schon im Fortgehen begriffen war, Jacobi das Wort und sagte:

„Wir sind nicht bloß hierher gesandt, um Ew. Majestät eine Adresse zu übergeben, sondern auch um Ihnen über die wahre Lage des Landes mündlich Auskunft zu ertheilen. Gestatten Ew. Majestät uns Gehör!"

Der König wendete sich an der Thür kurz um und sagte sehr heftig: „Nein!" indem sein Ton deutlich die Entrüstung darüber zeigte, daß ein Vertreter des Volkes es gewagt hatte, ihn anzureden. Er wollte unmittelbar das Zimmer verlassen; aber als er schon im Hinausgehen war, rief der Abgeordnete Jacobi mit ruhiger, klarer, würdevoller Stimme, in der sich ein Ton des Bedauerns hören ließ, die denkwürdigen Worte:

„Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!"

Der König erwiderte nichts, sondern entfernte sich schnell; aber schon nach sehr kurzer Zeit trat sein Adjutant ins Zimmer und sagte:

„Mit Bezug auf die letzten Worte des Abgeordneten Jacobi könne Se. Majestät für jetzt keine Antwort geben. Die Deputation sei entlassen."

Die kühnen Worte des Abgeordneten Jacobi erfüllten die servile Rechte mit namenloser Wuth; so rief der Abgeordnete Peltzer aus:

„Ich erkläre, daß ich dem Abgeordneten Jacobi nicht den Auftrag gegeben habe, das zu sagen, was er gesagt hat, wie uns so eben berichtet worden; wie denn auch der Erfolg gezeigt hat, daß er nicht fähig, constitutionelle Aufträge zu vollziehen. Es ist kürzlich hier der Botukuden erwähnt worden; nun, so treten Sie unter das Dach eines Botukuden, oder mag er zu Ihnen kommen, er wird das Hausrecht niemals so verletzen. Das thut der roheste Araber nicht."

Nur wenige Abgeordnete wagten es, für Jacobi aufzutreten, der sich selbst gegen die rohen Angriffe der Rechten mit ruhiger Würde vertheidigte.

Nach dieser unangenehmen Debatte, welche keinen Beschluß der Versammlung zur Folge hatte, wurde die Sitzung vertagt und erst am Nachmittag um 4 Uhr wieder eröffnet. Die Minister Eichmann, Dönhoff und v. Bonin hatten sich eingefunden.

Vom Könige war auf die Adresse folgende Antwort eingegangen:

„Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden,
König von Preußen ꝛc. ꝛc.,

haben die am gestrigen Tage Uns überreichte Adresse der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in reifliche Erwägung gezogen und eröffnen derselben darauf Folgendes:

Fest entschlossen, den von Uns in Uebereinstimmung mit den Wünschen Unseres getreuen Volkes betretenen constitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben Wir den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil Wir, nach seinen Uns bekannten Gesinnungen, überzeugt sind, daß er der festen Begründung und gedeihlichen Entwickelung der constitutionellen Freiheiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen werde, die ihm von Uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Wenn ihm dies gelingt, so wird das neue Ministerium, wie Wir hoffen, sich Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen. Einem anderen Ministerium, als einem solchen, von welchem Wir dies erwarten können, werden Wir — davon dürfen die Vertreter Unseres getreuen Volkes sich überzeugt halten — niemals die Leitung der Regierung anvertrauen. Wir können Uns daher weder durch die in der Adresse vom gestrigen Tage ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte, die in keiner Handlung Unserer Regierung Bestätigung finden, noch durch die ausgesprochenen Besorgnisse bewogen finden, den in Folge Unserer wohlerwogenen Entschließung dem Grafen von Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzunehmen.

Mit Genugthuung haben Wir aus der Uns überreichten Adresse das Anerkenntniß entnommen, daß Unser Herz stets für das Wohl des Volkes warm geschlagen hat. Das Wohl des Volkes bleibt auch ferner das einzige Ziel Unseres Strebens. Wir hoffen, bei dessen gewissenhafter Verfolgung Uns stets in Einklang mit

den Wünschen des Volkes zu befinden und rechnen dabei auf die kräftige Unterstützung der Vertreter desselben.

Gegeben Sanssouci, den 3. November 1848.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(gez.) Eichmann."

So war es denn also entschieden, daß der König weder dem Wunsche der Volks-Vertretung, noch dem des ganzen Landes nachkommen, daß er auf seinem Willen, dem von Millionen gegenüber, bestehen, daß er seinem Volke ein Ministerium aufdrängen wollte, welchem von vorn herein die Volks-Vertretung ein Mißtrauens-Votum gegeben hatte.

Die Krone ging mit festem Schritte dem Ziele, welches sie sich gesetzt, der Auflösung der National-Versammlung, der Contre-Revolution vom 9. November, entgegen.

Wir müssen noch einmal mit wenigen Worten auf den Abgeordneten Jacobi zurückkommen, dessen Aeußerung im ganzen Lande einen gewaltigen Sturm, theils des Beifalls, der Billigung, theils der Wuth und Entrüstung erregte.

Die reactionaire Junker- und Bourgeois-Partei waren wüthend darüber, daß ein Mann aus dem Volke es wagen könnte, dem Könige die Wahrheit zu sagen. Das Organ der ersten Partei, die Neue Preußische Zeitung, sprach zu wiederholten Malen damals und später von „dem frechen Juden Jacobi, der es gewagt hatte, den König in seinem eigenen Hause zu beleidigen." Aehnlich traten die Deutsche Reform, das Organ des edlen Ex-Ministers Milde unter dem dienstbeflissenen Redakteur Oldenberg, und die stets servile Vossische Zeitung auf.

Es hätte Jacobi diese Undankbarkeit, mit welcher seine edle Freimüthigkeit von einer gewissen Seite aufgenommen wurde, natürlich tief kränken müssen, wenn ihm hingegen nicht von anderer Seite auch wieder die höchste Anerkennung zu Theil geworden wäre. Die ganze freisinnige Partei innerhalb der National-Versammlung und außerhalb derselben beeilte sich, dem alten Kämpfer für die Freiheit ihre Billigung auszusprechen.

Viele Mitglieder des Centrums erließen eine Erklärung an Jacobi, in welcher sie ihm ihre vollständige Zustimmung versicherten, ebenso liefen auch manche Adressen von Bürger-Versammlungen und Clubs, welche ihren Dank aussprachen, an Jacobi ein.

Am Sonntage, dem 5. November, wurde Jacobi aber auch eine Huldigung in größerem Maßstabe dargebracht, welche zugleich eine Demonstration gegen den König, ein Ausdruck der Berliner Volks-Meinung in der obwaltenden Streitfrage war.

Es wurde dem Abgeordneten Jacobi für seine freimüthige Rede am Abend des 5. November vom Berliner Volk aller Stände ein glänzender Fackelzug gebracht. Gegen 8 Uhr bewegte sich vom Alexanderplatz fort ein glänzender Zug von mehr als 1000 Fackeln nach Mylius-Hotel, dem Versammlungsort der Linken. Zwei Standarten wurden dem Zuge voraus getragen, die eine mit der Inschrift auf weißem Grunde:

„Dem Abgeordneten Jacobi zur Erinnerung an den 2. November;“ und auf der Rückseite: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie nicht die Wahrheit hören wollen!“

Die andere mit der Inschrift:

„Dem Verfasser der vier Fragen!"

auf schwarz-roth-goldenem Grunde.

Die Fackelträger, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet, stellten sich vor Mylius-Hotel auf, einige Redner, Streber und Mai, brachten Hochs aus auf Jacobi und die gesammte Linke, in welche die Volksmenge mit donnerndem Jubelruf einstimmte; dann sprach Jacobi einige dankende Worte.

Dieser Fackelzug ist von einer großen Wichtigkeit gewesen, denn er zeigte deutlich, von welchem Sinne das Berliner Volk dem König gegenüber beseelt war.

29.

Fast eine Woche verging nach der denkwürdigen Sitzung vom 3. November für Berlin in dumpfer Erwartung. Diese Woche ist nicht reich an politischen Ereignissen, wir haben nur wenig zu erzählen.

Der Magistrat und die Stadtverordneten hielten sich während dieser so hochwichtigen Zeit ziemlich still, desto würdiger arbeitete aber das Volk von Berlin an den Vorbereitungen zu einem Kampfe, der allgemein für unausbleiblich gehalten wurde.

Dumpfe, wirre Gerüchte über die Reactions-Partei in Potsdam zuckten dabei durch Berlin. Bald hieß es, die National-Versammlung solle nach Brandenburg verlegt, bald, sie solle ganz aufgelöst und eine Verfassung, gestützt auf die Wrangel'sche Armee, octroyirt werden. Leo und Radowitz sollten die stete Umgebung des Königs bilden, alle nur einigermaßen freisinnige Männer ihn verlassen haben.

Man trug sich mit einem Witzworte des Königs, der gesagt haben sollte:

„Die National-Versammlung in Brandenburg und Brandenburg in der National-Versammlung."

Eins war allerdings gewiß, die Regierung selbst hielt einen Kampf für möglich und wahrscheinlich, sie traf zu demselben alle Vorbereitungen. Truppen auf Truppen wurden herbeigezogen und die in der Nähe Berlins liegenden Regimenter hatten den Befehl, sich fortwährend marschfertig zu halten, ebenso das 24. und 9. Regiment, welche in Berlin selbst garnisonirt waren. Kavallerie-Patrouillen durchstreiften fortwährend die Umgebung Berlins.

So machte die Regierung Alles bereit zu einem baldigen Kampfe, und was that unterdessen das Volk? — Es rüstete sich ebenfalls, es war fest entschlossen, selbst auf die Gefahr hin, besiegt zu werden, einen Kampf zu versuchen.

Schon am 1. November hatten sich die fliegenden Corps vereinigt und den Rittmeister Vorpahl zu ihrem gemeinschaftlichen Kommandanten gewählt; ein Freicorps war, ursprünglich zum Schutze der Wiener, jetzt zu dem der Berliner Freiheit organisirt. Die Bürgerwehr hielt fast täglich Compagnie-Versammlungen, und alle Compagnieen waren fest entschlossen, mit der National-Versammlung zu stehen und zu fallen. Die Hauptbeschäftigung aller Berliner in jener verhängnißvollen Woche war die, Kugeln zu gießen und Patronen zu machen.

Das Volk von Berlin aller Stände war fest entschlossen zum letzten blutigen Kampfe mit der Reaction, vielleicht sogar mit dem Königthume; aber es erwartete das Signal zu diesem Kampfe von seinen Vertretern, den Deputirten der National-Versammlung. Hätten diese endlich ihr unglückseliges Vermittelungs-System aufgegeben, so stände jetzt wohl Vieles anders.

So verging die Woche. Am Mittwoch, den 8. November, sollte endlich die definitive Entscheidung des Königs kommen. Der Staats-Anzeiger brachte an jenem Abend folgende königliche Bekanntmachung:

„Nachdem der bisherige Minister-Präsident und Kriegs-Minister, General der Infanterie, von Pfuel, so wie die Staats-Minister Eichmann und von Bonin und der Wirkliche Geheime Rath, Graf von Dönhoff, von Mir auf ihr Ansuchen von der Leitung der ihnen anvertrauten Ministerien entbunden worden sind, habe Ich 1) den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg zum Minister-Präsidenten, 2) den bisherigen Minister-Verweser von Ladenberg zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 3) den bisherigen Direktor im Ministerium des Innern, von Manteuffel, zum Minister des Innern, und 4) den Kommandanten von Saarlouis, General-Major von Strotha, zum Kriegs-Minister ernannt. 5) Die Verwaltung des Justiz-Ministeriums wird einstweilen der bisherige Justiz-Minister Kisker beibehalten *). Zugleich habe Ich dem General-Lieutenant Grafen von Brandenburg die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem neu ernannten Minister des Innern die interimistische Leitung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen. Mit der Wahrnehmung des Finanz-Ministeriums habe Ich vorläufig den General-Steuer-Direktor Kühne und mit der

*) Das Justiz-Ministerium übernahm einige Tage später der Geheime Ober-Tribunalsrath Rintelen, welcher als Abgeordneter für Meschede in der National-Versammlung selbst gegen das Ministerium Brandenburg protestirt hatte.

Wahrnehmung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig den Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath von Pommer-Esche beauftragt.

Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen."

Sanssouci, den 8. November 1848.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(cont.) Graf von Brandenburg.

An das Staats-Ministerium.

So war denn also das Ministerium Brandenburg ernannt, jenes Ministerium der schamlosesten Contre-Revolution, das Ministerium, auf das der Fluch des Landes fallen sollte, es war ernannt gegen den Willen der Volks-Vertretung und seine Ernennung war, aller constitutionellen Sitte entgegen, nur durch die Bekanntmachung in den Zeitungen der National-Versammlung angezeigt worden. Die begründete Vermuthung einer von der Krone beabsichtigten Contre-Revolution war durch die Ernennung dieses Ministeriums zur vollständigen Gewißheit geworden.

Am Abend des 8. November, unmittelbar nachdem die Ernennung des Ministeriums Brandenburg durch den Staats-Anzeiger bekannt worden war, hatten sich einige der bekannteren Demokraten Berlins im Waßmann'schen Lokale zu einer Berathung versammelt. Dieselben hatten außerdem auch in Erfahrung gebracht, daß jedenfalls morgen die Vertagung und Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg durch den Minister-Präsidenten bei seinem ersten Auftreten in der Versammlung ausgesprochen werden würde.

Die verschiedenen Fractionen der National-Versammlung hatten bereits über diese hochwichtige Frage berathen, und es hatte sich herausgestellt, daß die Majorität der Versammlung sich gegen die Berechtigung der Krone, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, aussprechen würde.

Die Demokraten sahen voraus, daß in diesem Falle die Krone ihr vermeintliches Recht mit Gewalt der Waffen zur Geltung zu bringen versuchen würde, und sie glaubten daher, daß bei der in Berlin herrschenden Aufregung, bei der allgemeinen Kampfbegier, ein blutiger Konflikt gar nicht zu vermeiden sei.

Die Demokraten hielten es daher für ihre Pflicht, auch die Provinzen auf die wahrscheinlich schon am folgenden Tage bevorstehenden Kämpfe aufmerksam zu machen, damit dieselben auf alle Eventualitäten vorbereitet seien. Es wurden deshalb Briefe an die meisten namhaften Demokraten in der Provinz geschrieben und sofort abgesendet. Streckfuß, der durch seine Stellung als Vorsitzender des demokratischen Kreis-Ausschusses für Brandenburg mit vielen demokratischen Vereinen in Verbindung stand und als Deputirter bei den beiden vorausgegangenen demokratischen Congressen mit den auswärtigen Demokraten ziemlich bekannt war, unterschrieb, um ihnen die Garantie eines Namens zu geben.

Die Schreiben lauteten etwa folgendermaßen:

Mitbürger!

Morgen wird das Ministerium Brandenburg definitiv in die National-Versammlung eintreten, um dieselbe zu vertagen und nach Brandenburg zu verlegen. Die National-Versammlung wird hiergegen energisch protestiren.

Morgen schon wird Berlin wahrscheinlich der Schauplatz des Kampfes sein. Bürgerschaft und Arbeiter sind einig.

Wir werden unsere Schuldigkeit thun, thut Ihr die Eurige!

Berlin, am 8. November 1848.

Adolph Streckfuß.

Die National-Versammlung gab in der Zeit vom 4. bis 8. November nur geringe Lebenszeichen von sich; aber es waren die Abgeordneten außerhalb der Sitzungen um so thätiger, besonders die Mitglieder der gemäßigten Rechten und des Centrums.

Diese beiden Parteien hielten eine Versöhnung mit der Regierung noch immer für möglich, sie glaubten den König irregeleitet und hofften, daß er nachgeben werde, wenn ihm nur in einem Zwiegespräch die Lage des Landes freimüthig vorgestellt würde.

Unruh und Bornemann wurden für die fähigsten Vermittler gehalten und suchten deshalb durch den General von Willisen eine Audienz beim Könige nach, welche ihnen indessen verweigert wurde.

Der König wollte keine Vorstellungen hören, hatte er doch auch am 2. November dem um Gehör bittenden Abgeordneten Jacobi nur ein trockenes „Nein!“ erwidert.

Herr von Unruh, das Haupt der Vermittelungs-Partei, giebt uns über die Unterhandlungen derselben mit der Krone und dem neuen Minister-Präsidenten in seinen Skizzen interessante Mittheilungen.

Besonders interessant ist ein Gespräch, welches Herr von Unruh mit dem Grafen Brandenburg hatte und welches

aufs Deutlichste die Unfähigkeit des Grafen, constitutionelle Prinzipien zu begreifen, und den rein blinden Gehorsam bezeichnet, mit dem er das Minister-Präsidium übernommen hatte, nur um die Gewaltmaßregeln der Krone auszuführen, eben weil sie im Willen des Königs lagen. —

So bezeichnete Graf Brandenburg z. B. die Bildung eines Ministeriums nicht sowohl als einen politischen Akt, sondern als die Ausführung eines vom Könige dem General Brandenburg ertheilten Befehls.

Ueber den Eindruck, den der Graf Brandenburg auf ihn gemacht hätte, sagt Herr von Unruh:

„Der General machte auf mich den Eindruck eines biederen, einfachen Soldaten, dem das constitutionelle Staatsleben durchaus fremd, fast unverständlich ist, weil es in Widerspruch mit den Ideen steht, in denen die alten Offiziere der Armee aufgewachsen sind.

Obgleich das Gespräch kein erfreuliches Resultat hatte, entstand bei mir doch keine Spur von Widerwillen gegen die Person des Generals, welcher offenbar nicht die Seele des Ministeriums sein, sondern nur seinen Namen und seinen Degen zu den Maßregeln hergeben sollte, welche man ihm als nothwendig und doch noch constitutionell geschildert zu haben schien."

Wenn ein Minister-Präsident solchen Ansichten huldigte, oder vielmehr, wenn es die herrschende Partei that, zu deren Schild der Graf Brandenburg sich hergab, war an eine Einigung mit den Männern des Centrums natürlich nicht zu denken; die Regierung wandte sich deshalb an die Partei der Rechten, welche dienstbeflissen auf Alles einging, was die Krone nur wollte.

Im Verein mit der Rechten wurde jetzt vom Ministerium die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und die Vertagung derselben beschlossen. Man hoffte, die Linke werde nicht nach Brandenburg folgen, dann werde die Rechte die Majorität in der National-Versammlung haben und schnell einige folgewichtige Beschlüsse in ihrem Sinne fassen könne, ehe die Linke sich zum Eintritt in die verlegte National-Versammlung entschließe. Daß auch das Centrum sich einer Verlegung entschieden widersetzen werde, daran dachte man auf der Rechten nach den bisherigen schwankenden Abstimmungen des Centrums, bei dem gänzlichen Mangel an Energie, den es bisher gezeigt hatte, gar nicht.

Auch lag wohl, vielfachen Anzeichen nach zu schließen, außerdem noch die Hoffnung im Hintergrunde, die Linke werde aus der Versammlung austreten, ein Minoritätsparlament bilden und die Bevölkerung von Berlin zu Gewaltschritten treiben, welche mit den aufgebotenen Truppenmassen um so leichter zu besiegen waren, als auch der größere Theil der eigentlichen Bürgerschaft immer auf Seiten der Majorität der National-Versammlung stand.

Die Vorgänge in Wien ermunterten die Krone zu solchen Gewaltschritten.

In Beziehung auf das Centrum hatte sich nun freilich die Regierung getäuscht. Als von Seiten der Rechten Unterhandlungen wegen einer Verlegung oder Vertagung der National-Versammlung angeknüpft wurden, erklärte das Centrum sich sehr entschieden dagegen. Auch that Herr von Unruh dasselbe, als der Minister-Präsident Graf Brandenburg am 8. November ähnliche Unterhandlungen mit ihm anzuknüpfen suchte.

20.

So kam der denkwürdige 9. November heran.

Um 9¾ Uhr Morgens wurde die 97. Sitzung der National-Versammlung eröffnet durch den Präsidenten v. Unruh.

Der acht Tage lang leere Ministertisch war heut besetzt, man sah an demselben die neuen Minister Graf Brandenburg, v. Strotha, v. Ladenberg und v. Manteuffel, zum ersten Male trat das Ministerium der Contrerevolution öffentlich auf.

Nach Verlesung des Protokolls und der Kabinetsordre, durch welche das Ministerium ernannt worden war, verlas der Schriftführer Bauer folgende königliche Botschaft:

„Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc.

„Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung wegen ihrer Abstimmung thätlich gemißhandelt worden waren, ist am 31. v. M. von aufgeregten Volkshaufen das Sitzungslokal der Versammlung förmlich belagert und unter Entfaltung der Zeichen der Republik der Versuch gemacht worden, die Versammlung durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche beklagenswerthe Ereignisse beweisen nur zu deutlich, daß die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, aus derem Schooße die Grundlage einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt, und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei den, zu Unserem tiefen Schmerze nicht selten wiederkehrenden anarchischen Bewegungen in Unserer Haupt- und Re-

sidenzstadt Berlin nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren. Die Erfüllung Unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, daß demselben sobald als möglich die, auf Grund Unserer Verheißungen zu erbauende konstitutionelle Verfassung gewährt werde, kann unter solchen Verhältnissen nicht erfolgen und darf von den Maaßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen. Wir finden Uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen und haben Unser Staats-Ministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. d. Mts. ab, in Brandenburg gehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versamlung hierdurch vertagt.

„Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Berathungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. Mts. in Brandenburg wieder zusammen zu treten.

Gegeben Sanssouci, den 8. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(kontr.) Graf v. Brandenburg.

Botschaft
an die zur Vereinbarung der Verfassung
berufene Versammlung."

Unmittelbar nach der Verlesung dieser königlichen Botschaft, welche mit starrem Schweigen von der Versammlung angehört wurde, erhob sich der Graf Brandenburg und ergriff das Wort.

Aber nur die wenigen Sylben: — An diese Allerhöchste Botschaft — — — vermochte er verständlich hervor zu bringen, da unterbrach ihn ein stürmischer Lärm von allen Seiten des Hauses.

„Er hat das Wort nicht!" — so tönte es von allen Bänken, und der Minister-Präsident mußte sich beschämt wieder niedersetzen.

Nach wiederhergestellter Stille sagte der Präsident von Unruh mit ruhiger Würde:

„Ich habe dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort noch nicht ertheilt und ersuche ihn, dasselbe nicht eher zu ergreifen, als bis ich ihm das Wort ertheilen werde.

Ein stürmisches Bravo der ganzen Versammlung belohnte den Präsidenten für die ruhige Energie, mit welcher er die Würde der Versammlung dem Minister-Präsidenten gegenüber aufrecht erhielt.

Graf Brandenburg bat jetzt um das Wort und erhielt es, er erklärte, daß er jede fernere Berathung für ungesetzlich halte und dagegen im Namen der Krone protestire.

Herr v. Unruh erwiderte als Präsident der Versammlung, daß er sich nicht für berechtigt halte, die Versammlung wider deren Willen zu schließen.

Kaum hatte der Präsident diese Worte gesprochen, als die Minister sich erhoben, um den Saal zu verlassen, ein Theil der Rechten folgte ihrem Beispiel.

Dieses Aufstehen rief in der Versammlung einen furcht-



baren Tumult hervor. — „Hierbleiben! Hierbleiben!“ — ertönte es auf der Rechten und im Centrum. — „Man muß sie verhaften!“ — rief eine Stimme von der Linken.

Endlich legte sich der Lärm etwas, und die Worte des Präsidenten: — „Ich ersuche das Staats-Ministerium, meine Antwort zu hören!“ wurden verständlich, ehe sich noch das Ministerium entfernt hatte; aber es kehrte sich an die Mahnung nicht, sondern verließ, ohne sich weiter um die National-Versammlung zu kümmern, mit seinem getreuen Troß den Saal.

Wieder entstand ein furchtbarer Lärm, verschiedene Abgeordnete, besonders von der Rechten, unter ihnen auch Herr Reichensperger, bestürmten die Tribüne, um das Wort zu ergreifen, wurden aber vom Präsidenten unter Bravoruf von der Versammlung mit ruhiger Würde zurückgewiesen. Endlich war die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt und Herr v. Unruh fuhr fort: —

„Ich habe dem Staats-Ministerium, welches so eben diese Sitzung verlassen hat, erklären wollen, daß es sich lediglich darum handle, ob ich befugt sei, diese Sitzung zu schließen. Eine Königliche Botschaft in einem konstitutionellen Staate, contrasignirt von verantwortlichen Ministern, ist ein ministerieller Akt, und Niemand kann daran zweifeln, daß die Vertreter von 16 Millionen berechtigt sind, zu prüfen, ob dieser Akt eines ihnen verantwortlichen Ministeriums ein gesetzlicher oder ein ungesetzlicher ist.“

Unter Lärmen und nach vielen Unterbrechnngen kam man endlich zur Abstimmung über die Frage, ob die Sitzung geschlossen werden solle, oder nicht; und die Versammlung er-

klärte sich mit 252 gegen nur 30 Stimmen für Fortsetzung der Sitzung, nur Mitglieder der äußersten Rechten hatten dagegen gestimmt.

Es lagen jetzt verschiedene Anträge vor, einer war vom Abgeordneten und frühern Minister Bornemann gestellt, er lautete:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium zu ersuchen sei, die Zurücknahme der in der Allerhöchsten Botschaft enthaltenen Erklärung wegen Verlegung des Sitzes der Versammlung schleunigst zu erwirken."

Ein anderer Antrag war von Mitgliedern fast aller Fractionen gestellt und höchst einfach motivirt. Man las unter demselben die Namen Giercke, Duncker, Parrisius aus dem Centrum neben denen der äußersten Linken. Es war der Antrag, welcher das Schicksal der National-Versammlung entscheiden sollte. Er lautete:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen:

1) daß sie für jetzt keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern sie in Berlin fortsetzen werde.

2) daß sie der Krone nicht das Recht zugestehen könne, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen;

3) daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung der eben verlesenen Botschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür hält, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben. Motive:

Die eben verlesene Botschaft!

Beide Anträge wurden unterstützt, besonders der Letztere fast einstimmig.

Bei der Debatte über den Antrag zeigte es sich heut zum ersten Mal, daß die Abgeordneten der Centren fast ebenso energisch auftraten, wie die der entschiedenen Linken.

Selbst Mitglieder der Rechten traten gegen die Regierung auf, so sagte z. B. Bornemann in einer Rede zur Motivirung seines Antrags, daß die Verlegung der Versammlung unnöthig sei, wenn man sie nur der Freiheit der Berathungen wegen vornehme; ja er deutete sogar darauf hin, daß in Brandenburg die Freiheit der Berathungen von einer andern Seite her, als der des Volkes bedroht sei.

Die Versammlung war an jenem Tage zu aufgeregt, um sich in lange Debatten einlassen zu wollen, sie hörte daher nur wenige Redner, dann schritt sie zur Abstimmung.

Der Antrag von Bornemann wurde verworfen, dagegen wurde der Antrag von Gierke, Elsner u. s. w. in allen seinen Theilen mit großer Majorität angenommen, ebenso einige Anträge um sofortigen Druck und Publicirung dieses Beschlusses.

Bevor die National-Versammlung in ihren Verhandlungen weiter ging, kam ein interessanter Zwischenfall zur Sprache. Es hatte nämlich der neue Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, den Büreaubeamten, ebenso das Obermarschallamt den Stenographen befohlen, die Versammlung unmittelbar nach der Verlesung der königlichen Botschaft zu verlassen, um dadurch die Versammlung in die Unmöglichkeit zu versetzen, ihre Verhandlungen fortzusetzen.

Herr v. Unruh gab natürlicher Weise den Beamten die Weisung, ihre Dienste, welche der National-Versammlung ge-

hörten, fortzusetzen; es ist, wie man hört, später dafür eine gerichtliche Untersuchung, aber ohne Resultat, gegen Herrn v. Unruh eingeleitet worden.

Die Versammlung ging dann zur Berathung des Ablösungsgesetzes über und wurde erst um 7½ Uhr Abends bis zum andern Morgen 9 Uhr vertagt, nachdem zuvor der Beschluß gefaßt worden war, daß die Mitglieder des Büreaus abwechselnd im Sitzungssaal die Nacht über verbleiben sollten.

Vor dem Schluß dankte die Versammlung dem Herrn v. Unruh auf Antrag des Abgeordneten v. Berg durch ein stürmisches lang anhaltendes Bravo, in welches auch die Zuhörer auf den Gallerien einstimmten, für die ruhige Würde und energische Besonnenheit, mit welcher er das Präsidium geführt hatte.

So war denn die denkwürdige Sitzung vom 9. November beendet, die Sitzung, in welcher die Nationalversammlung sich zum ersten Male zu einer wahrhaft revolutionären Energie erhob, wie sie nothwendig war in einer so schweren und wichtigen Zeit. Auch die Centren blieben nicht zurück hinter der Linken, auch sie waren durch die Gewaltmaßregeln der Regierung wider ihren Willen vorwärts getrieben worden auf der Bahn der Revolution; aber sie hatten nicht die Kraft, mit derselben Energie fortzuschreiten; sie hatten nicht den Muth, die Nationalversammlung an die Spitze der Bewegung zu stellen, den Gewaltmaßregeln der Regierung, Gewaltmaßregeln von Seiten des Volks entgegenzustellen, wie wir dies sehr bald sehen werden.

31.

Berlin, die preußische Residenz, das gährende, unruhige Berlin, der Sitz der Anarchie, war so ruhig, so friedlich, wie noch nie im ganzen verflossenen Sommer.

Wohl war auf den Straßen ein reges Treiben, wohl war am 9. November der Gensd'armenmarkt mit einer großen Menschenmenge bedeckt; aber alle diese Menschen waren ernst und ruhig, sie sprachen meistens nur leise mit einander und warteten begierig auf die folgewichtigen Resultate, welche die Sitzung der Nat.-Vers. offenbar haben mußte. Jeder aus dem Schauspielhause Kommende wurde sogleich befragt und mußte Mittheilungen machen von dem, was er gehört; mit angstvoller Gespanntheit wartete das Volk auf die Beschlüsse seiner Vertreter, denn man fürchtete noch immer, daß die National-Versammlung der Krone gegenüber nicht die nöthige Energie zeigen werde; die früheren Beschlüsse derselben hatten das Vertrauen des Volkes wankend gemacht.

Als aber nun die Annahme des Antrags von Gierke, Elsner u. s. w. und die Verwerfung des halben, energielosen Bornemann'schen bekannt wurde, da war die Freude ganz allgemein; mit Jubel wurde dieser erste wahrhaft energische Schritt der Volksvertreter begrüßt, und alle Stände stimmten in die allgemeine Freude ein, der Arbeiter, wie der Bürger, welcher unter Waffen die Sicherheitswache für die National-Versammlung bildete.

Das war das unruhige Berlin, über welches nach wenigen Tagen von dem freisinnigen Ministerium Brandenburg-Manteuffel der Belagerungszustand verhängt werden mußte!

Die Zeit der Entscheidung war jetzt gekommen, das fühlte

Jedermann, denn Jeder wußte, daß die Krone nicht eine Vertagung der National-Versammlung beschließen werde, ohne ihrem Beschluß auch durch Waffengewalt Nachdruck zu geben; waren doch zu einem Einschreiten des Militairs, wie wir bereits früher erzählt haben, schon alle Vorkehrungen getroffen.

Man bereitete sich deshalb zum Kampfe vor, das Volk beeilte sich, der National-Versammlung seine Zustimmung zu ihren Beschlüssen zu zeigen, damit diese auf dem jetzt beschrittenen Wege eben so rüstig fortschreite, wie sie begonnen hatte; die Zustimmung des Volkes sollte den Vertretern desselben den Muth dazu geben.

Fast sämmtliche Gewerke Berlins, mehrere Bürger-Versammlungen und andere Vereine erließen solche Adressen, welche meistens in energischem Tone die Zustimmung der Berliner Bürger- und Arbeiterschaft zu dem Schritte der National-Versammlung gegen die Regierung aussprachen.

Aber auch die Deputirten der National-Versammlung, die der Linken sowohl, zu denen jetzt auch die der Centren gehörten, als die der Rechten, glaubten in nähere Verbindung mit dem Volke treten zu müssen. Die Ersteren erließen folgenden Aufruf, der in vielen Exemplaren in die Wahlkreise verbreitet wurde.

Mitbürger!

Das Vaterland ist in Gefahr! Gegen den am 2. d. M. fast einstimmig ausgesprochenen Willen der Versammlung ist heute das Ministerium Brandenburg ernannt worden und hat seine Wirksamkeit mit einem Staatsstreiche begonnen. Es hat

verlangt, die Versammlung der Volks-Vertreter solle vertagt werden, um später an einem anderen Orte zusammen zu treten. Mitbürger! Die National-Versammlung, berufen, Euren Willen zu vertreten, kann weder vertagt, verlegt, noch aufgelöst werden. Wir sind fest entschlossen, solchen Gewaltstreichen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln energischen Widerstand entgegen zu setzen. Vertraut auf uns, seid einig in der Wahrung der errungenen Freiheit, und bedenkt, daß besonnener Muth jede Gefahr überwindet.

Berlin, den 9. November 1848.

Die Deputirten der Rechten hingegen veröffentlichten durch ein Plakat einen Protest gegen die weiter tagende National-Versammlung; dies Plakat trug indessen keine Unterschriften und auch die Druckerei, in welcher es gedruckt worden, war auf demselben nicht bemerkt. Wie es an den Straßenecken erschien, wurde es von dem Volke mit den Zeichen des äußersten Mißfallens gelesen und an vielen Stellen herabgerissen.

Den Ausruf: „Die Volks-Verräther! Ihre Zeit wird kommen!“ hörte man an vielen Orten.

Das Plakat lautete folgendermaßen:

Protest der constitutionell-monarchisch gesinnten Abgeordneten, die von Sr. Majestät dem Könige ausgesprochene Verlegung der National-Versammlung betreffend.

Die unterzeichneten Abgeordneten halten es dem Lande und der Versammlung gegenüber für ihre Pflicht, die Gründe

anzugeben, die es ihnen unmöglich machen, der heutigen Sitzung beizuwohnen oder an einer späteren Sitzung in Berlin Theil zu nehmen. Das Gesetz vom 8. April d. J., auf Grund dessen die Versammlung zur Vereinbarung einer Verfassung zusammen getreten ist, enthält keine Bestimmung darüber, wo der Sitz der Versammlung sein solle. Die Wahl des Versammlungsortes ist somit der Krone überlassen. Sie hat davon Gebrauch gemacht, indem sie die Abgeordneten nach Berlin einberief, und sie übt dasselbe Recht, indem sie die Versammlung jetzt nach Brandenburg verlegt. Doch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu einer solchen Verlegung ist unserer Ueberzeugung nach vorhanden, weil unter den obwaltenden Umständen diese Maßregel das einzige Mittel ist, die Versammlung dem Terrorismus, der hier gegen sie geübt wird, zu entziehen, und **mit der Freiheit der Berathung die Würde derselben wieder herzustellen.** Daß mit dieser Verlegung bis zu dem Augenblick, in welchem die Ausführung derselben möglich ist, eine Vertagung verbunden werden mußte, folgt daraus, daß die Regierung mit sich selbst in Widerspruch treten würde, wenn sie die einmal erkannte Unfreiheit auch nur auf eine kurze Zeit dulden würde. Ist hiernach das Recht der Krone zu der heute eröffneten Anordnung unserer Ueberzeugung nach außer Zweifel, so ist es die Pflicht der Versammlung, derselben durch sofortige Schließung der Sitzung Folge zu geben. Thut sie dies nicht, so halten wir sie von dem Augenblick an für eine ungesetzliche, an welcher Theil zu nehmen die Pflicht uns verbietet. Sollte dessen ungeachtet die Versammlung ihre Berathungen fortsetzen, so protestiren wir gegen die etwa zu

fassenden Beschlüsse und erklären, daß wir sie weder für das Land, noch für uns als verbindlich anerkennen können.

Berlin, den 9. November 1848.

(Folgen die Unterschriften) *).

Einige Deputirte der Rechten fanden sich veranlaßt, sich außer durch dieses Plakat, noch auf andere Weise zu rechtfertigen; sie erließen deshalb eine Erklärung in der Vossischen Zeitung, in welcher sie aussprachen, daß die Regierung sich bei der Vertagung der National-Versammlung formell und materiell im Recht befunden hätte. Sie beklagten allerdings die Ernennung des Ministeriums Brandenburg, fänden aber die Verlegung der Versammlung aus dem anarchischen Berlin nach dem sicheren Brandenburg und die damit nothwendig verbundene Vertagung durchaus gerechtfertigt.

An der Spitze der edlen Volks-Vertreter, welche diese Erklärung erließen, lesen wir die Namen Reichensperger und Baumstark.

Außer dem Plakat der Rechten machte noch ein anderes der Reaction Aufsehen, und wurde von dem Volke eben so, wie das erstere, ärgerlich herabgerissen, wo es angeschlagen war. Es lautete:

Mitbürger!

Se. Majestät unser König hat die Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung nach Brandenburg verlegt, um Eure Deputirten den Mißhandlungen der Berliner Anarchisten zu entziehen. Glaubt nicht den Wühlern, die Euch sagen, daß dies ein Angriff auf Eure Freiheit sei. Nein, der König wird sein Wort und die Freiheit aufrecht erhalten.

*) Die Unterschriften fehlten jedoch.

In Brandenburg wird die Versammlung die Verfassung frei berathen und mit dem Könige vereinbaren.

Ein Verräther am Vaterlande, wer dem Rufe seines Königs nach Brandenburg nicht folgt!!!

Volk von Preußen! schaare Dich um Deinen constitutionellen König.

Wir haben von der Masse von Plakaten und Erklärungen, welche am 9. November erschienen, nur die wichtigsten und bezeichnendsten hervorgehoben; die meisten Plakate waren im Sinne der National-Versammlung und wurden überall mit freudiger Zustimmung gelesen.

Während so auf den Straßen ein sehr reges Leben war, versammelten sich die verschiedenen Bezirke und Bürgerwehr-Compagnieen, und fast alle faßten, meist sogar fast einstimmig, den Beschluß, mit Gut und Blut für die National-Versammlung einzustehen.

Die Stimmung der Bürgerwehr in jenen Tagen war vortrefflich, selbst Herr Rimpler, der Commandeur, nahm eine Entschiedenheit an, welche ihm wieder Vertrauen verschaffte, ein Vertrauen, welches er jedoch bald genug wieder verscherzen sollte.

Die Majore der Bürgerwehr, unter denen sich noch immer viele conservative Elemente befanden, hatten sich schon am Mittag zu einer Berathung versammelt und blieben bis tief in die Nacht zusammen, da man in jedem Augenblick die Mobilmachung der Bürgerwehr erwarten konnte.

Rimpler hatte, wie verlautete, der Linken in der National-Versammlung die Dienste der Bürgerwehr angeboten, er wurde von einigen stark conservativen Majoren deshalb gefragt; aber diese konnten bei der Majorität nicht durchdringen.

Herr Rimpler hatte die Versammlung der Hauptleute und Majore hauptsächlich deshalb zusammen gerufen, [illegible] ihnen mitzutheilen, daß der Minister Manteuffel bei ihm h[illegible] anfragen lassen, ob er sich getraue, die National-Versammlung, welche gegen alles Recht ihre Sitzungen fortsetze, mit Waffengewalt aus einander zu treiben, wenn dieses nicht der Fall sei, werde das Ministerium zum Militair seine Zuflucht nehmen müssen.

Die Versammlung beschloß, daß die Antwort nur mündlich gegeben werden solle, da die Anfrage nur mündlich gewesen sei. Der Commandeur möge erklären, daß man die National-Versammlung nicht auflösen, wohl aber ihre Mitglieder, wie auch die Minister, gegen etwaige Insulten schützen werde.

Das Ministerium war mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt; es beauftragte deshalb den Polizei-Präsidenten, ein Requisitions-Schreiben an Herrn Rimpler zu richten, in welchem dasselbe auf die ungesetzlichen Berathungen der trotz des Vertagungs-Befehls berathenden National-Versammlung hinwies, und dann sagte:

„Es wird Einem Hochlöbl. Kommando bekannt sein, daß einige Mitglieder der National-Versammlung über Nacht in dem bisherigen Sitzungssaale verbleiben, und daß die Berathungen morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden sollen. Es kommt daher zunächst darauf an, allen nach dem Sitzungssaale zurückkehrenden Abgeordneten der National-Versammlung den Zutritt zu diesem Lokale zu versagen und zu diesem Zweck alle Zugänge zu demselben abzusperren, dabei jedoch auf den ungehinderten Ausgang der innerhalb des Gebäudes befindlichen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen."

Herr Rimpler antwortete darauf im Auftrage der Majore durch ein Schreiben, aus welchem wir die folgende Stelle hervorheben:

„Nach §. 1 des Bürgerwehr-Gesetzes ist der wesentliche Beruf der Bürgerwehr, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Wenn nun auch das Land zwar noch keine Verfassung hat, so ist doch die National-Versammlung durch das Patent des Königs zur Vereinbarung der Verfassung mit der Krone ausdrücklich nach Berlin berufen, und auch das Wahl-Gesetz vom 8. April d. J. ordnet das Zusammentreten der National-Versammlung in der Hauptstadt an. Wenn nun, diesen Gesetzen und den Beschlüssen der National-Versammlung entgegen, die Krone nicht nur die Verlegung der Versammlung von Berlin nach Brandenburg, sondern auch deren Vertagung auf 17 Tage decretirt, so muß die Bürgerwehr hierin eine Gefährdung der durch Gesetze und königliches Versprechen dem preußischen Volke gewährleisteten Rechte und Freiheiten erblicken, mithin die Aufgabe für sich erkennen, für diese Freiheit, nicht aber gegen dieselbe einzutreten. Dies Letztere würde aber geschehen, wenn die Bürgerwehr der Majorität der National-Versammlung in der Freiheit ihrer Versammlungen und ihrer Beschlußnahme sich gewaltsam entgegenstellen wollte.“

Herr Rimpler bestritt schließlich das Recht des Polizei-Präsidiums zu einer solchen Requisition, welche lediglich dem Magistrat zukäme, und schloß endlich mit folgenden Worten:

„Das Kommando der Bürgerwehr bedauert hiernach, indem es sich allein auf den Boden des Gesetzes stellt, Ew. Hochwohlgeboren Requisition von gestern nicht entsprechen zu

[illegible] kann jedoch nicht umhin, zugleich entschiedene Verwahrung gegen jede gesetzwidrige Verwendung militairischer Kräfte zur Beschränkung der Versammlungs- und Berathungsfreiheit der National-Versammlung oder gar gegen die Unverletzlichkeit der Personen der Volksvertreter hiermit einzulegen.

Beide Schreiben wurden sofort in der Nacht nach 12 Uhr mit einem Begleitschreiben, in welchem Herr Rimpler um die Anberaumung einer Morgensitzung um 5 Uhr bat, an den Präsidenten der National-Versammlung v. Unruh befördert.

Zu gleicher Zeit wandte sich Herr Rimpler auch an den Magistrat und die Stadtverordneten, theilte ihnen das Requisitionsschreiben des Polizei-Präsidenten mit und bat, der Magistrat möge keine Requisition der Bürgerwehr zur Auflösung der National-Versammlung verfügen, sondern im Gegentheil das Seinige thun, um die Regierung zu einer Rücknahme der Verlegung und Vertagung der National-Versammlung zu bewegen; auch möge er die Krone ersuchen, jedes Einschreiten des Militairs zu vermeiden. Eine ähnliche Bitte stellte auch die Berliner Schützengilde an den Magistrat.

Das Bürgerwehr-Kommando glaubte indessen hiermit die Sache nicht abgethan, es blieb die ganze Nacht permanent, der mangelhafte Stab wurde durch zwei Majore ergänzt, und Patrouillen wurden ausgeschickt, um bei einem etwaigen Ueberfall der Stadt durch das Militair nicht unvorbereitet getroffen zu werden.

Ein solcher Ueberfall schien nicht unwahrscheinlich, denn die um Berlin garnisonirten Truppen waren bis ganz in die Nähe der Stadt zusammengezogen, und fortwährend gingen Depeschen vom Kriegsministerium, wo der Ministerrath in

Permanenz fest, ab. Das Ministerium selbst war von einer Bürgerabtheilung scharf bewacht, da nach dem Glauben der Minister ihre Gefangennehmung beabsichtigt wurde.

Aber von keiner Seite sollten in der Nacht vom 9ten zum 10ten November Feindseligkeiten ausbrechen. Alles blieb ruhig; dennoch war es gut, daß das Bürgerwehr-Kommando versammelt blieb, denn es empfing mehrere Deputationen von Arbeitern, welche dem Kommando versicherten, daß sie sich ihm bei einem etwa ausbrechenden Kampf vollständig zur Disposition stellten, daß sie mit Gut und Blut für die National-Versammlung einstehen würden! —

Das war der Geist, welcher unter den so oft verschrienen, so oft getadelten Arbeitern herrschte. Noch war kein Monat vergangen, da hatten sie am 16ten Oktober der Bürgerwehr im tödtlichen Kampfe gegenüber gestanden; aber keine Spur des Hasses war geblieben, jetzt, wo es galt, daß das Volk einig sei, kamen die Arbeiter und boten den Bürgern ihre Hülfe an!

In der Nacht um 12 Uhr wurde auch der Magistrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen gerufen. Selbst die weisen Väter der Stadt mußten ihren Schlaf den wichtigen Zeitereignissen opfern. Die Petition des Bürgerwehr-Kommando's bildete den Gegenstand der Debatte, dieselbe war aber dadurch erledigt, daß der Magistrat noch keine Aufforderung zur Requisition der Bürgerwehr erhalten hatte.

Es lag außerdem noch eine Adresse von den Stadtverordneten an den König vor, welcher beizutreten der Magistrat aufgefordert wurde. Diese Adresse war in der Stadtverordneten-Versammlung am 9ten November vorläufig beschlossen worden, sie lautete:

„Majestät! Der Konflikt, in welchen die durch das Vertrauen der Nation gewählte Versammlung mit den Ministern der Krone getreten ist, hat die Vertreter der Hauptstadt mit tiefer Besorgniß erfüllt und drängt dieselben zu der ehrerbietigsten Bitte, es möge Ew. Majestät gefallen, ein mit dem entschiedenen Willen der gesetzlich bestehenden Versammlung in Widerspruch getretenes Ministerium konstitutionellem Gebrauche gemäß zu entlassen und der Einsicht der Nation vertrauend, ein neues Ministerium zu ernennen, welches durch seinen politischen Standpunkt die Majorität der National-Versammlung besitzt. Auch die Ehre und das Recht Ew. Majestät Residenzstadt, welche der neuen Zeit schon so große Opfer gebracht hat, werden gleichzeitig durch die von dem Ministerium des Grafen v. Brandenburg beantragte Verlegung hart bedroht und legen uns die Pflicht auf, die Gewährung unseres Gesuches und die Zurücknahme jener Maßregeln Ew. Majestät so dringend als ehrerbietigst ans Herz zu legen."

Der Magistrat beschloß der Bitte um Belassung der National-Versammlung in Berlin beizutreten und diese Bitte dem König durch eine aus den Herren Naunyn, Jacobson und Möwes bestehende Deputation schriftlich und mündlich zugehen zu lassen, zu gleicher Zeit aber auch den Präsidenten der National-Versammlung durch dieselbe Deputation zu einer friedlichen Ausgleichung mit der Krone zu vermahnen. Der Bitte um Entlassung der Minister schloß sich der Magistrat nicht an.

Schon am frühen Morgen gegen 4½ Uhr den 10. November hatte der Präsident Unruh die Mitglieder der National-Versammlung wieder zusammengerufen, um die gestern vertagte National-Versammlung wieder zu eröffnen, wichtige in der Nacht an Herrn v. Unruh gebrachte Nachrichten hatten ihn zu diesem ungewöhnlichen Schritt veranlaßt.

Gegen 5 Uhr hatte sich die hinreichende Anzahl von Mitgliedern eingefunden, und Herr v. Unruh eröffnete die Sitzung.

Er ließ zuerst der Versammlung eine Anzahl eingegangener Schriftstücke verlesen: eine Anzeige des Abgeordneten Daniels, daß er erst am 27sten November sich in Brandenburg wieder in der National-Versammlung einfinden werde, den Brief des Bürgerwehr-Kommandeurs an den Präsidenten der National-Versammlung, die beiden abschriftlich beigefügten Schriftstücke, das Requisitionsschreiben des Polizei-Präsidenten, so wie die Antwort des Kommandeurs auf dasselbe, endlich auch die Adresse der Arbeiter, welche Aktenstücke wir sämmtlich schon erwähnt haben.

Außerdem theilte der Präsident der Versammlung mit, daß er den Minister-Präsidenten von den gestrigen Beschlüssen in Kenntniß gesetzt und darauf eine Antwort an den Regierungsrath v. Unruh, nicht an den Präsidenten der National-Versammlung erhalten habe. Herr v. Unruh theilte auch dieses Aktenstück mit, bemerkte aber zu gleicher Zeit, daß er keine Veranlassung zu haben glaube, auf den Inhalt des Schreibens irgend weiter einzugehen.

Der Brief lautet:

„Ew. Hochwohlgeboren haben dem Staats-Ministerio in dem Schreiben vom heutigen Tage von dem Inhalte mehrerer Beschlüsse Mittheilung gemacht, welche die National-Versammlung gefaßt haben soll, nachdem die Vertagung der Versammlung bereits erfolgt war. — Ich halte mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß dergleichen Beschlüsse nicht nur völlig ungesetzlich und deshalb nichtig sind, sondern daß auch die Abgeordneten, welche daran Theil genommen, sich der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens wider die Verfassung schuldig gemacht haben.

Indem ich Ew. Hochwohlgeboren überlasse, den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntniß der Abgeordneten zu bringen, welche die gesetzlichen Schranken überschritten und dem Befehle Sr. Majestät des Königs den schuldigen Gehorsam verweigert haben, gebe ich Ihnen zu erwägen, daß Sie sowohl, wie alle Abgeordneten, welche die Rechte der Krone so schwer verletzt haben, die volle Verantwortung trifft, wegen der aus diesem ungesetzlichen Schritte etwa entstehenden unglücklichen Folgen.

Berlin, den 9. November 1848.

Der Minister-Präsident
Graf Brandenburg.

An
den Königl. Regierungs-Rath
Herrn v. Unruh Hochwohlgeboren."

Nach Beseitigung dieser Verlesung gab Herr v. Unruh in einer ausführlichen Rede Rechenschaft über seine Thätigkeit in der verflossenen Nacht, in welcher er sagte:

„Es ist ferner noch eine Deputation des Magistrats vor kurzer Zeit hier gewesen. Ich habe die Herren Vice-Präsidenten Bornemann, Phillips und Waldeck ersucht, zugegen zu sein. Die Deputation des Magistrats theilte mit, daß der Magistrat eine Adresse an Se. Majestät den König noch am heutigen Morgen richte, worin er auf das Dringendste bäte, die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zurückzunehmen, und den Konflikt, der seit gestern eingetreten ist, zu beseitigen. Die Deputation fügte hinzu, daß sie nicht umhin könne, den Wunsch auszusprechen, es möchten auch von Seiten der hohen Versammlung versöhnende Schritte geschehen, und namentlich möge die National-Versammlung auch dahin wirken, daß nicht Blut vergossen werde. Ich habe darauf der Deputation erwidert: daß ich ihr zunächst nur meine persönliche Ansicht mittheilen könne. Was den letzten Theil ihrer Aeußerung anlangte, so stimmte ich damit vollkommen überein; ich wäre entschieden der Meinung, daß ein von der National-Versammlung provocirtes Blutvergießen der guten Sache nur schaden könne. Ich wäre der Meinung, daß die Ruhe, welche gestern den Tag über in Berlin stattgefunden hat, das Interesse der guten Sache gefördert und daß sie jeden Vorwand zu Zwangs- und Gewaltmaßregeln, zur Erklärung eines Belagerungs-Zustandes ꝛc. fortgenommen hat. Ich würde für meine Person es ferner für meine Pflicht halten, in diesem Sinne zu wirken, ich wäre entschieden der Meinung, daß hier nur passiver Widerstand geleistet werden könne, und daß die wahre Entscheidung über die schwere Krisis, welche durch die jetzigen Rathgeber der Krone hereingebrochen ist, in der Hand des Landes liege. So lange die Presse, so lange das Associations-Recht nicht

von Neuem geknebelt sei, habe das Land die Mittel in Händen, ohne Blutvergießen den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der Reaction herbeizuführen.

(Lebhaftes Bravo der ganzen Versammlung.)

Wenn die Presse, wenn alle Associationen, wenn alle Wahl-Bezirke, wenn alle größeren Städte sich auf das Entschiedenste erklären, wenn sie unserer Ansicht beitreten, wenn sie protestiren gegen das Benehmen des jetzigen Ministeriums, wenn, sage ich, dies vom ganzen Lande geschieht, dann ist kein Zweifel, daß dies Erfolg haben muß. Ist das Land oder ein großer Theil des Landes dieser Meinung nicht, nun, meine Herren! dann hat das Land es zu verantworten, wenn die eben aufblühende Freiheit wieder verdorrt. Ich habe auf den ersten Theil der Aeußerung des Magistrats erwidert, daß ich es nicht der Würde der National-Versammlung angemessen fände, irgendwie Schritte zu thun, welche auf ein Nachgeben der National-Versammlung hindeuteten.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich sei ferner der Meinung, daß man mit solchen Schritten gerade das Gegentheil erreichen würde. Man würde daraus den Schluß ziehen, die National-Versammlung und mit ihr das Land werde sich den ungesetzlichen Schritten, welche geschehen sind, ganz fügen.“

Herr von Unruh fuhr fort, sich dafür auszusprechen, daß den Gewaltmaßregeln des Staates nur passiver Widerstand entgegen zu setzen sei, und die National-Versammlung schenkte ihm Beifall.

So war denn das Wort des passiven Widerstandes hinein geschleudert in das gährende Berlin, das Wort, welches

bei dem allezeit die Ruhe so sehr liebenden Bürger so allgemeinen Anklang fand.

Nichts konnte in der That dem Bürger erwünschter kommen, als die Erfindung des passiven Widerstandes, welchen ein bekanntes Witzblatt, der Kladderadatsch, geistreich in aktive Feigheit übersetzt hat.

Der Berliner Bürger, wie der Bürger in allen großen Städten überhaupt, liebt die Freiheit; aber er liebt etwas Anderes noch mehr, die Ruhe! Nur schwer, sehr schwer entschließt er sich zu einem Kampfe für seine Freiheit, nur wenn ihm eine von ihm anerkannte Autorität die Veranlassung dazu giebt, oder wenn er zur höchsten Wuth und Verzweiflung getrieben wird.

Das Letztere war am 18. März der Fall, das Erstere wäre am 10. November geschehen. Wenn die National-Versammlung das Signal zum Kampfe gegeben hätte, dann hätte der Bürger gekämpft und er hätte tapfer bis zum letzten Blutstropfen gekämpft. Alles war zum verzweifelten Kampfe vorbereitet.

Jetzt plötzlich wurde durch Herrn von Unruh, den Hauptvertreter der bisherigen schwankenden Centrums-Politik, das Wort des passiven Widerstandes in die Bürgerschaft geworfen, und dieser daher die beste Veranlassung gegeben, mit Ehren ihrer Leidenschaft für ruhige Gemüthlichkeit zu fröhnen, unthätig den Gewaltschritten der Regierung zuzusehen.

Herr von Unruh untergrub dadurch selbst den Boden, auf dem die National-Versammlung stand, er machte alle späteren Beschlüsse wirkungslos, er gab der Regierung eine mächtigere Waffe in die Hand, als ihre Kanonen und Bajonette es waren.

Der passive Widerstand war erfunden, er fand den freudigsten Anklang in der Bürgerschaft, und er sollte ins Leben treten!

Nach der Rede des Herrn von Unruh wurde ein Namens-Aufruf der National-Versammlung vorgenommen, er ergab 218 Mitglieder als gegenwärtig, die Versammlung also als beschlußfähig.

Waldeck, Jacoby, Hildenhagen, Wachsmuth und Pilet hatten folgenden Antrag gestellt:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, eine durch das Präsidium zu ernennende Kommission von vier *) Mitgliedern zur sofortigen Redaction einer Proclamation an das Preußische Volk über die von der Staats-Regierung erfolgten Beeinträchtigungen der Rechte des Volkes und der National-Versammlung niederzusetzen."

Nur einige Redner der Rechten sprachen sich gegen den Antrag aus, der fast einstimmig angenommen wurde; die Abgeordneten Moritz, Elsner, Pilet, Zachariae und Schulze (Minden) wurden zur Kommission ernannt und verfaßten sogleich folgende Adresse:

An das preußische Volk!

Das Ministerium Brandenburg, welches gegen die fast einstimmig ausgesprochene Erklärung der National-Versammlung die Leitung der Geschäfte des Landes übernommen, hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß es einseitig die Ver-

*) Auf den Antrag Hildenhagens wurde die Zahl von vier Mitgliedern auf fünf erweitert.

tagung der Sitzungen der Versammlung und die Verlegung derselben nach Brandenburg befohlen. Die Versammlung der preußischen Volks-Vertreter hat diesen Eingriff in ihre Rechte dadurch zurückgewiesen, daß sie mit großer Majorität den Beschluß gefaßt hat, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Sie hat zu gleicher Zeit erklärt, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zu Erlassung jener Botschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht. Das Ministerium Brandenburg hat in Folge dieser Ereignisse die Versammlung für eine ungesetzliche erklärt und die Anwendung militairischer Gewalt angedroht, um die Fortdauer ihrer Berathungen zu hindern. — In dem schweren Augenblicke, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonette auseinander gesprengt wird, rufen wir Euch zu: Haltet fest an den errungenen Freiheiten, wie wir mit allen unseren Kräften und unserem Leben dafür einstehen, aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes. Die ruhige und entschlossene Haltung eines für die Freiheit reifen Volkes wird mit Gottes Hülfe der Freiheit den Sieg erringen!

Ein stürmischer, lang anhaltender Beifall von der Linken der Versammlung sowohl, als von der Tribüne, folgte der Vorlesung, viele Abgeordnete, Zuhörer und Zuhörerinnen schwenkten Tücher oder Hüte zum Zeichen einer begeisterten Acclamation, und fast einstimmig erhob sich unter abermaligem, stürmischem Beifall von der Versammlung und der Tribüne

das ganze Haus, um die Proclamation, wie sie war, ohne Debatte anzunehmen.

Auch der Druck und die Vertheilung dieser Proclamation in 40,000 Exemplaren wurde beschlossen, dann fuhr die Versammlung in der Tagesordnung der Berathung über das Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung bäuerlicher Lasten fort.

32.

Bevor wir die Verhandlungen der National-Versammlung weiter mittheilen, müssen wir die Ereignisse des 10. Novembers nachholen.

Schon am frühen Morgen bot die Stadt ein Bild des bewegtesten Lebens dar. Alle Straßen waren gefüllt mit Menschen, welche hier und dort, in kleinen Gruppen stehen bleibend, sich die Ereignisse der vergangenen Nacht erzählten. Besonders lebhaft war es auf dem Gensd'armen-Markt vor dem Schauspielhause. Dorthin strömte das Volk, um die Nachrichten von den Beschlüssen seiner Vertreter, auf die es jetzt in Furcht und Hoffnung die Augen gerichtet hatte, aus erster Hand zu erhalten. Das Schauspielhaus war mit einer Chaine von Bürgerwehr umgeben. Die Bürgerwehrmänner hatten aber die Gewehre zusammen gesetzt und plauderten hier und dort mit den Männern des Volkes, denn ein Angriff war von dieser Seite sicherlich nicht zu fürchten.

Die Bezirke hatten schon am frühen Morgen Appell gehabt und fast in allen Bezirken hatte sich die Bürgerwehr für den von der National-Versammlung selbst angerathenen passiven Widerstand entschieden, so sehr auch einzelne feurige

Köpfe gegen einen solchen Beschluß ankämpften und eine energischere Handlungsweise anriethen.

Ebenso war auch der Beschluß der Majore und des Commandeurs der Bürgerwehr ausgefallen. Herr Rimpler machte dies durch ein Plakat bekannt.

Wie die Bürgerwehr hatten auch die Stadtverordneten am Morgen schon gegen 8½ Uhr eine Sitzung gehabt und in derselben die Absendung und Veröffentlichung der dem Magistrat vorgelegten Adresse beschlossen. Es waren der Stadtverordneten-Versammlung mehrere andere Adressen vorgelegt worden, z. B. von den Stadtverordneten Gneist, Lewald und Heymann; aber die Versammlung verwarf dieselben und blieb bei dem ersten Entwurf.

Die Adresse war indessen ein sehr nutzloses Werk, denn die Deputation, welche dieselbe dem König überbringen sollte, wurde nicht empfangen.

Auch der Magistrat war in Thätigkeit. Am Morgen war eine Aufforderung des Ministers des Innern zur Requisition der Bürgerwehr behufs der Auflösung der National-Versammlung an ihn gelangt. Er erwiderte darauf, daß er ein Einschreiten der Bürgerwehr gegen die National-Versammlung mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht für vereinbar halte.

Außerdem setzte der Magistrat das Publikum durch ein Plakat davon in Kenntniß, daß er eine Adresse an den König gegen die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg erlassen und durch eine Deputation abgesandt habe. —

Am Abend erschien endlich eine Proclamation des Magistrats und der Stadtverordneten, in welcher diese mittheilten,

daß das eingerückte Militair nicht auf ihre (des bisherigen Sicherheits-Ausschusses) Requisition eingerückt sei.

Eine große Thätigkeit entfaltete auch der Polizei-Präsident Herr von Bardeleben. Dieser Mann, der sich früher durch seine liberalen Gesinnungen einen rühmlich bekannten Namen gemacht hatte, gab sich jetzt dazu her, ganz im Sinne des Absolutismus zu handeln und die Maßregeln des hochverrätherischen Ministeriums zu unterstützen.

Herr von Bardeleben erließ eine Bekanntmachung, in welcher er das Publikum benachrichtigte, daß noch am 10. November Militair in Berlin zur Verstärkung der Garnison einrücken werde, um die seit längerer Zeit daselbst vorgekommenen Störungen der öffentlichen Ordnung und Beeinträchtigung der Freiheit kräftig zu unterdrücken.

Er schloß diese Bekanntmachung mit folgenden Worten:

„Ausdrücklich und auf das Feierlichste wird zugleich versichert, daß Sr. Majestät Regierung diese Maßregel nur ergriffen hat, um die Erfüllung der Verheißungen, welche dem preußischen Volke zur Befestigung seiner Freiheit und zur Erlangung einer wahrhaft volksthümlichen Verfassung gemacht sind, und welche heilig gehalten werden sollen, zu beschleunigen, keineswegs aber, um Rechte oder Freiheiten des Volkes in irgend einer Weise zu beeinträchtigen."

Außerdem erließ Herr von Bardeleben in Gemeinschaft mit dem Gouverneur von Thümen noch eine andere Bekanntmachung, in welcher er das Publikum auf das Gesetz vom 20. März 1837 aufmerksam machte, welches das Militair bei einem etwaigen Angriff zum Gebrauche der Waffen ermächtigt.

Außer diesen offiziellen Plakaten erschienen eine Unzahl

anderer, meist im Sinne der National-Versammlung, nur wenige gegen dieselbe. Es ist uns unmöglich, dieselben wiederzugeben, weil sie viele Bogen füllen würden. Nur eines der schamlosesten von allen wollen wir erwähnen, es ging von Herrn Held aus und wurde allgemein mit Entrüstung gelesen. Herr Held denuncirte in diesem Plakate seine Feinde, Eichler, Mai, Ottensoser, die Gebrüder Benary und Schönemann, Dohm, Meyen u. a. m. den Behörden und dem Volke, als diejenigen, welche das Volk bisher geleitet hätten und an welche das Volk daher jetzt in der Zeit der Gefahr sich zu halten habe.

Was Herr Held mit diesem Plakat beabsichtigt hat, liegt klar auf der Hand, seine Absichten sind jedoch nicht verwirklicht worden.

In gespannter Erwartung verging dem Volke von Berlin der Vormittag; daß Militair zur Auflösung der National-Versammlung in die Stadt einrücken werde, das wußte man jetzt gewiß; aber wie der Empfang der Truppen sein würde, darüber konnte Niemand etwas bestimmen, denn wie leicht war bei der herrschenden furchtbaren Aufregung ein blutiger Konflikt möglich. Allerdings standen Plakate an den Ecken, welche eine freundliche Aufnahme der Soldaten, die ja aus dem Volke entsprossen, nicht seine Feinde wären, anriethen; aber sie wurden nur mit unwilligem Kopfschütteln gelesen, und ein blutiger Kampf im Laufe dieser oder der folgenden Tage schien selbst den ruhigsten und besonnensten Männern unvermeidlich, alle waren darauf vorbereitet und hatten Waffen und Munition in Bereitschaft; man sah selbst viele Bewaffnete unter den Volksgruppen, welche sich um die National-Versammlung geschaart hatten.

So war der Mittag gekommen. Die Truppen waren bereits ganz in der Nähe von Berlin, die Chaussee nach Charlottenburg war von ihnen angefüllt, mit jedem Augenblick konnte man ihr Einrücken erwarten.

Endlich gegen drei Uhr setzten sich die Truppen in Bewegung und zogen in vollständiger Schlachtordnung, die Infanterie-Regimenter voraus, dann die Artillerie mit ihrer Bedeckung, in die Stadt zum Brandenburger und Potsdamer Thore ein. Alle jene Regimenter zogen wieder in die Stadt, welche die Nacht des 18. Märzes mit durchgekämpft hatten, und denen ihr schmachvoller Ausmarsch in den folgenden Tagen noch im frischen Angedenken war. Die königlichen Versprechungen, daß jene Regimenter nicht wieder die Garnison von Berlin bilden sollten, waren längst vergessen.

Der General von Wrangel mit dem General von Möllendorf und seinem Stabe ritt durch das Brandenburger Thor in die Stadt ein; an der Friedrichs-Straßen-Ecke ließ er die Truppen im Parade-Marsch an sich vorüber marschiren.

Der Empfang der Truppen und besonders des Generals Wrangel war ein höchst eigenthümlicher und ein ganz anderer, als irgend ein Soldat, wie ich dies später aus dem Munde vieler Soldaten gehört habe, erwartet hatte.

Von ihren Offizieren war den Soldaten vorgeredet worden, sie würden die Thore durch furchtbare Barrikaden verrammelt finden und erst nach blutigem Kampf in die aufrührerische Stadt eindringen können, in welcher die vollkommenste Anarchie herrsche. Auch die Befehlshaber hatten einen gleichen Empfang im Voraus berechnet und, wie versichert wird, waren in der Decker'schen Geheimen Hof-Buchdruckerei bereits die Plakate gedruckt, welche den in Folge der beim

Einmarsch der Truppen vorgekommenen blutigen Konflikte über die Stadt verhängten Belagerungs-Zustand proklamirten, der beste Beweis, daß die Regierung und das Militair auf einen Kampf vorbereitet waren.

Aber wie sehr hatte man sich getäuscht!

Auf den Straßen, vor den Thoren fand man keine Barrikaden, wohl waren die Straßen angefüllt mit einer zahllosen Menschenmenge, aber diese Menschen schritten so ruhig einher, wie immer früher, wenn Militair in die Stadt einrückte. Da war keine Spur von der vorgespiegelten Unordnung und wilden Anarchie, welche in Berlin herrschen sollte.

Staunend blickten die Soldaten um sich, als sie in die Stadt einzogen, sie glaubten fast zu träumen, so ganz anders war Alles, als sie es sich vorgestellt hatten.

Sehr freundlich war der Empfang der Soldaten allerdings nicht. Dem General Wrangel wurden beim Einreiten manche Spottworte mit Beziehung auf seine früher gehaltene Parade-Rede zugerufen. Er wurde gefragt, ob er etwa käme, um Gras in den Straßen zu ernten, ob die Kugeln auch noch immer im Gewehr und die Schwerter noch haarscharf geschliffen wären u. dgl. m.

Unter den Linden wehten aus den Fenstern der aristokratischen Bewohner den einziehenden Soldaten weiße Tücher entgegen; dies wurde aber vom Volke sehr übel vermerkt, und fast wäre es über diese mißliebige Demonstration zu kleinen Excessen gekommen; ebenso wurden auch einige Herren, welche beim Vorbeireiten des General Wrangel ein freudiges Hurrah ertönen ließen, vom Volke tüchtig durchgeprügelt. Dies und an manchen Stellen ein durchdringendes Zischen beim Vorbeimarsch der Soldaten waren aber auch die einzigen

Zeichen, durch welche das Volk seinen Unwillen über den Einzug des Militairs kundgab.

Die Truppen rückten jetzt nach dem Gensd'armenmarkt vor und umstellten das Schauspielhaus, ein anderer Theil der Truppen marschirte nach dem Schlosse.

Um das Schauspielhaus herum war die Bürgerwehr aufmarschirt, sie trat beim Nahen der Truppen ins Gewehr, und diese stellten sich ringsumher auf. Auch Artillerie wurde aufgepflanzt in der Jäger- und Mohrenstraße.

Als die Truppen aufgestellt waren, erschien der General von Wrangel zu Pferde mit den ihn begleitenden Offizieren. Er ritt unter den Truppen umher und sprach hier und da mit den Soldaten. Wo er erschien, ertönte aus dem in zahlloser Menge versammelten Volke ein durchdringendes Zischen.

Zu gleicher Zeit erschien zu Fuß, von einem lauten Jubelruf des Volkes empfangen, der Major Rimpler mit mehreren Bürgerwehr-Offizieren. Wo er erschien, drängte sich die Masse auseinander und machte ihm ehrerbietig Platz. Herr Rimpler ging auf den General Wrangel zu und zwischen Beiden entspann sich jetzt folgendes Gespräch:

Rimpler. Welchen Zweck hat die Aufstellung dieser bedeutenden Truppenmacht?

Wrangel. Ich wünsche sehnlichst, meine Truppen bald in die Quartiere führen zu können.

Rimpler. Dem steht Nichts im Wege.

Wrangel. Wozu ist die Bürgerwehr hier?

Rimpler. Zum Schutz der National-Versammlung.

Wrangel. Die will ich auch schützen.

Rimpler. Wie lange wird der General Wrangel mit seinen Truppen am Schauspielhause verweilen?

Wrangel. Meine Truppen sind gewohnt zu bivouakiren, sie werden hier stehen bleiben und wenn die Versammlung acht Tage zusammen bliebe.

Rimpler. Dann wird die Bürgerwehr vierzehn Tage hier bleiben, wenn es sein muß!

Damit war das Gespräch der beiden feindlichen Befehlshaber zu Ende.

Wir kehren jetzt zur National-Versammlung zurück.

Die Versammlung war bei einbrechender Dunkelheit auf eine Viertelstunde unterbrochen worden. Als die Erleuchtung bewerkstelligt war, erklärte der Präsident von Unruh, die Sitzung weiter fortsetzend, daß der Kommandeur der Bürgerwehr, Herr Rimpler, ihm eine Mittheilung des Gesprächs zwischen ihm und dem General Wrangel (welches der gütige Leser bereits kennt) gemacht habe. Herr von Unruh hatte in Folge dieser Vorfälle dem Kommandeur schriftlich im Namen der National-Versammlung erklärt, daß dieselbe keinen anderen Schutz als den der Bürgerwehr verlange, namentlich keinen militairischen, und daß er diese Eröffnung sofort dem General Wrangel machen und die Antwort desselben mittheilen möge.

Die Antwort des Generals von Wrangel an den Kommandeur der Bürgerwehr, Rimpler, hatte mündlich dahin gelautet:

„Die Truppen werden unter keinen Umständen zurückgezogen werden, der Austritt aus diesem Lokal sei gestattet, nicht aber der Eintritt der Abgeordneten, da der General eine National-Versammlung nicht mehr

kenne. Die National-Versammlung sei durch den Grafen *Brandenburg* vertagt. Das Schreiben des Präsidenten der National-Versammlung, welches nicht an den General *Wrangel*, sondern an das Kommando der Bürgerwehr gerichtet war, könne er nicht entgegennehmen, weil er auch einen Präsidenten der National-Versammlung nicht kenne. Das Haus würde *durch ihn* verschlossen werden, sobald die Herren, welche sich darin befinden, aus demselben sich entfernt hätten.

Herr von Unruh fügte hinzu, daß das Kommando der Bürgerwehr erklärt habe: es fordere die Ehre der Bürgerwehr und die Rücksicht auf die, auch von der National-Versammlung ausgesprochenen Ansichten, daß die Bürgerwehr in keinem Falle abmarschire und die National-Versammlung hier verlasse. Es könne also nur *die National-Versammlung und die Bürgerwehr* oder keine von beiden sich entfernen.

Nach dieser Erklärung und da der General Wrangel das Schauspielhaus cernirt habe, sei er der Ansicht, daß die National-Versammlung die Erklärung:

„Die National-Versammlung protestirt gegen die ihr gegenüber angewandte militairische Gewalt und erklärt, daß sie diesen Sitzungs-Saal heute nur in Folge der Anwendung dieser militairischen Zwangsmaßregeln verlassen hat,"

abgebe, sich dann vertage und das Haus gemeinschaftlich mit der Bürgerwehr verlasse.

Ein allgemeines, lang andauerndes Bravo der ganzen Versammlung, auch der Zuhörer auf den Gallerieen, folgte diesem Vorschlage des Präsidenten.

Der Ruf: „Das Präsidium voran!“ ertönte, und der Präsident folgte diesem Rufe. Er stellte sich an die Spitze der Abgeordneten und unter seinem Vortritte verließen diese paarweise, in einem langen Zuge, den Saal und das Haus; die Beamten der National-Versammlung schlossen sich ihnen an.

Um 4¾ Uhr, es war schon fast vollständig dunkel geworden, traten die Abgeordneten aus dem Hause. Die Bürgerwehr bildete eine Chaine, durch welche der Zug der Deputirten sich bewegte, Herr von Unruh ging Arm in Arm mit Herrn Rimpler.

Ein ungeheurer, unermeßlicher Jubel empfing die National-Versammlung von Seiten des Volkes. Der Ruf: „Es lebe die National-Versammlung!“ wollte gar nicht enden.

Die Mehrzahl der Deputirten, besonders der linken Seite, begab sich in die Weinhandlung von Jaraschowitz am Gensd'armenmarkt; hier hielt Waldeck aus dem Fenster eine Anrede an das Volk, in welcher er für die gezeigte Theilnahme dankte, zu gleicher Zeit aber auch zum Auseinandergehen aufforderte. Der Aufforderung wurde vollständig Genüge geleistet.

Auch Herrn von Unruh, der sich nach dem Central-Büreau der Bürgerwehr begab, begleitete eine ungeheure Volksmenge unter fortwährendem Jubelruf, die Menge zerstreute sich indessen auch sofort, als sie Herrn von Unruh an den Ort seiner Bestimmung gebracht hatte und von ihm nach einem herzlichen Dank zum Auseinandergehen aufgefordert worden war.

Als die National-Versammlung auseinander gegangen war, zog auch die Bürgerwehr von dem Posten ab, auf dem sie vierzehn schwere Stunden ausgeharrt. Dem Wache haben-

den Bataillon war eine Ablösung angeboten worden; aber es hatte erklärt, daß es seinen Ehrenposten nicht verlassen wollte. Erst als ein längeres Bleiben unnütz war, verließ es unter Trommelschlag den Gensd'armenmarkt.

Bald nach dem Abzuge der Bürgerwehr zog auch das Militair fort, meist in die Quartiere bei den Bürgern, welche den Soldaten angewiesen waren. Mehrere Stunden hatten die Soldaten auf dem Gensd'armenmarkt stehen müssen, in dieser Zeit hatten sie sich viel mit den Bürgern unterhalten, welche ungenirt in ihren Reihen umherstreiften.

Diese Unterredungen waren meist sehr freundlicher Natur gewesen. Die Soldaten hatten ihr Erstaunen über die in Berlin herrschende Ruhe und zu gleicher Zeit erklärt, daß sie sich wohl bei so bewandten Umständen hüten würden, auf das Volk zu schießen, wenn es etwa zu einem Konflikt kommen sollte. Dasselbe erklärten die einzelnen Soldaten auch später immer, wo sie mit den Bürgern sich in Privatunterhaltungen einließen.

So war denn der erste Tag seit dem Einrücken des Militairs gegen jede Erwartung ruhig, ohne den geringsten Konflikt vorübergegangen, und hätten nicht in der Nacht zahlreiche Patrouillen und Piquets auf den öffentlichen Plätzen die Anwesenheit des Militairs verrathen, so würde man kaum bemerkt haben, daß Berlin am 10. November von einer kampfgerüsteten Armee besetzt worden war.

Alles blieb in der Nacht vollkommen ruhig, freilich gährte es deshalb nicht weniger im Volke, der kleinste Konflikt konnte eine furchtbare Erhebung zu Stande bringen, denn in allen Bezirken waren die Bürger versammelt und harrten nur darauf,

daß der Ruf: „Zu den Barrikaden!“ ertöne, um die Waffen in die Hand zu nehmen.

Das einzige erwähnungswerthe Ereigniß in der Nacht vom 10. zum 11. November war die Besetzung des Schauspielhauses vom Militair.

34.

Am Morgen des 11. November war Berlin schon sehr früh munter. Bei Tagesanbruch waren die Straßen bereits mit Menschen bedeckt. Alles strömte nach dem Gensd'armenmarkt, um dort den Einzug der Deputirten in das Schauspiel zu sehen. Männer und Frauen aller Stände waren in dichten Massen versammelt, alle einig in ihrem Enthusiasmus für die Freiheit, für die National-Versammlung.

Die Deputirten hatten sich in Mylius-Hotel versammelt, um gemeinschaftlich nach dem Sitzungs-Saal zu gehen. Gegen 9 Uhr zogen sie, den Präsidenten an der Spitze, nach dem Schauspielhause, um sich zu überzeugen, daß ihnen der Eintritt mit Gewalt versagt werde. Eine ungeheure Volksmenge begleitete sie unter anhaltendem Jubelruf.

Der Präsident trat an die Eingangsthür zum Concert-Saal heran und versuchte sie zu öffnen. Dieselbe war verschlossen. Von Innen fragte eine Stimme, wer Einlaß begehre. Hierauf antwortete der Präsident: „Der Präsident der National-Versammlung! — Ich werde nicht durch die verschlossene Thüre verhandeln. Oeffnen Sie, oder senden Sie Jemand zu mir.“ Darauf die Stimme von Innen: „Ich habe Befehle vom hohen Staats-Ministerium, dies Haus zu besetzen und Niemand einzulassen. Ich werde nicht

öffnen." Nun wandte der Präsident sich zu den ihn umgebenden Mitgliedern der National-Versammlung und rief folgende Worte aus:

„Ich protestire feierlichst gegen die wider uns angewendete Gewalt, und ersuche die Mitglieder der National-Versammlung, sich mit mir in ein anderes Lokal zu begeben."

Unter Vortritt des Präsidii zogen hierauf die versammelten Deputirten in den Saal des Hotel de Russie.

Das Volk begleitete sie unter fortwährendem Hurrahgeschrei und dem Jubelruf: „Es lebe die National-Versammlung! Es leben die Vertreter des Volkes!" Selbst auf die pflichtgetreuen Mitglieder der Rechten wurden Lebehochs ausgebracht, vielleicht die ersten, welche Männer der Rechten vom Berliner Volke empfangen hatten.

Gegen 10½ Uhr redete Herr von Unruh die im Hotel de Russie versammelten Deputirten an, ohne die Sitzung zu eröffnen. Er theilte mit, daß die Schützengilde der Versammlung ihr Lokal angeboten habe, dann schlug er den Deputirten vor, sich am Nachmittage im Schützenhause zu versammeln; aber das war nicht nach dem Sinne der Anwesenden, welche gleich berathen wollten, was in dieser gefährlichen Zeit zu thun sei und sich für vollkommen beschlußfähig hielten; so rief Waldeck die berühmt gewordenen Worte:

„Meine Herren! Nicht die Mauern, nicht die Steine bilden die National-Versammlung, sondern wir, wir mit unserem Herzen, wir mit unserem Willen, wir mit der Kraft und dem Einfluß, welchen wir auf das Volk haben."

Waldeck bat dann den Präsidenten, sogleich förmlich zu

erklären, daß die Sitzung eröffnet sei. Ein allgemeiner Jubel aller Deputirten folgte diesem Vorschlag, alle erhoben sich von ihren Sitzen, um ihn zu unterstützen.

Herr von Unruh konnte nicht umhin, auf den so allgemein ausgesprochenen Wunsch der Versammlung einzugehen; unter dem stürmischen Beifall der ganzen Versammlung sprach er die Worte:

„Die Sitzung ist eröffnet!"

Es wurde nun der Namens-Aufruf vorgenommen, der die Anwesenheit von 242 Mitgliedern, die Versammlung also als vollständig beschlußfähig, ergab.

Es wurde nun außer dem Protokoll über die Zurückweisung der Deputirten vor den Thüren des Schauspielhauses noch folgendes über die Besetzung des Hauses durch das Militair verlesen.

Berlin, den 11. November 1848.

„Während die National-Versammlung heute Vormittag im Saale des Hotel de Russie versammelt war, meldete sich der Lederhändler Julius Wilke, Zugführer bei der hiesigen Bürgerwehr, bei dem Präsidenten, um über die Vorfälle der heutigen Nacht im Schauspielhause Auskunft zu ertheilen. In Folge des Auftrags des Präsidenten haben die unterzeichneten Abgeordneten hierüber nachstehendes Protokoll aufgenommen.

Der ꝛc. Wilke erklärte:

Gestern Abend gegen 8 Uhr erhielt ich von dem Major des 8. Bataillons den Auftrag, die Wache im Schauspielhause zu beziehen. Ich begab mich mit sieben Mann dorthin und nahm im Flur des Schauspielhauses, da wo die Abgeordneten ihre Mäntel ablegen, Posten. Ich fand

Niemanden im Lokal, als zwei Civil-Personen, die ich für Beamte der Versammlung hielt. Heute früh nach 4 Uhr, bis wie lange Alles ruhig geblieben war, hörte ich auf einmal Lärm, und es kamen Soldaten aus dem hinteren Eingange, welche sich um unseren Posten herumstellten.

Der Offizier trat vor und sagte, nachdem ich erklärte, daß ich hier die Wache habe: „Ich befehle Ihnen, das Haus zu verlassen." Ich bat ihn um Vorzeigung eines schriftlichen Befehls, worauf er erwiderte: „Wollen Sie der Gewalt weichen oder nicht?" Ich sagte, ich müsse allerdings weichen, und bäte ihn um seinen Namen. Er antwortete, daß er der Hauptmann Brause sei, und ich zog hierauf mit meiner Mannschaft ab.

Vorgelesen. Genehmigt. Unterschrieben.

(gez.) J. Wilke.

(gez.) v. Kirchmann. Bloem. Jakoby."

Abgeordn. Wachsmuth: Meine Herren! Ich sehe in diesem Akte einen neuen ungesetzlichen Akt der Willkür; denn die Bürgerwehr war vollkommen befugt, ihren Posten einzunehmen, und es war keine Requisition von der kompetenten Civil-Behörde an die Militair-Behörde ergangen, ihr zu helfen. Ich fordere daher die Versammlung auf, gegen diesen anderweitigen Akt der Willkür zu protestiren.

Der Abgeordnete Bornemann entgegnete hierauf:

Ich wünsche, daß wir nicht fort und fort protestiren; am Ende wird das Protestiren, ich möchte fast sagen, eine Karrikatur.

(Widerspruch.)

Und ich möchte ferner den Wunsch aussprechen, daß wir uns bei jedem Worte mäßigen.

Abgeordn. Phillips: Meine Herren! Ich muß dem entgegentreten, was der Herr Abgeordnete Bornemann vorher sagte, daß wir nicht fort und fort protestiren sollen. Meine Herren! Wir müssen fort und fort protestiren gegen jeden und wäre er der kleinste Akt der rohen Gewalt. Das sind wir der heiligen Sache des Volkes schuldig. Unsere Kinder sollen nicht die Schmach haben, daß man zu ihnen sage: „Euer Vater war auch einer von Denen, die das Vaterland verrathen haben."

(Bravo!)

Nach dieser und einer Debatte über die Zeit und den Ort der nächsten Versammlung, berief der Präsident von Unruh dem Wunsche der Majorität in der Versammlung gemäß, diese auf Nachmittag drei Uhr in das Schützenhaus.

Vor dem Schlusse der Sitzung (um 12 Uhr) wurde noch der folgende Antrag des Abgeordneten Wachsmuth:

„Die Versammlung möge beschließen, daß sie hierdurch gegen die Verdrängung der Bürgerwehr aus dem Lokale der National-Versammlung durch Militair als gegen einen Akt ungesetzlicher Gewalt Verwahrung einlegt,"

einstimmig angenommen.

Um 4¾ Uhr wurde die Nachmittags-Sitzung der National-Versammlung durch den Präsidenten von Unruh im Schützenhause eröffnet.

Für die Minister war ein Tisch reservirt, derselbe aber natürlich unbesetzt.

Nachdem das Protokoll der vorigen Sitzung vorgelesen und genehmigt worden war, wurde der Namens-Aufruf vorgenommen. Er ergab 247 Mitglieder als anwesend.

Der Präsident zeigte dann an, daß die Stadtverordneten der Versammlung ihre sämmtlichen Lokalitäten zur Disposition gestellt hätten; die Versammlung dankte dafür, indem sie sich unter Beifallruf erhob; die gleiche Dankbezeugung wurde auch der Schützengilde dargebracht.

Der Berichterstatter der Petitions-Kommission erstattete dann Bericht über die verschiedenen, an die National-Versammlung eingegangenen Zustimmungs-Adressen, deren schon eine große Menge aus den verschiedensten Städten mit vielen Tausenden von Unterschriften eingegangen waren und noch fortwährend eingingen. Die National-Versammlung hat im Ganzen etwas mehr als 7000 Adressen empfangen, welche alle die vollkommenste Beistimmung ausdrückten.

Es lagen jetzt der Versammlung zwei Anträge vor; der eine von Arntz, Rodbertus und Bloem, dem sich Berends und Kämpf, Reuter und Schulz (Wanzleben) anschlossen:

> „Die hohe Versammlung wolle erklären, daß die Bürgerwehr Berlins durch ihr Verhalten den ungesetzlichen Zumuthungen des Ministerii Brandenburg gegenüber und durch die freudige Ausführung des Schutzes der National-Versammlung sich den Dank des gesammten Vaterlandes verdient habe,"

wurde ohne Debatte, unter Bravoruf von der Versammlung, einstimmig angenommen.

Der andere, höchst wichtige Antrag war von Berg und Rodbertus gestellt; er lautete:

Die hohe Versammlung wolle beschließen,

> „daß der Präsident sofort eine, aus dem Präsidio und 16 Mitgliedern bestehende Kommission zur schleunigen Abfassung einer offiziellen Denkschrift ernenne, in welcher

die schwere Schuld, welche das Ministerium Brandenburg durch Gegenzeichnung und Verkündigung der die Vertagung und Verlegung der National-Versammlung aussprechenden Königl. Botschaft auf sich geladen, dem Lande dargelegt werde."

v. Berg fügte zur Unterstützung seines Antrages hinzu, daß er nur deshalb nicht eine Anklage des Ministeriums beantrage, weil noch kein Geschwornen-Gericht existire. Nur durch diese müsse das Volk, und das Volk allein, die Verbrechen aburtheilen, welche das Ministerium begangen habe.

Herr v. Berg schloß seine Rede mit den Worten:

„Die Nation wird zu Gericht sitzen, die Geschichte wird das Urtheil vollstrecken."

(Lautes, lang' anhaltendes Bravo von der ganzen Versammlung.)

Wachsmuth stellte dessenungeachtet zu dem Berg'schen Antrag das Zusatz-Amendement:

„Der Kommission zugleich aufzugeben, zu prüfen, in wiefern nach den bestehenden Gesetzen eine Anklage gegen die Minister: Graf v. Brandenburg, v. Manteuffel, v. Ladenberg und v. Strotha, zu begründen sein dürfte."

Antrag und Amendement wurden von der Versammlung mit großer Majorität angenommen.

Es kam jetzt ein im höchsten Grade wichtiger Antrag von den Abgeordneten Waldeck, Temme, Jakoby, Berends, Witt, Teichmann, Reuter, Maetze und Hildenhagen zur Diskussion. Er lautete:

„Die hohe National-Versammlung wolle beschließen:

1) daß die von dem Ministerium Brandenburg be-

schlossene Auflösung der Berliner Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sei;

2) daß jeder Bürger, Civil- und Militair-Beamte, welcher zur Ausführung dieser Maßregel mitwirken möchte, sich des Verraths am Vaterlande schuldig machen würde;

3) daß dieser Beschluß sofort durch den Druck bekannt zu machen sei."

Der Abgeordnete Waldeck begründete seinen Antrag, indem er der Versammlung mittheilte, daß die Bürgerwehr Berlins durch folgende königliche Verordnung aufgelöst worden sei:

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

(Allgemeine Aufregung. — Der Präsident bittet um Ruhe.)

Nachdem wir die Vertagung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. H. angeordnet, hat ein Theil dieser Versammlung dieser Anordnung zuwider in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Kommandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staats-Regierung gegen dieses gesetzwidrige Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihre ungesetzlichen und wirkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der National-Versammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr Wir es nun beklagen, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den Uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln voranschreiten

zu müssen, so sind Wir dennoch verpflichtet, einem solchen die Ordnung gefährdenden Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und in Gemäßheit des §. 3. des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17ten Oktober d. J., welcher dahin lautet:

„Durch Königl. Verordnung kann aus wichtigen, in „der Auflösungs-Ordre anzugebenden Gründen, die „Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres „Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienst„enthebung darf nicht länger als sechs Monat dauern. „Im Fall einer Auflösung muß die Verordnung wegen „der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen drei „Monaten erfolgen,"

was folgt:

Die Bürgerwehr der Stadt ist hiermit aufgelöst und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben Sanssouci, den 11. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(kontr.) Graf Brandenburg.

v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.

Dies, meine Herren, fuhr Waldeck nach Verlesung der Verordnung fort, ist also der Inhalt dieser Verfügung, dieses fortgesetzten Attentates, was von dieser Stelle und mit vollen Rechtsgründen für ein Hochverrath erklärt worden ist. Meine Herren, Sie haben oft von unserer Seite gehört, welche Gefahren die Reaktion uns bereitet, und nun ist es Aller Augen klar gestellt worden. Wie gern hätten diese Männer, die dieses über uns verhängt haben, — wie gern hätten sie gesehen,

wenn es gestern zu irgend einem Ausbruche gekommen wäre. Gewiß, meine Herren, es ist die Absicht dieser Brut, daß es durch diese Maßregel dazu kommen möchte. Aber es ist ihnen nicht gelungen. Und ungeachtet es nicht gelungen ist, wird dennoch ihre Absicht nicht erreicht werden, daß das Leichentuch der Freiheit von Wien aus bis Berlin sich verbreiten möge. Nein, meine Herren, diese Absicht ist vereitelt durch die glorreiche herrliche Haltung dieser Stadt. Die Soldaten sind eingezogen und die Soldaten sind als unsere Brüder angesehen worden. Es wird als ein lächerliches Denken der Kamarilla angesehen werden, daß sie glaubt durch Kinder des Landes zu besiegen. Aber, meine Herren, was soll man sagen, wenn ein Ministerium, welches sich in den wenigen Tagen, die es existirte, mit aller Schmach bedeckt hat, — wenn ein Ministerium diese seine Maßregel bis auf den Punkt fortsetzen will? — denn es ist nichts weiter als eine Fortsetzung des Attentates. Man beruft sich auf §. 3. des Bürgerwehrgesetzes. Der Inhalt desselben ist richtig angegeben worden. Nimmermehr ist es aber die Absicht der Versammlung gewesen, daß der Grund, aus welchem eine Bürgerwehr von der Regierung aufgelöst worden, daß der Grund eben ein Hochverrath derselben Regierung sein sollte!? Dem Hochverräther muß sich Jeder widersetzen! Dies ist die Pflicht eines jeden guten Bürgers. Die Bürgerwehr ist in ihrem vollkommenen Rechte, sie übt ihre heilige Pflicht aus, indem sie uns schützt, indem sie sich dem verruchten Ansinnen, uns auseinander zu jagen, widersetzt. Es ist Fortsetzung des Hochverraths, wenn man die Bürgerwehr auflöst, und es ist ein Schimpf, ein Hohn, sich dabei auf ein Gesetz der Versamm-

lung zu berufen, in demselben Augenblick, wo man damit umgeht, die National-Versammlung zu Richte zu machen.

(Allgemeines, anhaltendes, donnerndes Bravo.)

Der Antrag war gewiß im höchsten Grade zeitgemäß. Abermals hatte das Ministerium der Contrerevolution einen Verrath am Volke begangen, und jetzt war es an der Zeit, energisch gegen das Ministerium aufzutreten, welches erst das Volk entwaffnen wollte, um es dann desto sicherer zu knechten. Jetzt mußte das Volk die Waffen zur Vertheidigung seiner Freiheit gebrauchen, oder es mußte sich wehrlos der schmachvollen Unterdrückung Preis geben.

Die Abgeordneten der Linken sahen dies auch sehr wohl ein, aber nicht die des Centrums, welche noch immer, so weit sie auch schon gegangen waren, sich aus ihrem schmachvollen Schwankungssystem nicht herausreißen konnten.

Der Abgeordnete Wachsmuth stellte das Amendement:

1) „Die Staatsregierung aufzufordern, den Befehl zur Auflösung der Bürgerwehr sofort zurückzunehmen.

2) Die Bürgerwehr und die Bevölkerung Berlins aufzufordern, der Zurücknahme dieses Befehls in ruhiger Haltung entgegen zu sehen."

Also warten, ruhig warten sollte die Bürgerwehr, während ihr die Waffen schmachvoll entrissen wurden, das war die unglückselige Politik der National-Versammlung, jene Politik, welche das Volk von Berlin entnervt, es unfähig gemacht hat zum Handeln, so sehr, daß noch im gegenwärtigen Augenblick*), wo schon in ganz Deutschland wieder der Kampf gegen die Reaction in hellen Flammen steht, Berlin

*) Am 6. Mai 1849.

allein todt und ruhig ist, daß Berlin noch immer unter den Fesseln des Belagerungs-Zustandes seufzt und die Gewaltherrschaft eines Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, die abermalige Auflösung seiner Volksvertretung durch dies Ministerium duldet! —

Das sind die Folgen dieser Politik! —

Der Antrag und das Amendement wurden beide fast einstimmig angenommen.

Zum Schlusse der Sitzung kam endlich noch ein anderer höchst wichtiger Antrag von den Abgeordneten Jakoby, d'Ester, Waldeck, Körfgen, Reuter, Schulz (Wanzleben) u. s. w. zur Diskussion. Er lautete:

> „Eine hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung der Staatsgelder, noch zur Erhebung von Steuern berechtigt sei."

Es ist dies der berühmte Antrag der Steuer-Verweigerung, dessen spätere Annahme im Lande eine so furchtbare Sensation erregte.

Sollte dieser Antrag einmal angenommen werden, dann war jetzt die Zeit dazu, er mußte dann der erste Schritt zu einer durch das ganze Land zu proklamirenden Revolution sein. Aber warten durfte man dann mit einem solchen Beschluß nicht mehr.

Revolutionaire Schritte müssen schnell, schlagend, unvorhergesehen gethan werden, wenn sie von Wirkung sein sollen. Sie dürfen nicht vereinzelt dastehen, sondern müssen sich in ununterbrochener Reihe folgen.

Von diesem Grundsatze ging auch die Linke aus; aber wieder wagte das Centrum so entscheidende Schritte nicht.

Herr von Unruh stellte den Antrag:

„Die National-Versammlung wolle beschließen, den Antrag, daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung von Staatsgeldern, noch zur Erhebung von Steuern berechtigt ist, in eine aus acht Mitgliedern bestehende und vom gesammten Präsidio zu ernennende Kommission zu verweisen, welche schleunig darüber Bericht zu erstatten hat,"

und dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, denn die Linke mußte befürchten, daß die Abgeordneten der Rechten und des Centrums ihren Austritt aus der Versammlung erklären und diese dadurch unbeschlußfähig machen würden, wenn sie bei der Forderung um sofortige Berathung ihres Antrags bliebe.

Die Sitzung wurde am Abend um 7¼ Uhr geschlossen, nachdem die nächste Sitzung auf Sonntag Mittag 2 Uhr wieder im Schützenhause festgestellt worden war. Die Bedenken, Sonntags Sitzung zu halten, erledigte von Berg sehr schön mit folgenden Worten:

„Es ist Ihnen bekannt, daß ich Geistlicher bin; ich weiß, daß der Sonntag dem Gottesdienst gewidmet ist, ich rechne es aber ebenfalls zum Gottesdienst, für das Wohl des Volkes zu wirken."

35.

Während die National-Versammlung im Hotel de Russie und im Schützenhause ihre Sitzungen hielt, war es in Berlin so ruhig, wie selten früher. Nirgend war ein Lärm hörbar, die Bewohner der Residenz schienen zu fühlen, daß es in

dieser hochwichtigen Zeit eine Ehrensache für sie sei, eine so ruhige; würdige Haltung anzunehmen, als nur immer möglich.

Aber dennoch herrschte in Berlin eine fast fieberhafte Aufregung. An allen Ecken sah man kleine Gruppen von Menschen stehen, welche sich eifrig besprachen, und in allen diesen Gruppen war der Gegenstand des Gesprächs derselbe.

Besonders lebhaft wurde an denjenigen Punkten debattirt, an denen die Plakate angeschlagen waren.

Unter den Plakaten zeichnete sich besonders das wegen Aufhebung der Bürgerwehr und die folgende königliche Proclamation aus.

Proclamation.

Der in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister die zur Vereinbarung der Staats-Verfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zum 27. dieses Monats zu vertagen. Aus demselben Grunde habe Ich die Truppenmacht in dieser Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober dieses Jahres ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin Mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfacher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturz-Partei dazu mißbraucht werden können,

auch bei sonst gut gesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Vollbestand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende Mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch, Meine treuen Preußen, Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil Eurer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der National-Versammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die Euch glauben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, Ich wolle wieder ablenken von dem betretenen constitutionellen Wege!

Preußen! Ihr, die Ihr noch feststeht in dem alten guten Vertrauen zu Mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines Königlichen Hauses und Seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daran ferner festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen! — Ihr aber, die Ihr schon darin zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich, Halt zu machen auf dem betretenen jähen Pfade und abzuwarten die Thaten, die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe Ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch nichts verkümmert werden soll an Euren constitutionellen Freiheiten, daß es Mein heiligstes Bestreben sein wird, Euch mit Gottes Hülfe ein guter constitutioneller König zu sein, auf daß Wir gemeinsam ein stattliches und haltbares Gebäude errichten, unter dessen

Dache, zum Frommen Unseres preußischen und ganzen deutschen Vaterlandes, Unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer echten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen!

Sanssouci, den 11. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contr.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

Die Auflösung der Bürgerwehr wurde von den zahlreich versammelten Lesern dieser Proclamation mit Zähneknirschen aufgenommen, die andere Proclamation mit einem Hohngelächter; das Volk wußte die königlichen Versprechungen, daß nichts von seinen constitutionellen Freiheiten verkümmert werden solle, sehr wohl zu würdigen, es wußte zur Genüge, daß die Regierung, wenn sie die Gewalt in Händen hatte, sich an dieses Versprechen so wenig kehren würde, als an alle früheren.

Die Auflösung der Bürgerwehr, welche so oft sich im angestrengten Dienste für die Regierung erhoben hatte, erregte in Berlin bei allen Klassen des Volkes eine tiefe Erbitterung, obgleich diese Maßregel der Regierung keineswegs unerwartet getroffen worden war.

Man ahnte sie schon am 1. November, denn da schon hatten die Truppen sich auf eine höchst formlose und nichtsachtende Weise in den Besitz der verschiedenen Wachen gesetzt, aus denen sie die Bürgerwehr ohne Weiteres verdrängten.

Auch dem Magistrat ging die Auflösungs-Ordre der Bürgerwehr zugleich mit dem Befehle vom Ministerium, das

Innern zu, für die Abnahme der Waffen Sorge zu tragen; der Magistrat verweigerte indessen die Ausführung dieses Befehls einstimmig, weil nach dem Bürgerwehr-Gesetz der Gemeinde-Behörde wohl die Organisation, in keinem Fall aber die Auflösung der Bürgerwehr obliege.

Sehen wir nun, wie sich die Bürgerwehr selbst gegen den Befehl zu ihrer Auflösung verhielt; zuerst, was that Herr Rimpler, der Kommandeur der Bürgerwehr, der Mann, welcher von den reactionairen Zeitungen als rother Republikaner verschrieen wurde?

Herr Rimpler legte dienstbeflissen, sobald ihm die Auflösungs-Ordre zukam, seine Stelle als Kommandeur nieder, er zeigte dies sofort dem Magistrat an und der Magistrat, der Berliner Magistrat, antwortete ihm darauf, daß er die Niederlegung des Amtes durch Herrn Rimpler nicht annehmen könne, und daß er sich über einen solchen Schritt zu einer solchen Zeit sehr wundern müsse. Der Berliner Magistrat, vielleicht die servilste Behörde im ganzen preußischen Staat, war also kühner, revolutionairer als der rothe Republikaner Herr Rimpler, als der Mann, der so oft durch Proclamationen betheuert hatte, daß er mit der Majorität der National-Versammlung stehen und fallen werde; der sich aber jetzt im Augenblicke der Gefahr feige zurückzog.

Die Geschichte wird ihr Urtheil sprechen über diesen Mann, der wohl dem unbewaffneten Volke, nicht aber den Soldaten entgegen zu treten wagte, der in der Gefahr die heilige Sache der Freiheit feige verrathen hat; das Berliner Volk hat längst über ihn abgeurtheilt.

Die Bürgerwehr selbst war von einem ganz anderen Geiste beseelt, als ihr Kommandeur. Kaum wurde der

Auflösungs-Befehl bekannt, als in allen Bezirken die Compagnieen zusammentraten und berathschlagten, was zu thun sei. Ueberall, selbst in den Stadttheilen, welche ihrer conservativen Gesinnung wegen am bekanntesten waren, hörte man eine Stimme der Entrüstung über das Auflösungs-Dekret; überall beschloß die Bürgerwehr, sich demselben nicht zu fügen, die Waffen nicht abzugeben und dieselben nöthigenfalls mit aller Kraft zu vertheidigen. In allen Stadttheilen herrschte derselbe Geist.

Außerdem wurde in den meisten Bezirken beschlossen, daß diejenigen Bürgerwehrmänner, welche wegen Kränklichkeit oder wegen Familienrücksichten an einem etwa entstehenden Kampfe nicht Theil nehmen könnten, deshalb doch die Waffen nicht an das Militair, sondern an ihre Hauptleute, Zug- oder Rottenführer abliefern sollten, damit diese sie gesinnungstüchtigen Arbeitern übergäben. Dieser Beschluß ist denn [illegible] vielfach ausgeführt worden.

Die Bürgerwehrmänner blieben während der Nacht vom 11. zum 12. November fast in allen Bezirken in Permanenz zusammen, sie trennten sich erst gegen Morgen, als erwiesen war, daß ein Kampf in den ersten Stunden nicht ausbrechen würde; aber auch da blieben einige bevollmächtigte Vertrauensmänner der Compagnieen in Permanenz, um jeden Augenblick die Compagnieen zu berufen, denn man hielt den Ausbruch des fürchterlichsten Kampfes von Minute zu Minute für möglich.

In der That hatte sich auch in Berlin in Folge des Auflösungs-Dekrets der Bürgerwehr die Aufregung gewaltig vermehrt. Dumpfe Gerüchte durchliefen die Stadt, in [illegible]

sollte ein Kampf losgebrochen sein, ebenso in Potsdam und Magdeburg; überall sollte das Volk siegreich kämpfen.

Auf allen Straßen standen Menschengruppen bis tief hinein in die späte Nacht zusammen, auch viele Bewaffnete zeigten sich unter diesen Gruppen. Militair-Patrouillen zogen durch die Straßen, das Volk ließ sie schweigend vorüberziehen.

Die Soldaten lagen in jener Nacht noch meistens in Privatquartieren bei den Bürgern. Plötzlich in der Nacht nach 12 Uhr wurden die ermüdeten Leute durch ihre Unteroffiziere geweckt und mußten sich aus den Häusern ziehen. Es war zu der Militair-Behörde das Gerücht gedrungen, die Soldaten sollten in ihren Quartieren einzeln überfallen und ermordet werden.

Daß dies Gerücht ein falsches war, haben wir wohl kaum nöthig zu erwähnen, aber doch war es nicht ganz unbegründet.

Es war nämlich in einem demokratischen Klub in öffentlicher Sitzung der Vorschlag gemacht worden, das Militair in den Häusern zu entwaffnen, an Ermordung dachte Niemand.

Da dieser Vorschlag in öffentlicher Sitzung gemacht worden war, wurde er natürlich sofort den Behörden verrathen, die Soldaten rückten aus den Häusern und standen nun kampfbereit; jedes auf eine Ueberraschung des Militairs zielende Kampfsystem war daher durch diesen unsinnigen Vorschlag vollständig vereitelt.

Während dieser Nacht hatten auch die Führer der Bürgerwehr eine Versammlung im Café de Bavière, um sich über die etwa nöthig werdenden Schritte zu berathen. Es waren zu dieser Versammlung auch verschiedene Abgeordnete

zugezogen worden. Das Resultat der Berathung war, daß man beim passiven Widerstand verharren müsse.

Außer den Mitgliedern der Bürgerwehr hatten auch die vorzüglichsten Korporationen und Klubs in jener Nacht permanente Sitzungen. Die Mitglieder der Linken saßen bei Mylius und empfingen dort Deputationen über Deputationen von verschiedenen Städten, welche alle der National-Versammlung thatkräftige Hülfe anboten; die Maschinen-Arbeiter waren im Mielentz'schen Lokal in der Garten-Straße, die Mitglieder des demokratischen Klubs bei Schulz am Petri-Platz versammelt. Die einzelnen Versammlungen standen in fortwährendem Zusammenhange.

Aber trotz aller dieser Vorbereitungen sollte es auch in der Nacht vom 11. zum 12. November zu keinem Kampfe kommen. Die Nacht verlief, der furchtbaren Aufregung, in welcher sich ganz Berlin befand, ungeachtet, vollkommen ruhig. Der kleinste Konflikt zwischen Militair und Bürgerschaft hätte zum erbittertsten Kampfe führen können, aber dieser Konflikt blieb aus.

An demselben Tage war auch Potsdam der Schauplatz eines kleinen Aufstandes, welcher von einer Volks-Versammlung ausging. Das Volk zog nach der Eisenbahn, riß dort die Schienen auf, um eine etwaige Sendung von Truppen nach Berlin zu verhindern, und zerstörte den elektrischen Telegraphen, um den Depeschen-Wechsel zwischen Sanssouci und Berlin zu unterbrechen.

16.

Der 12. November ist entschieden nächst dem 9. November der wichtigste Tag der Contre-Revolution, es ist der

Tag, an welchem, dem Glauben aller Parteien gemäß, der Kampf ausbrechen sollte, und an dem Berlin trotzdem, trotz aller Aufreizungen, trotz selbst der Proclamation des die Stadt entwürdigenden, willkürlichen Belagerungs-Zustandes, seine frühere Ruhe bewahrte.

Die städtischen Behörden, der Magistrat und die Stadtverordneten waren den ganzen Tag in Permanenz versammelt. Beide Behörden blieben durch gegenseitige Deputirte in steter Korrespondenz. Gegen Mittag beschlossen beide einstimmig:

1) Eine Petition an den König, um Rücknahme, oder doch um Aufschiebung der verordneten Aufhebung der Bürgerwehr zu richten; 2) das Staats-Ministerium von diesem Beschluß in Kenntniß zu setzen und bei demselben darauf anzutragen, die Ausführung der Maßregel auszusetzen und die Königliche Entschließung abzuwarten; 3) eine Ansprache an die Einwohner zu erlassen, um denselben von dem Vorstehenden Kenntniß zu geben und auf eine fernere ruhige Haltung, so wie auf Vermeidung jedes thätlichen Widerstandes bei der Auflösung der Bürgerwehr hinzuwirken.

Beide Versammlungen ordneten dann eine gemeinschaftliche Deputation an den König zur Ueberbringung der Petition ab.

Der Erfolg dieser Deputation war ein höchst trauriger. Beim König wurde sie gar nicht vorgelassen, sondern vom Adjutanten desselben, Prinzen Croy, unter dem Vorgeben abgewiesen, der König empfinge in Abwesenheit der Minister keine Deputationen; ebenso wenig empfing sie der Minister-Präsident Graf Brandenburg, welcher ihr nur durch den Major Griesheim mittheilen ließ: „Der Minister-Präsident

sei zwar nicht abgeneigt, der Deputation Eingang beim Könige zu vermitteln, wenn der rechte Zeitpunkt dazu gekommen sein wird. Ueberhaupt könne der Minister-Präsident nicht zugeben, daß jetzt eine Deputation das Gefühl des Königs rege mache, um Maßregeln zu verhindern, die das verantwortliche Ministerium auszuführen für nöthig erachte."

Unter solchen Bedingungen konnte denn die Deputation nichts Anderes thun, als sich zurückziehen und warten, bis die Herren Minister den rechten Zeitpunkt für gekommen erachteten.

Es geht übrigens aus der Antwort des Minister-Präsidenten der deutliche Beweis hervor, daß der König zur damaligen Zeit von einer gewissen Partei umstrickt war, welche die Wünsche des Volkes unter keiner Bedingung zu seinen Ohren kommen lassen wollte. Es macht diese Antwort uns manches vorhergegangene und folgende Ereigniß verständlich.

Auf den Straßen Berlins herrschte am 12. November vom frühen Morgen an ein reges Leben. Niemand mochte in dieser aufgeregten Zeit zu Hause weilen, von einer politischen Versammlung eilte man zur anderen oder auf die Straße, um dort unter den zusammenstehenden Gruppen zu hören, was es Neues gäbe.

Die Ecken-Literatur war an jenem Tage ziemlich arm, den Hauptsatz in derselben nahmen die schon im vorigen Kapitel mitgetheilten beiden Proclamationen des Königs wegen der Auflösung der Bürgerwehr und ein Plakat des Polizei-Präsidenten von Bardeleben ein, der zur Zurückgabe der Waffen bis Abends 5 Uhr aufforderte und die Hoffnung

aussprach, daß die Zurücklieferung pünktlich befolgt werden würde.

Wie sehr Herr von Bardeleben zu dieser Hoffnung berechtigt war, geht am besten daraus hervor, daß am gestellten Termine in der That 36 Gewehre und eine Trompete abgeliefert wurden, desto mehr Gewehre wurden aber von alten, kampfunfähigen Bürgern an junge kräftige Arbeiter übergeben.

Die Bürgerwehrmänner waren meistens am Sonntag Vor- und Nachmittag in Compagnie-Versammlungen, ebenso waren die Linke in Mylius Hotel und die verschiedenen Arbeiter-Vereine in ihren Lokalen versammelt, denn in jedem Augenblick erwartete man den Ausbruch des Kampfes.

Die Versammlungen der Bürgerwehrmänner in der Friedrichsstadt beschlossen, beim Ausbruch des Kampfes sich sogleich nach der Königsstadt zu ziehen, weil die Friedrichsstadt ihrer langen, breiten und geraden Straßen wegen doch nicht zu halten war. In allen Stadttheilen beschloß die Bürgerwehr, die Waffen unter keiner Bedingung abzugeben und, wenn nicht früher der Kampf bereits ausgebrochen wäre, die gewaltsame Entwaffnung als das Signal des Kampfes zu betrachten.

Auch das Militair erwartete am Sonntag Nachmittag mit Sicherheit den Ausbruch des Kampfes. Die Soldaten waren aus den Privathäusern gezogen und in öffentliche Gebäude gebracht worden, in denen sie zum Theil ganz barbarisch wirthschafteten. So amüsirten sich die edlen des Mars im Museum damit, den Madonnen mit Kohlen Schnurrbärte zu malen und die Bildsäulen durch Abhauen von Gliedern zu verunstalten, im Schauspielhause spielten sie National-

Versammlung und verhöhnten die Volksvertretung unter dem Beifall ihrer Offiziere.

Am Mittage des 12. November war dem General von Wrangel die Nachricht zugekommen, das Volk wolle den Kampf am Nachmittage beginnen; er ließ deshalb plötzlich einen Theil des Militairs aus Berlin ziehen, um die Stadt zu cerniren. Die Vorsorge war unnütz. Es kam zu keinem Kampfe.

Am Nachmittage trat die National-Versammlung im Schützenhause wieder zusammen.

Einige Abtheilungen Bürgerwehr, besonders von den fliegenden Corps der Künstler und jungen Kaufleute, hielten die Linienstraße besetzt, theils um eine störende Ansammlung von Volksmassen vor der National-Versammlung zu verhüten, theils um die National-Versammlung vor etwaigen Angriffen des Militairs zu schützen.

Die jungen Bürgerwehrmänner waren vollständig zum Kampfe entschlossen; sie standen mit guten Büchsen und hinreichender Munition versehen, bereit, dem Feind zu begegnen.

Um 2¾ Uhr Nachmittags eröffnete der Präsident von Unruh die Versammlung. Nach Erledigung des Protokolls verlas er eine Zuschrift der mecklenburgischen Abgeordneten-Versammlung an die National-Versammlung, in welcher die vollständigste Zustimmung zu dem bisherigen Verfahren der National-Versammlung ausgesprochen wurde.

Die Verlesung dieser Adresse wurde von einem allgemeinen Bravo begleitet.

In der Nachmittagssitzung am Sonntag kam nichts Wichtiges weiter vor, nur wurde die neue Präsidentenwahl vorgenommen. Von 248 Anwesenden hatte v. Unruh 245 Stimmen erhalten.

Die National-Versammlung hatte eben ihre Sitzung geschlossen, die Menschenmenge, welche sich in den dem Schützenhause nahe gelegenen Straßen versammelt hatten, waren durch die Königsstraße zurückgekehrt, auf dem Schloßplatz herrschte ein reges, bewegtes Leben. Da marschirte aus dem Schloß eine Abtheilung Soldaten hervor, der Offizier ließ dreimal trommeln und verlas dann unter dem lautlosen Staunen der zahlreich versammelten Zuhörer, die Erklärung Berlins in den Belagerungszustand.

Das ähnliche Manöver wurde auf fast allen größeren Plätzen gemacht und zu gleicher Zeit die Proklamation an allen Ecken gedruckt angeschlagen.

Die Proklamation lautet folgendermaßen:

Die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse haben die ordentlichen Civilbehörden außer Stand gesetzt, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Das unterzeichnete Staatsministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten, und erklärt hiermit die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung zu treffenden nähern Anordnungen werden demnach fortan von dem General der Kavallerie v. Wrangel, welcher die Truppen in den Marken kommandirt, ausgehen.

Berlin, den 12. November 1848.

Das Staatsministerium.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha.
v. Manteuffel.

An diese ministerielle Proklamation schloß sich eine andere des Generals v. Wrangel, in welcher dieser alle politischen Clubs und das Zusammenstehen von mehr als zwan-

zig Personen auf den Straßen, das Tragen von Waffen, das Drucken und Verkaufen von Zeitungen und Plakaten ohne polizeiliche Erlaubniß, und das Verbleiben in Wirthshäusern nach 10 Uhr Abends verbot.

Die Proclamation des Belagerungs-Zustandes trotz der tiefen Ruhe, welche gerade in den letzten Tagen in Berlin geherrscht hatte, erregte allgemein ein tiefes Staunen; freilich hätte man diesen neuen Gewaltschritt der Regierung wohl voraussehen können; aber der Bürger konnte sich noch immer nicht dazu entschließen, zu glauben, daß die Regierung eine vollendete Contre-Revolution im Sinne habe.

Dem Staunen folgte indessen gar bald eine höchst merkwürdige Stimmung des Berliner Volkes, welche gerade für dasselbe charakteristisch ist; es fing nämlich an zu witzeln und zu spotten, es schien ihm dieser Belagerungs-Zustand in der That nichts Anderes zu sein, als ein schlechter Berliner Witz, um so mehr, als die Vorschriften des Generals Wrangel am Abend des 12. noch vollkommen ohne Wirkung blieben, denn auf allen Straßen standen zahllose Menschenmengen zusammen, und keiner der zahlreich vorüber marschirenden Patrouillen fiel es ein, die Massen zum Auseinandergehen aufzufordern. Ebenso blieben am Abend des 12. November die Wirthshäuser ohne Störung bis spät in die Nacht hinein geöffnet.

Bald genug sollten indessen die Berliner merken, daß General Wrangel es mit der Proclamation des Belagerungs-Zustandes in der That ernst meine, daß er für den ersten Abend nur Nachsicht übe, um einen Bürgerkrieg womöglich zu vermeiden.

Gleich nach der Proclamation des Belagerungs-Zustandes hatte sich der Präsident der National-Versammlung veranlaßt gesehen, die Mitglieder derselben wieder zusammen zu rufen. Gegen 9 Uhr eröffnete er die Sitzung im Schützenhause.

Wieder, wie bei der Nachmittags-Sitzung, hatten die Bürgerwehrmänner der fliegenden Corps den Schutz der National-Versammlung übernommen, und am heutigen Abend sollten sie Gelegenheit haben, zu zeigen, daß es ihnen in der That Ernst damit sei.

Während die National-Versammlung berieth, rückte eine Compagnie Infanterie gegen das Schützenhaus vor und forderte die Schutzmannschaft, eine Abtheilung des fliegenden Corps der jungen Kaufleute (unter dem Kommando der Hauptleute Fischer und Ritzitaff) auf, ihren Posten zu verlassen. Dies wurde verweigert.

Der Offizier ließ darauf laden, fertig zum Anschlag machen und anschlagen; die Bürgerwehr-Offiziere gaben genau dieselben Kommandos, und so standen sich die beiden Abtheilungen einige Augenblicke mit angelegtem Gewehr gegenüber, da kommandirte der Offizier endlich „Gewehr ab", und marschirte mit seiner Compagnie ab; er mochte wohl die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen wollen, den Bürgerkrieg zu beginnen.

Nach diesem einen Angriff blieb die National-Versammlung während der übrigen Nacht ungestört.

Die Sitzung war eine höchst interessante, aber leider eine sehr traurige, denn abermals bewiesen die Centren ihre vollständige Unfähigkeit zu durchgreifenden, revolutionairen Maßregeln, sie zeigten sich trotz der kritischen Zeit so schwach, so

energielos, wie nur je zuvor, und vereitelten dadurch jeden kräftigen Schritt der Linken.

Jacoby, D'Ester u. A. hatten wieder den Steuer-Verweigerungs-Antrag vorgebracht; aber sie mußten sich die Vertagung ihres Antrags gefallen lassen, weil die Rechte und die Centren drohten, aus der Versammlung zu scheiden und dieselbe unbeschlußfähig zu machen. Dieselbe Drohung stieß diese erbärmliche Partei aus, als Schramm, D'Ester und Grün eine Proclamation an die Soldaten beantragten, in welcher diese auf ihre wahren Pflichten gegen das Vaterland aufmerksam gemacht würden.

Die Antragsteller mußten ihren Antrag zurückziehen, sie mußten sich tyrannisiren lassen von dieser kleinen und erbärmlichen Partei.

Gegen 1 Uhr in der Nacht wurde die Sitzung geschlossen, die Mitglieder der National-Versammlung blieben indessen noch zu einer vertraulichen Berathung zusammen.

27.

Der Regierung, welche in der begonnenen Contre-Revolution mit jedem Tage kräftiger fortschritt, dabei aber doch, wenn irgend möglich, einen Kampf vermeiden wollte, dessen Ausgang ungewiß war, so lange in Berlin über 20,000 bewaffnete Bürger sich befanden, lag jetzt Alles daran, die Entwaffnung der Bürgerwehr möglichst schnell vorzunehmen. Mit Gewalt konnte dieselbe jedoch nicht begonnen werden, ohne einen blutigen Kampf hervorzurufen.

Von den Bürgerwehr-Gewehren waren bis jetzt nur sehr wenige abgeliefert worden; den Zeitraum zur Ablieferung

wurde daher sehr kluger Weise noch um einen Tag durch eine Proclamation des Polizei-Präsidenten von Bardeleben bis zum 14. November Nachmittags 5 Uhr verschoben. Patrouillen durchstreiften während dieses Tages alle Straßen, um diejenigen Bürger zu ermuthigen, welche die Waffen nicht abzuliefern wagten, weil sie dabei Insulten von den über solche Feigheit entrüsteten Arbeitern fürchteten.

General Wrangel schritt mittlerweile auch mit der Handhabung des Belagerungs-Zustandes energischer vor. Er verbot verschiedene Zeitungen, wie die Reform, die Zeitungs-Halle, die Locomotive, die Republik, die Volksblätter, die ewige Lampe, den Krakehler und den Kladderadatsch, er ließ außerdem durch ein Plakat des Generals von Thümen das Publikum darauf aufmerksam machen, daß unnachsichtlich gegen die Straßen-Attroupements nach gegebenen Signalen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden würde, wenn die Menge sich nicht zerstreute.

Mit dieser Drohung wurde denn auch in der That Ernst gemacht, aber mit einem sehr ungünstigen Erfolge für die Regierung; es zeigte sich nämlich unter den Soldaten ein Geist, den die Regierung weit entfernt war zu ahnen.

Von den vielen, die Stadt an allen Stellen, in allen Straßen durchstreifenden Patrouillen zeigten sich nur sehr wenige bereit, gegen das Volk einzuschreiten, welches sie meist mit einem Hurrah auf das Freundlichste empfing.

Am Dönhofsplatz kommandirte ein Offizier etwa funfzig Mann zum Bajonetangriff auf das Volk, welches trotz des Signals nicht auseinander gegangen war; aber statt dem Befehle zu gehorchen, setzten die Soldaten einmüthig das Gewehr bei Fuß. Der Offizier mußte sich unter dem Jubel-

ruf des Volkes unverrichteter Sache zurückziehen. Aehnliche Scenen fielen fast in allen Stadttheilen von Abtheilungen der verschiedensten Regimenter vor, nur ein Regiment, das 9te (Colbergsche), bewahrte treu seinen Ruf reaktionärer Gesinnung, indem die Soldaten überall, wo sie nur konnten, in der rohesten Weise Verhaftungen vornahmen und sich beim Abreißen demokratischer Plakate ganz besonders thätig zeigten.

So verfloß denn auch der 13. November in fortwährender, aber vergeblicher Erwartung eines Kampfes; keine der beiden sich feindlich gegenüber stehenden Parteien wollte denselben beginnen, beide waren längst darauf vorbereitet und rüsteten sich noch fortwährend; die Bataillons-Versammlungen der Bürgerwehr dauerten fort, ebenso die Versammlungen des fliegenden Corps, der Maschinenbauer, des Handwerkervereins und der Arbeiter, selbst der demokratische Club hielt eine Sitzung.

Wir haben noch zu erwähnen, daß am Mittag des 13. November eine große Anzahl von Stettiner Bürgern in Begleitung einer Deputation, welche eine Zustimmungs-Adresse an die National-Versammlung überbrachten, in Berlin ankamen. In Bernau war der Zug, welcher die Fremden brachte, vom Militär angehalten worden, man hatte sie nicht nach Berlin lassen wollen und sie hatten deshalb die Weiterreise zu Wagen machen müssen. Die Ankunft dieser Fremden erregte im Berliner Volke eine große Sensation, denn dasselbe glaubte allgemein in denselben einen Zuzug für den wahrscheinlich bald beginnenden Kampf erblicken zu können.

Wir müssen jetzt uns wieder zur National-Versammlung wenden, welche am 13. November eine höchst wichtige Sitzung hielt. Es wurde nämlich in dieser Sitzung fast einstimmig

die folgende Denkschrift gegen das Ministerium Brandenburg angenommen, welche in lichtvoller Klarheit die fortgesetzten Attentate dieses Ministeriums gegen die Vertreter des Volkes schildert.

Denkschrift an den Staatsanwalt.

Der Graf Brandenburg, von Sr. Maj. dem Könige mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, hat sich, trotz des fast einmüthig ausgesprochenen Mißtrauens der National-Versammlung, diesem Auftrage zu unterziehen gewagt. Am 9. November erschien derselbe in der National-Versammlung, begleitet von den Herren v. Ladenberg, v. Strotha, v. Manteuffel, den Mitgliedern dieses neuen Ministeriums, dessen erster Schritt eine schwere Verfassungs-Verletzung war.

Eine von dem Grafen v. Brandenburg contrasignirte Cabinets-Ordre vom 8. November sprach die Vertagung der National-Versammlung aus und verlegte deren Sitz nach Brandenburg.

Die National-Versammlung, deren Aufgabe es ist, in Gemeinschaft mit der Krone die Verfassung festzustellen, hat vom Volke ein Mandat erhalten, gegen welches keiner Gewalt ein Einschreiten gestattet ist, da es zugleich gelähmt, gehindert und zunichte gemacht würde, wenn es in der Befugniß der Regierung läge, dasselbe, sei es auch nur zeitweise, aufzuheben oder gegen den Willen der Vertreter des Volkes letztere von dem Orte ihrer Versammlung zu entfernen.

Nicht zufrieden mit dieser, die Verfassung verletzenden Erklärung hat das Ministerium diese Verletzung in einer langen Reihe fernerer Gewaltstreiche fortgeführt.

1) Es erkühnte sich der Graf Brandenburg im Namen des Ministeriums, die Versammlung der Volksvertreter, als

auf sein unberechtigtes Verlangen, die Sitzung zu schließen, von dem Präsidenten nicht eingegangen wurde, für eine ungesetzliche zu erklären, ja

2) in dem „an den Regierungs-Rath v. Unruh" adressirten Schreiben vom 9. November auszusprechen, daß er keine National-Versammlung und keinen Präsidenten der National-Versammlung mehr kenne,

3) auch auf thatsächliche Weise wurden die Angriffe fortgesetzt, indem die Bureaubeamten und die Geldmittel der Nationalversammlung durch Verfügung des Ministers Manteuffel entzogen wurden,

4) erging am 10. November ein Erlaß des Ministeriums an den Commandeur der Bürgerwehr Rimpler, worin die Bürgerwehr aufgefordert wurde, den Mitgliedern der Nationalversammlung den Eintritt in den Sitzungssaal zu verwehren. Es wurde eine Frist bestimmt, nach deren Ablauf angenommen werden sollte, daß die Bürgerwehr dem Beschlusse nicht Folge leisten werde und die Heranziehung des Militairs auf den Grund eines Erlasses des Ministers Eichmann vom 1. November rc. in Aussicht gestellt,

5) eine Proklamation des Polizei-Präsidenten drohte das Einschreiten des Militairs an; der General Wrangel sprach seine Absicht aus, auf dem Platze des Schauspielhauses mit den dort aufgestellten Truppen liegen zu bleiben und einen Zwang gegen die Vertreter der Nation auszuüben, indem denselben der Eintritt in ihr Lokal verwehrt werden sollte,

6) bei diesem Drohen der ungesetzlichen Gewalt verließ die National-Versammlung den Ort ihrer Berathungen, um sich am andern Morgen zur gewöhnlichen Stunde der Sitzung wieder dorthin zu begeben. Davon wurden sie jedoch behin-

legt, weil das Lokal verschlossen und, wie aus dem Innern desselben mitgetheilt wurde, militärisch besetzt war. Die National-Versammlung protestirte durch das Organ ihres Präsidenten laut gegen diese Gewalt, und begab sich nach einem Privathause, woselbst sie ihre Sitzung abhielt und damit in einem andern Lokale fortfuhr. Das frühere Lokal der National-Versammlung und die Bureaus derselben sind fortwährend militärisch besetzt und die Archive der Versammlung dabei ohne alle Aufsicht gelassen.

7) Die von den ernannten Ministern contrasignirte Königliche Verordnung vom 12. November bezeichnet die von der National-Versammlung fast mit Einstimmigkeit gefaßten Beschlüsse als von einem Theile der National-Versammlung ausgegangen und als ungesetzlichen Widerstand; sie ruft das Land auf, sich gegen die Beschlüsse seiner Vertreter zu richten.

8) Als Fortsetzung der Gewaltmaßregeln erscheint die gleichzeitig verfügte Auflösung der Berliner Bürgerwehr, lediglich auf den Grund gestützt, daß dieselbe ihrer Pflicht getreu, die National-Versammlung auseinander zu treiben sich geweigert hatte, deren Schutz ihr oblag. Denn nach §. 1 des Bürgerwehrgesetzes hat die Bürgerwehr die Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Die Berufung auf den §. 3 des Bürgerwehrgesetzes kann eine solche Maßregel unter den obwaltenden Umständen nicht rechtfertigen, vielmehr nur die Größe des Vergehens noch klarer ans Licht stellen.

9) Während die Bevölkerung von Berlin zwar mit tiefster Entrüstung aber in entschlossener und ruhiger Haltung den vielfachen Gewaltstreichen zusah, ruhig blieb, als unerwartet die Truppen in großer Zahl wieder in die Stadt gerückt wa-

ren, da geschah eine entschiedene Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerwehr dadurch, daß die Truppen sich gegen den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt der Wachtposten bemächtigten, welche jene vorher besetzt gehabten hatten. Nach §. 68 des Bürgerwehrgesetzes ist es ein Recht der Bürgerwehr, die Wachtposten einzunehmen, wenn sie solches für gut findet. Der Berliner Bürgerwehr war dies Recht schon vor Erlassung des Gesetzes zugesichert.

10) Die vollkommenste Ruhe und Ordnung blieb in der Stadt aufrecht erhalten und kein Exceß, keine Spaltung mit dem Militair trat ein. Dennoch erklärte das Ministerium den Belagerungszustand der Hauptstadt, beauftragte den General Wrangel mit der Ausführung desselben. Dieser General hat demzufolge eine Proklamation verkündigen lassen, welche als Folgen des Belagerungszustandes die freie Presse und das Associationsrecht, diese Grundsäulen der Freiheit, diese durch die Verordnung vom 6. April d. J. als verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte vernichtet. Nur auf gesetzlichem Wege, nur in Uebereinstimmung mit den versammelten Volksvertretern hätte möglicherweise eine solche Ausnahmebestimmung getroffen werden können. Die National-Versammlung hat deshalb auch die ganze Maßregel des Belagerungs-Zustandes für eine ungesetzliche erklärt. Diese Maßregel ist die Krone der Attentate, welche gegen die Vertreter des Volkes, gegen die blutig errungene Freiheit, gegen ein Recht und Gesetz das Ministerium Brandenburg sich erlaubt hat.

Die Verfassung ist schwer verletzt, die Existenz der Volksvertreter gewaltsam bedroht, der Volksvertreter, deren ungestörte Wirksamkeit einen Bestandtheil der jetzigen Verfassung bildet.

National-Versammlung und werden den Platz, den sie uns anvertraut hat, nicht verlassen.

Ein Constabler-Offizier (vortretend): Im Namen des Gesetzes, ich fordere Sie auf, den Anordnungen der Behörde Folge zu geben. Der Belagerungs-Zustand ist ausgesprochen, die Versammlung ist ungesetzlich.

Präsident: Wir vertreten hier das Gesetz und Ihre Forderung ist ungesetzlich.

Oberst: Dann werde ich das Local mit Soldaten besetzen.

Präsident: Wenn Sie es wagen, in das Local der National-Versammlung einzutreten, ohne daß Sie Erlaubniß dazu haben, wenn Sie mit militairischer Gewalt hier eindringen, dann werden Sie es zu verantworten haben.

Oberst (verlegen): Ich muß meinem Auftrage nachkommen.

Plönnies (zum Büreau gewendet): Ich muß die Herren Schriftführer bitten, Akt zu nehmen von dieser Handlung.

Der Oberst kommandirt: Kehrt!

Der Oberst Sommerfeldt möchte wohl die gewaltsame Vertreibung der National-Versammlung aus dem Schützenhause nicht ohne Weiteres verantworten wollen, er schickte deshalb noch einmal zum General Wrangel, um sich Verhaltungsbefehle auszubitten.

Während der Zeit, welche unter diesen Verhandlungen hingegangen war, hatte sich natürlich nach und nach auch eine große Menge Volk eingefunden und zum Theil zwischen die Reihen der Soldaten gedrängt. Zwischen dem Volke und den Soldaten herrschte dabei die größte Freundlichkeit, beide

Theile versicherten sich fortwährend, sie würden nicht gegen einander kämpfen; besonders zeichneten sich die Soldaten des 12. Infanterie-Regiments an Freundlichkeit aus.

Mittlerweile war ein Oberst von Blücher *) mit schriftlichen Befehlen vom Minister Manteuffel und General Wrangel gekommen. Dieser Offizier trat in Begleitung des Obersten Sommerfeldt wieder in den Sitzungssaal und befahl in ziemlich barschem Tone dem Präsidenten Plönnies, den Saal zu verlassen; der Obrist Sommerfeldt setzte begütigend hinzu, daß den Herren, wenn sie nur als Deputirte privatim gegenwärtig wären, nichts geschehen würde.

Plönnies erwiderte: Nein, wir sind hier Bevollmächtigte der National-Versammlung, wir werden nur der Gewalt weichen.

Blücher: Nun, so werden wir die Gewalt anwenden.

Der Oberst winkte darauf und zwei Soldaten traten näher, faßten den Vice-Präsidenten unter die Arme und führten ihn zum Saal hinaus; ebenso wurden auch die Schriftführer von Soldaten angefaßt und hinausgeführt, nachdem zuvor der Oberst Sommerfeldt zwei Sectionen Soldaten in den Saal hatte rücken lassen.

Die gewaltsame Hinausführung der Deputirten aus dem Sitzungs-Saale gab ein wunderbares Schauspiel ab. Die Deputirten sagen selbst, daß die Soldaten dabei Thränen der Schaam in den Augen gehabt, daß sie nur scheinbar Gewalt geübt hätten, denn sie hätten so sanft angefaßt, als dies irgend möglich gewesen wäre.

*) Nach den Mittheilungen der Reform. Das von den Herren Plönnies, Hildenhagen und Schneider aufgesetzte Protokoll erwähnt den Oberst Blücher gar nicht.

Als die Volks-Vertreter ins Freie kamen, wurden sie von dem versammelten Volke mit einem donnernden Hurrah begrüßt, in welches auch die Soldaten zum größten Theil mit einstimmten.

38.

Am 14. November wollten die Abgeordneten zur National-Versammlung, da ihnen das Schützenhaus genommen war, ihre Sitzungen in dem Saale der Stadtverordneten fortsetzen; aber sie fanden, als sie zu der vom Präsidenten bestimmten Zeit sich versammeln wollten, das Köllnische Rathhaus von Soldaten umstellt, welche ihnen den Eintritt in das Lokal verweigerten. Auf Veranlassung einiger Deputirten der Linken wurde deshalb ein Lokal in der Kaiserstraße bestimmt, jedoch bald, ehe noch eine Sitzung eröffnet war, wieder aufgegeben, theils weil sich nicht eine hinreichende Anzahl von Deputirten in demselben versammelt hatte, theils weil mittlerweile die Besatzung des Köllnischen Rathhauses zurückgezogen worden war und es räthlicher erschien, bei einer etwa ausbrechenden gewaltsamen Bewegung im Mittelpunkte der Stadt zu sein. Es wurde deshalb vom Präsidenten Unruh abermals der Sitzungs-Saal der Stadtverordneten zur Versammlung bestimmt.

Das Militair hatte sich zurückgezogen, als die Stadtverordneten ihr Lokal selbst betreten hatten. Diese schlossen aber sofort ihre Sitzung, als sie erfuhren, daß die National-Versammlung des Saales bedürfe.

Die Sitzung wurde um 1½ Uhr Mittags eröffnet, 238 Mitglieder waren gegenwärtig. Die Beschlüsse der Ver-

sammlung waren von keiner Bedeutsamkeit, wohl aber das Ende derselben. Als nämlich der Präsident die Sitzung bereits geschlossen hatte, verbreitete sich plötzlich im Saale das Gerücht, daß Militair anrücke, um die Versammlung auseinander zu sprengen.

Die meisten Abgeordneten hatten den Saal bereits verlassen, nur der Präsident mit den Secretairen und wenigen Deputirten war noch gegenwärtig und mit dem Forträumen von Papieren rc. beschäftigt, als ein Major mit verschiedenen Officieren in den Sitzungs-Saal trat und die Abgeordneten aufforderte, den Saal zu verlassen.

Herr von Unruh erklärte dem Officier, daß er auch ohne seine Aufforderung den Saal zu verlassen im Begriff stehe, da die Versammlung bereits geschlossen sei; er lege übrigens Protest ein gegen die Gewalt, welche hier abermals gegen die National-Versammlung beabsichtigt werde.

Der Major von Biedenfeld, ein alter Mann mit weißem Haar, bat mit schmerzlich bewegtem Tone, Herr von Unruh möge seine unangenehme Pflicht ihm nicht erschweren, sondern ohne Widerstand den Saal verlassen, welcher Aufforderung Herr von Unruh denn auch vollständig nachkam.

Wir können nicht unterlassen, zu erwähnen, daß der Major von Biedenfeld sich bei der Ausführung seines, ihm ersichtlich selbst sehr schmerzlichen Auftrages mit der allerhöchsten Schonung und Artigkeit benahm. Mit dem Helm in der Hand trat er in den Saal und verletzte mit keinem Worte die Achtung, welche er dem Präsidenten der National-Versammlung schuldig war.

Die Umstellung des Kölnischen Rathhauses mit Militair hatte natürlich eine große Volksmenge herbeigelockt, welche

in dichten Schaaren den Ausgang des Rathhauses umstand und Herrn von Unruh, als derselbe auf die Straße trat, mit einem donnernden, weithin schallenden Lebehoch empfing.

Herr von Unruh grüßte und entfernte sich, um den Auflauf nicht zu vergrößern; die Compagnie Soldaten, welche zur Auflösung der National-Versammlung zu spät gekommen war, kehrte unverrichteter Sache unter dem Zischen und Lachen der Volksmenge nach dem Schloß zurück.

Das Volk blieb vor dem Kölnischen Rathhause und in der Breiten Straße in dichten Gruppen versammelt stehen, um sich die Ereignisse des Tages zu erzählen; diese Gruppen vergrößerten sich im Laufe des Nachmittags immer mehr und mehr, bis sie endlich durch einige starke aus dem Schloß geschickte Militair-Patrouillen auseinander getrieben wurden.

Der Tag verlief im Uebrigen ruhig, nur am Abend wurde eine im Clubhause von den bekannten Demokraten Stein, Mai und Buhl zusammengerufene Volks-Versammlung mit Militairmacht auseinander gesprengt; die Auflösung der Versammlung bot sehr komische Seiten dar. Als nämlich die Versammlung nicht längst eröffnet war, verbreitete sich plötzlich in dem ganz angefüllten Saale das Gerücht, es komme Militair, um die Versammlung auseinander zu sprengen. Augenblicklich verließ ein Theil der Furchtsamen seine Plätze, um schleunigst den Sitzungs-Saal zu verlassen, dagegen erhob sich aber von allen Seiten das Geschrei: „Hier bleiben! Sitzen bleiben! Nicht fortlaufen!“ und ein großer Theil der Ausreißer wurde durch dies Geschrei bewegt, sich wieder nieder zu setzen, da es außerdem völlig ersichtlich war, daß eine Versammlung von über tausend Personen nicht durch ein Paar Compagnieen Soldaten verhaftet werden könne.

Mittlerweile war durch Militair die ganze Leipziger-Straße rings um das Clubhaus herum abgesperrt und das Clubhaus selbst mit Soldaten besetzt worden.

Im Clubhaus war die Ruhe wieder hergestellt, als ein Major in Begleitung eines anderen Officiers in den Sitzungs-Saal trat. Die dicht gedrängten Zuhörer machten dem Eintretenden freundlich Platz, um ihn nach der erhöhten Tribüne kommen zu lassen. Hier erklärte der Major die ungesetzliche Versammlung für aufgelöst und fragte nach dem Comité.

„Wir haben hier keine Versammlung, sondern nur eine Betstunde!" rief mit gutem Berliner Witz eine helle Stimme von der Gallerie.

Ein ungeheures, nicht enden wollendes Gelächter, in welches auch der Major selbst herzlich mit einstimmte, erschallte von allen Theilen des Hauses.

Als der Tumult sich einigermaßen gelegt hatte, erwiderte der Major, auf den Witz eingehend: „Nun, meine Herren, dann bitte ich mir den Vorbeter aus!" und erregte dadurch ein neues, schallendes Gelächter.

Der Actuarius Stein (bekannt unter dem Namen der dicke Stein) gab sich als Vorbeter zu erkennen, er folgte dem Major und die Versammlung löste sich nun ohne Weiteres ganz friedfertig auf. Stein mußte eine Nacht sitzen; aber damit hatte die Sache ihr Bewenden.

Ebenso wie General Wrangel bei dieser Gelegenheit zum ersten Male Ernst machte mit seiner Verordnung über die politischen Versammlungen, that er es auch schon an jenem Abend mit der über Schließung der Wirthshäuser.

Verschiedene Lokale, welche notorisch als die Sammelplätze der Demokraten bekannt waren, wurden am Abend

nach 10 Uhr von Soldaten umstellt und geschlossen. Alle Gäste, welche sich noch in den Lokalen befanden, mußten sich entweder legitimiren, oder sie wurden ohne Weiteres verhaftet. Ueberhaupt fingen schon am 14. die später so berüchtigt gewordenen, vollständig willkürlichen und dem Gesetz der Habeas-Corpus-Acte zuwiderlaufenden Verhaftungen an. Es wurde außerdem auch am 14. Abends auf den freien Plätzen der Stadt durch Trommelschlag vom General Wrangel für Berlin das Kriegsrecht proklamirt.

Die Regierung ging, wir müssen ihr diese Gerechtigkeit zollen, bei der Durchführung der Contre-Revolution energisch, aber mit vorsichtiger Klugheit vorwärts. Wäre man von vornherein mit der ganzen Strenge des Belagerungs-Zustandes hervorgetreten, so wäre ein Verzweiflungskampf des Berliner Volkes die unausbleibliche Folge gewesen; so aber wurden die strengen Maaßregeln nur nach und nach eingeführt, das Volk gewöhnte sich an dieselben, es wurde durch die Hinausschiebung des Kampfes entnervt und war endlich zu einem solchen gar nicht mehr fähig.

39.

Am 15. November Abends 7¼ Uhr wurde vom Präsidenten Unruh im Mielentzschen Saale die folgewichtige letzte Sitzung der Nationalversammlung in Berlin eröffnet.

213 Mitglieder der Nationalversammlung hatten den Präsidenten v. Unruh zur Anberaumung dieser Sitzung aufgefordert und Herr v. Unruh hatte daher nicht umhin gekonnt, dieser Aufforderung Raum zu geben. Die Versammlung war vollständig beschlußfähig zusammen gekommen, denn der Namensaufruf ergab 226 Mitglieder als anwesend.

Der wichtigste Gegenstand, welcher in dieser Sitzung zur Debatte vorlag, war wiederum die Frage über die Steuerverweigerung.

Dieser Antrag, der in früheren Sitzungen von der gemäßigsten Centrumspartei in der Nationalversammlung mit so großem Widerwillen aufgenommen worden war, als er noch zeitgemäß, als er noch durchführbar war, als er noch das erste Signal zu einer gewaltsamen Erhebung des gesammten preußischen Volkes gegen die gewaltsame Contrerevolution bilden konnte, dieser Antrag, der damals als unpolitisch von der niedergesetzten Commission verworfen worden war, wurde jetzt von der Commission der Versammlung zur Annahme empfohlen, nachdem es längst zu spät war.

Die neuen Gewaltschritte des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, die vielfachen Verhaftungen, die Verletzungen der Habeas-Corpusacte, die Proklamation des Kriegsrechts, die Heranziehung immer neuer Truppen nach Berlin hatte auch diese Männer der Vermittelung und Mäßigung zu der Ueberzeugung gebracht, daß diesem Ministerium nur mit äußersten Schritten entgegen zu treten sei; aber diese Einsicht war ihnen zu spät gekommen! —

Die Zeit des Kampfes für Berlin war vorüber. Am 9., 10., 11., ja noch am 12. November hätte Berlin einen Kampf vielleicht siegreich, jedenfalls ehrenvoll bestehen können; am 15. November war jeder bedeutsame Kampf unmöglich. Die Entwaffnung der Bürgerwehr hatte im Laufe des 15. Novembers bereits begonnen, die durch die Ermahnungen zum passiven Widerstand demoralisirte Bürgerschaft der Hauptstadt hatte schon zum Theil die Waffen freiwillig trotz ihrer anfänglichen energischen Beschlüsse abgeliefert und dadurch

auch einen großen Theil des Arbeiterstandes mit ihrer eigenen Muthlosigkeit angesteckt. Auch von den Provinzen, welche fast eine Woche vergeblich von Berlin das Signal zum Aufstand erwartet hatten, war keine durchgreifende Bewegung mehr zu hoffen; so kam denn jedenfalls jetzt der Beschluß der Steuerverweigerung zu spät.

Die Annahme des betreffenden Antrags, welche vor einigen Tagen, als der erste Schritt zu einer gewaltigen Schilderhebung des ganzen preußischen Volkes gegen das contrerevolutionaire Ministerium Brandenburg-Manteuffel ganz zeitgemäß gewesen wäre, wurde jetzt zum ungeheuren politischen Fehler.

Während die Nationalvers. noch in der Debatte über den Antrag der Steuerverweigerung begriffen war, und eben die Frage über den Schluß der Debatte discutirte, verbreitete sich plötzlich im Saale das Gerücht, es rücke Militär heran, um die Versamml. aufzulösen.

Eine große Unruhe zeigte sich unter allen Anwesenden, und diese wuchs, als plötzlich ein Major, Herr v. Herwarth, umgeben von vier Officieren und einem Picket mit Gewehren bewaffneten Soldaten, in den Sitzungssaal trat.

Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich der Versammlung. Die Deputirten sprangen von ihren Sitzen auf und schrieen mit heftigen Gestikulationen wild durcheinander, bis endlich der von vielen Stimmen wiederholte Ruf: „Sitzen bleiben!“ durch den Tumult drang.

Sogleich stellte sich die Ruhe wieder her, die sämmtlichen Abgeordneten nahmen ihre Plätze ein.

Der Major von Herwarth war unterdessen allein an den Präsidentenstuhl getreten und hatte einige Worte leise mit dem Präsidenten gesprochen.

Als die Ruhe völlig wieder hergestellt war, fragte Herr v. Unruh laut: *)

Ich frage zunächst den Herrn Major von Herwarth, welcher in diesen Saal, also in ein Privathaus, mit der Erklärung eingetreten ist, daß er Befehl vom General Wrangel habe, diese Versammlung aufzulösen, ob er mit einer schriftlichen Ordre versehen ist.

Major v. Herwarth: Ich habe keinen schriftlichen Auftrag, indem der General Wrangel es nicht für nöthig gehalten hat, mir einen schriftlichen Befehl zu ertheilen. Ich rechne darauf, daß Sie meinen Worten Glauben schenken werden, wenn ich sage, daß ich wirklich diesen Auftrag habe.

Präsident: Es kann hier nicht darauf ankommen, ob ich einem preußischen Major zu glauben habe oder nicht; das ist rein persönliche Angelegenheit. Es kommt nur darauf an, ob die Maßregel eine gesetzliche ist.

(Ruf aus der Versammlung nach Abstimmung.)

Meine Herren! Wir waren in der Abstimmung über den Schluß der Debatte. Wir werden jedoch durch militairische Gewalt, durch Bajonette, die in den Saal eingedrungen sind, unterbrochen. **Ich werde in Gegenwart der Bajonette nicht zur Abstimmung schreiten.**

(Lebhafter Beifall.)

Der Herr Major v. Herwarth hat erklärt, daß er keine schriftliche Ordre habe; er hat nur darauf provozirt, daß wir ihm Glauben schenken mögen. Ich zweifle an der Glaub-

*) Wir geben die folgenden Unterhandlungen, in denen jedes Wort von höchster Wichtigkeit ist, dem Leser wortgetreu nach den stenographischen Berichten.

würdigkeit des Herrn Majors durchaus nicht; wir befinden uns aber auf dem Boden des Gesetzes und ich muß deshalb den Herrn Major bitten, eine schriftliche Ordre von dem General Wrangel einzuholen.

Major v. Herwarth: Dies würde insofern vergeblich sein, als der General v. Wrangel mir den schriftlichen Befehl verweigert hat; er hat nur gesagt: Gehen Sie hin und erklären Sie, daß der General Wrangel Ihnen befohlen habe, die Versammlung aufzulösen.

Präsident: Ich frage den Herrn Major, wohin seine mündliche Ordre lautet?

Major v. Herwarth: Sie lautet dahin: Die Versammlung aufzufordern, dies Lokal zu verlassen!

Präsident: Dieser Aufforderung wird die Versammlung keine Folge leisten können.

Major v. Herwarth: Dann erlaube ich mir zu bemerken, daß ich mit Militair aufmarschirt bin.

(Aufregung in der Versammlung.)

Ich ersuche Sie dringend, meine Herren! es nicht darauf ankommen zu lassen, daß andere Maßregeln ergriffen werden müssen. Ich erfülle hier nur meine Pflicht und handle durchaus parteilos; ich bin gewohnt, die Befehle meiner Vorgesetzten auszuführen.

Der erste Vice-Präsident Abgeordneter Waldeck (erhebt sich von seinem Platze, tritt an den Präsidentenstuhl heran und ruft mit lauter Stimme): **Kein Soldat darf die Gesetze verletzen.**

Präsident: Ich frage den Herrn Major, ob er gesonnen ist, diesem Befehle: die Versammlung mit Gewalt zu vertreiben, nachzukommen?

Major v. Herwarth: Ich rechne mit der größten Zuversicht darauf, daß Sie es nicht auf das Aeußerste ankommen lassen werden, daß es Ihnen genügen wird, wenn ich die Erklärung abgebe, daß ich den Befehl habe, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden.

Präsident: Ich muß den Herrn Major um eine bestimmte Erklärung bitten, ob er gesonnen ist, diesen Befehl, die Versammlung mit Gewalt zu vertreiben, auszuführen.

Major v. Herwarth (zögernd): Ja, das bin ich.

Präsident: Unter diesen Umständen erkläre ich, daß wir abermals der Gewalt weichen . . . .

(Die ganze Versammlung erhebt sich mit, wie zum Schwur, erhobenen Händen von ihren Plätzen; von allen Seiten ertönt der Ruf: nein! nein! Die größte Aufregung herrscht im Saale. Von mehreren Abgeordneten hört man den Ruf: Niemand verläßt seinen Platz: Wir lassen uns niederschießen, ehe wir diesen Saal verlassen: Wir weichen nicht eher, bis wir den Beschluß gefaßt haben.)

Abgeordneter Graf Reichenbach: Kein Abgeordneter gehe von seinem Platze! Wir werden nur der Gewalt weichen.

Abgeordneter Waldeck tritt an den Major v. Herwarth heran, welcher noch immer allein an dem Präsidentenstuhl steht, mit erhobener Stimme ruft er: Holen Sie Ihre Bajonette und stechen Sie uns nieder! Ein Landesverräther, der diesen Saal verläßt.

(Major v. Herwarth wendet sich abermals zu dem Präsidenten und spricht mit demselben, ohne daß es jedoch möglich war, die Worte zu verstehen; darauf kehrt er bis in die Mitte des Saales zurück. Der Abgeordnete Rod-

bertus tritt zu ihm heran und spricht mit ihm. Noch immer herrscht die größte Aufregung in der Versammlung.)

Abgeordneter Plönnis (besteigt die Rednerbühne und versucht einige Augenblicke vergeblich sich Gehör zu verschaffen. Mit erhobener Stimme):

Ich trage darauf an, daß wir die anwesenden Störer als nicht anwesend betrachten und ruhig in unserem heiligen Werke fortfahren.

(Lebhafter Beifall. Allmählig stellt sich die Ruhe im Saale wieder her; die Mitglieder nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsident: Meine Herren! Ich ersuche Sie dringend, die in diesem so wichtigen Augenblicke nöthige Ruhe zu beobachten.

Wir waren in der Abstimmnng über den Schluß der Debatte. Ich frage die hohe Versammlung:

„Ob sie den Schluß der Debatte annimmt?"

und ersuche Diejenigen, welche dies wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Der Schluß der Debatte ist mit großer Majorität angenommen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag selbst. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, ihn nochmals zu verlesen.

(Das Militair steht immer noch in dem Saale. Abermals erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Von verschiedenen Seiten hört man den Ruf: Wir können nicht abstimmen, so lange die Bajonette im Saale stehen.)

Der Major v. Herwarth, welcher bis zu diesem Augenblicke mit dem Abgeordneten Rodbertus gesprochen hat, tritt nochmals an den Präsidentenstuhl heran und spricht mit dem Präsidenten, ohne daß jedoch die Worte zu verstehen waren.

Während dieser Zeit verliest der Schriftführer Schneider mit fester erhobener Stimme das Amendement Schornbaum, Schultze (Delitzsch), Bloem, Phillips.

Schriftführer Abgeordneter Schneider:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die National-Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Berathungen fortzusetzen vermag und tritt dieser Beschluß mit Ablauf des 17. November 1848 in Kraft und Wirksamkeit."

Während Verlesung dieses Antrages spricht der Major v. Herwarth mit dem Präsidenten, jedoch in leisem Tone, und verläßt darauf in Begleitung der übrigen Offiziere, so wie des aufgestellten Piquets, den Saal, so daß mit dem letzten verlesenen Wort auch der letzte Soldat den Saal verlassen hat.

Präsident: Ich frage nunmehr die hohe Versammlung: „Ob sie diesen so eben verlesenen Antrag annehmen und zum Beschluß erheben will?"
und ersuche Diejenigen, welche es wollen, aufzustehen.

Sämmtliche Mitglieder erheben sich. (Donnernder, lang anhaltender Beifall ertönt aus dem Saale und von den Tribünen. Die Abgeordneten umarmen sich einander. Die auf den Tribünen anwesenden Zuhörer schwenken die Hüte und wehen mit den Tüchern. Erst nach Verlauf mehrerer Mi-

nuten gelingt es dem Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen.)

Präsident: Ich ermahne Sie dringend, meine Herren, in diesem Augenblick die äußerste Ruhe zu bewahren.

Der Beschluß ist rechtsgültig gefaßt, die Bajonette hatten den Saal verlassen. Ich werde nunmehr die Sitzung schließen und behalte mir vor, die Abgeordneten von der nächsten Sitzung in Kenntniß zu setzen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 8¾ Uhr.)

So war denn das Attentat gegen die Vertreter des Volks vollendet, mit Waffengewalt hatte das Ministerium Brandenburg die Nationalversammlung auseinander treiben lassen, denn nur diesem, nicht dem General Wrangel, dem gedankenlos gehorchenden Werkzeug desselben, fällt die Schuld des Hochverrathes am Volke zur Last.

Die Nationalversammlung war auseinandergesprengt, aber ehe sie sich getrennt, hatte sie noch jenen unglücklichen, nicht mehr durchführbaren Beschluß der Steuerverweigerung gefaßt, der ihr, wie die Folge gelehrt hat, die Sympathieen des Landes in so hohem Grade rauben sollte. Die Nationalversammlung hat sich auf den Boden der Revolution gestellt, als es zu spät war, als die Revolution selbst keinen Boden mehr im Volke hatte, das ist der größte politische Fehler, den die Versammlung während ihrer ganzen Sitzungszeit vom 22. Mai an gemacht hat.

Dieser Fehler trat um so greller hervor, als von Seiten der reactionairen Partei der Versammlung später nicht mit Unrecht der Vorwurf der Uebereilung gemacht wurde, als man nur der durch das Einschreiten des Militärs hervorge-

brachten Wuth die Einstimmigkeit des Steuerverweigerungsbeschlusses zuschrieb.

Wir können über die Zeit, welche vom 15. November, dem Tage der Auflösung der Nationalversammlung in Berlin, bis zum 27. November, dem der Wiedereröffnung in Brandenburg, mit kürzern Worten hingehen, als wir die historisch wichtigen Ereignisse vom 9. bis zum 15. November schildern mußten.

Es ist diese Zwischenzeit für Berlin und das ganze Land eine im höchsten Grade traurige und schmachvolle, denn es ist die Zeit, in welcher sich die Contre-Revolution vollendete, in welcher das schimpfliche System des passiven Widerstandes sich in seiner ganzen erbärmlichen, feigen Ohnmacht zeigte.

Zuerst zeigte sich dieselbe bei der Abnahme der Waffen. In allen Bataillons-Versammlungen war, wie wir bereits erzählt haben, der Beschluß gefaßt worden, die Waffen unter keiner Bedingung freiwillig abzugeben, sondern die gewaltsame Abnahme derselben abzuwarten und diesen Zeitpunkt als denjenigen zu betrachten, an welchem der passive Widerstand sich in den activen zu verwandeln habe.

Dieser Beschluß wurde in seinem ersten Theil von der Berliner Bürgerschaft auch zum größten Theil vollständig aufrecht erhalten, im zweiten aber desto schmählicher gebrochen.

Der Befehl des General Wrangel, bis zum 14. Nachmittags die Waffen freiwillig abzugeben, hatte so gut als gar keinen Erfolg; kaum einige Hundert Gewehre wurden unter dem Schutz der Militair-Patrouillen von guten Preußen-Vereinern abgegeben, welche bisher aus Furcht vor Mißhandlungen der über solche Feigheit empörten Arbeiter die Abgabe nicht gewagt hatten.

Am Nachmittage des 15. Novembers begann General Wrangel nun auch mit der Waffen-Abnahme Ernst zu machen. Durch ein Plakat hatte er bekannt machen lassen, daß vom 15. an Patrouillen die Stadt durchziehen würden, welchen unweigerlich die Waffen abzugeben seien, widrigenfalls die gewaltsame Abnahme derselben durch Haussuchung erfolgen werde.

Diese Maßregel wurde denn auch in der That zur Ausführung gebracht, und jetzt zeigte es sich deutlich, wie furchtbar die ewige Aufschiebung des Kampfes die Berliner Bürgerschaft entnervt hatte.

Am Nachmittage zogen starke Patrouillen, denen Wagen folgten, durch die Stadt. Alle hundert Schritt etwa machten diese Patrouillen Halt, der Offizier ließ dreimal trommeln und schickte dann einige Unteroffiziere in die nächstgelegenen Häuser, welche fragten, ob Waffen vorhanden seien, und dieselben gegen Uebergabe eines Empfangscheines abnahmen.

Sehr kluger und politischer Weise wurde diese Art, die königlichen Gewehre einzutreiben, in einem Stadtviertel begonnen, in welchem man zum Voraus der Willfährigkeit eines großen Theils der Bevölkerung gewiß sein konnte, in der Friedrichsstadt.

Der Erfolg war hier ein außerordentlich günstiger. Die Bewohner der Mittel- und Dorotheen-Straße, der Linden und Behren-Straße beeilten sich, der Aufforderung nachzukommen, und bald waren die, die Patrouillen begleitenden Wagen mit Waffen angefüllt.

Gerade das 8. Bataillon, dessen unheilvolle Thätigkeit wir bei den verschiedenen Arbeiter-Unruhen im Laufe des Sommers oft zu tadeln Gelegenheit hatten, zeichnete sich durch

gehorsame Bereitwilligkeit im Abgeben der Waffen aus, welche es wohl zur Unterdrückung der wehrlosen Arbeiter, nicht aber zum Schutze der Freiheit gegen eine gut bewaffnete Armee zu führen im Stande war.

Das Gerücht, daß in der Friedrichsstadt die Waffen-Abnahme mit einem höchst günstigen Erfolge für die Regierung verbunden gewesen sei, verbreitete sich bald durch die ganze Stadt und entmuthigte auch die anderen Stadttheile. „Weshalb sollen wir uns der Gefahr der gewaltsamen Waffen-Abnahme aussetzen, da die Gewehre in der Friedrichsstadt abgegeben worden sind," hörte man in fast allen Bezirken die schon wieder furchtsam gewordenen Bürger sagen, und sie hatten in der That nicht unrecht; die Zurückbehaltung der Gewehre war fortan eine nutzlose Protestation, da bei der ganz allgemein eingerissenen Muthlosigkeit schon jede Möglichkeit eines Kampfes verschwunden war.

So wurden denn auch in den übrigen Stadtvierteln die Waffen von eben den Männern höchst friedfertig abgegeben, welche noch vor wenigen Tagen die Waffen-Abnahme in großprahlenden Worten als den Zeitpunkt bezeichnet hatten, an dem der Kampf beginnen müsse. Wo ja einige Bürger durch ein Gefühl der Ehre an der Waffen-Abgabe verhindert wurden, da schritten die Frauen ein und trugen die verhaßten Waffen den Militair-Patrouillen oft noch weit nach.

Noch einige Besorgnisse hegte man, daß in dem eigentlichen Arbeiter-Viertel, vor dem Oranienburger Thor, wo der größte Theil der Maschinenbauer wohnt, die Abnahme der Waffen gewaltsamen Widerstand finden würde. Man ließ daher diese Stadttheile bis zu allerletzt und entfaltete

bedeutende Streitkräfte, ja, man ließ sogar Kanonen auffahren.

Aber auch diese Besorgniß sollte unbegründet sein, die Maschinenbauer und Arbeiter hatten nicht Lust, sich für die feige Bourgeoisie zum Opfer zu bringen; auch sie gaben zum größten Theil die Waffen friedlich ab, die unblutige Contre-Revolution war dadurch vollendet, und in Berlin entfaltete sich nun das Soldaten-Regiment zu seiner schönsten Blüthe.

Die Willkür kannte jetzt keine Grenzen mehr, schonungslos wurden von den Militair-Behörden alle Gesetze nach Gutdünken verletzt, man kannte in Berlin nur ein Gesetz, das der zügellosen Militair-Gewalt.

So wurde z. B. die Wohnung des Wirths zum Gambrinus mitten in der Nacht von Soldaten nach Waffen durchsucht, man trieb die Frau und die Kinder desselben nackend aus den Betten, um diese zu durchstöbern.

So wurden die Pressen des Buchdruckers Fähndrich von Soldaten, unter Anführung eines Offiziers, zerstört, weil Fähndrich Plakate aufrührerischen Inhalts gedruckt haben sollte; es wurde dabei dem Herrn Fähndrich von den Soldaten auch eine goldene Uhr entwendet.

Auch bei dem bekannten Kaufmann Heyl wurde auf Veranlassung eines anonymen Zettels, welcher Herrn Heyl denuncirte, er besitze große Vorräthe von Waffen und Munition und eine zu Vitriol eingerichtete Feuerspritze, eine Haussuchung vorgenommen auf Befehl des Generals Thümen, in einer höchst verletzenden und rücksichtslosen Weise.

Die Compagnie Soldaten, welche die Haussuchung vornehmen sollte, mußte vorher im Hofe der Stadtvoigtei an-

treten. Hier hielt der Hauptmann den Soldaten eine Rede, in welcher er ihnen sagte, sie würden jetzt das Haus des Kaufmanns Heyl nach Waffen durchsuchen; aus diesem Hause sei am 18. März mit am stärksten auf die Soldaten geschossen worden, ja, es verlaute sogar, daß aus diesem Hause mit Vitriol auf das Militair gespritzt worden sei, doch sei dies allerdings nicht erwiesen. Der Hauptmann schloß seine Rede mit der Ermahnung, daß die Soldaten streng ihre Pflicht thun möchten.

Daß nach solchen Provocationen von Seiten der Offiziere die Soldaten nicht schonungsvoll verfuhren, sondern mannichfache Excesse verübten, läßt sich leicht begreifen. In vielen Fällen verfuhren die Soldaten mit einem vollkommenen Vandalismus, wie z. B. in dem Lokal des demokratischen Vereins der Königsstadt.

Es war denuncirt worden, daß dieser Verein trotz des Belagerungs-Zustandes Sitzung halte; eine Abtheilung Militair wurde daher kommandirt, den Verein aufzulösen, kam aber zu spät, der Verein war bereits geschlossen. Zur Rache demolirten die Soldaten das ganze Lokal, sie zerschlugen die Tribüne, die Sitze und alle irgend zerstörbaren Gegenstände.

Wir können uns nicht darauf einlassen, dem Leser die sämmtlichen Scenen des Militair-Vandalismus zu schildern, an denen in jener Zeit Berlin so reich ist, wir bemerken nur, daß an eine Strafe derjenigen Soldaten, welche Excesse der beschriebenen Art verübt hatten, gar nicht zu denken war. Der Bürgerstand war den Soldaten gegenüber vollkommen machtlos. Verhaftungen der verschiedensten Art wurden vorgenommen, ohne allen Grund, bald reichten die Gefängnisse der Stadtvoigtei nicht mehr aus, man mußte die Gefangenen

nach dem neuen Zellen-Gefängniß bringen. In der Regel wurden diese Gefangenen ein oder zwei Tage im Gefängnisse gehalten, dann ließ man sie laufen ohne Verhör, oder ließ sie zuvor ein kurzes, nichtssagendes Verhör vor einer Militair-Commission des Scheines wegen bestehen.

So willkürlich wie in dieser Beziehung wurde auch mit der Handhabung der Polizei verfahren. General Wrangel befahl, es solle sich kein Fremder ohne besondere Erlaubniß in Berlin aufhalten, und in Folge dieses Befehls wurden nun die Eisenbahnhöfe mit Militair besetzt und Niemand durfte nach Berlin, der sich nicht durch einen Paß legitimirte. Um von Potsdam nach Berlin zu reisen, bedurfte man eines Passes! — Zum Ueberfluß wurden auch alle die Herrn von Wrangel mißfälligen Personen ohne Weiteres aus Berlin ausgewiesen, gleichviel ob sie schon seit Jahren in der Residenz ansäßig und ob sie durch Geschäfte an dieselbe gebunden waren oder nicht. Der Wille des Militair-Dictators war das höchste, das einzige herrschende Gesetz!

Dem Polizei-Präsidenten von Bardeleben selbst, so willfährig sich dieser auch bisher allen Maßregeln der Regierung gezeigt hatte, wurde diese Wirthschaft zu arg. Er verweigerte es, eine Censur auszuüben über Zeitschriften und Plakate, wie General Wrangel verlangte, und gab überhaupt seine Zustimmung nicht zu den offenbaren Gesetz-Verletzungen, welche unter dem Säbel-Regiment an der Tagesordnung waren. Herr von Bardeleben gab deshalb lieber sein Amt auf, und an seine Stelle trat ein Mann, ganz nach dem Sinne des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, Herr von Hinkeldey, der bereitwilligste Diener jeder Willkürmaßregel des Generals Wrangel.

Vom Amtsantritt des Herrn von Hinckdey an entfaltet sich eigentlich erst der Belagerungs-Zustand, der Zustand der gesetzlichen Ungesetzlichkeit, zur höchsten Blüthe, Berlin gewann nach und nach immer mehr das Ansehen einer belagerten Stadt, das fröhliche, heitere, lebenslustige Berlin wurde immer trüber und stiller, die früher niederliegenden Geschäfte stockten, jetzt des ausgeschlossenen Fremden-Verkehrs wegen ganz und gar, die Straßen verödeten, aber Ruhe und Ordnung herrschte in der Stadt, die Soldaten-Excesse, die Rechts-Verletzungen durch die herrschende Gewalt ausgenommen! Die Reaction jubelte, sie hatte gesiegt! —

Wir müssen jetzt zurückkehren zur National-Versammlung, dem eigentlichen Mittelpunkte aller demokratischen und reactionairen Bewegungen.

Die National-Versammlung hatte seit dem 15. November keine officielle Sitzung mehr, desto fleißiger aber waren die einzelnen Mitglieder in den Sitzungen der Fractionen. Sie waren täglich zusammen und beschickten sich gegenseitig durch Deputationen.

Die Frage, welche jetzt alle Mitglieder beschäftigte, war natürlich die, wie der Zwiespalt zwischen Krone und National-Versammlung zu lösen sei, ohne eine entwürdigende Nachgiebigkeit der Volks-Vertreter.

Von Frankfurt am Main waren Seitens der National-Versammlung und Central-Gewalt Commissaire nach Berlin geschickt worden, um das Zerwürfniß zwischen Krone und National-Versammlung beizulegen; aber die Bemühungen dieser Commissaire fielen höchst unglücklich aus, theils wegen der Unfähigkeit der Vermittler selbst, theils auch und hauptsächlich, weil die Krone gar keine Vermittelung, keine Eini-

sich zu vermögen, und um andererseits auch die National-Versammlung zum Absehen von ihren [illegible] Beschlüssen zu veranlassen.

Beide Zwecke der Reichs-Commissarien wurden nicht erreicht. Die Regierung ließ sich auf gar keine Nachgiebigkeit ein und die National-Versammlung konnte dies daher eben so wenig thun. Ohne den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg konnte von Seiten der National-Versammlung kein Vermittelungs-Vorschlag angenommen werden, und die Krone wiederum konnte und wollte das Ministerium der Contre-Revolution nicht fallen lassen.

Ebenso erfolglos war die Sendung der Herren Rodbertus und Schulz (Delitzsch) nach Frankfurt.

Unter Verhandlungen darüber, ob die Versammlung nach Brandenburg gehen wolle oder nicht, ging die Zeit bis zum 27. November, dem Eröffnungstage in Brandenburg, hin. Ein großer Theil der Berliner Deputirten war dafür, daß die Versammlung sich in pleno in Brandenburg einfinde und dort mit der ihr nicht zu nehmenden entschiedenen Majorität energische Beschlüsse gegen das Ministerium fasse. Selbst viele Mitglieder der entschiedenen Linken stimmten für diesen, einzig vernünftigen Vorschlag, der seine Gegner theils unter den Mitgliedern der äußersten Linken, theils auch in den Centren fand. Gerade die Coryphäen der National-Versammlung, Waldeck, Jacoby, Behrends, D'Ester, Rodbertus, Unruh, Berg u. s. w. waren entschieden gegen eine Uebersiedelung nach Brandenburg, die übrigens auch nur dann rathsam sein konnte, wenn eben alle Mitglieder der Versammlung Theil daran nahmen und dadurch der Opposition in Brandenburg der servilen Rechten gegenüber eine entschie-

dene Majorität verschaffen. So kam es denn zu keinen verbindlichen Beschlüsse.

40.

Am 27. November fand die Wiedereröffnung der National-Versammlung in Brandenburg im Dom statt; aber ... nicht mehr die National-Versammlung, sondern nur ... Rechten und des rechten Centrums, welcher in ... Ergebenheit die Befehle des Ministeriums Brandenburg ... befolgt hatte. Von den in Berlin nach ... der zurückgebliebenen Deputirten waren nur ... Mitglieder der Rechten und des Centrums nach ... übergesiedelt. Nur 154 Deputirte ergab der ... also bei weitem nicht die beschlußfähige Anzahl; die Versammlung mußte daher bis auf den folgenden Tag vertagt werden.

... gen die in Berlin zurückgebliebenen Deputirten begann ... Regierung jetzt mit energischer Strenge zu verfahren. Am 27. November erschien eine Proclamation des Generals Wrangel, in welcher dieser bekannt machte, daß fernerhin die Zusammenkünfte der Fractionen nicht mehr gestattet werden könnten, und den Wirthen und Saal-Inhabern streng verboten sei, ihre Lokale zu Sitzungs-Lokalen herzugeben.

Mit dieser Proclamation machte General Wrangel auch in der That gleich Ernst. Schon am Morgen des 27. November ließ er die in Mylius Hotel versammelte Linke durch Militair-Gewalt auseinander sprengen. Ueber den Hergang bei diesem neuen Attentat auf die National-Versammlung

sich [illegible] vermögen und um andererseits auch die National-Versammlung zum Abstehen von ihren extravaganten Beschlüssen zu veranlassen.

Beide Zwecke der Reichs-Commissarien wurden nicht erreicht. Die Regierung ließ sich auf gar keine Nachgiebigkeit ein und die National-Versammlung konnte dies daher eben so wenig thun. Ohne den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg konnte von Seiten der National-Versammlung kein Vermittelungs-Vorschlag angenommen werden, und die Krone wiederum konnte und wollte das Ministerium der Contre-Revolution nicht fallen lassen.

Ebenso erfolglos war die Sendung der Herren Rodbertus und Schulze (Delitzsch) nach Frankfurt.

Unter Verhandlungen darüber, ob die Versammlung nach Brandenburg gehen wolle oder nicht, ging die Zeit bis zum 27. November, dem Eröffnungstage in Brandenburg, hin. Ein großer Theil der Berliner Deputirten war dafür, daß die Versammlung sich in pleno in Brandenburg einfinde und dort mit der ihr nicht zu nehmenden entschiedenen Majorität energische Beschlüsse gegen das Ministerium fasse. Selbst viele Mitglieder der entschiedenen Linken stimmten für diesen, einzig vernünftigen Vorschlag, der seine Gegner theils unter den Mitgliedern der äußersten Linken, theils auch in dem Centrum fand. Gerade die Coryphäen der National-Versammlung, Waldeck, Jacoby, Behrends, D'Ester, Rodbertus, Unruh, Berg u. s. w. waren entschieden gegen eine Uebersiedelung nach Brandenburg, die übrigens auch nur dann rathsam sein konnte, wenn eben alle Mitglieder der Versammlung Theil daran nahmen und dadurch der Opposition in Brandenburg den servilen Rechten gegenüber eine entschie-

dene Majorität verschaffen. So kam es denn zu keinen [illegible]-
deutlichen Beschlüsse.

49.

Am 27. November fand die Wiedereröffnung der National-Versammlung in Brandenburg im Dom statt; aber es war nicht mehr die National-Versammlung, sondern nur der Theil der Rechten und des rechten Centrums, welcher in dienstwilliger Ergebenheit die Befehle des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel befolgt hatte. Von den in Berlin nach dem 9. November zurückgebliebenen Deputirten waren nur sehr wenige Mitglieder der Rechten und des Centrums nach Brandenburg übergesiedelt. Nur 154 Deputirte ergab der Namens-Aufruf, also bei weitem nicht die beschlußfähige Anzahl (202); die Versammlung mußte daher bis auf den folgenden Tag vertagt werden.

Gegen die in Berlin zurückgebliebenen Deputirten begann die Regierung jetzt mit energischer Strenge zu verfahren. Am 27. November erschien eine Proclamation des Generals Wrangel, in welcher dieser bekannt machte, daß fernerhin die Zusammenkünfte der Fractionen nicht mehr gestattet werden könnten, und den Wirthen und Saal-Inhabern streng verboten sei, ihre Lokale zu Sitzungs-Lokalen herzugeben.

Mit dieser Proclamation machte General Wrangel auch in der That gleich Ernst. Schon am Morgen des 27. November ließ er die in Mylius Hotel versammelte Linke durch Militair-Gewalt auseinander sprengen. Ueber den Hergang bei diesem neuen Attentat auf die National-Versammlung

geben, wie das im Lokale von Jaroschewitz von den Deputirten selbst aufgenommene Protokoll:

Verhandelt, Berlin, den 27. November halb 1 Uhr, im Lokale bei Jaroschewitz.

In der Morgen-Sitzung der in dem Hotel Mylius sich versammelnden Fraction Abgeordneter der National-Versammlung und in Anwesenheit von etwa achtzig Mitgliedern derselben, wurde durch den Wirth, Herrn Mylius, die Nachricht gebracht, daß die Straße militairisch besetzt sei, und daß die Soldaten so eben die Kupferhüte auf die Gewehre setzten, daß ferner ein Major das Verlangen stelle, und zwar „im Namen des Gesetzes", in den Saal geführt zu werden.

Es wurde hierauf von vielen Seiten bemerkt, daß man nicht nöthig habe, hierauf eine besondere Antwort zu ertheilen.

Nach einiger Zeit drang ein Major, dem eine Anzahl Soldaten, Gewehr am Fuß, folgten, dem Anschein nach einige dreißig Mann, geführt von mehreren Lieutenants, in das Zimmer, und der Major richtete die Aufforderung an die Versammlung, im Namen des Gesetzes das Lokal sofort zu verlassen.

Der Abgeordnete Jacoby nahm das Wort und fragte den Major: Was wollen Sie?

Major: Ich komme im Namen des Gesetzes.

Jacoby: Im Namen welches Gesetzes?

Major: Im Namen des höchsten Gesetzes!

Jacoby: Von welchem Gesetze sprechen Sie?

Major: Ich spreche im Namen des constitutionellen Gesetzes.

Jacoby: Ich kenne kein Gesetz, welches uns verbietet, uns am Tage in einem Gasthofe einzufinden.

Elsner: Selbst die Proclamation des Herrn Wrangel enthält nichts von einem derartigen Verbote. Wir sind kein Clubb.

Major: Das geht mich nichts an, ich handle im Auftrage meiner Behörde.

Jacoby: Wie ist Ihr Name?

Major: Ich bin der Major Graf Blumenthal.

Jacoby: Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben?

Major (nach einer Pause): Meine vorgesetzte Behörde.

Verschiedene Stimmen: Nennen Sie die Behörde!

Major (nach einer Pause): Meine Herren! Setzen Sie mich nicht in Verlegenheit.

Jacoby: Nun, so erkläre ich Ihnen, Sie handeln nicht im Namen des Gesetzes, sondern im Namen der Gewalt, und es ist traurig, daß die Soldaten zu solchen Gewaltthaten gemißbraucht werden.

Major: Meine Herren, ich handle meinem Auftrage gemäß.

Jacoby: Ich wiederhole Ihnen, daß Sie lediglich kraft der Gewalt handeln. Sie sind verantwortlich für dieselbe und Alle, welche Ihnen den Auftrag gegeben; Sie werden seiner Zeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Major: Ich bitte mir nun alle die Papiere aus, die hier liegen.

Verschiedene: Das ist unser Eigenthum, und Niemand kann Ihnen das Recht geben, unser Eigenthum anzugreifen.

Major: Diese Papiere werden Ihnen zurückgegeben werden.

Anwandter: Unter allen Umständen könnten Sie diese Papiere nur nach Aufnahme eines Verzeichnisses nehmen, thun Sie es nicht, so rauben Sie.

Borchardt: Mindestens müssen Sie diese Papiere versiegeln.

Major: Meine Herren! es kann ja Einer von Ihnen mit auf die Commandantur gehen, da kann das Alles geschehen.

Jacoby: Auf diese Weise können uns Papiere weggenommen oder verbrecherische Papiere untergeschoben werden.

Der Major griff hierauf nach einem Pack Druckpapier, und ersuchte einen der ihm zunächst stehenden Abgeordneten, einen entfernten, auf dem Tische liegenden Stoß Druckpapier ihm zuzustellen. Dies wurde verweigert. Nur die Gewalt, wurde entgegnet, walte hier. Nehmen Sie die Papiere selbst und constatiren Sie dadurch den Raub.

Der Major ergriff darauf auch diese Papiere.

Rüdiger (— ein Greis — zu den Soldaten gewendet, weinend): Freunde, ich habe auch Söhne unter Euch und Ihr wollt hier die Väter des Landes mit Gewalt vertreiben? Stecht oder schießt mich nieder!

Einige: Laßt sie die Gewalt anwenden, wir weichen nicht.

Simon: Meine Herren, die Gewalt ist consummirt.

Viele (zugleich): Gehen wir auseinander, die Gewalt ist consummirt. Es entfernten sich hierauf die Anwesenden und fanden vor dem Hause und in dessen Nähe einige Compagnieen aufgestellt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

H. Simon. M. Elsner. Berends. Dr. Jacoby. D'Ester. Anwandter. Borchardt. Reuter. Schultz (Wanzleben). Keiffenheim. Thiede.

Ein ähnliches Attentat wurde auf eine Fractionssitzung am 30. November begangen, und man ging sogar so weit, in die Privatwohnung des Abgeordneten Hildenhagen einzubrechen, in welcher sich das Büreau der National-Versammlung befand, und die sämmtlichen Papiere mit Beschlag zu belegen, darunter auch eine Proclamation, welche von der National-Versammlung am 27. November erlassen worden war, und welche allen Mitgliedern zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte.

Diese Proclamation, das letzte offizielle Aktenstück der in Berlin zurückgebliebenen National-Versammlung, lautet folgendermaßen:

Mitbürger!

Als durch die Revolution der Märztage der so lange geknechtete Volkswille zur Geltung gekommen war, da habt Ihr die Preußische National-Versammlung hierher entsendet mit dem Auftrage, in gesetzlicher Ordnung den Neubau der Verfassung zu gründen. Es war Euch nicht zu thun um ein leeres Constitutions-Schema, neben welchem die alten Mächte, die alle Pulse des Volkslebens hemmenden [illegible] Werkzeugen der Adels-, Beamten- und Militair-Herrschaft in voller Thätigkeit hätten bleiben können. Ihr verlangtet eine neue Begründung, nicht nur in dem eigentlich politischen System, sondern auch im Gemeinde-, Verwaltungs-, Gerichts- und Militair-Wesen. In diesem Sinne hat die National-Versammlung ihre Aufgabe erfaßt und sich mit Ernst und Ausdauer ihrer Lösung gewidmet, mehr gehemmt als gefördert durch die drei rasch auf einander folgenden Ministerien. In die Nothwendigkeit versetzt, an die Stelle des [illegible] der öffent-

lichen Meinung gerichteten Verfassungs-Entwurfs des Ministeriums Camphausen denjenigen der Verfassungs-Commission zu setzen, hatten wir den letzteren durch Bearbeitung in den Abtheilungen und Central-Abtheilungen zur ununterbrochenen Berathung in den Plenar-Versammlungen gereift. Auch die Gemeinde-Ordnung, die bis jetzt noch nicht einmal von dem Ministerium vorgelegte Kreis- und Bezirks-Ordnung wären in kurzer Zeit zur Verhandlung in der Versammlung vorgearbeitet gewesen. Ebenso verhielt es sich mit dem Grundsteuer-Gesetze, dessen Zweck dahin ging, der Ungleichheit in der Besteuerung der einzelnen Provinzen, der Belastung des kleineren Gutsbesitzers vor dem größeren, ein Ende zu machen; wir haben diese Gesetzes-Vorlage noch in den letzten Tagen des Drangsals zur Berathung im Plenum beendigt. Ein Gesetz über die Abschaffung der Lasten des bäuerlichen Grundbesitzes beschäftigte jetzt eben die Versammlung. Der heilige Ernst ihres Berufs hatte sich mehr und mehr in derselben entwickelt. Der Beschluß vom 7. September über den Stein'schen Antrag zeigte zugleich ihre Entschlossenheit, die eigene Würde zu wahren und an die Reform des ganz außerhalb des Gesetzes der Neuzeit stehenden Offizier-Wesens endlich die Hand zu legen. Klar mußte es allen Privilegirten, allen Büreaukraten, allen Herrendienern, allen Anhängern des alten Militair- und Polizei-Staates werden, daß es mit dieser Versammlung nicht möglich sei, neben dem Scheinbilde des Constitutionalismus die alte Willkür-Herrschaft fortzusetzen, das Volk wieder um die Früchte der Revolution zu bringen. Daher verdächtigten sie auf jede Weise die National-Versammlung, beschuldigten sie der Unthätigkeit, erhoben das Geschrei nach der bloßen, hohlen Constitutions-Form,

beuteten die politische Unreife, die Furcht des Bürgers vor dem Proletarier, diese in Deutschland ganz unbegründete Furcht aus, benutzten einzelne Gesetz-Ueberschreitungen, um vermöge der widergesetzlichen Erfindung des Belagerungs-Zustandes im tiefsten Frieden ein Werkzeug vorzubereiten zur Unterdrückung der blutig errungenen Freiheiten, der Presse, des Vereinigungs-Rechts. Zur Täuschung der Provinzen deutete man die in Zeiten der Aufregung unvermeidlichen, vereinzelten Excesse dahin, die Versammlung sei terrorisirt. Dichter und dichter, mit steigender Verschwendung der Staatsgelder, wurde zugleich das Netz militairischer Umstrickung um die friedliche Hauptstadt gezogen. Als nun die Versammlung auch in der Berathung der Grundrechte den entschiedenen Willen zeigte, die Früchte der Revolution zur Geltung zu bringen, als sie die Hand an die Feudalrechte legte, Adel, Titel und Orden aufhob, als sie sich des unterdrückten Wiens annahm, da schien es der Reaction die höchste Zeit zu sein, durch Beseitigung dieser Versammlung dem Volke die Hoffnungen zu nichte zu machen, deren Erfüllung nach wenigen Monaten bevorstand. Da trat die Soldaten-Gewalt unverhüllt auf in dem Ministerium Brandenburg.

Die eigenmächtige Verlegung und Vertagung der Versammlung, das wiederholte gewaltsame Auseinandersprengen derselben durch die Bajonette, die Dictatur Wrangels, der Belagerungs-Zustand Berlins im Frieden und ohne Aufruhr, die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, die Vernichtung der Preßfreiheit und des Vereinigungs-Rechts, die

Verletzung des Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit, das sind die Thaten dieser Gewalthaber. — Wir, Eure Vertreter, haben dem Despotismus den Widerstand geleistet, der in unserer Macht lag. Schritt vor Schritt folgten wir den Maßregeln dieses Ministeriums und erklärten sie für ungesetzlich. Als letzte Waffe des leidenden Widerstandes sprach die National-Versammlung diesem des Hochverraths angeklagten Ministerium die Befugniß ab, Steuern zu erheben und über Staats-Gelder zu verfügen. — Dabei haben wir wiederholt die Hand zur Ausgleichung des Conflictes geboten und nichts weiter verlangt, als die Aenderung des Ministeriums und die ungestörte Fortsetzung unserer Berathungen in Berlin. — Alles jedoch ohne Erfolg.

Jetzt, wo die regelmäßige Zusammenkunft der Volks-Vertreter hier durch ungesetzliche Gewalt verhindert wird, vereinigt die Regierung die Abgeordneten, welche ihren Auftrag verkennen, zu einer, jedes gesetzlichen Ansehens entbehrenden, Versammlung in Brandenburg. Sie bedenkt nicht, daß Alles, was die Minderheit vornehmen mag, von vornherein null und nichtig ist, daß auch die etwaige Vermehrung der jetzt so geringen Zahl der dort Versammelten an der Gesetzlichkeit nicht das Mindeste ändern könnte, daß die einzige Grundlage derselben die Bajonette bleiben werden. Sollte, wie behauptet wird, die Gewalt im schlimmsten Falle dem Lande eine Verfassung octroyiren (aufdrängen) wollen, so würde eine solche Verfassung nicht die geringste Gültigkeit haben. Denn es ist die Errungenschaft des März, daß nur mit den gewählten Vertretern des Volks die Verfassung festgestellt werden darf. Nur wir, die hier in Berlin constituirte National-

Versammlung, sind jetzt diese Vertreter. Jede Auflösung dieser Versammlung ist ungesetzlich und daher rechtlich wirkungslos. Feierlich protestirt die National-Versammlung gegen alle Akte der Regierung, welche durch die außerordentlichen Militair-Anstalten wöchentlich Millionen des Staats-Vermögens vergeudet, lediglich zur Knechtung der Nation. Feierlich erklärt dieselbe, daß die Regierung, ganz abgesehen von der bereits beschlossenen Steuer-Verweigerung, vom 1. Januar 1849 ab über keinen Pfennig verfügen darf, da wir das Budget noch nicht bewilligt haben. — Harret, Ihr Mitbürger, indessen muthig aus, scheidet die Selbstsucht aus Eurer Mitte, stählt Eure moralische Kraft, welcher das gesetzlose Beginnen Eurer Unterdrücker endlich unterliegen muß.

41.

Wir kehren zurück zur National-Versammlung in Brandenburg, um deren trauriges und unrühmliches Ende, den Schluß der preußischen Contre-Revolution, zu erzählen.

In der zweiten Sitzung am 29. November waren wieder nur 151 Mitglieder anwesend, die Versammlung also bei weitem nicht beschlußfähig. Der Alters-Präsident von Brünneck sah sich daher veranlaßt, die Versammlung bis zum 30. November, Vormittags 11 Uhr, zu vertagen; als Tagesordnung setzte er einen Antrag von Simons, die Einberufung der Stellvertreter für die fehlenden Abgeordneten, fest.

Wichtiger, als diese völlig unbedeutende Sitzung, war das, was hinter den Coulissen vorging. Das Ministerium

Brandenburg, welches wohl einsah, daß mit einer nicht beschlußfähigen Anzahl von Deputirten nicht durchzukommen sei, hatte nur den Minister von Manteuffel in die Sitzung geschickt; dieser aber trug eine neue Vertagungs-Ordre bis zum 11. Dezember in der Tasche, um während dieser Zwischenzeit die geeigneten Maßregeln gegen die renitenten Mitglieder der National-Versammlung zu treffen.

Selbst die Mitglieder der Rechten, die treuen Diener des Ministeriums, waren von dieser Maßregel nicht unterrichtet, nur den servilsten Stützen der Reaction war ein Blick in die Karten des Ministeriums Brandenburg gestattet worden.

Während des Namensaufrufs sprach sich die neue Vertagungs-Ordre in der Versammlung umher und erregte in derselben, selbst auf der Rechten, eine tiefe Sensation; die Mißstimmung war eine so allgemeine, die Herren der Rechten sprachen sich so entschieden dafür aus, daß man die Maßregeln, welche zu treffen seien, um die Versammlung vollständig zu machen, dieser selbst überlassen müsse, daß auch das Ministerium von seinem ursprünglichen Plane abging. Es that dies um so mehr, da von mehreren Abgeordneten die bestimmte Hoffnung ausgesprochen wurde, die Versammlung werde schon morgen vielleicht, gewiß aber in den nächsten Tagen, vollzählig sein, wenn auch etwa 38 bis 40 Mitglieder der entschiedenen Linken nicht mit nach Brandenburg kämen. Das aber war in den Augen der Rechten, welche dann die Majorität zu bekommen hoffte, natürlich kein Unglück.

Auch die dritte Sitzung in Brandenburg war noch nicht vollzählig, der Namensaufruf ergab nur 182 Mitglieder als anwesend.

Es waren allerdings mehrere Abgeordnete des Centrums,

unter ihnen Bornemann, Duncker, Parrisius, wieder in die Versammlnng eingetreten; aber ihre Anzahl hatte nicht genügt, die Versammlung beschlußfähig zu machen.

Bornemann sprach sich, zur Motivirung seines Wiedereintritts in die Versammlung, in sehr gemäßigter Weise aus; ebenso auch Dunker, obgleich dieser eine von ihm und seinen politischen Freunden unterzeichnete Erklärung vorlas, daß sie bisher nicht nach Brandenburg gekommen wären, um dem Ministerium ein neues Mißtrauens-Votum zu geben, jetzt aber, da das Ministerium trotzdem nicht zurücktrete, kämen, um an der Beschleunigung des Verfassungswerkes zu arbeiten.

Desto energischer sprach sich der Abgeordnete Parrisius aus, er erklärte: „Ich bin hierher gekommen, um hier weiter zu kämpfen gegen ein volks- und freiheitsfeindliches Ministerium!“

Diese Aeußerung erregte in der Versammlung einen furchtbaren Sturm. Dieselben Männer, welche früher selbst gegen die Ernennung des Ministeriums Brandenburg protestirt hatten, fanden sich jetzt durch diese Aeußerung verletzt und beantragten den Ordnungsruf gegen Herrn Parrisius, der auch vom Präsidenten vollzogen wurde.

Außer diesen Erklärungen bot die Versammlung nichts von Interesse dar, sie wurde um 12½ Uhr geschlossen, da sie doch keine Beschlüsse vornehmen konnte.

Desto wichtiger und interessanter war die letzte Sitzung der National-Versammlung am 1. Dezember. Sie bot ein Bild des wildesten Parteikampfes dar, in welchem besonders die Rechte zeigte, wie wenig sie eine Versöhnung wolle, wie sicher sie sich im Besitze der Herrschaft fühle.

Die Sitzung wurde um 11½ Uhr durch den Alters-Präsidenten eröffnet; das Ministerium war nicht anwesend.

Der Namensaufruf wurde vorgenommen; während desselben traten im langen Zuge eine große Anzahl, gegen 70, der bisher in Berlin zurückgebliebenen Abgeordneten ein und ließen sich schweigend auf den hinteren Bänken nieder, während Aller Blicke auf sie gerichtet waren.

Der Namensaufruf war beendet, aber noch nicht die Zählung; da bat der Abgeordnete Schneider um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung; es wurde ihm vom Alters-Präsidenten verweigert, weil die Versammlung noch nicht als vollzählig constituirt sei.

Darüber entspann sich nun eine lebhafte Debatte, da der Abgeordnete Schneider nach §. 39 der Geschäfts-Ordnung, welcher besagt, daß zu einer persönlichen Bemerkung die Zulassung zum Wort sofort verlangt werden könne, das Wort verlangte.

Wie bei dieser Debatte die Rechte verfuhr, mögen die Worte des Abgeordneten Pelzer beweisen, der den Paragraphen der Geschäfts-Ordnung zugab, dann aber fortfuhr:

„Es steht aber mit keiner Sylbe darin, daß die Versammlung es immer mit anhören müsse, wenn nach der Ansicht des Abgeordneten Dane Jemand zur persönlichen Bemerkung das Wort verlangt.

(Lärm und Gelächter.)

Lachen Sie nur immerhin! was in Berlin geschehen ist, wollen wir hier nun und nimmermehr dulden."

So verfuhren in diesem Augenblicke, wo es darauf ankam, eine Einigkeit in die halb zersprengte Versammlung zu bringen, die Mitglieder der Rechten; der Präsident hatte

jedoch noch einiges Rechtsgefühl, und so gab er dem hier Abgeordneten Schneider das Wort zu der folgenden hochwichtigen Erklärung.

Abgeordneter Schneider: Meine Herren! Ich habe im Namen mehrerer meiner politischen Freunde und in meinem eigenen Namen Ihnen folgende Erklärung vorzutragen:

„Wir Unterzeichnete erklären, daß wir, festhaltend an dem Beschlusse der National-Versammlung vom 9. November, fortdauernd der Krone die Befugniß bestreiten, die National-Versammlung wider ihren Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Nachdem die Fortsetzung der Berathungen der National-Versammlung in Berlin durch Militair-Gewalt verhindert worden, und nachdem die Absicht erklärt ist, die hiesige Minorität der Versammlung durch Einberufung der Stellvertreter, wenn auch auf ungesetzlichem Wege, vollzählig zu machen, erscheinen wir in Brandenburg, alle anderen Rücksichten dem Wohle des Landes opfernd, um auch hier die Rechte desselben zu wahren.

Brandenburg, den 1. Dezember 1848."

Diese Erklärung war unterzeichnet von 76 Abgeordneten aus allen in Berlin zurückgebliebenen Fractionen; sie enthielt unter anderen die Namen: v. Unruh, Phillips, Plönnies, Bauer (Krotoschin), Grebel, Wachsmuth, v. Kirchmann, Kracrügge, Bucher. —

Nach Verlesung dieser Erklärung fuhr Herr Schneider fort: „Ich habe hierbei zu bemerken, daß ich im Auftrage der Präsidenten von Unruh, Phillips und Plönnies ...

(Unruhe.)

welche die Erklärung mit unterzeichnet haben, Ihnen mitzu-

theilen habe, daß dieselben haben nicht erscheinen können, weil sie mit der Einberufung der Mitglieder der National-Versammlung nach Brandenburg noch beschäftigt sind.

(Einzelnes Lachen.)

Wir, die wir hier erschienen sind, sind bereits einberufen worden und sind diesem Rufe gefolgt."

Da noch eine große Menge von Abgeordneten fehlte, welche in der folgenden Sitzung erwartet wurde, trug Parrisius, nachdem, als durch den Namensaufruf ermittelt, 260 Mitglieder als anwesend proclamirt worden waren, auf Vertagung der Sitzung an, während der Präsident erst die Constituirung der Versammlung durch Erwählung des Büreaus vorgenommen haben wollte. Das Letztere war gewiß eine schreiende Ungerechtigkeit, da bei einer Wahl die Majorität sicher auf Seite der äußersten Rechten sein mußte, während diese doch in der Versammlung bei weitem keine Majorität hatte. Dessenungeachtet wurde bei der namentlichen Abstimmung mit 145 gegen 113 Stimmen die Constituirung des Büreaus beschlossen.

Da blieb denn freilich der Linken nichts Anderes übrig, als abermals dadurch, daß sie den Saal verließ, die Versammlung unbeschlußfähig zu machen; der Abgeordnete Schneider proclamirte dies von der Tribüne und verließ darauf mit dem größten Theil der Abgeordneten, welche ihn begleitet hatten, den Saal.

Es wurde dessenungeachtet die Präsidenten-Wahl durch Namensaufruf vorgenommen; bei derselben ergab sich, daß nur 172 Mitglieder anwesend waren, also die Wahl wegen Nichtbeschlußfähigkeit der Versammlung als ungültig betrachtet werden mußte.

Naturgemäßer Weise hätte jetzt die Sitzung vertagt werden müssen, da die Versammlung in keiner Weise das Recht hatte, Beschlüsse zu fassen; dies geschah aber nicht, Herr Simons brachte einen Antrag ein, daß das Staats-Ministerium ersucht werden möchte, die Stellvertreter der nicht erschienenen Abgeordneten einzuberufen. Herr Simons that dies, Herr Simons, der spätere preußische Justiz-Minister, beantragte eine Rechtsverletzung durch die Minorität! —

Trotz mehrfachen Protestes gegen diesen rechtswidrigen Antrag wurde dennoch namentlich abgestimmt, und derselbe mit 73 gegen 1 Stimme angenommen, während 82 Anwesende sich der Abstimmung enthielten, weil sie nicht an einer Rechtswidrigkeit Theil nehmen wollten. Der noch nicht fünfte Theil der Versammlung beschloß dadurch die Ausschließung von 4/5 derselben.

Nach diesem Beschluß trug der Abgeordnete Baumstark auf Vertagung der Sitzung bis zum 7. Dezember an. Der frühere Antrag des Abgeordneten Schneider auf Vertagung war abgelehnt worden, jetzt nahm die Versammlung den Antrag von Baumstark an, weil die Majorität, die äußerste Rechte, dem Ministerium Zeit lassen wollte, seine Pläne in den Zwischentagen zu verwirklichen.

Um 3½ Uhr wurde die letzte Sitzung der National-Versammlung geschlossen.

Das Schicksal der National-Versammlung war jetzt entschieden! Allerdings blieben die Abgeordneten der Rechten noch in Brandenburg und auch eine Anzahl der in Berlin Zurückgebliebenen fand sich, durch ihren Präsidenten berufen, dort ein, um im Dome Sitzung zu halten; aber sie fanden

denselben durch Constabler besetzt und mußten unverrichteter Sache umkehren.

Am 5. Dezember Abends endlich wurde der durch das Ministerium Brandenburg begonnenen Contre-Revolution der letzte Stempel aufgedrückt. Es erschien im Staats-Anzeiger das Auflösungs-Dekret der National-Versammlung und zu gleicher Zeit eine octroyirte Verfassung.

Das Ministerium Brandenburg motivirte die Auflösung der Kammer in folgender Weise:

Ew. Königliche Majestät haben durch die Botschaft vom 8. vor. Mts., aus den darin angeführten Gründen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt und die Versammlung aufgefordert, zur Fortsetzung ihrer sofort abzubrechenden Berathungen am 27. vor. Mts. in Brandenburg wieder zusammen zu treten. Durch diese Anordnung, welche lediglich den Zweck hatte, die Freiheit der Berathungen der Volks-Vertreter vor den anarchischen Bewegungen in der Hauptstadt und ihren terroristischen Einflüssen sicher zu stellen, glaubten Ew. Königliche Majestät nicht nur ein unzweifelhaftes Recht der Krone, sondern auch eine durch die Rücksicht auf das Wohl des Landes dringend gebotene Pflicht auszuüben. Leider! ist Ew. Königliche Majestät wohlmeinende Absicht dabei von einem großen Theile der Versammlung verkannt worden. Uneingedenk ihrer wahren Aufgabe und ihrer Pflichten gegen die Krone und das Land, hat die Mehrzahl der Abgeordneten ihre Berathungen, der von Ew. Königlichen Majestät angeordneten Vertagung derselben ungeachtet, eigenmächtig in Berlin fortgesetzt und sich angemaaßt, als eine souveraine Gewalt über Rechte der Krone zu entscheiden. Sie hat ferner

die von Ew. Königlichen Majestät auf Grund einer klaren, gesetzlichen Bestimmung ausgesprochene Auflösung der Berliner Bürgerwehr für eine ungesetzliche Maßregel erklärt und dadurch die gedachte Bürgerwehr zum Widerstande gegen die Ausführung jener Anordnung aufgereizt. Sie hat endlich sich nicht gescheut, durch die an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der gesetzlichen Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staats-Verband dem Umsturz preiszugeben. Durch diese eben so rechtswidrigen wie verderblichen Beschlüsse hatte die in Berlin forttagende Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung offen mit der Krone gebrochen und Ew. Königlichen Majestät gegenüber einen Standpunkt eingenommen, bei dessen Festhaltung die Möglichkeit einer befriedigenden Vereinbarung des Verfassungswerkes nicht abzusehen war. Hiernach wären Ew. Königliche Majestät schon damals, unmittelbar nach dem Steuerverweigerungs-Beschluß, unzweifelhaft berechtigt gewesen, die Versammlung aufzulösen. Gleichwohl gaben Ew. Königliche Majestät die Hoffnung noch nicht auf, daß die seitdem laut gewordene Stimme des Landes und die durch eine leidenschaftliche Auffassung vorübergehend zurückgedrängte Vaterlandsliebe viele jener Abgeordneten von dem betretenen Abwege zurückführen, daß unter deren Hinzutritt die Versammlung nach Ablauf der Vertagungsfrist in beschlußfähiger Zahl sich neu konstituiren, daß sie dann die Ungesetzlichkeit und Ungültigkeit der während der Vertagungsfrist von einem Theile ihrer Mitglieder gefaßten Beschlüsse in einer unzweideutigen Weise anerkennen, und daß es so der Krone werde möglich gemacht werden, die abgebrochenen Vereinbarungs-Verhandlungen wieder aufzunehmen und bald zu einem gedeih-

lichen Ziele zu führen. Wäre dies gelungen, so würde es auch möglich geworden sein, noch Einiges zur Verbesserung der Lage der bäuerlichen Besitzer und zur Erfüllung anderer dringenden Wünsche des Landes ohne verderblichen [illegible], im Verein mit der Versammlung, bald zu Stande zu bringen. Ew. Majestät Hoffnungen sind [illegible] leider! durch die Ereignisse der letzten Woche getäuscht worden. Nachdem die ihrer Pflicht gegen Ew. Königliche Majestät und das Vaterland getreuen Abgeordneten vier Tage hinter einander, vom 27. bis zum 30. des. Mts., zu Brandenburg in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt gewesen waren, wurde die Versammlung endlich am 1. d. M. durch den Hinzutritt eines großen Theils derjenigen Abgeordneten beschlußfähig, welche sich bis dahin der durch die Botschaft vom 8. v. M. angeordneten Verlegung der Versammlung widersetzt hatten. Anstatt aber diesen Widerstand aufzugeben, erklärte der Wortführer der hinzugetretenen Mitglieder, daß dieselben, um die beabsichtigte Einberufung ihrer Stellvertreter abzuwenden und nicht in Befolgung der Anordnungen Ew. Majestät, sondern lediglich deshalb erschienen seien, weil das während der Vertagungsfrist von den in Berlin zurückgebliebenen Mitgliedern gewählte Präsidium die Versammlung nach Brandenburg berufen habe. Zugleich wurde von diesem Theile der Versammlung ein auf Vertagung bis zum 4. d. M. gerichteter Antrag in der von ihrem Wortführer ausgesprochenen Absicht unterstützt, um für diejenigen Ausgebliebenen, denen die Berufung des Präsidiums noch nicht zugegangen sei, Zeit zu gewinnen. Als hierauf der Vertagungs-Antrag verworfen war, verließen jene neu hinzugetretenen Abgeordneten beinahe sämmtlich die Versammlung, welche dadurch wieder beschlußunfähig und

außer Stand gesetzt wurde, sich neu zu konstituiren. Dieser Vorgang, welcher auf den pflichtgetreuen Theil der Versammlung, wie auf jeden dabei anwesenden Freund des Vaterlandes, einen tief verletzenden Eindruck machte, giebt den deutlichen Beweis, daß von derjenigen Fraction der Abgeordneten, die nach dem 9. v. M. in Berlin fortgetagt hat, ein großer, noch immer die Mehrzahl der ganzen Versammlung bildender Theil in offener Auflehnung gegen die von Ew. Königlichen Majestät in der Botschaft vom 8. v. M. getroffenen Anordnungen, mithin auf einem Standpunkte verharrt, welcher, nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung, die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Krone ausschließt. Bei der numerischen Stärke dieser Partei würde es jederzeit von ihrem Belieben abhängen, die Versammlung — wie es am 1. d. M. geschehen ist — beschlußunfähig zu machen, ohne daß gegen ein solches Beginnen die früher beabsichtigte Einberufung der Stellvertreter, die ohnehin während der Anwesenheit der Abgeordneten gesetzlich nicht zu begründen wäre, genügenden Schutz gewähren könnte. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung befindet sich hiernach in einem Zustande so tiefer innerer Zerrüttung, daß mit ihr die Verfassungs-Berathung ohne Verletzung der Würde der Krone nach unserer Ansicht nicht länger fortgesetzt werden kann. Wir beklagen dies um so schmerzlicher, je zuversichtlicher wir von der Fortführung der Vereinbarungs-Verhandlungen mit denjenigen Abgeordneten, welche der von Ew. Majestät ergangenen Berufung nach Brandenburg, zum Theil selbst unter Aufopferung früher verfochtener Ansichten, schuldige Folge geleistet hatten, ein für das Vaterland gedeihliches Resultat erwarten durften. Gleichwohl glauben wir eine noch-

malige Wiederholung des in der vorigen Woche fünfmal mißlungenen Versuchs einer neuen Konstituirung der Versammlung pflichtmäßig widerrathen zu müssen, weil sich mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt, daß dabei die tiefe Zerrissenheit der Versammlung und ihre unverkennbare innerliche Auflösung in ähnlicher Weise, wie am 1. d. M., zur Trauer aller wahren Vaterlandsfreunde hervortreten würde. Ew. Königl. Majestät können wir demnach nur die sofortige Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung anrathen, und erlauben uns, den Entwurf der diesfälligen Verordnung zu Ew. Königl. Majestät Allerhöchster Vollziehung ehrfurchtsvoll beizufügen. Gewiß ist diese Vereitelung des vor länger als sechs Monaten begonnenen Versuchs der Vereinbarung einer Verfassung zwischen der Krone und den Vertretern des Volks ein sehr beklagenswerthes Ereigniß. Wahrhaft verderblich aber würde es sein, wenn, um dieser Vereitelung willen, die Sehnsucht des Landes nach einer Verfassung, von welcher es Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes und des in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gestörten Vertrauens mit Recht erwarten darf, noch längere Zeit unbefriedigt bleiben sollte. Ew. Königl. Majestät können wir daher nur pflichtmäßig rathen, Ihrem Volke eine Verfassung, die zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist, unverzüglich unter dem Vorbehalt zu gewähren, daß dieselbe von den zunächst, und zwar sofort, zu berufenden Kammern einer Revision zu unterwerfen sei. Wir haben eine solche Verfassung unter strenger Festhaltung der von Ew. Königl. Majestät im März d. J. ertheilten Verheißungen entworfen, und dabei nicht nur die Vorarbeiten der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen

Versammlung, sondern auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen National-Versammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der vorzubehaltenden Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Indem wir diesen Entwurf, nebst dem Entwurf eines Wahl-Gesetzes, hierbei unterthänigst vorlegen, stellen wir Ew. Königl. Majestät die Vollziehung derselben ehrfurchtsvoll anheim. Schließlich behalten wir uns vor, bei Ew. Königl. Majestät den provisorischen Erlaß verschiedener, zur Befriedigung dringender Bedürfnisse des Landes erforderlichen Verordnungen in den nächsten Tagen unterthänigst zu beantragen.

Berlin, den 5. Dezember 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel. von Rintelen. von der Heydt.

An des Königs Majestät.

Die octroyirte Verfassung vom 5. Dezember lautet folgendermaßen:

Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc.,

thun kund und fügen zu wissen: daß Wir in Folge der eingetretenen außerordentlichen Verhältnisse, welche die beabsichtigte Vereinbarung der Verfassung unmöglich gemacht, und entsprechend den dringenden Forderungen des öffentlichen Wohls, in möglichster Berücksichtigung der von den gewählten Vertretern des Volkes ausgegangenen umfassenden Vorarbeiten, die nachfolgende Verfassungs-Urkunde zu erlassen beschlossen

haben, vorbehaltlich der am Schlusse angeordneten Revision derselben im ordentlichen Wege der Gesetzgebung. Wir verkünden demnach die Verfassung für den preußischen Staat, wie folgt:

Titel I. Vom Staats-Gebiete. Art. 1. Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staats-Gebiet. Art. 2. Die Gränzen dieses Staats-Gebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden.

Titel II. Von den Rechten der Preußen. Art. 3. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaften eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden. Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standes-Vorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Verhaftung zulässig ist, sind durch das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24. September laufenden Jahres bestimmt. Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur auf Grund eines richterlichen Befehles vorgenommen werden. Art. 7. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahme-Gerichte und außerordentliche Kommissionen, so weit sie nicht durch diese Verfassungs-Urkunde für zulässig erklärt werden, sind unstatthaft. Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder ver-

hängt werden. Art. 8. Das Eigenthum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufig fest-zustellende, Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden. Art. 9. Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögens-Einziehung finden nicht statt. Art. 10. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften (Art. 28 u. 29) und der gemeinsamen öffentlichen Religions-Uebung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religions-Gesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Art. 12. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religions-Gesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Zwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Art. 13. Der Verkehr der Religions-Gesellschaften, mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung ihrer Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Art. 14. Ueber das Kirchen-Patronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufzuheben, wird ein besonderes Gesetz ergehen. Art. 15. Das, dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungs-Recht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben. Art. 16. Die bürgerliche Gültigkeit der

Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Civilstands-Beamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civil-Aktes stattfinden. Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Art. 18. Der preußischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet. Aeltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichts-Gesetz aufstellen wird. Art. 19. Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staats-Behörden nachgewiesen hat. Art. 20. Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Art. 21. Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staats-Behörden gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu. Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religions-Gesellschaften. Art. 22. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Recht-Titeln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich er-

theilt. Art. 23. Ein besonderes Gesetz regelt das gesammte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt. Art. 24. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Concessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staats-Auflagen, noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und ungleichmäßigen Postsatz, oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Art. 25. Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. Vor der erfolgten Revision des Strafrechts wird darüber ein besonderes vorläufiges Gesetz ergehen. Bis zu dessen Erscheinen bleibt es bei den jetzt geltenden allgemeinen Strafgesetzen. Art. 26. Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates, so dürfen Verleger, Drucker und Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch andere Thatsachen begründet wird, nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger und der Drucker genannt sein. Art. 27. Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Orts-Polizei-Behörde Anzeige zu

machen, welche die Versammlung zu verbieten hat, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet. Art. 28. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Art. 29. Die Bedingungen, unter welchen Corporations-Rechte ertheilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz. Art. 30. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesammtnamen sind nur Behörden und Corporationen gestattet. Art. 31. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind. Art. 32. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz. Auf das Heer finden die in den §§. 5, 6, 27, 28 enthaltenen Bestimmungen insoweit Anwendung, als die militairischen Disziplinar-Vorschriften nicht entgegenstehen. Art. 33. Die bewaffnete Macht besteht: aus dem stehenden Heere, der Landwehr, der Bürgerwehr. Besondere Gesetze regeln die Art und Weise der Einstellung und die Dienstzeit. Art. 34. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civil-Behörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden. Art. 35. Die Einrichtung der Bürgerwehr ist durch ein besonderes Gesetz geregelt. Art. 36. Das Heer steht im Kriege und im Dienste unter der Militair-Kriminal-Gerichtsbarkeit und unter dem Militair-Straf-Gesetzbuch; außer dem Kriege und dem Dienste unter Bei-

behaltung der Militair-Kriminal-Gerichtsbarkeit unter den allgemeinen Strafgesetzen. Die Bestimmungen über die militairische Disciplin im Kriege und Frieden, so wie die näheren Festsetzungen über den Militair-Gerichtsstand, bleiben Gegenstand besonderer Gesetze. Art. 37. Das stehende Heer darf nicht berathschlagen. Eben so wenig darf es die Landwehr, wenn sie zusammenberufen ist. Auch wenn sie nicht zusammenberufen ist, sind Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Berathung militairischer Befehle und Anordnungen nicht gestattet. Art. 38. Die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Fideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommisse sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigenthum umgestaltet werden. Art. 39. Vorstehende Bestimmungen (Art. 38) finden auf die Thronlehen, das Königliche Haus- und Prinzliche Fideikommiß, so wie auf die außerhalb des Staates belegenen Lehen und die ehemals reichsunmittelbaren Besitzungen und Fideikommisse, insofern letztere durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechts-Verhältnisse derselben sollen durch besondere Gesetze geordnet werden. Art. 40. Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablösbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet. Aufgehoben ohne Entschädigung sind: a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien, wogegen die Lasten und Leistungen wegfallen, welche den bisher Berechtigten oblagen. Bis zur Emanirung der neuen Gemeinde-Ordnung

bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizei-Verwaltung; b) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrlichkeit, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbe-Verfassung, herstammenden Verpflichtungen. Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstückes ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester, ablösbarer Zins vorbehalten werden.

Titel III. Vom Könige. Art. 41. Die Person des Königs ist unverletzlich. Art. 42. Seine Minister sind verantwortlich. — Alle Regierungs-Akte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Art. 43. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt unverzüglich die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen. Art. 44. Der König führt den Oberbefehl über das Heer. Art. 45. Er besetzt alle Stellen in demselben, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, insofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet. Art. 46. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Handels-Verträge, so wie andere Verträge, durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern. Art. 47. Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen

ist. Er kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen. Art. 48. Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu. Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes. Art. 49. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Fall innerhalb eines Zeitraums von 40 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden. Art. 50. Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden. Art. 51. Die Krone ist, den Königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannsstamme des Königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge. Art. 52. Der König wird mit Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig. Er leistet in Gegenwart der vereinigten Kammern das eidliche Gelöbniß, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Art. 53. Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein. Art. 54. Im Fall der Minderjährigkeit des Königs vereinigen sich beide Kammern zu Einer Versammlung, um die Regentschaft und die Vormundschaft anzuordnen, insofern nicht schon durch ein besonderes Gesetz für Beides Vorsorge getroffen ist. Art. 55. Ist der König in der Unmöglichkeit, zu regieren, so beruft der Nächste zur Krone oder Derjenige, der nach den Hausgesetzen an dessen

Stelle tritt, beide Kammern, um in Gemäßheit des Art. 54 zu handeln. Art. 56. Die Regentschaft kann nur einer Person übertragen werden. Der Regent schwört bei Antretung der Regentschaft einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Art. 57. Dem Kron-Fideikommiß-Fonds verbleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 auf die Einkünfte der Domainen und Forsten angewiesene Rente.

Titel IV. Von den Ministern. Art. 58. Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staats-Beamten, haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind. Art. 59. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungs-Verletzung, der Bestechung und des Verrathes angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen. Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und das Strafmaaß werden einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Titel V. Von den Kammern. Art. 60. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. Art. 61. Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das

Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden. Art. 62. Die erste Kammer besteht aus 180 Mitgliedern. Art. 63. Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Provinzial-Bezirks- und Kreisvertreter erwählt (Art. 104.) Die Provinzial-Bezirks- und Kreisvertreter bilden, nach näherer Bestimmung des Wahl-Gesetzes, die Wahlkörper, und wählen die nach der Bevölkerung auf die Wahl-Bezirke fallende Zahl der Abgeordneten *). Art. 64. Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt Art. 65. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits fünf Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat. Art. 66. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahl-Bezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt. Art. 67. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung

---

*) Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt zu erwägen, ob ein Theil der Mitglieder der ersten Kammer vom Könige zu ernennen, und ob den Ober-Bürgermeistern der großen Städte, so wie den Vertretern der Universitäten und Akademieen der Künste und Wissenschaften, der Sitz in der Kammer einzuräumen sein möchte.

erhält *). Art. 68. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann. Art. 69. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner erwählt. Die Wahl-Bezirke sollen so organisirt werden, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden. Art. 70. Die Legislatur-Periode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt. Art. 71. Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staats-Verbande angehört hat. Art. 72. Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislatur-Periode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder wieder wählbar. Art. 73. Das Nähere über die Ausführung der Wahlen zu beiden Kammern bestimmt das Wahl-Ausführungs-Gesetz. Art. 74. Stellvertreter für die Mitglieder der beiden Kammern werden nicht gewählt. Art. 75. Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Monat November jeden Jahres und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen. Art. 76. Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern. Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen. Wird eine

*) Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt es zu erwägen, ob nicht ein anderer Wahlmodus, namentlich der der Eintheilung nach bestimmten Klassen für Stadt und Land, wobei sämmtliche bisherigen Urwähler mitwählen, vorzuziehen sein möchte.

Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt. Art. 77. Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang durch eine Geschäfts-Ordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vice-Präsidenten und Schriftführer. Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer. Durch die Annahme eines besoldeten Staats-Amtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied einer Kammer Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen. Niemand kann Mitglied beider Kammern sein. Art. 78. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Jede Kammer tritt auf den Antrag ihres Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist. Art. 79. Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen. Art. 80. Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten. Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen. Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen. Art. 81. Eine jede Kammer hat die Befugniß, Behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. Art. 82. Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung und sind an Aufträge und Instructionen nicht gebunden.

Art. 83. Sie können weder für ihre Abstimmungen in der Kammer, noch für ihre darin ausgesprochenen Meinungen zur Rechenschaft gezogen werden. Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammern und eine jede Untersuchungs- oder Civilhaft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt. Art. 84. Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten, noch Diäten. Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

Titel VI. Von der richterlichen Gewalt. Art. 85. Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt. Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt. Art. 86. Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt. Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise enthoben oder unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt und nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden. Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, findet diese Bestimmung keine Anwen-

dung. Art. 87. Den Richtern dürfen andere besoldete Staatsämter nicht übertragen werden. Ausnahmen sind nur auf Grund eines Gesetzes zulässig. Art. 88. Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt. Art. 89. Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat. Art. 90. Gerichte für besondere Klassen von Angelegenheiten, insbesondere Handels- und Gewerbe-Gerichte, sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfniß solche erfordert. Die Organisation und Zuständigkeit der Handels-, Gewerbe- und Militär-Gerichte, das Verfahren bei denselben, die Ernennung ihrer Mitglieder, die besonderen Verhältnisse der Letzteren und die Dauer ihres Amtes werden durch das Gesetz festgestellt. Art. 91. Die noch bestehenden beiden obersten Gerichtshöfe sollen zu einem einzigen vereinigt werden. Art. 92. Die Verhandlungen von dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Oeffentlichkeit kann jedoch durch ein öffentlich zu verkündendes Urtheil ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung und den guten Sitten Gefahr droht. Auch in Civilsachen kann die Oeffentlichkeit durch Gesetze beschränkt werden. Art. 93. Bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei Preßvergehen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene. Die Bildung des Geschworenen-Gerichts wird durch ein Gesetz geregelt. Art. 94. Die Kompetenz der Gerichte und Verwaltungs-Behörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Kompetenz-Konflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichts-Behörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichneter Gerichtshof. Art. 95. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Be-

hörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militär-Beamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen.

Titel VII. Von den Staatsbeamten. Art. 96. Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staats-Anwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt. Art. 97. Auf die Ansprüche der vor Verkündigung der Verfassungs-Urkunde etatsmäßig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdiener-Gesetz besondere Rücksicht genommen werden.

Titel VIII. Von der Finanz-Verwaltung. Art. 98. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. Art. 99. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. Art. 100. In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuer-Gesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft. Art. 101. Gebühren können Staats- oder Kommunal-Beamte nur auf Grund des Gesetzes erheben. Art. 102. Die Aufnahme von Anleihen für die Staats-Kasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantieen zu Lasten des Staats. Art. 103. Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich.

Die Rechnungen über den Staatshaushalt werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres, einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden wird von der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staats-Regierung den Kammern vorgelegt. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer bestimmen.

Titel IX. Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden. Art. 104. Das Gebiet des preußischen Staates zerfällt in Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden, deren Vertretung und Verwaltung durch besondere Gesetze unter Festhaltung folgender Grundsätze näher bestimmt wird. 1) Ueber die inneren und besonderen Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgeführt werden. Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertretung der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staats-Regierung unterworfen sind. 2) Die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise werden von der Staats-Regierung ernannt, die der Gemeinden von den Gemeinde-Mitgliedern gewählt. Die Organisation der Exekutivgewalt des Staates wird hierdurch nicht berührt. 3) Den Gemeinden insbesondere steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten zu, mit Einschluß der Ortspolizei. Den Zeitpunkt und die Bedingungen des Ueberganges der Polizei-Verwaltung an die Gemeinden wird das Gesetz bestimmen. Die vo-

lizeilichen Funktionen können in Städten von mehr als 20,000 Einwohnern auf Staatsorgane übertragen werden. 4) Die Berathungen der Provinzial-, Bezirks-, Kreis- und Gemeinde-Vertretungen sind in der Regel öffentlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. Ueber die Einnahmen und Ausgaben muß jährlich wenigstens ein Bericht veröffentlicht werden.

Allgemeine Bestimmungen. Art. 105. Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen. Art. 106 Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit genügt. Art. 107. Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten haben dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören. Art. 108. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelner Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden. Art. 109. Alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit. Art. 110. Für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 u. 28 der Verfassungsurkunde zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. Die näheren Bestimmungen

darüber bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Bis dahin bewendet es bei den in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften.

Uebergangs-Bestimmungen. Art. 111. Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungs-Gesetzes nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen. Art. 112. Die gegenwärtige Verfassung soll sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung (Art. 60. und 106.) unterworfen werden. Das im Artikel 52. erwähnte eidliche Gelöbniß des Königs, so wie die vorgeschriebene Vereidung der beiden Kammern und aller Staats-Beamten, erfolgen sogleich nach vollendeter Revision (Art. 107). Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 5. December 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel.
v. Strotha. Rintelen. von der Heydt.

So war denn der große Schritt gethan, die Contre-Revolution war beendet, die Vertreter des Volks auseinander, die Verfassung octroyirt! —

In Berlin und im ganzen Lande herrschte über diese

Eine Minorität ist in Preußen zur Herrschaft gelangt, weil das Volk im gläubigen Vertrauen zu der Redlichkeit seiner Regierung sich nach und nach von derselben umgarnen und endlich unterdrücken ließ; aber noch bietet die Geschichte kein Beispiel, daß eine Minorität jemals eine dauernde Herrschaft geübt habe, und so bleibt auch uns der Trost, daß, wenn auch im gegenwärtigen Augenblick der wahre Wille des Volkes durch die Macht der Bajonette unterdrückt ist, er sich früher oder später gewaltig Bahn brechen, daß das preußische Volk das erniedrigende Joch, welches es jetzt zähneknirschend trägt, mit energischer Kraft von sich abschütteln wird.

Die Idee der Demokratie ist eingedrungen in das Volk und hat tiefe Wurzeln im Herzen desselben geschlagen! — Möge sie immerhin für den Augenblick unterdrückt werden, sie wird dennoch ihrer Zeit zum Siege kommen, denn
Ideen lassen sich nicht morden durch Bajonette! —

Die Staats-Umwälzungen der Jahre 1847 und 1848,

dargestellt

von

A d o l p h C a r l.
(Adolph Streckfuß.)

Dritter Band.

Berlin, 1849.
Verlag von Albert Sacco, Georgenstraße Nr. 25.

Druck von C. Sindow in Berlin, Neue Schönhauser Straße Nr. 12.

Dritte Abtheilung.

Geschichte von Oesterreich und Ungarn.

Erstes Kapitel.

1.

Auch in Oesterreich, dem deutschen Kaiserstaat, sollte die französische Februar-Revolution einen gewaltigen Umschwung hervorbringen, um so gewaltiger, je tiefer bisher Oesterreich in politischer Beziehung allen anderen deutschen Staaten gegenüber gestanden hatte.

In keinem Staate des deutschen Vaterlandes war das System des Absolutismus auf eine so gehässige Weise ausgebildet worden, als in Oesterreich. In keinem Staate trat die Unerträglichkeit der Bevormundung des Volkes durch eine verdorbene Büreaukratie so grell hervor, als in Oesterreich.

Ein Mann stand an der Spitze des Staates, der sich vermöge der gänzlichen Unfähigkeit eines verstandesschwachen Kaisers die alleinige Leitung aller Staats-Angelegenheiten zu verschaffen gewußt hatte. Der Fürst Metternich, der unbeschränkte Herrscher Oesterreichs, er war es, der den Fluch

der Nation durch seine Staatsweisheit auf sich geladen hat, durch jene Staatsweisheit, welche systematisch die Unterdrükkung der unter der österreichischen Kaiserkrone vereinigten Völker zu bewerkstelligen wußte.

Fürst Metternich war in Oesterreich furchtbar verhaßt, und er verdiente diesen Haß in vollstem Maaße. Es ist schwer, den Charakter des Fürsten Metternich zu schildern, ohne in den Verdacht der Uebertreibung aus Parteihaß zu kommen. Denn nur wenige Menschen giebt es, welche so, wie der Fürst, alle Laster, alle Charakterfehler in sich vereinigen.

Neben einer grenzenlosen Sinnlichkeit ein ungebändigter Stolz! — Neben einem dünkelhaften Hochmuth eine feile Bestechlichkeit! — Fürst Metternich gebrauchte, um sein schwelgerisch-üppiges Leben durchführen zu können, gewaltige Summen Geldes, und er mißbrauchte seine einflußreiche Stellung, um sich diese zu verschaffen. Er machte Schulden, aber er bezahlte sie nicht; denn welcher Banquier hätte gewagt, den Allgewaltigen zu mahnen! — Für seine zahlreichen in Oesterreich und außerhalb des Kaiserstaates liegenden Güter fiel es ihm nie ein, Steuern zu zahlen! Welche Behörden des In- und Auslandes konnten ihn dazu zwingen?

Aber auch das war ihm nicht genug; er überließ sich auch der feilsten Bestechung. An Rußland verkaufte er die Einwilligung, die Donaumündungen zu besetzen, für baares Geld, und von den Lieferungen, welche für die Armen und für den Staat überhaupt zu machen waren, floß immer ein großer Theil in seine Tasche, ohne diese füllen zu können; denn trotz dieser ungeheuren Einnahmequellen blieben doch seine Finanzverhältnisse stets in der äußersten Zerrüttung.

So bestechlich Fürst Metternich war, so gewissenlos war er andererseits in der Politik, jedes Mittel zum Zweck war ihm recht, so niedrig, so schlecht es auch sein mochte, und der Zweck, welchen Metternich verfolgte, war immer und ewig die Unterdrückung des Volkes, der Schutz des krassesten Absolutismus. Er war der Träger dieses verderblichen Systems, an ihn klammerten sich die kleinen süddeutschen Fürsten an, und selbst auf Preußen war seine Politik vom tiefsten Einfluß.

Metternich wollte aber auch der Einzige sein, der in Oesterreich herrschte. Er verdächtigte deshalb die kaiserliche Familie und wußte die Erzherzöge vom Hofe und aus allen besonders einflußreichen Stellen zu entfernen, um nicht von ihnen behindert zu werden. Er unterdrückte den in Oesterreich und besonders in Ungarn und Böhmen einflußreichen und freisinnigen Adel, während er ihn andererseits nach Wien zog, um ihn durch die Hofluft zu demoralisiren und durch das kostspielige Leben seine Finanzen zu zerrütten, um ihm einen großen Theil seiner Macht zu nehmen.

Welche Mittel Fürst Metternich zu diesem Zwecke aufwendete, davon hat der an gräßlichen Mordthaten so reiche Bauernaufstand in Galizien, den Metternich möglichst unterstützte, einen glänzenden Aufschluß gegeben.

Daß die Person eines Mannes, der schon seit einer so langen Reihe von Jahren Oesterreich nach diesem System beherrschte, im ganzen Lande furchtbar verhaßt sein mußte, versteht sich wohl von selbst. Auf Metternich lastete der Fluch, der Haß aller unter der österreichischen Kaiserkrone vereinten Nationen; aber gerade der Haß, welcher diesen Mann traf, bewirkte, daß die kaiserliche Familie, trotz des

Unterdrückungs-Systems der Regierung, beim Volke nicht unbeliebt war.

Den Kaiser Ferdinand selbst konnte der Haß des Volkes nicht treffen, er war, in seiner an Blödsinn grenzenden Verstandesschwäche, nur zu bemitleiden, und die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie hatten selbst zu viel von Metternich zu leiden, mußten sich selbst unter dem eisernen Scepter des Fürsten beugen. Das Volk sah in ihnen seine Leidensgefährten und concentrirte allen seinen Haß auf den eigentlichen Träger des Systems, auf Metternich. Es kam hierzu, daß schon seit alten Zeiten die kaiserliche Familie sich nicht streng vom Volke abgeschlossen gehalten hatte, sondern mit einer freundlichen Leutseligkeit, einer gewissen Wiener Gutmüthigkeit mit demselben zusammenkam.

So fiel denn aller Haß gegen das Regierungs-System lediglich auf die Schultern des Fürsten Metternich, und es gehörte die gutmüthige Duldsamkeit des österreichischen Volkes dazu, daß dieser Mann mit seinen Kreaturen so lange die Zügel der Regierung in den Händen halten konnte. Die Zustände in Oesterreich waren nach und nach vollkommen unerträglich geworden. Eine bestechliche, feile Beamtenwelt beherrschte den Staat. Für Geld war Alles feil, die Staats-Beamten betrachteten ihre Stellen nur als die Mittel, das Volk auszusaugen und zu unterdrücken.

Um ein solches System haltbar zu machen, kam natürlich Alles darauf an, das Volk einerseits nie zur Ueberlegung kommen zu lassen und es andererseits von jedem Versuche einer Widersetzlichkeit abzuschrecken.

Zu diesem Zweck wurde in Oesterreich eine geheime Polizei gehalten, wie kaum in einem anderen Staate. Jedes

frei gesprochene Wort wurde behorcht, angezeigt und streng bestraft; selbst in Familienkreisen mußte man sich mit jeder freisinnigen Aeußerung außerordentlich in Acht nehmen, denn die Regierung verschmähte es nicht, selbst Dienstboten als geheime Spione zu erkaufen.

Die Presse war in einem jammervollen Zustande, die Censur so strenge, wie in keinem anderen Staate Deutschlands; das Volk durfte natürlicher Weise nicht aufgeklärt werden über seine Regierung.

Vor allen Dingen kam es dem Fürsten Metternich darauf an, dem Volke den letzten Rest von Freiheit, den es sich bewahrt hatte, zu entreißen. Die in Oesterreich, Ungarn und Böhmen noch bestehenden ständischen Vertretungen waren ihm daher ein Dorn im Auge. Er that Alles, um die Rechte derselben zu schmälern und ihre Wirksamkeit zu unterdrücken. Den Ständen, wenn sie auch weit von constitutionellen Rechten entfernt waren, stand doch immer noch eine wichtige Befugniß zu, nämlich die Bewilligung der Steuern; aber auch diese suchte ihr Metternich zu entreißen.

So hatte im Jahre 1847 z. B. der böhmische Landtag eine Steuer-Erhöhung von 50,000 Gulden zur Deckung von Kriminalgerichtskosten abgeschlagen, wenn ihm nicht eine Einsicht in die Verwendung dieser Summe gestattet würde.

Die Regierung kehrte sich an diese Verweigerung nicht; sie forderte erst noch einmal die unweigerliche Bewilligung und ließ dabei durch den Landtags-Direktor den Ständen drohen, daß sich die väterliche Warnung in eine Ungnade des Herrn verwandeln würde, wenn die Stände auf ihrer Weigerung beharrten.

Aber die Stände gaben nicht nach; Metternich hingegen

machte kurzen Prozeß, er ließ die 50,000 Gulden erheben, ohne sich um die Stände zu kümmern. Er gab der ständischen Steuerkanzlei gemessenen Befehl, die Summe im Namen der Stände auszuschreiben, und diese wagte nicht zu widerstreben. Außerdem schloß er die Stimmführer der Opposition, den Fürsten Auersperg, die Grafen Thun, Deym, Nostitz und Lazansky ohne Weiteres von den ferneren Berathungen aus.

Ein solches Verfahren mußte die Stände auf das Aeußerste reizen. Sie fühlten sich nicht nur in ihren Rechten verletzt, sondern auch in ihrem Stolz gekränkt, und wurden dadurch zu den heftigsten Gegnern der bestehenden Regierung gemacht, so sehr sie auch sonst in ihrer Stellung, als die Vertreter des privilegirten Adels, sich zur conservativen Partei neigen mußten.

Durch diese und ähnliche Rechtsverletzungen hatte Fürst Metternich es so weit gebracht, daß die Stände, so wenig sie auch eigentlich aus dem Volke hervorgegangen waren, sich doch in einer fortwährenden Opposition der Regierung gegenüber befanden, daß der alte Liberalismus auch in Oesterreich immer festere Wurzeln faßte. Die Forderungen um eine Erweiterung der Preßfreiheit und ähnliche Wünsche wurden immer lauter, aber stets von der Regierung mit Hohn zurückgewiesen. Ja, Metternich ging soweit, daß er dem Fürsten Lamberg, welcher den Antrag gemacht hatte, die Regierung möge die Bücher über zwanzig Bogen, wie in Preußen, censurfrei erscheinen lassen, wegen Mißbrauch des Vertrauens und Entwickelung unstatthafter Ansichten eine verdiente Rüge zukommen ließ.

Es konnte nicht fehlen, daß unter solchen Umständen die französische Februar-Revolution, wie in ganz Deutschland,

auch in dem österreichischen Kaiserstaate den lebhaftesten Wiederhall finden mußte.

Alle Klassen der Bevölkerung standen ja der Regierung feindlich gegenüber. Das eigentliche Volk war vollkommen rechtslos, besonders der Bauer, den Robotten und Frohnden auf das Furchtbarste drückten; aber auch der Adel war, trotz seiner Privilegien, der Reg'erung feindlich gesinnt, weil diese ihn fortwährend zu unterdrücken, zu erniedrigen suchte, weil diese gegen seine ständischen Rechte auftrat.

Sobald daher die Kunde von der Februar-Revolution nach Oesterreich kam, wurde es plötzlich im ganzen Kaiserstaate überall lebendig.

In Prag traten am 2. März zwanzig Mitglieder der Stände-Versammlung zusammen und verlangten in Anbetracht der dringenden Zeit-Ereignisse die schleunige Berufung der Stände.

Mit jedem folgenden Tage wuchs die Gährung und wurde immer allgemeiner in allen Klassen des Volkes.

Am 11. März war im Wenzelsbad eine Volks-Versammlung angesagt, behufs des Entwurfs einer Petition an die Regierung. Mit ungeheurer Spannung erwartete man dieselbe. Das Militair war in den Kasernen consignirt, der Mann hatte zwölf Stück scharfe Patronen bekommen. Man glaubte einen Conflict mit Sicherheit erwarten zu können; aber er kam nicht, denn die Behörden fühlten sich der allgemeinen Aufregung gegenüber zu schwach und ließen daher die Versammlung ungestört.

Eine ungeheure Versammlung hatte sich im Wenzelsbad im Saale eingefunden, alle Stände waren vertreten, besonders zahlreich aber der Bürgerstand. Der ganze Saal

war nicht angefüllt, die zahlreichen Zuhörer standen Kopf an Kopf.

Nach 6 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und ein Bürger las eine Petition an die Regierung vor, welche von der Versammlung mit stürmischem Jubel aufgenommen wurde.

Die Petition berührte nach einer kurzen Einleitung folgende Punkte:

1) Gleichheit der Nationalitäten (böhmisch und deutsch) in Schule, vor Gericht und bei den Behörden. Alle Beamten müssen der beiden Landessprachen mächtig sein.

2) Garantie für die Verbindung Böhmens, Mährens und Schlesiens durch eine ständische Repräsentation, und deren Versammlung abwechselnd in Prag und Brünn.

3) Ausdehnung der Landes-Repräsentation auch auf die Städte und Landbezirke.

4) Freie Communal-Verfassung, insbesondere selbstständige Verwaltung des Gemeinde-Vermögens. Freie Wahl der städtischen Beamten und Magistrate.

5) Gleichheit aller Confessionen.

6) Unabhängigkeit der Bezirksgerichte.

7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichts-Verfahrens.

8) Vollkommene Preßfreiheit mit bloßer Beschränkung durch ein Repressivgesetz.

9) Eigene verantwortliche Central-Hofstellen.

10) Volks-Bewaffnung.

11) Aufhebung der Feudal-Lasten, Ablösung der Robot, Aufhebung der privilegirten Gerichte.

12) Aufhebung der Verzehrungs-Steuern, Verbesserung des Tax- und Stempel-Gesetzes.

13) Allgemeine Militairpflichtigkeit, Rekrutirung durch Losung, vierjährige Kapitulation.

14) Sicherung der persönlichen Freiheit; Niemand solle seiner Freiheit beraubt werden können, ohne vorhergegangenen Ausspruch des Gerichts.

15) Associations- und Petitionsrecht.

Jeder dieser Punkte wurde einzeln abgestimmt, jeder von der Versammlung mit einem ungetheilten, stürmischen Beifall aufgenommen. Besonders erregten die Punkte 1, 7 und 8 einen stürmischen Enthusiasmus; ein deutsches Reich als die Gleichberechtigung des Böhmen und Deutschen ausgesprochen wurde, in böhmischer Sprache, leicht kenntlich am Accent: „Cech a Nemes je jedno telo!" (Der Böhme und der Deutsche sind ein Leib!) Ein stürmischer Beifall folgte diesen Worten, die leider in späterer Zeit verwirklicht werden sollten.

Ueberblicken wir die Punkte der Petition, so finden wir auch hier dieselben Forderungen wieder, welche wir bereits in Preußen entworfen und welche sich bei den Bitten der Völker an ihre Fürsten in ganz Deutschland wiederholten. Es sind die stürmischen Forderungen der Zeit, denen die Fürsten Rede stehen mußten, die sie aber später mehr oder weniger durch die Gewalt der Bajonette zu unterdrücken gewußt haben. Zu ihrem Unglück, denn die Zeit ist nicht fern, wo abermals die Völker ihre gerechten Forderungen ins Leben rufen werden; die Völker werden dann nicht vergessen, welche Lehren ihnen die Fürsten in den Sommermonaten des Jahres 1848 gegeben haben, sie werden nicht vergessen, daß in der Zeit einer Revolution die größte Thorheit eines Volkes ist, wenn es dem einfachen Versprechen eines Fürsten glaubt.

Nach der Annahme der Petition erwählte die Versammlung eine Commission, welche die Aufgabe bekam, die Adresse an den Kaiser zu formuliren. Die Zusammensetzung dieser Commission ist charakteristisch für den Geist der Einigkeit, welche damals noch unter den verschiedenen Ständen herrschte, eine Einigkeit, welche allein die großartigen Freiheitsbewegungen des Jahres 1848 veranlaßt hat, welche aber leider sich später zertrümmert und dadurch den Regierungen wieder die Macht zur Contre-Revolution in die Hände gab. Die Commission bestand außer einer Anzahl von Prager Bürgern aus den Grafen Albert Deym, Graf Franz Thun, Graf Bouquoi dem Aelteren, dem Schriftsteller Palacky, den Doctoren juris Trojan, Strobach, Brauner, Gabriel, dem Dr. phil. Gabler und dem jüdischen Banquier Lämmer. Als der Letztere gewählt werden sollte, zeigte sich einiger Widerspruch in der Versammlung, denn noch immer bestand unter der Prager Bürgerschaft ein gewisses Vorurtheil gegen die Juden; aber es bedurfte nur einer Hinweisung auf den fünften Punkt der Adresse, der Gleichberechtigung aller Confessionen, um die Wahl des Juden unter allgemeinem Beifall zu bewirken.

So wurde denn die Adresse ins Werk gesetzt.

3.

Wie in Böhmen rief auch in Ungarn die Februar-Revolution eine mächtige Bewegung hervor.

Das Königreich Ungarn war dasjenige Land des österreichischen Kaiserstaates, in welchem das Metternich'sche Unterdrückungssystem am wenigsten Wurzeln zu fassen vermochte.

Die Ungarn hatten sich eine große Selbstständigkeit von frühen Zeiten her bewahrt.

Allerdings war auch in Ungarn das eigentliche Volk vollkommen rechtlos. Die Bauern waren gedrückt durch lästige Frohnden und Robottdienste und der Bürgerstand hatte keinen Antheil an der Gesetzgebung und Verwaltung, welche lediglich dem Adel vorbehalten war; aber dieser Adel zeichnete sich durch Freisinnigkeit und einen kräftigen Widerstand gegen das Metternich'sche Unterdrückungssystem aus.

Der ungarische Adel war längst zu dem Bewußtsein gekommen, daß dem Volke größere Freiheiten bewilligt werden müßten, wenn anders dasselbe, fest mit dem Adel vereint, der österreichischen Unterdrückungssucht gegenüber stehen sollte.

Es war deshalb schon längst auf den Reichstagen, [illegible] wohl vergeblich, auf Preß- und Redefreiheit gedrungen worden, und sogar die Aufhebung der Frohnden und Robott, der Steuerfreiheit des Adels u. s. w. war von den [illegible] Mitgliedern angenommen worden; besonders hatte sich der am 12. November 1847 beginnende Reichstag durch freisinnige Beschlüsse ausgezeichnet.

Unter allen Deputirten leuchtete als Stern erster Größe Ludwig Kossuth hervor. Er gewann bald einen bedeutenden Einfluß, dem später Ungarn seine Befreiung vom österreichischen Joch verdanken sollte.

Am 3. März brachte eine Deputation einen Antrag bei dem Reichstage ein: die Regierung möge um beruhigende Auskunft über die Bankverhältnisse gebeten werden.

Ludwig Kossuth benutzte diese Gelegenheit, [illegible] einer glänzenden Rede die Nothwendigkeit von Reformen [illegible]

[illegible]

ungarischen Staats-Verhältnissen vorgeschlagen, und er schloß damit, die folgende Adresse an den Kaiser zu beantragen.

Diese Adresse, welche die Grundlage zu allen von den Ungarn gemachten Forderungen an die österreichische Regierung bildet, ist ein Aktenstück von unermeßlicher, historischer Wichtigkeit. Wir geben sie daher dem günstigen Leser unverkürzt; sie lautet folgendermaßen:

„Ew. Majestät!

Die in der neuesten Zeit entwickelten Vorfälle machen es zur unverschieblichen Pflicht, unsere Aufmerksamkeit dahin zu richten, wo es unsere Treue gegen das Herrscherhaus Ew. Majestät, unsere gesetzlichen Verhältnisse mit der Gesammt-Monarchie und unsere Pflicht gegen das Vaterland erfordern. Auf unsere Geschichte zurückblickend, steht die Erinnerung dessen vor uns, daß wir seit drei Jahrhunderten unser constitutionelles Leben, den Aufforderungen der Zeit entsprechend, nicht nur nicht entwickeln konnten, sondern hauptsächlich auf die Aufrechthaltung desselben alle unsere Sorgen verwenden mußten. Die Ursache dessen war, daß Ew. Maj. Staats-Regierung keine verfassungsmäßige Richtung verfolgte, und demnach mit der Selbstständigkeit unserer Regierung sowohl, als auch mit dem constitutionellen Leben nicht im Einklange stehen konnte. Bis nun hat diese Richtung nur die Entwickelung unserer Verfassungsmäßigkeit gehindert, doch sehen wir es jetzt, daß, wenn dieses auch ferner geschieht und die Staats-Regierung mit der Verfassungsmäßigkeit nicht in Einklang gebracht wird, der Thron Ew. Majestät, wie auch die in Folge der pragmatischen Sanction mit süßen Banden an uns gekettete Monarchie, in unabsehbare Folgen verwickelt

werden, unser Vaterland aber einen unaussprechlichen Schaden erleiden könnte. Ew. Majestät haben uns, um Reformen zu gründen, zusammenberufen; wir sahen hierdurch unsere alten Wünsche erfüllt und haben mit inniger Bereitwilligkeit die Arbeiten begonnen. Wir haben beschlossen, daß wir auf Grundlage der allgemeinen Besteuerung uns an jenen öffentlichen Lasten des Volks, mit denen bisher die öffentliche Comitats-Verwaltung allein bestritten wurde, betheiligen und für die Deckung der neuen Reichsbedürfnisse ebenfalls auf gleiche Weise bedacht sein werden. Wir haben beschlossen, daß wir die Losmachung aus den Urbarialverhältnissen, mit Entschädigung verbunden, veranstalten, und hierdurch die Interessen des Volkes mit dem Adel ausgleichend, durch Vermehrung der Wohlfahrt unseres Vaterlandes den Thron Ew. Majestät befestigen wollen. Die Erleichterung der Militair-Einquartierungs- und Verpflegungslasten gehört unter die größere unserer Sorgen. Die politische und administrative Coordination der königlichen Städte und freien Bezirke halten wir für unterschiedliche Gegenstände, und glauben, die Zeit sei bereits herangekommen, um das Volk an den politischen Rechten ebenfalls zu betheiligen. Daß zum Aufblühen unserer Industrie, des Handels und des Feldbaues erfolgreiche Schritte geschehen werden, erwartet das Vaterland mit Recht. Aber auch unser constitutionelles Leben erfordert die Entwickelung in einer wahrhaften Repräsentativrichtung — unsere geistigen Interessen verlangen eine auf Freiheit gegründete Unterstützung. Unser Vertheidigungs-System erfordert eine dem National-Charakter nnd dem Gesammtinteresse der verschiedenen Klassen unserer Landesbewohner entsprechende radikale Umgestaltung;

dieses aber macht, sowohl in Ansehung des königlichen Thrones Ew. Majestät, als auch der Sicherheit unseres Vaterlandes, unverzügliche Anstalten nothwendig. Die Rechnungsnahme und verantwortliche Manipulation der ungarischen Staats-Einkünfte und Bedürfnisse können wir nicht länger verschieben, denn nur auf diese Art vermögen wir jene constitutionelle Pflicht zu erfüllen, die sowohl die Bestreitung der Pracht des königlichen Thrones Ew. Majestät, als auch die Deckung der Bedürfnisse unseres Vaterlandes betreffen; und ebenso auch alle anderen rechtmäßigen Pflichten, deren Erfolg nur heilsam sein kann. Bei vielen dieser Fragen ist nothwendig, mit den Erbprovinzen gegenseitiger Interessen halber ein Ausgleich zu treffen, wozu wir mit Bewahrung unserer selbstständigen Nationalrechte und Interessen gerne hülfreiche Hand bieten. Auch sind wir überzeugt, daß die zur Entwickelung unseres constitutionellen Lebens, wie auch zum geistigen und materiellen Wohl unserer Nation zu creirenden Gesetze nur dadurch Wirklichkeit und Leben gewinnen können, wenn zur Vollziehung derselben eine nationale, von jedem fremden Einflusse unabhängige Regierung ins Leben gerufen wird, welche, dem constitutionellen Grundsatze gemäß, verantwortlich, ein Resultat der Volks-Majorität sein soll — daher betrachten wir die Umgestaltung des gegenwärtigen Collegial-Regierungs-Systems in ein verantwortliches ungarisches Ministerium als Hauptbedingung und wesentlichste Garantie aller Reformen. Auf diese Weise haben wir unseren Beruf aufgefaßt: dieses in Einverständniß mit Ew. Majestät noch während dieses Reichstages glücklich zu lösen, ist unser entschlossener ernstlicher Vorsatz. Dieses erwartet von

uns das Vaterland, dieses erwarten die Millionen der Völker, dieses gebietet der Trieb der Treue und Anhänglichkeit, mit dem wir für das Herrscherhaus Ew. Majestät unerschütterlich sind; denn wir sind überzeugt, daß wir nur durch dieses die Ruhe, den Frieden und das vertrauliche Einverständniß in unserem Vaterlande so fest begründen können, daß keine unvorhergesehenen Fälle und Stürme es zu erschüttern vermögen; und nur durch eine solche Garantie des Friedens und der Zufriedenheit können wir den vereinten Kräften jene Uebereinstimmung und Verstärkung verleihen, auf die das Herrscherhaus Ew. Majestät sich unter allen Verhältnissen beruhigt verlassen kann. Doch werden es Ew. Majestät mit uns fühlen, daß zur Erlangung dieses ein Friede nöthig sei und wir in ungetrübten, ruhigen Verhältnissen sein müssen. In dieser Beziehung aber ist es uns unmöglich, jene Zeichen von Ruhestörungen, welche in manchen Theilen der mit uns in Folge pragmatischer Sanction vereinigten Provinzen der Monarchie sichtbar sind, nicht mit Besorgniß zu erblicken, deren Größe die unvorhergesehene Verwickelung neuester auswärtiger Vorfälle bedeutend erhöht. Wir wollen das väterliche Herz Ew. Majestät mit detaillirter Anführung dieser Vorfälle nicht betrüben, wir wollen die in finanzieller Hinsicht schon fühlbare Wirkung auch nicht erörtern; aber das Gefühl der Treue und die auf uns lastende Verantwortlichkeit zwingen uns, auszusprechen: daß wir sowohl den wirklichen Ursprung der sich kundgebenden Uebel, als auch die Hauptursache unseres Zurückbleibens in der Natur des Staatsverwaltungs-Systems finden; wir sind fest überzeugt, daß Ew. Majestät das sicherste Schutzmittel gegen möglichenfalls eintretende Mißverhältnisse, das freundschaftlichste Einverständniß Ihrer getreuen Völker

die innigste Verschmelzung der verschiedenen Provinzen der Monarchie und durch alles dieses des königlichen Throns und der herrschenden Dynastie unerschütterlichste Stütze darin finden werden, wenn Ihr königlicher Thron in allen herrschenden Verhältnissen mit den, den Bedürfnissen der Zeit unausweichlich beanspruchten constitutionellen Institutionen umgeben wird. Ew. Majestät! Die Ereignisse sind in Gottes Hand; wir vertrauen auf den Schutz der Vorsehung, doch fühlen wir die Pflicht, daran zu erinnern, daß Ew. Majestät getreues Ungarland von der ungewissen Zukunft nicht unvorbereitet getroffen werde. Zu der unaufschiebbaren Hebung dieser Besorgnisse zählen wir auch die Lösung der angeführten Reform-Fragen noch im Laufe dieses Reichstages in constitutioneller Richtung, und sind besorgt, daß die üblichen reichstäglichen Verhandlungen und die in Folge collegialen Systems langwierigen Unterhandlungen mit der Regierung einen der Ew. Majestät väterlichen Absicht, wie auch der gerechten Erwartung des Vaterlandes entsprechenden Erfolg gefährlicherweise verzögern werden. Demnach wagen wir es, mit unerschütterlicher Treue und festem Vertrauen Ew. Majestät anzuflehen: Höchstdieselben mögen in Berücksichtigung der obwaltenden außerordentlichen Umstände geruhen, macht eigene Organe Ihres allergnädigsten königlichen Willens, und zwar im Sinne der bestehenden Gesetze, Mitglieder unseres höchsten Regierungs-Amtes, der königlichen Statthalterei nämlich, als solche Individuen zum Reichstag zu senden, welche vorläufig durch das gnädigste Vertrauen Ew. Majestät bezeichnet, die verfassungsmäßigen Organe der vollziehenden Gewalt abzugeben hätten und die Vollstreckung der Gesetze in vorzuschreibender

Art und unter persönlicher Verantwortlichkeit handhaben müßten. Diese müßten ferner an den reichstäglichen Verhandlungen unmittelbar theilnehmen, hinsichtlich der Absicht Ew. Majestät die Reichsstände orientiren, die erforderlichen Aufklärungen und Ausweise von Seite der Regierung besonders in finanzieller Beziehung gebend, die Lösung der obschwebenden Fragen mit solchem Erfolg befördern, daß die zu creirenden wohlthätigen Gesetze je eher zur allergnädigsten Sanction unterbreitet und durch dieselben, für welche immer unerwartete Wendung der gegenwärtigen Verhältnisse der Friede in unserem Vaterlande gesichert, die vertrauensvolle Ruhe befestigt und auf Grundlage dieser jene geistige Kraft und materielle Wohlfahrt entfaltet werde, in welcher Ew. Majestät bei unserer unerschütterlichen Treue in allen nur möglichen Fällen der ungewissen Zukunft und zugleich Ihres königlichen Thrones festeste Stütze finden werden."

Diese Adresse fand in der Versammlung eine ungetheilte Anerkennung. Selbst die conservativsten Mitglieder stimmten für dieselbe und sprachen sich mit furchtbarer Energie aus; die Adresse wurde einstimmig angenommen und sollte nun der ersten Kammer, der Magnatentafel, zur gleichfalsigen Beschlußnahme überwiesen werden.

Der Palatin von Ungarn, Erzherzog Stephan, sah mit Schrecken die gewaltige, herrschende Aufregung; er fürchtete die Annahme und Verwerfung gleich sehr, ehe er sich Instructionen vom Hofe geholt habe. Er reiste deshalb schleunigst von Preßburg nach Wien.

Diese Abreise hatte denn auch in der That die Folge, daß die Magnatentafel die Discussion der Adresse, trotz der

lebhaftesten Opposition, verweigerte, bis der Palatin zurückgekehrt sei.

Darüber entstand nun in Preßburg eine gewaltige Aufregung und es war vorauszusehen, daß dieselbe sich auf eine oder die andere Weise Luft machen würde. Angesehene Häupter der Magnatentafel wendeten sich deshalb mit der Bitte um schleunigste Rückkehr an den Erzherzog Palatin, da sie sonst für die Folgen nicht stehen könnten.

Erzherzog Stephan hatte mittlerweile in Wien die nöthige Rücksprache genommen, er hatte eingesehen, daß es jetzt an der Zeit sei, dem billigen Wunsche des Volkes gutwillig nachzugeben, wenn man nicht mit Gewalt zu viel größeren Opfern gezwungen werden wollte. Er kehrte deshalb schleunigst nach Preßburg zurück und erklärte sich in der Sitzung vom 14. März zum höchsten Staunen, aber auch zu unerwarteter Freude aller Reichstags-Mitglieder für die unbedingte Annahme der Adresse.

Er sagte:

„Hohe Magnaten!

Aus der Verzögerung der vor mir liegenden und eben verlesenen Repräsentation wage Ich die Hoffnung zu schöpfen daß die hohen Magnaten diese ihrem ganzen Umfange nach anzunehmen belieben. (Beifallssturm.) Ja, wir nehmen sie an. (Nachhallender Freudenruf von dem Auditorium, welcher beinahe nach jeder Pause des Redners sich anhaltend stürmisch wiederholte.) Indem Ich sehe, daß die hohen Magnaten diese Petition einstimmig annehmen, kann Ich Meinen Wunsch nicht unterdrücken, in Folge dessen Meine heißeste Sehnsucht dahin strebt, daß dieser Reichstag erfolgreich sei. (Lebhafte Freudenbezeugung.) Zugleich versichere Ich Sie,

daß Ich in dieser Beziehung allen Meinen persönlichen und selbstständigen Einfluß anwenden werde, und daß Ich es für Meine heiligste Pflicht halte, zur Entwickelung unserer Verfassungsmäßigkeit in jener Richtung, welche die löblichen Stände eingeschlagen haben, mit Ihnen Hand in Hand zu gehen. Zur Erreichung dessen kenne Ich aber nur ein Mittel, nämlich: strenges Einverständniß und Zusammenhalten in diesen schweren Zeiten, wozu Ich die hohen Magnaten auch bei dieser Gelegenheit vertrauensvoll aufforbere."

Ein Beifall, wie ihn die Ständetafel noch nicht erlebt hatte, belohnte den Redner. Die Zuhörer auf den Gallerieen umarmten sich, die Damen schwenkten mit den Tüchern, kurz, es war ein unendlicher, namenloser Jubel, der wahrlich nicht ahnen ließ, daß nach wenigen Monaten schon der Erzherzog Palatin aus Ungarn sich flüchten und daß das ganze Land gegen die treulose österreichische Regierung unter Waffen stehen würde.

Die Adresse wurde auch von der Magnatentafel, wie von der Ständetafel, einstimmig angenommen, und eine gemeinschaftliche Reichs-Deputation aus den hervorragendsten Mitgliedern beider Tafeln gewählt, welche am 16. März die Adresse, unter Anführung des Erzherzog Palatin, dem Kaiser übergeben sollte.

Auch Ludwig Kossuth, dem am Abende des 14. März die gesammte Bevölkerung von Preßburg aus Dankbarkeit einen glänzenden Fackelzug gebracht hatte, befand sich unter den Mitgliedern dieser Commission.

In der Stände-Sitzung vom 15. März wurde, um das Werk der Reform zu vollenden, auf Antrag Kossuths beschlossen:

1) Alle Steuern und öffentlichen Lasten, auch die Kriegssteuer, ohne Unterschied des Standes, unverzüglich nach gleichem Verhältniß zu vertheilen.

2) Die Urbariallasten und bäuerlichen Lasten sofort aufzuheben.

3) Die Grundbesitzer auf Staatskosten billig zu entschädigen.

4) Den Städten noch auf diesem Landtage eine verhältnißmäßige Ausübung des Stimmrechts zu ertheilen und die Deputirten nicht als Repräsentanten einer einzelnen Kaste oder eines Comitats, sondern als Stellvertreter des ganzen Volkes zu erklären.

So war denn durch diese Beschlüsse ein neuer Geist in das ungarische Ständewesen gekommen, und Ludwig Kossuth hat sich das unsterbliche Verdienst erworben, ihn angeregt zu haben. Im Zeitraum weniger Tage hatte Ungarn eine unblutige Revolution seiner Staats-Verfassung durchlebt, es war eingetreten in die Reihe der demokratischen Staaten, die alte Adelsherrschaft war gestürzt, und zwar gestürzt durch diesen Adel selbst, der dadurch ein großartiges Beispiel von Vaterlandsliebe, von Freisinnigkeit und Selbstaufopferung gegeben hat.

Nur dadurch aber hat es auch der Adel möglich gemacht, daß sich später das ganze Volk, wie ein Mann, erhob, als es galt, die gewonnene Freiheit Ungarns zu vertheidigen gegen die Tyrannen der treulosen österreichischen Regierung!

Zweites Kapitel.

1.

Auch in Wien, dem ruhigen, gemüthlichen Wien, in der Stadt, welche in ganz Deutschland ihrer Vergnügungssucht, ihrer politischen Theilnahmlosigkeit wegen bekannt war, sollte die Pariser Februar-Revolution ein neues, nie geahntes Leben erwecken.

Die Kunde von den Ereignissen in Frankreich und von den Rückwirkungen derselben im westlichen Deutschland wurde von dem Wiener Volke mit einem regen Interesse aufgenommen, und plötzlich erwachten auch in der österreichischen Kaiserstadt alle die Wünsche und Forderungen auf politische Freiheiten, welche auch im übrigen Deutschland sich überall kundgaben.

Der früher nur auf sein Vergnügen bedachte, politisch fast theilnahmlose Wiener Bürger wurde plötzlich von einem regen Interesse erfaßt für die Bewegung, welche sich in Frankreich und im westlichen Deutschland kundgab.

In den Caffeehäusern und Restaurationen wurden die Zeitungen mit einer wahren Begierde verschlungen, Vorleser stellten sich auf die Tische und trugen den aufmerksamen Zuhörern die welthistorischen Begebenheiten vor, welche in den westlichen Ländern sich ereigneten. Dabei hörte man denn Aeußerungen fallen, welche man früher in Wien wohl für unmöglich gehalten hätte; ohne Rücksicht auf die zahlreichen,

überall umherschleichenden Polizeispione wurde politisirt, sprach man mit der höchsten Entschiedenheit seine politische Meinung aus.

Als nun gar auch in Ungarn der Landtag zu Preßburg sich so entschieden für zeitgemäße Reformen aussprach, als Ludwig Kossuth mit flammenden Worten für die Freiheit des Volkes aufgetreten war, als dadurch selbst in das Innere des österreichischen Kaiserstaates der Keim der Revolution gelegt worden war, da fanden Kossuths Worte den lautesten Wiederhall in allen Herzen des zur Freiheit erwachenden Wiens; überall hörte man sie wiederholen, in Tausenden von Exemplaren wurde Kossuths Rede verkauft und vom Wiener Volke mit dem ungetheiltesten Jubel, mit einem feurigen Enthusiasmus aufgenommen.

Den ersten Ausfluß fand die Stimmung des Wiener Volkes im niederösterreichischen Gewerbe-Verein, in welchem am 6. März eine Adresse an den Kaiser beschlossen wurde, welche neben den Versicherungen der treuesten Anhänglichkeit an das Kaiserhaus doch den dringenden Wunsch eines innigen Anschlusses an Deutschland aussprach, da hierdurch der gesunkene Gewerbswohlstand gehoben werden könne.

Diese Adresse war im höchsten Grade genehm und loyal; aber sie war dennoch von Wichtigkeit, weil sie von der wohlhabenden Bürgerschaft ausging und weil sie den Ersten Ausfluß der in Wien allgemein herrschenden Stimmung bildete.

Der Erzherzog Franz Carl, der Protector des Vereins, billigte die Adresse und versprach, sie persönlich dem Kaiser zu übergeben.

Am 13. März sollten die Stände von Niederösterreich zusammenkommen. Es ließ sich von denselben bei ihrer aristo-

kratischen Zusammensetzung freilich nicht dieselbe Freisinnigkeit erwarten, welche die ungarischen Tafeln bewiesen hatten; aber dennoch hoffte das Volk, daß die Repräsentanten ebenfalls vom Geiste der Zeit ergriffen worden seien.

Es wurde deshalb eine Adresse an die Stände vorbereitet, welche vom 9. März an unter der Bürgerschaft circulirte und in den Caffeehäusern auslag; bald war sie mit vielen Tausenden von Unterschriften (beim Abschluß mit über 9000) bedeckt.

Diese Adresse, welche den allgemeinsten Anklang fand, lautete:

„An die hochlöblichen Stände des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns zu Handen des hochlöblichen ständischen verordneten Collegiums!

Seit einer Reihe von Jahren ist von jedem Vaterlandsfreunde der Wunsch lebhaft gefühlt und von manchem in Rede und Schrift die Nothwendigkeit laut ausgesprochen worden, auch unser schönes und mächtiges Oesterreich den Weg friedlichen, gediegenen Fortschrittes betreten zu sehen. Die letzten Ereignisse im Westen Europa's lassen diese Forderung um so unabweislicher und unaufschiebbarer erscheinen, als sie dem Weltfrieden, so wie dem Staatscredit, der Sicherheit des Eigenthums, der Ordnung und des Rechts in jedem Reiche gefährlich werden können. Was in Deutschland in diesem Augenblick zur Wahrung vor jedem Wechselfall des Glücks, zum Schutze und zur Stärkung nach Außen und im Innern geschieht, ist Niemandem unbekannt. Jeder hegt zugleich die Ueberzeugung, daß Oesterreich, dessen Herrscherfamilie durch Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone trug, auch nur in

festem Anschließen an deutsche Interessen und deutsche Politik sein wahres Heil gewinnen könne; wenn die österreichischen Bürger sich vor Allem gedrungen fühlen, ihre unerschütterliche Liebe und Anhänglichkeit an das erhabene Kaiserhaus auszusprechen, so halten sie es auch zugleich für ihre heilige Pflicht, diejenigen Maßregeln offen und frei darzulegen, welche ihrer Meinung nach einzig und allein geeignet sein können, in so drohenden Zeitverhältnissen der Dynastie, so wie dem Gesammt-Vaterlande neue Kraft und neuen Halt zu verleihen.

Diese Maßregeln sind:

a) Unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushalts;

b) periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, so wie alle Klassen und Interessen der Bevölkerung vertretenden ständischen Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und Controlle des Finanzhaushaltes, so wie der Theilnahme an der Gesetzgebung;

c) Herstellung eines Rechtszustandes in der Presse durch Einführung eines Repressivgesetzes;

d) Durchführung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und in der gesammten Verwaltung;

e) Verleihung einer zeitgemäßen Munizipal- und Gemeinde-Verfassung und auf deren Grundlage;

f) Vertretung der in der gegenwärtigen ständischen Verfassung gar nicht oder nur unvollkommen begriffenen Elemente des Ackerbaues, der Industrie, des Handels und der Intelligenz.

Die Stände, wenngleich in ihrer dermaligen Verfassung nicht der vollständige Ausdruck des ganzen Landes, sind als verfassungsmäßiges Organ für die Bedürfnisse des Volkes

berufen, die Gewährleistung unserer Bitten bei unserem gütigen Monarchen zu vermitteln. Die Unterzeichneten stellen daher die Bitte: die hochlöbl. niederösterreichischen Stände wollen die vorgeschlagenen Maßregeln in der nächsten Landtagssitzung in Berathung nehmen, und die geeigneten Anträge zu deren baldiger Verwirklichung an den allerhöchsten Thron gelangen lassen."

Außer dieser Adresse wurden noch mehrere andere, besonders unter der Buchhändlerschaft um Preßfreiheit, vorbereitet.

Während so im Volke sich die deutlichsten Vorzeichen einer nahe bevorstehenden gewaltsamen Umwälzung des bisherigen Regierungssystems zeigten, schien doch Fürst Metternich noch gar keine Ahnung von Dem zu haben, was rings um ihn her vorging.

Der verhaßte Despot von Oesterreich hatte die Zügel der Regierung so lange Jahre mit kräftiger Hand geführt, ohne daß auch nur der Versuch gemacht worden wäre, sie ihm zu entreißen, daß er sich jetzt vollkommen sicher fühlte.

Während die Gährung im Volke täglich wuchs, während in Böhmen, in Ungarn, in Wien die Revolution sich offenbar vorbereitete, wurden mit den Regierungen von Preußen und Rußland fortdauernd Unterhandlnngen geführt, auf welche Art die sich in allen Ländern Luft machenden Freiheitsbestrebungen durch gemeinsame Handlungsweise am besten niederzudrücken seien.

In Wien traf ein specieller Abgesandter des Kaisers von Rußland, Herr von Orloff, ein, der fast täglich Audienzen beim Fürsten Metternich hatte, und der Freiherr von Münch-Bellinghausen, einer der treuesten Diener Metternichs, wurde

an den sächsischen Hof geschickt, um in Dresden an einer Ministerial-Conferenz verschiedener deutscher Staaten Theil zu nehmen, nachdem er vorher mit dem von der preußischen Regierung nach Wien geschickten General von Radowitz, dem absolutesten preußischen Absolutisten, eifrig verhandelt hatte.

So wurden in Wien denn die Fäden immer fester geschlungen, welche die freiheitdurstenden Völker umgarnen sollten; aber alle Mühen und Anstrengungen waren vergeblich, denn in nicht langer Zeit sollte sich die vollkommene Ohnmacht der Regierungen, die Freiheitsbewegungen des März 1848 aufzuhalten, auf das Deutlichste zeigen.

Wie wenig Fürst Metternich die Natur der Bewegungen, welche sich auch in Wien vorbereiteten, erkannte, geht wohl am klarsten aus einem amtlichen Artikel hervor, den er durch die Wiener Zeitung noch am 10. März über die innere und äußere Politik Oesterreichs veröffentlichen ließ.

Dieser charakteristische Artikel lautet:

„Im Angesichte der wichtigen Begebenheiten der jüngst verflossenen Zeit finden Se. Majestät der Kaiser Sich verpflichtet, Sich über Ihre Stellung zu dem, was geschehen ist und was nach den Rathschlüssen der Vorsehung die Zukunft bringen mag, offen auszusprechen. Se. Majestät erwartet, daß Ihre Worte irrige Begriffe berichtigen und Mißdeutungen vorbeugen werden, welche unnöthige Besorgnisse erregen könnten. Die Regierungs-Veränderung, welche in Frankreich vor sich gegangen ist, betrachten Se. Majestät als eine innere Angelegenheit jenes Landes. Oesterreich ist fern von jeder Absicht, mittelbar oder unmittelbar auf die dortigen inneren Verhältnisse einzuwirken. Se. Majestät der Kaiser erkennt es für Seine Pflicht, innerhalb Seiner Länder die

Institutionen des Staats und das Recht zu schützen und die Wohlfahrt der Ihm anvertrauten Völker zu befördern. Diese Verpflichtung wird Er auch in der gegenwärtigen politischen Lage der Welt in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen wissen. Sollten jedoch wider Erwarten die bestehenden europäischen Verträge verletzt oder die Gränzen entweder der eigenen Staaten oder die des deutschen Bundes feindlich bedroht werden, so wird Se. Majestät der Kaiser mit allen von der Vorsehung Ihm verliehenen Mitteln einen solchen Friedensbruch zurückweisen. Es ist der Wille Sr. Majestät, in diesem ernsten Zeitpunkt dafür kräftigst zu sorgen, daß Oesterreich sich nach innen stark, nach außen gesichert und geachtet fühle. Se. Majestät werden aber auch eben so ernstlich darüber wachen, daß keine Bestrebungen zum Umsturze der rechtlichen Ordnung stattfinden, die Sein von Gott gesegnetes Reich in einen Zustand von Zerrüttung versetzen könnten, der es als leichte Beute den Angriffen jedes Feindes überliefern würde. Für diese allein dem Wohle Seiner Unterthanen gewidmeten Zwecke zählt Se. Majestät der Kaiser auf das Vertrauen und die kräftige Mitwirkung der getreuen Stände Seiner Reiche, so wie aller Klassen Seiner Unterthanen, denen die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung am Herzen liegt, und die sich die Fähigkeit bewahrt haben, inmitten einer vielfach bewegten Zeit die Folgen zu ermessen, zu denen der entgegengesetzte Weg unausbleiblich führen würde."

Vertrauen forderte Fürst Metternich! Er forderte ein inniges Zusammenhalten des Volkes mit der Regierung, des Geknechteten mit den Tyrannen! Er glaubte daran, die bestehende staatliche Ordnung aufrecht erhalten zu können, in einer Zeit, wo schon die ganze Bevölkerung von Wien sich

Diese Aufnahme der Deputirten war zwar keineswegcs eine zufriedenstellende; aber dennoch hat sie eine tiefe Bedeutung dadurch, daß sie zeigt, wie am Hofe bereits eine Partei thätig war, welche dem unumschränkten Absolutismus des Fürsten Metternich entgegenarbeitete. In früheren Zeiten hätte es wahrlich kein Professor wagen dürfen, mit Klagen über den Haß, welcher im Volke gegen den Fürsten Metternich herrschte, dem Hofe zu nahen! —

2.

Die unruhigen Auftritte vor der Aula am 12. waren nur die Vorläufer einer viel bedeutenderen Erregung, welche am 13. unter der Studentenschaft Platz greifen und die Veranlassung zu der Wiener Revolution werden sollte.

Am Montag, dem 13. März, dem Eröffnungstage der niederösterreichischen Stände, bot Wien schon am frühen Morgen ein Bild des regsten, bewegtesten Lebens dar. Durch alle Straßen und Gassen, und besonders durch die dem Landhause, dem Versammlungsorte der Stände nächstgelegenen, wogten und flutheten die Volksmassen, deren äußeres Ansehen davon zeugte, daß der größte Theil des wohlhabenden Bürgerstandes den innigsten Antheil an der Entwickelung des Staatslebens nahm.

Man erwartete mit Spannung die Beschlüsse der Stände. Nach einer vorläufigen Berechnung erschien es wahrscheinlich, daß von den 100 Landständen sich etwa 58, also die entschiedene Majorität, den Wünschen des Volkes geneigt zeigen würden. Auch auf die Bereitwilligkeit des Grafen von

Montecuculi, des Landtags-Marschalls, der beim Volke nicht unbeliebt war, hoffte man.

Auch die Regierung schien auf einige Unruhen am 13. März nicht unvorbereitet zu sein, wenn Fürst Metternich auch entfernt davon war, das Ende dieses denkwürdigen Tages zu ahnen. Die Truppen waren sämmtlich in den Kasernen consignirt und mußten sich in jedem Augenblick bereit halten, auszumarschiren.

Am Morgen gegen 8 Uhr hatten sich die Studenten wieder in der Universität versammelt; es waren mehr denn 2000 gegenwärtig.

Der Zweck der Versammlung war theils die Vernehmung des Resultats, welches die von den Professoren abgesendete Adresse gehabt hatte, theils eine nähere Besprechung darüber, wie die von uns bereits mitgetheilte, von der Mehrzahl der Studentenschaft unterschriebene Adresse an die niederösterreichischen Stände, diesen im Landhaus zu übergeben sei.

Der Professor Hye theilte den Studenten das Resultat der Deputation vom 12. mit; aber dasselbe befriedigte natürlicher Weise die jungen, feurigen Leute keineswegs, sie beschlossen, sofort sich in corpore nach dem Ständehause zu begeben und dort den Ständen selbst durch eine Deputation ihre Wünsche bekannt zu machen.

Vergebens rieth Professor Hye von diesem Schritt ab und bewies das Ungesetzliche einer solchen Demonstration; seine Worte wurden nicht gehört. Die Studenten ordneten sich und marschirten nach dem Landhause, wo sie gegen 10 Uhr eintrafen.

Die Umgegend des Landhauses, die enge Herrengasse und deren Queerstraße, war schon vom frühen Morgen von

einer ungeheuren, aber meist aus angesehenen Bürgern bestehenden Menschenmasse angefüllt, welche sich indessen bisher ziemlich ruhig verhalten hatte.

Erst als die Studenten in dichten Schaaren ankamen, wurden die Volksmassen belebter und drangen mit der Studentenschaft in den inneren Hof des Landhauses ein.

Ein Brunnen im Hofe diente den Studenten zur Tribüne und von hier aus sprachen sie zum Volke. Ein Redner trug unter allgemeinem Jubelruf die Kossuth'sche Rede vor, ein anderer verlas die Forderungen des Volkes und motivirte die Nothwendigkeit, daß dieselben augenblicklich realisirt werden müßten.

Vergeblich bat aus einem Fenster der Landtags-Marschall Graf von Montecuculi um Ruhe, vergeblich versicherte ein anderes Ständemitglied, daß die Stände mit den Forderungen des Volkes einverstanden seien, aber doch Zeit zu ungestörter Berathung derselben haben müßten, der Tumult dauerte fort, Redner auf Redner, meistens Studenten, lösten sich ab, und Alle sprachen mit dem gleichen, ungezügelten Jugendmuth und Enthusiasmus sich aus.

Aus dem Ständesaal kam endlich der Entwurf einer Adresse an den Kaiser; dieselbe wurde vorgelesen, aber sie befriedigte bei weitem nicht. Die Sprache war viel zu gemäßigt, es fehlte die den Umständen nach nöthige Energie.

Unter dem ungeheuren Jubel des Volks zerriß ein Student die Adresse und warf sie von sich.

Der Tumult wurde jetzt mit jedem Augenblicke stärker, das Volk drang in Massen in das Ständehaus selbst ein und verlangte die augenblickliche persönliche Uebergabe einer Adresse durch die Stände an den Kaiser.

Der Wille des Volkes wurde so mächtig und stürmisch ausgesprochen, daß die Stände diesem gebieterischen Willen nachgeben mußten. Eine Deputation des Volkes war schon vorher in das Landhaus eingelassen worden, ohne etwas bewirkt zu haben; dieser folgte jetzt eine zweite, schnell aus den nächststehenden Studenten und einigen Bürgern gewählte Deputation, welche in den Ständesaal geführt wurde.

Während die Deputation im Ständesaal war, entstand plötzlich wieder ein furchtbarer Tumult, welcher leicht von unheilbringenden Folgen hätte begleitet sein könnnen. Er wurde dadurch veranlaßt, daß einige der Deputirten aus dem Fenster eines der Vorsäle dem Volke die Mittheilung machten, die Deputation sei verhaftet.

Es war dies ein unseliges Mißverständniß, die Deputation war nämlich in dem Wirrniß von einander getrennt worden und ein Portier hatte hinter fünf zurückgebliebenen Mitgliedern derselben die Thür verschlossen, um den Andrang von nicht zur Deputation gehörigen Volksmassen zu verhindern. Die fünf Deputirten hatten sich gefangen geglaubt und dies aus dem Fenster dem Volk mitgetheilt.

Augenblicklich erhob sich ein Schrei allgemeiner Entrüstung. „Die Deputirten müssen befreit werden!" so hieß es allgemein und sofort stürmte das Volk aufs Neue gegen das Landhaus vor.

Die Thüren wurden erstürmt oder mit Bänken eingerannt, die Fenster eingeworfen, die Tische und Stühle in den Vorzimmern zerbrochen und die Stücke als Waffen benutzt. Der Lärm war so furchtbar, daß die Ständemitglieder glauben mußten, sie sollten ermordet werden.

Das Mißverständniß klärte sich indessen bald auf und sofort legte sich der Lärm wenigstens einigermaßen.

Mittlerweile war die Deputation des Volks in den Ständesaal geführt worden; über ihr Wirken daselbst geben uns die Wiener Sonntagsblätter folgenden interessanten Bericht:

„Die Deputation wurde in den Ständesaal geführt und mit den Worten: „Was wollen Sie hier? und was wollen die Leute unten?" etwas barsch empfangen. Einer aus den Zwölfen, Med. Dr. Kapper, trat nun hervor und nahm beiläufig folgender Weise das Wort: „Hochansehnliche Versammlung! Eine stürmisch bewegte Menschenmasse erfüllt die Räume in und vor diesem Hause. Ihre nächste Absicht war, Ihnen für die in letzter Zeit kundgegebene liberale Gesinnung ein Lebehoch zu bringen. Das Volk fühlt genau, wer ihm wohl will, wer seine Wünsche versteht und zu den seinen macht, und weiß das zu schätzen. Je lebhafter nun der Beifallssturm war, der Ihnen noch vor einer halben Stunde erscholl, desto furchtbarer ist die Erbitterung, die die Zuschrift hervorbrachte, welche, als von Ihnen zugesandt, dem Volke so eben verlesen wurde. Sie wurde, als unzulänglich, unter Wüthen zerrissen. Es ist unsere heiligste Pflicht, zu versichern, daß Alles, was außer den Grenzen der Ordnung und der Ruhe ist, durchaus nicht in den Absichten irgend Eines von Allen ist, die sich unten befinden. Fortschritt und Recht ist Alles, was sie wollen, und für dies Alles sind sie bereit, Alles zu opfern, wenn es sein müßte! Wir haben daher im Namen des Volkes bloß die einfache Frage zu stellen, ob das vorgelesene Blatt in der That Alles enthalte, was die hochansehnlichen Stände in Sachen des Volkes zu peti-

tioniren gedenken, oder, was wir hoffen und vermuthen, nur einen Theil! Im ersteren Falle steht es außerhalb unserer Macht, die einmal rege gewordenen Gemüther zu beruhigen. Wir wollen nichts Halbes! ist ein Ruf, der von tausend Lippen scholl. Die Lichtlawine, die von Westen gegen Osten heranrollt, reißt alle Völker fort, und kein leeres Wort ist mehr im Stande, sie zu hemmen! Ist das Verlesene aber nur ein Theil der Petition, so wird die Versicherung dessen von Seite der hochansehnlichen Versammlung die Ruhe bis zur Mittheilung der weiteren Punkte herzustellen nicht verfehlen!" — Hierauf antwortete der Präsident Graf Montecuculi beiläufig Folgendes: „Seien Sie überzeugt, meine Herren, daß uns die Wünsche des Volkes nicht fremd sind, daß wir sie verstehen, und daß wir es uns zur heiligsten Aufgabe machen, dieselben in gehöriger Fassung vor den Thron zu bringen. Wenn wir Sie aber versichern, daß dies nichts Leichtes ist, daß wir bereits seit Jahren damit beschäftigt sind, des Volkes zeitgemäße Forderungen zu berathen, daß wir so eben in derselben Absicht beisammen sind, so werden Sie einsehen, daß die fortdauernde Bewegung und der unaufhörliche Lärm in der Nähe des Berathungssaales uns nur stören und den Gang der Berathung hemmen muß. Nehmen Sie die Versicherung hin, daß von unserer Seite dem Volke N i c h t s mitgetheilt wurde; das erwähnte Blatt ist somit ein zufällig oder b ö s w i l l i g u n t e r s c h o b e n e s, und uns ganz fremdes. Benützen Sie dies zur Herstellung der Ruhe, und veranlassen Sie, um uns die zur Fortsetzung unserer Geschäfte nöthige Ruhe zu verschaffen, daß die Volksmasse sich zertheile und friedlich auseinander gehe. Es kommen uns jeden Augen-

blick neue Petitionen zu, die wir zu erwägen haben, und wenn das Volk uns stört, stört es nur den gesetzlichen Fortgang seiner eigenen Sache." — Eine Erwiderung auf diese Rede, die ein Zweiter aus den Zwölfen mit dem Ausrufe: „Wir wollen jetzt Thaten und nicht Worte!" begann, wurde durch eine Bewegung unter den Ständen und durch mehrfaches Durcheinanderreden niedergehalten. Graf Ferdinand von Colloredo nahm das Wort. Auch er sprach im Sinne des Präsidenten, und fügte noch hinzu, ebenso wie die Stände, deren Aufgabe es ist, die Sache des Volkes zu der ihren zu machen, entschlossen seien, diese mit aller Macht gewissenhaft zu vertreten, ebenso würden diese wissen, sich die nöthige Ruhe zur Erfüllung ihrer Pflicht zu verschaffen, wenn man sie ihnen nicht aus freien Stücken geben werde. — Nun bemerkte der Präsident, der vorige Sprecher hätte ihn wohl über den Grund des jetzigen Lärmens belehrt, aber durchaus nicht die Wünsche genannt, die das bewegte Volk eigentlich zu solchen Versammlungen erregten. Dies zu beantworten, stellte sich ein dritter Sprecher, Dr. Brühl, aus den Zwölfen, zur Aufgabe. Er sprach etwa folgendermaßen: „Sie begehren zu wissen, was die Wünsche der unten versammelten Menge sind? Nun, so vernehmen Sie es. Fürs Erste verlangt man Rede- und Preßfreiheit. Erlauben Sie mir die Bemerkung, daß wir weit genug fortgeschritten sind, um von den wohlthätigen Consequenzen des befreiten Staates die mißlichen Seiten desselben zu scheiden. Nicht zur Schmähung, nicht zum Schimpfe soll es dienen! Nein! nur zur Offenbarung gerechter Wünsche, zu gerechtem Tadel, zur freien, bandelosen Entwickelung des Geistes! Fürs Zweite wird Lehr- und Lernfreiheit verlangt. Das Maß des zu Erlernenden sei Niemandem mehr

zugemessen, die Weise, wie er es, und wo oder wann zu erlernen habe, nicht beschränkt; möge Jeder nach Maßgabe seiner Fähigkeiten ungehindert diese entwickeln, diese verwenden können. Viel wäre über diesen Punkt noch zu sprechen, jedoch Ort und Zeit gebieten mir Kürze. Fürs Dritte ist Vertretung bei dem deutschen Bunde ein allgemein ausgesprochener Wunsch. Ich nenne diesen Punkt einen hochwichtigen! Deutschlands Einheit ist die mächtigste Schutzwehr, die das bis jetzt zerstückte deutsche Volk dem drohenden Feinde entgegenzustellen im Stande ist." — Die immer reger werdende Theilnahme der Stände, die sich den Worten des Sprechers zuwandte, so wie der immer mehr zunehmende Lärm hemmten die weitere Entwickelung der Volkswünsche. Die Stände beschlossen nun, beruhigende Worte vom Hofbalkone herab zur aufgeregten Menge zu sprechen. Jeder Versuch, gehört zu werden, war vergebens. Die dazu bestimmten Ständemitglieder kehrten unverrichteter Dinge zurück. Kaum jedoch hatten sie wieder den Saal erreicht, als schon Scheibengeklirre ganz unzweideutig den Grad anzeigte, bis zu welchem die Volkserbitterung bereits gediehen. „Es ist zu spät!" hörte man die Ständemitglieder, die in furchtbarer Unordnung ihre Hüte und Stöcke aufrafften, unter einander ausrufen; der Präsident meinte, nun wäre nichts zu thun, als den ganzen Pack von Petitionen, die ihm vorliegen, unverzüglich Sr. Majestät vorzulegen, und verließ mit einigen ihm als Deputirte hierzu Beigegebenen den Saal. Im Vorsaal waren Tische und Stühle bereits zertrümmert. Die Gänge voll Glasscherben."

Wir haben diesem Bericht noch hinzuzufügen, daß während des stürmischen Lärms draußen ein anderer Redner die

von Seiten eines großen Theils der Stände mit großem Beifall aufgenommene Forderung stellte, daß Fürst Metternich sofort abgesetzt und wegen Hochverraths an Volk und Kaiser in Anklagezustand versetzt werde! —

Der Redner, welcher diesen Vorschlag im Ständesaal gemacht hatte, wiederholte denselben auf der Straße und fand hier einen noch weit gewaltigeren Anklang, denn der Haß gegen den Fürsten Metternich wohnte seit vielen Jahren schon tief in dem Herzen jedes Wieners!

Ein allgemeiner Schrei: „Nach dem Palais Metternich!" wurde vom Volke ausgestoßen und tausendfach wiederholt. Der junge Redner wurde von vier kräftigen Männern auf die Schultern gehoben und nach der Staatskanzlei getragen, wo in den Salons des Fürsten Metternich eine Zahl von Hof- und Staatsbeamten versammelt war.

Vor den Augen dieser Männer, welche scheu durch die Fenster blickten, wurde die Anklage gegen den bisher allmächtigen Fürsten wiederholt unter dem jauchzenden Zuruf des Volkes, dann wälzte sich die ganze Menschenmenge wieder nach dem Ständehause zurück, ohne sich eine Gewaltthat erlaubt zu haben. Die Aufregung war so furchtbar gewachsen, der Lärm in allen Straßen der Stadt so bedeutend, daß ein gewaltsamer Ausbruch sichtbar nahe bevorstand. Ueberall wurden deshalb die Läden geschlossen und die Thorwege gesperrt. Ebenso wurden die Thore der Stadt geschlossen und die inneren Hofräume der kaiserlichen Burg mit Militair besetzt. Ebenso wurde auch die Staatskanzlei in einem Halbkreise vom Militair umzingelt, imposante Kavalleriemassen besetzten die Straßen, vor der Nationalbank und dem Stände-

hause wurden Infanterie-Abtheilungen aufgestellt, welche in Gegenwart des Volkes laden mußten.

Das Volk ließ sich durch diese drohenden Maßregeln des Fürsten Metternich indessen keineswegs einschüchtern; es waren im Ganzen in Wien etwa 10 bis 12,000 Mann Militair zur Disposition der Regierung, dem die ganze Masse des kampfbereiten, freiheitsmuthigen Volkes in ungeheurer Mehrzahl gegenüber stand.

Fürst Metternich war so weit entfernt davon gewesen, in seiner ruhigen Sicherheit auch nur an die Möglichkeit einer Revolution zu glauben, daß er die Garnison der Kaiserstadt unverstärkt gelassen hatte.

Der Ausgang eines etwaigen blutigen Kampfes war daher leicht vorauszusehen, zumal da die Wiener Bürgergarde vom besten Sinne beseelt und gut bewaffnet war, da auch auf das Militair, welches in Oesterreich nie eine vom Bürgerstande streng abgesonderte Kaste gebildet hat, kaum mit Sicherheit gerechnet werden konnte.

Nur diesen ungünstigen Verhältnissen ist das leichte und fast unblutige Gelingen der Wiener Revolution zuzuschreiben, nicht, wie man anfangs geglaubt hat, einem freudigen Eingehen der herrschenden Partei in die Volkswünsche. Die spätere Folge hat deutlich genug gezeigt, wie wenig es dieser Partei auf Menschenblut und die Aufopferung des bürgerlichen Wohlstandes blühender Städte ankam.

Während vor dem Landhause noch das Volk mit Freude und Hoffnung auf das Resultat der zum Kaiser gesandten ständischen Deputation, welche bei Hofe ziemlich kurz mit dem Bescheide abgefertigt wurde, der Kaiser werde die Sachen in

Der Ruf nach Bürger-Bewaffnung wird immer lauter und lauter. Endlich erscheinen einige Bürger-Soldaten, welche vom Volke mit stürmischem Jubel begrüßt werden. Sie sammeln sich auf dem Glacis, immer mehr und mehr strömen hinzu, und bald ordnen sie sich zu Bataillonen und rücken so in die Stadt ein, in welcher die Trommler der Bürgergarde bereits Allarm schlagend die Straßen durchzogen.

Wir kehren jetzt zurück zu den Unterhandlungen mit der Regierung, welche das schnelle Ende der Revolution bewerkstelligen sollten.

Im Ständesaal hatte sich nach Abgang der ständischen Deputation schnell ein revolutionairer Sicherheits-Ausschuß constituirt, welcher die Leitung der Ereignisse in die Hand nehmen wollte. Er bestand zum Theil aus Bürgern und Studenten, zum Theil auch aus einigen im Saal zurückgebliebenen Landständen.

Der Sicherheits-Ausschuß beschloß, sogleich die bestehende Bürgergarde mobil zu machen, um für den Fall einer Revolution den Truppen ein einigermaßen organisirtes Corps gegenüberstellen zu können.

Auf einem etwas beschmutzten und zerknitterten Bogen Papier wurde schnell die nachstehende Adresse an den Magistrat aufgesetzt:

„Ein Ausschuß von Studenten und Bürgern, welcher sich im Momente der Gefahr im Gebäude der niederösterreichischen Landstände gebildet hat, bittet einen löblichen Magistrat um augenblickliche Mobilmachung eines Theiles der Bürgergarde zur Verhinderung militairischen Einschreitens, welches die Aufregung des Volkes so steigern würde, daß man ihrer kaum mehr Meister werden dürfte."

Diese Adresse wurde dem Volk aus dem Fenster vorgelesen, fand dessen vollkommenste Billigung und wurde dann durch eine aus drei Mitgliedern bestehende Deputation an den Bürgermeister Czapka gebracht, welcher, der Adresse gemäß, die sofortige Mobilmachung der Bürgergarde besorgen sollte.

Da war man denn aber freilich an den unrechten Mann gekommen.

Der Bürgermeister Czapka war ein furchtsamer Mann und außerdem ein eifriger Anhänger des Fürsten Metternich, also gewiß keineswegs das geeignete Organ, um einen revolutionairen Schritt zu thun.

Als die Deputation bei dem Bürgermeister ankam, ließ sich dieser durch seinen Bedienten verleugnen; das half aber nichts, denn man hatte ihn kurz vorher am Fenster bemerkt.

Die Deputation forderte noch einmal und zwar dringender, als zuvor, Einlaß, und erhielt ihn denn auch endlich.

Der Bürgermeister trat den Deputirten mit der sehr ruhigen, in höchster Gemächlichkeit ausgesprochenen Frage: „Was wünschen Sie, meine Herren?" entgegen.

Die Deputirten überreichten ihm das Exemplar der vom Sicherheits-Ausschuß entworfenen Adresse.

„Wer bildet denn dieses Comité?" frägt der Bürgermeister höflich. — „Männer," antworten die Deputirten, „die nicht ruhig zu Hause sitzen und aus dem Fenster schauen; Männer aus dem Volke, welche das Schrecklichste von ihren Brüdern abhalten wollen; Männer, die Sie beschwören, augenblicklich bewaffnete Bürger zur Erhaltung der Ruhe zusammenzurufen, wenn Ihnen Ihre Pflicht, wenn Ihnen das Schicksal der Stadt am Herzen liegt." — „Und wie viele Bürger

verlangen Sie?“ — „So viel Sie aufbringen können.“ — „Und wie lange geben Sie mir dazu Zeit?“ — „Nicht einen Augenblick mehr, als unumgänglich nöthig.“ — „In einer Stunde, meine Herren, hoffe ich hundert Mann beisammen zu haben. Mehr kann ich nicht versprechen.“

Mit diesem ziemlich ungenügenden Bescheide mußte sich die Deputation zufrieden geben und zu ihren Committenten zurückkehren. Ihre Sendung war vollkommen erfolglos gewesen, denn der Bürgermeister that nichts. Wären die Bürger nicht endlich, wie wir bereits erzählt haben, von selbst unter Waffen getreten, auf Geheiß und Veranlassung des Bürgermeisters wäre sicherlich nichts geschehen.

Weit wirksamer, als die Bürger, sorgten die Studenten für ihre Bewaffnung, welche sich aus dem Landhause am Nachmittage nach der Universität begeben hatten. Es war eine Zahl von über drei Tausend thatkräftigen, jungen Leuten zusammen, welche den einmüthigen Beschluß faßten, sich unter jeder Bedingung, sei es durch Unterhandlung, sei es durch Gewalt, Waffen zu verschaffen.

Um diesem kühnen und vielleicht mit großem Blutvergießen verknüpften Schritte vorzubeugen, entschloß sich der alte, 72jährige Rektor, an der Spitze einer Deputation eine Audienz beim Kaiser nachzusuchen und ihm die Wünsche der Studentenschaft vorzutragen.

Als aber diese Deputation mit ihrer Rückkehr zögerte, ernannten die Studenten sofort eine zweite, welche den entschiedenen Entschluß der Studentenschaft aussprechen sollte, sich selbst Waffen zu verschaffen, wenn ihnen dieselben nicht bis 9 Uhr Abends von der Regierung gegeben würden; so lange wollten sie ruhig in der Aula warten.

Diese zweite Deputation wurde in der Burg vom Erzherzog Franz Karl sehr freundlich empfangen und dieser versprach, für die Wünsche der Studentenschaft sich zu verwenden. Dann wurde die Deputation in einen Saal geführt, in welchem sich der Erzherzog Ludwig, der Fürst Metternich und der beim Volk im Allgemeinen beliebte Graf Kolowrat befanden, umgeben von einer Anzahl hoher Staatsbeamten.

Die Unterhandlung, welche die Deputation mit diesen Herren hatte, theilen uns die Wiener Sonntagsblätter folgendermaßen mit:

„Der Dekan und nach ihm der Notar wendeten sich in den eindringlichsten Worten an den greisen Erzherzog und beschworen ihn, ihrer Bitte Gehör zu geben, und die in nimmer zu zügelnder Ungeduld harrende Jugend zum Besten der Stadt zu bewaffnen. Dr. Engel konnte sich nicht zurückhalten, und wendete sich mit den Worten an den Erzherzog: „Kaiserliche Hoheit! Bewaffnen Sie die Studirenden, und Sie gewinnen dem Kaiserhause 2000 Streiter, in denen sich Muth, Intelligenz und der reinste Patriotismus vereinen. Keine sicherern Waffen hat je die Residenz, hat jemals der Monarch gehabt. Auch ist dieser Akt nur ein Zurückblättern in dem Buche der Geschichte; zu wiederholten Malen sind die Studenten der Wiener Universität bewaffnet worden, und stets haben sie sich tapfer und treu bewährt. Glauben mir kaiserliche Hoheit, zeigen Sie diesen jungen Leuten ein sie ehrendes Zutrauen, so wird Jeder von ihnen freudig sein Blut für die geliebte Dynastie, so wie für die Sicherheit und Ruhe der Residenz verspritzen. Erfolgt aber die Bewaffnung nicht, erfolgt sie nicht bis 9 Uhr Abends, so wird die nicht mehr einzudämmende Jugend, mit den Fragmenten zerbrochener

Bänke versehen, sich in die Bajonette der ungarischen Grenadiere stürzen, um diesen die Waffen zu entreißen. Das edelste Blut wird fließen, das wohl zu besseren Zwecken aufgespart bleiben dürfte, und im Innersten meiner Seele bin ich überzeugt, daß kaiserliche Hoheit um jeden Preis das Blut solcher Jünglinge schonen wollen." — Dekan Lerch sprach hierauf: „Kaiserliche Hoheit! Wir sind Familienväter, aber wir verlassen Weib und Kind, und stellen uns in die Reihen der Studenten, um vereint mit ihnen kräftig für Ruhe und Sicherheit zu wirken." — Notar Dr. Schilling fügte hinzu: „Die Gesinnungen, die wir hier aussprechen, sind die allgemeinen, sind die des Volkes, denn wir Aerzte haben es mit allen Klassen der Bevölkerung zu thun. Wir besuchen die Paläste der Großen und die Hütten der Armen, und jedes Wort, das kaiserliche Hoheit aus unserem Munde vernehmen, ist das Echo der Volksreden, der Volksgedanken." — Erzherzog Ludwig, der noch nicht ganz überzeugt zu sein schien, wendete sich einen Augenblick zu einer anderen im Saale stehenden Gruppe. Dr. Engel richtete seine Worte alsdann an den trefflichen Kolowrat und beschwor denselben, seine gütige Mitwirkung nicht zu versagen und dahin wirken zu wollen, daß die Deputation nicht vergebens auf die Universität zurückkehren müsse, weil sonst das Traurigste zu befürchten wäre. Auch war es der herrliche Greis, welcher den Erzherzog wieder der Deputation zuführte und durch seine Rücksprache bewirkte, daß dieselbe in freundlichen Worten, die einen günstigen Erfolg erwarten ließen, zu kurzem Harren ins Vorzimmer beschieden wurde. Notar Dr. Schilling trennte sich nun von der Deputation, und eilte zurück in die Universität, um den wahrscheinlich günstigen Erfolg dort im Voraus zu berichten.

Dekan Lerch und Dr. Engel blieb zurück, um die Entscheidung abzuwarten. Mit dem peinlichsten Gefühle bemerkten sie auf einer im Vorzimmer befindlichen Uhr, daß ein Viertel auf neun vorüber sei, und nur noch drei Viertelstunden zwischen dem ruhigen Jetzt und der nahen, vielleicht tragisch werdenden neunten Stunde lägen. Da trat ein athemloser Bürger-Officier in die Antichambre mit dem Ausrufe: „Aus dem Polizei-Direktions-Gebäude ist abermals gefeuert worden, die Kugeln pfiffen hart an mir vorüber; ein Mann ist getödtet, ein zweiter verwundet worden; dem Unheil muß gesteuert werden." Im dumpfen Chore riefen die Bürger-Officiere: „Zu spät, zu spät!" Dr. Engel, der die kostbare Zeit unter den quälendsten Gefühlen verrinnen sah, sprach nun zum Dekan: „Werden wir nicht baldigst hineingerufen, so öffne ich die Thüre, denn Beobachten der Etikette wäre hier eine Versündigung an der Weltgeschichte." Im selben Momente öffneten sich die Flügelthüren und man berief die Deputation zum Eintritte. Mitten im Saale stand Fürst Metternich, umgeben von einer Gruppe Bürger-Officiere, an die er folgende Worte richtete: „Meine Herren! wenn Sie glauben, daß ich dem Staate durch meinen Rücktritt einen nützlichen Dienst erweise, so bin ich mit Freuden erbötig, zurückzutreten." Ein Bürger-Officier erwiderte ihm hierauf: „Durchlaucht! Wir haben durchaus nichts gegen Ihre Person, aber Alles gegen Ihr System, und darum müssen wir Ihren Rücktritt mit Freuden begrüßen." Fürst Metternich erwiderte hierauf mit einer für einen solchen Moment unbegreiflichen Ruhe und Würde: „Ich erkläre Ihnen abermals, daß ich, da ich nach Ihrer Meinung durch meinen Rücktritt dem Staate nütze, mit tausend Freuden solchen effektuire." Dekan Lerch und

Dr. Engel gelangten hierauf in die unmittelbare Nähe Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Ludwig, der folgende Frage an sie richtete: „Wenn ich die Studenten bewaffne, können Sie mir auch dann dafür haften, daß die Waffen wirklich nur für die Sicherheit der Stadt gebraucht werden, daß nicht fremdes, vielfach jetzt herumschleichendes Gesindel sich unter die Studenten mische, und so zum Unheil friedlicher Bewohner gerüstet werde?" — Dekan Lerch erwiderte: „Kaiserliche Hoheit! Ich bin Familienvater, aber mit Freuden lege ich mein Haupt auf den Block, denn ich kann haften für den biederen Charakter der Studenten." — Engel setzte hinzu: „Lassen kaiserliche Hoheit die Studenten bewaffnen und behalten Sie uns hier; wenn in den nächsten 24 Stunden die Universitätsjugend ihre Wehr zu anderem Zwecke als für das Kaiserhaus und für Sicherheit und Ruhe der Stadt verwendet, so mögen Sie uns füsiliren lassen." — Der Erzherzog, durch die Wärme dieser Versicherungen bewegt, willigte endlich ein, die Bewaffnung am Morgen des anderen Tages vornehmen zu lassen. Bestürzt entgegnete man ihm hierauf, daß hierdurch der angedeutete Zweck gänzlich vereitelt, und die verderblichen Scenen, denen wir vorbeugen wollten, nicht verhütet würden. Graf Kollowrat zeigte zur Beruhigung den bereits geschriebenen Befehl, dem jedoch die bekräftigende Unterschrift des Kaisers fehlte. Warum diese nicht eingeholt, warum kein zur Ausführung des Befehls nöthiger Adjutant herbeigerufen werden konnte? — blieb unbekannt.'

Wie sich erwarten ließ, waren die Studenten mit dem Erfolg dieser Deputation nicht vollkommen zufrieden; sie forderten aufs Dringendste die sofortige Bewaffnung und setzten

dieselbe auch in der That durch, indem sie einen der höheren Universitäts-Beamten, den Baron Sommaruga, bewegten, vom Bürgermeister die Bewaffnung der Studentenschaft aus dem bürgerlichen Zeughause zu fordern.

Diese wurde bewilligt und bei Fackelschein in Gegenwart mehrerer Bürgergarden-Offiziere vorgenommen.

Vom bürgerlichen Zeughaus zogen die Studenten ni Reihe und Glied, unter dem Jubelruf des Volkes, wieder nach der Universität, wo sie ihr Hauptquartier aufschlugen, um vereint mit der Bürgergarde Patrouillen durch die Stadt zu schicken.

Dies war auch in der That eine im höchsten Grade nothwendige Maßregel, denn mit der einbrechenden Dunkelheit hatte die Bewegung des in dichten Massen durch alle Straßen fluthenden Volkes einen besorglichen Charakter angenommen; besonders war dies in den Vorstädten der Fall.

In der Wuth über die verschiedenen Angriffe des Militairs war das Volk durch die Straßen gezogen und hatte hier und da, besonders bei mißliebigen Kreaturen des Fürsten Metternich, die Fenster eingeworfen, so wie anderen Unfug verübt.

Aber auch außerdem waren vielfache ärgere Uebergriffe geschehen. In den Vorstädten in Wieden und Mariahilf stürmte ein beutelustiger Pöbel unter dem Ruf: Brod! Brod! mehrere Bäckerläden, und steckte sogar einige Fabriken in Brand, weil die Fabrikherren als unmenschliche Arbeitsgeber bekannt waren. Die Gaskandelaber wurden umgebrochen, die Röhrenleitungen beschädigt, die städtischen Barrieren zerstört und überhaupt mancher andere Unfug betrieben. Nur durch ein kräftiges Einschreiten der Bürger und Studenten

wurde das weitere Umsichgreifen dieser Excesse verhindert. Die ganze Stadt mußte erleuchtet werden, theils damit man im Falle eines Kampfes Licht habe, theils um den Pöbel-Excessen zu steuern, welche durch das Dunkel der Nacht begünstigt wurden.

Die Wuth des Volkes hatte sich besonders gegen einige Fabriken, gegen die Tabaks-Niederlagen der Regierung *) und gegen die Zollhäuser gerichtet; der Zerstörungslust wurde jedoch bald durch die Patrouillen bewaffneter Bürger und Studenten Einhalt gethan.

Das Volk fügte sich den Anordnungen dieser neuen bewaffneten Macht in den meisten Fällen gern; wo dies nicht geschah, wurden die Widersetzlichen gefangen, wobei fast immer das Volk selbst hülfreiche Hand leistete.

Einen großen Antheil an der schnellen Beruhigung des Volkes hatten besonders auch zwei kaiserliche Rescripte, welche in Wien des Abends gegen 9 Uhr bekannt wurden und in der ganzen Stadt einen unendlichen Jubel erregten.

Das eine betraf die Studenten- und Bürgerbewaffnung; es lautet:

„Um die Ruhe in dieser seit gestern bewegten Residenzstadt zu sichern, haben Se. Majestät der Kaiser auch die Bewaffnung der Studirenden, mit Ausschluß aller Ausländer, und unter zweckmäßiger Regelung anzuordnen geruht. Se. Majestät erwarten, daß alle Bürger durch Einreihung in die Bürgercorps diese möglichst verstärken und zur Erhaltung der Ruhe kräftig mitwirken werden. Se. Majestät haben be-

*) Der Tabak ist nämlich in Oesterreich ein Monopol der Regierung, welche für theures Geld sehr schlechte Waare verkauft.

reits ein Comité zur Erwägung des Zeitgemäßen zusammengesetzt, und werden demselben nicht allein ständische, sondern auch andere Mitglieder aus dem Bürgerstande beigeben. Se. Majestät erwarten, daß in dieser Maßregel ein neuer Beweis der väterlichen Fürsorge erkannt werde und daß die Ruhe zurückkehren wird. Mit Bedauern würden sonst Allerhöchstdieselben die Strenge der Waffen eintreten lassen."

Das zweite meldete die Entlassung des Fürsten Metternich in folgenden wenigen Worten:

„Der geheime Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürst von Metternich hat seine Stelle in die Hände Sr. Majestät des Kaisers niedergelegt."

Beide Rescripte wurden durch Eckenanschläge am folgenden Tage zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und erregten unter der Bevölkerung der Residenz eine allgemeine, enthusiastische Freude; besonders aber die Entlassung des Fürsten Metternich.

„Metternich ist entlassen!" so tönte es wie ein Jubelruf durch alle Straßen Wiens, und Jeder beeilte sich, die frohe Nachricht weiter zu tragen, daß der Träger des deutschen Absolutismus, der Mann, der so lange die Völker Oesterreichs geknechtet hatte, endlich aus seiner einflußreichen Stellung verdrängt und dadurch unschädlich gemacht worden sei.

Die Wuth, der Haß gegen den Fürsten machten sich auch in einigen Excessen Luft. In der Kärntnerstraße wurden an zwei Kaufmannsläden, welche die Bezeichnung: „Zum Fürsten Metternich", trugen, die Schilder herabgerissen; an andere Schilder mit derselben Bezeichnung wurden vom Volke gewaltige Galgen gemalt, und in der prachtvollen Villa des

Fürsten am Rennwege wurden die Fenster und Möbeln demolirt. Aber auch diese Excesse waren nicht von langer Dauer oder großer Bedeutung, denn schon bald nach Mitternacht stifteten Patrouillen von Bürgern und Studenten Ruhe und Ordnung auch in diesen Theilen der Stadt.

Fürst Metternich selbst fand es gerathen, sich nicht der Wuth des Wiener Volkes auszusetzen; er verließ heimlich die Stadt und floh nach England, und er that wohl daran, denn der Haß gegen ihn war so ungeheuer, daß wohl zu erwarten stand, das Volk würde in seiner Wuth den Fürsten, wenn es ihn bekommen könnte, ermorden. Mit dem Fluche der ganzen Nation, die er so lange geknechtet, beladen, mußte der gewaltige Staatsmann flüchtigen Fußes sein Vaterland verlassen, um in England ein Asyl zu suchen! —

So war denn fast ohne Blutvergießen der erste Tag der Wiener Revolution beendet, schon hatte der Kaiser einige Forderungen des Volkes bewilligt, und da jetzt Metternich, die Seele des österreichischen Absolutismus, bei Hofe fehlte, so glaubte das Volk auch für seine übrigen Forderungen auf Nachgiebigkeit hoffen zu dürfen.

Werfen wir jetzt noch einen Blick zurück auf die Ereignisse dieses denkwürdigen Tages, so erscheint allerdings die schnelle Nachgiebigkeit des Kaisers gegen die Forderungen des Vokles fast wunderbar, zumal da überall, wo an diesem Tage ein kurzer Kampf zwischen dem Volke und den Truppen stattgefunden hatte, das Volk schnell besiegt und auseinander getrieben worden war.

Nur die natürliche Gutmüthigkeit des verstandesschwachen Kaisers, dem ein Blutvergießen im Innersten seiner Seele zuwider war, einerseits, und die gänzliche Rath- und That-

losigkeit, welche sich des aus seiner geträumten Sicherheit durch die Revolution plötzlich aufgerüttelten Hofes bemächtigt hatte andererseits, macht diese schnelle Nachgiebigkeit einigermaßen erklärlich.

Die Augsburger Allgemeine Zeitung vom 22. März giebt uns eine interessante Schilderung der grenzenlosen Verwirrung, welche am 13. in der Burg herrschte:

„Schon am 13. war die Verwirrung am Hofe groß; Erzherzog Albrecht und Wilhelm, und der Herzog von Modena, welche zu den energischsten Maßregeln, zu Kavallerie-Chargen, Kanonen- und Kartätschenfeuer gegen das brausende Volk riethen, konnten nicht durchdringen und fanden kräftigen Widerspruch; Erzherzog Ludwig, sonst die Seele so vieler Beschlüsse, schien vollkommen den Kopf verloren zu haben; der Kaiser selbst war ruhig und stimmte zu Maßregeln der Milde, worin er besonders durch die Erzherzogin Sophie, Mutter des künftigen Herrschers, unterstützt wurde. Metternich war schon ganz schweigsam geworden, er schien resignirt die Dinge zu erwarten, die da kommen sollten, fürchtete sich aber scheinbar nicht. Als jedoch die Nachricht vom Blutvergießen auf den Straßen durch die kaiserlichen Gemächer drang, schien Alles wie vom Donnerschlage getroffen. Die Rathlosigkeit nahm überhand, als man von der Bewaffnung des Volkes hörte, und schon jetzt drangen überwiegende Stimmen auf Metternichs augenblickliche Entlassung. Unterdeß kam Deputation nach Deputation, um dem Kaiser persönlich die Lag der Stadt und die Wünsche des Volkes ans Herz zu legen. Man zauderte, man zögerte, und gab der zweiten Deputation ein besseres Resultat, als die erste erlangt hatte."

Wo eine solche Rathlosigkeit unter der nächsten Umgebung

des Kaisers herrschte, konnte von einer Energie im Handeln natürlich nicht die Rede sein. Fürst Metternich, der seiner ungezügelten Herrschsucht wegen bei den Gliedern der kaiserlichen Familie selbst nichts weniger als beliebt war, sah sich plötzlich allein, ohne alle Unterstützung, und so blieb ihm zuletzt nichts Anderes übrig, als eine schimpfliche Flucht, wenn er der Ermordung durch das wild aufgeregte Wiener Volk entgehen wollte. Verkleidet flüchtete der Fürst in der Nacht vom 13. zum 14. März in den Palast des Fürsten Liechtenstein, und von dort in der Frühe des Morgens unter einer starken Husaren-Begleitung aus der Stadt.

3.

Der Morgen des 14. März brach an und mit ihm ein wogendes Leben, wie sonst kaum je in den Straßen Wiens. Alle Läden waren geschlossen, alle Geschäfte ruhten, Jedermann ging auf die Straße, um die unerhörten Neuigkeiten der vergangenen Nacht zu vernehmen.

Besonders bewegt war das Leben in der Nähe des Zeughauses, wohin nicht nur die Studenten und Bürger, sondern auch Arbeiter aller Art strömten, um sich Waffen zu holen, welche ihnen auch bereitwillig ausgetheilt wurden.

Schon gegen 11 Uhr war das Zeughaus fast leer, über 30,000 Gewehre waren ausgetheilt, und dadurch war der Revolution in der That ein Siegel aufgedrückt, denn die Regierung konnte nun nicht mehr daran denken, dem Volke die verlangten Freiheiten vorenthalten zu wollen, sie war dazu der ungeheuren Macht des bewaffneten Volkes gegenüber mit ihren unbedeutenden Militairkräften gar nicht mehr im Stande.

Vom Zeughause zogen die bewaffneten Bürger und Studenten ab und formirten sich zu Bataillonen zu etwa 200 Mann; wo diese durch die Straßen zogen, wurden sie mit unendlichem Jubelruf empfangen. Fein gekleidete Damen warfen ihnen weiße Bänder zu, welche die neuen Bürger-Gardisten als Friedenszeichen ins Knopfloch knüpften.

Am Morgen des 14. November waren die Wachen in der ganzen Stadt noch vom Militair besetzt gewesen, nur an den Thoren hatten die Studenten Posten eingenommen; jetzt aber zogen Bürger und Studenten gemeinsam zur Ablösung des Militairs vor und besetzten die Hofburg und die meisten übrigen Wachen; selbst vor dem Hofkriegsgebäude, in dessen Innern sich die gesammte Generalität befand und welches durch vier aufgefahrene Kanonen geschützt war, stellten sich starke Abtheilungen der vereinigten Bürger- und Studentenwehr auf.

An den Straßenecken erschien jetzt neben den schon in der vorigen Nummer mitgetheilten Proclamationen über die Abdankung Metternichs und die Bewaffnung der Studenten folgende Proclamation:

„Die gegenwärtigen Ereignisse berühren das Wohl des Staates ebenso, wie das der Stadt Wien; sie bedürfen einer besonnenen Entwickelung, und es ist daher im Interesse der Gesammtheit und der Einzelnen von höchster Wichtigkeit, daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit bewahrt werden. Dies fordert das allgemeine Beste, dies fordert die Ehre der wackern und patriotischen Bewohner Wiens.

Zu diesem Behufe haben Se. k. k. Majestät bereits die Bewaffnung der Studirenden allergnädigst zu gestatten, und die Erwartung auszusprechen geruht, daß alle Bürger durch

Einreihung in die Bürgercorps diese möglichst verstärken und zur Erhaltung der Ruhe kräftig mitwirken werden.

Diese Maßregeln, diese heilsamen Bestrebungen der Studirenden und der Bürgerschaft müssen aber auch von allen übrigen Bewohnern Wiens thätigst unterstützt werden. Es werden daher alle Haus- und Familienväter, alle Inhaber von Fabriken und Werkstätten aufgefordert, ihre Angehörigen und Untergebenen, insofern sie nicht zur regelmäßig bewaffneten Einwohnerschaft gehören, zu Hause zu erhalten, um die Menschenmenge auf den Straßen nicht zu vermehren, wodurch die wünschenswerthe Gestaltung der Dinge gehindert oder doch vielleicht verzögert werden könnte. Die Behörden und die achtbare Bewohnerschaft Wiens werden keine Anstrengungen scheuen; sie rechnen auf das gemeinnützige Zusammenwirken Aller.

Wien, am 14. März 1848.

Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz,
k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident."

Mit ungeheuchelter Freude wurde von allen Wienern diese Nachgiebigkeit des Kaiserhauses gegen den Volkswillen aufgenommen; es herrschte in der Stadt eine Freude, welche nur getrübt wurde durch die Nachricht von Excessen, welche in den Vorstädten von herumziehenden Plündererhaufen begangen wurden.

In den Vorstädten hatten sich abermals Schaaren zusammengefunden, welche Fabriken zerstörten und Bäckerläden plünderten. Nur durch das thatkräftige Einschreiten der bewaffneten Studenten und Bürger konnten diese Rotten, welche die Freiheitsbewegung schändeten, unterdrückt werden. Freilich kostete dies einige Kämpfe und das Opfer manches Menschen-

lebens; aber es wurden dafür Schaaren jener Plünderer gefangen genommen und den Gefängnissen überliefert.

Es schien jetzt, als sollte die Ruhe und der Frieden der Stadt Wien vollständig wieder hergestellt werden; da erschien am Mittage folgende Proclamation der Regierung, welche plötzlich wieder alle Gemüther in die wildeste Aufregung brachte:

„Se. Majestät der Kaiser haben die Bewegung des gestrigen Tages durch Gewährung einiger Ihm vorgebrachten Bitten, in der festen Hoffnung und im Vertrauen auf die Ihm von den Ständen, den Bürgern und dem akademischen Senate gegebene Versicherung zu gewähren geruht, daß dadurch die Ruhe und Ordnung ohne weitere Anwendung der Waffengewalt hergestellt werden wird. Heute werden abermals Bitten gestellt und die nämlichen Zusicherungen wiederholt, obgleich die Dinge sich noch beunruhigender gestalten, als gestern.

Die Festigkeit des Thrones wäre erschüttert, wollten Sich Se. Majestät abermals täuschenden Hoffnungen hingeben. Die zeitgemäßen Einrichtungen, welche Se. Majestät so eben in Ueberlegung nehmen lassen, können während des Zustandes der Aufregung unmöglich berathen werden, noch weniger ins Leben treten; es liegt daher im Interesse der Bittenden selbst, sich ruhig zu verhalten und dadurch den Zeitpunkt möglicher Gewährung herbeizuführen.

Fest entschlossen, die Würde Ihres Thrones nicht zu gefährden, haben Se. Majestät die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung Sr. Durchlaucht dem Feldmarschall-Lieutenant Alfred Fürsten von Windisch-Grätz zu übertragen **und demselben alle Civil- und**

Militair-Behörden unterzuordnen geruht, mit gleichzeitiger Uebertragung aller zu diesem Zwecke nothwendigen Vollmachten.

Se. Majestät erwarten von der stets bewährten Treue und Anhänglichkeit der gesammten Bürgerschaft, daß sie, vereint mit Ihren tapfern Truppen, die Bestrebungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe mit allen ihren Kräften unterstützen werden.

Wien, am 14. März 1848.

Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz,
k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident."

Alle Civil- und Militair-Behörden wurden durch dieses Dekret dem Fürsten von Windisch-Grätz untergeordnet, und dadurch Wien gewissermaßen in Belagerungs-Zustand erklärt.

Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wurde dem Fürsten von Windisch-Grätz übertragen, einem Manne, welcher bekannt war als der eifrigste Anhänger des alten Systems, einem Manne, dem der Haß des Volkes von Prag, wo er früher gestanden hatte, nach Wien gefolgt war.

Das Volk hatte in jubelnder Freude die Concessionen der Regierung empfangen, es hatte auf weitere Nachgiebigkeit gehofft; besonders hatte sich der Wunsch nach Preßfreiheit überall in Wien laut ausgesprochen, und jeden Augenblick erwartete man die Bewilligung derselben durch den Kaiser, ja, von Zeit zu Zeit ging das Gerücht durch die Stadt, der Kaiser habe nachgegeben und die Preßfreiheit bewilligt.

Da erschien plötzlich die mitgetheilte Proclamation statt der erwarteten Preßfreiheit, die Regierung drohte einem Volke, welches eben die Waffen empfangen hatte und sich jetzt seiner Macht bewußt war.

Eine furchtbare, mit jedem Augenblick wachsende Aufregung in der ganzen Stadt war die natürliche Folge dieses unklugen Benehmens. „Die Preßfreiheit wird nicht gegeben!“ „Metternich kommt zurück!“ „Erzherzog Albrecht sammelt die Truppen gegen das Volk!“ so tönte es in allen Straßen, und wieder bereitete das Volk sich zum Kampf vor, fest entschlossen, sich die einmal erworbenen Rechte nicht nehmen zu lassen und keinen Kampf zu scheuen für die Freiheit.

Die kaiserlichen Proclamationen wurden mit Wuth von den Ecken gerissen und mit den Füßen getreten. Auf allen freien Plätzen der Stadt sammelten sich gewaltige Menschenmassen und beriethen, was zu thun sei, die Versammlungen beschickten sich gegenseitig durch Deputationen, um gemeinsam zu handeln.

Eine solche Versammlung, fast nur aus angesehenen Bürgern bestehend, war auch am Nachmittage in der Reitschule zusammengetreten und hatte beschlossen, eine Deputation an den Kaiser zu schicken, welche die Errichtung einer ordnungsmäßigen National-Garde und die Gewährung der Preßfreiheit erbitten sollte. An der Spitze der Deputation stand der allgemein geachtete Fabrikant von Arthaber.

Die National-Garde wurde sofort bewilligt und der sehr beim Volk beliebte Graf Hoyos zum Kommandanten derselben ernannt; auch die Preßfreiheit wurde gegen Abend nachgegeben und Beides durch die folgenden zwei Proclamationen, welche jedoch erst am 15. März an die Ecken angeschlagen werden konnten, bekannt gemacht:

„Se. Majestät haben die Errichtung einer National-Garde zur Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Ruhe und Ordnung der Residenz und zum Schutze der Personen und des

wenn sie sich wieder sicher fühlen, wenn sie die Zügel des Regiments wieder fest in der Hand zu haben glauben.

Das glaubte man aber in den schönen Märztagen nicht in Deutschland, die Geschichte anderer Länder war dem deutschen Volke keine Lehre gewesen, es vertraute im Hochgefühl seines eigenen Edelmuthes seinen Fürsten, und es wurde getäuscht; am bittersten und grausamsten aber von allen deutschen Völkern das unglückliche Volk von Wien.

4.

Auch am Morgen des 15. März glich Wien wieder einem großen Festhause, und wenn nicht die gewaltigen Massen der bewaffneten Bürger und Studenten, welche überall versammelt waren, um über die junge Freiheit zu wachen, wenn nicht der ungewohnte Anblick der auf Stühlen und Tischen in jeder Straße, auf jedem Platze stehenden und zum Volke mit begeisterten und begeisternden Worten sprechenden Redner an die Revolution erinnert hätte, es wäre nicht möglich gewesen, an die Blutscenen der vergangenen Tage zu denken.

Schon am Morgen erschien folgende Proclamation:

„In Erwägung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse haben Wir beschlossen, die Stände Unserer deutschen und slavischen Reiche, so wie die Central-Congregationen Unseres lombardisch-venetianischen Königreiches durch Abgeordnete in der Absicht um Unseren Thron zu versammeln, Uns in legislativen und administrativen Fragen deren Beirathes zu versichern. Zu diesem Ende treffen Wir die nöthigen An-

ordnungen, daß diese Vereinigung, wo nicht früher, am 3. Juli l. J. stattfinden könne.

Wien, am 14. März 1848.

Ferdinand m. p."

Das war nicht das, was das Volk wünschte und hoffte. Bis zum 3. Juli war eine lange Zeit, und außerdem hatte sich mit jeder Stunde der Wunsch nach einer constitutionellen Regierung mit einer größeren Entschiedenheit hervorgestellt.

Schon begann wieder eine gewisse Mißstimmung sich unter der gährenden Masse zu zeigen; aber dieselbe schwand augenblicklich, als am Morgen gegen 11 Uhr der Kaiser in Begleitung des Erzherzogs Franz Karl und dessen ältesten Sohnes Franz Joseph (des jetzigen jungen Kaisers) eine Rundfahrt durch die Stadt machte.

Im offenen Kaleschwagen fuhr der Kaiser durch die Straßen unter dem unendlichsten Jubel des Volkes, welches er fortwährend freundlich grüßte. Auf dem gutmüthigen Gesicht des Kaisers lag eine solche Zufriedenheit und Freude über das Glück des jubelnden Volkes ausgeprägt, daß gewiß selbst der Argwöhnischste sich sagen mußte, der Kaiser meine es mit seinen Versprechungen ehrlich.

Freilich, der Kaiser meinte es ehrlich. Der gutmüthige, aber verstandesschwache Mann war nicht im Stande, sich zu verstellen, er freute sich wahrhaft und innig über das Glück des Volkes; aber das war keine Garantie für die Zukunft, denn der Kaiser selbst war bei seiner an Blödsinn grenzenden Verstandesschwäche nichts, als ein willenloses Werkzeug einer aristokratischen Hof-Partei, welche zwar für den Augenblick sich dem Volkswillen gefügt hatte, aber auch eben nur für den Augenblick.

Dies bedachte das Volk nicht, und es jubelte daher aus vollem Herzen, sowohl dem Kaiser selbst, als den ihn begleitenden Erzherzögen zu.

Der Kaiser kehrte in die Hofburg zurück, glücklich über die ihm gespendeten Freuden- und Liebesbezeigungen; er vollzog sogleich eigenhändig eine Proclamation, in welcher er dem Volke das Versprechen einer Constitution gab. Diese Proclamation wurde sofort reitenden Herolden übergeben, welche sie in allen Straßen der Stadt ausrufen mußten; sie lautet:

„Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illirien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren, gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol rc. rc. haben nunmehr solche Verfügungen getroffen, die Wir als zur Erfüllung der Wünsche Unserer treuen Völker erforderlich erkannten. Die Preßfreiheit ist durch Meine Erklärung der Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht. Eine National-Garde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste. Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzial-Stände und der Central-Congregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches in der möglich kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzial-Verfassungen zum Behufe der von Uns beschlossenen Constitution des Vaterlandes ist das Nöthige verfügt.

Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden. Dieser Hoffnung vertrauen Wir um so mehr, als Wir Uns heute in Euerer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen, und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habet, Euch noch jetzt, wie von jeher beseelet. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfzehnten März, im Eintausendachthundertachtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre.

Ferdinand.

(L. S.)

Karl Graf von Inzaghi,
Oberster Kanzler.

Franz Freiherr von Pillersdorff,
Hofkanzler.

Joseph Freiherr von Weingarten,
Hofkanzler.

Nach Sr. k. k. apostol. Majestät höchst eigenem Befehle:

Peter Edler von Salzgeber,
k. k. Hofrath."

Der Jubel, welchen die Verkündigung der Constitution im Volke hervorrief, ist kaum zu beschreiben, und er wurde noch gehoben, als fast zu gleicher Zeit mit der Verkündigung der Erzherzog Palatin und gleich nach demselben die Deputation des ungarischen Reichstages, geführt von Ludwig Kossuth und dem Grafen Batthyany, in Wien eintraf.

Dies bedachte das Volk nicht, und es jubelte daher aus vollem Herzen, sowohl dem Kaiser selbst, als den ihn begleitenden Erzherzögen zu.

Der Kaiser kehrte in die Hofburg zurück, glücklich über die ihm gespendeten Freuden- und Liebesbezeigungen; er vollzog sogleich eigenhändig eine Proclamation, in welcher er dem Volke das Versprechen einer Constitution gab. Diese Proclamation wurde sofort reitenden Herolden übergeben, welche sie in allen Straßen der Stadt ausrufen mußten; sie lautet:

„Wir *Ferdinand* der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illirien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren, gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol ꝛc. ꝛc. haben nunmehr solche Verfügungen getroffen, die Wir als zur Erfüllung der Wünsche Unserer treuen Völker erforderlich erkannten. Die *Preßfreiheit* ist durch Meine Erklärung der Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht. Eine National-Garde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste. Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzial-Stände und der Central-Congregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches *in der möglich kürzesten Frist* mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzial-Verfassungen zum Behufe der von Uns beschlossenen *Constitution des Vaterlandes* ist das Nöthige verfügt

Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden. Dieser Hoffnung vertrauen Wir um so mehr, als Wir Uns heute in Euerer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen, und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habet, Euch noch jetzt, wie von jeher beseelet. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfzehnten März, im Eintausendachthundertachtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre.

Ferdinand.

(L. S.)

Karl Graf von Inzaghi,
Oberster Kanzler.

Franz Freiherr von Pillersdorff,
Hofkanzler.

Joseph Freiherr von Weingarten,
Hofkanzler.

Nach Sr. k. k. apostol. Majestät höchst eigenem Befehle:

Peter Edler von Salzgeber,
k. k. Hofrath."

Der Jubel, welchen die Verkündigung der Constitution im Volke hervorrief, ist kaum zu beschreiben, und er wurde noch gehoben, als fast zu gleicher Zeit mit der Verkündigung der Erzherzog Palatin und gleich nach demselben die Deputation des ungarischen Reichstages, geführt von Ludwig Kossuth und dem Grafen Batthyany, in Wien eintraf.

Die Deputation wurde von der neu begründeten National-Garde, in welcher alle Stände Wiens vertreten waren, in welcher der Fürst und Graf als Gemeiner neben dem Arbeiter standen, und von einer ungeheuren jubelnden Volksmenge empfangen.

Aus allen Theilen der Stadt strömte das Volk zusammen mit Hunderten von Fahnen, und bald bildete sich ein wahrer Triumphzug, welcher durch die glänzend erleuchteten Straßen nach der kaiserlichen Hofburg zog.

Das mit Blumen bekränzte Bild des Kaisers wurde der Menge vorangetragen, und aus allen Fenstern wehten ihm Mädchen und Frauen, einstimmend in den allgemeinen Jubel, mit weißen Tüchern entgegen.

Es herrschte eine Freude, ein Glück, wie es kaum zu beschreiben, und selbst die italienischen Grenadier-Regimenter, welche doch am Tage vorher gegen das Volk hatten feuern müssen, stimmten mit donnerndem Hurrahruf in den Jubel des Volkes ein, als der Zug an ihnen vorüber kam.

Mit jeder Minute hatte sich der glänzende Zug vergrößert; er bestand, als er auf dem Josephsplatz ankam, aus mehr denn 100,000 Menschen, jeden Alters, aller Standesklassen; die versammelte National-Garde allein wurde auf etwa 40 bis 50,000 Mann geschätzt.

Als der Zug, von Fackeln und Musik begleitet, sich auf dem Josephsplatz aufgestellt hatte, erschien der Kaiser, umgeben von seiner Familie, auf dem Balkon der kaiserlichen Bibliothek. Er brachte selbst ein Lebehoch aus auf die Nation und die Constitution! —

Da wollte denn der Jubel des Volkes gar nicht enden. Ein Hurrah-, ein Lebehochrufen in allen Sprachen der öster-

reichischen Monarchie ertönte auf dem weiten Platz, wie man es sonst in Wien wohl nie gehört hatte.

Eine Deputation der Bürger von Wien benutzte die günstige Gelegenheit und übergab unter dem Beifallruf des Volkes dem Kaiser die folgende günstig aufgenommene Dank-Adresse:

„Hoch lebe unser constitutioneller Kaiser! Hoch, hoch, hoch! Zum Himmel bringe unser Jubel, und der Allmächtige, welcher die Schicksale der Völker lenket, vernehme unsere innigsten Gebete, daß er lange erhalte unseren gütigen Vater, daß er segne die Regierung, getragen von der Liebe eines treuen Volkes, welches Blut und Leben für seinen großherzigen Kaiser, für seine Freiheit geben und allen Stürmen der Zeit trotzen wird. Majestät! Wir Oesterreicher werden beweisen, daß wir der Freiheit würdig sind, werden es beweisen in dem festen Verbande mit allen unseren Brüdern, welches Stammes und welcher Sprache sie sind; wir werden es beweisen Angesichts von Europa, welches nun an uns einen Fels erkennen wird; zeigen gegen jeden Feind der Intelligenz und Selbstständigkeit. Ew. Majestät! Wir getreuen Bürger beugen unser Knie vor unserem im neuen Glanze thronenden Kaiser Ferdinand!"

Von dem Josephsplatz wendete sich dann der glänzende Zug, das blumenbekränzte Bild des Kaisers immer voraustragend, nach dem Palast des päbstlichen Nuntius, um hier Pius IX., dem ersten Gründer der europäischen Reform-Bewegung, ein jubelndes Lebehoch zu bringen.

Den ganzen Abend und die ganze Nacht blieb Wien in der lebhaftesten Freudenbewegung.

So war denn die Wiener Revolution beendet, Metternich war gestürzt, eine National-Garde, Preßfreiheit und eine Constitution bewilligt.

Dies waren die ersten Früchte der drei ereignißreichen Tage des 13., 14. und 15. März. Das Volk jubelte, es war zufrieden. Schon das Versprechen einer Constitution überhaupt genügte damals den bescheidenen Wünschen der Wiener; aber gar bald sollten sie einsehen, daß mit solchen leeren Versprechungen in der That nichts erreicht sei, daß eine constitutionelle Regierungsform ohne die breite Basis der allgemeinen Gleichberechtigung aller Staatsbürger, ohne demokratische, vor dem Mißbrauch der Gesetze schützende Institutionen von gar keinem Werth sei.

Drittes Kapitel.

1.

Mit dem kaiserlichen Versprechen der Constitution war die Revolution beendet und Wien überließ sich jetzt ganz dem Taumel des Entzückens, welcher fast alle Bewohner der Stadt ergriffen hatte.

Das alte Wien war fast nicht mehr wiederzuerkennen; auf allen Straßen Volksredner, während früher jedes freie Wort von Spionen überwacht und streng bestraft worden war, überall Knaben, welche censurfreie Gedichte und Broschüren verkauften, während früher die Censur den Gedanken ärger geknechtet hatte, als irgendwo in Deutschland, so daß sogar noch wenige Tage vor der Revolution in der Ankündigung eines Stückes: „Der ermordete Wallenstein," das Wort ermordet vom Censor gestrichen worden war.

Aus allen Häusern wehten Fahnen, theils weiße, theils dreifarbige deutsche, alle Läden und Gewölbe waren wieder geöffnet, überall in der Stadt herrschte das regste Leben, die freudigste Bewegung, der sich die Bewohner Wiens um so mehr überlassen konnten, als die Erfolge des 13., 14. und 15. nur mit verhältnißmäßig geringen Opfern an Menschenleben erkauft worden waren *).

---

*) Das Namens-Verzeichniß der Gebliebenen enthält nur 28 Namen, darunter die von zwei Frauen. Es sind allerdings, besonders bei den Kämpfen gegen das Gesindel in den Vorstädten, noch manche Opfer gefallen, dieselben sind aber nicht als im Freiheitskampf geblieben zu betrachten.

Gegen den Kaiser zeigte sich im Volke auch nicht der geringste Groll, im Gegentheil die innigste Liebe. Man wußte sehr wohl, daß der gutmüthige, verstandesschwache Mann an dem früheren unheilvollen Regiment des Fürsten Metternich kaum irgend eine Schuld hatte.

Dies zeigte sich auch am 16. März, wo der Kaiser abermals eine Spazierfahrt durch die Stadt machte und überall mit den Zeichen der höchsten Liebe empfangen wurde; auch am Abend bei der glänzenden Illumination der Stadt gaben unzählige Transparente mit Inschriften die beredtesten Zeichen ab für die Liebe des Volkes zum Kaiser.

Am Vormittage des 16. März hatte das Volk von Wien noch ein schönes und seltenes Schauspiel.

Es zog nämlich die ungarische Deputation, begleitet von dem steten Jubelruf des in ungeheurer Masse versammelten Volkes, im glänzenden National-Costüm zu Fuß durch die Straßen Wiens nach der Hofburg, um dem Kaiser die Adresse des ungarischen Reichstages zu überbringen. Kossuth und Graf Ludwig Bathyany gingen dem Zuge voran, ihnen folgten die schönen, kräftigen, jugendlichen Gestalten der ungarischen Juraten.

Die Wünsche der Ungarn wurden von dem einmal zur Nachgiebigkeit gestimmten Kaiser im vollsten Maße erfüllt. Graf Ludwig Bathyany wurde mit der Bildung eines eigenen ungarischen Ministeriums beauftragt und Erzherzog Stephan, der Palatin von Ungarn, wurde zum kaiserlichen Kommissair, unabhängig von der Hofkanzlei, ernannt, so daß derselbe dadurch fast die Stellung eines Vicekönigs erhielt.

Froh über ihre Erfolge, verließen am 17. März die Ungarn Wien, nachdem sie vorher noch den Bewohnern der

Residenz, in einer Proclamation ihren Dank ausgesprochen hatten.

Ueber den Abschied der Ungarn von Wien giebt die Allgemeine Zeitung folgende interessante Schilderung:

„Die ungarischen Magnaten haben uns diesen Vormittag verlassen; zwei Dampfschiffe, Hermine und Bela, waren für sie und die Juraten bestimmt. Ich war auf dem einen und sah hier noch den edlen Kossuth und den Grafen Bathyany, den nunmehrigen Premier des Königreichs. Kossuth, der Held des Tages, wurde von dem an dem Dampfschiffe stationirten Piket der Wiener National-Garde mit den militairischen Begrüßungen empfangen. Mit seiner zarten Frau am Arme ging er an der Reihe hinab und drückte dem Offizier und dem letzten Mann die Hand und sagte einige Worte zu ihnen. Die ungewöhnliche Rednergabe des Mannes wurde in diesen Tagen außerordentlich in Anspruch genommen. Kossuth ist von mittlerer Größe, fein gebaut und von leichtem Anstande. Sein Gesicht ist bräunlich, das Profil scharf, die Augen mild, ein lichtbrauner, gestutzter Bart umgränzt die Züge. Der nationale Ausdruck ist unverkennbar. Bathyany ist eine hohe Gestalt, der Kopf überaus schön. Man glaubt ein Bildniß Vandyks dem Rahmen entstiegen. Hohe Stirne, eine edle, etwas gebogene Nase, die Haut von bleicher Farbe, ein langer brauner Bart, der den Hals verdeckt. Die ungarische Mütze mit der Feder und der Attilarock stehen diesen Gestalten wundervoll. Die jungen schönen Juraten machten eben solchen Eindruck. Fast Keiner kam auf das Dampfboot, der nicht irgend eine Trophäe von zarter Hand mitbrachte, nicht Blumen, Schleifen, Tücher, Schleier, als Schärpe umgehängt, als Fahne oder an der Mütze trug."

Am Mittage des 17. fand auch das feierliche Leichenbegängniß der Gebliebenen statt.

Schon gegen zwölf Uhr verließen die Bataillone von Studenten, National-Garden und anderen bewaffneten Corps, gefolgt von dicht gedrängten Menschenmassen, die Stadt, um durch das Schottenthor zur Alser-Vorstadt zu ziehen, wo die Leichen im allgemeinen Krankenhaus abgeholt und zum Friedhofe gebracht werden sollten. Auf dem Glacis und der Bastei standen die aus der Stadt gewichenen Truppen der Linien-Infanterie und Kavallerie, und die weite Fläche, welche die Stadt von den Vorstädten trennt, glich einem großen Kriegslager. Die Soldaten sahen ermattet und zum Theil mißmuthig aus, denn seit drei Tagen standen sie unter Waffen. Große Strohlager, welche man ihnen auf der Erde ausgebreitet hatte, dienten abwechselnd für die einzelnen Compagnieen zur Ruhestätte, wo sie schliefen oder zechten. Es dauerte zwei bis drei Stunden, ehe alle Züge der National-Garde, Bürger-Garde und Studenten zum Thore hinauskamen. Mehrere hundert Fahnen, theils improvisirt aus Fenster-Vorhängen und Drapperieen, theils den Zeughäusern entnommen, theils schön aufgeputzt — ein Geschenk von patriotischen Damen — wurden unter dumpfem Trommelklang einhergetragen. Viele derselben trugen bedeutsame Inschriften, als: „Ihr Blut hat uns die Freiheit errungen"; „Auf ihrem Grabe blühe unsere Freiheit"; „Standrecht gegen Raub und Brandanlegung"; „Verbrüderung der Nationen Oesterreichs in Freiheit"; „Slawa" (von den Böhmen getragen) u. a. Die meisten waren mit Myrthen- und Rosenkränzen umwunden. Die Leichen, 11 an der Zahl, ruhten in sieben Todtenwagen; die übrigen Gefallenen waren schon begraben, oder gehörten den Vorstädten

Die verschiedenen Abtheilungen der Bewaffneten, welche denselben vorangingen oder folgten, bestanden aus: 1) der alten Bürgergarde in vielen Bataillonen; 2) den vier Legionen der Studenten, dem Juristen-, Mediciner-, Philosophen- und Techniker-Corps, zusammen etwa 4000; 3) den Mathematikern, Malern und sonstigen Künstlern; 4) einem eigenen Corps der Böhmen; 5) einem 200—300 Köpfen starken Zuge von angehenden Geistlichen (Seminaristen) mit langen Mänteln und dreieckigen Hüten; 6) den bewaffneten und unbewaffneten Mitgliedern des Lesevereins; 7) unzähligen Abtheilungen der neuen Nationalgarde. Zusammen mochten es ohne Ueberschätzung 25—30,000 Bewaffnete sein. Am Grabe wurden einige treffliche Reden gehalten. So schloß diese denkwürdige Feier, die denkwürdigste Todtenfeier, welche je die Kaiserstadt erlebt. Für die Hinterlassenen der Geschiedenen und für ein großartiges Denkmal, welches man ihnen errichten will, sammelte man schon seit einigen Tagen; auch für die Dürftigen unter den Studenten, welche allenfalls der Unterstützung in diesen theuren Tagen bedurften, wurden bedeutende Summen gesammelt; Rothschild, Sina, Stametz-Meier und Arnstein und Eskeles allein gaben 15,000 fl. C.-M.

3.

Das eigentliche Revolutionsfieber der Wiener, der entzückende Siegestaumel, in welchem die ganze Stadt schwebte, legte sich natürlicher Weise bald, und machte einem ernsten, ruhigen Fortschreiten in der begonnenen staatlichen Entwickelung Platz.

Am deutlichsten zeigte sich diese bei den städtischen Behörden von Wien.

Der Magistrat von Wien war so wenig, als irgend ein anderer vormärzlicher Magistrat in Deutschland, geeignet gewesen, Vertrauen bei der großen Majorität des Volkes zu finden.

Als die Revolution hereinbrach, verlor die Behörde ganz und gar den Kopf und versank in eine vollständige Rath- und Thatlosigkeit. Sie wußte den zahlreich vom Volke an sie gelangenden Deputationen nicht das Geringste zu antworten, und machte es daher nöthig, daß die Deputations-Mitglieder selbst die Zügel des städtischen Regiments in die Hand nahmen. So bildete sich denn aus sich selbst heraus ein Bürger-Ausschuß zur Verstärkung des Magistrats aus vielen geachteten Männern. Es gehörten zu diesem Ausschuß zwei Stände-Mitglieder (Freiherr von Dobblhoff und Freiherr von Stifft) und eine Anzahl der geachtetsten Bürger der Stadt, im Ganzen 25 Mitglieder.

Diese neue Behörde, welche sich schon am 15. constituirte, gewann bald einen bedeutenden Einfluß in der Stadt sowohl als bei Hofe.

Eine andere einflußreiche Behörde constituirte sich ebenfalls schon am 15. März; dieselbe bestand aus 12 liberalen Mitgliedern der Stände und 12 Mitgliedern der Bürgerschaft. Sie wurde durch folgenden Beschluß der Stände ins Leben gerufen:

„Die niederösterreichischen Stände haben heute den Beschluß gefaßt, einen provisorischen Ausschuß zu bilden, welcher dasjenige vorzukehren hat, was in diesem wichtigen Momente zur Besorgung der ihnen zukommenden Geschäfte erforderlich

ist. Dieser Ausschuß wird aus vierundzwanzig Mitgliedern bestehen, wovon zwölf Mitglieder von ihnen bereits gewählt wurden, und zwölf Mitglieder aus dem Bürgerstande, in Ermangelung eines anderen Wahl-Collegiums, von dem heute gebildeten Bürger-Comité allsogleich gewählt werden.

Wien, den 15. März 1848.

Die niederösterreichischen Stände."

Diese neue Behörde, welche sich selbst den Namen: „Provisorischer Ausschuß zur Besorgung der für den Augenblick wichtigsten Geschäfte", gab, trat unter dem Präsidium des Landtags-Marschalls Grafen von Montecuculi zusammen, und beschäftigte sich besonders mit der Berathung der Verfassungs-Fragen und der in die Verfassung einschlagenden organischen Gesetze. Sie machte es sich zur Aufgabe, die Regierung bei diesem schweren Werk zu unterstützen.

Auch die National-Garde, welche am 14. März so ziemlich ordnungslos zusammengetreten war, nahm gleich eine festere Gestalt an und organisirte sich schnell. Der Commandeur Graf Hoyos that dazu das Seinige.

Außer der akademischen Legion, welche nicht nur aus den Studenten, sondern auch aus allen den Männern bestand, welche, obgleich sie längst die Universität verlassen hatten, doch noch mit Vorliebe an derselben hingen, wurden nach den verschiedenen Straßen der Stadt Wien Compagnieen gebildet, welche sämmtlich unter dem gemeinsamen Oberkommando des Grafen Hoyos standen.

Die National-Garde gewann bald einen großen Einfluß auf das Wiener Volk, welches sich meistens gern den Anordnungen derselben unterwarf; besonders beliebt aber war

noch von den Märztagen her die akademische Legion, welche, vorzüglich bei dem Arbeiterstand, einen ganz außerordentlichen, fast unglaublichen Einfluß hatte.

Die Beliebtheit der National-Garde ist zum großen Theil der Gemüthlichkeit des Wiener Bürgers, der viel lieber mit dem gütigen Wort, als mit dem Gewehrkolben gegen etwaige kleine Excesse einschritt, zuzuschreiben; Graf Hoyos hatte daran wenig Theil, denn er hätte gern die National-Garde ebenso zum untergeordneten Polizei-Institut herabgewürdigt, wie dies der General Aschoff in Berlin nach den Märztagen gethan hat. Dies geht wohl am deutlichsten aus dem folgenden Tagesbefehl vom 24. März hervor:

„Nachdem Fälle vorkommen, daß unmoralische Menschen ihre schlechten Gesinnungen durch geschriebene und gedruckte Mauer-Anschläge veröffentlichen und dadurch das Vertrauen in die Masse der gutdenkenden Einwohner zu schwächen vermeinen, so ist es die Pflicht der Letzteren, diese wenigen verbrecherischen Auswürflinge in ihren schändlichen Bestrebungen zu hindern und jeden möglichen bösen Erfolg mit allem Eifer hintanzuhalten. Die National-Garde, mit Vorzug für diesen Zweck berufen, hat derlei Mauer-Anschläge oder sonstige unter der Bevölkerung vorkommende Schriften möglichst zu beseitigen und zu vertilgen, und deren Urheber im Betretungsfalle der nächsten Gerichts-Behörde zu übergeben, wozu der allgemein herrschende Geist der Ordnung ihnen in jedem Wohldenkenden der Bevölkerung die erforderliche Hülfe leisten wird.

Hoyos, k. k. F.-M.-L."

Die National-Garde ließ sich jedoch nur in sehr seltenen Fällen zu solchen Diensten gebrauchen, wie Graf Hoyos in

em mitgetheilten Tagesbefehl verlangte, und bewahrte dadurch ihre Beliebtheit und ihren Einfluß beim Volke.

Auch die Regierung schien den in den Märztagen einmal betretenen constitutionellen Weg weiter gehen zu wollen, wenn auch nicht mit derjenigen Energie, welche allein nach einer Revolution die dauernde Ruhe sichert; so wurde am 17. März ein verantwortliches Ministerium proclamirt. Es bestand aus folgenden Männern:

Minister des Auswärtigen u. des Hauses: Graf v. Fiquelmont.
" " Innern: Freiherr von Pillersdorf.
" der Justiz: Graf von Taaffe.
" " Finanzen: Freiherr von Kübeck.
" des Krieges: von Zanini.

Zum Minister-Präsidenten wurde der Graf von Kolowrat ernannt. Einige Tage später trat dem Ministerium noch der Baron von Sommaruga als Unterrichts-Minister bei.

Dies Ministerium befriedigte in keiner Weise die Erwartungen, welche das Wiener Volk von einem durch die Revolution geschaffenen hegen zu dürfen glaubte. Schon daß das Ministerium lediglich aus der vornehmen Aristokratie gewählt war, erregte einigen Anstoß, mehr aber noch die Persönlichkeit der Minister selbst.

Unter diesen war Graf Kolowrat der einzige, welcher sich eines einigermaßen bedeutenden Rufes zu erfreuen hatte und wegen liberaler Ansichten beim Volke beliebt war.

Graf Fiquelmont hingegen, nächst Kolowrat die bedeutendste Person im Ministerium, war als alter Anhänger Metternichs, als bewährter Freund der russischen Regierung, bekannt und verhaßt, ebenso der Minister der Justiz, Graf von Taaffe.

Freiherr von Pillersdorf war allerdings ziemlich freisinnig, aber alt und charakterschwach. Man traute ihm keineswegs die nöthige Energie zu, um den Intriguen des Hofes, der Camarilla, zu widerstehen. Die übrigen Minister waren unbekannte, wenig bedeutende Leute, zu denen ein Zutrauen von vornherein unmöglich war.

Zeigte sich so schon im Beginn des constitutionellen Wirkens eine Mißstimmung gegen das Ministerium, so trat dieselbe doch für den ersten Augenblick durch einige Maßregeln der neuen Regierung, welche wohl geeignet waren, die Sympathieen des Volkes zu erwecken, in den Hintergrund.

Am 20. März wurde durch ein kaiserliches Decret eine vollständige Amnestie für alle politischen Verbrecher erklärt. Dies machte einen sehr günstigen Eindruck, ebenso auch die Darlegung des lang ersehnten Finanz-Etats für den österreichischen Kaiserstaat, welche günstigere Finanz-Verhältnisse in der Monarchie zeigte, als irgend Jemand erwartet hatte.

Trotz dieser Schritte des Ministeriums, welche im Volke Anklang fanden, konnte doch das Vertrauen zur Regierung sich nicht gehörig befestigen; die ungünstigen äußeren Verhältnisse, in denen Oesterreich stand, hatten hieran hauptsächlich Schuld.

Die deutschen Bewohner des Kaiserstaates fühlten sich gedrückt bei einer Umschau im Staate, sie fühlten sich in einer ungeheuren Minorität den Czechen in Böhmen, den Polen in Galizien, den Magyaren in Ungarn, den Italienern in der Lombardei gegenüber, sie sahen sehr wohl ein, daß nur durch einen festen Anschluß an das übrige Deutschland in Oesterreich das deutsche Element die Herrschaft behalten könne, daß dasselbe bei einem Losreißen Oesterreichs von Deutschland bei

der überwiegenden Majorität der anderen Nationen unterdrückt werden, zu Grunde gehen müssen.

Mit eifersüchtigen Blicken bewachten daher die Bewohner des deutschen Oesterreichs alle Bewegungen in Deutschland und besonders in Preußen, sie sahen mit Schrecken, daß Preußen die Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hand nehmen wollte.

Es erregte eine furchtbare Sensation, eine allgemeine Entrüstung, als die Nachricht von dem Zuge Friedrich Wilhelm IV. durch Berlin am 21. März und von der Proclamation des Königs: „An Mein Volk und die Deutsche Nation!“ nach Wien kam.

Die allgemeine Stimmung in Wien über den Schritt des Königs von Preußen giebt treffend wieder die „Antwort der Deutschen Nation an den König von Preußen!“ welche die Wiener Zeitung vom 25. März veröffentlicht, und welche in Wien einen ganz allgemeinen Anklang fand. Sie lautet:

„Ew. Majestät haben über dem Donner der Geschütze und dem Röcheln gemordeter Bürger das preußische Volk und die deutsche Nation angerufen. Das preußische Volk ist mündig und wird selbst antworten; die deutsche Nation hat nur eine Erwiderung, und sie wird gleich lauten aus allen Enden des Vaterlandes. Wie Ew. Majestät, so erinnert sich die deutsche Nation früherer königlicher Worte an das preußische Volk, sie weiß auch, daß das Vertrauen Ew. Majestät nie zu Schanden wurde. Die deutsche Nation erinnert sich aber auch, daß jene Worte in den Tagen der Noth gegeben, von Ew. Majestät in den Tagen des Glückes vergessen und verläugnet worden sind! Die innere Gährung in Deutsch-

land ist keine Gefahr für die deutsche Nation. Angriffe von Außen drohen nicht, weil die Einigkeit der deutschen Völker der deutschen Nation überall Achtung verschafft hat. Ew. Majestät ist daher nicht gedrängt, die Leitung des deutschen Volkes zu übernehmen, ehe das deutsche Parlament entschieden hat. So lange das preußische Volk Ew. Majestät nicht verläßt, so lange stehen Ew. Majestät unter dem Schutze der ganzen deutschen Nation, denn das preußische Volk ist geachtet und geliebt von seinen deutschen Brüdern. Das Vertrauen aber, welches Ew. Majestät von der deutschen Nation erwarten, ist nicht möglich. Ew. Majestät sind der einzige deutsche Fürst, der die längst zugesagte, längst verlangte Zurückgabe der unveräußerlichen Menschenrechte erst auf den Barrikaden seiner Hauptstadt, auf den Leichen seiner besten Bürger gewährte, unfreiwillig und nicht eher, als bis der Thron wankte. Ew. Majestät sind auch der einzige deutsche Fürst, der keinen Minister hat, welcher für die Geschichte der letzten Decennien die Verantwortlichkeit von den königlichen Schultern nähme. Die deutsche Nation hat daher Ew. Majestät kennen gelernt und vertraut ihr nicht. Ew. Majestät pflanzt mit blutiger Hand die deutschen Farben jetzt auf, die seit Jahren verfolgt wurden. Die Nation bebt vor diesem königlichen Enthusiasmus zurück. Das preußische Volk hat nie aufgehört, deutsch zu sein, die deutsche Nation ist überrascht, daß Ew. Majestät erst jetzt den Beitritt erklären. Daß Organe der preußischen Stände an dem deutschen Landtage theilnehmen, ist eine heilige Pflicht. Daß Ew. Majestät auch die Fürsten zur Theilnahme auffordern, darin erblickt die deutsche Nation dankbar, daß Ew. Majestät sich den fürstlichen

Geschichten in Wien aufschließen will. Ew. Majestät haben recht, daß die auf diese Weise sich aus Fürsten und Ständen bildende deutsche gesetzgebende Versammlung in der gemeinsamen freien Berathung das Erforderliche beschließen müsse. Ew. Majestät wird aber erkennen, daß die Berathung nicht frei, daß die Macht jener Versammlung, von der Schutz des Vaterlandes und des Thrones verlangt wird, von vornherein gebrochen, daß auch die junge deutsche Verfassung an ihrem ersten Lebenstage von Ew. Majestät verletzt wäre, wenn das königliche „Ich" noch jetzt über die Bahn der Gesetzlichkeit sich erheben und der deutschen Nation sich selbst als den gemeinsamen Leiter aufdrängen wollte. Oesterreichs Fahnen haben die deutschen Farben auf ihren Feldern unter allen Stürmen bis heute bewahrt; ein österreichischer Prinz hat am Rhein dem einigen Deutschland ein Hoch gebracht, als es noch verfolgt wurde von Preußen; Habsburgs Haus hat die Geschichte vergangener Jahrhunderte, hat die Liebe der Völker zur Seite, wenn es seinen alten Vorsitz im deutschen Reiche behaupten will. Oesterreichs Kaiser erkennt aber, daß jetzt von den Vertretern des deutschen Volkes allein die Wahl ausgehen und daß diese Wahl frei bleiben muß. Nicht für, nicht gegen irgend eine Dynastie, nur für die Unabhängigkeit des neuen deutschen Bundestages legt die deutsche Nation hiermit Protest ein gegen die Usurpation der Ehrenstelle eines deutschen Führers. Es beschwört die deutsche Nation Ew. Majestät, nicht neuen Samen der Zwietracht auszustreuen, nicht die Stunde zu entheiligen, in welcher Berlin seine Todten begräbt, die gefallen sind für die deutsche Freiheit, für die deutsche Einigkeit!"

Durch diese Besorgniß der Wiener über ihre deutsche Nationalität, über den wankenden Einfluß Oesterreichs auf die Angelegenheiten Oesterreichs wurde die Stimmung in der Residenz gedrückter, als dies bei dem schnellen und glücklichen Gelingen der Revolution zu erwarten gewesen wäre; auch die ungünstigen Nachrichten, welche fortwährend aus der Lombardei, aus Ungarn und Böhmen in Wien eintrafen, wirkten bedeutend auf eine sich fortwährend mehrende Gährung im Volke ein.

Die Geschäfte gingen allerdings ihren ruhigen Gang fort und der Verkehr hatte sich nach der Revolution, ganz entgegengesetzt anderen Staaten, mehr gehoben als vermindert, selbst die Staats-Papiere waren im Course gestiegen; aber dennoch herrschte schon zu Ende des März eine Gedrücktheit der Stimmung, eine Erbitterung gegen das Ministerium, dessen Schwäche mit jedem Tage augenscheinlicher wurde, welche bei der ersten Veranlassung einen neuen Ausbruch, neue Bewegungen ahnen ließ.

Viertes Kapitel.

1.

War so der März ziemlich ruhig vorübergegangen, so sollten doch schon im April unruhige Auftritte die Vorzeichen zu einer nahe bevorstehenden stürmischen Bewegung geben, welche jedoch erst im Mai ihren Ausbruch finden sollte.

Den ersten Anlaß zu neuen Unruhen gab das am 1. April in 90 Paragraphen publicirte Preßgesetz, welches vollständig den Stempel der alten Büreaukratie in jedem Satze trug und durch welches die alte Polizeiwirthschaft, schlimmer als die Censur, in die Presse übertragen wurde.

Das Preßgesetz war kaum erschienen, als sich in der Aula der Universität die Studentenschaft zusammenfand und das Gesetz richtete, indem sie es feierlich verbrannte. Es wurde sofort eine Deputation der Studentenschaft ernannt, welche dem Minister Pillersdorf, dem freisinnigsten Mann im Ministerium, den Widerwillen des Volkes gegen ein solches Gesetz mitzutheilen beauftragt wurde.

Der Minister empfing die Deputation mit großer Freundlichkeit und versicherte, daß er nur ungern der Majorität im Ministerrath gewichen sei und das Gesetz habe publiciren lassen. Im Uebrigen sei das Gesetz aber nur ein Entwurf, es solle nicht in Kraft treten. Er dankte der Studentenschaft für ihre Theilnahme und versprach die unverzügliche Abänderung der misliebigen Punkte.

Trotz dieses Versprechens erschien wenige Tage darauf für die auswärtigen Behörden die Verordnung, sich genau nach der Instruction des Gesetzes zu richten; aber als eine zweite Deputation der Studenten den Minister befragte, ob das Gesetz in Kraft getreten sei oder nicht, verneinte er dies. —

Bei einer solchen Schwäche der Regierung war es wohl kaum anders möglich, als daß sich ihr Einfluß mit jedem Tage minderte, und daß im Volke nach und nach ein immer größeres Mißtrauen gegen dieselbe sich zeigte.

Von besonderer Wirksamkeit hierbei war das Gerücht von einer Verbindung, welche die Regierung mit Rußland anzuknüpfen beabsichtigte, ein Gerücht, welches Wahrscheinlichkeit durch die bekannte Vorliebe des Grafen Fiquelmont für den russischen Hof gewann; man brachte hiermit natürlicher Weise die abenteuerlichsten Reactionspläne in Verbindung und schob dieselben besonders dem bei Hofe sehr einflußreichen Erzherzog Ludwig unter, welcher sich dadurch veranlaßt sah, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu nehmen.

So schwach die Regierung sich bei diesen Veranlassungen und später zeigte, so läßt sich doch allerdings nicht leugnen, daß sie sich in einer äußerst schwierigen Stellung befand.

Inmitten eines aufgeregten Volkes, welches soeben durch eine glückliche Revolution zum Bewußtsein seiner Rechte gekommen war, stand ihr nicht die geringste Macht zu Gebote, um etwaigen Excessen, ausschweifenden Forderungen des Augenblicks gegenüber zu treten, denn durch den Aufstand im lombardisch-venetianischen Königreiche war sie gezwungen worden, alle disponiblen Truppen dorthin zu schicken, und dieser Auf-

stand war ihr um so gefährlicher, als er selbst in Wien die mächtigsten Sympathieen fand.

Die Regierung sah sich daher fast ganz dem guten Willen der Wiener Bürgerschaft überlassen. Ihre Stellung wurde um so schwieriger, als sie dieser nicht Genüge leisten konnte, ohne zu gleicher Zeit gegen die Interessen der noch so mächtigen Aristokratie zu verstoßen.

Die Interessen der Wiener waren die rein deutschen, während von allen Seiten des Landes, aus Böhmen, Dalmatien und Kroatien, Adressen und Petitionen um vollkommene Unabhängigkeit, um Geltung des slavischen Volksstammes, einliefen, und diese Adressen wurden unterstützt durch die reiche und einflußreiche slavische Aristokratie.

Die Regierung neigte sich diesen slavischen Bewegungen zu, während in Wien selbst der deutsche Enthusiasmus mit jedem Tage mehr wuchs. In allen Volks-Versammlungen, in allen Clubs und Vereinen wurde der engste Anschluß an Deutschland gepredigt, die deutschen Farben wurden von Jedermann getragen, und sogar die gemäßigt constitutionelle Partei schloß sich diesem Enthusiasmus an, indem sie sehr wohl einsah, daß das deutsche Oesterreich nur dadurch in Stand gesetzt worden sei, seine nationale Selbstständigkeit der immer wachsenden Macht des Slaventhums in den Provinzen gegenüber zu erhalten. Selbst der juridisch-politische Lese-Verein, der Mittelpunkt der gemäßigt constitutionellen Partei, entschied sich mit großer Mehrheit für den innigsten Anschluß an Deutschland und für die schleunigste Anordnung der Wahlen für das deutsche Parlament in Frankfurt, mit denen vorzugehen die Regierung immer noch zögerte.

Es mußte unter diesen Verhältnissen der Einfluß der

Regierung immer mehr schwinden, eine immer größere Mißstimmung gegen dieselbe Platz greifen.

Der Unwille des Volkes gegen die Partei, welcher doch selbe einen besonders nachtheiligen Einfluß auf die Entschließungen der Regierung Schuld gab, machte sich schon in den ersten Tagen des April auf eine seltsame Weise Luft, welche wir merkwürdig genug um diese Zeit in ganz Deutschland wiederholt finden, nämlich durch solenne Katzenmusiken.

Fast allabendlich durchzogen Musikbanden mit den scheußlichsten Blase-Instrumenten bewaffnet die Straßen Wiens und gaben ihre unharmonischen Concerte vor den Häusern mißliebiger Personen, besonders aber vor denen der ultramontanen katholischen Partei, von welcher man glaubte, daß sie der deutschen Sache am feindlichsten gegenüber stände.

Besonders hatte sich der Haß des Volkes auf den Jesuitenorden der Ligorianer gewendet, gegen welche die Demonstrationen mit Katzenmusiken so energisch betrieben wurden, daß sich die Regierung zur Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen veranlaßt sah und den Orden aus Wien verbannte.

Zu gleicher Zeit erhielt auch der Fürst Erzbischof, von dem man glaubte, er begünstige die Ligorianer, ein solennes Katzenständchen.

Die Aufregung gegen die ohnmächtige Regierung wuchs mit jedem Tage, in den Clubs und Arbeiter-Versammlungen wurden fortwährend heftige Reden gegen dieselbe gehalten; aber auch eine andere Frage wurde in denselben discutirt, die Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen; besonders that sich als beliebter Redner ein Preuße, „Dr. Schütte aus Westphalen", hervor.

Die Bürgerschaft von Wien sah dem mit Schrecken zu, denn sie glaubte, wie überall in Deutschland das furchtsame Spießbürgerthum, das Gespenst des Communismus vor sich aufsteigen zu sehen, und einige der furchtsamsten Bürger, Mitglieder der Bürger-Garde, wendeten sich deshalb mit der Bitte an das Ministerium und die Stadt-Behörden, diejenigen Fremden, welche die Gastfreiheit der Stadt Wien durch Aufwiegelung der Bürger zur Unzufriedenheit und zum Mißtrauen mißbrauchten, aus der Stadt zu verweisen.

So unvernünftig und unpolitisch eine solche Bitte nun auch war, so zeigte das furchtsame und schwache Ministerium eine nur zu große Geneigtheit, auf ähnliche Wünsche einzugehen.

Eine gute Veranlassung dazu sollte eine Volks-Versammlung geben, welche am 15. April im Odeum stattfand und welche von wichtigen Folgen war.

Auch in dieser Volks-Versammlung trat der Dr. Schütte auf und schlug vor, die Wünsche des Volkes, welche sich auf Entlassung der unpopulairen Minister Graf Fiquelmont und Graf Taaffe, auf die sofortige Anordnung der Wahlen zum deutschen Parlament und auf die möglichst schleunige Berufung einer constituirenden Versammlung zur Ausarbeitung einer Constitution bezogen, in einer Monstrepetition zu vereinigen und dadurch deren Gewährung zu erzwingen. Dr. Schütte stand selbst von seinem Vorschlage ab, als sich zeigte, daß man von einer solchen Erhebung der Volksmassen zu Gunsten der Ueberreichung einer Petition gefährliche Unordnungen fürchtete, er gab sich zufrieden damit, daß die Petition zur Sammlung von Unterschriften einfach in der Stadt circulire.

In Folge seines Vorschlags ließ das Ministerium den Dr. Schütte verhaften und heimlich über die Grenze bringen; aber es machte hierdurch nur das Uebel schlimmer, denn jetzt stand die ganze Volks-Partei, beleidigt über den Rechtsübergriff des Ministeriums, für den Dr. Schütte ein und forderte dessen Zurückkunft. Manche unruhige Auftritte waren die Folge hiervon, so daß die Regierung endlich sich nur Rath zu schaffen wußte, indem sie am 22. April einen Sicherheits-Ausschuß aus der Bürgerschaft bildete, welcher für die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Residenz Sorge tragen sollte.

Die Volks-Versammlung hatte indessen noch andere, höchst wichtige Folgen; die Regierung sah sich veranlaßt, dem Volkswillen einige Concessionen zu machen; aber wie sie nicht die Energie hatte, sich den Demonstrationen des Volkes entgegenzustellen und nach eigenen Grundsätzen zu handeln, so hatte sie andererseits auch nicht die Kraft, ganze Concessionen zu machen; sie blieb in ihrer unglücklichen Halbheit und verschlimmerte dadurch nur ihre Machtlosigkeit, indem sie dem Volke zeigte, daß sie nachgeben müsse, ohne dadurch doch das Volk in seinen Forderungen zu befriedigen.

Die Wahlen zum deutschen Parlament in Frankfurt am Main wurden dem allgemeinen Wunsche gemäß angeordnet; aber zu gleicher Zeit erließ die Regierung eine Proclamation [illegible] das künftige Verhalten Oesterreichs zur deutschen Frage, [illegible]e den Volkswünschen geradeweges entgegenlief.

Es hieß in dieser Proclamation:

„Es könnte aber nie ein gänzliches Aufgeben der [illegible]erinteressen seiner verschiedenen zum deut[illegible]n Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbe[illegible]zte Unterordnung unter die Bundesversamm-

lung, ein Verzichten auf die Selbstständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden, und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundes-Versammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten. Insofern Letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten."

Während die deutsche Partei in Wien, und diese hatte an jedem Tage an Macht und Stärke gewonnen, einen unbedingten Anschluß an Deutschland, eine vollständige Unterwerfung Oesterreichs unter die Beschlüsse des deutschen Parlaments wollte, behielt sich die Regierung die Zustimmung zu den Bundes-Beschlüssen vor.

Auch eine Veränderung im Ministerium wurde vorgenommen. Graf Taaffe, der unvolksthümliche Minister der Justiz, trat zurück; aber Graf Fiquelmont, welcher fast noch mehr verhaßt war, als Graf Taaffe, blieb, und nahm sogar an Stelle des schon früher ausgeschiedenen Grafen Kolowrat das Präsidium im Ministerium ein. Auch an Stelle des einzig aus dem Volk hervorgegangenen, nicht zur hohen Aristokratie gehörigen Ministers von Zanini trat der als krasser Aristokrat berüchtigte Graf Baillet Latour.

Es konnte nicht fehlen, daß eine solche Veränderung im Ministerium wenig geeignet war, das Volk zu befriedigen, ihm Zutrauen einzuflößen. Im Gegentheil, das Mißtrauen wuchs mehr und mehr, und es war dies um so schlimmer für die Regierung, als dadurch zu gleicher Zeit alles Vertrauen zu der Constitution verloren ging, deren Berathung die Hauptaufgabe des Minister-Raths bildete.

Die Constitution, welche im Minister-Rath in Verbindung mit einer Anzahl Abgeordneten aus allen Provinzen Oesterreichs berathen wurde, erschien am 25. April.

Es wurde an diesem Tage eine großartige Parade der gesammten Linie, National-Garde und der akademischen Legion vor dem Kaiser abgehalten; unmittelbar nach derselben erfolgte die Publication der Verfassung.

Schon vor der Publication hatte im Volk ein großes Mißtrauen gegen die Verfassung, welche man erwartete, geherrscht, es waren viele Stimmen gegen eine Octroyirung laut geworden; man hatte eine Verfassung durch eine constituirende Versammlung gefordert.

Als daher die Verfassung erschien, fand sie von vornherein einen ungünstigen Boden schon der Octroyirung willen, noch mehr aber des in derselben enthaltenen Zwei-Kammer-Systems wegen, gegen welches sich schon längst vor der Octroyirung die Volksstimme gewaltig erhoben hatte.

Die Verfassung war, dies läßt sich nicht leugnen, besonders bei einem Blick auf die früheren österreichischen Verhältnisse, freisinnig; aber sie wurde vollständig verdorben durch die Zusammensetzung der ersten Kammer, in welcher der Aristokratie eine dem demokratischen Prinzip der Revolution gänzlich widerstrebende Macht im Staate eingeräumt wurde.

Die erste Kammer bestand zum Theil aus Mitgliedern, welche von dem Regenten nach Belieben auf Lebenszeit ernannt werden sollten, zum andern Theil aus den Abgeordneten der großen Grundbesitzer. Nur diese waren zur ersten Kammer wahlberechtigt und wählbar.

Außerdem waren die Söhne des Kaisers und Thron-

folgers von sich aus berechtigt, Sitz und Stimme in der ersten Kammer zu nehmen.

Bei dem großen Mißtrauen, welches in Wien noch immer gegen die hohe Aristokratie des Grundadels herrschte, der man mit Recht eine entschiedene Neigung zur Reaction zuschrieb, konnte eine solche erste Kammer nicht befriedigen, und die ganze Verfassung verlor durch dieselbe natürlicher Weise ihren Werth.

Die Stimmung des Volkes sprach sich laut gegen die Verfassung aus; nur der juridisch-politische Lese-Verein brachte am Abend des 25. April einen Fackelzug zum Dank für die Constitution vor die Burg, und verlor dadurch den Rest der Theilnahme, welche er bisher durch sein Verhalten in der deutschen Frage sich noch beim Volke bewahrt hatte.

2.

Die Mißstimmung des Volkes sollte sich bald in gewaltigen Bewegungen Luft machen, und wieder gingen dieselben von der Wiener Studentenschaft aus, welche in jener Zeit das ganze politische Leben der Residenz durch ihren Einfluß bei den Arbeitern und durch die treffliche Organisation dieses bewaffneten Corps leitete.

Am 3. Mai war in der Aula eine Studenten-Versammlung. Während der Debatten wurde plötzlich ein Polizei-Spion entdeckt, welcher sich die Namen der am freisten sprechenden Studenten und Bemerkungen dazu notirte.

Ein furchtbarer Tumult brach bei dieser Entdeckung in der Versammlung aus, der nur mit Mühe beschwichtigt werden konnte, denn die Erinnerung an das vormärzliche Spion-

wesen war noch zu frisch und zu verhaßt, als daß nicht gerade die Entdeckung eines Spions in der geheiligten Aula eine gewaltige Aufregung hätte hervorrufen müssen.

Der Spion wurde vor ein Studenten-Gericht gestellt und verhört; im ersten Schrecken für sein Leben fürchtend, gestand er Alles ein und zeigte seine polizeilichen Legitimations-Papiere, so wie eine große Anzahl von Freibilletten zu Theater, Eisenbahnen und Concerten zur Erleichterung seines nichtswürdigen Gewerbes.

Man that dem zitternd um sein Leben Flehenden nichts, nur auf eine Karre setzte man ihn, hing ihm eine Tafel um den Hals, auf der mit großen Buchstaben das Wort Spitzel*) geschrieben stand, und fuhr ihn so in der Stadt umher.

So unbedeutend dieser kleine Vorfall schien, sollte er doch von gewaltigen Folgen für die Stadt Wien begleitet sein.

Die Rundfahrt des Polizei-Spions hatte natürlicher Weise eine große Menschenmenge versammelt; besonders hatten sich auf dem Stephansplatz solche Massen eingefunden, daß bald kein Wagen mehr fahren konnte.

Eine große Erregung, besonders gegen den Minister Grafen Fiquelmont, den man für den hauptsächlichsten Begünstiger des alten Polizeiwesens hielt, that sich überall kund.

Die Erregung wuchs, als es Abend wurde; die Massen setzten sich in Bewegung, brachten erst dem Fürst Erzbischof und dem juridisch-politischen Lese-Verein eine Katzenmusik, dann zogen sie nach der Herrengasse zum Palast des Grafen Fiquelmont, um diesen zur Abdankung zu zwingen.

Der Graf ließ sich verleugnen; aber er wurde von dem,

---

*) Spitzel ist das Wiener [illegible] für Polizei-Spion.

den Palast und die Nachbarhäuser aufs Strengste durchsuchenden Volke aufgefunden. Stolz trat er jetzt der Menge gegenüber und erklärte, daß er dem Verlangen, seine Stelle zu verlassen, nicht nachkommen könne, da er dieselbe vom Kaiser, nicht vom Volke erhalten habe.

Ein Student erwiderte ihm, daß das souveraine Volk seine Abdankung fordere und gewiß stände die Souverainetät des Volkes nicht unter der des Kaisers.

„Gut," antwortete Graf Fiquelmont sehr ernst, „ich werde abdanken, weil das Volk es so will, aber Sie werden es einst bitter bereuen!"

Graf Fiquelmont hielt als Ehrenmann Wort. Am folgenden Tage legte er seine Entlassung in die Hände des Kaisers nieder und dieselbe wurde augenblicklich genehmigt.

Diese neuen Unruhen hatten wieder das Ministerium in einen gewaltigen Schrecken gesetzt. Es sah ein, daß es etwas zur Beruhigung der gährenden Masse thun müsse, und dennoch hatte es nicht den Muth, zu ganzen Maßregeln, zu tief ins Volksleben einschneidenden Reformen zu greifen, welche allein Beruhigung schaffen konnten. Es nahm wieder seine Zuflucht zu einer halben Nachgiebigkeit, welche seine Lage nur verschlimmern mußte, indem sie die gänzliche Rath- und Thatlosigkeit dieses schwachen Ministeriums offen an den Tag legte.

Ein Ministerium für die Arbeit, für Ackerbau, Handel und Gewerbe war vom Volke gewünscht und durch das Organ desselben, die Studentenschaft, erbeten worden. Beide Ministerien wurden geschaffen und das erstere dem Freiherrn von Dobblhoff, einem als freisinnig geachteten Mann, das letztere hingegen dem Hofrath von Baumgartner übertragen,

einem Manne, der als erbitterter Anhänger des alten Systems ganz allgemein bekannt war.

An die Stelle des Grafen Fiquelmont sollte ein Herr von Wessenberg treten, den man ebenfalls als freisinnig achtete; dagegen bot man das Ministerium des Unterrichts dem als fanatischen Slavenfreund bekannten Böhmen Palazky an.

Dieser Schritt war um so unsinniger, als sich gerade in jener Zeit der Haß gegen die Deutschen und besonders gegen die revolutionaire Partei in Wien unter den Slaven schon sehr deutlich kundgegeben hatte; das deutsch-enthusiastische Volk in Wien wurde daher durch die Ernennung des Böhmen aufs Neue um seine Nationalität besorgt gemacht.

Eine Deputation der Studentenschaft, welche gegen die Ernennung Palazky's protestirte, erhielt vom Minister von Pillersdorf nur ausweichende Antworten; aber Palazky selbst war klug genug, einzusehen, daß die Annahme eines Ministeriums unter so drohenden Umständen eine Thorheit wäre und lehnte selbst die Stelle ab.

Um die im Volke herrschende Gährung einigermaßen zu beruhigen, wurden von Seiten des Ministeriums einige Maßregeln ergriffen; aber diese reichten bei weitem nicht zu.

Der Kaiser erließ eine Proclamation, in welcher er zur Ruhe und Ordnung ermahnte; aber dieselbe ging natürlich unbeachtet vorüber.

Das Polizei-Directorium machte bekannt, daß das alte Spionirwesen aufgehoben worden sei; aber man glaubte das nicht.

Einen günstigen Eindruck machte nur die officielle Bekanntmachung, daß die Jesuiten aus Wien verbannt und daß Erzherzog Ludwig, das Haupt der reactionssüchtigen Camarilla,

aus dem Staatsdienst getreten sei; aber auch dieser günstige Eindruck wurde bald verwischt durch die am 11. Mai erfolgende Publicirung des provisorischen Wahl-Gesetzes.

Man hatte lange (vom 25. April an) auf dies Wahl-Gesetz gehofft und erwartet, daß wenigstens die Wahl für die zweite Kammer nach den freisinnigsten, ächt demokratischen Principien geschaffen werden würde; aber wie gewaltig hatte man sich getäuscht, die österreichische Regierung war nicht im Stande, energisch mit dem Volkswillen mitzugehen, immer und immer bebte sie zurück vor wahrhaft freisinnigen Institutionen.

Die Wahl zur zweiten Kammer war eine indirecte durch Wahlmänner; das war gegen den Wunsch einer großen Partei; aber es hätte hingehen mögen, denn es sprachen sich auch im Volke selbst viele und gewichtige Stimmen für die indirecte Wahl aus.

Die Wahlberechtigung war an keinen Census geknüpft; aber dennoch war die gesammte Arbeiter-Bevölkerung des österreichischen Kaiserstaates von diesem theuersten politischen Rechte vollständig ausgeschlossen, indem §. 31 des Wahl-Gesetzes allen auf Tage- oder Wochenlohn Arbeitenden keine Wahlberechtigung zugestand.

Daß durch ein solches Gesetz der Unwille gegen die Regierung, die Gährung im Volke nur befördert werden konnte, versteht sich wohl von selbst. Eine neue Revolution sollte die Folge dieses dem Volksgeist so gänzlich widerstrebenden Gesetzes sein.

3.

Hatte schon das Wahl-Gesetz unter der Wiener Bevölkerung eine tiefe Entrüstung hervorgebracht, eine Gährung

erzeugt, welche in jedem Augenblick in einen offenen Aufstand auszubrechen drohte, so sollten dem Volke doch bald noch vielfache andere Gelegenheiten zur Unzufriedenheit, zum Zorn gegen die Regierung gegeben werden.

Das Ministerium schien diese drohenden Anzeichen indessen gar nicht zu bemerken. Der schwache Pillersdorf, der einzige Mann im Ministerium, welcher einigermaßen beabsichtigte, mit dem Volkswillen mitzugehen, konnte gegen seine übrigen Collegen nicht durchdringen, und so geschah denn nichts, um den voraussichtlich erfolgenden Unruhen vorzubeugen, um die allgemein herrschende Aufregung zu beschwichtigen.

Im Gegentheil, das Ministerium griff, wie wir sogleich sehen werden, zu Maßregeln, welche augenscheinlich nur geeignet sein konnten, die Aufregung zu vergrößern und eine vollständige Revolution heraufzubeschwören.

Diese sonderbare Erscheinung wäre vollkommen unbegreiflich, wenn sich nicht in den Provinzen, besonders in Böhmen, laute Stimmen gegen die Wiener Revolutions-Partei und zu Gunsten der Regierung erhoben hätten. Das Ministerium glaubte deshalb außerhalb Wiens eine Stütze zu finden, es glaubte, gewaltsame Maßregeln wagen zu können, und hoffte, das Volk mit Hülfe der zum Theil reactionairen National-Garde und des Militairs im Zaum halten zu können.

Schon der 12. Mai hätte das Ministerium eines Bessern belehren können, denn schon an diesem Tage zeigten sich die ersten Ausbrüche der gewaltigen im Volke herrschenden Gährung.

Volksmassen zogen am Abend des 12. durch alle Straßen Wiens und brachten vor den Häusern derjenigen Leute, welche

[illegible] im Verdacht der Reaction [illegible], glänzende Katzen-Musiken.

Die National-Garde wurde aufgeboten gegen die Tumultuanten; aber sie vermochte gegen die Massen derselben nichts auszurichten, und mußte es sogar leiden, daß an verschiedenen Orten der Skandal bis zum Einwerfen von Fenstern und Demolirung von Hausthüren ging. Erst als die beim Volke im höchsten Grade beliebten und verehrten Studenten die Herstellung der Ruhe und Ordnung übernahmen, gelang die Zerstreuung der unruhigen Massen.

Diese Scenen, welche nur das Vorspiel ernsterer und gefährlicherer Auftritte sein sollten, hätten das Ministerium belehren sollen, auf welchem schwankenden Boden seine Macht stand; aber sie sollten nichts fruchten.

Am 14. Mai kamen in Wien 116 Deputirte aus Prag an, welche von der czechischen Partei in der Hauptstadt Böhmens geschickt worden waren, um dem Kaiser und dem Ministerium sowohl die alte, unwandelbare Liebe der Czechen gegen das Kaiserhaus zu versichern, als auch ihm den Schutz derselben gegen die Partei anzubieten, welche sich erfrecht hatte, terroristisch den Grafen Fiquelmont zur Abdankung zu zwingen.

Das Ministerium glaubte jetzt auf den Schutz der Provinzen rechnen zu können; es gewann eine größere Kühnheit und beschloß, energische Maßregeln zur Unterdrückung der Revolutions-Partei zu ergreifen.

Eine solche Maßregel war unter Anderem die Auflösung des Central-Comités der Studentenschaft.

Dieses Comité hatte sich gebildet aus Deputirten der einzelnen Compagnieen der National-Garde und Studentenschaft; es war vom freisinnigsten Geiste durchdrungen und

von einer ungeheuren Einwirkung auf das politische Leben Wiens, weil es innig mit der bewaffneten National-Garde und der akademischen Legion zusammenhing; um so mehr, als auch die Arbeiter zu dem freisinnigen Comité das vollständigste Vertrauen hegten und seinen Befehlen überall gern folgten.

Das Central-Comité hatte daher gewissermaßen eine Regierung mitten im Staate gebildet, und es war insofern dem Ministerium kaum zu verdenken, wenn es durch diese Behörde seine eigene Existenz für gefährdet erachtete und daher gegen dieselbe einschritt; aber es konnte in der That kaum einen ungünstigeren, unpolitischeren Zeitpunkt, als die Mitte des Mai, wählen.

Am 14. Mai ließ das Ministerium plötzlich das Militair ausrücken und die wichtigsten Punkte der Stadt durch dasselbe besetzen; auch die Allarmtrommel für die Nationalgarde ertönte.

Das Ministerium glaubte nun die hinreichenden Vorsichtsmaßregeln ergriffen zu haben und erklärte, daß das Central-Comité aufgelöst sei und kein Recht habe, Beschlüsse zu fassen.

Das war ein gewaltiger Schritt und er sollte Folgen von der höchsten geschichtlichen Bedeutung haben.

Sobald sich die Kunde von der Auflösung des Central-Comités in Wien verbreitete, wurde die Aufregung in der ganzen Stadt eine ungeheure.

Gewaltige Menschenmassen fanden sich zusammen und umlagerten die Universität, deren offene Thore dem fortwährend hinzuströmenden Volke den Eintritt verstatteten. Massen

von Arbeitern hatten sich versammelt und schwuren, für ihre Studenten zu kämpfen und zu sterben! —

In der Aula hielt das Central-Comité eben eine Sitzung unter dem Vorsitz des Mediziners Goldmark, als ihm die Nachricht von seiner Auflösung kam. Es erklärte sich jetzt sofort für permanent und erwartete in voller Sitzung das, wie man glaubte, zu seiner Auflösung kommandirte Militair.

Das Militair kam indessen nicht und so löste sich denn in der Nacht um 12 Uhr das Comité auf, um am anderen Morgen wieder in der Aula zusammen zu treten.

Die ganze Nacht vom 14. zum 15. war eine höchst unruhige. Dichte Volksmassen zogen während der ganzen Nacht durch die Straßen Wiens und vermochten auch durch die zahlreichen Patrouillen der National-Garde nicht auseinander gebracht zu werden.

4.

Der Morgen des 15. Mai brach an. Wien war wieder ruhig und still geworden, als ob nichts vorgefallen wäre. Die Läden wurden geöffnet, die Straßen waren nicht belebter, als sonst, nur hier und dort sah man an den Ecken kleine Menschengruppen stehen, welche sich eifrig unterhielten.

So kam der Nachmittag heran. Da, gegen drei Uhr, verbreitete sich plötzlich das Gerücht, das Militair rücke aus, um die akademische Legion zu entwaffnen.

In der That ertönte der Generalmarsch, die National-Garde erschien auf den Sammelplätzen und auch die Truppen rückten aus und besetzten die Hofburg, das Glacis und die Stadtthore, letztere in Verbindung mit der National-Garde

der Vorstädte, welche sich ebenfalls sofort gesammelt hatte und in die Stadt marschirt war. Auf dem Glacis wurden Kanonen aufgefahren.

Wie durch einen Zauberschlag war jetzt plötzlich das Aussehen der ganzen Stadt verändert. Eine ungeheure Aufregung ergriff die ganze Bevölkerung, und besonders den um seine Lieblinge, die Studenten, besorgten Arbeiterstand.

Gewaltige Menschenmengen sammelten sich auf allen freien Plätzen und aus den Vorstädten kamen die Arbeiter in dichten Haufen nach der Stadt geströmt; aber die Thore waren verschlossen, man ließ die Arbeiter nicht ein.

Das vergrößerte nur die Aufregung und die Besorgniß unter diesen Leuten, welche von den extremsten Gerüchten über Gefahren, welche der akademischen Legion drohen sollten, gehört hatten.

Sie sammelten sich vor den Thoren, bewaffneten sich und gegen Abend waren schon gegen 20,000 Mann versammelt, sämmtlich kühne, entschlossene Leute, die in jedem Augenblick bereit waren, in die Stadt zu dringen und den abgöttisch von ihnen verehrten Studenten zu Hülfe zu eilen, falls diesen auch nur die geringste Gefahr drohen sollte.

Während dieser Zeit war das Central-Comité und die Studentenschaft in der Aula bei wichtiger Berathung versammelt gewesen; man hatte beschlossen, nicht mehr stehen zu bleiben bei der Forderung, daß die Auflösungs-Ordre des Central-Comités zurückgenommen werde, sondern man war, wie dies bei solchen Gelegenheiten immer zu geschehen pflegt, weiter gegangen, und stellte folgende vier Punkte als die Forderungen des Volkes auf, welche eine Deputation an das Ministerium bringen sollte.

Diese vier Forderungen lauteten:

1) Zurücknahme des Befehles hinsichtlich der Auflösung des politischen Central-Comités der National-Garde;

2) die National-Garde soll künftig in Gemeinschaft mit den Truppen die Wache der Hofburg und der Thore beziehen;

3) zum Ausrücken der Truppen bedarf es der Bewilligung des Commandanten der National-Garde; das Militair schreitet nur in Gemeinschaft mit der National-Garde zur Herstellung der Ordnung ein;

4) das Volk verlangt eine Aenderung der Constitution; es fordert, daß nur eine Kammer und allgemeines Stimmrecht bestehe.

Aber auch mit diesen Forderungen war man bald nicht mehr zufrieden, wenigstens wollte man sich die Gewährung derselben unter jeder Bedingung erzwingen.

Der vom Dr. Schütte in der Versammlung im Odeum vorgebrachte, aber damals verworfene Vorschlag einer Sturm-Petition ging jetzt bei der furchtbaren Aufgeregtheit aller Versammelten durch, wie sehr sich auch Professor Hye und einige andere furchtsame Leute bemühten, die Studenten von diesem Vorsatz abzubringen. Ihr Bestreben war vergeblich, sie mußten endlich einsehen, daß sie ihren Einfluß auf die Studentenschaft verloren hatten.

Gegen 6 Uhr des Abends rückte die akademische Legion unter Waffen, mit geladenen Büchsen, mit Munition hinreichend versehen, aus der Universität aus. Unter Trommelschlag, die deutsche Fahne voran, ging der wohl 6000 Mann starke Zug langsam vorwärts.

Vor jeder Compagnie marschirte eine Anzahl Barrikadenbauer mit Hacke und Schaufel, und Tafeln mit der Inschrift:

„Nur eine Kammer!" „Inniger Anschluß an Deutschland!" „Ein anderes Wahl-Gesetz!" wurden vorangetragen.

Ein ungeheurer Jubel des in unendlosen Massen versammelten Volkes empfing den unter dem Gesange: „Was ist des Deutschen Vaterland?" langsam vorwärts schreitenden Zug.

Niemand zweifelte, daß es zum Kampfe kommen werde, und mit inniger Theilnahme blickte daher das Volk auf diese jungen, kräftigen Streiter!

Die Straßen, durch welche der Zug kam, wurden erleuchtet, Frauen und Mädchen winkten den kühnen Studenten mit Tüchern zu, und die National-Garde, an der sie vorbeimarschirten, empfing sie mit einem Schrei der Begeisterung und salutirte mit den Waffen.

So kam der Zug bis an den Graben, einige hundert Schritt von der Burg.

Hier wurde Halt gemacht und beschlossen, die Rückkehr der Deputation abzuwarten; da diese aber zu lange auf sich warten ließ, wurden neue Deputationen in die Burg geschickt, mit dem Auftrage, auf das Entschiedenste die Forderungen des Volkes durchzusetzen.

Die Minister waren während dieser Zeit in einer verzweiflungsvollen Lage. Den Forderungen des Volkes nachgeben, hieß, sich selbst den Wünschen der Studentenschaft unterwerfen, und es ließ sich gar nicht absehen, bis wie weit dieselbe gehen würde, wenn man ihr stets nachgäbe; aber dennoch ließ sich kaum etwas Anderes thun; die National-Garde hatte durch die Art, wie sie die Studenten empfangen hatte, nur zu deutlich gezeigt, daß sie im Fall eines Kampfes auf Seiten derselben stehen werde.

Das Ministerium hatte selbst den Kampf herauf beschworen, es mußte jetzt die Folgen tragen; es mußte abermals ein schmachvolles Zeichen seiner unendlichen Schwäche geben, indem es sich den Forderungen der Studenten fügte.

Die drei ersten Punkte der Petition wurden sofort bewilligt; gleich nach 8 Uhr Abends verkündigte dies der Dr. Engel den Studenten und setzte sich dann zu Pferde, um auch dem Volke diese Nachricht mitzutheilen, von welcher er hoffte, daß sie beruhigend wirken werde. Er ritt durch alle Straßen und verkündigte die Nachgiebigkeit des Ministeriums.

Aber weder die Studenten, noch das Volk, ließen sich mit dieser theilweisen Nachgiebigkeit zufrieden stellen, sie fühlten, daß sie die Macht hätten, Alles zu verlangen, was sie irgend wollten, und bestanden deshalb um so fester auf der Gewährung auch ihrer letzten Forderung, gerade der wichtigsten, der Aenderung der Constitution, einer Kammer und allgemeinem Stimmrecht. Alles wurde zum Kampf vorbereitet, falls das Ministerium den Forderungen des Volkes nicht nachgeben wolle.

Das Ministerium berieth und berieth, während draußen vor der Burg das Volk eine immer drohendere Stellung einnahm. Endlich gegen 11 Uhr in der Nacht sahen sich die Minister gezwungen, nachzugeben, wenn sie nicht eine neue, vielleicht die ganze Staats-Verfassung umwerfende Revolution heraufbeschwören wollten. Eine solche Revolution erschien um so wahrscheinlicher, als die Nachricht in die Burg kam, daß die Arbeiter in den Vorstädten an verschiedenen Orten bereits die Republik ausgerufen hätten, bisher aber noch von der National-Garde von Gewaltschritten zurückgehalten worden wären. Man fürchtete indessen, daß es nicht lange mehr

möglich sein werde, die Ruhe aufrecht zu erhalten, wenn nicht schleunige Nachrichten von der vollständigsten Nachgiebigkeit des Ministeriums in die Vorstädte kämen.

Unter solchen Umständen entschloß sich das Ministerium, nachzugeben, und machte um 11½ Uhr in der Nacht den Studenten bekannt, daß auch ihre letzte Forderung gewährt sei, eine constituirende Kammer werde nach dem freisinnigsten Wahl-Gesetz einberufen werden, um eine neue Verfassung zu entwerfen, die alte Verfassung trete außer Kraft.

Die Antwort des Ministeriums wurde mit Zweifel vom Volke aufgenommen, und erst als der Minister von Pillersdorf persönlich erschien und sein heiliges Ehrenwort darauf gab, er werde seine Versprechungen halten, erst da vertraute man, und nun war der Jubel groß.

Reitende Boten flogen sofort durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt und der Vorstädte, um überall dem Volk die mit dem höchsten Enthusiasmus aufgenommene Nachricht von der Nachgiebigkeit des Ministeriums zu bringen.

Aller Groll gegen die Regierung war im Augenblick vergessen. Lebehochs auf die Minister wechselten nun mit solchen auf den Kaiser und auf die akademische Legion ab.

5.

Am folgenden Morgen war die Ruhe in Wien wieder so vollständig hergestellt, als ob am 15. Mai gar nichts Außergewöhnliches geschehen sei. Man erwartete mit Begierde die Kundgebungen des Ministeriums, ob dasselbe seine Versprechungen halten werde.

Folgende Kundmachung des Ministers Pillersdorf, welche

schon am 15. ausgefertigt war, aber erst am 16. Morgens an den Straßenecken erscheinen konnte, bewies deutlich, daß es dem Ministerium mit seinen Concessionen in der That Ernst sei.

Kundmachung.

Das Ministerium hat in Erwägung der Pflichten, welche ihm gegen den Thron obliegen, und um zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther nach Kräften beizutragen, die Zurücknahme des Tages-Befehls der National-Garde vom 13. Mai 1848 und die Gewährung der zwei übrigen Punkte der überreichten Petition beschlossen. Eben so wurde der National-Garde gewährt, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung der Reichsstände unterliegen und die Bestimmungen des Wahl-Gesetzes, welche zu Bedenken Anlaß gegeben haben, in einer neuerlichen Prüfung erwogen werden sollen. Da in Folge dieser Zugeständnisse die Verfassung erst durch die Reichsstände festgestellt werden wird, so wird für den ersten Reichstag nur Eine Kammer gewählt werden, somit für die Wahlen gar kein Census bestehen, wodurch alle Zweifel einer unvollkommenen Volks-Vertretung entfallen.

Wien, am 15. Mai 1848.

Der Minister des Innern. Pillersdorf.

Am 16. erschien folgende Proclamation:

Zur Beruhigung der am 15. Mai 1848 in Unserer Residenzstadt Wien entstandenen Aufregung und zur Verhütung gewaltsamer Ruhestörungen wurde von Unserem Minister-Rathe die Zurücknahme des für Unsere National-Garde am 13. Mai 1848 erlassenen Tages-Befehls i[illegible]treff der Vorgänge des politischen Central-Comités be[illegible] und ebenso wurde bereits den von der National-[illegible]

zwei Bitten die Gewährung zugesagt, daß nämlich die Stadtthore und die Burgwache gemeinschaftlich von dem Militair und der National-Garde nach allen ihren Abtheilungen besetzt werden sollen, und daß das Militair nur in jenen Fällen des erforderlichen Beistandes herbeizurufen sei, wo die National-Garde selbst es ansucht. Diesen Beschlüssen fügen Wir noch, um alle übrigen Anlässe zu Mißvergnügen und Aufregung zu beseitigen, nach dem Anrathen Unseres Minister-Rathes die weitere Bestimmung bei, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung des Reichstages unterzogen werden soll, und die Anordnungen des Wahl-Gesetzes, welche Bedenken hervorgerufen haben, in einer neuerlichen Prüfung zu erwägen seien. Damit die Feststellung der Verfassung durch die constituirende Reichs-Versammlung auf die zuverlässigste Weise bewirkt werde, haben Wir beschlossen, für den ersten Reichstag nur Eine Kammer wählen zu lassen, wonach also für die Wahlen gar kein Census bestehen und jeder Zweifel einer unvollkommenen Volks-Vertretung entfallen wird. Wir hegen hiernach die Zuversicht, daß alle Klassen der Staatsbürger mit Ruhe und Vertrauen der baldigen Eröffnung des Reichstages entgegen sehen werden.

Wien, am 16. Mai 1848.

Ferdinand.

Pillersdorf, Minister des Innern und provisorischer Präsident. Sommaruga, Minister der Justiz und des Unterrichts. Krauß, Finanz-Minister. Latour, Kriegs-Minister. Doblhoff, Minister des Handels. Baumgartner, Minister der öffentlichen Arbeiten.

Außerdem erschien am 16. eine außerordentliche Beilage der [illegible] österreichischen Zeitung, in welcher das Ministerium

seine Handlungsweise in einem längeren Aufsatze entschuldigte, zugleich aber auch anzeigte, daß es seine Entlassung eingereicht habe. Dieser interessante Aufsatz lautet folgendermaßen:

Nachdem durch wiederholte Deputationen von dem versammelten Minister-Rathe die Zurücknahme des Tages-Befehls des Ober-Commandanten der National-Garde gegen die Verhandlungen des politischen Comité derselben verlangt wurde, hat derselbe diesem Begehren nicht nachgeben zu können geglaubt, und diese Entscheidung mit dem Beisatze ausgefertigt, daß er bei dem Beweise von Mangel an Vertrauen der National-Garde seine Stelle in die Hände Sr. Majestät niederlegen werde. Diese Erklärung wurde mit entschiedenem Mißfallen und mit der Erwiderung aufgenommen, daß die Sicherheit und Ruhe auf das Höchste gefährdet und das Aeußerste zu besorgen sein würde. Eben so beunruhigende Nachrichten erhielten die Minister über die Richtung und über die vorherrschenden Sympathieen für das gestellte Begehren und über die Mittel, den in größter Gährung begriffenen Manifestationen des Volkes Widerstand zu leisten. Diese Verhältnisse erforderten eine um so ernstere Erwägung, als Tausende von Arbeitern in die Stadt geströmt waren und Neigung zu gewaltsamen Schritten besorgen ließen. Sie erkannten es unter solchen Umständen für ihre heiligste Pflicht, mit Hintansetzung aller persönlichen Rücksichten vor Allem auf die Sicherheit des Thrones, der Dynastie und der Einheit der Monarchie bedacht zu sein. Diese Pflichten geboten ihnen, schwere Opfer zu bringen, um größeres Unglück abzuwenden. Sie haben den angegriffenen Tages-Befehl außer Kraft gesetzt, die bereits von Sr. Majestät beschlossene gemeinschaftliche Besetzung der Stadtthore und der Burgwache mit dem Militair

der National-Garde zugesichert, und eben so zugestanden, daß das Erstere nur in jenen Fällen der dringendsten Gefahr, wo die National-Garde selbst bittet, herbeigerufen werde. Auch diese Zugeständnisse waren nicht hinreichend, die aufgeregte Stimmung zu beruhigen. Die Feststellung der Verfassung durch den constituirenden Reichstag wurde eben so wie eine Revision des Wahl-Gesetzes gefordert, und nur durch diese Bewilligung die Erhaltung der Ruhe als möglich erklärt. Vor Allem berufen, die geheiligte Person Sr. Majestät, den constitutionellen Thron und die ernstlich bedrohte Sicherheit der Residenz zu schützen, zugleich aber die Ueberzeugung zu befestigen, daß der Monarch zu jedem mit dem Gesammtwohle verträglichen Zugeständnisse geneigt sei, haben die Minister die Verantwortlichkeit übernommen, Sr. Majestät vorzuschlagen, den ersten Reichstag zu einem constituirenden zu erklären und die Wahlen für denselben auf eine Kammer zu beschränken, wodurch die für den Senat festgesetzten Wahlmodalitäten diesmal entfallen und das provisorische Wahl-Gesetz einer neuen Prüfung unterzogen werden muß. So wenig sie für diese Maßregeln die Verantwortlichkeit ablehnen, so fühlen sie doch durch diese Vorgänge und durch ihren Schritt die Kraft und die Mittel gelähmt, wodurch ihre Dienste der Krone zur Stütze dienen können. Ihr Pflichtgefühl hat ihnen daher die unabweisliche Nothwendigkeit auferlegt, die ihnen anvertrauten Ministerien in die Hände Sr. Majestät niederzulegen, um den Monarchen in den Stand zu setzen, sich mit Räthen zu umgeben, welche sich einer allgemeinen und kräftigen Unterstützung erfreuen.

Das Ministerium zeigte zugleich an, daß es nach dem

Wunsche des Kaisers die Geschäfte provisorisch bis zur Bildung eines neuen Ministeriums fortführen werde.

Das war mehr, als die akademische Legion, als das Volk wollte. Das Ministerium war durch seine Fügsamkeit in den Volkswillen gewissermaßen populair geworden, und die Nachricht von seiner Abdankung erregte daher allgemeines Bedauern.

Dasselbe Central-Comité, welches am 15. Tausende von Bewaffneten gegen die Burg entsendet hatte, welches dadurch dem Ministerium so schroff gegenüber getreten war, dasselbe Central-Comité erließ am 16. eine Vertrauens-Adresse an das Ministerium und bat es, in seinen Functionen zu bleiben.

Und das Ministerium blieb. Der gutmüthige, aber schwache Pillersdorf ließ sich überreden, er verharrte in einer Stellung, welcher er durchaus nicht gewachsen war, in einer Stellung, die von einer Seite bedroht war durch das stürmisch vorwärts drängende Volk, und von der anderen Seite, wie wir sehr bald sehen werden, durch die reactionaire Camarilla, welche schon jetzt ihre finsteren Pläne zur Ausführung zu bringen suchte.

6.

Die höchste Ruhe war nach den bedeutungsvollen Ereignissen des 15. Mai in Wien eingetreten; man hätte glauben sollen, daß nach dem leichten Siege des Volkes dasselbe vollkommen befriedigt sein müsse, und daß die Nachgiebigkeit des Ministeriums eine Garantie auch für spätere Ruhe bieten müsse. Dies war indessen leider nicht der Fall. Es gab

der National-Garde zugesichert, und eben so zuge... ließ, den
das Erstere nur in jenen Fällen der dringend...
die National-Garde selbst bittet, herbeige... darf, wie in den
diese Zugeständnisse waren nicht hinr... sie sich noch nicht
Stimmung zu beruhigen. Die F... schien es ihr an der
durch den constituirenden Reichst... ...eit entgegen zu treten,
Revision des Wahl-Gesetzes g... Macht auf immer zu ver-
Bewilligung die Erhaltung
Vor Allem berufen, die ge... wahnsinnigsten Gerüchte über
constitutionellen Thron ... am 15. Mai in Wien ver-
der Residenz zu schützen ... ...ten wären mit brennenden Ci-
befestigen, daß der ... Kaisers gedrungen, hätten ihm
wohle verträglichen ... Füße gestoßen und ausgerufen, er
nister die Verant... machen, sie hätten keine Zeit zu
zuschlagen, der
erklären und ... erzählte man, der Kaiser wäre unter Andro-
beschränken ... daß die Republik ausgerufen werden solle, zur Unter-
modalitäte... gezwungen worden.
Gesetz e... Wenn auch diese Lügen allerdings albern genug waren,
wenig ... so fanden sie doch bei einem Theile der reactionairen Bürger-
so fü... schaft Glauben, und es zeigte sich daher schon am 17. ein
Schr... Umschwung in der öffentlichen Meinung, welcher eine baldige
Die ... Reaction erwarten ließ.

Besonders aber machte es sich die Reaction zur Aufgabe,
den gutmüthigen, aber leichtgläubigen, verstandesschwachen
Kaiser zu umgarnen. Man stellte ihm vor, daß seine Person
in Wien gefährdet sei, die Partei des Volkes strebe nach
Republik, die Guillotine, der Communismus, die Arbeiter-
herrschaft stehe dem Kaiserreiche bevor; von der Wohnung
des Bäckermeisters Dehne sei eine Mine unter die Burg

...ten, und das Militair wisse darum; das Volk beabsich... ...Burg mit dem Kaiser in die Luft zu sprengen, und ...publik zu proklamiren.

...nur einigermaßen urtheilsvollen Manne wäre, ... Haltung des Wiener Volkes gegenüber, eine ...ndung fruchtlos geworden, aber der verstandes... ...aiser lieh ihr ein williges Ohr; er that es um so ...s er schon seit einigen Tagen an einem Nervenübel ...elches ihn für die Einflüsterungen der Camarilla noch ...änglicher machte.

Am Abend des 17. Mai fuhren bei herrlichem Wetter mehrere Hofwagen zum Thore hinaus. —

Die Wiener sahen dies mit an, sie sahen den Kaiser, die Erzherzogin Sophie, den Erzherzog Franz Karl und dessen Familie, von dem durch und durch reactionairen Grafen von Bombelles begleitet, nach Schönbrunn hinausfahren, ohne den geringsten Argwohn zu hegen. Auch das Ministerium selbst hatte keine Ahnung, daß die kaiserliche Familie Wien auf immer zu verlassen beabsichtige. Es konnte dies um so weniger glauben, als die Ruhe in der Stadt vollkommen wiederhergestellt war, als die Bürgerschaft durch die Nachgiebigkeit des Kaisers eine nur noch größere Liebe für denselben an den Tag gelegt hatte.

Erst spät am Abend, nach 9 Uhr, erfuhr das Ministerium, daß die Ausflucht des Kaisers in der That mehr als eine bloße Spazierfahrt gewesen wäre, und am Morgen des 18. Mai theilte es die wunderbare Nachricht in einer Proklamation den staunenden Wienern mit.

Das Ministerium sagt in dieser Proklamation: „Heut in der neunten Abendstunde ist dem Ministerium die mündliche

unerwartete Mittheilung zugekommen, daß Se. Majestät der Kaiser aus Gesundheits-Rücksichten in Begleitung der Kaiserin und des Durchlauchtigen Erzherzog Karl sammt seiner Durchlauchtigen Gemahlin und drei Prinzen die Residenz verlassen, und die Route nach Insbruck eingeschlagen habe. Das unterzeichnete Ministerium, welches die Gründe und näheren Umstände dieser Reise nicht kennt, sieht sich verpflichtet, dieselbe zur Kenntniß der Bevölkerung zu bringen. Dasselbe hat es als seine erste Pflicht erkannt, in der Person des Ober-Commandanten der National-Garde, Grafen Hoyos, eine vertrauenswürdige Person sogleich in der Nacht abzusenden und die dringende Bitte zu stellen, daß die Bevölkerung durch die Rückkehr des Kaisers, oder durch eine offene Darstellung der Gründe, welche dieselbe unmöglich machen, beruhigt werde." Das Ministerium fordert ferner in derselben Proklamation alle Gutgesinnten auf, ihm behülflich zu sein, die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten.

Als die Nachricht von der Flucht des Kaisers in Wien bekannt wurde, verbreitete sich nicht nur ein allgemeines Staunen, sondern die ganze Bevölkerung von Wien ward von einem förmlichen Schrecken ergriffen. Hatte sich schon an den Tagen vorher ein Umschlag zu Gunsten der Regierung, eine Furcht vor Ueberstürzung gezeigt, so wurde diese durch die plötzliche Flucht des Kaisers nur noch vermehrt.

Die National-Garde und selbst die akademische Legion wurde plötzlich conservativ, und riethen zur vollständigsten Ruhe. Das Central-Comité, welches die Ereignisse des 15. Mai veranlaßt hatte, löste sich von selbst auf, trat aber, durch Mitglieder der übrigen National-Garde verstärkt, unter Vorsitz des Grafen Montecuculi als permanenter Sicherheits-

Ausschuß zusammen, und übernahm nun die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt Wien, indem es zu gleicher Zeit dem Ministerium ein vollkommenes Vertrauens-Votum gab und sich verpflichtete, den Ministern in dieser kritischen Zeit mit aller Macht beizustehen. In den Vorstädten zeigte sich allerdings eine größere Unruhe; dort, wo die Arbeiter-Bevölkerung vorzüglich ihren Sitz hat, ließ sich eine Bewegung am ersten erwarten, und dorthin wendeten sich daher alle extravaganten Köpfe, welche glaubten, den Moment benutzen zu können, um in Wien die Republik zu proklamiren.

Aber alle diese Unternehmungen waren vergebens. Die Studenten, das Militair und die National-Garde standen vereinigt und zeigten sich fest entschlossen, allen dergleichen Uebergriffen entgegen zu treten.

Die Thore der Stadt wurden besetzt, um den Zudrang von Arbeitern abzuhalten. Wo auch in den Vorstädten der Ruf: „Es lebe die Republik!" ertönte, fand derselbe doch nur wenig Anklang, und diejenigen, welche gewagt hatten, ihn auszustoßen, wurden verhaftet.

Alle Stände in Wien wetteiferten, die Ruhe und Ordnung zu erhalten. Die Literaten und Zeitungs-Unternehmer traten zusammen, um den mitunter zügellosen Ausschweifungen der Presse entgegen zu treten. Die Aula blieb nur drei Stunden des Tages offen, und die Studentenschaft bemühte sich, die Arbeiter durch Ueberredung von allen unruhigen Schritten abzuhalten. Trotzdem herrschte aber unter der ruhigen Bürgerschaft eine ungeheure Furcht vor einer Umwerfung der Staats-Verfassung, und Jedermann sah ein, daß wenn die Partei der Camarilla, welche den Kaiser zur Flucht

bewegt hatte, an der Herrschaft blieb, keine Möglichkeit vorhanden sei, eine Constitution ins Leben zu führen, und doch war diese zum Bedürfniß des Volkes geworden, und es ließ sich leicht voraussehen, daß hier nur die Wahl zwischen Republik und constitutioneller Monarchie zu treffen war, daß die alten Zustände nicht wieder zurückkehren könnten.

Am besten zeigte sich diese Furcht durch den ungeheuren Andrang gegen die Bank; an dem einen Tage, am 18., wurden in der Bank nicht weniger als anderthalb Millionen Gulden zurückgefordert. Die National-Garde, in Verbindung mit dem Militair und der akademischen Legion, unternahm es jetzt, mit aller Kraft für die Ruhe der Stadt zu sorgen. Vor dem Burgthor wurde ein förmliches Lager gemacht, in welchem Soldaten und National-Garde friedlich neben einander lagen. Am Abend, noch ziemlich spät, wurde sogar das Aufruhr-Gesetz proklamirt; es durften nicht mehr wie sechs Personen auf der Gasse beisammen stehen, die Hausväter waren verpflichtet, ihre Untergebenen zu Hause zu behalten; gegen Aufläufe wurde das Standrecht angedroht.

So zeigte es sich, daß die ganze Bevölkerung von Wien weit entfernt war, den ihr gemachten Vorwurf der Anarchie zu verdienen, daß sie im Gegentheil, wie sehr sie auch die Freiheitsbestrebungen begünstigte, doch einer ordnungsmäßigen Regierung mit aller Kraft ihre Unterstützung angedeihen ließ.

7.

Während in Wien über die Abreise des Kaisers eine so große Aufregung sich entfaltete, setzte der Kaiser, in Begleitung seiner Familie, ruhig seine Reise nach Insbruck fort.

Er hatte sich zuerst in eine leichte Equipage nach dem Schlosse Schönbrunn begeben, und war hier erst in den eigentlichen Reisewagen gestiegen.

Die Reise war dem Kaiser selbst höchst überraschend gekommen; er hatte so wenig von derselben vorher etwas geahnt, als das Volk von Wien. Die Camarilla, welche ihn mit ihren Netzen umgarnte, war vorsichtig genug gewesen, dem Kaiser erst in den letzten Stunden vor der Abreise zu derselben zu rathen, und den schwachen Mann durch inständiges Bitten seiner Familienglieder zu diesem so folgereichen Schritte zu bewegen.

Die Reise nach Insbruck wurde schnell fortgesetzt. In den Städten, welche der Kaiser unterwegs berührte, erhielt er allerdings manche Ehrenbezeugung, aber dennoch war diese Reise kein Triumphzug, wie sonst wohl die kaiserlichen Reisen zu sein pflegten; im Gegentheil zeigte sich fast in allen Städten Oberösterreichs eine gewisse Aufregnng über den Entschluß des Kaisers, über sein Verlassen der Residenz. Die deutschen Bewohner Oberösterreichs fühlten für die kühnen Vorkämpfer deutscher Freiheit in Wien gewaltige Sympathieen.

Am deutlichsten zeigte sich dies in Linz, wo eine Deputation sich zum Kaiser begeben hatte, um ihm Vorstellungen zu machen, ihm die Bestürzung der Einwohnerschaft über die Reise überhaupt und die Art derselben mitzutheilen, und zugleich ihm offen das Mißtrauen auszusprechen, welches das österreichische Volk über die Umgebung des Kaisers fühle.

Die Deputation war nur durch den Grafen Bombelles empfangen worden, und dieser hatte mit fanatischen Worten von der rohen Gewalt, von den drohenden Sturm-Petitionen gesprochen, welche den Kaiser zur Abreise gezwungen hätten.

Er war zu gleicher Zeit so unvorsichtig gewesen, die wahren Pläne der reactionairen Camarilla dadurch zu enthüllen, daß er der Deputation angerathen hatte, die Bürger möchten sich zur Unterdrückung der Anarchie in Wien mit den Slaven verbinden. Diese Aeußerung wurde bald bekannt und erregte eine allgemeine Entrüstung im ganzen deutschen Oesterreich. Als daher der Kaiser in Insbruck ankam, wurde er allerdings von den Bewohnern dieser Stadt, welche mit besonders treuer Liebe am Kaiserhause hängen, aufs Feierlichste und Freudigste empfangen, aber zu gleicher Zeit kamen auch aus vielen Theilen des Kaiserstaates Deputationen nach Insbruck, welche sich mit ziemlicher Offenheit für die Rückkehr des Kaisers nach Wien aussprachen, während freilich andererseits die slavischen Deputationen über die Flucht des Kaisers aus dem deutschen Wien frohlockten, und ihm zu diesem Schritt Glück wünschten.

In Insbruck blieb der Kaiser ganz umgeben von der Partei der Camarilla, es konnte kaum ein Anderer zu ihm dringen, und der gutmüthige schwache Mann mußte daher nothwendiger Weise in allen seinen Entschlüssen von dieser Partei geleitet werden. Die Hoffnung der Camarilla ging darauf hin, mit Hülfe der nahen italienischen Armee und der Slaven einen Staatsstreich auf Wien auszuführen. Man wartete nur darauf, daß eine hinlängliche Armee aus Italien zusammengezogen werden könne, um energisch gegen Wien vorzuschreiten.

Es war daher wohl natürlich, daß der dem Kaiser sofort nachgereiste Graf Hoyos, der Commandant der Wiener National-Garde, einen abschläglichen Bescheid erhielt, als er mit Bitten in den Kaiser drang, derselbe möge nach Wien

zurückkehren. Denselben Bescheid erhielt auch der Präsident des General-Rechnungs-Direktoriums, Graf Wilczek, welcher dem Grafen Hoyos vom Ministerium nachgesandt worden war.

Die Hof-Partei begnügte sich indessen mit diesen abschläglichen Antworten nicht; sie ging weiter, und veranlaßte den Kaiser, am 20. Mai ein Manifest zu erlassen, welches nicht einmal von einem Minister gegengezeichnet werden konnte, ein Manifest, welches deswegen allen constitutionellen Gebräuchen gradeswegés entgegenlief.

Dies Manifest lautete:

„Manifest an Meine Völker.

Die Vorgänge in Wien am 15. Mai drängen mir die traurige Ueberzeugung auf, daß eine anarchische Fraktion, sich stützend auf die meist durch Fremde irregeführte akademische Legion und einzelne Abtheilungen von der gewohnten Treue gewichenen Bürger und National-Garden, Mich der Freiheit zu handeln berauben wollte, um so die über jene vereinzelten Anmaßungen gewiß allgemein empörten Provinzen und die gutgesinnten Bewohner Meiner Residenz zu knechten. Es blieb nur die Wahl, mit der getreuen Garnison nöthigenfalls mit Gewalt den Ausweg zu erzwingen, oder für den Augenblick in der Stille in irgend eine der Gottlob insgesammt Mir treu gebliebenen Provinzen sich zurückzuziehen. Die Wahl konnte nicht zweifelhaft sein, Ich entschied Mich für die friedliche, unblutige Alternative, und wandte Mich in das zu jeder Zeit gleich bewährt gefundene Gebirgsland, wo Ich Mich auch zugleich den Nachrichten von der Armee näherte, welche so tapfer für das Vaterland ficht. Mir ist der Gedanke fern, die Geschenke, welche Ich Meinem Volke in den

Märztagen gemacht habe, und deren natürliche Folgerungen zurücknehmen oder schmälern zu wollen, Ich werde im Gegentheil fortan geneigt sein, den billigen Wünschen Meiner Völker im gesetzlichen Wege Gehör zu geben und den nationellen und provinziellen Interessen Rechnung zu tragen, nur müssen solche sich als wirklich allgemeine bewähren, in legaler Weise vorgetragen, durch den Reichstag berathen und Mir zur Sanction unterlegt werden; nicht aber mit bewaffneter Hand von Einzelnen ohne Mandat erstürmt werden wollen.' Dies wollte Ich Meinen durch Meine Abreise von Wien in ängstliche Spannung versetzten Völkern zu ihrer allseitigen Beruhigung sagen, und sie zugleich erinnern, wie Ich in väterlicher Liebe immer bereit war, unter Meinen Söhnen auch die verloren geglaubten, zurückgekehrten wieder aufzunehmen.

Insbruck, am 20. Mai 1848."

Mit diesem Manifest und einem Brief an den Freiherrn von Pillersdorff, in welchem der Kaiser aussprach, daß die Stadt Wien in letzter Zeit ihre Treue gegen den Kaiser so sehr verletzt habe, daß er diese Residenz habe verlassen müssen, und dem Minister-Rathe austrug, einstweilen zu thun, was die Lage der Monarchie und die Wahrung des Thrones fordere, kehrten Graf Hoyos und Wilczek nach Wien zurück, wo sie am 24. Mai eintrafen.

In Wien hatte während dieser Zeit eine äußerst trübe Stimmung geherrscht; die Bürger besorgten noch immer, daß eine gewaltige republikanische Bewegung im Volke ausbrechen würde, und gaben dies am besten dadurch zu erkennen, daß sie sich mit jedem Tage mehr und mehr der Bank und der Spaarkasse zudrängten. Es kam dahin, daß eine Verordnung

erlassen werden mußte, welche die Annahme von Banknoten im Verkehr allen Handelsleuten aufs Strengste anbefahl. Im Uebrigen herrschte indessen in Wien, Dank den unablässigen Anstrengungen der akademischen Legion, die höchste Ruhe. Durch ihr thätiges Benehmen in dieser kritischen Zeit, und ihr festes Entgegentreten bei allen etwaigen republikanischen Kundgebungen hatte die akademische Legion in den wenigen Tagen sich wieder auf das Allervollständigste in der alten Liebe des Wiener Bürgers hergestellt. War diese Liebe unmittelbar nach der Abreise des Kaisers im Volke wankend geworden, so hatte sie sich doch aufs Neue befestigt. Das Volk blickte wieder auf die akademische Legion, als auf die Vorkämpferin für die Freiheit, und zu gleicher Zeit für die Ruhe, für die Ordnung.

Am 24. Mai brachten, wie bereits mitgetheilt, Graf Hoyos und Graf Wilczek das kaiserliche Manifest nach Wien. Dies Manifest erregte einen allgemeinen Unwillen unter der ganzen Bevölkerung der Hauptstadt. Der Vorwurf, daß eine anarchische Fraction, zu welcher auch die akademische Legion gehöre, den Kaiser seiner Freiheit beraubt haben sollte, war so ungerecht, daß die ganze Bevölkerung darüber in Aufregung kam.

Diesen Zeitpunkt, der für eine Auflösung der akademischen Legion so ungünstig als möglich war, benutzte das schwache und unbesonnene Ministerium in unbegreiflicher Unklugheit, um sich der Legion zu entledigen.

Der gewaltige Einfluß, welchen die Wiener Studentenschaft auf alle Volksbewegungen gehabt hatte, war dem Ministerium furchtbar geworden. Schon längst hätte es gern sich derselben entledigt, aber immer hatte es nicht den Muth

zu diesem Schritte gehabt, und der erste Versuch, die Auflösung des Central-Comités, war ihm so schlecht bekommen, daß es aus demselben sich eine Warnung hätte ziehen müssen. Jetzt glaubte in unbegreiflicher Verblendung das Ministerium, es habe die Macht in den Händen, die Legion unschädlich zu machen. Unmittelbar nach der Abreise des Kaisers wäre dies vielleicht möglich geworden, weil damals sich viele Stimmen gegen die Legion kundthaten, und die National-Garde mit Mißtrauen auf die Studenten blickte. Seitdem aber hatten die Studenten in mehreren Tagen Gelegenheit gehabt, die ihnen gewordenen Vorwürfe energisch zurückzuweisen, und jetzt war daher eine Auflösung der akademischen Legion vielleicht die unklugste Maßregel, welche das Ministerium vorzunehmen irgend vermochte. Es war diese Maßregel um so thörichter, als durch die Aeußerung des Grafen Bombelles die Pläne zu Gunsten der Slaven gegen die deutsche Partei in Wien bekannt geworden waren, und dort eine nothwendige Aufregung hervorgebracht hatten, eine Aufregung, welche zu einer um so innigeren Vereinigung der National-Garde mit der akademischen Legion führen mußte.

In einer solchen Zeit erschien am 24. Mai eine Verordnung, welche die Schließung der Vorlesungen und die Ablieferung der Waffen für diejenigen Studenten anbefahl, welche nicht in Wien heimisch wären. Am 25. wurde ein zweites Plakat veröffentlicht, welches vom Grafen Collored o, dem Commandanten der akademischen Legion, unterzeichnet, die Auflösung derselben anbefahl. — Es sollten diese Schritte eine gewaltige Erhebung des Volkes zur Folge haben.

8.

Am Abend des 25. Mai fand in Folge des mitgetheilten Befehls zur Auflösung der akademischen Legion eine große Versammlung von Studenten, Bürgern und National-Gardisten statt. Die Versammlung wurde natürlicherweise beschäftigt durch das Auflösungs-Dekret, und viel wurde hin und her debattirt, ob demselben von den Studenten Folge zu leisten sei. Die Studenten waren anfangs Willens, sich dem Befehle zu fügen, wenn nur die Zugeständnisse, welche die Regierung dem Volke am 15. Mai gemacht hatte, troß der Auflösung der Legion ins Leben geführt würden. Anderer Ansicht waren aber die Bürger und besonders die National-Gardisten.

Es lag auf der Hand, daß, nachdem die Flucht des österreichischen Kaisers die Macht der Reaction gezeigt hatte, die größten Besorgnisse über dieselbe im Herzen der Bürger hatten erwachen müssen. Die Auflösung der akademischen Legion erschien ihnen nur als erster Schritt zur Auflösung der National-Garde selbst, und sie beschlossen daher, sich mit der akademischen Legion zu vereinigen, mit dieser fest zu stehen gegen etwaige Gewaltmaßregeln, welche die Regierung behufs der Auflösung der Legion etwa ergreifen könnte.

Schon am frühen Morgen des 26. Mai erschien ein neues, durch den Landes-Regierungs-Präsidenten, Grafen von Montecuculi unterzeichnetes Dekret, welches abermals die Auflösung der akademischen Legion anbefahl, indem es sich stützte auf das kaiserliche Manifest vom 20. Mai. Es wurde in diesem Dekret ausgesprochen: in Anbetracht der in dem Manifest vom Monarchen ausgesprochenen Ueberzeugung (daß eine

anarchische Fraction, gestützt auf die meist durch Fremde irre geführte akademische Legion, und einzelne von der gewohnten Treue abweichenden Abtheilungen der Bürger und Nationalgarden, ihn der Freiheit zu handeln berauben wolle), werde die akademische Legion in ihrer dermaligen Organisirung als selbstständigen Bestandtheil der National-Garde aufgelöst und mit dieser in einen Korper vereinigt.

Das Regierungsdekret verordnete ferner, daß sowohl die Studenten, welche von diesem Rechte, dem Eintritt in die Nationalgarde, keinen Gebrauch machen wollten, als auch diejenigen, welche sich unbefugter Weise der akademischen Legion eingereiht hätten, ihre Waffen der Regierung binnen 24 Stunden in das bestimmte Waffen-Depot abzuliefern hätten.

Am frühen Morgen des 26. Mai gegen 6 Uhr erschien der bisherige Commandant der akademischen Legion, Graf Colloredo, vor der Universität, um die Ausführung dieses Regierungsdekrets zu erzwingen. Er fand die Thore der Universität durch eine Studentenwache besetzt, welche ihm den Eintritt verweigerte. Er verlangte denselben mit gezogenen Degen, wurde aber von den Studenten energisch zurück gewiesen.

Graf Colloredo entfernte sich, er nahm Rücksprache mit einigen bisher bei den Studenten angesehenen Professoren, den Herren Endlicher und Hye, und diese Männer, welche sich bisher immer für die Vorkämpfer der Freiheit ausgegeben hätten, riethen jetzt, selbst mit Waffengewalt gegen die akademische Legion einzuschreiten, einige Bataillone herbeizuführen, um die Srudenten aus der Universität zu vertreiben und sie zu entwaffnen. Beide erboten sich, das Militair selbst zur Universität zu geleiten.

Die Absicht der Regierung, die Legion aufzulösen, war durch die Befehle der vorigen Tage schon in der ganzen Stadt bekannt geworden; man war darauf vorbereitet, daß dieser Befehl am 26. zur Ausführung gebracht werden würde, und eine ungeheure Aufregung hatte sich deshalb des Volkes bemächtigt, welches die größte Gefahr für die Freiheit befürchtete, wenn die Vorkämpfer derselben, die Studenten, entwaffnet würden. Gewaltige Volksmassen strömten deshalb znr Aula; die Nationalgarden traten unter die Waffen, Generalmarsch ertönte, Bürger und Arbeiter vereinigten sich. Sie zogen nach der Universität, um der Legion ihren festen Entschluß auszudrücken, daß sie nun und nimmermehr die Auflösung derselben zugeben würden.

Nach dem Grafen Colloredo war auch der Graf von Montecuculi und der Stadt-Commandant von Wien, Graf Dietrichstein, in der Universität erschienen, und hatten die Legion aufgefordert, sich freiwillig der Auflösung zu ergeben. Beide waren ebensowohl zurückgewiesen worden, als Graf Colloredo.

Es war jetzt die Absicht der Regierung, Waffengewalt anzuwenden gegen die Studenten; man war schon von vorn herein auf diese Eventualität gefaßt gewesen, und das Militair war deshalb auf dem Glacis consignirt. Die sämmtlichen Hauptthore der Stadt und die Burg waren mit Militair besetzt, um den Zudrang der Arbeiter und derjenigen Nationalgarden in den Vorstädten, welche etwa den Studenten zu Hülfe ziehen konnten, abzuhalten. — Der Nationalgarden in der Stadt selbst glaubte die Regierung sicher zu sein, da dieselben bei verschiedenen Gelegenheiten ihre schwarz-gelbe Gesinnung an den Tag gelegt hatten.

Auf den freien Plätzen der Stadt waren Kanonen aufgefahren, das Militair stand mit geladenen Gewehren auf der Wache. Kurze Zeit, nachdem der Graf Montecuculi die Universität verlassen hatte, rückte ein Bataillon Infanterie auf die Universität zu.

Sobald die Studenten sahen, daß man wirklich mit Waffengewalt ihnen gegenüber treten wollte, bereiteten sie sich auf das Heftigste zum Kampfe vor. Die Thore der Universität wurden verschlossen, Tische und Bänke aus den Hörsälen gerissen und zu einer Art Barrikadirung der Thüren gebraucht; die gesammte Legion stand unter Waffen. Ein Theil derselben ging unter das Volk, um dasselbe aufzufordern, kräftigen Theil zu nehmen an der Erhebung der Legion.

Vor dem Thore der Universität machte das Bataillon Infanterie Halt; es umzingelte die Universität und forderte die Legion zur Uebergabe auf. Die Studenten verweigerten dieselbe natürlicher Weise.

Eine ungeheure Volksmenge, bewaffnet und nicht bewaffnet, hatte sich, wie wir bereits erzählten, während dieser Zeit um die Universität versammelt. Das Bataillon Infanterie war vollkommen von dieser Volksmenge eingeschlossen, welche unaufhörlich sich in die Reihen der Soldaten zu drängen bemüht war. Einzelne angesehene Bürger redeten dabei den Soldaten und Offizieren zu, daß sie sich nicht hergeben sollten zu Werkzeugen der Gewalt gegen die Freiheit des Volkes, und ihre Worte fanden Anklang; viele Soldaten sprachen sich offen dahin aus, daß sie nicht gegen das Volk einschreiten, sondern, falls es zum Aeußersten käme, sich gern mit demselben verbinden würden.

Da blieb denn freilich dem kommandirenden Offiziere

Nichts übrig, als mit seinen Soldaten zurückzukehren; er wäre nicht im Stande gewesen, der ungeheuren Volksmenge zu widerstehen.

Die in der Stadt herrschende Aufregung hatte sich mittlerweile dem Volke in den Vorstädten mitgetheilt, die Arbeiter hatten sich gesammelt und rückten jetzt in Massen gegen die Thore vor. Mit Spaten, Schaufeln, Hacken, Beilen bewaffnet, drängten sie gegen die Militairwache. Auch die freisinnigen Nationalgarden der Vorstädte, welche sich offen aussprachen für die Studentenschaft, drängten gegen die Thore.

Vergeblich versuchte es die Regierung, durch einige Emissaire einzuwirken auf die Arbeiter, und durch Geldvertheilungen die armen, aber unbestechlichen Männer zu veranlassen, daß sie abfielen von den ihnen so theuren Studenten. Einigen dieser Emissaire kostete die Ausführung ihrer Aufträge beinahe das Leben, denn die wüthenden Arbeiter wollten dieselben durchaus aufhängen, und ließen sich nur durch das Zureden einzelner, vernünftiger Bürger von diesem Vorsatze abhalten.

Das Gedränge gegen die Thore wurde immer stärker und stärker, endlich vermochten die schwachen Militairwachen dem ungeheuren Andrang nicht länger zu widerstehen: am rothen Thurmthore waren einige der Soldaten unvernünftig genug, gegen das Volk zu feuern und einen Bürger zu erschießen. Da stürzte in ungeheurer Wuth die ganze Masse gegen die Wache vor, überwältigte dieselbe, und drang ein in die Stadt, nach der Universität zu.

Sofort wirbelte durch alle Straßen Generalmarsch, aus allen Häusern strömten Nationalgarden unter Waffen, und Alle erklärten sich, mit Ausnahme weniger, als schwarz-gelb bekannter Compagnieen, für die akademische Legion, und fest

entschlossen, im Falle eines Kampfes auf Seiten derselben zu stehen.

Vom Stephansthurme herab heulten die Sturmglocken, die akademische Legion vertheilte sich unter das Volk, und in wenigen Stunden war plötzlich ganz Wien von gewaltigen Barrikaden besetzt. Die erste wurde errichtet in der Nähe der Universität; bald aber spann sich der Barrikadenbau aus über die ganze Stadt. Von jeder Straßenecke zur andern gingen die gewaltigen Baue, welche oft bis in das zweite Stockwerk hinaufreichten.

Das Straßenpflaster wurde aufgerissen von den mit Hacken und Schaufeln bewaffneten Arbeitern. Frauen und Mädchen wurden von dem gleichen Enthusiasmus der Männer ergriffen. Sie trugen in Schürzen und Körben die Steine in die Häuser, um dieselben von den Fenstern aus als Wurfgeschosse zu brauchen. Auf den Barrikaden selbst wurden Fahnen aufgepflanzt, meistens dreifarbige, deutsche; aber neben den schwarz-roth-goldenen sah man auch einzelne rothe wehen.

Der durch die Revolution veredelte Sinn des Volkes zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, indem überall von den Arbeitern selbst an die Thore der schnell geschlossenen Läden mit weißer Kreide, freilich unortographisch, das Wort: „Heilig ist das Eigenthum!" geschrieben wurde. Man sah diese Inschrift überall da, wo eine Zerstörung zu besorgen war, und an den Kirchthüren las man die Inschrift: „Heilig ist die Religion!"

Der in diesen wenigen Worten liegende Befehl wurde auch treu ausgeführt; nirgends kam die geringste Eigenthumsverletzung vor.

Ein wunderbares Leben herrschte während dieser Stunden in Wien; die ganze Stadt war von Barrikaden besäet — man zählte deren in den verschiedenen Straßen nahe an 200 — zwischen diesen Barrikaden wogte die gewaltige Volksmenge auf und ab von einem Theile der Stadt zum andern. Alle Barrikaden waren mit Männern besetzt, welche in jedem Augenblicke bereit waren, in den Kampf zu gehen, falls dieses erforderlich wäre. Mehr denn 100,000 kampfbereite Männer standen dem wenigen Militair gegenüber, und es war augenscheinlich, daß dasselbe durchaus nicht im Stande wäre, mit irgend einigem Erfolge gegen das Volk zu kämpfen.

Während dieser Zeit wurden fortwährend Deputationen von Seiten der Bürger und der Nationalgarde an die Minister gesendet, welche die Aufhebung des Befehls zur Auflösung der akademischen Legion und die Zurückziehung des Militairs stürmisch verlangten. Das schwache Ministerium befand sich in einer gewaltigen Verlegenheit; es zögerte, nachzugeben, denn es fühlte, daß es jedes Ansehen verlieren müsse, wenn es abermals sich dem ausgesprochenen Volkswillen beuge, und dennoch konnte es kaum anders, wenn es nicht eine vielleicht den Thron der Habsburger erschütternde Revolution herbeiführen wollte.

Der Ton der fortwährend heulenden Sturmglocke, der Jubelruf des sich seiner Kraft bewußten Volkes, tönte an die Ohren der Minister, und zwang sie endlich, dem so gewaltig ausgesprochenen Volkswillen nachzugeben.

Gegen 1 Uhr Mittags wurden einige, dem Ministerium treu ergebene Nationalgardisten, mit weißen Stäben in die Händen, unter dem Titel Friedensmänner an die Barrikaden gesendet, um den Vertheidigern derselben mitzutheilen, daß das

Ministerium bereit sei, die akademische Legion fortbestehen zu lassen.

Folgende Proklamation wurde von 1 bis gegen 4 Uhr von diesen Boten zu allen Barrikaden gebracht:

„Die Zusicherungen des Kaisers am 15. und 16. dieses Monats stehen in ihrer ganzen Ausdehnung aufrecht; die akademische Legion besteht unverändert, das Militair wird sogleich in die Kasernen zurückgezogen, und die Posten werden gemeinschaftlich von der Nationalgarde, der akademischen Legion und dem Militair in gleicher Stärke bezogen.

Wien, den 26. Mai 1848.

Pillersdorf."

Die Friedensmänner ermahnten dabei das Volk, es möge nun, da das Ministerium nachgegeben habe, auch die Barrikaden forträumen, damit der Friede wieder hergestellt wäre. Aber das war nicht nach dem Sinn des Volkes; man glaubte dem schwachen Ministerium nicht mehr, man fürchtete, daß dasselbe sich abermals den Einflüsterungen der reactionairen Partei hingeben werde, und daß es die jetzt gegebenen Zusi- ungen zurücknehmen möchte, sobald es sich wieder sicher Ueberall an den Barrikaden ertönte der Ruf: „Erst das Militair fort! Die Versprechungen des Ministeriums uns garantirt werden, ehe wir Frieden machen können!" So dauerte denn der Aufstand fort. Allerdings ging sterium in seiner Nachgiebigkeit noch weiter, es gab uen des Volkes nach. Der Graf Hoyos, der Com- der Nationalgarde, und Graf Dietrichstein, der Com- von Wien, wurden verhaftet, weil man dieselben als r der militairischen Maßregeln gegen die akademische Graf Colloredo und Graf Montecuculi,

auf denen beiden der Haß des Volkes in diesem Augenblicke ganz besonders ruhte, flüchteten sich, während die beiden Erstgenannten als Geißeln für die Wahrhaftigkeit des Ministeriums in den Händen des Volkes blieben.

Aber auch diese Nachgiebigkeit fruchtete Nichts. Unaufhörlich tönten vom Stephansthurm und von den übrigen Kirchen der Stadt die Sturmglocken, unaufhörlich zogen aus den Vorstädten und aus den benachbarten Orten neue bewaffnete Schaaren zur Unterstützung der akademischen Legion herbei, welche theils die Universität, theils die in der Nähe derselben befindlichen Barrikaden besetzt hielt.

Die Barrikaden in allen Theilen der Stadt wurden mehr und mehr befestigt und immer ausgedehnter wurde der Aufstand. — Man fürchtete besonders, daß der Fürst von Windischgrätz dem Ministerium in Wien zu Hülfe eilen würde, und bereitete sich deshalb zu einem verzweifelten Kampfe vor. Wie ernst es mit demselben gemeint war, beweist uns die October-Revolution in Wien, zu deren Beschreibung wir in kurzer Zeit kommen.

In der ganzen Stadt herrschte ein gewaltiges Leben; sie glich vollkommen einem Kriegslager. Ein Sicherheitsausschuß, gewählt durch die Bürger- und Studentenschaft, an dessen Spitze der Doctor Fischhoff stand, leitete die ganze Bewegung. Die akademische Legion wurde durch den Professor der Religion, einen katholischen Priester Namens Füster kommandirt, einen durchaus energischen Mann, der sich der Volkssache mit größtem Eifer, mit höchster Liebe angenommen hatte.

So kam der Abend. Die Stadt war hell erleuchtet, an allen Fenstern brannten unzählige Lichter; Wien bot an diesem Tage ein Bild des wunderbarsten, regsten Lebens dar.

Auf fast allen Straßen brannten Wachtfeuer, die Barrikaden wurden durch den rothen Schein der Fackeln erleuchtet, dazu die glänzende Illumination der Häuser, und an einzelnen Stellen großartige Menschenmassen, mit unzähligen Fackeln, welche sich hier und dort schaarten um Redner aus der akademischen Legion.

Um die Wachtfeuer lagerten die Studenten; das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland" ertönte durch die Stille der Nacht aus Tausend und abermals Tausend kräftigen Männerkehlen. — Da — es war etwa um 11 Uhr — donnerten plötzlich zwei Kanonenschüsse. — Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich sofort des ganzen Volks; man glaubte, der Fürst Windischgrätz stehe bereits vor den Thoren.

Wieder heulte die Sturmglocke; wieder wirbelte die Allarmtrommel durch die Straßen. — Alle Barrikaden wurden sofort durch Bewaffnete besetzt; man bereitete sich zum hartnäckigen Kampfe vor.

Es zeigte sich indessen bald, daß der Allarm ein falscher gewesen sei; Fürst Windischgrätz stand nicht vor Wien. Die gehörten Schüsse waren nur Signalschüsse eines aus Preßburg angekommenen Dampfboots, auf welchem sich eine Anzahl Juraten befand, welche auf die Nachricht von den Wiener Ereignissen sich sofort nach der Stadt begeben hatten.

Die übrige Nacht verging durchaus ruhig. Die Stadt blieb hell erleuchtet; nirgends kam ein Exceß, weder gegen Personen, noch gegen das Eigenthum vor.

9.

Der Morgen kam heran; das kampfbereitete Volk blieb in den Barrikaden, um in jedem Augenblicke gerüstet zu sein

gegen einen etwaigen Ueberfall des Militärs. Am ganzen Vormittage des 27. Mai conferirte das Ministerium mit dem am 26. gebildeten Sicherheitsausschuß, der jetzt fast lediglich die Leitung der Wiener Angelegenheiten in der Hand hatte; denn dem Ministerium selbst stand an jenem Tage gar keine reelle Macht zur Verfügung.

Schon am 26. hatte das Ministerium, außer der von uns bereits mitgetheilten Proklamation, bekannt gemacht, daß das Militär vollständig zurückgezogen werden sollte, und daß man den Arbeitern Beschäftigung gewähre; aber das Alles hatte dem Volke nicht Genüge geleistet, hatte es nicht zu befriedigen vermocht. Jetzt ging das Ministerium weiter; es gab zu Allem seine Zustimmung, was der Sicherheitsausschuß im Namen des Volkes von ihm verlangte, und verkündigte dies in der folgenden Proklamation:

„Der Ministerrath erkennt die außerordentlichen Verhältnisse, welche es zu einem Gebot der Nothwendigkeit gemacht haben, daß sich ein Ausschuß von den Nationalgarden und Studenten gebildet hat, um für die Ordnung und Sicherheit der Stadt und die Rechte des Volks zu wachen, und ertheilt den Beschlüssen, welche dieser Ausschuß am 26. d. M. gemacht hat, in folgendem seine Genehmigung: 1) Die Wachen an den Stadtthoren werden von der National- und Bürgergarde und der akademischen Legion allein bezogen, die übrigen Wachen aber von der Nationalbürgergarde und der akademischen Legion mit dem Militär gemeinschaftlich; die Wache im Kriegsgebäude wird als ein militärischer Posten vom Militär allein versehen. 2) Nur das zum Dienst nothwendige Militär bleibt hier, alles übrige wird sobald als möglich abziehen. 3) Graf Hoyos bleibt, unter Vorbehalt eines gesetzlichen

Vorganges, als Bürgschaft für das Zugesicherte und für die Errungenschaften vom 15. und 16. Mai, unter Aufsicht des Bürgerausschusses. 4) Diejenigen, welche die Schuld an den Ereignissen des 26. Mai tragen, werden vor ein öffentliches Gericht gestellt. 5) Das Ministerium stellt an Se. Majestät das dringende Ansuchen, daß Se. Majestät in nächster Zeit nach Wien zurückkehren, oder falls allerhöchstdessen Gesundheit dies verhindern sollte, einen kaiserlichen Prinzen als Stellvertreter ernennen. Das Ministerium muß zugleich an den neugebildeten Ausschuß die Einladung stellen, demselben die Bürgschaft bekannt zu machen, welche Sr. Majestät für Ihre persönliche Sicherheit und die Sicherheit der kaiserlichen Familie gegeben werden könne. Dasselbe stellt ferner das gesammte Staatseigenthum, sowie jenes des allerhöchsten Hofes, alle öffentlichen Anstalten, Sammlungen, Institute und Körperschaften in der Residenz unter den Schutz der Bevölkerung von Wien und des neugebildeten Ausschusses, und erklärt denselben unabhängig von jeder andern Behörde. Es muß dem-
n aber zugleich die volle Verantwortung für öffentliche
und Ordnung, sowie für die Sicherheit der Personen
Eigenthums übertragen. Dasselbe muß endlich er-
iß es die Amtsverrichtungen, welche ihm noch inte-
anvertraut sind, nur so lange fortsetzen könne, bis
r. Majestät zurückgenommen sind, oder das Mini-
Mittel beraubt ist, mit voller Sicherheit seine Be-
fassen und unter seiner Verantwortlichkeit auszu-

27. Mai 1848.

Im Namen des Ministeriums.
Pillersdorf.

Diese Proklamation hatte allerdings eine bedeutende Wirkung auf das Volk; man glaubte jetzt wieder, daß das Ministerium es ehrlich meine, und fühlte außerdem die Macht, in jedem Augenblicke, wenn etwa ein Verrath drohe, wieder zu den Waffen zu greifen und eine Treulosigkeit zu bestrafen.

Die Nationalgarde und akademische Legion selbst suchten jetzt zur Beruhigung des Volkes zu wirken; sie thaten es umsomehr, als sie erfuhren, daß das Ministerium Couriere an den Kaiser und an die Truppen-Kommandeure in der Nähe von Wien gesendet habe, durch welche es diesen den Befehl ertheilt habe, nicht gegen die Stadt vorzurücken.

Schon gegen Abend des 27. begannen die Arbeiter, die Barrikaden fortzuräumen. Ueberall wurde zu Gunsten des Ministeriums auf den Straßen gesprochen, und schon am Abend des 27. beabsichtigte man, von Seiten der akademischen Legion und Nationalgarde, dem Ministerium für seine Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen, einen Fackelzug zu bringen, dessen Ausführung nur an den zahlreichen, noch immer in der Stadt stehenden Barrikaden scheiterte. An Stelle desselben trat eine Serenade, welche mehrere Abtheilungen der akademischen Legion und der Nationalgarde unter ungeheurem Zulauf des Volkes vor der Wohnung des Ministers Pillersdorf brachten. Das Lied „Was ist des Deutschen Vaterland" wurde neben der österreichischen Volkshymne, und dem ungarischen Nationalliede gesungen, dem Kaiser und dem Minister ein tausenstimmiges Lebehoch gebracht.

Schon am 28. waren die meisten Barrikaden fortgeräumt, und am 29. konnten bereits die Wagen in Wien wieder fahren. Am 30. Mai hatten sich die Arbeiter in die Vorstädte zurückgezogen, und die Ruhe war vollkommen wieder hergestellt.

[illegible]

1.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Männer, besonders aber alle Vereine und Gemeinden auf, ihnen durch legale Vertreter Vorschläge und Andeutungen zu etwaigen Maßregeln, zur Erhaltung der Sicherheit, zur Befestigung der Ruhe und Ordnung zu geben, und versprach endlich, Alles aufzubieten, um den Kaiser zur Rückkehr nach Wien zu bewegen.

Die Bekanntmachung dieser Versprechungen wirkte wiederum sehr günstig. — Neben dem Ministerium stand zu jener Zeit, als die höchste Behörde in Wien, der Sicherheitsausschuß da, und zwar als eine Behörde, deren Maßregeln für die Tage der Gefahr weit mehr Geltung fanden, als die des Ministeriums selbst, denn das Ministerium war nicht vielmehr, als die ausführende Behörde des Sicherheitsausschusses. Dieser Ausschuß herrschte mit unbedingter Machtvollkommenheit; die Regierung fügte sich ihm vollständig, aber trotzdem ging der Ausschuß nicht über seine Schranken hinweg, sondern entfaltete bald eine höchst gedeihliche segensreiche Wirksamkeit, indem er sich vor jeder Ueberstürzung hütete.

Zuerst bewies er dies, indem er die Anklage gegen den Grafen Hoyos und Dietrichstein, die Professoren Hye und Endlicher, wegen Verraths am Volk, verhandelte. Er sprach den Grafen Hoyos und den Grafen Dietrichstein vollständig frei, die Professoren Hye und Endlicher verwies er an die ordentlichen Gerichte, bei denen eine Freisprechung die natürliche Folge des Processes sein mußte. Er sorgte für die Arbeiter-Bevölkerung, welche durch die Auswanderung unzähliger vornehmer Familien, die theils dem Hofstaat des Kaisers nach Insbruck gefolgt waren, theils sich, aus Furcht vor der Bewegung, aus Wien nach den Provinzen geflüchtet hatten, in

die größte Noth gekommen wäre, wenn sich ihrer nicht der Staat angenommen hätte.

Auf Veranlassung des Sicherheitsausschusses wurden Arbeiten von Staatswegen eröffnet; zum Beispiel eine Verbindungsbahn zwischen der Nord- und Südbahn. Die Staatskasse zahlte den Arbeitern Vorschüsse, um sie aus der augenblicklichen Noth zu reißen.

Auch die Reorganisation der Polizei nahm der Sicherheitsausschuß in die Hand, indem er dieselbe vollständig unter die Leitung der Gemeinden stellte; er organisirte ferner ein Geschwornengericht für Preßvergehen, und wußte vom Ministerium die Zulassung der Arbeiter zur Wahlberechtigung beim Reichstage zu bewirken. Auch eine Adresse an den Kaiser um Rückkehr wurde vom Sicherheitsausschuß erlassen.

Aus Allen diesem geht wohl deutlich genug hervor, daß der Sicherheitsausschuß, obgleich er eine revolutionäre Behörde war, sich doch mit einer bewunderungswürdigen Mäßigkeit benahm.

2.

Die nächste Zeit war für Wien eine Zeit der ruhigen friedlichen Entwickelung; das Ministerium ging so kräftig, als dies bei diesem Ministerium überhaupt möglich war, mit verschiedenen Reformen vor. Es wurde die körperliche Züchtigung beim Militair aufgehoben, die Wahlen zum Reichstag wurden angeordnet, und der Reichstag selbst zum 26. Juni zusammengerufen.

Nur wenige unbedeutende unruhige Auftritte unterbrachen die Stille, welche zu jener Zeit in Wien herrschte; es gingen

dieselben am 2. Juni von den Arbeitern aus. Die Regierung hatte nämlich, da sie nicht alle brodlosen Arbeiter zu beschäftigen im Stande war, zu einer gefährlichen Maßregel ihre Zuflucht genommen; sie hatte veröffentlichen lassen, daß brodlose Arbeiter als Freiwillige in den verschiedenen, nach Italien beorderten, Regimentern eintreten könnten. Es war diese Maßregel im Einverständniß mit der akademischen Legion vorgenommen worden, welche dieselbe billigte, weil das brodlose Proletariat leicht zu Excessen geneigt war, wenn es, wie dies nicht vermieden werden konnte, ohne Beschäftigung blieb.

Die Arbeiter selbst nahmen indessen diese Maßregel mit Mißtrauen auf; ebenso auch die dem Handwerkerstande angehörige Nationalgarde. Man glaubte, die Regierung habe diese Maßregel nur ergriffen, um die Kräfte der Stadt zu schwächen, um bei einem etwaigen Aufstande die rüstigen Streiter unter den Arbeitern aus der Stadt zu entfernen.

Es gab in Folge dieser Maßregel am 2. Juni einige Unruhen, welche indessen bald gedämpft wurden, indem durch den einflußreichen Sicherheitsausschuß selbst eine Proklamation an die Arbeiter erlassen wurde, in welcher derselbe auseinander setzte, daß der Eintritt in die Regimenter nur ein freiwilliger, keineswegs ein gezwungener sei, und daß daher in der That keine Ursache zur Erbitterung gegen die Regierung vorhanden sei.

Einen günstigen Eindruck auf die Bevölkerung von Wien machte eine Proklamation des Kaisers vom 3. Juni, welche am 6. in Wien bekannt wurde. Der Kaiser sprach sich in dieser Proklamation dahin aus, daß er zur Eröffnung des Reichstages wieder nach Wien zurückkommen werde, aber freilich knüpfte er daran die Bedingung, daß bis dahin die Ruhe

Regierungsgewalt durch eine Proklamation an, in welcher er unter anderm sagte: „Ich werde das Vertrauen des Kaisers, das er in mich gesetzt, und das mir heilig ist, rechtfertigen, indem ich seinen innersten aufrichtigen Willen erfülle, der dahin gerichtet ist, die dem österreichischen Volke gewährten Freiheiten und Rechte streng und gewissenhaft zu wahren, und in allen Fällen, wo das kaiserliche Wort entscheiden soll, den Geist der Gerechtigkeit und Milde walten zu lassen." — Am 25. Juni empfing der Erzherzog, als Stellvertreter des Kaisers, das gesammte Ministerium, die Generalität der Nationalgarde, den Magistrat, den Gemeinde-Ausschuß und den Sicherheits-Ausschuß, und sprach zu allen herzliche Worte, welche ihm schnell eine Stelle im Herzen der Wiener verschafften. Er versicherte Allen, daß von einer Reaction in Wien nie die Rede sein könne; er werde zu dergleichen nie seine Hand bieten.

Das ganze Auftreten des Erzherzog Johann führte demselben bald das vollste Vertrauen der Wiener Bevölkerung zu; er wurde von allen Klassen aufs Höchste gefeiert, eine Parade wurde seinetwegen abgehalten, an der alle Bataillone der Nationalgarde und auch der akademischen Legion Theil nahmen; Feste wurden in Unzahl gegeben und Serenaden gebracht.

Aber diese Freude sollte nicht lange dauern. Am 29. Juni wurde der Erzherzog durch das Frankfurter Parlament zum deutschen Reichsverweser ernannt, und dadurch wurde es ihm unmöglich gemacht, die einflußreiche Stelle als Vertreter des Kaisers in Wien längere Zeit zu behaupten. Dennoch erregte diese Wahl in dem deutschgesinnten Wien die Freude, den höchsten Enthusiasmus. Mit Besorgniß

hatte das Wiener Volk auf die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments geschaut, man hatte gefürchtet, daß Preußen Oesterreich aus seinem bisherigen Einfluß auf Deutschland verdrängen werde; jetzt war diese Besorgniß zerstreut, ein österreichischer Erzherzog war zum Träger der Executivgewalt ernannt worden, und dadurch hatte Oesterreich wieder den Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten erlangt, dessen Verlust man in Wien fürchtete.

Am 4. Juli traf die Deputation des Frankfurter Parlaments, bestehend aus 7 Abgeordneten, an deren Spitze Franz Raveaux, der spätere deutsche Reichsregent, stand, in Wien ein. Sie wurde mit einen ungeheuren Enthusiasmus empfangen.

Gegen 6 Uhr hielten die Deputirten unter dem rauschendsten Jubel der ganzen Bevölkerung ihren Einzug in Wien. Sie kamen von Linz mit dem Dampfbote; am Landungsplatze wurden sie empfangen von den Corporationen des Wiener Gemeindeausschusses, von dem Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten, ferner von einer großen Anzahl von Abtheilungen der Nationalgarde. An der Spitze aller dieser Deputationen stand der Minister, Freiherr von Dobblhof.

Franz Raveaux hielt eine feurige Rede an die Versammlung, welche mit ungeheurem Jubel aufgenommen wurde. Dann leitete man die Deputation in 7 Hofwagen nach der Stadt in ihre Wohnungen; während des ganzen Zuges bildete die Nationalgarde mit klingendem Spiel ein Spalier; in der Stadt selbst sprachen abermals Raveaux und Herr von Sauken Tarputschen zum Volk und ernteten wiederum den reichlichsten Beifall, indem sie hinwiesen auf die Einigkeit Deutschlands, welche man bisher erstrebt, jetzt erreicht habe, und auf die Vorzüge des Erzherzogs Johann, welche diesem

das Vertrauen der deutschen Nation in dem Maaße erworben hätten, daß das Frankfurter Parlament die ausführende Gewalt in seine Hände zu legen sich entschlossen habe.

Am Abend war die ganze Stadt freiwillig illuminirt, und durch alle Straßen strömte das Volk mit jubelndem Rufen, indem es unzählige Mal den Erzherzog Johann und alle Mitglieder der Deputation leben ließ. Am 5. Juli, Morgens 10½ Uhr begab sich die Deputation in die kaiserliche Burg, um dem Erzherzog Johann ihren Auftrag zu überbringen; sie wurde dorthin begleitet, wiederum von Deputationen aller Körperschaften der Stadt Wien, vom Gemeindeausschuß und Sicherheitsausschuß geführt, die Nationalgarde war aufgestellt und eine Militärmusik spielte während des Zuges nach der Burg abwechselnd das Deutsche Vaterland und Oesterreichs Volkshymne. Das ganze diplomatische Chor und der Generalstab waren beim Erzherzog versammelt. Herr Heckscher, der Führer der Deputation nahm das Wort und theilte den Erzherzog Johann den Entschluß des deutschen Parlaments mit, und der Erzherzog erklärte, daß er bereit sei die Reichsverweserstelle anzunehmen.

Mit ungeheurem Jubel vernahm das Wiener Volk die ihm so theure Kunde, und mehrere Tage lang wiegte es sich in fortwährenden Festlichkeiten; ganz Wien schwamm in einem Meere von Entzücken.

Aber auch diese Freude sollte nicht gar zu lange dauern, bald sollten wiederum ernste, inhaltschwere Ereignisse die Fröhlichkeit der Wiener trüben, sollten ihnen zu bedenken geben, daß sie in einer gewaltigen Zeit lebten, welche keinen Raum für fröhliche Festlichkeiten hatte.

In Böhmen hatte die Czechische Partei rastlos darauf

hingearbeitet, das Slaventhum den Deutschen gegenüber zur Geltung zu bringen, in Prag war, wie wir späterhin noch ausführlicher berichten werden, ein mächtiger Aufstand ausgebrochen, aber durch den Fürsten von Windischgrätz unterdrückt worden. Der Fürst hatte bei der Unterdrückung dieses Aufstandes gezeigt, daß er nicht sowohl für die Deutschen kämpfe, als für die Unterdrückung der Volksfreiheit; er hatte die Deputation, welche die Wiener an ihn gesendet mit der empörendsten Rohheit empfangen und von sich gewiesen. Schon früher war der Fürst nicht beliebt gewesen, schon früher hatte man gefürchtet, er werde gegen die Wiener Revolutionspartei einschreiten; man kannte ihn als eines der Häupter der reactionären Kamarilla. Jetzt war der Haß gegen ihn verdoppelt, und vielfach hatten sich die Häupter der Wiener Bewegungen an den Minister von Pillersdorf gewendet, um diesem Anklagen gegen den Fürsten von Windischgrätz zu übergeben. Herr von Pillersdorf war auf diese Anklagen nie eingegangen, er hatte stets den Fürsten durchaus in Schutz genommen. Pillersdorf hatte dadurch alle Sympathieen bei den revolutionären Behörden, bei dem Sicherausschuß verloren, und dies trat noch mehr hervor, als der Minister eine höchst unfreisinnige Geschäftsordnung für den zusammengerufenen Reichstag veröffentlichte.

Schon früher hatte Pillersdorf, wenn ihm auch von Zeit zu Zeit Zeichen des Vertrauens gegeben wurden, doch kaum einige Sympathieen beim Volke; seine Schwäche vermochte keine Achtung einzuflößen, seine Nachgiebigkeit konnte ihm keine feste und gediegene Stellung geben; er war viel zu unselbstständig, viel zu kraftlos, als daß er in den kritischen Verhältnissen, in welchen der österreichische Kaiserstaat sich

zu jener Zeit befand, die Zügel der Regierung hätte führen können, das sah man allgemein ein.

Am 8. Juli trat der Sicherheitsausschuß zusammen und mit einer Majorität von 154 gegen 5 Stimmen beschloß er eine Deputation an den Erzherzog Johann zu senden, welche die Abdankung des Ministers Pillersdorf fordern sollte; und der Beschluß wurde ausgeführt, Freiherr von Pillersdorf gab sofort seine Demission, Erzherzog Johann nahm dieselbe an, und beauftragte den Baron von Dobblhof ein neues Ministerium zu bilden. Am Abend desselben Tages reiste der Erzherzog nach Frankfurt ab, um daselbst seine Stelle als Reichsverweser anzutreten.

Am 10. Juli trat der Reichstag endlich in vorbereitender Sitzung zusammen; er bot ein so sonderbares Bild dar, wie wohl kaum eine andere Deputirten-Versammlung in ganz Deutschland. Alle Stände waren im Reichstage vertreten; es befand sich unter den Deputirten unter anderen eine sehr große Anzahl von Galizischen Bauern, welche weder lesen noch schreiben konnten, welche sogar der deutschen Sprache in keiner Weise mächtig waren. Diese Bauern hatten sich, durch einen Zufall dazu veranlaßt, zum Theil auf die rechte Seite der Versammlung gesetzt.

Berühmte Namen waren im Reichstage verhältnißmäßig wenige, und unter diesen Keiner, welcher eine allgemeine Berühmtheit, ein allgemeines Zutrauen in ganz Oesterreich hätte in Anspruch nehmen können.

Schon beim ersten Blick auf diese Zusammensetzung des Reichstages ließ sich von vorn herein voraussehen, daß bald Differenzen, gewaltige Spaltungen in der Versammlung selbst ausbrechen mußten; es lag dies außerordentlich nahe, da

zwei Parteien im Reichstage sich naturgemäß gegenüberstanden, die Slavische und die Deutsche; wie ganz Oesterreich in diese beiden Parteien getheilt war, so mußten dieselben sich auch im Reichstage wiederspiegeln.

Die Vertreter hatten eine außerordentlich schwierige Aufgabe, sie fanden das Land in einer so furchtbar kritischen Lage, wie kaum ein anderes in ganz Deutschland. Der österreichische Kaiserstaat, der zusammengewürfelt war aus einer Menge von verschiedenen Ländern, deren Bewohner sogar verschiedenen Volksstämmen angehörten, schien seiner Auflösung nahe zu sein. Die Lombardei war in offener Empörung, es wurde dort ein erbitterter Krieg gegen die kaiserlichen Truppen geführt, da die Lombarden nicht länger unter österreichischem Zepter stehen wollten. Auch in Ungarn gaben sich die Symptome einer nahe bevorstehenden, gewaltsamen Bewegung kund, und im südlichen Ungarn war der Aufstand der Croaten gegen die ungarische Herrschaft unter dem Banus Jellachich im vollen Gange. In Böhmen waren die Czechen kaum unterdrückt, und in Wien selbst bestand kaum eine gesetzmäßige Regierung. — Der Kaiser war fort, und der seine Stelle vertretende Erzherzog Johann hatte ebenfalls Wien verlassen müssen, um die Reichsverweserschaft in Frankfurt am Main anzutreten. Es existirte kein Ministerium, der Sicherheits-Ausschuß führte die alleinige Herrschaft; dabei war in der Residenzstadt selbst eine gewaltige Aufregung. Zwei große Parteien waren sich gegenüber getreten und befeindeten sich unaufhörlich, wobei es zu den unruhigsten Auftritten kam; es waren dies die Parteien der eingefleischten Oesterreicher, der sogenannten Schwarzgelben, und die der Deutschen, welche Schwarz, Roth, Gold zu ihrer Partei-Farbe gemacht hatten.

Beide Parteien standen sich höchst schroff gegenüber, neben ihnen aber stand noch eine dritte Partei, welche mit jedem Tage mehr und mehr an Ausdehnung gewann, wenn sie auch zur Zeit des Zusammentritts des Reichstages an Zahl noch nicht grossartig war; es war dies die eigentlich radikale republikanische Partei, an deren Spitze viele der einflußreichsten Literaten standen, wie Becher, Tausenau, Jellinek und Andere. Diese Partei gewann dadurch, daß der Kaiser durch sein Fortbleiben von Wien sich die Herzen der Bevölkerung entfremdete, einen immer größeren Einfluß, besonders unter den Arbeitern, welche durch die Entfernung des Kaisers und seines ganzen Hofstaates in große Noth gerathen waren. Auch die kleinen Bürger, welche mehr und mehr verarmten, neigten sich dieser Partei zu, und dieselbe wuchs daher mit jedem Tage, um so mehr, da sie auch in der akademischen Legion bedeutende Sympathieen fand.

Wien befand sich zu jener Zeit in einem Zustande der völligsten Anarchie, wenn auch diese Anarchie beim ersten Anschein nicht so schroff sichtbar wurde. Der gemüthliche Charakter der Wiener, der Sinn für Ordnung, welcher bei der ganzen Bevölkerung herrschte, ließ den vollständigen Mangel jeder Gesetzlichkeit, jeder Regierungs-Autorität mehr und mehr verschwinden.

In diesen kritischen Umständen trat der Reichstag zusammen, und es stellte sich ihm noch außerdem eine andere Schwierigkeit entgegen, nämlich die, daß die Eröffnung des Reichstages durch den Kaiser oder den Erzherzog Johann beim Zusammentreten nicht vorgenommen werden konnte, da Beide sich nicht in Wien befanden. Der Reichstag hatte daher von vorn herein eigentlich noch gar keine offizielle

Stellung; erst am 17. Juli kam der Erzherzog Johann zurück und bestätigte nun endlich am 19. das folgende Ministerium: Wessenberg wurde Minister des Aeußern, Dobblhof Minister des Innern, Dr. Alexander Bach der Justiz, Feldzeugmeister Graf Latour des Krieges, Freiherr von Kraus der Finanzen, Theodor Hornbostel des Handels, Ernst von Schwarzer der öffentlichen Arbeiten, und Freiherr von Dobblhof des Unterrichts.

Dies Ministerium war im Ganzen ziemlich freisinnig zusammengesetzt, aber dennoch befriedigte es eigentlich keine Partei; besonders unzufrieden war die Hof-Partei, welche in Dobblhof und Schwarzer den größten Anstoß nahm. Andererseits war Latour bei der demokratischen Partei im höchsten Grade verhaßt, und so kam es, daß dies Ministerium durch seine Zusammensetzung von vorn herein die größte Unzufriedenheit gegen sich erregte.

War schon die Zusammensetzung des Ministeriums gegen die Ansichten beider Parteien gerichtet, so war dasselbe der Fall bei dem veröffentlichten Programm desselben. Dasselbe war so unbestimmt gehalten, daß man wohl die Absicht des Ministeriums herauslas, sich in der Mitte der Parteien zu halten, aber gerade hierdurch verfeindete es sich beide Parteien; es sprach im Programm aus, daß alle Nationalitäten ihre volle Gleichberechtigung im Staate haben sollten, und daß Oesterreich nur in einer ähnlichen Verbindung mit Deutschland seine Größe wahren könne; dieser Satz würde die demokratische Partei befriedigt haben, während er die aristokratische im höchsten Grade aufbrachte; aber das Ministerium erwähnte in seinem Programm nichts von einer Anerkennung der Mai-Revolution, und erregte hierdurch andererseits

wiederum Zweifel in die Rechtlichkeit seiner demokratischen Gesinnungen.

So stand das Ministerium schon bei seinem ersten Auftreten auf einem höchst schwankenden Boden, indem es keine Partei eigentlich für sich hatte, und nur durch den Zwiespalt zwischen beiden Parteien gehalten wurde.

3.

Am 22. Juli wurde endlich der Reichstag durch den Erzherzog Johann feierlich eröffnet und erhielt hiermit erst einen öffentlichen Charakter.

Schon am Tage vorher hatte sich der Reichstag constituirt, indem er den Dr. Schmitt, einen Deutschen, zum Präsidenten, und den Dr. Strohbach aus Prag zum Vice-Präsidenten ernannt hatte; es waren diese Wahlen aus einer Vereinbarung der czechischen und deutschen Partei hervorgegangen, welche sich beiderseits noch nicht schroff gegenüber treten wollten, ehe sie genau ihre gegenseitige Stärke zu ermessen im Stande waren.

Wir können uns natürlicher Weise nicht darauf einlassen, den Reichstag in seinen einzelnen Beschlüssen, in seinen unzähligen Interpellationen und Verhandlungen zu verfolgen; der beschränkte Raum unseres ohnehin sehr ausgedehnten Werkes erlaubt uns dies nicht, wir müssen schnell vorwärts schreiten, nur eine kurze Charakteristik des Reichstages in der nächsten Zeit wollen wir uns erlauben.

Es zeigte sich sehr bald, daß der Reichstag in der That seiner großen Majorität nach den besten Willen für die Freiheit des Volkes hatte und zur besten Ausarbeitung der orga-

nischen Gesetze und der Verfassungs-Frage bereit war. Die Linke war sehr stark besetzt, ebenso das linke Centrum, während die Rechte und das rechte Centrum in entschiedener Minderheit waren. Auf dem linken Centrum saßen unter Anderen auch Graf Stadion und Freiherr von Pillersdorf.

Hätte man nach dieser Zusammensetzung des Reichstages von vorn herein glauben müssen, daß derselbe eine gedeihlichere Wirksamkeit für die demokratische Ausbildung der österreichischen Verfassung an den Tag legen müsse, so trat doch leider auch bei dieser Versammlung jene unglückliche Manie zu Interpellationen und fruchtlosen Debatten darüber ein, welche wir fast bei allen anderen deutschen Versammlungen ebenfalls zu beklagen gehabt haben.

Anstatt, wie dies politisch geboten war, sofort mit aller Kraft die Feststellung einer freisinnigen Verfassung zu überwachen, wurde diese, so wie die Berathung der organischen Gesetze im Sinne der Demokratie, durch endlose Interpellationen hinausgeschoben.

Hätte der Reichstag mit möglichster Schnelligkeit eine demokratische Verfassung begründet, so wäre in jener Zeit, wo er noch die vollste Macht in der Hand, wo die Reaction noch keinen Sieg gefeiert hatte, von keiner Seite ein Einspruch dagegen erhoben worden; das Volk wäre befriedigt gewesen, und die Blutscenen des Octobers, so wie der folgenden Monate, die Octroyirung der unfreisinnigen österreichischen Verfassung, wären dem Volke erspart worden.

Der Reichstag konnte dies freilich nicht vorher wissen; die Deutschen waren im Jahre 1848 noch zu jung in der Politik, um eine solche Reaction, wie sie das Jahr 49 gebracht hat, nur für möglich zu halten.

Ein organisches Gesetz wurde indessen sehr bald im Reichstage vorgenommen, berathen und beschlossen; es betraf dies die Aufhebung bäuerlicher Lasten, der Robotten, der Zehnten und der Beschränkung der persönlichen Freiheit der Bauern durch das Band der Gutsunterthänigkeit. Das Gesetz wurde von der Regierung sanctionirt, aber es hatte eine ganz andere Wirkung, als vielleicht einer der Abgeordneten des Reichstages geahnt hatte. Es trug allerdings dazu bei, die drohenden Bauern-Unruhen in den Provinzen zu beschwichtigen; aber nicht dem Landtage dankte die ländliche Bevölkerung die ihr gewährte Freiheit, sondern lediglich dem Kaiser, und so wurde durch dieses Gesetz, welches eine unmittelbare Folge der Revolution war, in dem Landvolke selbst ein mächtiger Feind bereitet, indem dieses sich durch Dankbarkeit an den Kaiser gefesselt hielt, und nun mit scheelen Augen auf die gährende Bevölkerung der Stadt Wien blickte, von der es fürchtete, daß sie die ihm errungene Freiheit vielleicht schmälern könne. Bei den October-Ereignissen sollte es sich deutlich genug zeigen, daß die ländliche Bevölkerung keine Sympathieen für die revolutionaire Partei in Wien mehr habe.

Während dieser Zeit, zu Ende des Juni und zu Anfang des Juli, war es in Wien außerordentlich ruhig und still; kaum daß einige, im höchsten Grade unbedeutende Straßen-esse vorkamen. Aber immer schroffer stellten sich in den ovinzen die Parteien einander gegenüber, immer unverhüll-traten in der Presse die radikalen Ideen der Demokratie or, und fand dadurch um so erbittertere Widersacher im lichen Bürgerthume.

Die Redner in den Clubs wurden mit jedem Tage

excentrischer, es entstand sogar ein vollständiger republikanischer Club, der offen seine Sympathieen für die Republik aussprach, aber sich bald auflösen mußte, weil er in der Bürgerschaft zu viele Feinde hatte.

An der Spitze der radikalen Partei standen, wie an allen Orten Deutschlands, so auch in Wien, viele jüdische Literaten, und dies erregte um jene Zeit in Wien einen fast allgemeinen Judenhaß, der einige Excesse gegen die Redakteure der zu freisinnigen Zeitschriften zur Folge hatte; im Uebrigen ging der Juli ohne alle ernsten Auftritte zu Ende, und auch Anfangs August ist kaum etwas Anderes, als am 6. die Feier der deutschen Einigkeit durch die gesammte Bevölkerung von Wien, und eine Parade des Militairs in Gegenwart des Ministeriums und des ganzen Reichstages, zu bemerken.

Am 31. Juli reiste der Erzherzog Johann wieder nach Frankfurt ab, und Wien befand sich abermals ohne die Gegenwart des Kaisers, ohne die seines Stellvertreters. Der Reichstag sah sich deshalb veranlaßt, schon am 29. Juli eine Adresse an den Kaiser zu richten, in welcher er die Rückkehr desselben forderte.

Es war auch in der That kaum mehr ein Grund vorhanden, weshalb der Kaiser seinen Aufenthalt fern von Wien hatte; die Entschuldigung einer Kränklichkeit hielt um so weniger Stich, als mehrere der bekanntesten österreichischen Aerzte erklärt hatten, das Klima in Insbruck sei den Nervenleiden des Kaisers eher schädlich, als nützlich. In Wien war die Ruhe vollkommen hergestellt, es ließ sich daher kaum ein Grund für die Verzögerung der Rückkehr des kaiserlichen Hofes in die Residenz denken, um so weniger, als es sich bei den Debatten im Reichstage herausstellte, daß das Ministerium,

[illegible]

[illegible] Schon nach wenigen Tagen sollten blutige Excesse durch einen Zwiespalt zwischen der National-Garde und der akademischen Legion und den der Letzteren mit Begeisterung anhängenden Arbeitern hervorgerufen werden.

Die Arbeiter waren seit den Mai-Tagen im Dienste der Regierung mit einem hohen Tagelohn beschäftigt gewesen, aber die Regierungs-Kassen reichten nicht mehr hin, diesen Tagelohn auszuzahlen; der Arbeits-Minister Schwarzer sah sich genöthigt, den Lohn um einige Kreuzer herabzusetzen, wenn er überhaupt die Arbeiter noch ferner beschäftigen wollte, und dies war unumgänglich nothwendig. Der Minister beging dabei die Unvorsichtigkeit, die Lohn-Veränderung plötzlich ins Leben treten zu lassen, ohne vorher durch den Sicher-

heits-Ausschuß oder die akademische Legion die Arbeiter darauf vorzubereiten, und er erregte daher natürlich unter der gesammten Arbeiterschaft eine furchtbare Entrüstung.

Schon am 21. August gab sich eine bedrohliche Aufregung unter den Arbeitern kund; man befürchtete schon an diesem Tage, daß die Arbeiter möglicherweise in die Stadt hineinziehen und sich dort Excesse erlauben würden; diese Furcht war jedoch ungegründet; auch der 22. August ging ruhig vorüber.

Am 23. weigerten sich im Prater die dort versammelten Arbeiter, ans Werk zu gehen; sie kneteten aus Lehm eine Puppe, welche den Minister der Arbeiten, Schwarzer, vorstellen sollte, und begruben diese feierlich unter allerhand seltsamen Ceremonieen. Bei dieser Demonstration erhitzten sich die Köpfe mehr und mehr; es kam dahin, daß zwei Sicherheitswachen, welche, um die Ordnung unter den Arbeitern zu erhalten, dort aufgestellt waren, stark mißhandelt wurden. Am Nachmittage zogen die Arbeiter mit Hacken und Schaufeln nach der Stadt, ihnen voran ein komischer Leichenzug mit dem Bilde des Ministers Schwarzer.

Die National-Garde, welche auf die Nachricht von der Aufregung der Arbeiter schnell herbeigeeilt war, verweigerte den Arbeitern den Eingang in die Stadt, und forderte sie auf, ihre Werkzeuge niederzulegen. Die Arbeiter wollten sich nicht fügen und verlangten im Gegentheil die Entwaffnung der Sicherheitswachen und der ihnen gegenüberstehenden National-Garden.

Nach längerem Hin- und Herdebattiren versuchte die National-Garde, die Arbeiter mit Waffengewalt auseinander zu bringen, sie wurde aber mit furchtbarem Geschrei und

Pfeifen empfangen, und einige Steinwürfe fielen in ihre Reihen. Jetzt kam es zum Kampf; nach kurzem Widerstand flüchteten sich die Arbeiter in den Prater und die nahe liegenden Straßen der Leopoldstadt.

Das Gerücht von diesem Aufstande hatte sich schnell durch die ganze Stadt verbreitet, die Allarmtrommel ertönte durch die Straßen, und überall hörte man den Schreckensruf: „Die Arbeiter dringen zu den Thoren herein! Die Republik wird proklamirt!“

Die Läden wurden schnell geschlossen, die National-Garde rückte überall aus und besetzte die Thore. Noch an mehreren Orten kam es zum Kampf zwischen National-Garde und Arbeitern, und leider benahm sich bei diesem Kampf die National-Garde nicht in der schonenden Weise, wie sie sich früher den Arbeitern gegenüber gezeigt hatte, im Gegentheil kamen die gröbsten Excesse von Seiten der wüthend gemachten National-Gardisten vor. Die traurige Folge war, daß zehn Arbeiter die Opfer dieses unglückseligen Kampfes wurden, und eine große Anzahl (über Hundert) trugen schwerere oder leichtere Verwundungen davon. Unter den Verwundeten befanden sich auch viele Mädchen, sogar Kinder, denn die wüthenden National-Gardisten hatten selbst diese nicht geschont.

Die akademische Legion befand sich während dieses Kampfes in einer im höchsten Grade schwierigen Lage; sie wußte kaum, auf welche Seite sie sich wenden sollte. Es war dies
Kampf um ein politisches Prinzip, es war ein Kampf
[illegible]en den beiden, durch die aufgeregte Zeit in Wien; wie
ganzen übrigen Deutschland, auseinander gerissenen
[illegible]nden, dem Bürger- und Arbeiterstand. Die Legion ge-

hörte keinem von beiden an, sie wünschte die innigste Vereinigung der beiden Stände, und sie mußte sich daher neutral verhalten, ihre einzige Thätigkeit war, den Frieden zu stiften zwischen den streitenden Parteien; aber dies war in jener Zeit der Aufregung ein schwieriges Werk *), um so schwieriger, als, wie wir bereits mitgetheilt haben, die Bürger mit der akademischen Legion nicht mehr ganz harmonirten, und als die Arbeiter sich dadurch verletzt fühlten, daß die Legion nicht auf ihrer Seite kämpfte.

Die Studenten machten es sich fortan zur Aufgabe, den so großen Riß zwischen der Bürgerschaft und den Arbeitern einigermaßen wieder auszugleichen; sie nahmen an dem prunklosen Leichenbegängniß der am 23. gefallenen Arbeiter Theil, und wußten endlich am 3. September eine großartige Feierlichkeit ins Leben zu rufen, an welcher die gesammte demokratische Partei der Stadt Wien, mit Ausnahme der radikalen Deputirten zum Reichstage, sich betheiligte.

Die Aufforderung zu dieser Feierlichkeit ging von allen demokratischen Vereinen aus; auch der Sicherheits-Ausschuß, welcher sich mittlerweile aufgelöst, oder vielmehr in einen Ausschuß zur Wahrung der Volksrechte verwandelt hatte, nahm Theil an dem feierlichen Zuge zum Andenken der Gefallenen.

---

*) Wir machen den Leser der Staats-Umwälzungen darauf aufmerksam, wie wunderbar ähnlich sich die Ereignisse in den verschiedenen großen Staaten Deutschlands im Jahre 1848 wiederholt haben. Der August-Kampf zwischen Bürgern und Arbeitern in Wien gleicht fast genau dem Oktober-Kampf in Berlin; beiden lag keine politische Meinungsverschiedenheit zu Grunde, beide waren lediglich ein Kampf zwischen den verschiedenen Ständen, bei beiden suchten die Führer der Demokratie den Frieden zu vermitteln.



Auch die National-Garden waren zum großen Theil wieder versöhnt, auch sie schlossen sich dem Zuge an, und so wurde aus demselben eine großartige Demonstration zu Gunsten der demokratischen Partei, deren Redner an den mit Blumen geschmückten Gräbern sprachen. Einer derselben, Eckart, ließ die vielen Tausende, welche anwesend waren, zum Schlusse der Feierlichkeit schwören, daß sie für die Volks-Souverainetät kämpfen und sterben wollten.

Auch eine Abtheilung der in Wien anwesenden Ungarn hatte sich diesem Zuge angeschlossen; überhaupt zeigte sich schon in jener Zeit, daß die Wiener Volks-Partei mit den Ungarn Hand in Hand gehen würde. Schon damals äußerten sich die lebhaftesten Sympathieen für die Freiheit der Ungarn, für welche Ludwig Kossuth so feurig kämpfte.

Die Ungarn waren schon in den März-Tagen den Wienern vorausgegangen, ihre Deputation war, wie der Leser sich erinnern wird, mit dem lautesten Jubel empfangen worden, und seitdem waren die Blicke der Wiener Demokraten fortwährend auf Ungarn gerichtet gewesen. Jetzt waren die Sympathieen durch die treulose Handlungsweise der österreichischen Regierung gegen die Ungarn nur noch gewachsen.

Der Ban von Croatien hatte sich offen gegen die Ungarn empört, und er war in dieser Empörung unterstützt worden durch die Regierung, wenngleich diese Unterstützung nur unter der Hand geschehen war.

Die Croaten hatten in Ungarn wüthend, mordbrennerisch gehaust, und trotzdem waren ihnen fortwährend Vorräthe von Munition u. s. w. von Seiten des österreichischen Gouvernements zugeflossen.

Der Kaiser hatte ferner die ungarischen Finanz- und

Militair=Gesetze, welche vom Reichstage vorgelegt worden waren, nicht genehmigt, und dadurch das ungarische Ministerium in die Unmöglichkeit versetzt, die Croatischen Wirren selbst zu schlichten.

Die Ungarn sahen sich durch diese heimtückische Handlungsweise der österreichischen Regierung genöthigt, entweder unterzugehen oder sich selbst zu helfen.

Sie machten nun den letzten Versuch, auf gesetzmäßigem Wege im Verein mit der österreichischen Regierung vorwärts zu gehen. Die ungarischen Minister, Bathyani und Deak, traten in Unterhandlung mit den österreichischen, aber ihre Anstrengungen waren vergeblich; sie wollten schon wieder nach Pesth zurückkehren, als am 6. September eine Deputation beider Tafeln, aus 150 Mitgliedern derselben bestehend, nach Wien kam, um eine großartige Petition dem Kaiser zu überreichen, in welcher mit äußerst kräftigen Worten die Wünsche, die Forderungen der Ungarn auseinander gesetzt wurden; am Schlusse der Petition war sogar gesagt, daß, wenn jetzt den Wünschen des ungarischen Volkes nicht gewillfahrt werde, so sehe dasselbe sich wieder seinen Willen auf den Boden der Revolution gestoßen!

Die ungarische Deputation wurde mit Jubel vom Wiener Volke empfangen; an allen Straßenecken las man riesige Anschlagzettel mit den Worten: „Ungarn muß gerettet werden, oder Oesterreich ist verloren!"

In allen Clubs waren die ungarisch=croatischen Wirren Gegenstand der Tagesordnung, überall hörte man von ihnen sprechen, und das Wiener Volk sah sehr wohl ein, daß, wenn es nicht dem Slaventhum unterliegen wolle, es mit den Ungarn Hand in Hand gehen müsse.



Schon im Anfang August war der Minister Hornbostel im Reichstag dieser Bank wegen interpellirt worden; er hatte nur ungenügende und ausweichende Antworten gegeben, und es waren seit dieser Interpellation wieder fast für eine Million Gulden Actien ins Publikum gekommen; auf die Minister fiel daher ganz besonders der Vorwurf, daß sie an der Discreditirung der Actien zum größten Theil Schuld hätten.

Am 11. September zeigte sich schon eine große Aufregung unter dem kleinen Bürger; gegen Abend zog eine Menge von Bürgern vor die Wohnung des Ministers Doblhof auf dem Jüdenplatz, und verlangte von ihm eine Erklärung über die Bank. Der Minister versprach, dieselbe am folgenden Morgen zu geben. Und in der That erschien am Morgen des 12. eine Erklärung des Ministers, in welcher derselbe versprach, einen Theil der Actien von den ursprünglichen Zeichnern einzulösen und mit diesem Ankauf schon am 12. zu beginnen. Dieses Versprechen befriedigte in keiner Weise; Jeder war in anderer Art darüber erzürnt; die Einen waren wüthend, daß die Minister überhaupt Schulden bezahlten, welche Swoboda allein gemacht hatte, und daß sie daher zu Gunsten eines Privatmannes die schon zu sehr in Anspruch genommenen öffentlichen Kassen noch mehr belasteten; Andere waren wieder wüthend darüber, daß die Minister nicht sämmtliche Actien bezahlen wollten.

Die Volksmassen verdichteten sich mehr und mehr, die Läden wurden geschlossen, der Generalmarsch ertönte, die National-Garde, die akademische Legion trat unter Waffen, in der ganzen Stadt herrschte eine große Aufregung, aber dennoch kam es nicht eigentlich zu Excessen.

Auch am 13. September dauerte die Aufregung fort.

Das Ministerium war auf einen etwaigen Kampf vorbereitet, es hatte die ganze Garnison mobil gemacht, die Thore besetzt, und sogar Geschütze auf den Hauptplätzen der Stadt aufgestellt; dadurch aber war natürlicher Weise die Aufregung nur vergrößert worden, und zu den Forderungen des Volkes kam jetzt auch noch die um Wiederherstellung des Sicherheits-Ausschusses, der, wie unsere Leser bereits wissen, sich aufgelöst hatte.

Die Truppen bewiesen während dieses Tages die allergrößte Mäßigung; aus Schönbrunn waren vom Kaiser Couriere über Couriere eingetroffen, welche die höchste Schonung des Volkes forderten, und nur für den äußersten Fall den Gebrauch des Militairs zuließen.

Auch der Reichstag hatte sich mit der Slowoda'schen Angelegenheit wieder beschäftigt; er bewilligte eine halbe Million Gulden zur sofortigen Schadloshaltung der Betheiligten, und zwei Millionen zur Unterstützung der erwerbslosen Geschäftsleute in Wien. So war der Hauptgrund zu den Unruhen entschwunden, aber dennoch stellte sich die Ruhe nicht sogleich wieder her, bis endlich die Bürger-Garde selbst der Unruhe müde wurde und kräftig gegen einzelne Tumultuanten einschritt. Da verlief sich denn bald die ganze Bewegung, welche ja einen politischen Grund auch gar nicht gehabt hatte, und deshalb die Energie, welche bei den früheren Bewegungen des Wiener Volkes sich gezeigt hatte, nicht haben konnte.

Auch die akademische Legion, wenn sie auch Anfangs sich bei der Bewegung betheiligt hatte, zeigte sich in den letzten Tagen derselben entgegen, und bemühte sich, die Ruhe herzustellen.

wirklich den Frieden anbahnen wollte, so sollte sich doch bald genug zeigen, daß dies Alles nur ein trügerischer Schein war. Es wurde plötzlich ein Briefwechsel des Banus Jellachich und einiger seiner Offiziere mit dem Minister Latour und anderen Häuptern der österreichischen Camarilla aufgefangen, ein Briefwechsel, welcher auf das Beredteste das Volk von Wien und das Volk von Ungarn von der schmachvollen und hinterlistigen Politik des österreichischen Hofes überzeugen mußte.

Der Banus Jellachich beklagte sich in diesen Briefen, daß die ihm versprochenen Geschütze, so wie die Geldunterstützungen, nicht zur rechten Zeit angekommen seien; es ging aus den Schreiben der österreichischen Großen auf das Deutlichste hervor, daß zu gleicher Zeit, wo der Banus durch ein kaiserliches Handschreiben seiner Stelle entsetzt worden war, doch von Seiten des Hofes und des Kriegs-Ministers ihm Unterstützungen zum Aufstande zugegangen waren; es ging daraus hervor, daß in jener Zeit, wo der Kaiser zur Wiederherstellung des Friedens die erwähnte Proclamation erlassen hatte, neue Unterstützungen an Geld und Waffen an den Banus abgesendet waren, und daß ihm noch andere versprochen worden waren, welche nur ungünstige Verhältnisse verzögert hatten.

Die Veröffentlichung dieses Briefwechsels, welche durch Plakate in Wien und in allen größeren Städten Ungarns geschah, erregte natürlicher Weise eine furchtbare Entrüstung gegen die treulose Regierung. Im Reichstage interpellirt, vermochte der Minister Latour sich in keiner Weise zu entschuldigen!!

Erzherzog Stephan, der Palatin von Ungarn, dankte ab; an seiner Stelle sollte ein kaiserlicher Commissair, Graf Lamberg, die ungarischen Wirren schlichten. Aber Graf Lamberg wurde von dem wüthenden, rachedürstenden Volke in Pesth ermordet *).

Die Ungarn sahen jetzt ein, daß sie mit dieser treulosen Regierung in keiner Weise mehr Hand in Hand gehen könnten; alle Unterhandlungen waren abzubrechen.

Auch in Wien, wo die Sympathieen für die Ungarn mit jedem Tage gewachsen waren, erregte die Veröffentlichung des gedachten Briefwechsels eine tiefe Sensation, eine furchtbare Entrüstung in allen Klassen. In den Clubs, wie in allen Volks-Vereinen bildete die ungarische Frage den Hauptgegenstand der Debatten; überall wurden die Plakate, welche den Briefwechsel veröffentlichten, verlesen; überall sprach sich die tiefste Empörung über diese treulose Politik der Camarilla aus, und die Entrüstung wuchs, als man vernahm, daß jetzt die Regierung offen mit ihrer Treulosigkeit an den Tag zu treten beabsichtige, daß von Wien aus Hülfstruppen nach Ungarn zum Banus geschickt werden würden.

Am 3. Oktober nämlich war ein kaiserliches Manifest, von Schönbrunn aus datirt, erschienen, in welchem die Auflösung des ungarischen Reichstages und das Kriegsrecht für ganz Ungarn ausgesprochen war. Der Banus Jellachich von Croatien, der früher zum Rebellen erklärte Banus, wurde

*) Wir geben hier vorläufig nur eine Andeutung dieser höchst wichtigen Ereignisse, welche wir bald in der Geschichte des ungarischen Krieges specieller schildern werden.

als bevollmächtigter Commissair des Kaisers ernannt; das Manifest sagte wörtlich:

„In Folge dieser Unserer Allerhöchsten Bevollmächtigung erklären Wir, daß alles Dasjenige, was der Banus von Croatien verordnen, beschließen und befehlen wird, als mit Unserer Allerhöchsten Königlichen Macht verfügt, beschlossen und befohlen anzusehen ist.“

Der Kaiser nahm sich der croatischen Empörung jetzt offen an und wurde dadurch zum Revolutionair gegen die strenge am Gesetz hängenden Ungarn. Die deutschgesinnten Bataillone, welche durch langen Aufenthalt in Wien eine Zuneigung zu der demokratischen Partei erhalten hatten, wurden vom Kriegs-Ministerium befehligt, zu Jellachichs Hülfe nach Ungarn zu marschiren. Latour machte diese sinnreiche Erfindung, und gegen ihn wurde daher die Wuth des Volkes hauptsächlich rege.

Sechstes Kapitel.

Die Wiener October-Revolution.

1.

Schon am Nachmittage des 5. October wurde es in Wien bekannt, daß auch das Grenadier-Bataillon Richter, eins der beim Volke beliebtesten Bataillone, in welchem sich die demokratische Gesinnung schon vorherrschend gezeigt hatte, nach Ungarn bestimmt sei. Vorher war schon ein italienisches Bataillon vom Regimente Cecopieri nach Ungarn abgegangen, nicht ohne daß sich ein Widerstand in dem Bataillone selbst gezeigt hätte. Dieser Widerstand war indessen überwältigt worden, zwei Schwadronen Kürassiere waren neben dem Bataillone hergeritten und hatten dasselbe gezwungen in die Eisenbahn-Waggons zu steigen, und seiner Bestimmung nach Ungarn zu folgen.

Das Volk hatte gemurrt, als es den Abgang des italienischen Bataillons nach Ungarn erfuhr, als sich nun aber auch das Gerücht verbreitete, daß gerade die deutschgesinnten Bataillone Richter, Rhabowski, Heß u. s. w. am 6. October nach Ungarn abgehen sollten, da wurde die Stimmung immer aufgeregter, und vielfach wurde unter den Nationalgarden und unter der akademischen Legion, so wie in den demokratischen Klubs der Entschluß ausgesprochen, den Abmarsch der Soldaten nach Ungarn nicht zu leiden, sondern sich demselben, wenn es nöthig sei, mit bewaffneter Hand zu widersetzen.

Das Volk glaubte dies um so eher thun zu können, als es von der demokratischen Gesinnung dieser Bataillone überzeugt war. Viele Soldaten waren am 3., 4. und 5. October in den demokratischen Klubs erschienen, und hatten dort um Rath gebeten, wie sie es mit ihrem Abmarsch halten sollten; ob sie sich zu marschieren weigern, oder ob sie marschieren sollten? Diese Soldaten hatten offen dem Volke gegenüber erklärt, daß sich sich niemals entschließen würden, mit den Croaten gegen die Ungarn zu kämpfen.

In Folge dieser Erklärungen zeigte sich bereits am Nachmittage des 5. October eine unruhige Bewegung in der Vorstadt Gumpendorf, in welcher sich die Kaserne des Bataillons Richter befindet. Große Menschenmassen versammelten sich in der Nähe der Kaserne, und die Nationalgarde dieses Fabrikbezirks ließ durch ihren Hauptmann Braun eine Adresse aufsetzen, in welcher sie darum bat, daß das Bataillon Richter nicht von Wien entfernt werde.

Die Menschenmassen in der Gumpendorfer Hauptstraße mehrten sich im Laufe des Nachmittags fortwährend. Vergeblich forderten einige der Nationalgarde-Offiziere das Volk auf sich zu zerstreuen, es geschah nicht, und es kam sogar, als der Oberstlieutenant Goldhan einen Studenten, der zum Volke geredet hatte, verhaften wollte, zu einem Conflikt, in welchem Herr Goldhan einen Messerstich bekam.

Das Volk fraternisirte mit der Mannschaft des Grenadier-Bataillons, und redete dieser zu, sich nicht zum Abmarsch gegen die Ungarn bewegen zu lassen. Diese Zureden fanden auch eine gute Stätte; das Bataillon war von vorn herein selbst gegen den ungarischen Krieg, und die Grenadiere hatten dies früher schon dadurch gezeigt, daß sie bei Ablesung des

Regierungsbefehls zum Ausmarsch, in ein tiefes Murren ausgebrochen waren.

Gegen Abend mehrten sich die Zusammenrottungen in den Straßen immer mehr und mehr, und nahmen einen besorglichen Charakter an, so daß der Hauptmann Braun und einige andere Offiziere der Nationalgarde, vergeblich alle möglichen Anstrengungen machten, um das Volk auseinander zu bringen.

Die Offiziere meldeten diese besorglichen Auftritte dem Commandanten Grafen Auersperg, derselbe aber erwiederte ihnen: „Seien Sie ruhig, es wird Nichts geschehen." Vergeblich bemerkte Braun, Gumpendorf sei eine Fabrikvorstadt, sie sei durch das Verweigern des Gehorsams der Grenadiere in große Gefahr gesetzt, denn die Leute drohten, den Grenadieren beizustehen, und eher die Vorstadt anzuzünden, ehe sie sie wegmarschieren ließen. Der General erwiederte ihnen, „er würde mit den Grenadieren wohl fertig werden." Das war der Bescheid des Generals Auersperg, der weit entfernt war zu ahnen, welche ungeheure Folgen seine Hartnäckigkeit, und zugleich sein Mangel an Vorsichtsmaßregeln haben würde.

Der Morgen des 6. October brach an; schon gegen 4 Uhr sammelten sich bewaffnete Garden auf dem Gumpendorfer Pfarrplatze, es wurde Allarm geschlagen, trotz der Weigerung des schwarzgelben Hauptmanns Braun. Ein Theil der Nationalgarde aus den Bezirken Gaudenzdorf, Gumpendorf und Wieden zog nach der Eisenbahn, andere sammelten sich in der Vorstadt Gumpendorf.

Gegen 4 Uhr erhielten die Grenadiere den Befehl zum Marschieren; aber sie weigerten sich und zerschlugen in der

besonders vom Bataillon Richter, welches am rechten Donau-Ufer aufgestellt war, erklärte offen, nicht marschiren zu wollen *).

Um 10 Uhr verbreitete sich zum großen Jubel die Nachricht, es sei der Befehl zum Rückmarsch gegeben, und in der That bewegten sich die Bataillone rückwärts; es war dies jedoch eine falsche Nachricht, denn obgleich dem Ministerium von Seiten vieler National-Offiziere mitgetheilt worden war, daß von der gesammten National-Garde (über 20,000 Mann) kaum 6000 Mann auf Seiten der Regierung ständen, hielt der Kriegs-Minister Latour doch fest an dem Abmarsch-Befehl. Er könne, erwiderte er allen an ihn gesendeten Deputationen der National-Garde und akademischen Legion, unmöglich einem widerspenstigen Bataillon Contreordre geben, ohne alle militairische Disciplin aufzulösen. Als daher das Volk sah, daß an einen Rückzug nicht zu denken war, daß sogar das Militair sich kampfbereit machte, da luden auch die National-Gardisten und die akademische Legion ihre Gewehre. Die Artilleristen sprangen von den Kanonen und richteten dieselben gegen das Volk, aber die Arbeiter machten sofort einen Angriff auf die Geschütze; sie nahmen zwei derselben und eilten damit fort. General Bredy kommandirte sofort „Feuer!" Die Nassauer Infanterie gab eine Salve, und in dem Augenblick lagen wohl zwanzig bis dreißig Todte und Verwundete auf dem Platze und am Damm; aber auch General Bredy selbst stürzte vom Pferde, er erhielt einen Schuß durch den Kopf und einen anderen durch die linke

---

*) Wir bitten den geehrten Leser, zum Verständniß dieser Schilderungen, so wie der späteren Kämpfe in Wien und Umgegend, sich eine Specialkarte von Wien zu verschaffen, und auf dieser die Bewegungen der Truppen und National-Garden zu verfolgen.

Seite. Vielfache Zeugen behaupten, daß General Bredy diese Schüsse von den Grenadieren selbst erhalten habe, daß sie nicht vom Volke aus gefallen seien. —

Nach diesem ersten Feuern floh ein großer Theil des unbewaffneten Volkes mit furchtbarem Geschrei theils über die Brücke, theils gegen den Eisenbahndamm; dann aber begann ein mörderisches Plänkelfeuer; ein National-Gardist feuerte sogar eine der genommenen Kanonen durch ein Zündholz gegen das Militair ab. Die deutschen Grenadiere gesellten sich dem Volke bei, und sie unterhielten nun mit den National-Garden und der akademischen Legion gemeinschaftlich wohl eine halbe Stunde lang ein so lebhaftes Feuer auf das übrige Militair, daß dasselbe sich mit Verlust von drei Kanonen zurückziehen mußte. Gegen dreißig Todte waren die Opfer dieses Kampfes, unter diesen General Bredy und ein Obrist-Lieutenant Klein. Besonders hatte das Bataillon Nassau gelitten. Unter Jubelgeschrei wurden im Triumph vom Volke die eroberten Kanonen nach der Leopoldstadt gefahren; auf dieselben wurden verwundete Studenten gelegt und die National-Garden begleiteten den Zug.

Auch die Grenadiere zogen in Begleitung der Legionaire und National-Garden nach der Stadt zurück; aus fast allen Häusern wurde ihnen zum Willkommen mit weißen Tüchern entgegen geschwenkt. Jetzt verdoppelte sich das Allarmtrommeln in der ganzen Stadt; ungeheure Volksmassen zogen, theils bewaffnet, theils unbewaffnet, aus den Vorstädten nach dem inneren Wien; von den Thürmen heulten die Sturmglocken.

Eine Abtheilung Kürassiere wollte durch die Taborstraße in die Stadt eindringen, aber die National-Garden empfingen

sie mit einer vollen Ladung. Aus allen Häusern wurde auf sie geschossen, und nur durch die eiligste Flucht konnte ein Theil der Schwadron sich retten, während der Rittmeister und wohl ein Drittel der ganzen Mannschaft todt oder verwundet auf dem Platze blieb.

Die Thore wurden jetzt gesperrt und aus dem bürgerlichen Zeughause wurden, gegen den Willen des Artillerie-Commandanten der National-Garde, Spitzhitl, durch den Commandanten der akademischen Legion, Aigner, Geschütze geholt und auf den Bastionen aufgeführt. Der Ober-Commandant der National-Garde, Streffleur, gab selbst Befehl, zwei Kanonen auf die rothe Thurm-Bastei bringen zu lassen. Eine Proclamation des Minister-Rathes wurde verbreitet, in welcher das Ministerium zur Ruhe und Ordnung ermahnte, ohne aber natürlicher Weise in der allgemeinen Aufregung nur irgend Gehör zu finden. Durch alle Straßen der Stadt und Vorstädte wogten ungeheure Volksmassen, besonders in der Nähe des Stephansplatzes. Der Stephansthurm war besetzt durch National-Garden des Kärnthner und Wiedener Viertels, welche fast durchgängig aus Anhängern der schwarzgelben Partei bestanden; diese hatten vom Ober-Commando den Befehl erhalten, das Sturmläuten mit den großen Glocken des Stephansthurmes zu verhindern. Das Volk drängte gegen die Besatzung des Thurmes an und forderte, daß Sturm geläutet werde, erhielt aber die Erlaubniß dazu nicht. Da rückte durch die Kärnthnerstraße ein Bataillon des Wiedener Viertels an. Die National-Garde am Stephansthurm glaubte, von dem anrückenden Bataillon angegriffen zu werden und deshalb auf dasselbe Feuer; die Wiedener stutzten und rück, bald aber sammelten sie sich wieder und

stürmten nun gegen den Thurm vor, aus dem auf das waffenlose Volk ebenfalls einige Schüsse gefallen waren. Eine der von den Arbeitern erbeuteten Kanonen wurde nach dem Stephansplatze gefahren, um mit derselben gegen die schwarzgelben Garden im Stephansthurm zu feuern; dies war aber nicht mehr nöthig, denn schon hatte die Wiedener National-Garde die Besatzung des Thurmes besiegt, und das Volk war in den Dom eingedrungen und hatte hier sich mit Wuth auf die schwarzgelben Garden gestürzt und einige derselben auf eine scheußliche Weise ermordet. Nur mit Mühe gelang es den Akademikern, fast mit eigener Lebensgefahr, die wüthende Menge von weiteren Blutthaten abzuhalten, und diejenigen National-Garden zu retten, welche sich im Dom, in den Beichtstühlen, unter dem Altar u. s. w. versteckt hatten.

Fast zu gleicher Zeit, gegen halb 2 Uhr, fand am Schottenthor ein wüthender Kampf zwischen Militair und Volk statt. Schon gleich nach 11 Uhr waren drei Compagnieen Ingenieure, gegen Vorzeigung eines Befehls vom Kriegs-Minister Latour, in die Stadt gelassen worden; sie hatten den Platz am Hof, den Graben und den Stock im Eisenplatz besetzt. Von der anderen Seite rückte eine große Zahl Eisen-Arbeiter mit langen, eisernen Spießen an. Das Militair begann zu tirailliren; sofort wurde von den Fenstern und Dächern, aus den Läden in den Seitenstraßen und aus den Kellerlöchern herausgeschossen. Mit Todesverachtung rückten die Garden, Studenten und Arbeiter gegen das Militair vor, welches aus Kanonen mit Kartätschen schoß. Vergeblich waren vorher Unterhandlungen versucht worden; ein Student der akademischen Legion hatte den Hauptmann gebeten, nicht feuern zu lassen, nicht gegen das Volk zu kämpfen;

sie mit einer vollen Ladung. Aus allen Häuser ... at spannte sie geschossen, und nur durch die eiligste Fl... demselben Au- Theil der Schwadron sich retten, währe... ndirte, schoß er und wohl ein Drittel der ganzen Mar... dieser Stelle mörde- wundet auf dem Platze blieb. ... Soldaten mußten sich

Die Thore wurden jetzt gesper... das Volk folgte ihnen und er- Zeughause wurden, gegen den M... beiden Seiten gab es eine große danten der National-Garde ... Verwundeten. Auch an einer an- danten der akademischen L... wurde, besonders in der Bogner Gasse, auf den Bastionen auf... das Volk gefeuert; aber auch hier drang National-Garde, Str... vor und eroberte die Kanonen.

2.

Eine der gräßlichsten Katastrophen des 6. Oktobers, die- ses an furchtbaren Ereignissen so reichen Tages, bildet die Ermordung des Kriegs-Ministers Grafen Latour, eine That, die in ihren fürchterlichen Einzelnheiten für die Stadt Wien Folgen gehabt hat, welche sich damals noch kaum berechnen ließen; eine That, welche die sonst so edle und herrliche Ok- tober-Erhebung der Wiener schändete, indem in ihr sich der gemeine Blutdurst des rachegierigen Pöbels zeigte, ohne ge- bändigt werden zu können von den, für die wahre Frei- heit strebenden und kämpfenden Mitgliedern der akademischen Legion.

Während der Kampf bei der Stephanskirche im vollen Gange war, befanden sich im Kriegsgebäude die sämmtlichen Minister, und unter ihnen Graf Latour, in eifriger Bera- thung. Graf Latour wurde angegangen, die Garden in der Stephanskirche durch Militair zu unterstützen; er gab endlich

…h wollte eben eine Abtheilung Truppen dahin schicken, …mpf daselbst beendigt war, und die Hülfe also zu … allen umliegenden Straßen donnerten die Ge… …urden, wie wir bereits erzählt haben, die …agen; die Minister sahen sich daher ver… …em Kriegsgebäude stehenden, mit Kartätschen …nonen in den Hofraum ziehen zu lassen, das …schließen, und eine Compagnie Grenadiere im Hof …n zu lassen. Eine der Kanonen wurde mit der Mün… …g gegen das vordere Thor gerichtet.

Als am Nachmittage gegen halb Drei der Stand des Militairs immer mißlicher wurde, trug man vielfach beim Kriegs-Minister darauf an, die Geschütze zurückziehen zu lassen. Endlich ging der Minister-Rath darauf ein, und auf zehn bis zwölf Blätter Papier wurden die Worte geschrieben: „Das Feuer ist überall einzustellen." Diese Blätter wurden von Latour und dem Minister Wessenberg unterschrieben und an die Adjutanten und Ordonnanz-Offiziere vertheilt, um mit ihnen den Frieden herzustellen.

Es war indessen bereits zu spät. Bald füllte sich die Straße vor dem Kriegsgebäude mit großen Massen von Studenten, National-Garden und Volk, und das Militair wurde überall zurückgedrängt. Barrikaden wurden in allen benachbarten Straßen errichtet. Die Ordonnanz-Offiziere versuchten vergeblich den Beschluß der Zurückziehung des Militairs zu verkünden; selbst ein als Ordonnanz im Kriegsgebäude anwesender Offizier der akademischen Legion, welcher dem Volke mit einem weißen Tuche zuwinkte und das Blatt mit Latours und Wessenbergs Unterschrift zeigte, konnte bei dem wüthenden Lärm des Volkes nicht durchdringen.

der Hauptmann hatte es verweigert. Der Student spannte darauf ruhig seine Büchse, legte an, und in demselben Augenblick, wo der Hauptmann Feuer kommandirte, schoß er ihn nieder. Der Kampf war auch an dieser Stelle mörderisch, aber das Volk blieb Sieger; die Soldaten mußten sich über den Graben zurückziehen, das Volk folgte ihnen und eroberte die Kanonen. Auf beiden Seiten gab es eine große Anzahl von Todten und Verwundeten. Auch an einer andern Stelle am Hof wurde, besonders in der Bogner Gasse, mit Kanonen auf das Volk gefeuert; aber auch hier drang das Volk siegreich vor und eroberte die Kanonen.

2.

Eine der gräßlichsten Katastrophen des 6. Oktobers, dieses an furchtbaren Ereignissen so reichen Tages, bildet die Ermordung des Kriegs-Ministers Grafen Latour, eine That, die in ihren fürchterlichen Einzelnheiten für die Stadt Wien Folgen gehabt hat, welche sich damals noch kaum berechnen ließen; eine That, welche die sonst so edle und herrliche Oktober-Erhebung der Wiener schändete, indem in ihr sich der gemeine Blutdurst des rachegierigen Pöbels zeigte, ohne gebändigt werden zu können von den, für die wahre Freiheit strebenden und kämpfenden Mitgliedern der akademischen Legion.

Während der Kampf bei der Stephanskirche im vollen Gange war, befanden sich im Kriegsgebäude die sämmtlichen Minister, und unter ihnen Graf Latour, in eifriger Berathung. Graf Latour wurde angegangen, die Garden in der

...mskirche durch Militair zu unterstützen; er gab endlich

nach, und wollte eben eine Abtheilung Truppen dahin schicken, als der Kampf daselbst beendigt war, und die Hülfe also zu spät kam. In allen umliegenden Straßen donnerten die Geschütze, überall wurden, wie wir bereits erzählt haben, die Truppen zurückgeschlagen; die Minister sahen sich daher veranlaßt, die vor dem Kriegsgebäude stehenden, mit Kartätschen geladenen Kanonen in den Hofraum ziehen zu lassen, das Thor zu schließen, und eine Compagnie Grenadiere im Hof aufstellen zu lassen. Eine der Kanonen wurde mit der Mündung gegen das vordere Thor gerichtet.

Als am Nachmittage gegen halb Drei der Stand des Militairs immer mißlicher wurde, trug man vielfach beim Kriegs-Minister darauf an, die Geschütze zurückziehen zu lassen. Endlich ging der Minister-Rath darauf ein, und auf zehn bis zwölf Blätter Papier wurden die Worte geschrieben: „Das Feuer ist überall einzustellen." Diese Blätter wurden von Latour und dem Minister Wessenberg unterschrieben und an die Adjutanten und Ordonnanz-Offiziere vertheilt, um mit ihnen den Frieden herzustellen.

Es war indessen bereits zu spät. Bald füllte sich die Straße vor dem Kriegsgebäude mit großen Massen von Studenten, National-Garden und Volk, und das Militair wurde überall zurückgedrängt. Barrikaden wurden in allen benachbarten Straßen errichtet. Die Ordonnanz-Offiziere versuchten vergeblich den Beschluß der Zurückziehung des Militairs zu verkünden; selbst ein als Ordonnanz im Kriegsgebäude anwesender Offizier der akademischen Legion, welcher dem Volke mit einem weißen Tuche zuwinkte und das Blatt mit Latours und Wessenbergs Unterschrift zeigte, konnte bei dem wüthenden Lärm des Volkes nicht durchdringen.

Mit Brechstangen und anderen Eisen-Geräthschaften suchte die tobende Menge das Thor des Kriegsgebäudes zu erbrechen.

Das Kriegsgebäude wäre leicht zu vertheidigen gewesen, aber es wurde gar nicht versucht, denn die Grenadiere, welche die Wache hatten, sympathesirten mit dem Volke.

Das Thor wurde erbrochen, und augenblicklich strömte das Volk, mit Stangen, Spießen, Aexten und Gewehren versehen, untermischt mit National-Garden und Legionairen, ungestüm in den Hof. Der Ruf: „Wo ist Latour?" „Hängt ihn auf!" und dergleichen Ausrufungen mehr ertönten aus dem wilden Haufen.

Ein Theil des Volkes stürzte sich augenblicklich auf die beiden Kanonen, welche im Hof standen, und führte dieselben unter wüstem Geschrei aus dem Kriegsgebäude; ein anderer Theil vertheilte sich in die Gänge des alten Gebäudes, eines früheren Jesuiten-Klosters, um in denselben den Minister Latour aufzusuchen.

Latour war im Kriegsgebäude geblieben, während die übrigen Minister sich beim Eindringen des Volkes unter dasselbe vertheilt und schnell entfernt hatten. Als schon das Volk sich in alle Gänge vertheilt hatte, kam eine Anzahl von den Mitgliedern des Reichstages, unter ihnen die Abgeordneten Smolka, Borrosch, Goldmark, Sierakowski u. s. w. in das Kriegsgebäude, um die bedrohten Minister durch ihren Einfluß zu beschützen. Der Abgeordnete Borrosch, ein beliebter Volksmann, brachte es endlich dahin, von der Menge gehört zu werden. Er versprach, daß der Kriegs-Minister Latour in Anklagezustand versetzt und der gesetzlichen Strafe nicht entgehen werde. Er beschwor das Volk, die errungenen

herrlichen Siege nicht durch einen Mord zu beflecken, und seine Worte fanden Anklang; Tausende hoben die Hände in die Höhe und gelobten, das Leben Latours zu schonen.

Das Volk jubelte dem Redner zu, hob ihn auf ein Pferd und zog mit ihm im Triumphe durch die Stadt. Die übrigen Deputirten blieben im Kriegsgebäude zurück.

Fortwährend strömten indessen neue Schaaren des Volkes dem Kriegsgebäude zu, und drängten sich in den Hof und in die Gänge. So kam es, daß von denen, welche Borrosch die Schonung des Kriegs-Ministers gelobt hatten, wohl nur noch wenige unter der unzähligen Masse des anderen Volkes sich im Gebäude befanden.

Latour war während dieser Zeit in einem der oberen Zimmer gewesen. Auf den Rath der Reichstags-Deputirten und der anwesenden Generäle entschloß er sich endlich, seine Uniform auszuziehen, sich in Civil umzukleiden und sich aus seiner Wohnung im zweiten Stock nach einer Kammer auf dem Boden, welche zur Aufbewahrung von Geräthschaften diente, zu begeben. Er that dies um so mehr, als ihm ein Vorfall unten auf dem Hof die dringende Lebensgefahr zeigte, in welcher er schwebte. Auf dem Hofe war nämlich ein Techniker, welcher für das Leben Latours gesprochen hatte, von dem wüthenden Pöbel mit seiner eigenen Schärpe aufgehängt worden, und man hatte den jungen Mann erst, als er schon dem Tode nahe war, wieder abgeschnitten.

Kaum hatte sich der Minister aus seiner Wohnung entfernt, so stürmte das Volk in dieselbe, um ihn zu suchen. Alle Zimmer wurden auf das Genaueste durchforscht und die Brieffschaften Latours von einem der Anführer des Volkes in Beschlag genommen.

Mit jedem Augenblicke wuchs die Gefahr für den unglücklichen Latour. Noch hofften die Reichstags-Deputirten, ihn zu retten, wenn er seine Abdankung dem Volke übergebe. Latour verließ deshalb sein Versteck und schrieb in einem Zimmer des vierten Stockwerkes auf einen Zettel die Worte: „Mit Genehmigung Sr. Majestät bin ich bereit, meine Stelle als Kriegs-Minister niederzulegen. Latour." Der Vice-Präsident des Reichstages, Smolka, ein Mitglied der Linken, nahm den Zettel und ging damit hinab, um ihn dem Volke mitzutheilen und dasselbe zu beruhigen.

Latour wollte sich unmittelbar nach Unterschreibung des Zettels wieder in sein Zimmer zurückbegeben; er mußte zu diesem Behuf durch mehrere enge Gänge gehen, aber diese waren bereits vom Volke eingenommen. Die Reichstags-Deputirten Smolka und Sierakowski erklärten sich bereit, den Minister unter ihren Schutz zu nehmen und ihn in das bürgerliche Zeughaus zu seiner Sicherheit zu bringen.

Während dieser Zeit, es war etwa gegen 4 Uhr geworden, hatte sich der Volksauflauf mit jedem Augenblicke vergrößert, das Toben der Menge wurde immer lauter und ungestümer, alle Gänge des weitläufigen Gebäudes waren dicht besetzt, man mußte sich durch dieselben förmlich drängen.

Die Abdankung des Ministers war einem Hauptmann Namens Nieviadonski übergeben, dieser las sie dem Volke vor, und wollte dann den Reichstag von der Gefahr in Kenntniß setzen, in welcher sich der Kriegs-Minister befand, um Hülfe für ihn zu erbitten. Augenblicklich umringte das Volk den Friedensstifter, und einige der Umstehenden bemerkten sogleich, daß das geschriebene Blatt mit frischem Sand bestreut sei, daß also der Kriegs-Minister sich in der Nähe befände. Sie

packten den Hauptmann und drohten ihm mit dem Tode, wenn er nicht augenblicklich den Aufenthalt des Kriegs-Ministers ihnen anzeige. Anfangs verweigerte dies der Hauptmann, dann aber nannte er ihnen einen entfernten Ort als Zufluchtsstätte Latours.

Die Massen stürzten sofort nach dem genannten Zimmer; nur ein Theil blieb zurück, um den Hauptmann Nieviadonski als Geißel zu bewahren. Der Hauptmann kannte indessen einen verborgenen Ausgang durch eine Tapetenthür aus dem Zimmer, in welchem er gefangen gehalten wurde, und durch diesen entkam er glücklich.

Der Kriegs-Minister hatte sich mittlerweile den Reichstags-Abgeordneten übergeben und sich unter den Schutz derselben gestellt; aber dieser Schutz sollte ihm nichts nützen. Kaum wurde die Menge Latours ansichtig, als er durch die engen Gänge die Treppen hinabgedrängt wurde. So kam Latour in den Hof; dort wurde das Gedränge fürchterlich; vergebens bemühten sich die Deputirten, vergebens eine Anzahl Legionaire und National-Gardisten, das Leben des unglücklichen Latours zu schützen; sie wurden von ihm hinfortgedrängt.

Dem Minister wurde der Hut vom Kopfe gerissen, er selbst gestoßen und gemißhandelt. Ein Arbeiter erhob einen gewaltigen Hammer und schlug ihm damit rückwärts auf den Kopf, während zu gleicher Zeit mehrere Säbelhiebe sein Gesicht zerfleischten und ein anderer Arbeiter dem Minister einen Bajonnetstich durch die Brust gab. „Ich sterbe unschuldig!" dies waren die einzigen Worte Latours; dann stürzte er zusammen.

Ein ungeheurer Jubel über die Mordthat wurde unter

dem blutdürstigen Volke laut. Der Leichnam wurde mit einer Schnur an ein Fenstergitter geknüpft, aber noch fortwährend mißhandelt. Die Schnur riß, das Volk schleifte die Leiche fort und hing sie vor dem Kriegsgebäude an einen Gas-Candelaber vor der Hauptwache auf. Noch dort wurde nach dem todten Körper geschossen und gestochen, ihm wurden die Kleider abgerissen, und die Leiche auf das Scheußlichste geschändet. Die verwilderte Menge tauchte ihre Schnupftücher in das Blut, und benutzte diese Tücher als rothe Fahnen. Die Grenadiere auf der Hauptwache sahen, das Gewehr beim Fuß, diesem ganzen Schauspiele zu, ohne sich im Geringsten um dasselbe zu kümmern. Endlich wurde ein großes leinenes Tuch, auf die Veranlassung mehrerer Legionaire, welche der unmenschlichen Schändung einer Leiche nicht länger zuschauen wollten, über dieselbe gehängt.

Glücklicher, als dem Minister Latour, erging es dem General-Major Frank, welchen das Volk ebenfalls aufzuhängen beabsichtigte. Nur mit Mühe gelang es einer Anzahl Legionaire und Garden, welche sich um den General drängten, diesen nach dem bürgerlichen Zeughause zu bringen.

Das bürgerliche Zeughaus war indessen schwach besetzt, das wüthende Volk drängte daher gegen dasselbe an und bestand auf die Auslieferung des Generals; durch die Entschlossenheit einer Anzahl Gardisten, welche sich standhaft weigerten, den General auszuliefern, wurde dieser gerettet, besonders als ein Befehl des Reichstages den General Frank unter seinen Schutz stellte. Abends 10 Uhr wurde der General heimlich aus dem Zeughause entfernt und gelangte am 7. Morgens nach dem Hauptquartier des Commandanten, Generals

Grafen von Auersperg, im Schwarzenbergischen Garten; er war somit gerettet.

3.

Wir müssen jetzt mit einigen Worten zurückkehren auf die Thätigkeit des Reichstages am 6. Oktober, welcher auf die Entwickelung der Oktober-Revolution einen mächtigen Einfluß gehabt hat.

An der Spitze des Reichstages stand der Präsident Strobach, ein entschiedener Anhänger der czechischen Majorität. Die Slaven hatten bei allen Fragen den Ausschlag gegeben; sie saßen fast sämmtlich auf der Rechten, und es war daher nicht zu verkennen, daß der Reichstag in seiner Majorität beim Volke wenig Anklang fand, während das Volk mit desto größerer Liebe an der Minorität, an der freisinnigen, ächt deutschen Linken hing.

Als das Gerücht von den Gefechten an der Taborbrücke nach Wien kam, versammelte sich augenblicklich die Linke und forderte um 10 Uhr Morgens vom Präsidenten Strobach den sofortigen Zusammenruf des Reichstages in einer so kritischen Zeit. Strobach verweigerte diese Zusammenberufung, weil der Reichstag Nichs als ein legislativer Körper sei und keine administrative Gewalt habe; deshalb sei es auch durchaus nicht nöthig, unter solchen Verhältnissen eine außerordentliche Sitzung zu berufen. Vergeblich stellten ihm die Mitglieder der Linken die furchtbaren Folgen vor, welche daraus entstehen würden, wenn das wüthende Volk sich ganz selbst überlassen bliebe. Vergeblich reichten funfzig Reichstags-Mitglieder abermals die Bitte um sofortige Zusammenberufung der

Versammlung ein; Herr Strobach weigerte sich. Erst als auch vom Ministerium selbst die Zusammenberufung gewünscht wurde, entschied sich der Präsident dahin, um 4½ Uhr eine Sitzung anzusetzen. Die Deputirten der Linken übernahmen es, die einzelnen Mitglieder zu benachrichtigen.

Der Kampf in den Straßen Wiens war während dieser Zeit schon ein mörderischer geworden. Das ganze Volk war in Aufregung, überall waren Barrikaden entstanden; da kam eine große Anzahl von Reichstags-Mitgliedern noch vor der festgesetzten Zeit zusammen und bestimmten in einer vertraulichen Sitzung, daß zum Schutze des Ministers Latour, dessen Gefahr ihnen gemeldet worden, eine Commission abgehen solle. Die weißen Gardinen wurden von den Fenstern gerissen und darauf die Inschrift „Reichstags-Mitglieder" geschrieben. Sie dienten als weiße Friedens-Fahnen, mit denen die Commission sich zum Kriegsgebäude begab. Den unglücklichen Erfolg der Commission haben wir schon erzählt.

Gegen 5 Uhr kam Smolka mit den übrigen Deputirten zurück, und der Abgeordnete Sierakowski meldete unter dem tiefsten Entsetzen der ganzen Versammlung den Tod Latours mit den wenigen Worten: „Latour ist todt; er hängt an einem Laternenpfahl am Hof *)."

---

*) Viele Zeitungen haben im Oktober vorigen Jahres gemeldet, daß der Arbeiter, welcher Latour ermordet habe, diese seine That triumphirend selbst dem Reichstage mitgetheilt habe; dies ist eine Unrichtigkeit. Diese Mittheilung wurde gemacht im Studenten-Comité, welches in gemeinsamer Sitzung mit dem Central-Comité aller demokratischen Vereine Wiens unter Dr. Tausenau sich in Permanenz erklärt hatte, um die Bewegung zu leiten. Ein Arbeiter in einer weißen, blutgefleckten Jacke und Schürze, mit einer langen Brechstange in den Händen, erschien im Comité, und erzählte im Wiener Dialekt

Das Präsidium des Reichstages wurde, da Strobach nicht gegenwärtig war, dem Vice-Präsidenten Smolka übergeben; der Reichstag erklärte sich für permanent, und Löhner stellte den Antrag, den volksverhaßten Präsidenten Strobach in Anklagezustand zu versetzen, nahm aber selbst den Antrag zurück. Es wurde sodann, nach kräftigen und oft gehässigen Debatten, im Reichstage beschlossen, eine Deputation von fünf Mitgliedern, unter ihnen Borrosch, Pillersdorf, Lubomirski, an den Kaiser zu senden, mit der Bitte um ein volksthüm-

---

mit wenigen furchtbaren Worten Folgendes: „Wir befanden uns früher am Wiener Berge und zogen nach dem Bahnhof am Belvedere herein; dem allgemeinen Allarmschlagen folgend, rückten wir in die Vorstadt ein und bauten vor der Linie Barrikaden. Als wir damit fertig waren, verbreitete sich das Geschrei nach Latour; wir begaben uns in die Stadt, um ihn zu suchen; wir durchsuchten zuerst das erste Stockwerk, und als wir ihn da nicht fandeu, das Erdgeschoß; hier ergriffen wir ihn und ich durchstieß ihm mit einer Brechstange die Kehle. War das nicht Recht? — Die Anderen hieben mit ihren Werkzeugen nach seinem Kopf, ich aber meinte, er sollte lieber hängen; wir knüpften ihn im Hof an einer Schnur auf, aber sie riß; da gingen wir mit ihm in das Freie hinaus und hingen ihn an eine Laterne; war das nicht Recht?“ Mit tiefem Schweigen vernahmen die Mitglieder des Comité's diese grauenvolle Erzählung, nur einzelne Stimmen aus den Zuhörern riefen Bravo, zur Entrüstung der ganzen Versammlung. Der Präsident ließ sofort den Saal von allen Denen räumen, welche sich nicht durch eine Vollmacht als Mitglieder der Versammlung legitimiren konnten. Das Comité entwarf sodann sofort eine Petition an den Reichstag, in welcher es bat um Zurücknahme des absolutistischen Manifestes vom 5. Oktober, um Entfernung der Camarilla von der Krone, Zurücktritt des Ministeriums und Bildung eines Ministeriums Löhner-Borrosch, ein Gesetz über Minister-Verantwortlichkeit, Unterstellung des Militairs unter die Civil-Gewalten, Amnestie für das an der Revolution betheiligte Militair, Unterordnung Radetzki's unter das österreichische Ministerium und Sistirung des Standrechts und des Belagerungs-Zustandes in Wien.

liches Ministerium, in welchem nur Hornbostel und Doblhof bleiben sollten; ebenso auch um den Widerruf des Manifestes an die Ungarn und der Ernennung des Banus Jellachich. Pillersdorf wurde mit der Abfassung einer Adresse an den Kaiser beauftragt.

Es wurde ferner eine Commission von zehn Mitgliedern zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung ernannt, in welche Füster, Goldmark, Löhner, Schuselka und Andere gewählt wurden. Auch eine Commission an den Grafen Auersperg wurde gesendet, um weiteres Unheil in der Stadt Wien zu verhüten. Der Reichstag erließ ferner eine Proclamation an das Volk, in welcher er seine Permanenz-Erklärung diesem meldete und sein tiefstes Bedauern aussprach „über einen Akt schrecklicher Selbsthülfe, durch welche der bisherige Kriegs-Minister seinen gewaltsamen Tod gefunden". Er stellte „die Sicherheit der Stadt Wien, die Unverletzlichkeit des Reichstages und des Thrones, und dadurch die Wohlfahrt der Monarchie" unter den Schutz der Wiener National-Garde. Ebenso beschloß der Reichstag, wie wir bereits wissen, den General Frank in seinen Schutz zu nehmen.

Stellte sich so der Reichstag in seiner Majorität als eine wahre Volks-Vertretung dar, so zeigte doch die Rechte des Reichstages, daß sie ebensowenig, wie irgend eine andere Rechte in ganz Deutschland, im Stande sei, in Zeiten der Gefahr die Führung des Volkes zu übernehmen.

Die czechische Partei, welche in ruhigen Zeiten die Linke aufs Aeußerste tyrannisirt hatte, behauptete im gegenwärtigen Augenblicke, obgleich sie doch die Majorität in der Versammlung hatte, von der Linken terrorisirt zu werden, und trat deshalb aus. Sie überließ das Volk von Wien, sie überließ

den Reichstag in dieser gefahrvollen Zeit seinem Schicksale, und machte sich deshalb des Amtes als Volks-Vertretung unwürdig. Die Majorität blieb indessen im Reichstage zurück, denn auch Viele von der czechischen Partei fügten sich dem Austritte nicht und blieben in Wien. Sie suchten in den Stürmen der Revolution für ihre Partei so viel zu retten, als möglich war.

4.

Während der Reichstag in eifriger Berathung saß, tobte der Kampf fort in den Straßen von Wien. Nachdem der Minister Latour seinen schreckenvollen Tod gefunden hatte, war auch ein Rittmeister von Valmagini am Graben vom Volke überfallen und gefährlich verwundet worden. Nur mit genauer Noth war er dem Tode entgangen.

Die Wuth des Volkes wendete sich jetzt besonders gegen den Ober-Commandanten der Wiener National-Garde, Herrn Streffleur; man suchte denselben überall, um ihn wie Latour zu hängen.

Streffleur war während des ganzen Kampfes Ober-Commandant geblieben, bis ihm am Nachmittage der Platz-Offizier Dunder benachrichtigte, daß Latour aufgehängt, Valmagini schwer verwundet sei, und daß man ihn suche, um ihn ebenfalls zu ermorden. Dunder gab Streffleur den Rath, sich sofort in den Reichstag zu begeben und sich unter den Schutz desselben zu stellen. Streffleur befolgte den Rath sofort, und in Folge dessen wurde vom Reichstage der Abgeordnete Scherzer zum Ober-Commandanten der National-Garde ernannt und vom Minister des Innern bestätigt.

Einer der wüthendsten Kämpfe am 6. Oktober fand vor dem kaiserlichen Armatur-Zeughause statt. Schon am Nachmittage gegen zwei Uhr hatte sich ein lärmender Volkshaufe gegen das Zeughaus gewälzt, um dort Waffen zu verlangen, welche ihm indessen nicht verabfolgt wurden. Im Zeughause lagen zwei Compagnieen Infanterie, die sich fest entschlossen zeigten, unter jeder Bedingung das Haus gegen den Sturm des Volkes zu vertheidigen. Gleich nach vier Uhr fielen die ersten Opfer am Zeughause; das Volk hatte nämlich die unteren Fenster eingeschlagen und mit Feuerhaken einige Gewehre aus dem Hause hervorgezogen; ebenso hatte es auch begonnen, die Mauern zu untergraben. Der Commandant des Zeughauses ließ, um das Volk zu vertreiben, plötzlich das Thor öffnen und einen Ausfall machen, durch welchen vier von den Angreifern getödtet und Viele verwundet wurden. Die Menge stäubte augenblicklich auseinander, sammelte sich indessen bald wieder, und nahm nun die umliegenden Häuser ein, um von hier aus die Besatzung zu beschießen.

Mehrere Stunden vergingen unter fortwährendem gegenseitigen Feuern, vom Volke aus den Häusern gegen die Besatzung und von dieser auf jeden Schützen, der sich ihren Blicken zeigte. Starke Barrikaden waren in allen, um das Zeughaus liegenden Straßen aufgeführt worden, und die Besatzung desselben befand sich daher durchaus isolirt von jeder anderen Militair-Behörde. Nichtsdestoweniger vertheidigte sie mit Löwenmuth das ihr anvertraute Haus. Als das Volk sah, daß auf diesem Wege das Zeughaus kaum zu erobern sein möchte, schickte es anfänglich Parlamentaire mit weißen Fahnen nach dem Zeughause, um die Besatzung zur friedlichen

Uebergabe aufzufordern; aber mehrere von diesen Parlamentairen wurden trotz ihrer weißen Fahnen erschossen. —

Die Wuth des Volkes vergrößerte sich dadurch natürlicherweise mit jedem Augenblicke mehr und mehr; es wurden Kanonen herbeigeführt und mit diesen die hintere Seite des Zeughauses scharf beschossen.

Im Zeughause selbst befand sich nur eine, aber scharf geladene Kanone; diese ließ der Commandant, Hauptmann Kästell, wohl richten, und nachdem drei Schüsse auf das Haus gefallen waren, ließ er sie abfeuern.

Die Wirkung war eine furchtbare. Die Kartätschen hatten unter den dicht gedrängten Angreifern grausenhaft gewüthet, und die Menge mußte erschreckt zurückweichen und sogar eine Kanone im Stich lassen, welche unter Triumphgeschrei von dem aus dem Zeughause ausfallenden Militair in Besitz genommen wurde.

Der Kampf wurde nun mit furchtbarer Wuth und Erbitterung fortgesetzt. Ununterbrochen wurde mit Kartätschen gegen das Zeughaus gefeuert, aber die Schüsse waren vom Volke meist schlecht gerichtet und verfehlten daher zum größten Theile ihre Wirkung, während die geübten Artilleristen der Besatzung unter den Angreifern schreckliche Verheerungen anrichteten, durch welche sich indessen das Volk nicht zurückschrecken ließ. Mit gleicher Tapferkeit von beiden Seiten wurde der Kampf fortgesetzt. Endlich, nach mehr als dreistündiger Schlacht, wurde eine Bresche in einen Theil des Hintergebäudes geschossen; eine Menge Volks drängte in das Haus und leerte ein dort befindliches Waffen-Depot, welches jedoch meist unbrauchbare Waffen enthielt; weiter vorzudringen war aber unmöglich.

Der Angriffsplan wurde deshalb geändert, und mit unendlicher Mühe gelang es endlich, einen Theil des Zeughauses von der Bastei aus in Flammen zu bringen. Gegen ein Uhr in der Nacht schlugen plötzlich die Flammen von einer zum Zeughause gehörenden Schmiede in die Höhe und bedrohten das ganze Gebäude. — Die Sturmglocken heulten vom Stephansthurm und von den übrigen Kirchen der Stadt; von der Universität stiegen Raketen empor, um die Bewohner von Wien von dem nahen Siege zu benachrichtigen — es war ein furchtbares Schauspiel.

Aber auch der Brand wurde mit vieler Mühe von der Besatzung des Zeughauses gelöscht; es gelang dieser, da die Schmiede ziemlich allein stand, und deshalb der Brand sich nicht leicht weiter verbreiten konnte.

Endlich, nach so furchtbarem Kampfe, wurde des Morgens gegen sechs Uhr das Zeughaus dem Volke von der Besatzung übergeben, weil der Letzteren die Munition vollständig ausgegangen war. Die Besatzung erhielt freien Abzug und wurde von dem heldenmüthigen Volke mit einem donnernden Hurrah begrüßt, denn ihre Tapferkeit hatte den Angreifern Achtung eingeflößt. Unmittelbar nach der Uebergabe strömte das Volk in das Haus, um sich dort zu bewaffnen.

5.

Der Morgen des 7. Oktober begann mit der Plünderung des Zeughauses. Tausende und aber Tausende drangen in das Gebäude ein, und während die Communal-Gardisten die beim Sturm auf das Zeughaus Getödteten und Verwundeten

auf Bahren forttrugen, strömten zu allen Eingängen die Massen in das Haus und vertheilten sich in den Sälen, um nach Waffen zu suchen.

Der große Hof war dicht angefüllt mit Leuten, alle Waffensäle wurden erbrochen und wimmelten von Menschen, welche theils sich selbst bewaffneten, theils die Waffen aus den Fenstern warfen. Selbst Knaben von zwölf bis vierzehn Jahren trugen Waffen in Massen aus dem Hause, wurden aber draußen von den National-Garden wieder entwaffnet, um ihre Beute in tüchtigere Hände zu liefern.

Leider wurden auch viele von den werthvollen Kunstschätzen, alte, historisch wichtige Waffen bei dieser Gelegenheit aus dem Zeughause genommen, und nachher von dem unter das Volk gemengten, beutelustigen Pöbel um ein Billiges, weit unter dem Werth, verkauft. Vergeblich strengten sich Legionaire, vergeblich National-Garden an, diesem Unwesen Einhalt zu thun. Erst gegen drei Uhr Nachmittag, nachdem der Reichstag das Zeughaus unter den Schutz der Legionaire gestellt hatte, gelang es, die Zugänge vollständig zu besetzen und die weitere Plünderung desselben zu verhüten.

Während der Einnahme und Plünderung des Zeughauses war nach Schönbrunn die Kunde von den Vorgängen in Wien gedrungen und hatte dort einen tiefen Schrecken in der kaiserlichen Familie und am ganzen Hofe erzeugt. Besonders als die Nachricht von dem Tode Latours nach Schönbrunn kam, als der fortwährende Kanonendonner gegen das Zeughaus daselbst gehört wurde, und man dort den Brand der Schmiede in lichten Flammen am Himmel sah, wurde der Schrecken ein panischer. Der Kaiser gerieth in eine furchtbare Angst; er glaubte, für seine eigene Person fürchten zu

müssen, um so mehr, als die Bedeckung von Schönbrunn nur in sechs Schwadronen Kavallerie, zwanzig Compagnieen Infanterie und acht Geschützen bestand, eine Macht, welche dem nunmehr bewaffneten Proletariat von Wien, welches gegen 100,000 Streiter ins Feld zu stellen vermochte, in keiner Weise gewachsen war.

Es wurde deshalb in Schönbrunn die Abreise des Kaisers beschlossen, und des Morgens gegen halb acht Uhr stieg der Kaiser mit dem Erzherzog Franz Karl und der Erzherzogin Sophie in eine leichte Reise-Equipage, um nach Ollmütz zu fliehen. Der kaiserliche Wagen wurde durch den Erzherzog Franz Joseph zu Pferde und die gesammte in Schönbrunn befindliche Militairmacht begleitet, und nahm seinen Weg nach Ollmütz zu, wo der Kaiser vor den Folgen der Wiener Revolution gesichert zu sein hoffte. Der gesammte Hofstaat des Kaisers folgte diesem, und ebenso auch ein großer Theil der vornehmen aristokratischen Familien, welche bisher noch in Wien geblieben waren, nun aber nach den Kämpfen des 6. Oktober dort nicht mehr sicher zu sein glaubten. Vor seiner Abreise erließ der Kaiser folgendes Manifest, welches er dem Finanz-Minister Kraus zur Contrasignirung zusendete; eine Abschrift wurde dem General Grafen von Auersperg, welcher sich mit seiner gesammten Truppenmacht in den Schwarzenbergischen Garten zurückgezogen hatte, übersendet, um dieselbe zu veröffentlichen, falls der Minister Kraus die Contrasignirung verweigerte. Das Manifest lautete:

„Ich habe alle Wünsche Meines Volkes zu erfüllen gesucht. Was ein Herrscher an Güte und Vertrauen seinem Volke erweisen kann, habe Ich mit Freude erschöpft, und durch die Constitution, die Selbstständigkeit, die Kraft und

den Wohlstand zu erhöhen gesucht. Obwohl Mich die Gewaltthaten des 15. Mai aus der Burg Meiner Väter vertrieben, bin Ich doch nicht müde geworden, zu geben und zu gewähren. Auf der breitesten Grundlage des Wahlrechts ist ein Reichstag berufen worden, um in Uebereinstimmung mit Mir die Constitution zu entwerfen. Ich bin in die Hauptstadt zurückgekehrt, ohne eine andere Garantie zu verlangen, als das Rechtsgefühl und die Dankbarkeit Meiner Völker. Allein eine geringe Anzahl Irregeführter bedroht die Hoffnung jedes Vaterlandsfreundes mit Vernichtung. Die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht, Wien ist mit Mord und Brand erfüllt. Mein Kriegs-Minister, den schon sein Greisenalter hätte schützen sollen, hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. Ich vertraue auf Gott und Mein gutes Recht und verlasse die Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hülfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser."

Dies Manifest war in der That seinem ganzen Inhalte nach eine vollständige Kriegs-Erklärung gegen Wien, es war durchaus unconstitutionell, da es von keinem Minister gegengezeichnet war. Der Finanz-Minister Kraus übergab dies Manifest dem Reichstage, indem er hinzufügte, daß er mit demselben einen schriftlichen, mit unleserlicher Unterschrift versehenen Auftrag zur Contrasignirung und Veröffentlichung durch einen Burgwächter erhalten habe. Unter ungeheurem Beifall des ganzen Hauses und der Gallerie erklärte er, daß er als constitutioneller Minister weder das Eine, noch das Andere thun könne. Er übergab beide Urkunden der Reichs-Versammlung, damit diese darüber beschließen möge. Die Versammlung beschloß, die Denkschrift dem Kaiser zu beant-

warten, und zu gleicher Zeit selbst ein Manifest an die Völker Oesterreichs zu erlassen. Sie beschloß ferner, daß die Minister Dobblhof, Kraus und Hornbostel sämmtliche Geschäfte aller Ministerien einstweilen führen sollten, weil die Minister Wessenberg und Bach sich aus dem Staube gemacht hatten.

Schuselka wurde mit diesem Manifest an die Völker Oesterreichs beauftragt, welches am Abend des 7. Oktober erschien. Der Reichstag erklärte in demselben, daß er sich für permanent erklärt und zugleich einen permanenten Ausschuß zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewählt habe. Er habe eine Deputation an den Kaiser gesendet, um im Verbande mit diesem die Wünsche des souveränen Volkes zu erfüllen und dessen heilige Interessen zu wahren. Er ermahnte das Volk von Wien, in den Tagen des Oktober dieselbe thatkräftige, politische Besonnenheit und den hohen, herrlichen Edelmuth zu beweisen, wie in den Tagen des Mai, und that kund, daß die Minister Dobblhof, Hornbostel und Kraus die Geschäfte aller Ministerien führen sollten, daß eine Denkschrift an den Kaiser erlassen werde, in welcher diesem der wahre Stand der Dinge aufgeklärt werde. Die Provinzial-Zeitungen wurden aufgefordert, das Manifest in ihren Spalten in der Landessprache aufzunehmen.

In der Adresse an den Kaiser beklagte der Reichstag die plötzliche Abreise des Kaisers, welche ohne ein, auf constitutionellem Wege ausgesprochenes, beruhigendes Wort über den Zweck, über die Dauer und über das Ziel dieser Entfernung vorgenommen worden sei; er mahnte den Kaiser zum Vertrauen zum Volke, zum Vertrauen zu den Vertretern desselben, und bat ihn, zurückzukehren an den Sitz der Regierung, damit jeder unheilvolle Angriff gegen das Vaterland

er möge aus der Reaction oder Anarchie entspringen, vereitelt werde, damit das Werk der Constituirung, in welchem die Völker Oesterreichs allein die Bürgschaft einer glücklichen Zukunft zu finden suchten, vor sich gehen könne; er bat den Kaiser, den furchtbaren Bürgerkrieg zu enden und Rathgeber zu wählen, welche sowohl das Vertrauen des Regenten, als jenes eines biederen, freiheitsliebenden Volkes würdig sind.

In derselben Sitzung wurde außerdem beschlossen, eine Commission niederzusetzen, welche in Verbindung mit Scherzer, dem Ober-Commandanten der National-Garde, dafür zu sorgen habe, daß die Stadt in gehörigen Vertheidigungs-Zustand gesetzt werde; denn es war zu besorgen, daß General Graf von Auersperg, der im Schwarzenbergischen Garten eine feste Stellung eingenommen hatte und auf der Höhe des Belvederes bivouakirte, von dort aus, wenn er militairische Verstärkungen bekommen habe, die Stadt angreifen würde. Zur Zeit fehlte ihm allerdings das nöthige Geschütz zu einem etwaigen Bombardement. Die Kanonen aus den Zeughäusern waren im Besitz des Volkes, aber die Stellung des Grafen Auersperg war eine unangreifbare und daher von der größten Bedeutung. Außerdem war die Gloggnitzer und Brucker Eisenbahn vom Militair besetzt und es konnte diesem daher Zuzug gebracht werden.

So ging der 7. Oktober, der zweite Tag der Revolution, zu Ende. Das Volk wiegte sich im Freudentaumel des errungenen Sieges; es vertraute seiner Kraft und hoffte auf die Unterstützung des Landvolkes. Nach den Vorgängen des 6. Oktober glaubte es mit Ruhe jedem Kampfe entgegen gehen zu können, um so mehr, da es gegenwärtig vollkommen bewaffnet war, und da die National-Garde unter Scherzer

[illegible] Seiten des Banus Jellachich die größte Besorgniß ein, [illegible] es verbreitete sich das Gerücht, daß Jellachich mit seinen Truppen dem General Auersperg zu Hülfe eilen würde.

Im Reichstage waren die Verhandlungen von keinem großen Interesse. Ein Antrag von Borrosch wurde angenommen, demzufolge sich der Reichstag vor Beendigung des Constitutions-Werkes unauflöslich und als ein untheilbares Ganze, welches alle Völker Oesterreichs vertrete, erklärte. Der Reichstag erklärte ferner, er werde fest auf constitutionell legalem Boden beharren, und forderte alle, mit oder ohne Urlaub abwesenden Deputirte auf, sich binnen längstens vierzehn Tagen zur Reichstags-Sitzung einzufinden.

Der Minister Hornbostel theilte mit, daß er ein von Sieghardskirchen vom 8. Oktober 1848 datirtes Handbillet empfangen habe, welches ihn auffordere, sich zur Contrasignirung der kaiserlichen Erlasse an den Hof zu begeben. Er sprach aus, daß er dieser Aufforderung folgen werde, indem er aus derselben mit Freuden ersehe, daß der Kaiser den constitutionellen Weg ferner nicht zu verlassen beabsichtige. Auch die Sitzung vom 9. Oktober war keine besonders wichtige; es erhielt an diesem Tage der Reichstag die bestimmte Meldung, daß der Banus Jellachich in Bruck mit einer Armee von etwa 30 bis 50,000 Mann eingerückt sei, und beschloß deshalb, den Abgeordneten Prato in das Lager des Banus zu senden, um ihm jeden Weitermarsch zu untersagen. Zu gleicher Zeit wurde ein Courier an den Kaiser geschickt, um für den Banus den Befehl, sich sogleich zurückzuziehen, zu erwirken.

7.

Die Nacht vom 9. zum 10. Oktober war in Folge der Gerüchte, welche über Jellachich in der Stadt cursirten, eine höchst aufgeregte und unruhige. In allen Strußen bildeten sich Gruppen von Bewaffneten, hinter den Barrikaden lagerten um die Wachtfeuer bewaffnete Arbeiter und Legionaire, die Wälle und Bastionen der Stadt waren besetzt, theils von National-Garden, theils von Arbeitern und Legionairen. Die Kanonen, welche die Zugänge der Thore bestrichen, waren von der Bürger-Artillerie geladen, und neben ihnen standen die Kanoniere mit brennenden Lunten, in jedem Augenblicke zum Kampfe bereit. Der Reichstag, der Gemeinderath, das Central-Comité aller demokratischen Vereine, das Ober-Commando der National-Garde und das der Legion blieben in Permanenz, um, sobald der Kampf ausbreche, den man in jeder Stunde erwartete, die nöthigen Schritte thun zu können; aber es erfolgte kein Angriff, und gegen Morgen zogen sich daher die Bewaffneten wieder etwas zurück, um auszuruhen von den Strapazen der Nacht.

Während des ganzen 10. Oktobers war es die Hauptaufgabe aller Behörden, die Bewaffnung des Volkes zu regeln und so dasselbe zu einem Widerstande gegen die Militairmacht geeignet zu machen. Die Stadt wurde überall befestigt und nahm bald vollständig den Charakter einer belagerten Festung an. Gegen 10 Uhr besetzte die akademische Legion die Bastionen und wurde darin von der National-Garde unterstützt, so daß gegen Mitternacht die Bewachung der Thore und die Verschanzungen der inneren Stadt ganz vollständig ins Werk gesetzt waren. Die Aufstellung der Kanonen wurde zweck-

mäßig von der Bürger-Artillerie und von den verschiedenen übergetretenen Soldaten bewerkstelligt; die Stadt wurde dadurch gegen etwaige plötzliche Angriffe vollkommen sicher gestellt.

Der Reichstag blieb während dieses Tages in einer fortwährenden Correspondenz mit dem General von Auersperg, an den Deputationen über Deputationen geschickt wurden. Auersperg versicherte, daß er, obgleich er dem Wunsche des Reichstages nicht nachkommen könne, seine Truppen in den Kasernen wieder einzuquartieren, weil die Aufregung gegen das Militair in der Stadt zu groß sei, doch in keiner Weise Feindseligkeiten gegen Wien beabsichtige; mit dem Banus Jellachich stehe er in keiner Verbindung.

Während Auersperg indessen dies dem Reichstage versicherte, hatte er mit dem Banus selbst unmittelbar nachher eine Unterredung, um sich mit ihm über die Vertheidigungsmaßregeln zu besprechen, welche zu ergreifen wären, wenn, wie zu vermuthen stand, ein ungarisches Heer den Banus verfolgen und angreifen würde. Es war vorauszusehen, daß ein solches Heer, wenigstens an Kavallerie, den vor Wien befindlichen Truppen weit überlegen sein würde, und ein Ausfall der Wiener konnte daher einen etwaigen Kampf für die kaiserliche Armee zu einer unglücklichen Entscheidung bringen. Es wurde deshalb zwischen dem Banus und dem General Auersperg verabredet, sich nöthigenfalls auf der Straße gegen Purkersdorf in die Gebirge zurückzuziehen und dort die Defileen besetzt zu halten, während man aus Böhmen und Mähren Verstärkungen abwartete. Ein Theil der kaiserlichen Truppen, welcher aus Preßbnrg angekommen war, verschanzte sich in den Auen der Donau und bildete so mit der Armee des

Banus Jellachich und der des Grafen Auersperg eine Kette, welche Wien einschloß.

Auch an den Banus Jellachich selbst hatte der Reichstag, wie wir bereits gemeldet haben, den Deputirten Prato gesendet; derselbe kam am Nachmittage des 10. zurück und brachte die Antwort des Jellachich, in welcher dieser sagte, daß er als Staatsbürger verpflichtet sei, jeder Anarchie zu steuern; als Militair gebe der Donner der Geschütze seinem Marsche die Richtung. Sein einziges Streben sei die Aufrechthaltung der Monarchie auf der Basis der Gleichberechtigung und der Treue gegen den Monarchen.

Diese Antwort war der Aufforderung des Reichstages gegenüber eine sehr ungenügende; es war vorauszusehen, daß Jellachich ohne Weiteres die Stadt angreifen würde, wenn er sich überhaupt dazu im Stande fühlte.

Zur Beruhigung der Stadt erließ der Gemeinderath, in Uebereinstimmung mit dem Reichstage, im Laufe des Tages eine Proclamation, in welcher er mittheilte, daß allerdings der Ban von Croatien mit ungefähr 1000 Mann gänzlich erschöpfter Truppen bei Schwadorf lagere, daß sich aber mit ziemlicher Gewißheit herausstellte, der Banus werde mit seinen Croaten seinen Rückzug durch Steiermark nehmen.

Diese Proclamation war indessen eine völlig betrügerische, ein nicht zu rechtfertigendes Mittel, zu welchem der Gemeinderath gegriffen hatte, um die Stadt zu beruhigen, denn es war dem Reichstage sowohl als dem Gemeinderath sehr genau bekannt, daß die Armee des Banus viel bedeutender wäre, da zuverlässige Kundschafter diese Nachricht bereits nach Wien gebracht hatten. Der Reichstag und der Gemeinderath sorgten deshalb auch für die Befestigung der Stadt gegen

..s Dunkel der Nacht, um die Bewohner der äußersten ... und umliegenden Dörfer vom nahen Kampfe zu ... — Aber es war ein blinder Lärm; 150 Steier... ...hen hatten sich durch das Militair geschlagen ...ach einem kurzen Kampfe glücklich eingetroffen. ... die folgenden Tage, der 11. und 12. Oktober, ver... für das Volk von Wien in einer bedeutenden Auf...g, wenn auch ohne wesentliche Kämpfe. Der Reichs...g, der Gemeinderath, das Ober-Commando der National-Garde, das Studenten-Comité und das Central-Comité aller demokratischen Vereine bemühten sich allerseits, die Ruhe in Wien aufrecht zu erhalten und das Volk zu dem Kampfe, der sicher bevorstand, zu kräftigen.

Vom Stephansthurm herab konnte man deutlich die Militairschaaren des Banus Jellachich erkennen, und von dort wurden fortwährend Nachrichten gegeben von den sich nähernden Truppenmassen. Der Reichstag stand während dieser Tage in ununterbrochenen Unterhandlungen mit dem General von Auersperg.

Am Morgen des 12. gegen 6 Uhr verließ der Graf Auersperg seine feste Stellung im Schwarzenbergischen Garten und am Belvedere. Er zog in höchster Eile ab, um nicht während des Zuges von den Wiener National-Garden angegriffen zu werden. Der Abmarsch gelang dem General auch vollkommen. Er verlegte sein Hauptquartier nach Inzersdorf und setzte seine Truppen mit denen des Banus in Verbindung, so daß die kaiserliche Armee jetzt Wien in einem Halbkreise von Simmering bis Schönbrunn umschloß, da ihre Stärke eine völlige Einschließung der Stadt nicht gestattete. Vor seinem Abmarsch erließ Auersperg ein Schreiben an

einen Angriff oder plötzlichen Ueberfall, und dehnten dieselbe gegen Abend auch auf die Vorstädte aus.

Jellachich rückte während dieser Zeit immer näher, seine Croaten besetzten die Dorfschaften bis auf eine Stunde von den Linien, und aus allen Dörfern der Umgegend, so wie aus den äußeren Vorstädten, strömten deshalb Schaaren von Flüchtlingen nach Wien, um den Mißhandlungen der croatischen Räuber zu entgehen. Diese Flüchtlinge, so wie die Arbeiter, welche noch nicht bewaffnet waren, erhielten Gewehre aus dem Militair- und Bürger-Zeughause; Alles wurde zum ernsten Kampf vorbereitet.

Auch eine Abtheilung Brünner National-Garde kam nach Wien, um dem Volke in diesem Kampfe beizustehen. Gegen 11 Uhr des Abends wurde plötzlich die ganze Stadt in Allarm gesetzt: Ein Posten auf der Bastei bemerkte, daß auf dem Thurm der Stephanskirche zwei Lichter erschienen; zwei ganz ähnliche Lichter zeigten sich im Lager beim Schwarzenbergischen Garten. Der Posten ließ sogleich beim Studenten-Ausschuß Anzeige davon machen, die Kirche und der Thurm wurden untersucht, aber man fand nichts mehr. Plötzlich hörte man einzelne Schüsse fallen und kurz darauf Pelotonfeuer. Augenblicklich wurde die ganze Stadt allarmirt, in den Vorstädten wurden die Sturmglocken geläutet und der wilde Schrei: „Zu den Waffen!" tönte durch alle Straßen der inneren Stadt. Die Häuserglocken wurden angezogen von Arbeitern, welche durch die Straßen liefen, Wien war in einem Augenblick vollständig belebt. Neue Barrikaden wurden gebaut, die alten befestigt und besetzt, Studenten und National-Garden eilten auf die Stadtwälle, vom Stephansthurm und vom Observatorium der Sternwarte zischten Ra-

laten ins Dunkel der Nacht, um die Bewohner der äußersten Vorstädte und umliegenden Dörfer vom nahen Kampfe zu benachrichtigen. — Aber es war ein blinder Lärm; 150 steiermärkische Schützen hatten sich durch das Militair geschlagen und waren nach einem kurzen Kampfe glücklich eingetroffen.

Auch die folgenden Tage, der 11. und 12. Oktober, vergingen für das Volk von Wien in einer bedeutenden Aufregung, wenn auch ohne wesentliche Kämpfe. Der Reichstag, der Gemeinderath, das Ober-Commando der National-Garde, das Studenten-Comité und das Central-Comité aller demokratischen Vereine bemühten sich allerseits, die Ruhe in Wien aufrecht zu erhalten und das Volk zu dem Kampfe, der sicher bevorstand, zu kräftigen.

Vom Stephansthurm herab konnte man deutlich die Militairschaaren des Banus Jellachich erkennen, und von dort wurden fortwährend Nachrichten gegeben von den sich nähernden Truppenmassen. Der Reichstag stand während dieser Tage in ununterbrochenen Unterhandlungen mit dem General von Auersperg.

Am Morgen des 12. gegen 6 Uhr verließ der Graf Auersperg seine feste Stellung im Schwarzenbergischen Garten und am Belvedere. Er zog in höchster Eile ab, um nicht während des Zuges von den Wiener National-Garden angegriffen zu werden. Der Abmarsch gelang dem General auch vollkommen. Er verlegte sein Hauptquartier nach Inzersdorf und setzte seine Truppen mit denen des Banus in Verbindung, so daß die kaiserliche Armee jetzt Wien in einem Halbkreise von Simmering bis Schönbrunn umschloß, da ihre Stärke eine völlige Einschließung der Stadt nicht gestattete. Vor seinem Abmarsch erließ Auersperg ein Schreiben an

welchem er deutlich seine feindseligen Absichten gegen Wien aussprach. Er sagte: „Ich erhalte stündliche Berichte über den bösartigen Geist der Bevölkerung," und fuhr dann fort, daß er, da das Proletariat nicht entwaffnet werden könnte, seine Stellung außerhalb der Stadt, bei Inzersdorf, einnehmen werde; noch sprach er sich indessen nicht mit Bestimmtheit darüber aus, ob er Wien anzugreifen beabsichtige.

Kaum hatte General Auersperg den Schwarzenbergischen Garten verlassen, als die Massen der Bevölkerung von Wien sich in denselben ergossen. Einige Stunden nach dem Abzuge des Generals wurde, halb mit Erde bedeckt, im Garten der Leichnam eines jungen Mannes gefunden, der im Volke das furchtbarste Entsetzen erregte. Der Leichnam war mit unzähligen Wunden bedeckt und auf das Scheußlichste verstümmelt. Ihm waren die Augen ausgestochen, die Nase, die Ohren, die Zunge abgeschnitten, und kein Theil am ganzen Körper zu sehen, der nicht geschändet gewesen wäre. — Der Anblick dieser grausam verstümmelten Leiche erregte im Volke eine furchtbare Erbitterung. Anfangs wollte man das Schwarzenbergische Palais anzünden, Alles zertrümmern und zerstören, aber die National-Garden und Legionaire, welche gegenwärtig waren, verhinderten diesen Exceß. Es wurde schnell eine Tragbahre herbeigeschafft, auf welche der Leichnam gelegt und so in der Stadt herumgetragen wurde. Man brachte ihn erst auf die Aula und von dort nach dem Reichstage, um den Vertretern des Volkes zu zeigen, mit welchen Feinden man zu kämpfen habe. Die Wuth des Volkes wurde durch diese Prozessionen auf das Fürchterlichste erregt; Tausende schwuren, mit Thränen in den Augen, mit erhobenen Waffen, [illegible] diese grauenvolle That zu nehmen; ver-

geblich bemühte sich Borrosch, das Volk zu beruhigen, es war nicht möglich! Die Leiche war so grausenhaft verstümmelt, daß der Deputirte Fürst Lubomirski beim Anblick derselben wahnsinnig wurde! —

Auch im Reichstage erregte die Nachricht von der scheußlichen Ermordung des jungen Mannes, dessen Leichnam man gefunden hatte, unter den Deputirten eine nicht geringere Entrüstung, als beim Volke; es ließ sich jedoch für den Augenblick in dieser Beziehung nichts thun. Ueberhaupt war die Sitzung des Reichstages am 12. von einer geringeren Wichtigkeit, als die früheren und späteren; interessant war nur die Nachricht, daß Dobblhof seine Entlassung genommen habe, weil seine Gesundheit zerrüttet sei, und weil die Politik des jetzigen Kabinets eine ganz andere Richtung habe, als die früher von ihm behauptete.

Am 12. Oktober wurde außerdem eine Neuwahl des Ober-Commandanten der National-Garde getroffen, welche für die Entwickelung der späteren Kämpfe in Wien von höchster Wichtigkeit sein wird. Der provisorische Ober-Commandant Braun hatte theils seine Unfähigkeit, theils seine Unpopularität in dem Maaße gezeigt, daß er nicht länger diese wichtige Stelle verwalten konnte; er hatte deshalb sein Amt niederlegen müssen, und an seiner Statt war von den Bezirks-Chefs der frühere Commandant der Bürger-Artillerie, Spitzhitl, erwählt worden. Aber auch Herr Spitzhitl stand beim Volke in dem Rufe eines eifrigen Schwarzgelben; er hatte nicht das geringste Vertrauen, und besonders stand ihm die akademische Legion feindlich gegenüber.

Schon bei der Wahl des Herrn Spitzhitl war ihm von der akademischen Legion als Mitbewerber Herr Wilhelm Mes-

senhauser an die Seite gestellt worden. Messenhauser war früher Ober-Lieutenant bei dem Regimente Deutschmeister gewesen, er hatte sich als talentvoller, kenntnißreicher Mann bewährt, hatte aber seiner demokratischen Gesinnung wegen seinen Abschied nehmen müssen, da er sich bei den demokratischen Bewegungen in Lemberg zu stark betheiligt hatte. Er war deshalb nach Wien gekommen und hatte in den demokratischen Clubs eine Rolle gespielt; er war ein energischer, muthiger und besonnener Mann, welcher die höchste Achtung bei der ganzen demokratischen Partei genoß. Trotzdem war die Wahl, weil er nicht genug bekannt gewesen war, auf Herrn Spitzhitl gefallen; dieser mußte indessen bald genug zurücktreten, weil sich im Volke gegen ihn ein zu großer Widerwillen zeigte, und so wurde denn Messenhauser an seiner Stelle zum provisorischen Ober-Commandanten der National-Garde gewählt und von der gesammten Bevölkerung mit Freude begrüßt. Nur die Platz-Offiziere der National-Garde sahen diese Ernennung nicht gern, weil sie den Messenhauserschen Einfluß zu sehr fürchteten. Diese Herren waren zum größten Theil Anhänger der Reaction, besonders die Herren du Beine und Dunder; sie hätten gern Spitzhitl als Ober-Commandanten behalten. Welches große Mißtrauen im Volke Spitzhitl indessen hatte, geht wohl am besten daraus hervor, daß er schon am Tage nach seiner Absetzung in Anklage-Zustand versetzt und mit Verhaftung bedroht wurde, weil man nicht mit Unrecht argwohnte, daß er in verrätherischer Verbindung mit den Truppen außerhalb der Stadt gestanden habe. Herr Spitzhitl sah sich hierdurch veranlaßt, aus Wien zu entfliehen und wendete sich nach Linz.

Auch die folgenden Tage gingen ohne großartige Kämpfe

hin, wenn auch fast fortwährend kleinere Scharmützel zwischen der National-Garde der Vorstädte und den herumschweifenden Truppenschwärmen des Banus gekämpft wurden. Die Stimmung in Wien in diesen Tagen blieb eine durchaus kriegerische; man rüstete sich mit jedem Tage mehr, es wurden Frei-Corps organisirt, so von Preßler von Sternau ein mobiles Frei-Corps. Ebenso eine mobile Polen-Legion aus den in Wien anwesenden Polen, ein Fremden-Frei-Corps, meist aus Italienern bestehend. Alle diese Frei-Corps schlossen sich der National-Garde an. Außerdem wurde die Artillerie mobil gemacht, um bei einem etwaigen Ausfalle bewegt werden zu können. Große Freude erregte es in Wien am 13., als man erfuhr, daß eine ungarische Deputation kommen werde, welche die Anzeige mit sich bringe, daß 40,000 Ungarn bei Bruck an der Leitha bereit stünden, augenblicklich nach Wien zu marschiren und gegen den Banus zu kämpfen. In der Reichstags-Sitzung vom 13. Oktober wurde, in Folge einer Einladung der böhmischen Deputirten, der Reichstag möge in Brünn zusammentreten, beschlossen, daß der Reichstag in Wien die einzige legale und constituirende Autorität sei. Dem Reichstage wurde ferner durch Schuselka, als Bericht des Sicherheits-Ausschusses, mitgetheilt, daß durch das bewaffnete Proletariat die Ruhe und Sicherheit der Stadt vollständig bewacht werde. Alle öffentlichen Kassen und Gebäude wurden unter den Schutz des Volkes und Reichstages gestellt. Es ging ferner die Mittheilung ein, daß Hülfstruppen aus Steiermark eingetroffen seien, und daß aus Ollmütz eine Adresse angelangt sei, welche im Namen der dortigen Volkswehr treuen Beistand auf Leben und Tod verspräche. Am Nachmittage erschien ein Brief von Jellachich an den Reichstag, datirt

aus Roth-Neusidl, wohin der Banus sein Hauptquartier verlegt hatte. Er hatte seine Vortruppen zur Beobachtung der Ungarn an die Leitha vorgeschoben und war durch das Infanterie-Regiment Cecopieri und das Grenadier-Bataillon Ferrari verstärkt worden.

Der Banus versicherte in diesem Brief, daß er es als seine heiligste Pflicht ansehe, die freien Institutionen des Vaterlandes nicht allein nicht anzutasten, sondern mit allen seinen Kräften zu schützen, aber auch die Anarchie zu bekämpfen. Er fügte hinzu, daß bei einem etwaigen Ueberschreiten der österreichischen Grenze durch die magyarischen Truppen die Gegend um Wien in einen Kampfplatz verwandelt und Wien selbst den Schrecken des Krieges preisgegeben werden würde. Die permanente Commission des Reichstages antwortete dem Banus, daß in Wien weder Anarchie noch rohe Gewalt herrsche, sondern der Reichstag sei im Verein mit dem Ministerium bemüht, in Abwesenheit des Kaisers die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten, und werde hierin durch die vortreffliche Haltung des Volkes unterstützt. Allerdings sei das Volk unter Waffen, es sei indessen hierzu durch zwei Armeen vor den Thoren Wiens gezwungen, welche die deutlichsten Zeichen von Feindseligkeit durch die Entwaffnung der National-Garde in den umliegenden Ortschaften gegeben haben. Das einzige Mittel zur Vermeidung eines blutigen Confliktes und zur Beruhigung Wiens sei der Abzug des Banus mit seinen Truppen. Zugleich erließ der Reichstag wieder eine Adresse an den Kaiser, in welcher er diesen, zur Vermittelung aller Conflikte, um Ausschreibung eines internationalen Völker-Congresses des österreichischen Gesammt-Vaterlandes bat. Ein solcher Friedens-Congreß, aus Ungarn

und dem lombardisch-venetianischen Königreiche beschickt, werde am besten alle Streitigkeiten vermitteln. Eine Commission von fünf Mitgliedern, Hagenauer, Wierzchljski, Fischer, Turco, Herzig, bestehend, sollte diese Adresse überbringen. Außerdem war von Löhner eine telegraphische Depesche angelangt, welche in der Abend-Sitzung mitgetheilt wurde. Sie meldete, daß Jellachich und Auersperg sich nur vertheidigen würden, Wessenberg sei in Ollmütz angelangt, Windischgrätz lasse alle sechs Stunden ein Bataillon marschiren.

In der Reichstags-Sitzung am 14. Oktober berichtete der Abgeordnete Peitler über den Erfolg der an den Kaiser gesendeten Reichstags-Deputation. Die Deputation hatte in Erfahrung gebracht, daß der Kaiser am 12. Oktober in Selowitz, drei Stunden südlich von Brünn, übernachten werde; sie begab sich dahin. Erst spät am Abend traf der Kaiser mit der Kaiserin und dem Erzherzog Franz Karl, der Erzherzogin Sophie und ihren vier Prinzen unter Militair-Begleitung in Selowitz ein. Die Deputation wurde eingeladen, ins Audienz-Zimmer zu treten, in welchem sie die kaiserliche Familie fand. Der Abgeordnete Schmidt hielt eine kurze Ansprache und überreichte dann die Adresse, welche der Kaiser mit einem flüchtigen Blick darauf an Lobkowitz übergab und dann eine ungenügende Antwort von einem Stück Papier ablas; die Deputation wurde darauf kurz abgefertigt, die kaiserliche Familie zog sich zurück; Fürst Lobkowitz gab indessen den Deputirten die mündliche Zusicherung, daß die Truppen nicht angriffsweise gegen Wien verfahren würden. Am 13. übergab die Deputation dem Fürsten Lobkowitz noch eine schriftliche Eingabe an den Kaiser, erhielt darauf aber keine schriftliche Antwort, nur mündlich sagte ihnen der Fürst Lobkowitz, er könne gegen-

wärtig noch nicht beurtheilen, welche Stellung die kaiserlichen Truppen gegenüber Wien einzunehmen hätten. Der Kaiser setzte dann seine Reise von Selowitz weiter fort.

Dem Reichstage wurde ferner ein Schreiben der beiden Generäle Jellachich und Graf Auersperg mitgetheilt, in welchem diese noch einmal auf die Nothwendigkeit hinwiesen, daß die Ungarn die Grenze Oesterreichs nicht überschreiten dürften, weil bei dem Vorrücken derselben eine Schlacht unvermeidlich sei. Der Reichstag theilte hiergegen dem Banus Jellachich den Erfolg der Deputation und das kaiserliche Versprechen mit, daß die Armeen nicht angriffsweise verfahren würden, und protestirte gegen die Besetzung der zum Bezirke der Hauptstadt gehörigen Ortschaften, als thatsächlich feindselige Maßregel; gegen das Vorrücken der Ungarn könne der Reichstag nichts thun.

Der Ober-Commandant der National-Garde, Messenhauser, benutzte den 14. Oktober, um die National-Garde für den Fall eines Kampfes vollständig zu organisiren. Er theilte die Stadt in Bezirke ein und übergab dieselben bestimmten Ober-Commandanten, er erließ eine große Anzahl von Proclamationen, theils zur Beruhigung des Volkes, theils zur weiteren Organisation der National-Garde. So theilte er unter Anderem auch die Personen und Leiter des Hauptquartiers mit. Zu Stellvertretern des Ober-Commandanten waren die Herren Schaumburg, Thurn und Aigner, Letzterer Commandant der akademischen Legion, ernannt; außerdem befanden sich beim Generalstabe und der Adjutantur die Herren Schneider, Fenner von Fenneberg, Abgeordneter Oberst Jellowicki, Hauptmann du Beine; außer diesen hatte Messenhauser noch einen tüchtigen General für die Verthei digung Wien

gewonnen, es war dies der General Bem, der sich schon früher, besonders bei der polnischen Revolution im Jahre 1830, als Befehlshaber der gesammten polnischen Artillerie ausgezeichnet hatte. Bem war als talentvoller General und tapferer, strenger Soldat bekannt, und flößte daher dem Volke ein neues Vertrauen zum Ober-Commando der National-Garde ein.

8.

Der neu erwählte Ober-Commandant der National-Garde, Messenhauser, erwies schon von seinem ersten Amts-Antritt an den größten Eifer, eine durchgreifende Thätigkeit; wir haben bereits auf den letzten Seiten davon Erwähnung gethan. Messenhausers Grundsatz war die höchste Oeffentlichkeit, er verkündigte deshalb alle seine Maßregeln durch Straßen-Plakate, und die Wiener konnten die Geschichte des vergangenen Tages allmorgentlich an den Straßen-Ecken lesen. Messenhauser überschwemmte förmlich die Ecken mit Plakaten, trug aber dadurch sehr viel zur Beruhigung der Wiener und zur Entkräftung dunkler, verworrener Gerüchte bei.

So erließ Messenhauser am 15. eine Proclamation, in welcher er gegen das Gerücht auftrat, daß vom Stephansthurm aus verrätherische Zeichen mit den Feinden gewechselt würden. Messenhauser hatte selbst dort unter der Leitung eines Akademikers ein Observatorium gegründet, und es war daher unmöglich, daß eine Verrätherei stattfinden konnte.

Am 15. war von diesem Observatorium aus das Nahen starker Truppenmassen im Westen und Norden der Stadt bemerkt worden. Im Gefechte konnte Messenhauser zuvörderst seine Thätigkeit noch nicht zeigen, denn es fanden nur kleine

Scharmützel an den Linien mit den Vorposten der kaiserlichen Truppen statt. So unter anderen ein Plänklergefecht, am Abend des 15. gegen 6 Uhr, an der Favoritenlinie und der Gloggnitzer Bahn. Natürlich konnte Messenhauser bei diesen kleinen Gefechten nicht selbst kommandiren, weil er das Große und Ganze im Auge haben mußte.

Am 15. Oktober erließ der Commandant einen langen Brief an den Banus Jellachich, in welchem er diesem seine Ernennung anzeigte und zu gleicher Zeit um die Mittheilung ersuchte, ob der Banus Willens sei, seine Truppen aus der Umgegend Wiens zurückzuziehen und jeden Akt der Feindseligkeit gegen die Wiener zu unterlassen.

Der Ban fand sich nicht veranlaßt, darauf eine schriftliche Antwort zu geben, er antwortete nur mündlich dem Parlamentair, Commandanten der akademischen Legion, Herrn Aigner, daß er sich in keine Erörterungen der langen Note einlassen könne, welche sogar drohende Stellen enthalte. Wäre es die Absicht Messenhausers, Ruhe und Ordnung in der Residenz herzustellen, so würde ihn der Banus unterstützen, und wenn er ihn in einer nur zehn Zeilen langen Note dazu aufgefordert habe.

Eben so wenig Erfolg hatte eine andere Zuschrift, welche Messenhauser an den General Grafen von Auersperg erließ.

Messenhauser machte es jetzt besonders zu seiner Aufgabe, uf das Kräftigste zusammenzuwirken mit dem General Bem, n tüchtige strategische Kenntnisse er aufs Höchste zu schätzen

m erhielt das Commando sämmtlicher Linien und lle, also aller derjenigen Punkte, bei denen ein Kampf

am ersten vorauszusehen war, bei denen es daher auch auf einen tüchtigen General am meisten ankam.

General Bem war auf das Unermüdlichste thätig; Tag und Nacht eilte er, meist zu Pferde, durch die Straßen, um überall zu inspiciren, daß keine Nachlässigkeiten vorkämen; er wurde hierzu um so mehr veranlaßt, als die Nachricht in Wien einlief, daß Fürst von Windischgrätz die Nordbahn bei Lundenburg militairisch besetzt und den Oberbefehl über die Truppen übernommen habe, als man erfuhr, daß Windischgrätz mit neuen Truppen sich Wien nähere.

Messenhauser sah sich dadurch veranlaßt, ein Lager von mobilen Truppen vor der Stadt zu begründen, und zwar im Schwarzenbergischen Garten und im Belvedere. Er theilte dies selbst am 16. dem Gemeinderath mit und glaubte um so mehr dazu veranlaßt zu sein, als auch die Ungarn die österreichische Grenze überschritten hatten, und eine Schlacht unter den Mauern Wiens daher voraussichtlich war. Die Wiener mußten gerüstet sein, um, falls vor ihren Thoren eine Schlacht zwischen Croaten und Ungarn geschlagen würde, den Ungarn zu Hülfe kommen zu können.

Der Gemeinderath nahm die Mittheilung Messenhausers außerordentlich günstig auf. General Bem erhielt den Oberbefehl über dies Lager; er nahm sein Hauptquartier im Belvedere, während Messenhauser selbst am 17. ein Hauptquartier im Schwarzenbergischen Palais bezog. Das Lager sollte etwa aus 15,000 Mann bestehen und während des Kampfes zwischen den Ungarn und Jellachichs Truppen als Observations-Corps dienen.

Es wurde außerdem jetzt tüchtig an der Befestigung aller Barrikaden in den Vorstädten und an den Thoren gearbeitet,

während die Barrikaden im Innern der Stadt fortgerissen wurden, damit daselbst eine freie Communication bestehen könne.

Im Reichstage waren während der drei Tage (15., 16., 17.) nicht uninteressante Sitzungen. Die Frage, ob die Ungarn den Wienern zu Hülfe eilen würden, beschäftigte natürlicher Weise auch die Reichstags-Mitglieder viel, aber sie konnten sich nicht entschließen, selbst die Ungarn zu rufen. Der Wiener Reichstag verfiel in jener Zeit der Aufregung, der Revolution, in denselben Fehler der Halbheit, des Festhaltens an dem sogenannten gesetzlichen Boden, wie die Berliner National-Versammlung im November, und machte eben dadurch auch das Gelingen der Revolution in Wien unmöglich.

Am 17. wurde dem Reichstage eine Monstre-Petition gebracht, um die Berufung des Landsturmes. Eine Adresse zu diesem Zweck war ausgearbeitet worden von dem im Gasthof „Zur Ente" tagenden Central-Ausschuß aller demokratischen Vereine in Wien. Der Wiener Frauen-Verein hatte diese Adresse zu seiner eigenen gemacht und sich in einer großen Prozession von mehreren Hundert Frauen und Mädchen zum Reichstag begeben, um ihm die Adresse zu überreichen. Die Präsidentin des Vereins, Frau Karoline Perin, geborne Pasquallati, führte den Zug an, welcher leider, aber natürlicher Weise, einen fast lächerlichen Eindruck machte, und gewiß nicht das geeignete Mittel war, um die Reichstags-Abgeordneten zu einem energischen Schritte zu bewegen. Am 17. wurde außerdem dem Reichstage eine Adresse der Frankfurter Linken an den Wiener Reichstag mitgetheilt. Am 13. Oktober war im Frankfurter Parlament der dringliche Antrag gestellt worden: „Der constituirende Reichstag und die [illegible]

müthige demokratische Bevölkerung Wiens haben sich um das Vaterland verdient gemacht." Die Majorität hatte die Dringlichkeit des Antrages, und damit den Antrag selbst, verworfen, die Linke sich aber mit diesem Beschluß nicht begnügt, sondern vier ihrer Mitglieder, Robert Blum, Julius Fröbel, Moritz Hartmann und Albert Trampusch, nach Wien gesendet mit einer Adresse an das heldenmüthige Volk von Wien, um diesem ihre Sympathieen auszusprechen. Diese Frankfurter Deputation war in Wien angekommen und hatte die Adresse übergeben. Außerdem theilte am 17. Oktober Löhner das Resultat der letzten Deputation an den Kaiser mit. Der Kaiser hatte aber mittlerweile seine Gesinnungen schon auf andere Weise dokumentirt, indem er am 16. eine Proclamation: „An Meine Völker", erlassen hatte, welche von Wessenberg contrasignirt war. Er sprach sich in derselben mit tiefer Entrüstung über den Aufruhr in Wien aus und über das Treiben der jetzt dort herrschenden Partei. Seit seiner Thronbesteigung sei es die Lebensaufgabe des Kaisers gewesen, für das Wohl seiner Völker zu sorgen, aber es sei jetzt seine Pflicht, nicht länger den Zustand schrankenloser Gewaltherrschaft zu dulden. Er übertrage deshalb dem Fürsten von Windischgrätz den Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Reich der österreichischen Staaten und gebe dem Fürsten die entsprechenden Vollmachten, um nach eigenem Ermessen den Frieden wieder herzustellen. Zu gleicher Zeit hatte der Kaiser ein Schreiben an den Fürsten von Windischgrätz erlassen, in welchem er diesem seine Ernennung ankündigte und zugleich sagte, der Fürst möge die Anarchie in Wien bekämpfen, welche den Reichstag wegen Mangel an Sicherheit verhindere, seine hohe Aufgabe zu lösen.

Daß diese Proclamation in Wien mit großer Entrüstung aufgenommen wurde, versteht sich wohl von selbst; Jedermann wußte ja, daß der Reichstag in keiner Weise gehindert sei, seine Pflichten zu erfüllen.

9.

Der 18. Oktober begann wieder mit einem kleinen Scharmützel, einem Gefecht zwischen einer Streifpatrouille und der kaiserlichen Artillerie, welches indessen, wie alle diese kleinen Gefechte, ohne Entscheidung blieb. Die kaiserlichen Truppen hatten Wien jetzt zum größten Theil umschlossen. Jellachich hatte mit dem äußersten rechten Flügel seiner Truppen die Lobau, mit dem äußersten linken Flügel Hennersdorf besetzt; seine Armee bildete somit einen weiten Bogen. Auersperg stand von Inzersdorf bis Döbeling; die umliegenden Ortschaften waren sämmtlich entwaffnet. Windischgrätz war ebenfalls Wien bis auf wenige Meilen nahe gekommen und zog noch fortwährend neue Truppenmassen an sich. Die Armee vor den Thoren war jetzt wahrhaft furchtbar geworden, und nur mit Hülfe der Ungarn konnten die Wiener hoffen, dieselbe zu besiegen. Auf die Ungarn hoffte man daher auch allgemein; um so erschütternder mußte auf das Wiener Volk die Nachricht wirken, welche am 18. Messenhauser sich veranlaßt fühlte, durch ein Straßen-Plakat bekannt zu machen, daß nämlich der ungarische Reichstag beschlossen habe, die ungarische Armee unter Csányi und Moga, welche bereits die österreichi-
Grenze überschritten hatte, nur dann vorrücken zu lassen,
um sie von den legalen Wiener Behörden dazu aufgefordert
Bei der Unentschlossenheit des Reichstages war sehr

zu fürchten, daß eine solche Aufforderung an die ungarische Armee nicht zu Stande kommen würde.

Um indessen die Bevölkerung wieder etwas zu ermuthigen, ließ Messenhauser am 18. eine Parade der mobilen Truppen, welche noch fortwährend neu angeworben wurden, vornehmen, und die mobilen Garden bei derselben beeidigen. Es wurde außerdem ein Kriegsgericht für dieselben festgesetzt.

Die Deputirten der Frankfurter Linken betheiligten sich jetzt mehr und mehr bei der Wiener Bewegung; sie waren zu Ehren-Mitgliedern der Legion ernannt und ihnen Ehren-Säbel geschenkt worden. Blum hielt in der Aula eine begeisterte Rede; die Deputation erließ an das Wiener Volk eine Proclamation, in welcher sie aussprach, daß die Frankfurter Linke, wie ganz Europa, dem heldenmüthigen Wiener Volke seine Bewunderung zolle. Außerdem erregte ein anderes Plakat, durch den Hofsecretair Varga an die Ecken geschlagen, großes Aufsehen. Es theilte mit, daß allerdings das ungarische Repräsentantenhaus den Beschluß gefaßt habe, daß die Truppen vorläufig die Grenze nicht überschreiten sollten, es sei dies aber nur geschehen, weil sich in der ungarischen Armee selbst in Folge reactionairer Umtriebe eine Desorganisation eingestellt hatte; dieselbe sei jetzt beseitigt und Kossuth werde daher sicherlich mit der Armee dem heldenmüthigen Wien zu Hülfe kommen.

Im Reichstage theilte Schuselka den Erfolg der letzten Deputation an den Kaiser mit, welche in Ollmütz vom Kaiser nach langem Zögern empfangen worden sei und nur eine nichtssagende Antwort erhalten habe. Der Reichstag schleppte seine Zeit mit langwierigen Debatten über eine Proclamation an das Volk, mit welcher er nicht zu Stande kam, hin. Im

Gemeinderath wurde eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher der Gemeinderath den Aufstand in Wien der drohenden Gefahr und den offen feindseligen Maßregeln des Grafen Auersperg zuschrieb. Der Gemeinderath bat deshalb um Entfernung des Banus von Croatien, allgemeine Amnestie und baldige Bildung eines volksthümlichen Ministeriums.

Auch der 19. Oktober brachte keine Veränderung in der Lage Wiens, die Truppen zogen sich um die Stadt immer enger und dichter zusammen. Windischgrätz war bereits bis Lundenburg vorgerückt, und die Vorposten des Banus und des Grafen Auersperg waren an der Nordostseite der Stadt fast bis unter die Wälle vorgeschoben. Messenhauser sah sich deshalb veranlaßt, an den Vorposten-Commandanten von Floridsdorf einen Beschwerde-Brief zu erlassen. Der Commandant kehrte sich aber an denselben natürlicher Weise gar nicht, sondern fertigte den Parlamentair nur mit einem höhnischen Lächeln und den Worten: „Es ist gut!" ab.

Es wäre jetzt die Aufgabe der Wiener National-Garde, welche vollständig gerüstet war, gewesen, von sich aus den Kampf zu beginnen und nicht abzuwarten, bis die vor der Stadt lagernden Truppen sich mit denen des Fürsten Windischgrätz vollständig verbunden hatten. Hierzu fehlte indeß theils den Offizieren die Energie, theils warteten dieselben immer noch darauf, daß der Reichstag die Ungarn zu Hülfe riefe; außerdem war auch unter den National-Garden selbst, durch das lange Zögern, eine Spaltung eingerissen. Der Name Fenner von Fenneberg galt bei den mobilen Truppen mehr als selbst der Messenhausers, und Fenner von Fenneberg, als Mitglied des demokratischen Central-Ausschusses, wurde von dieser Partei gewissermaßen als Commandant von

Wien betrachtet, wenn Messenhauser auch dem Namen nach das Ober-Commando hatte.

So kam es, daß oft sich widersprechende Befehle von Messenhauser und von Fenner von Fenneberg erlassen wurden. Der Wiener Bürger war durch die lange Anspannung ermattet; außerdem zeigte sich in der Stadt schon ein Mangel an Proviant, welcher ebenfalls, so wie die ungünstigen, über das Heer der Ungarn einlaufenden Nachrichten, viel zur Abspannung beitrug. Besonders wirkte dazu aber auch das immer wildere Vorwärtsschreiten der demokratischen Vereine, welche sich der Leitung aller Angelegenheiten durch ihre weit verbreiteten Verbindungen, durch ihren Einfluß auf das Ober-Commando, auf den Reichstag und Gemeinderath vollständig bemächtigt hatten. An der Spitze des demokratischen Central-Ausschusses stand Dr. Becher, Dr. Jellinek, Dr. Chaises, Eckart, Hauk und Gritzner, auch Robert Blum und Fröbel waren Mitglieder desselben geworden. Das Streben des Ausschusses war, eine Monstre-Petition an die Ungarn um Zuzug zu erlassen, und außerdem für den Gemeinderath und den Reichstag, ihres Zögerns, ihrer Unentschlossenheit wegen, ein Mißtrauens-Votum zu veranlassen. Mit allen solchen Vorschlägen aber wurde die Bürgerschaft, welche sich jetzt der Revolution annahm und als National-Garde unter den Waffen stand, immer mehr und mehr von der Betheiligung zurückgeschreckt, und es kam daher, daß dieselbe, weil sie nicht mehr für die extremen Pläne der Demokratie zu kämpfen beabsichtigte, weil sie den Sieg dieser mehr, als den der kaiserlichen Truppen fürchtete, sich mehr und mehr zurückzog.

Bemerkenswerth in der Geschichte des 19. Oktober sind zwei Proclamationen. Die eine wurde erlassen von dem Kaiser

und contrasignirt von Wessenberg (Hornbostl war vom Kaiser berufen, um die kaiserlichen Manifeste zu contrasigniren; dessen ungeachtet wurde Wessenberg zu diesem Geschäfte verwendet, der deutlichste Beweis, daß der Kaiser [illegible] beabsichtigte, den Wünschen des Wiener Volkes nachzukommen). Der Kaiser sprach in dieser Proclamation seinen Willen aus, vorläufig in Ollmütz seine Residenz zu nehmen und zur Aufrechterhaltung der Würde des Thrones, so wie der Herstellung der gesetzlichen Ordnung, den Aufstand in Wien militairisch zu bekämpfen. Er versprach zu gleicher Zeit, die dem Volke gewährten Rechte, so wie die Beschlüsse des Reichstages, besonders die über die Entlastung und Gleichstellung des Grundbesitzes, aufrecht zu erhalten.

Eine zweite Proclamation ging von den Commissairen des Frankfurter Parlaments, Welker und Mosle, aus; und war von Passau her datirt. Der Gemeinderath hatte zwei Abgeordnete nach Frankfurt gesendet, um eine Vermittelung durch das Frankfurter Parlament und den Erzherzog Johann anzubahnen. Beide Abgeordnete gehörten jedoch der schwarzgelben Partei an und hatten daher den Aufstand in Wien mit den schwärzesten Farben geschildert. In Folge dessen erließen die zwei Reichs-Commissaire eine Proclamation im Namen des deutschen Reichs-Verwesers, in welcher sie aussprachen, daß ihre Sendung eine Mission des Friedens und der Versöhnung sei, und das Volk ermahnten, den Kampf der Waffen mit der friedlichen Unterhandlung zu vertauschen. Daß eine solche Proclamation auf das von Truppen umgebene, unter Waffen stehende Wien keine Wirkung haben konnte, versteht sich wohl von selbst. Die Sitzung des Reichstages und Gemeinderaths am 19. war ohne größeres Interesse.

10.

In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober hatte Jellachich sein Hauptquartier von Roth-Neusidl nach Zwölf-Axingen verlegt und seine Vorposten bis gegen Fischament vorgeschoben. Fürst Windischgrätz hatte sich auf dem Marchfelde concentrirt; es zeigte sich hieraus deutlich genug, daß Jellachichs Armee-Corps bestimmt war, den Ungarn die Stirn zu bieten, während Windischgrätz, in Verbindung mit Auersperg, die Absicht hatte, den Kampf mit den Wienern aufzunehmen.

Messenhauser ließ auch während des 20. in Wien tüchtig rüsten, aber er ging dabei nicht mit der gehörigen Umsicht zu Werke. Die Munitions-Vertheilung wurde nicht genügend beaufsichtigt; fast Jeder, der irgend Pulver haben wollte, bekam dergleichen von dem Artillerie-Direktor, und so wurde viel Munition von Schwarzgelben, welche diesen Leichtsinn benutzten, bei Seite geschafft, und fehlte späterhin den Kämpfern in Wien.

Fürst Windischgrätz erließ am 20. Oktober eine Proclamation an die Bewohner Wiens, in welcher er den Belagerungs-Zustand über die Stadt, die Vorstädte und Umgebungen Wiens aussprach, weil in Wien das Leben und Eigenthum in den Händen einer Hand voll Verbrecher, einer kleinen, aber verwegenen, vor keiner Schandthat zurückschreckenden Fraction sei. Diese Proclamation übersendete Fürst Windischgrätz dem Gemeinderath, mit dem Auftrage, sie anheften zu lassen. Der Gemeinderath als solcher erfüllte allerdings den Auftrag nicht, aber ein Verräther in seiner Mitte, oder ein Windischgrätzischer Spion, besorgte den Anschlag, und so kam die Proclamation in der That an alle Straßen-Ecken Wiens.

Auch Messenhauser schrieb seiner Gewohnheit nach fleißig Plakate; er ließ an den Fürsten Windischgrätz eine Adresse abgehen, in welcher er diesen ermahnte, nicht durch Feindseligkeiten die Unterhandlungen mit dem Kaiser zu stören; daß diese Adresse so erfolglos war, wie alle früheren an die Generäle, versteht sich wohl von selbst. Zugleich erließ Messenhauser, in Verbindung mit den National-Garden der Städte Brünn, Linz und Gräz, eine Adresse an den Kaiser, welche durch eine Deputation, an deren Spitze Haugh, der Chef des Generalstabes, stand, dem Kaiser übergeben werden sollte, und welche die bekannten Forderungen des Wiener Volkes enthielt. Eine ähnliche Adresse war vom Gemeinderath der Stadt Wien an den Kaiser erlassen worden, aber nach einer Mittheilung, welche Wessenberg dem Gemeinderath am 20. machte, war die Deputation, ohne eine Audienz zu erhalten, mit einem schriftlichen Bescheide zurückgeschickt, in welchem der Kaiser sagte, daß alle Bitten der Wiener Bevölkerung, alle Anträge und Vorschläge zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung fernerhin an den Fürsten Windischgrätz zu richten seien.

Messenhauser veröffentlichte am 20., außer einer Unzahl auf die Organisation der National-Garde bezüglichen Plakate, auch eine Adresse, welche ihm eingelaufen war von Dionis Pázmándy, dem Präsidenten der ungarischen National-Garde, Moga, dem Befehlshaber der ungarischen Armee, und den ungarischen Landes-Commissairen, Lad. Csány, Luzsensky Pal und S. Bonis, in welcher die Ungarn abermals versprachen, durch Vertreibung der feindlichen Jellachich'schen Armeen aus Oesterreich der Freiheit des verbrüderten österreichischen Volkes, der Dynastie und der gesammten Monarchie ihre Dienste zu leisten. Die Adresse schloß mit den Worten: „Das ungarische

Heer ist bereit, für die Sache des Volkes mit seinem Blute zu kämpfen und zu sterben; Wiener, vertraut auf uns! Gott verläßt unsere Sache nicht!" Diese Proclamation machte in Wien einen günstigen Eindruck, aber dennoch stellte sie das Vertrauen auf die Ungarn nicht wieder her, denn der Rückzug nach Parendorf hatte das Vertrauen zum ungarischen Heere zu sehr erschüttert.

Der Reichstag erließ am 20. eine Proclamation an die Völker Oesterreichs, in welcher er die Verhältnisse der Monarchie auseinander setzte und lobende Worte aussprach über die Haltung des Wiener Volkes. Er erklärte zuerst das Widerrechtliche des Einrückens croatischer Heere auf den constitutionellen Boden Oesterreichs und erkannte die Nothwendigkeit an, daß sich dieser Thatsache gegenüber das Wiener Volk in Vertheidigungs-Zustand gesetzt habe. Er sprach es aus, daß es seine heilige Pflicht sei, sowohl der Reaction als der Anarchie entgegen zu wirken; aber gerade deshalb müsse Wien gerettet, müsse es in seiner Kraft, Fülle und Freiheit erhalten werden. Er rief die Völker Oesterreichs auf, Wien beizustehen, den Kaiser zu beschwören, daß er durch Einsetzung eines volksthümlichen neuen Ministeriums, durch Zurückziehung der Heere aus Niederösterreich, durch Beeidigung des Militairs auf die freien Volksrechte, der Stadt Wien und dem Reiche den Frieden gebe, damit im Segen des Friedens das neue Heil des Vaterlandes gedeihe.

Am 21. Oktober blieb die Stellung der Truppen vor Wien dieselbe; überhaupt war dieser Tag ärmer an Ereignissen, wie irgend ein früherer. Nicht einmal ein Vorposten-Gefecht kam vor, während dergleichen sich doch sonst fast täglich ereigneten. Es hatten bisher fortwährend kleine Plänkeleien

bei den Vorposten stattgefunden, bei denen, ohne irgend ein Resultat zu erreichen, viel Pulver verschwendet worden war.

Auch im Sicherheits-Ausschuß und im Reichstage waren die Sitzungen weniger interessant und folgenreich; zu bemerken ist nur ein Schreiben der Frankfurter Reichs-Commissaire an das Präsidium des Reichstages zu Wien, in welchem sie mittheilten, daß sie den Entschluß gefaßt hätten, sich direkt zum Kaiser nach Ollmütz zu begeben, und daß sie hofften, recht bald als Boten des Friedens und der Versöhnung nach Wien zu kommen; sie baten, bis dahin jedes Zusammentreffen mit den Waffen zu vermeiden.

Auch Messenhauser erließ am 21. etwas weniger Plakate, als gewöhnlich, weil er in der That nichts Wichtiges zu melden hatte.

11.

Fast drei Wochen waren vergangen, seit am 6. Oktober die Schlacht in den Straßen Wiens geschlagen worden war, aber viel hatte sich seit jener Zeit geändert. Der Enthusiasmus des Wiener Volkes hatte wesentlich nachgelassen, von den National-Garden hatten sich viele zurückgezogen und die Partei der Schwarzgelben war bedeutend gewachsen, gerade dadurch, daß die Bewegung eine zu stürmische, eine zu entschieden demokratische geworden war. Wien war allerdings zum Kampfe gerüstet worden, aber an der Spitze der National-Garde standen, mit Ausnahme des General Bem, nur wenige Offiziere, welche fähig waren, der gewaltigen Uebermacht gegenüber einen Kampf aufzunehmen. Manche der National-Garden-Befehlshaber waren sogar rein schwarzgelb,

und auf sie im Falle eines Kampfes mit den kaiserlichen Truppen daher wenig zu rechnen.

Messenhauser, welcher das Ganze zu leiten hatte, war allerdings seiner Gesinnung nach ein trefflicher Mann des Volkes, aber die Fähigkeit, eine solche Aufgabe zu übernehmen, wie die ihm aufgetragene, ging ihm ebenfalls ab. Er war nicht energisch genug, wenn er auch den persönlichen Muth im höchsten Grade besaß.

Vor den Thoren Wiens hatte sich nach und nach langsam eine Armee von 96,000 Mann zusammengezogen und die Cernirung der Stadt vollendet; alle Ortschaften zwei Meilen im Umkreise waren entwaffnet, die Postverbindung überall unterbrochen; den Wienern durfte kein Proviant mehr zugeführt werden, und es stand sogar die schrecklichste Plage einer belagerten Stadt, der Hunger, in Aussicht.

So hatten sich denn die Verhältnisse für die Stadt trübe gestellt und an einen Frieden war wohl kaum mehr zu denken, seitdem Fürst Windischgrätz in der bekannten Proclamation den Belagerungs-Zustand über die Stadt ausgesprochen hatte, seitdem diese Proclamation durch seine Agenten an die Straßen-Ecken Wiens geschlagen worden war.

Im Reichstage theilte Schuselka die Proclamation des Fürsten Windischgrätz mit, und einstimmig wurde vom Reichstage beschlossen, daß die Verhängung des Belagerungs-Zustandes eine ungesetzliche Maßregel sei, und daß der Minister Wessenberg nnd Windischgrätz sogleich von diesem Beschluß in Kenntniß zu setzen seien.

Auch der Gemeinderath sprach sich in einer Antwort an den Fürsten Windischgrätz in ähnlicher Weise aus und ließ diese Antwort an die Straßen-Ecken schlagen. Ebenso wurde

ein Plakat von Messenhauser gegen die Erklärung des Belagerungs-Zustandes veröffentlicht, in welchem dieser versprach, daß fortan jedes Zaudern, jede Halbheit, welche offenes Verderben wäre, fortfallen solle.

Mit jedem Tage wurde die Lage Wiens drückender, mit jedem Tage wurde sie gefährlicher. Es zeigte sich schon jetzt ein bedeutender Fleischmangel; an Mehl war Ueberfluß, aber Fleisch und Milch fehlten, und dies wirkte besonders dahin, daß die wohlhabenden Bürger, welche sich bisher an der Bewegung bedeutend betheiligt hatten, sich mehr und mehr zurückzogen und die Oktober-Revolution bedauerten. Am 23. Oktober fielen wieder mehrere Vorposten-Gefechte vor, welche aber ernstlicher waren, als die früheren. Gegen Mittag war ein bedeutender Kampf an der Nußdorfer Linie; Vormittags feuerten die Vorposten gegenseitig auf einander, ohne sich jedoch bedeutenden Schaden zu thun; gegen Mittag wurde von Seiten der kaiserlichen Armee ein Angriff gemacht, welcher von den Vorposten der Städter tapfer zurückgeschlagen wurde. Das Militair feuerte darauf mit Kartätschen, so daß die Stadtsoldaten (übergegangene Grenadiere) sich hinter die Wälle zurückziehen mußten. Die Kaiserlichen fingen nun an, auch Granaten nach der Stadt zu werfen, welche aber wenig Schaden thaten; auch erwiderten die Städter das Kanonenfeuer der Angreifenden. So dauerte der Kampf fast den ganzen Tag über, und mancher Todte, so wie viele Verwundete, waren die Opfer desselben. Spät am Abend wurde das außerhalb der Linien belegene Gasthaus, „Zum Auge Gottes", aus dessen Fenstern und Kellerlöchern die kaiserlichen Truppen auf die Wiener Garden gefeuert hatten, von diesen umzingelt und in Brand gesteckt, obgleich die Kaiser-

lichen durch heftiges Feuer und durch eine gegen die Städter geschickte Infanterie-Abtheilung dies zu verhindern suchten.

General Bem beabsichtigte am Abend des 23. einen größeren Ausfall gegen die kaiserlichen Truppen zu machen; er hatte mit Messenhauser den Plan zu demselben besprochen und die Billigung des Ober-Commandanten erhalten. Dreitausend mobile Garden waren vorbereitet und acht Kanonen sollten den Ausfall begleiten; derselbe wurde aber durch die Uneinigkeit, welche unter den höheren Offizieren der National-Garde herrschte, vereitelt, indem nämlich der Chef des Generalstabes, welcher durch Messenhauser von dem Ausfall nicht in Kenntniß gesetzt worden war, einen Hauptmann Namens Kuchenbäcker an den General Bem absendete, welcher den Auftrag erhielt, unter jeder Bedingung den Ausfall zu verhindern. Er gab den Befehl, Bem sollte augenblicklich die Truppen von der Nußdorfer Linie zurückziehen und jeden Gedanken an einen Ausfall aufgeben. Bem wollte nicht gehorchen; da wandte sich der Hauptmann Kuchenbäcker an die dem General untergebenen Garden und setzte ihnen auseinander, wie unglücklich ein solcher Ausfall ablaufen könne. General Bem ließ den Hauptmann sofort verhaften und mit ihm einen anderen Artillerie-Offizier, welcher ihm beigestanden hatte; Beide wurden jedoch von dem Tags darauf festgesetzten Kriegsgericht einstimmig freigesprochen, weil sie nur die Befehle eines Vorgesetzten erfüllt hatten.

Die Zeit zum Ausfall war während der Verhandlungen verstrichen, und Bem mußte sich daher zurückziehen.

Dieser kleine Vorfall giebt ein deutliches Bild über die Uneinigkeit, welche zwischen den verschiedenen Befehlshabern der Wiener National-Garde herrschte. Diese Uneinigkeit trug

einen großen Theil der Schuld daran, daß Wien, trotz seiner heldenmüthigen Vertheidigung, den kaiserlichen Truppen unterliegen mußte.

Während der Kämpfe vor der Stadt war Messenhauser im Innern in seiner gewöhnlichen Art thätig mit Veröffentlichung alles Dessen, was im Ober-Commando geschah. Von dem Fürsten Windischgrätz war an den Ober-Commandanten der National-Garde aus dem Hauptquartier Hetzendorf eine Proclamation eingelaufen, in welcher der Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz den Belagerungs-Zustand und das Standrecht für die Stadt Wien, für die Vorstädte und die nächste Umgebung aussprach. Er gab in dieser Proclamation folgende Befehle: Die Stadt Wien hat 48 Stunden nach Erhalt dieser Proclamation ihre Unterwerfung auszusprechen und legions- oder compagnieenweise ihre Waffen an bestimmten Orten niederzulegen, alle bewaffneten Corps werden aufgelöst, die Aula gesperrt, der Vorsteher der akademischen Legion und zwölf Studenten als Geißeln gestellt, alle Zeitungsblätter sind suspendirt, mit Ausnahme der Wiener Zeitung, alle Ausländer werden ausgewiesen, alle Clubs geschlossen. Wer sich diesen Maßregeln widersetzt, am Aufruhr Theil nimmt oder mit Waffen in der Hand ergriffen wird, verfällt dem Standrecht. —

Herr Messenhauser ließ selbst diese Proklamation an die Straßenecken anschlagen, aber das Volk riß sie überall wüthend ab. Außerdem machte Messenhauser am 23. Oktober die Einsetzung eines Kriegsgerichts bekannt und ernannte dasselbe, zugleich sprach er in einem andern Plakate die Drohung aus, daß, wer irgend eine Plünderung verübe, sofort vor das Kriegsgericht gestellt und mit dem Tode durch Pulver und

Blei bestraft werden würde. Zu Beisitzern des Kriegsgerichts wurden die Offiziere Leschynski, Fenneberg, du Beine, Brandler und Möser, die Garden Schröder und Kopitzky ernannt.

Die Frankfurter Deputirten Fröbel, Blum, Hartmann und Trampusch waren, wie wir bereits mitgetheilt haben, in diesen kritischen Tagen in die akademische Legion eingetreten, um auch an der Ehre des Kampfes Theil zu nehmen; sie hatten sich zur Disposition des Ober-Kommando's gestellt, aber weil sie wohl einsahen, daß sie in Frankfurt nützlicher wären, als in Wien, beabsichtigten sie, wieder nach Frankfurt zurückzukehren, und hatten bereits von Fenner von Fenneberg ihre Pässe erhalten, als die Proklamation des Belagerungszustandes in Wien es ihnen zur Ehrenpflicht machte, in der belagerten Stadt zu bleiben.

Blum hielt am 23. Oktober in der Aula, vor einer außerordentlich zahlreichen Versammlung, an die Studenten eine Rede, welche auf sein unglückliches Schicksal bedeutenden Einfluß hatte. Er sprach sich mit der höchsten Bewunderung aus über die herrliche Haltung des Wiener Volkes in dieser großen und kritischen Zeit und warnte das Volk vor einem Zurückbeben vor der einmal begonnenen Revolution, welche keine halbe sein dürfe; man müsse fortschreiten auf der eingeschlagenen, wenn auch blutigen Bahn, und dürfe keine Schonung gegen die Anhänger des alten Systems üben; man müsse gegen diese einen Vernichtungskampf führen. Zum Schlusse rief er die Worte aus: „Wenn Wien den Tod im Kampfe für die Freiheit sterben sollte, so würde aus seiner Asche ein zermalmender Rachegott über Deutschland sich erheben!" Die Rede wurde mit ungeheurem Jubel von den Zuhörern aufgenommen, und besonders die Versicherung Blum's, daß er

und seine Genossen mit den Heldensöhnen Wiens stehen und fallen würden.

In der Reichstagssitzung und im Gemeinderath kam am 23. nichts Wichtiges vor, nur bemerkenswerth ist, daß Wessely im Gemeinderath den Antrag stellte, es möchten keine neuen Ausfälle, welche die Kraft der Besatzung schwächten, gemacht werden. Dieser Antrag, welcher die Halbheit des Gemeinderaths, seine Furchtsamkeit und Unentschlossenheit vollkommen charakterisirt, wurde einstimmig angenommen.

18.

Auch der 24. und 25. Oktober waren reich an Vorpostengefechten, welche aber eben so wenig, wie die früheren, zu einer Entscheidung führten. Diese Gefechte waren indessen den Wiener Truppen im höchsten Grade schädlich, weil in ihnen von den ungeübten Garden viel Munition unnütz verschwendet wurde; und gerade dies mußte vermieden werden, da durchaus kein Ueberfluß an Munition in der Stadt vorhanden war. Schon am 24. Oktober waren, außer der noch in Händen der Garden und Artillerie befindlichen Munition, nur noch 43 Centner Pulver vorräthig.

Am 24. wurde an der Nußdorfer, St. Marxer und Tabor-Linie von beiden Seiten lebhaft gefeuert, indessen ohne alle Resultate. An demselben Tage fiel die Wasserleitung bei Nußdorf nach einem heftigen Kampfe in die Hände der Kaiserlichen, welche in der Nacht mit starken Kolonnen gegen die Brigittenau vorrückten, um dort eine feste Position zu fassen. General Bem, welcher am Tage die Verbarrikadirung der Leopoldstadt persönlich geleitet hatte, machte spät Abends am

25. mit der polnischen Legion und einer Abtheilung der mobilen Garde einen Ausfall gegen die Brigittenau; er fand indessen eine weit überlegene feindliche Macht vor und wurde von derselben vollständig zurückgeschlagen. Die polnische Legion wurde zum Theil aufgerieben, Bem selbst wurden zwei Pferde unter dem Leibe erschossen, und mit Hinterlassung von von 60 bis 70 Todten mußte er sich zurückziehen.

Während dieser Kämpfe suchte Messenhauser die Nationalgarde durch strenge Maßregeln zur festen Disziplin und zur Entschiedenheit zu zwingen. Er erließ am 25. eine Proklamation, in welcher er auch seinerseits die Stadt Wien in Belagerungszustand erklärte. Ein Fünftheil aller Mannschaften der Bezirke hatte die Posten vor den Thoren zu beziehen, ein zweites Fünftheil stand bereit zu des ersten Unterstützung, der Rest durfte sich zur Ruhe begeben. Die Vorstädte waren in acht Rayons eingetheilt worden und besondere Commandanten für jeden Rayon ernannt. General-Lieutenant Bem dirigirte die Vertheidigung nach außen im Ganzen und Großen, mit ihm allein verkehrten die Commandanten der einzelnen Rayons, alle Mobilen standen unter dem Commando Bem's; eine Militair-Polizei wurde für die ganze Stadt unter Fenner von Fenneberg eingerichtet. In einem Nachtrage zu diesem Befehl setzte Messenhauser strenge Strafen fest gegen Jeden, der wider die Verordnung irgend fehlte. Arretirt sollte Jeder werden, der den Befehlen seiner Vorgesetzten nicht unbedingte Folge leistete, der nicht auf dem Posten erschien oder denselben vor erfolgter Ablösung verließ, der zaghafte Reden führte. War Gefahr im Verzuge, so stand allen Commandanten zu, summarisch zur Statuirung eines abschreckenden Beispiels mit dem gegen den Befehl Handelnden zu ver-

fahren. Alle Vorstädte mußten bis 12 Uhr allarmirt sein; jeder Bewohner der Stadt mußte fortwährend, auch wenn er nicht im Dienst war, unter Waffen stehen. Wenn irgend ein Hauptangriff gegen die Stadt geschah, so wurde die große Glocke vom Stephansthurm geläutet; Munition wurde nur auf unmittelbare Anweisung Messenhausers selbst ertheilt.

Diese Maßregeln waren energisch, aber sie wurden nicht mit voller Strenge ausgeführt, weil in den Reihen der Nationalgarde selbst nicht die nöthige Einigkeit herrschte.

Zu den Vertheidigern der Stadt traten am 25. noch zwei neue Freicorps, welche aus dem Centralausschuß aller demokratischen Vereine entstanden. Der Centralausschuß sah ein, daß es nicht mehr Zeit sei, mit Worten auf die Vereine zu wirken, sondern daß es jetzt auf die That ankomme. Der Centralausschuß bildete deshalb zwei Freicorps, das eine unter dem Doktor Chaise, unter dem Namen „demokratisches Freicorps", das zweite unter dem Namen „Corps d'Elite," welches durch den Redakteur der Constitution, F. Hauk, angeführt wurde. In letzteres traten fast alle in Wien wohnenden Literaten ein; auch Robert Blum und Fröbel wurden Mitglieder dieses Corps; die Bewaffnung desselben schritt so schnell vor, daß schon am 26. sechs ausgerüstete Compagnieen von fast 900 Mann in den Kampf rücken konnten. Beide Corps waren Anfangs nur für den Dienst in der innern Stadt bestimmt, um in derselben Ruhe und Ordnung zu erhalten; ihre Kampflust aber trieb sie an die gefährlicheren Stellen, und Messenhauser übergab ihnen dieselben; wir werden noch öfter Gelegenheit haben, diese Corps zu erwähnen.

Im Reichstage wurde am 24. mit großer Majorität ein Antrag des Ausschusses angenommen, daß der Reichstag er-

kläre, die Maßregeln, welche der Fürst Windischgrätz in Nichtbeachtung des kaiserlichen Manifestes so wie des Reichstags-Protestes, sich gegen Wien erlaubt habe, seien nicht nur allen konstitutionellen, ja allen Menschenrechten entgegen, sondern auch dem konstitutionellen Throne schädlich; sein Verfahren sei nicht nur ungesetzlich, sondern auch der konstitutionellen Monarchie gefährlich.

Am 25. wurde im Reichstage eine Unterredung mitgetheilt, welche der Minister Kraus und der Abgeordnete Breſtl mit dem Feldmarschall Windischgrätz zur Versöhnung geführt hatten. Windischgrätz hatte erklärt, daß er auf den in seiner Proklamation gestellten Bedingungen verharre, und dem Gemeinderath eine Frist von 24 Stunden zur Unterwerfung lasse. So waren denn in dieser Hinsicht alle friedlichen Wege der Unterhandlung gescheitert; außerdem war beim Reichstage eine im höchsten Grade wichtige Kundgebung des Kaisers erschienen, welche durch den Minister Wessenberg an den Reichstag gesendet worden war. Der Kaiser ordnete in diesem Schreiben an, daß der Reichstag seine Sitzungen in Wien unterbrechen und erst am 15. November in der Stadt Kremsier zusammentreten solle. Der Reichstag beschloß, gegen diese Verlegung und Vertagung eine Vorstellung im Wege der Adresse einzubringen. Es wurde eine Adresse des Abgeordneten Umlauf adoptirt, in welcher der Reichstag aussprach, daß es sein Bestreben gewesen sei, den Frieden wieder herzustellen; eine Unterbrechung dieses Werkes, ja, eine Verlegung nach einem anderen Orte, als Wien, wäre höchst unheilvoll für die Zukunft Oesterreichs, gefahrdrohend für den Fortbestand der Gesammt-Monarchie. Der Reichstag versicherte dem Kaiser, im Angesicht von ganz Europa und mit dem heiligen

Ernste unverbrüchlicher Wahrheitsliebe, daß weder Anarchie noch Empörung in den Mauern Wiens herrsche, daß diese nur dann eintreten würde, wenn durch die Vertagung des Reichstages die Bevölkerung von Wien „den letzten Haltpunkt verlöre, an den sie die Hoffnung einer friedlichen Vermittelung knüpfte.“

Zur Ueberbringung dieser Adresse wurde eine Deputation aus den Abgeordneten Pillersdorf, Prato, Potocki und Fischhof erwählt. Es wurde beschlossen, daß auch der Feldmarschall Windischgrätz von der Absendung dieser Deputation in Kenntniß gesetzt werde. Am 26. begab sich die Deputation nach Ollmütz. — Im Gemeinderath theilte am 24. der Hauptmann Thurn das Resultat einer Unterredung, welche er mit dem Fürsten Windischgrätz gehabt hatte, mit. Dieser hatte zu ihm und seinen Begleitern gesagt: „Ja, meine Herren, wir sind hier, um in Wien die Ruhe herzustellen.“ Er hatte hinzugefügt, er wisse recht wohl, daß die guten Bürger in Wien die Ruhe wünschten, sollte sich aber die Stadt weigern, auf seine Bedingungen einzugehen, so werde er genöthigt sein, von seinen 100 Kanonen und seiner Armee Gebrauch zu machen. Er fordere die guten Bürger auf, ihn bei der Entwaffnung des Proletariats zu schützen, da er entschlossen sei, alle Errungenschaften des Volkes, welche bis inclusive 26. Mai gegeben worden seien, zu erhalten. Solchen Drohungen gegenüber wußte der Gemeinderath nichts zu thun, als am 25. Oktober abermals eine Adresse an den Fürsten Windischgrätz zu erlassen, in welcher er gegen den Vorwurf der Anarchie, welche in Wien herrschen sollte, protestirte, und abermals um friedliche Vermittelung bat.

13.

Die folgenden Tage sollten für das Schicksal Wiens von der allerhöchsten Bedeutung sein. Am 26. und 27. Oktober allerdings waren die Gefechte an den Linien noch nicht entscheidend; dagegen sollte der 28. Oktober das Schicksal der Stadt Wien bestimmen. Ueber die Sitzungen des Reichstages und des Gemeinderaths in diesen Tagen gehen wir mit kurzen Worten hinweg, denn in dieser großen Zeit hatten die Reden, welche in diesen Versammlungen gehalten wurden, wenig Einfluß auf die welthistorischen Begebenheiten. Aus dem Gemeinderath erwähnen wir nur, daß der Fürst Windischgrätz demselben nach allen Unterhandlungen sagen ließ, er könne sich auf Friedensbedingungen und dergleichen nicht einlassen; man möge ihm den General Bem, den Dr. Schütte, den Unterstaats-Secretair Pulszki und die Mörder des Ministers Latour ausliefern; er werde auf seinen einmal gemachten Forderungen bestehen. Den Reichstag, der im offenen Aufruhr gegen den Kaiser sei, könne er nicht anerkennen; die Beschlüsse desselben ohne Sanction des Kaisers hätten gar keinen Werth. Der Gemeinderath sei die oberste executive Behörde in Wien, und diesen mache er für allen Schaden von Staats- und Privat-Eigenthum verantwortlich. Zugleich erließ Windischgrätz eine Proclamation an die Bewohner Wiens, in welcher er an den Rechtlichkeitssinn derselben appellirte und versicherte, daß ihm der Gedanke unnöthiger Gewaltmaßregeln fern liege, daß er aber dennoch gegen die Hauptstadt feindlich auftreten müßte; daß eine Vermittelung so lange unmöglich sei, als die Bewohner Wiens unter Waffen gegen den Kaiser ständen.

Der Ober-Commandant der National-Garde folgte auch in diesen Tagen seiner alten Gewohnheit, lange und schwülstige Plakate zu schreiben. So nothwendig es war, die Bewohner Wiens von der Geschichte des Tages in Kenntniß zu erhalten, sie mit allen Maßregeln des Ober-Commando's bekannt zu machen, so sehr wurden dieselben doch erstickt durch die sich in Massen folgenden Plakate des Herrn Messenhauser, welche durchzulesen fast unmöglich war. Von Wichtigkeit ist unter allen diesen Kundgebungen des Ober-Commandos nur eine, welche am 28. erschien. Messenhauser erklärte in dieser Proclamation, daß er eine Depesche des Banus Jellachich an den Feldmarschall-Lieutenant Ramberg aufgefangen habe, aus der er die Absichten des Feindes für den 28. Oktober entnehmen könne. Der Feind werde von den Ungarn im Rücken beharrlich bedrängt, und das Heer Moga's sei mit seiner Avantgarde bereits bis gegen die Schwechat vorgedrungen. Messenhauser belobte zugleich in diesem Plakate die Besatzung der verschiedenen Außenwerke und sprach seine Hoffnungen für einen Kampf aus. Auch General Bem und der Vorsteher der Militair-Polizei, Fenner von Fenneberg, waren während dieser Tage ungemein thätig; Bem kam fast nicht vom Pferde und leitete überall mit größter Energie und Thätigkeit den Kampf. Fenner von Fenneberg leitete die Militair-Polizei mit höchster Strenge, ja sogar mit einem entschiedenen Terrorismus. Durch ein Plakat machte er am 26. Oktober die terroristischen Vorschriften der Militair-Polizei bekannt, indem er zur Theilnahme am Kampfe und zur Mitwirkung am Barrikadenbau jeden Bewohner der Stadt aufforderte und hinzufügte, daß von diesem Dienste für das Vaterland nur die Mitglieder des Reichstages und Gemeinde-

raths ausgeschlossen seien. Er wußte in der That auch seinem Willen Geltung zu verschaffen; fortwährend gingen Patrouillen des demokratischen Frei-Corps und des Elite-Corps durch die innere Stadt und griffen alle Diejenigen auf, welche sich etwa unbewaffnet, oder ohne Dienst zu haben, in den Straßen herumtrieben. In Compagnieen von je 300 Mann wurden diese bewaffnet und auf die Barrikaden geführt; wer sich weigerte, oder zu entfliehen suchte, wurde mit Erschießen bedroht.

Fenner von Fenneberg ließ außerdem in allen Häusern, in welchen Schwarzgelbe wohnten, Nachsuchungen nach Waffen und Munition unternehmen, denn es war ihm bekannt geworden, daß bei der ersten fahrlässigen Vertheilung des Pulvers viele Schwarzgelbe sich hatten Pulver geben lassen, nur um die Stadt an Munition ärmer zu machen. Die Nachforschungen Fennebergs hatten den Erfolg, daß gegen 2000 Gewehre und über 10,000 scharfe Gewehr-Patronen in die Hände der Vertheidiger der Stadt gebracht wurden.

Zeigte sich schon hierdurch die feindselige Stimmung der kleinen schwarzgelben Fraction, so wurde dieselbe noch augenscheinlicher dadurch, daß an einzelnen Stellen aus den Häusern auf vorüberziehende Garden- und Studenten-Patrouillen geschossen wurde; es wurden deshalb am Stephansplatze, auf dem Burgplatze, bei der Universität und auf den Basteien Kanonen aufgefahren, um im Falle einer Contre-Revolution im Innern der Stadt während der Angriffe von Außen sich gegen die schwarzgelbe Partei zu sichern.

Unter solchen Vorbereitungen begann der Kampf der Bewohner Wiens gegen die 96,000 Mann starke Armee der

kaiserlichen vor den Thoren, der Kampf, dessen Resultat die Niederlage der Freiheitskämpfer sein sollte.

Schon am 25. hatte Messenhauser sein Hauptquartier vom Schwarzenbergischen Garten wieder nach dem Innern der Stadt in die Stallburg verlegt; Bem war als Lager-Commandant im Belvedere geblieben; indessen war die Truppenmacht, welche das Bem'sche Lager gebildet hatte, bedeutend zusammengeschmolzen; es fehlte ihr vollständig an Kavallerie, sogar den Kanonen mangelte es an Bespannung, und es wurde daher oft nothwendig, daß die Bemannung einer Kanone dieselbe an ihren Bestimmungsort ziehen mußte, wodurch viele Kräfte unnütz vergeudet wurden.

Der Kampf am 26. begann Morgens gleich nach 6 Uhr mit kleinen Plänkeleien in der Brigittenau; er dehnte sich bald über die ganze Stadt über alle Linien aus, es wurde gekämpft an der Nußdorfer Linie, der Tabor-, der St. Marx-, der Matzleinsdorfer und Lerchenfelder Linie. Der Plan des Fürsten Windischgrätz war, wie man später erfahren hat, sich vor allen Dingen der Leopoldstadt und der Vorstadt Landstraße zu bemächtigen, weil diese ohne Wälle und am schwersten von der Stadt zu behaupten waren. Von diesen beiden Vorstädten aus wollte Windischgrätz die übrige Stadt zu nehmen versuchen. Er machte deshalb, um die Streitkräfte der Wiener zu zerstreuen, an den übrigen Punkten Schein-Angriffe, während er die Hauptkräfte fortwährend auf die beiden genannten Vorstädte concentrirte.

Die kaiserliche Armee war indessen hierbei in keiner ungefährlichen Lage; in ihrem Rücken standen die Ungarn, vor ihnen die ziemlich gut bewaffnete, todesmuthige Wiener Freiheits-Armee, und außerdem mußte sie stets befürchten, vom

Landsturm, der sich in Deutsch-Oesterreich an verschiedenen Orten schon gebildet hatte, unvorbereitet angegriffen zu werden.

Am 25. bereits hatte Jellachich eine Brücke über den im Prater gelegenen Donau-Kanal schlagen lassen und dieselbe am 26. durch 5 Bataillone Grenzer, von der Brigade Grammont, und 6 Kanonen besetzt. Diese Truppen drangen des Morgens unter heftigem Plänklerfeuer, unterstützt durch eine Kanonade, bis zum Circus de Bach vor, und erstürmten sogar, trotz tapferer Vertheidigung, den Nord-Bahnhof.

Sie besetzten sogleich den Augarten und den Eisenbahndamm mit Geschütz und begannen nun eine furchtbare Kanonade auf eine trefflich gebaute große Barrikade am Praterstern, welche den Zugang zur Leopoldstadt und zur Jägerzeile beherrschte. Diese Barrikade war leider nicht vollständig genügend besetzt und es war daher im Voraus zu sehen, daß, wenn eine Bresche in dieselbe geschossen werden würde, die Kaiserlichen leicht die ganze Leopoldstadt würden nehmen können.

Auch an den übrigen Theilen der Stadt, an den anderen Linien donnerten fortwährend die Kanonen; am heftigsten an der Nußdorfer und St. Marxer Linie.

Es gelang dem Militair, an verschiedenen Stellen vorwärts zu dringen; so wurden die Dampfmühlen, trotz der heldenmüthigen Vertheidigung durch eine Compagnie der akademischen Legion, von den Croaten genommen, und die akademische Legion vermochte dieselben nicht wieder zurückzutreiben. So kam der Abend, und mit ihm die Einstellung des Kampfes; aber es war ein grausenvoller Abend für die Stadt Wien, denn überall, wo die Croaten vorgedrungen waren, sah man bald am Himmel gewaltige Feuersäulen.

Die Croaten hatten die Mack'sche Zuckerfabrik, das Schweizerhaus, mehrere Holzlager in der Brigittenau, die Taborbrücke, das Odeum und eine große Menge anderer Gebäude in Flammen gesteckt. Die Observatoren auf dem Stephansthurm zählten gegen 9 Uhr Abends siebzehn einzelne Feuersäulen.

Da wurde es erst den Wienern klar, welcher Kampf ihnen bevorstände, da sahen sie erst ein, welches Schicksal die Stadt haben würde, wenn sie unterläge. Die Bewohner der Leopoldstadt flohen eiligst mit dem wenigen Hab und Gut, welches sie eben mitnehmen konnten, nach der inneren Stadt, und schon jetzt kam das Gerücht furchtbarer Grausamkeiten, welche die Croaten in den eroberten Häusern verübt hatten, nach Wien. Schon jetzt erzählte man sich, daß wehrlose Gefangene auf die schauderhafteste Weise ermordet worden waren, daß die Soldaten Kinder in die Flammen geworfen, Frauen geschändet hätten.

Der 27. Oktober war wieder ein Tag verhältnißmäßiger Ruhe. Beide Parteien bereiteten sich zu dem furchtbaren Kampfe vor, welcher am 28. stattfinden sollte. Die Gefechte am 27. waren von geringer Bedeutung.

In der Mariahilfer Vorstadt hörte man Kanonendonner; ebenso wurde bei der von den Croaten besetzten Dampfmühle, aber ohne allen Erfolg, gekämpft, und der Kampf deshalb bald geendet.

Auch in der Leopoldstadt, an der Augarten-Brücke und am Eingang des Augartens, waren unbedeutende Kämpfe. Die Wiener Garden entwickelten in der Leopoldstadt eine besondere Thätigkeit. Die Stern-Barrikade, diejenige Barrikade, welche die größte Wichtigkeit hatte, weil sie die Leopoldstadt und die Jägerzeile beherrschte, wurde eingerissen, und weil sie

nicht stark genug gewesen war, neu gebaut. Bem und Aigner leiteten den Bau.

Ebenso wurde auch eine zweite Barrikade an der Johanniskirche über die ganze breite Praterstraße hinweg gebaut und sehr stark befestigt.

Windischgrätz erließ am 27. Oktober wieder eine Proclamation an die Bewohner Wiens, welche er dem Ober-Commando übersendete. Diese Proclamation wurde indessen nicht veröffentlicht, weil das Ober-Commando die Wirkung derselben auf einige Unentschlossene fürchtete.

Fürst Windischgrätz sprach in dieser Proclamation aus, daß er, da der Termin zur Unterwerfung der Stadt Wien erfolglos verstrichen sei, sogar ein Kampf mit den Truppen stattgefunden habe, jetzt die Gewalt der Waffen eintreten lassen werde. Niemand, der mit den Waffen in der Hand getroffen werden würde, hätte Schonung zu erwarten. Fürst Windischgrätz warnte die Hausbesitzer, die Thüren und Fenster während des Kampfes verschlossen zu halten, da in jedem Hause, aus welchem Schüsse auf die Truppen fallen würden, Alles niedergemacht und das Haus selbst der Plünderung preisgegeben würde.

Die Proclamation war vom 27. Oktober aus dem Hauptquartier Hetzendorf datirt; sie wurde, wie schon gesagt, wenig bekannt.

Als es zu dunkeln begann, sah man wieder rings um Wien die Flammensäulen auflodern, welche einen grauenvollen Beweis gaben von der Zerstörungswuth der Croaten. Einen besonders schrecklichen Eindruck machten die hochauflodernden Flammen aus der großen Mack'schen Zucker-Fabrik.

Die zur Fabrik gehörigen Holzstöße waren ein großer, glühender Kohlenhaufen.

Die Flammen bahnten sich immer weiter und weiter ihren Weg, da Niemand ihnen Einhalt zu thun vermochte, denn die National-Garden fürchteten von den Croaten, welche die Dampfmühle besetzt hielten, angegriffen zu werden.

Gegen 11 Uhr kam General Bem in einem Wagen und gab der 13. Compagnie des 7. Bezirks den Befehl zum Löschen. Der Offizier meldete ihm, daß alle Fenster der Dampfmühle mit Croaten besetzt seien. Bem antwortete in gebrochenem Deutsch: „Ich glaube nicht, daß man schießen wird auf uns; lassen Sie aber Waffen mitnehmen, man kann nicht wissen." Er selbst ging, ohne abzuwarten, bis die Compagnie sich gesammelt hatte, zuerst über die Kettenbrücke nach der Brandstätte.

Die Garden entfalteten jetzt eine große Thätigkeit und Unerschrockenheit, und es gelang ihnen, gegen Morgen des 28. das Feuer wenigstens so weit zu löschen, daß keine Gefahr für die übrige Stadt mehr war. Die Garden wurden während dieser Zeit vom Militair nicht angegriffen.

Der 28. Oktober, der Entscheidungstag des furchtbaren Kampfes, des Kampfes, welcher dem unglücklichen Wien so ungeheure Opfer auferlegen sollte, brach an. —

Eine dumpfe Stille herrschte in den Straßen Wiens, alle Läden waren geschlossen, nur durch Patrouillen, welche die Straßen entlang zogen, wurde die tiefe, unheimliche Ruhe in der Stadt unterbrochen. Unbewaffnete Leute sah man nirgends auf den Straßen, denn Jedermann mußte an diesem Tage Waffen tragen, mußte Theil nehmen an dem furchtbaren Kampfe.

Wir haben schon mitgetheilt, daß am Abend des 27. Oktober eine Depesche des Fürsten Windischgrätz an den General Ramberg von den Mobilen aufgefangen worden war; durch diese Depesche war der Plan des Fürsten Windischgrätz den Wienern verrathen worden. Man wußte, daß der Kampf mit einem Scheinangriff auf die St. Marrer Linie beginnen würde, daß ebenso ein Scheinkampf an den übrigen Linien geführt werden würde, daß aber der Hauptangriff auf die Jägerzeile und die Leopoldstadt erfolgen sollte.

Man war auf den Kampf vorbereitet. Messenhauser hatte durch eine Proclamation die Absichten der Feinde bekannt gemacht; Fenner von Fenneberg hatte in den Vorstadt-Gemeinden den Befehl ertheilt, das Straßenpflaster aufzureißen, um die Granaten möglichst unschädlich zu machen. Die Barrikaden waren verstärkt worden, und man sah daher den Angriffen des Militairs mit ruhigem Muthe entgegen, wenn auch die Leiter des Kampfes es sich nicht verhehlen konnten, daß es schlecht stand um die Sache des Volkes; durch die muthwillige Vergeudung von Schüssen, durch die Bemühungen der Schwarzgelben, welche Pulver und Blei bei Seite geschafft hatten, fehlte schon jetzt die Munition. Die Lage der Stadt war daher bedenklich. Außerdem hatte es gewaltige Schwierigkeiten, gegen eine Armee von 100,000 Mann die weitläufigen, im Umfange einige Meilen starken Linien zu besetzen, und so zu besetzen, daß ein Einbruch in dieselben unmöglich geworden wäre.

Gegen 9 Uhr Morgens heulten die Sturmglocken von allen Thürmen Wiens, die Allarmtrommel rasselte durch die Straßen, Alles eilte zu den Waffen.

Vom Stephansthurm herab sah man eine Stunde später

alle Linien der Stadt mit einem Gürtel von Pulverdampf umringt — der Kampf hatte begonnen. —

Der erste Kanonendonner ertönte gegen 10 Uhr Morgens an der St. Marxer Linie. Gleichzeitig begann der Angriff an der Nußdorfer, Mariahilfer und Leopoldstädter Linie. Der furchtbarste Kampf wüthete bei der Jägerzeile am großen Praterstern; er begann etwas später.

Aus der Praterwaldung drangen gegen 12 Uhr Mittags Croaten und Jäger in geschlossener Colonne gegen die große Stern-Barrikade, welche aus einer doppelten steinernen Brüstung bestand, und eröffneten gegen dieselbe einen heftigen Angriff.

Die Barrikade war nur schwach besetzt; General Bem, welcher bei derselben kommandirte, hatte nicht die Absicht, sie zu halten, und er zog sich deshalb mit der Besatzung hinter die zweite Barrikade zurück, welche nahe an der rothen Sterngasse die ganze Jägerzeile sperrte, beging aber dabei die Unvorsichtigkeit, die Stern-Barrikade nicht zu zerstören, und diese diente daher jetzt den Kaiserlichen, um ihre Batterieen hinter derselben aufzuführen, und gedeckt vor dem Feuer der Wiener, eine furchtbare Kanonade auf die zweite große Barrikade zu eröffnen.

Ein grausenvoller Kampf begann bei dieser Barrikade. Die Kanonen donnerten fortwährend; ein Hagel von Granaten und Kartätschen wurde von den Kaiserlichen gegen die große Barrikade gerichtet. Siebenmal griffen Grenadiere und Croaten dieselbe an, siebenmal wurden sie zurückgeschlagen. General Bem kommandirte.

Hinter der Barrikade standen gegen hundert Mann, unter ihnen einige Abtheilungen des Eliten-Corps, welche sich

durch Tapferkeit besonders auszeichneten. Die Barrikade wurde mit dem größten Heldenmuth vertheidigt; aus den Häusern der Jägerzeile, welche außerhalb der Barrikade standen, wurde fortwährend gefeuert; ununterbrochen donnerten die Geschütze — es war ein furchtbarer Kampf, dessen Schrecken noch erhöht wurden durch die Flammen, welche aus mehreren Häusern hoch empor wirbelten.

General Bem hatte gehofft, daß die Truppen sich über die Barrikade am großen Stern hinauswagen würden, wo sie dann leicht zurückzuschlagen gewesen wären; er hatte sich indessen in dieser Beziehung geirrt.

Der Kampf an der Barrikade, auf der die deutsche und ungarische Fahne wehte, hatte bereits über vier Stunden gedauert und viele Schlachtopfer von beiden Seiten waren gefallen; da wurden plötzlich die Vertheidiger durch die kaiserlichen Truppen, welche durch die Landstraße und Franzens-Allee hereingebrochen waren, im Rücken angegriffen, und außerdem von hinten durch Militair, welches durch die Seitengasse in die Häuser gedrungen war, beschossen.

Ein längeres Halten der Barrikade war nicht mehr möglich, die Vertheidiger derselben mußten sich zurückziehen, und mit diesem Rückzug war die gesammte Leopoldstadt, die ganze Jägerzeile in den Händen des Militairs.

Die Bewohner der beiden unglücklichen Stadtviertel strömten der inneren Stadt zu, weil sie die furchtbare Behandlung, die schreckliche Grausamkeit der kaiserlichen Truppen ahnten.

Während dieser Zeit hatten ebenfalls heftige Kämpfe in den Vorstädten Erdberg und Landstraße stattgefunden; beide Vorstädte waren von den kaiserlichen Truppen erobert worden,

die Bewohner derselben hatten nicht mit demselben Heldenmuth, wie die Vertheidiger der Jägerzeile, gekämpft. Die Garden dieser Vorstädte bestanden zum größeren Theile aus Mitgliedern der Büreaukratie, sie gehörten der schwarzgelben Partei an, und waren daher von vornherein entschlossen gewesen, gegen die Soldaten wenig oder gar nicht zu kämpfen. So wurden denn, mit Ausnahme eines heftigen Kampfes an der St. Marxer Linie, beide Vorstädte verhältnißmäßig schnell genommen, und es dadurch den Kaiserlichen möglich gemacht, die Jägerzeile im Rücken anzugreifen.

Der Gloggnitzer Bahnhof, der von der polnischen Legion auf das Heldenmüthigste vertheidigt wurde, wurde von den kaiserlichen Truppen, nachdem ein Grenadier-Bataillon dreimal zurückgeschlagen worden war, ebenfalls erobert. Den Vertheidigern war durch die Einnahme der Landstraße und der Belvedere-Linie jeder Rückzug abgeschnitten, sie wurden daher bis auf den letzten Mann niedergemacht.

Abends gegen 8 Uhr war das Resultat der furchtbaren Kämpfe entschieden. Nach dreizehnstündiger Schlacht waren die Vorstädte Leopoldstadt, Jägerzeile, Landstraße und Rennweg in den Händen der Kaiserlichen, und diese waren daher vorgedrungen bis an die inneren Wälle der Stadt.

Sie hatten außerdem eine Anzahl von Kanonen, welche die Wiener National-Garde nicht mit sich zu nehmen vermochte, erbeutet.

Die Wieden, die Gumpendorfer, Fünf- und Sechshäuser, Mariahilfer, St. Ullrichs und Nußdorfer Linie, so wie die Josephstadt, waren, trotz der furchtbarsten Angriffe der Kaiserlichen, von den Städtern auf das Tapferste behauptet worden.

Die furchtbare Schlacht war geschlagen, sie war für die Wiener Freiheitskämpfer verloren; aber dennoch verzagten dieselben nicht. Der größte Theil der Kämpfer hoffte, in einer zweiten Schlacht siegreicher zu bestehen.

Die kaiserlichen Truppen benutzten ihren Sieg auf eine wahrhaft grausenerregende Weise. Mit Mord und Brand, mit den scheußlichsten Grausamkeiten hausten sie in den eroberten Vorstädten. Die vielgerühmten Soldaten zeigten sich als eine wüthende Räuberhorde. Selbst Dunder, der Geschichtsschreiber der Oktobertage, so sehr er der schwarzgelben Partei angehört, muß uns voll Entsetzen die Gräuelthaten der Soldateska melden.

Wir wollen nur einige wenige Beispiele anführen, um dem Leser ein Bild jener Heldenthaten zu geben.

Fast rund um die Stadt konnte man von den Thürmen derselben aus gewaltige Feuersäulen gen Himmel lodern sehen. Vom Stephansthurm wurden auf sechsundzwanzig Punkten Feuersbrünste signalisirt, welche zum Theil jede einzelne Reihen von Häusern dahin rafften.

Die Soldaten raubten unter Anführung der Offiziere fast systematisch; obgleich die Vorstädte Landstraße und Erdberg sich fast gutwillig ergeben hatten, obgleich in ihnen zum größten Theil die eifrigsten Anhänger des Kaisers wohnten, wurden dieselben doch eben so unmenschlich behandelt, wie die übrigen.

Alte, kranke, schwache Leute, welche man in den Häusern fand, wurden aus denselben herausgerissen und vom Militair, obgleich sie waffenlos waren, obgleich Jedermann wissen konnte, daß sie an dem Kampfe keinen Theil genommen haben konnten, ohne Weiteres erschossen, oder mit Bajonettstichen ermordet.

Messenhauser selbst, überzeugten sich daher mehr und mehr, daß an ein längeres Halten der Stadt nicht zu denken sei.

Am Abend des 30. waren sämmtliche Leiter der Vertheidigung, sämmtliche Commandanten der Bezirke in der Stallburg beim Ober-Commando versammelt. Messenhauser gab dem Kriegsrath einen offenen Bericht über die Mittel zur Vertheidigung, welche ihm zu Gebote standen, besonders über den sehr fühlbaren Mangel an Munition, und stellte es ihm dann anheim, ob eine Kapitulation mit dem Fürsten zu schließen sei. Ein Mittel allerdings gäbe es, einen Kampf vielleicht siegreich zu bestehen, aber ein Mittel, welches eine geübte, wohldisciplinirte Truppenmacht voraussetzte, dies wäre, das Militair in die Straßen zu locken und es in denselben zu überfallen.

Die Commandanten fast aller Bezirke sprachen sich gegen einen solchen Plan und für die Kapitulation aus, nur die Commandanten der Mobilgarde, besonders des Eliten-Corps, waren entschieden für einen ferneren Kampf. Sie drangen indessen mit ihrer Meinung nicht durch; es wurde beschlossen, mit dem Fürsten Windischgrätz zu unterhandeln, und eine Deputation aus Schaumburg, Haug, Jelowicki und Räffel gewählt.

Messenhauser selbst nahm an dieser Deputation nicht Theil, obgleich er es vielleicht gern gethan hätte. Fenneberg will wissen, daß Messenhauser schon seit längerer Zeit den Plan gehabt habe, mit der Stadt zu kapituliren, daß er schon längst die Unmöglichkeit einer energischen Vertheidigung Wiens eingesehen habe. Er soll schon früher, am 26., geäußert haben, die Ehre erfordere es, daß man noch weiter kämpfe, aber der Kampf würde vergeblich sein.

Auch im Gemeinderath trug Messenhauser am Abend desselben Tages auf die Einstellung der Feindseligkeiten und die Absendung einer aus verschiedenen Corporationen bestehenden Deputation an den Fürsten Windischgrätz an. Sein Antrag wurde mit Freuden aufgenommen, der Gemeinderath gesellte der Deputation des Commandos drei Deputirte zu und machte am Morgen des 29. Oktober diesen seinen Beschluß durch einen Straßen-Anschlag bekannt.

Der 29. Oktober ging ohne bedeutenden Kampf vorüber; Fürst Windischgrätz ließ den Angriff auf die noch nicht eroberten Vorstädte nicht fortsetzen, weil er selbst überzeugt war, daß die Stadt sich ohne Bedingungen ergeben müsse. Die Truppen blieben in den von ihnen eingenommenen Stellungen, nur wurde die von den Städtern ohne Kampf verlassene Nußdorfer Linie durch die Brigade Parrot besetzt und zwei Divisionen nach der Schwechat vorgeschoben, um den Ungarn die Spitze zu bieten.

Die Stärke der Ungarn war nach Nachrichten von Komorn 24 Bataillone Infanterie, 20 Eskadronen Kavallerie, 74 Geschütze und einige Bataillone Freiwillige.

Die Stärke der kaiserlichen Truppen hatte sich in den letzten Tagen noch vermehrt; es standen jetzt vor Wien im Ganzen 58 Bataillone Infanterie, 64 Eskadronen Kavallerie und 264 Geschütze, zusammen etwa 115,000 Mann Militair.

Am Morgen des 29. erließ Messenhauser eine Proclamation an die Bevölkerung Wiens. Er sprach in dieser Proclamation es aus, daß an den Fürsten Windischgrätz eine Deputation gesendet worden sei, welche in das Hauptquartier zu Hetzendorf abgegangen sei. Er verbot jedes Schießen auf die kaiserlichen Truppen, bis das Resultat der Deputation

[illegible] sprach, sah seine [illegible] gefährdet; die [illegible] [illegible] wurde gefangen genommen und nach der Stadt gebracht; man wollte ihn aufhängen, weil er zum Frieden gesprochen haben sollte.

Um das Ober-Commando drängten sich Schaaren der mobilen Garde und Proletarier, welche bereit waren, die Anstifter der Capitulation niederzumachen.

Das Volk wollte die kaiserliche Burg in Flammen stecken, zur Strafe für den Verrath, der am Volke begangen worden sei, und nur durch die Vorsorge Fennebergs, welcher die Besatzung der Burg verstärken ließ, wurde dies verhindert.

Es war eine furchtbare Nacht für Wien, eine Nacht der vollkommensten Anarchie, denn das Volk hatte jedes Vertrauen zu seinen Führern verloren. Besonders wüthend geberdeten sich die vielen zum Volke übergegangenen Soldaten, welche in die Mobilgarde eingereiht worden waren und welche voraussahen, daß sie vom Fürsten Windischgrätz auf das Strengste und Unnachsichtigste verurtheilt werden würden.

Am Morgen gegen drei Uhr kam die Deputation vom Fürsten Windischgrätz zurück; sie konnte keine Versprechungen desselben mitbringen, nur hatte Fürst Windischgrätz geäußert, daß er sich an Großmuth nicht werde überbieten lassen. Dies war das einzige Versprechen, welches er gegeben hatte; wie er es hielt, werden wir bald genug sehen! —

Der Morgen des 30. Oktober brach an. Er fand die Bevölkerung von Wien in einer furchtbaren Aufregung.

Von Messenhauser war abermals eine Proclamation erschienen, in welcher derselbe mittheilte, daß die Deputation

vom Fürsten Windischgrätz zurückgekommen, und der Fürst die unbedingte Unterwerfung der Stadt gefordert habe. Er ermahnte die Minorität, sich dem Verlangen der Majorität, also der Uebergabe, zu fügen, und appellirte an die Hochherzigkeit des Wiener Volkes.

Auch der Gemeinderath forderte abermals die Mobil-Garden auf, die Waffen zu strecken, und versprach ihnen eine längere Fortdauer der Löhnung.

Diese Proclamation erregte bei einem großen Theile des Volkes, besonders bei der Mobilgarde, eine furchtbare Entrüstung.

Schaaren Bewaffneter zogen durch die Straßen und sprachen laut ihre Wuth gegen Messenhauser, gegen den Gemeinderath, gegen alle Diejenigen aus, welche die Stadt verrathen hatten, welche kapituliren wollten. Andererseits aber waren die Bürger zum größten Theil zufrieden mit den Maßregeln Messenhausers und des Gemeinderaths; sie waren überzeugt davon, daß die Stadt nicht länger zu halten sei, und viele Bürger hatten deshalb bereits ihre Waffen abgegeben. Ganze Wagen voll Waffen waren aus einzelnen Vorstadts-Bezirken nach der Stadt gefahren worden.

Andere Garden trugen einzeln ihre Waffen nach den verschiedenen Sammelplätzen. Man war im Begriff, den Forderungen des Fürsten Windischgrätz nachzugeben.

Da durchflog plötzlich mit Windesschnelle das Gerücht, „die Ungarn kommen! die Ungarn sind vor den Thoren Wiens!," die ganze Stadt.

Ein Zug Weiber mit Musketen auf den Schultern, rothen Mützen auf den Köpfen, umgeben von zerlumptem Gesindel, zog mit einer Allarmtrommel durch die Stadt, und

[illegible]

[illegible] hat, in der Mitte zwischen Kaiser-Ebersdorf [illegible] Wien [illegible] der Kampf concentrire. Die [illegible] seien [illegible], daß die Anzahl der [illegible] [illegible] werden könnte. Die Schlacht nähere sich [illegible] Wien. — [illegible]

Diese [illegible] hatten auf die ganze Bevölkerung von Wien eine zauberische Wirkung. Während einige Stunden vorher die [illegible] in der Stadt für eine Uebergabe war, zeigte sich jetzt überall wieder die größte Kampfwuth.

Schaaren von Weibern zogen durch die Straßen und [illegible] überall die Männer zum Kampfe auf.

Die Mobilgarden traten sämmtlich wieder unter Waffen; auch die Nationalgarde in den meisten Bezirken.

Die Legionäre, welche den Kampf auch zum großen Theil aufgegeben, welche sich der Calabreser und Legions-Uniform entäußert hatten, traten wieder zusammen.

Die Basteien wurden wieder besetzt, und in einzelnen Vorstädten ging man so weit, daß ohne Commando der Kampf gegen die kaiserlichen Truppen begonnen wurde, daß man aus denselben feuerte und dadurch die Capitulation schon jetzt brach.

Es erregte daher eine tiefe Entrüstung beim Volke, als Abends 8 Uhr eine [illegible] Proclamation Messenhausers erschien, welche verkündigte, daß das Heer der Ungarn zu spät für das Schicksal der Stadt gekommen sei. Die Ungarn wären wahrscheinlich besiegt worden, und die Lage der Stadt sei am Abend die alte.

Diese [illegible] erregte eine furchtbare Wuth unter den Mobilgarden und Legionären. „Verrath! Verrath!“

ertönte in allen Straßen, und gegen Messenhauser wendeten sich die Vorwürfe.

Es herrschte an diesem ganzen Tage in Wien die vollkommenste Anarchie. Schaaren Bewaffneter zogen durch die Straßen, überall Diejenigen, welche sie für Verräther hielten, gefangen nehmend und sie oft mißhandelnd.

Die Erbitterung gegen Messenhauser sollte sich bald auch in anderer Weise zeigen. Die Mobilgarden entschlossen sich, nicht länger unter dem Ober-Commando Messenhausers zu dienen, sondern Fenner von Fenneberg zum Ober-Commandanten zu wählen.

Fenneberg befand sich in der Aula, als eine Deputation der Mobilgarden ihm erklärte, daß dieselben sich zu seiner Disposition stellten und von Messenhauser keine Befehle mehr annehmen würden. Die Deputation forderte Fenneberg auf, das Ober-Commando zu übernehmen. Dr. Becher, Redacteur der Zeitschrift: „Der Radikale“, war Sprecher dieser Deputation.

Fenneberg erklärte sich bereit, das Ober-Commando zu übernehmen, aber nur unter der Bedingung, wenn Messenhauser schriftlich seine Abdankung erkläre.

Es wurde sofort eine Deputation an Messenhauser gesendet, welcher sich auf dem Observatorium im St. Stephansthurm befand. Die Deputation erklärte Messenhauser, daß sie im Auftrage der Mobilgarden und der akademischen Legion ihm den Wunsch ausspreche, er möge abdanken, da er das Vertrauen verloren habe.

Messenhauser erwiderte mit der größten kaltblütigsten Ruhe, es sei gegen seine Ueberzeugung und sein Gewissen, den Kampf fortzusetzen, er könne auf eine Abdankung nicht eingehen, da

Fenneberg's, von der gesammten Nationalgarde, als ungültig erklärt wurde, und sich überhaupt das größte Mißtrauen gegen den als zu schwankend bekannten Fenneberg kundgab; so gab Messenhauser nach, indem er mit Fenneberg gemeinschaftlich das Ober-Commando wieder übernahm, um auf diese Weise die Nationalgarde mit den Mobilgarden und der akademischen Legion zu versöhnen.

Schon am frühesten Morgen des 31. wurden vom Gemeinderath die Wiederernennung Messenhausers an die Straßenecken angeschlagen. Auch Messenhauser erklärte in einer Proclamation die Nothwendigkeit der Uebergabe der Stadt. Dasselbe erklärte ein Plakat, von Messenhauser, Fenneberg und dem Gemeinderath gemeinschaftlich herausgegeben, welches mit den Worten schloß:

„Legt die Waffen nieder, und zeigt den eindringenden Waffenmännern, daß der Ordnungssinn, der wahre Heldenmuth sich dem Unabwendbaren männlich fügt. Zeigt, daß Ihr der Freiheit werth seid, und sie wird, sie muß Euch werden."

Zu gleicher Zeit machte Messenhauser eine Proclamation des Fürsten Windischgrätz bekannt, welche aus dem Standquartier Hetzendorf datirt war.

Der Fürst Windischgrätz erklärte in dieser Proclamation, daß ein Corps der ungarischen Insurgenten es gewagt habe, den österreichischen Boden zu betreten und bis gegen die Schwechat vorzudringen; es sei dasselbe indessen geschlagen worden. Der Fürst verlangte jetzt, als weitere Bedingung der Capitulation, noch die Auslieferung der folgenden zwölf Männer, nämlich: Messenhauser, Fenneberg, Haug, Hammer-

schmidt, Kuchenbäcker, Wutzel, Engländer, Teutsch, Hauck, Braun, Gritzner und Aigner.

Die Proclamation des Fürsten Windischgrätz beruhte in der That auf Wahrheit. Die Ungarn waren geschlagen; sie waren mit einem zu schwachen Heere gegen die ungeheure kaiserliche Armee vorgedrungen, und hatten von Seiten Wiens nach den Verlusten des 28. Oktobers nicht unterstützt werden können, sie waren zu spät gekommen. Auf das Tapferste hatten sie gekämpft; sie hatten das Dorf Manswörth im Sturm genommen, hatten die Feinde von den Höhen der Schwechat verjagt; der linke Flügel, welcher mit großen Massen bedroht worden war, hatte sich gehalten; aber gegen 4 Uhr hatte die ungarische Armee einsehen müssen, daß es nicht länger möglich sei, sich dieser großen Armee gegenüber zu halten, welche besonders an Kavallerie weit überlegen und im Stande war, die Flanken der Ungarn zu umgehen. Es kam daher der Rückzugsbefehl, und die ungarische Armee zog sich geordnet in ihre frühere Stellung, bei Parendorf hinter die Leitha, zurück.

So war denn die letzte Hoffnung der Wiener vernichtet; an eine Hülfe durch die Ungarn war jetzt nicht mehr zu denken; aber noch immer glaubten die feurigen Kämpfer für die Freiheit nicht daran, noch immer hielten sie alle Nachrichten, welche diese trostlose Lage der Stadt aussprachen, für erlogen, für Verrath, und alle Diejenigen, welche sich bemühten, die Wahrheit kund zu geben, sahen sich den größten Beleidigungen, ja Mißhandlungen von den wüthenden Arbeitern ausgesetzt.

So verging die Nacht vom 30. bis zum 31. Oktober unter steten Hoffnungen auf das Erscheinen der Ungarn.

[illegible] noch über Stephansthurm eine große schwarzgelbe Fahne, und sämmtliche Basteien und Thoren weiße Fahnen zum Zeichen der friedlichen Unterwerfung aufgesteckt seien, daß die Entwaffnung vorzunehmen sei und sämmtliche Munition abgeliefert werde, und daß der Gemeinderath alle Waffen übernehme.

Der Gemeinderath knüpfte hieran noch eine dringende Aufforderung zur friedlichen Unterwerfung.

Andere Proclamationen vom Ernst Haug, Chef des Generalstabes, und Messenhauser, baten ebenfalls das Volk von Wien, die Capitulation zu achten und sich der traurigen Nothwendigkeit zu fügen. Ein fernerer Kampf sei unmöglich. Messenhauser theilte zu gleicher Zeit die Proclamation des Fürsten Windischgrätz mit, in welcher dieser am 30. October die Besiegung der Ungarn anzeigte.

Auch Fenneberg bemühte sich nach Kräften, dem nutzlosen Kampf Einhalt zu thun; seine Bemühungen wären ihm ohne die treulose Handlungsweise des Gemeinderaths vielleicht gelungen. So fest der Gemeinderath der Mobilgarde und besonders den übergegangenen Soldaten versprochen hatte, mit Geldmitteln für dieselben zu sorgen, so weigerte er sich doch am Morgen des 31. October diejenigen, welche sich flüchten wollten, mit Geld beizustehen.

Es wurden dadurch die am meisten Compromittirten, Diejenigen, welche auf das Proletariat den meisten Einfluß hatten, zur Verzweiflung getrieben und alle Mahnungen der Anführer, vom Kampfe abzustehen, waren daher vergeblich.

Das Gerücht, die Ungarn seien nicht besiegt, sie seien wieder im Anzug auf Wien, verbreitete sich schnell durch alle Straßen der Stadt, und wieder ergriffen Viele die Waffen,

welche schon dieselben niedergelegt hatten, welche zur Aufrechthaltung der Capitulation fest entschlossen gewesen waren.

Schon gegen 8 Uhr begann in einigen Vorstädten ein neuer Kampf gegen die kaiserlichen Truppen. Man hörte bei Lerchenfeld und Mehringen wieder Kanonendonner.

Eine unbeschreibliche Verwirrung herrschte während des ganzen Vormittags in der Stadt.

Hier zogen Haufen von Proletariern, von Mobilgarden durch die Straßen, Jeden, der ihnen begegnete, zwingend, ihnen zu folgen, um an der Vertheidigung der Stadt Theil zu nehmen.

Dort kamen wieder Gruppen von Municipalgarden, welche sich bemühten, einzelne Bewaffnete zu entwaffnen, damit die Capitulation aufrecht erhalten werde.

Zwischen diesen einzelnen Parteien kam es an mehreren Orten zum Kampf. Schon wütheten die Vertheidiger derselben Sache gegen einander, der Ausgang jedes Kampfes war daher leicht ersichtlich.

Auf der Universität und in der Aula war das Studenten-Comité versammelt; dorthin richteten sich viele der Mobilgarden, um sich Raths zu erholen. Das Comité erklärte, es könne keine weiteren Befehle ertheilen, denn die Capitulation sei geschlossen. Diese Weisung erregte indessen unter den Mobilgarden eine fürchterliche Wuth, und eine Abtheilung des demokratischen Freicorps zog trotzdem nach dem Stephansthurm und ließ von demselben die Sturmglocken läuten, um das Zeichen zum Angriff zu geben.

Mehrere Hauptleute der Mobilgarde eilten auf die Basteien und befahlen den Angriff, dann kamen wieder Adjutanten des Ober-Commandos und befahlen, daß unter keiner

Bedingung gegen die kaiserlichen Truppen geschossen werden solle; kurz, es herrschte in der Stadt eine entsetzliche, unbeschreibliche Verwirrung.

Gegen halb 12 Uhr Mittags begann auf der rothen Thurm-Bastei zuerst eine heftige Kanonade auf die Leopoldstadt. Viele Munition wurde hier unnütz verfeuert, indem man die Schüsse schon auf Häuser richtete, in denen kaiserliche Truppen vermuthet wurden.

Die Truppen hatten sich längere Zeit fast passiv verhalten, indem der Gemeinderath den Fürsten Windischgrätz ersucht hatte, den Kampf am 31. noch nicht zu beginnen, da sichere Hoffnung vorhanden sei, die Mobilgarden würden sich im Laufe des 31. beruhigen und würden eingehen auf die Capitulation.

Nur die Vorstadt Wieden war von den Kaiserlichen ohne Kampf besetzt worden. Als aber von Seiten der Städter die Leopoldstadt so wüthend beschossen wurde, als auch an anderen Theilen der Stadt Angriffe gegen die kaiserlichen Truppen gemacht wurden, da drangen diese vor und hatten bald die Vorstädte in ihrer Gewalt.

Gegen 1 Uhr begann das Bombardement der Stadt. Eine furchtbare Menge von Bomben und Congreveschen Raketen fielen in das Innere der Stadt, welche nur schwach das Feuern der Kaiserlichen zu erwidern vermochte, da bereits die Munition fast vollständig ausgegangen war.

Vergeblich bemühte sich der Ober-Commandant, vergeblich bemühte sich selbst Fenner von Fenneberg, ein Aufhören des Feuers zu erwirken, die Mobilgarden waren so wüthend, daß sie nicht zu bewegen waren, von dem hoffnungslosen Kampf zurückzutreten.

An einzelnen Stellen gelang es den Nationalgarden, weiße Fahnen auf die Wälle zu stecken, aber bald wurden diese wieder herabgerissen und die Nationalgarden von der Mobilgarde zurückgetrieben.

Gegen 2 Uhr wurden von den Mobilgarden Kanonen auf den Stephansplatz aufgefahren, um alle Diejenigen niederzuschießen, welche etwa eine gewaltsame Entwaffnung des Volkes herbeizuführen wünschten.

Wieder gelang es einer Abtheilung der Nationalgarde, weiße Fahnen als Zeichen der Ergebung auf die Burg-Bastei aufzupflanzen. Eine neue Deputation des Gemeinderaths hatte sich vor das Burgthor begeben, um dem Fürsten Windischgrätz eine officielle Anzeige von der Uebergabe der Stadt zu machen; das Militair rückte näher heran, da wurde wieder die Nationalgarde von der Mobilgarde von der Bastei vertrieben; die Deputation war noch kaum bei den kaiserlichen Vorposten angelangt, da wurden Kanonen von der Burg-Bastei abgeschossen, ein furchtbarer Kartätschen-Hagel wüthete unter den Colonnen des bis auf halbe Schußweite genäherten Militairs und schmetterte ganze Reihen nieder.

Die Bomben und Raketen fielen immer dichter in die Stadt; die kaiserliche Burg war denselben am meisten ausgesetzt und bald stieg aus derselben eine Rauchsäule hervor; — eine Congreve'sche Rakete hatte gezündet. Ebenso wurden das Palais des Grafen Collowrat und mehrere andere Gebäude von dem Feuer ergriffen.

In das Burgthor wurde Bresche geschossen und die Vertheidiger desselben mußten fliehen. Zwei Bataillone Grenzer (Ottochaner) rückten im Sturmschritt vor und drangen durch das Burgthor in die Stadt ein; es war Abends gegen 6 Uhr.

Auch durch das Kärnthnerthor drang das Militair in die Stadt und wurde in der Kärnthnerstraße von den schwarzgelben Einwohnern mit Vivats und dem Wehen weißer Tücher empfangen. —

So war denn Wien gefallen, die Stadt war in den Händen der Kaiserlichen und bot bald ein wunderbares, eigenthümliches Schauspiel dar.

Während vorher Alles sich zu bewaffnen gestrebt hatte, Alles sich zum Kampfe vorbereitet hatte, suchte jetzt Jedermann sich das möglichst friedliche Aussehen zu geben, suchte Jeder alle Zeichen, welche eine Theilnahme am Kampfe verriethen, von sich abzuwälzen.

Messenhauser und Fenneberg erließen eine Proclamation, in welcher sie erklärten, daß sie feierlich gegen jede Zumuthung protestirten, als sei der am 31. Oktober von Seiten einzelner mobilen Corps geschehene Bruch der Capitulation auf ihren Befehl geschehen; sie forderten den Gemeinderath auf, zu bezeugen, daß sie im Gegentheil seit dem frühesten Morgen fortwährend mit Entwaffnung der Garden beschäftigt gewesen seien.

Die Mobilgarden warfen überall die Waffen fort, überall, in allen Straßen, fand man Gewehre, Munitionsstücke, Calabreser, kurz, alle die Zeichen, welche eine Theilnahme der Besitzer am Kampfe verriethen, bunt durcheinander auf dem Pflaster.

Die bekannten Führer der Demokratie und der Mobilgarde, welche die furchtbare Rache des Fürsten Windischgrätz ahnten, bemühten sich auf's Aeußerste, sich unkenntlich zu machen und wo möglich die Stadt zu verlassen, um zu fliehen. Die meisten der schönen Bärte fielen an jenem Abend

unter der Scheere und dem Messer des Barbiers. Alle Geschichtsschreiber der Wiener Oktober-Revolution versichern einstimmig, daß sie mit größter Ueberraschung oft nur an der Stimme die einzelnen bekannten Führer der Demokratie am Abend des 31. Oktober erkannt hätten.

Die Thore der Stadt wurden von den kaiserlichen Truppen abgesperrt, und alle Diejenigen, welche sich in der Stadt befanden, mußten in derselben bleiben; man wollte die Flucht der Haupt-Betheiligten beim Aufstande verhindern.

Einigen derselben gelang es indessen, trotz dieser Vorsichtsmaßregeln, zu entkommen; so soll zum Beispiel Fenner von Fenneberg dadurch fortgekommen sein, daß er in einem Backtrog, mit Brodteig überdeckt, zum Thore hinausgetragen wurde.

Vielfache Verhaftungen wurden noch im Lanfe des Abends und der Nacht zum 1. November vorgenommen, ein Vorspiel dessen, was in den nächsten Tagen geschehen sollte.

Die kaiserlichen Truppen bemühten sich indessen, in Verbindung mit den Bürgern, die in Folge des Bombardements ausgebrochenen Feuersbrünste möglichst zu löschen.

Wien war am Abend des 31. Oktober wieder so ruhig, wie selten vorher; die Gasthäuser waren überfüllt; die gemüthlichen Bewohner der Stadt ahnten nicht, wie furchtbar der Belagerungszustand in den folgenden Tagen sie bedrücken sollte. —

16.

Am 1. November und in den folgenden Tagen bot Wien vollständig das Bild einer vom Feinde eroberten Stadt dar.

Hoch von dem Stephansthurm wehte eine große schwarz-gelbe Fahne als Zeichen des Sieges über die Revolutions-Partei, welche die Farben Roth, Schwarz, Gold zu den ihrigen gemacht hatte.

Auf den Straßen war es am 1. noch belebt, aber die Menschenmengen, welche sich auf denselben bewegten, hatten ein ganz anderes Ansehen, als an den früheren Tagen; man sah fast nur fein angezogene Männer und Frauen. Die Schwarzgelben, die Reactionaire kamen plötzlich wieder aus den Häusern hervor, in denen sie so lange sich verschlossen hatten, und jubelten laut über die glückliche Einnahme der Stadt, laut darüber, daß sie erlöst wären von der Proletarier-Herrschaft.

Von den Demokraten und Proletariern sah man fast Nichts, denn Jeder, der nur irgend einen feinen Rock hatte, zog denselben an, um den Verdacht einer Theilnahme am Kampfe von sich abzuwälzen. Die schwarz-roth-goldenen Bänder, die langen Bärte, die Calabreser-Hüte waren plötzlich verschwunden, und elegante Cylinder-Hüte, von den Wienern deshalb spottweise Angst-Hüte genannt, waren an die Stelle der sogenannten, mit Federn versehenen, Stürmer getreten.

Das Volk sah alle diese Veränderungen mit Schweigen und Staunen an; man sprach wenig, nur der laute Jubel der Schwarzgelben ließ sich hören, denn die demokratische Partei hielt sich völlig still, sie befürchtete mit Recht die grausame Rache des Fürsten Windischgrätz.

Unzählige Polizei-Spione waren plötzlich wieder aufgetaucht und bewegten sich unter den Menschenmengen. Besonders eigenthümlich war es, wie mit dem 1. November die

vorher von Plakaten starrenden Straßen-Ecken gänzlich leer waren. Die Straßen-Literatur hatte mit diesem Tage aufgehört zu existiren. Die Gasthäuser waren sehr besucht, aber auch sie boten ein seltsam verändertes Bild dar. Während früher in allen Schenken laut politisirt wurde, hörte man jetzt nur wenige leise geflüsterte Worte; von Politik war fast nicht die Rede. Während früher die radikalen Blätter überall ausgelegt und viel gelesen waren, traf man jetzt fast nur conservative Zeitungen und selbst die der äußersten Reaction auf den Tischen des Hauses liegen.

Am wohlsten fühlten sich in Wien die Soldaten, welche von dem langweiligen Lagerleben erlöst waren.

Alle öffentlichen Plätze waren mit Truppen-Abtheilungen besetzt, ebenso die Thore und die Basteien. Die Thore waren fest geschlossen; nur Militair-Personen wurde der Ein- und Ausgang gestattet, denn Fürst Windischgrätz wollte die Aufrührer nicht entkommen lassen.

Abends wurden von den Soldaten auf den freien Plätzen förmliche Lager eingerichtet, Wachtfeuer brannten, um welche die Croaten-Horden des Banus Jellachich sich lagerten.

Gegen Mittag zertrümmerten die Soldaten den großen Gas-Candelaber vor dem Kriegsgebäude, an welchem Graf Latour aufgehängt worden war. Sie rissen ihn vollständig aus der Erde heraus und schlugen ihn in kleine Stücke, die sie sich zum Andenken mitnahmen.

So verging der erste Tag des Belagerungs-Zustandes von Wien, ohne daß noch immer die Wiener ahnten, wie furchtbar dieser Zustand ihnen in der Folge werden sollte. —

Mit jedem folgenden Tage wurden die Maßregeln der

Militair-Herrschaft in Wien drückender, mit jedem folgenden Tage unerträglicher.

Fürst Windischgrätz erließ am 2. November zwei Proclamationen, in welchen er für die kleinsten Vergehen das Kriegsgericht androhte. Wer seine Waffen, gleichviel, ob Privatwaffen oder Staatswaffen, nicht ablieferte, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Hauseigenthümer, welche einen Bewohner in ihrem Hause verbargen, ohne ihn der Polizei zu melden, wurden vor ein Kriegsgericht gestellt, kurz, alle, auch die geringsten Vergehen, wurden mit dem Kriegsgericht bedroht, und Fürst Windischgrätz machte mit dieser Drohung Ernst.

Das fröhliche Leben, welches früher in Wien geherrscht hatte, welches schon durch die Oktober-Revolution gedämpft worden war, machte jetzt einem tiefen, unheimlichen Schweigen in der ganzen Stadt Platz. Niemand wagte mehr zu sprechen, denn jedes freie Wort konnte die Veranlassung geben, vor ein unerbittliches Kriegsgericht gestellt zu werden. In allen Straßen, in allen Caffeehäusern schlichen Spione herum, das Metternich'sche Polizei-Spionir-System kam wieder in vollen Glanz.

Die Führer des Aufstandes der Demokratie wurden überall aufgesucht, wie sehr sie sich auch zu verbergen bemühten; besonders in den kleinen verborgenen Straßen wurden alle Häuser auf das Genaueste untersucht und durchspionirt. An den Thoren wurde die höchste Controlle gehandhabt und erst nach mehreren Tagen wurde die Passage wieder freigegeben. Außerdem wurde überall nach Waffen gesucht.

Die Literatur wurde vollkommen unterdrückt, die Bücher-

Ballen wurden den Buchhändlern vorenthalten, die gesammte Presse stand unter der Militair-Despotie eines Fürsten Windischgrätz.

Windischgrätz sollte aber bald genug auch zeigen, daß es ihm mit diesen Maßregeln nicht genug sei, daß er, der die Hauptstadt Oesterreichs hatte bombardiren und mit Brand-Raketen beschießen lassen, sein Blut-Regiment fortzusetzen beabsichtige. Die standrechtlichen Erschießungen begannen, und sie wurden fortgesetzt, auch nachdem Fürst Windischgrätz Wien verlassen hatte, nachdem an seine Stelle Feldmarschall Welden getreten war.

Das erste Todesurtheil, welches vollstreckt wurde, betraf Robert Blum. Der unverletzliche Abgeordnete des Deutschen Volkes zur Frankfurter Reichs-Versammlung wurde durch standrechtliches Erkenntniß zum Tode verurtheilt — und am 9. November erschossen. — Eine That, die Entsetzen verbreitet hat über ganz Europa und den Namen des fürstlichen Mörders dem Haß und der Verachtung preisgegeben hat für immerdar.

Robert Blum hatte mit Fröbel Wien, wie wir aus den späteren Darstellungen Fröbel's ersehen werden, nicht verlassen; er war am 4. November gefangen genommen worden und harrte nun muthig des Gerichts.

Am Morgen des 9. November 5 Uhr wurde ihm das Todesurtheil verkündet, welches ausgesprochen war durch die standrechtliche Commission, welcher der Major Cordier präsidirt hatte.

Blum empfing die Verkündigung des Todesurtheils mit der höchsten Ruhe, indem er sagte: „Es trifft mich nicht unerwartet.“ Ein katholischer Geistlicher wollte Blum die

Beichte abnehmen, er weigerte sich indessen derselben, da er Deutschkatholik war.

Blum schrieb hierauf den folgenden Brief an seine Frau:

„Mein theures, gutes, liebes Weib, lebe wohl! wohl für die Zeit, die man ewig nennt, die es aber nicht sein wird. Erziehe unsere — jetzt nur Deine Kinder zu edeln Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. Unser kleines Vermögen verkaufe mit Hülfe unserer Freunde. Gott und gute Menschen werden Euch zu helfen. Alles, was ich empfinde, rinnt in Thränen dahin, daher nur nochmals: leb' wohl, theures Weib! Betrachte unsere Kinder als theures Vermächtniß, mit dem Du wuchern mußt, und ehre so Deinen treuen Gatten. Leb' wohl, leb' wohl! Tausend, tausend, die letzten Küsse von

Deinem

Robert.

Wien, den 9. November 1848, Morgens 5 Uhr,
um 6 Uhr habe ich vollendet.

Die Ringe hatte ich vergessen; ich drücke Dir den letzten Kuß auf den Trauring. Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantknopf für Ida, die Kette für Alfred, als Andenken. Alle sonstigen Andenken vertheile Du nach Deinem Ermessen. Man kommt! Lebe wohl! wohl!"

Nachdem Blum diesen Brief geschrieben, besprach er sich mit dem Geistlichen in der ruhigsten Fassung über die Unsterblichkeit der Seele. Bald darauf wurde er, begleitet von drei Jägern und einem Offizier, nach der Brigittenau geführt. Auf dem Wege nach dem Richtplatze stand er mehrere Mal

still und holte tief Athem; daselbst angelangt, bat er, daß man ihm die Augen nicht verbinden möge, aber der Offizier erwiderte ihm, diesem Wunsche könne nicht gewillfahrt werden, da die Soldaten besser zielen könnten, und Blum band sich nun selbst das Tuch um die Augen. —

So stand er bereit, die tödtlichen Schüsse zu empfangen, da trat der Profoß zum Obersten mit den Worten: „Ich bitte um Gnade für den armen Sünder.“

„Nein!“ war die kurze Antwort.

Dreimal wiederholte der Profoß seine Bitte, dreimal der Oberst seine abschlägliche Antwort, indem er zuletzt hinzufügte: „Bei den Menschen ist keine Gnade mehr, bei Gott allein ist Gnade.“ Dann wurde „Feuer!“ kommandirt. —

Von drei Kugeln getroffen, sank Blum nieder; die eine traf ihn in der Stirn, die anderen durchbohrten seine Brust. — Die letzten Worte Robert Blums waren die:

„Aus jedem Blutstropfen von mir wird ein Freiheits-Märtyrer entstehen.“

Mögen diese Worte eine Wahrheit werden, möge er beim Scheiden von seinem geliebten Volke prophetisch in dessen Zukunft geschaut haben. —

Die Kunde von Robert Blums Erschießung durchdrang bald die ganze Stadt und erregte in derselben ein furchtbares Entsetzen; denn wenn der Abgeordnete des Deutschen Volkes dem Mörder-Regiment des Fürsten Windischgrätz erlag, was sollte dann werden aus den übrigen Theilnehmern an dem Aufstande, deren schon mehr als Tausend nach und nach eingefangen und in die Kerker geworfen waren?

Auch Fröbel war mit Robert Blum gemeinschaftlich gefangen genommen worden, auch für ihn fürchtete man dasselbe

Schicksal, welches Blum betroffen hatte; er wurde indessen vollständig begnadigt, und seine Erlebnisse, die Art seiner Behandlung theilen wir dem Leser durch die Rede mit, welche er am 18. November in der National-Versammlung zu Frankfurt über diesen Gegenstand hielt; sie giebt uns ein klares Bild der Zustände in den letzten Tagen des Oktobers und den ersten des Novembers in Wien.

„Meine Herren!

Sie haben beschlossen, den Bericht, welchen ich Ihrer Versammlung angeboten habe, anzuhören. Befürchten Sie nicht, daß ich in demselben weitläufig sein und mich auf Schilderung von Einzelnheiten, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Hauptsache stehen, einlassen werde. Es ist ein einziger Punkt, welcher vor diese hohe Versammlung gehört: ob und inwiefern das Reichsgesetz vom 30. September durch die Verwickelungen, in die ich in Wien in Gemeinschaft mit Robert Blum gekommen bin, verletzt worden ist. Ich werde meine ganze Darstellung in diesem einzigen Punkte concentriren und von den Einzelnheiten nur das anführen, was Sie in den Stand setzt, genau zu sehen, inwiefern das später Erfolgte motivirt war. Es ist Ihnen bekannt, ich brauche darüber kein Wort zu verlieren, was die Veranlassung meiner und Blums Reise nach Wien war. (Stimmen von der Rechten: Nein!) Ich habe die Bekanntschaft damit voraussetzen zu können geglaubt. Wenn das nicht der Fall ist, werde ich in der Kürze diese Veranlassung erzählen. Nachdem der Antrag des Abgeordneten Berger gefallen war: daß die National-Versammlung aussprechen solle, die Stadt Wien habe sich durch ihre letzte Erhebung um das Vaterland ver-

dient gemacht, beschloß die linke Seite dieser Versammlung, von sich aus eine Deputation nach Wien zu senden, um die Erklärung ihrer Sympathie mit der Wiener Revolution auszusprechen. Die beiden Fractionen der Linken, welche im „Donnersberg" und im „Deutschen Hof" ihre Zusammenkünfte halten, vereinigten sich zu diesem Zweck. Von der einen wurde Robert Blum, von der anderen ich gewählt, um eine kurze Adresse im Sinne dessen, was ich gesagt habe, nach Wien zu bringen. Zwei andere Mitglieder, die Herren Hartmann und Trampusch, haben uns begleitet und sich unserer Deputation angeschlossen. Wir sind am 13. von hier abgereist und am 17. in Wien angekommen. Dort haben wir diese Adressen dem permanenten Ausschuß des Reichstags, dem Ober-Commando, dem Gemeinderath und dem Studenten-Ausschuß mitgetheilt. Der permanente Ausschuß des Reichstags hat noch am gleichen Tage, eine Stunde später, in seinem täglichen Rechenschafts-Bericht unsere Adresse dem Reichstag selbst mitgetheilt, der dieselbe mit allgemeiner Acclamation aufgenommen hat. Nachdem wir die Tage des 17., 18. und 19. Oktobers dazu verwendet hatten, unseren Auftrag zu vollziehen, waren wir am 20. bereit, Wien wieder zu verlassen. Ich muß auf diesen Umstand aufmerksam machen. Ich selbst bin mit Robert Blum bei dem sächsischen Gesandten gewesen, wo sich Blum einen Paß hat geben lassen, was auch ich beabsichtigte, weil mir die Legitimationskarte als Mitglied der National-Versammlung nicht sichernd schien, da selbst Wiener Abgeordnete wegen dieser Eigenschaft auf der Reise vom Militair mißhandelt worden waren. Der Paß wurde mir verweigert, weil ich kein Sachse sei. Ich bin hierauf zum Ober-Commando gegangen und habe mir für

mich und meine drei Begleiter Passirscheine erbeten, die auf drei Tage lauteten, und die ich bei mir führte, weil wir immer mit dem Gedanken umgingen, Wien zu verlassen. Wir führten ihn nicht aus, da wir fortwährend hörten, daß es unmöglich sei, ohne Mißhandlung durch das Heer zu kommen. Die Tage vom 20. bis zum 26. vergingen auf diese Weise in der Ungewißheit, ob es möglich sei, abzureisen. Ich werde in meinem Bericht ganz offen sein auch in den Beziehungen, welche mich bei der rechten Seite dieses Hauses in ein nachtheiliges Licht stellen. Ich bemerke also offen, daß, nachdem wir uns überzeugt hatten, wie es nicht möglich sei, abzureisen, ich mich entschlossen habe, an dem Kampfe Theil zu nehmen. Ich bin in der weiteren Erwartung der Dinge gewesen, und es war am 26., wo Blum und ich durch einen Hauptmann außer Diensten Namens Hauk, welcher beordert war, ein Eliten-Corps zu bilden, aufgefordert wurden, diesem Corps beizutreten. Durch den genannten Commandanten dieses Corps, welches aus vier Compagnieen bestand, sind wir zu Hauptleuten ernannt worden. Blum hatte die erste, ich die dritte Compagnie. Nach dem Organisations-Patent war dieses Corps dazu bestimmt, die Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sichern. Es war dies eine höchst wichtige und nicht minder gefährliche Aufgabe, als den Truppen gegenüberzustehen. Schon Tags vorher ist aus mehreren Häusern auf Vorübergehende geschossen worden, man stürmte diese Häuser, ergriff Personen, welche man in ihnen fand, und wollte sie ohne Weiteres aufhängen. Es wurden an jenem Tage alle Männer, die unbewaffnet auf den Straßen angetroffen wurden, aufgegriffen und gezwungen, in irgend ein Corps der mobilen Garde zu treten. Auf diese Weise war Aussicht

vorhanden, daß in der Stadt selbst Unruhen ausbrechen würden, und die Aufgabe unseres Corps, Ruhe und Ordnung zu handhaben, forderte, wie ich schon erwähnte, eben so viel Muth und Energie, als selbst vor den Truppen zu stehen. Wir glaubten als Fremde, welche in der schwerbedrängten Stadt sich als Gäste aufhielten, die Pflicht zu haben und es unserer Ehre schuldig zu sein, an den allgemeinen Lasten Theil zu nehmen, und namentlich, da man uns gesagt hatte, daß man zur Unterstützung der Absicht auf unsere Namen Werth lege. Das Corps wurde aber sogleich auf andere Weise verwendet, die uns selbst in hohem Grade überrascht hat. Blum und ich wurden von einander getrennt. Wir kamen an die äußersten entgegengesetzten Punkte der Stadt, wo Barrikaden gebaut waren, an die gefährlichsten Orte, die überhaupt möglich waren. Ich will Sie nicht mit den Details dieser einige Tage andauernden militairischen Laufbahn unterhalten, sondern zur Hauptsache übergehen. Wir hatten die Ueberzeugung, die sich nachher als richtig bestätigt hat, daß die Stadt sich nicht werde halten können, weil sie verrathen war. Ich brauche diesen Ausdruck ohne Rücksicht auf irgend eine Partei, einfach zur Bezeichnung einer Zweideutigkeit in der Leitung der Dinge, welche nicht bestritten werden kann. Ich will Ihnen nur einige Thatsachen anführen, und Sie werden beistimmen, daß es kein anderes Wort giebt, um dieses Verfahren zu bezeichnen, als das Wort Verrath. Robert Blum stand den Croaten gegenüber. Er hatte fünf Kanonen, aber den strengsten Befehl in der Tasche, sie nicht zu gebrauchen. An der Barrikade, wo ich stand, hatte man meinen Leuten Patronen ohne Kugeln ausgetheilt. Ich selbst habe Kanonen-Patronen abgeliefert, die mit Sägespänen ge-

füllt waren. Nach solchen Thatsachen können Sie wohl denken, daß wir von dem Kampfe abstehen wollten. Unsere Activität hatte am 26. begonnen; am 28. Abends beschlossen wir, unsere Dimission einzureichen. Am 29. früh 6 Uhr ist dies von uns schriftlich geschehen, und die Dimission ist von dem Commandirenden des Corps angenommen worden. Nachdem dieses vorüber war, haben wir an dem, was weiter geschah, keinen Antheil genommen. Ich muß Sie hierauf aufmerksam machen, weil ich gehört habe, daß in Zeitungs-Berichten gesagt wurde, Blum hätte noch nach der Capitulation und während der Einnahme der Stadt unter Waffen gestanden und gefochten; das ist eine Unwahrheit. Wir haben die ganze Zeit vom 29. Oktober bis zum 4. November in unserem Gasthause zugebracht, mit wenigen Ausgängen in die Stadt. An dem ersten Tage nämlich haben wir es noch mehrmals gewagt, auf die Straße zu gehen. Da aber in der Stadt Gräuel verübt wurden, und man Gefahr laufen konnte, massacrirt zu werden, da man eine Physiognomie hatte, die den Soldaten nicht gefiel, entschlossen wir uns, nicht mehr auszugehen, und haben uns ruhig zu Hause gehalten. Wir haben während dieser Zeit, ich habe das Datum nicht, es wird wahrscheinlich am 2. November gewesen sein, ein Schreiben an den General Czoritsch gerichtet, von dem wir hörten, daß er Commandant der Stadt geworden sei. In diesem Schreiben erklärten wir, daß wir in Wien durch die Ereignisse gegen unsere Absicht zurückgehalten seien und so schnell als möglich nach Frankfurt zurückreisen möchten, und wir baten ihn um den nothwendigen Geleitschein, um die Reise mit Sicherheit machen zu können. Wir erhielten als Antwort ein Schreiben, welches uns an den General

Cordon wies. Wir richteten hierauf am 3. Nachmittags unsere Bitte an Letzteren, und am Morgen des 4. um 6 Uhr erschienen ein Beamter der Stadthauptmannschaft in Begleitung von einem Hauptmann mit sechs bis acht Mann Soldaten vor unserer Thüre. Als wir öffneten, wurde uns der Verhaftsbefehl vorgezeigt, der auf der Rückseite unseres Briefes an den General Cordon geschrieben stand. Wir haben unsere Eigenschaft als Mitglieder der deutschen National-Versammlung durch eine kurze, mündliche Erklärung geltend gemacht, aber die Antwort erhalten, daß der Befehl zu unserer Verhaftung keine Rücksicht auf diese Protestation zulasse, worauf wir uns ruhig in das Gefängniß im Stabsstockhause haben abführen lassen. Dort haben wir vom 4. bis zum 8. Abends bei einer ziemlich rücksichtsvollen Behandlung zugebracht. Wir haben alle Bequemlichkeiten gehabt, die man in einer solchen Lage erwarten kann. Wir hatten das beste Zimmer des Hauses inne, welches eigentlich kein Gefängniß war. Am 8., Nachmittags 4 Uhr, gaben wir einen Protest an die Central-Untersuchungs-Commission ein, in welchem wir unsere Eigenschaft als Deputirte noch einmal schriftlich geltend machten und die Rechte dieser Versammlung feierlich gegen unsere Verhaftung und das weitere gerichtliche Verfahren gegen uns wahrten. Ich muß hier etwas nachholen. Wir haben am 5. ein Schreiben an das Präsidium dieser Versammlung abgehen lassen. Es ist der Commission eingehändigt worden. Ich glaube aber nicht, daß es hier angekommen ist. In diesem Schreiben haben wir unsere Verhaftung angezeigt, die wahrscheinlichen Gründe derselben angegeben, und die Versammlung aufgefordert, ihre Rechte in Bezug auf uns geltend zu machen. Der Protest aber, den wir am 8. eingegeben haben,

bildet eine entscheidende Wendung in der Sache. Dieser Protest ist allerdings berücksichtigt worden. Sie sehen es in dem Tode Blums, auf welche Weise. Blums Tod ist die augenblickliche Antwort auf diesen Protest. Der Protest wurde geschrieben um 4 Uhr, um 6 Uhr wurde Blum zum Verhör gerufen, um 8 Uhr war das Verhör aus, am anderen Morgen um 6 Uhr früh wurde ihm das Urtheil verkündigt, und er um 7 Uhr erschossen. Ich habe Blum nicht wieder gesehen von dem Augenblick, wo er zum Verhör geführt wurde, mit Ausnahme einer halben Minute, während der er in das Zimmer trat. Er wurde aber sogleich wieder abgeführt. Ich habe in Bezug auf den Protest noch etwas zu bemerken. Sie mögen selbst beurtheilen, welcher Werth darauf zu legen ist. Wir waren bis zum 8. früh in dem Gefängniß allein; da wurde ein anderer Gefangener zu uns hereingethan, der uns erklärte, er sei General-Adjutant von Messenhauser gewesen, er sei auch in Untersuchung, und da im Hause kein Platz mehr sei, habe man ihn zu uns gethan. Dieser Mann benahm sich sehr auffallend, er verlangte vielerlei von den Profoßen, welche die Aufsicht über uns führten, und seinen Forderungen wurde auf sonderbare Weise Folge geleistet. Dieser Mann führte das Gespräch fortwährend auf die Zeit, wo wir die Waffen geführt hatten, und trotz der Andeutungen, die ich Blum machte, war dieser offenherzig und theilte ihm Vieles mit. Unter Anderem fragte er Blum, ob wir auch als Hauptleute Feldbinden getragen, und wo er die seinige habe liegen lassen — kurz, es schien mir, als suche er gegen uns Beweismittel zu finden. Dieser Mann legte es Blum dringend ans Herz, daß wir einen Fehler begangen, indem wir nicht energisch genug protestirt und unsere Eigenschaft als

Deputirte nicht genug in den Vordergrund gestellt hätten. „Sie kennen," sagte er, „die österreichischen Behörden nicht. Wenn Sie energisch auftreten, so werden Sie sehen, daß Sie morgen frei sind." Ich war hierüber mit Blum verschiedener Meinung, und der Protest, welchen Blum aufsetzte, war mir nicht recht. Bei der Copie wurde auf meine Veranlassung am Schluß eine Stelle weggelassen, welche eine Drohung enthielt. Ich habe den Protest abgeschrieben und mir eine Copie behalten, die ich, trotzdem daß mir alle Effekten genommen wurden, in meiner Brieftasche behalten hatte, bis zu dem Augenblicke, wo mir das Urtheil gesprochen und ich freigesprochen wurde. Als ich zum Urtheil abgeführt wurde, hatte ich meine Papiere und Kleinigkeiten, die man mir gelassen hatte, in meinen Hut gethan, und ich fragte den Profoß, der die Thür des Gefängnisses offen stehen ließ, ob ich die Sachen liegen lassen sollte, worauf er es bejahte. Ich ging mit ihm fort, und als ich, nachdem mir die Freiheit gegeben war, wieder in das Gefängniß trat, um meine Effekten zu holen, waren alle Dinge da, mit Ausnahme der Copie des Protestes. Dies ist der Grund, warum ich Ihnen den Protest nicht nach seinem Wortlaute mittheilen kann.

Ich fahre im Hauptfaden der Erzählung fort. Am 8. um 4 Uhr hatten wir den Protest abgegeben. Die Zeit von zwei Stunden ist ungefähr das, was nothwendig war, um den Protest nach Hetzendorf zum Fürsten Windischgrätz zu bringen und einen Befehl als Antwort zu erhalten. Zwei Stunden darauf wurde Blum verhört, und am anderen Tage früh erfolgte das Urtheil und die Execution. Was mich selbst betrifft, so mußte auch ich die Folgen des Protestes empfinden, denn Sie werden in der Art, wie ich behandelt wurde,

eine gewisse Raffinerie bemerken, die ich so auslege, daß man mit einem Opfer schon genug zu haben glaubte, daß man aber mich wenigstens so empfindlich als möglich zu strafen suchte. Ich sehe sonst nicht ein, warum Robert Blum mild behandelt wurde bis zum letzten Augenblicke, während ich in die härteste Gefangenschaft kam, und vier Tage absichtlich in der Meinung gelassen wurde, daß ich den Tod durch den Strick zu erwarten habe. (Bewegung.) Ich wurde aus dem Gefängnisse, in dem ich mit Blum gemeinschaftlich gewesen war, Nachts 12 Uhr plötzlich herausgenommen; der Stabs-Profoß in voller Uniform, begleitet von vier Soldaten, führte mich hinab zu einem vor der Thür haltenden Wagen, zwei Soldaten setzten sich hinein, mir gegenüber, der Profoß neben mich, und ein Mann kam auf den Bock, und einer hinten auf den Wagen. Wir fuhren durch die Stadt, ohne daß ich wußte wohin. Wir kamen an ein Haus, ich mußte absteigen und wurde zu einem Beamten geführt, dem ein versiegelter Befehl übergeben wurde. Was den Inhalt des Papieres betrifft, so kann ich diesen nicht errathen. Es war aber eine solche Consternation auf dem Gesichte des Beamteten zu lesen, daß ich das Schlimmste schließen zu müssen glaubte. Der Mann betrachtete mich lange sichtlich erschrocken; ich konnte seitwärts in das Papier sehen, wo ich die Worte: „Um 5 Uhr", las. Aus der Combination der übrigen Verhältnisse glaubte ich, es sei dies am anderen Morgen die Zeit meiner Execution. Nachdem dieser Beamtete gelesen hatte, schrieb er einen zweiten Befehl. Mit diesem wurde ich in dem Wagen nach einem anderen Gebäude gebracht und dort mit einer Wache innerhalb und einer Wache vor der Thür in ein Gefängniß gesteckt. Hier mußte ich mich entkleiden,

meine Kleider wurden auf das Genaueste untersucht, alle meine Effekten, bis auf das allergeringste Papier, wurden mir genommen, und ich hätte nicht die Möglichkeit gehabt, einen Zahnstocher zurückzubehalten. In diesem Gefängnisse blieb ich bis zum 10. Nachmittags. Da kam der Stabs-Profoß aus dem Stabsstockhause zu mir, diesmal in Civil, und forderte mich auf, ihm zu folgen, mit der Bemerkung, wir würden frei und ohne Bedeckung durch die Stadt gehen. So wurde ich auch wirklich von ihm durch die Stadt geleitet, und wir kamen in das frühere Haus zurück, wo ich in ein sehr kleines Gefängniß gebracht wurde. In diesem war ich ein paar Stunden, als ich zum Verhör abgeholt wurde. Das Verhör war am 10., Abends 6 Uhr. Ich muß Ihnen das Wesentlichste von demselben mittheilen. Der Gesichtspunkt, auf den die Fragen gestellt waren, war der, ob ich nach dem 23., d. h. nachdem Fürst Windischgrätz, außen vor der Stadt angelangt, die Stadt in Belagerungs-Zustand erklärt hatte, die Waffen geführt habe, und da ich das augenblicklich eingestand, wurde bemerkt, das wäre das Wesentliche, auf das Uebrige komme es nicht an. Ich machte hiergegen die Einwendung, daß die Erklärung des Belagerungs-Zustandes in der Stadt nicht publicirt worden war, daß der Gemeinderath erklärt habe, die wenigen Exemplare, welche an den Straßenecken angeschlagen zu sehen gewesen sind, seien ihm gestohlen worden, und daß der Reichstag diese Maßregel als eine ungesetzliche erklärt habe. Es wurde mir geantwortet, ob ich nicht wisse, was ein Belagerungs-Zustand bedeute, und daß mit ihm alle Civil-Behörden, mithin auch die Autorität des Reichstages, aufhöre. Nachdem die Sachen so standen, bemerkte ich den Richtern, daß ich, wenn keine mildern-

folgte ein Satz, der beim Vorlesen sogleich angehängt wurde, und dessen Wortlaut ich nicht genau wiederholen kann. Ich weiß nicht, ob das Wort Begnadigung darin vorkam oder nicht. Das Wesentliche waren ungefähr die Worte: „Der Fürst Windischgrätz befiehlt, in Berücksichtigung mildernder Umstände, dem Verurtheilten die Todesstrafe gänzlich zu erlassen und denselben sogleich auf freien Fuß zu stellen." Ich habe in meine Erzählung keine Aeußerung des Gefühles einfließen lassen, weil es nicht hierher gehört hätte; aber das Einzige erlaube ich mir zu sagen, daß die Mitglieder des Gerichtes mir ihre Freude und eine warme Theilnahme über meine Rettung ausdrückten, und daß mich diese Theilnahme tief gerührt hat. Nachdem mir meine Freiheit erklärt war, wurde ich aufgefordert, mich in Begleitung von einem Auditeur und einem Lieutenant nach der Stadthauptmannschaft zu begeben, wo ich von dem Stadthauptmann die Aufforderung erhielt, sogleich Wien zu verlassen. Es wurde mir ein Polizei-Beamter in Civilkleidern beigegeben, der in meiner Gegenwart den Auftrag erhielt, mich mit aller Rücksicht zu behandeln, und mich, ohne mich als Gefangenen zu betrachten, an die sächsische Grenze zu bringen. Mit diesem Beamten reiste ich augenblicklich ab, und machte so schnell, als möglich, die Reise hierher. Der Weg über Breslau wurde mir verweigert. Als ich nach dem Grund der Verweigerung fragte, wurde mir bemerkt, daß derselbe mir wohl selbst klar sein werde. Meine Herren! Zu diesem Berichte habe ich schlechterdings nichts mehr hinzuzufügen, indem es ganz unpassend sein würde, wenn ich mir erlauben wollte, in dieser Sache einen Antrag zu stellen."

(Lebhaftes Bravo von allen Seiten des Hauses.)

Dies ist das Schicksal Fröbels, wie wir's aus seinem eigenen Munde vernommen haben. Nur Wenige waren so glücklich wie er, denn nur durch die Flucht, die eiligste, schnellste Flucht, vermochten alle Diejenigen, welche sich einen Namen in der Demokratie gemacht hatten, sich vor der Verfolgungswuth des Fürsten Windischgrätz zu sichern. So entkamen Pulszki, Fenner von Fenneberg, der Dr. Schütte und Andere, während Diejenigen, welche in Wien zurückblieben, zum größeren Theil das traurige Schicksal Robert Blums theilen mußten. Eine Reihe von standrechtlichen Ermordungen folgte dem Morde Blums.

Zuerst von bekannten Führern der Demokratie am 11. November Eduard Preßler Edler von Sternau, der Führer des einen Freicorps. Dann, am 16. November — Messenhauser, der Ober-Commandant der Wiener National-Garde.

Messenhauser hatte sich, im Bewußtsein, daß er zur Erhaltung des Friedens mit aller Kraft beigetragen, daß er für Aufrechthaltung der mit dem Fürsten Windischgrätz geschlossenen Capitulation gethan hatte, was irgend ein Mensch thun konnte, freiwillig den Gerichten gestellt. Von der extremen demokratischen Partei war Messenhauser als Verräther verschrieen worden, diese hatte ihn sogar, wie der Leser sich erinnern wird, vielfach beleidigt, hatte ihn als Verräther verfolgt, und sein Leben war nicht ohne Gefahr gewesen. Jetzt sollte ihn das Blutgericht des Fürsten Windischgrätz bei seinen früheren Gesinnungsgenossen auf das Kräftigste rechtfertigen.

Am 11. November stand Messenhauser vor dem Kriegsgericht. Er wurde zum Tode durch den Strang verurtheilt, dies Urtheil aber in den Tod durch Pulver und Blei ver-

„Fertig!“

„Legt an!“ — — Noch einen langen Blick ließ er über seine Umgebung hinwegstreifen — dann rief er mit verstärkter Stimme:

„Feuer!“

Drei Schüsse trafen ihn und jeder einzelne war tödtlich — er stürzte rücklings zu Boden.

Ein Schuß war ihm durch den Kopf, ein zweiter durch die Brust, der dritte durch den Unterleib gegangen.

Sogleich wurde zum Gebet commandirt, das umstehende Militair knieete nieder, während der Geistliche vorbetete. Den alten Soldaten liefen die Thränen über die Augen. Die Leiche wurde auf einen aus der Nachbarschaft herbeigeholten Holzwagen geworfen und vom Richtplatze aus unter Kavallerie-Begleitung nach dem Militair-Hospital gebracht.

Messenhauser starb in einem Alter von 35 Jahren; er hinterließ mehrere noch unvollendete belletristische Arbeiten, welche sehr gerühmt werden. Er war ein talentvoller, kenntnißreicher und tüchtiger Mann, wenn auch freilich der großen Zeit, in der er eine Rolle zu spielen berufen war, nicht vollkommen gewachsen.

Ganz Wien war über seinen Tod in der fürchterlichsten Aufregung; an allen Straßenecken sah man kleine Gruppen, welche sich das Ende des Ober-Commandanten erzählten, und über viele Wangen sah man heiße Thränen bei diesen Erzählungen rinnen.

Messenhauser nahm die Achtung aller Derer, welche ihn irgend gekannt hatten, mit ins Grab; selbst seine Feinde wurden durch sein tragisches, unverdientes Ende versöhnt.

Seine Begnadigung kam in Wien an, als er schon mehrere Stunden sein Leben geendet hatte.

Eine Reihe von Opfern folgte dem Tode Messenhausers, wir nennen von Bekannteren nur die Namen des Doktor Becher, Redakteur des „Radikalen," und Doktor Jellineck, Mitarbeiter an dieser Zeitschrift, welche wegen Aufreizung zum Kampf, wegen Hochverraths, zum Tode durch den Strang verurtheilt, aber am 23. November durch Pulver und Blei gemordet wurden.

Indessen waren die standrechtlichen Ermordungen mit diesen Beiden nicht geschlossen, sondern dauerten fort. Das Verbergen einer Waffe genügte mitunter schon, den Tod herbeizuführen. Wien befand sich vom 1. November an in einem Zustande des vollkommensten, fürchterlichsten Militair-Terrorismus, welcher die Namen der Gewalthaber mit ewiger Schmach befleckt hat.

Der Fürst Windischgrätz, der Banus Jellachich, der Feldmarschall Welden, die erlauchten und hochgebornen Mörder wurden für ihre Bluturtheile von dem Volke mit dem Namen „Henker" bezeichnet, aber sie trösteten sich für diese Schmachtitel durch die Auszeichnungen und Orden, welche ihnen von der Kaiserlichen Kamarilla zuerkannt wurden. Auch der edle russische Zaar belohnte die vornehmen Mörder durch Orden und Ehrengeschenke.

Das war freilich wohl natürlich, weniger natürlich aber und ungleich schmachvoller war das Benehmen des Gemeinderaths, welcher sich in seiner vollsten Gemeinheit nach der Unterdrückung der Oktober-Revolution zeigte.

Nicht nur hielt der Gemeinderath die Versprechungen nicht, welche er den Oktober-Kämpfern so freigebig gemacht

einer Revolution, noch immer durfte man daher nicht offen mit allen den Absichten hervortreten, welche man im Stillen der Volksherrschaft gegenüber hatte.

Der Constitutionalismus an und für sich war schon eine drückende Bürde für die schwarz-gelbe Partei in Olmütz, aber man mußte sich denselben noch gefallen lassen, man mußte sogar in das Ministerium zur Beruhigung des Volkes noch einige anscheinend freisinnige Männer nehmen, man durfte den Reichstag, so störend und unangenehm derselbe auch war, noch nicht geradesweges beseitigen, dazu sollte erst eine spätere Zeit Gelegenheit geben.

Schon am 6. November war ein Manifest des Kaisers an die Völker Ungarns, Croatiens, Slavoniens, Siebenbürgens und der Militairgrenze erlassen worden, welches in den gewöhnlichen Worten des Hofes sich aussprach über die Bewegung im letzten halben Jahre und über den Aufruhr in Ungarn.

Am 21. November wurde ein neues Ministerium gebildet; es bestand aus den Herren v. Wessenberg als Minister-Präsident, dem Fürsten Felix Schwarzenberg als Minister des Aeußeren, dem Grafen Stadion für das Innere, dem Baron Kraus für die Finanzen, Generalmajor Baron Cordon für den Krieg, Doktor Bach für die Justiz, v. Bruck für den Handel, Thienfeld für die Agrikultur. Graf Stadion versah zu gleicher Zeit auch das Ministerium des öffentlichen Unterrichts.

Man hatte die Herren Stadion, Kraus und Bach in das Ministerium gewählt, um diesem einen noch leidlich freisinnigen Anstrich zu geben, während Fürst Schwarzenberg,

General Cordon und Herr von Wessenberg die aristokratische Hofpartei im vollsten Maße repräsentirten.

Am 22. November wurde der Reichstag in Kremsier wieder eröffnet. Wir müssen einige Worte über die Schicksale desselben nach der Oktober-Revolution der Darstellung seiner ferneren Thätigkeit vorangehen lassen.

Am 31. Oktober hatte der Reichstag nur eine kurze Sitzung gehalten, und am 1. November hatten sich nur 136 Abgeordnete im Lesezimmer versammelt, welche sich nach dem Sitzungs-Saale begaben, als Militair denselben besetzte und die Schließung der Thüren durch einen General befohlen wurde. Mehrere Abgeordnete, welche noch am Reichstage Theil nehmen wollten, wurden an den Stadtthoren zurückgewiesen. Schuselka verlangte in dieser letzten Sitzung des Reichstages in Wien, daß dies und die gewaltsame Schließung der Thore durch das Militair ausdrücklich mit Protest im Protokoll vermerkt werde, und berichtete dann, daß der permanente Ausschuß des Reichstages während des Bombardements der Stadt seine Akten und Protokolle geschlossen habe.

Schuselka schloß seinen Bericht mit den Worten: „Es lebe die Freiheit!“ in welchen die Versammlung mit gewaltigem Applaus einstimmte. Borrosch sprach im Namen der Kammer dem permanenten Ausschuß seine Anerkennung und seinen Dank aus, dann vertagte der Präsident Smolka die Versammlung auf den 15. November, Nachmittags 4 Uhr, in Wien. Es war indessen unmöglich, daß zu dieser Zeit, unter der Militair-Dictatur des Fürsten Windischgrätz, der Reichstag in Wien zusammenkommen konnte, und die Deputirten beschlossen deshalb, sich den Gewalt-Umständen zu fügen, und

die vom Kaiser beschlossene Vertagung und Verlegung des Reichstages nach Kremsier anzunehmen.

Am 22. November traten die Abgeordneten der Linken, welche mit einigen vom Centrum allein in Wien zurückgeblieben waren, in Kremsier wieder zusammen.

Ein feierliches Hochamt und eine Parade der Bürgerwehr ging dem Zusammentritt des Reichstages voran, dann eröffnete Smolka die Sitzung und trug auf Wahl eines Präsidenten und zweier Vice-Präsidenten an. Die Linke feierte bei dieser Wahl abermals einen Sieg, indem Smolka mit 131 Stimmen gegen 124 zum Präsidenten erwählt wurde. — Dies war von einer großen Bedeutung, denn die Rechte und das Centrum, welche nach dem 6. Oktober den Reichstag verlassen hatten, bemühten sich auf das Aeußerste, die Wahl Smolka's zu hintertreiben, und der Linken fehlten noch gegen 30 Stimmen von Abgeordneten, welche in Kremsier noch nicht angekommen waren. Zum Schlusse der Sitzung verlangte Schuselka das Wort zu einer Erklärung, in welcher er in seinem und vieler Anderer Namen darthat, daß nur die Rücksicht auf die Lage des Landes, das Pflichtgefühl und der Gehorsam gegen die Majorität der Versammlung die Veranlassung ihres Erscheinens in Kremsier sei; man wolle damit nicht der Krone oder einem Ministerium nicht das Recht einräumen, die Versammlung wider ihren Willen verlegen oder vertagen zu können.

Das Ministerium wohnte nur spärlich dieser Sitzung bei. Die Minister Stadion, Kraus und Bach waren anwesend.

In der zweiten Sitzung des Reichstages erlitt dagegen die Linke eine Niederlage, indem die Sitzungen vom 28., 29., 30. und 31. Oktober als nicht geschehen angesehen wurden.

Der Fürst von Schwarzenberg verlas darauf das Programm des Ministeriums, welches sich freisinniger aussprach, als irgend die Linke zu erwarten berechtigt war. Es war dies wieder eine gut gestellte Falle der Reaction, welche gewaltige Pläne für die Zukunft im Schilde führte. Man mußte den Reichstag kaptiviren, um ihn zu versöhnen mit den Maßregeln, welche in kurzer Zeit ergriffen werden sollten. Das Ministerium sprach unter dem allgemeinen Beifall des Reichstages aus, es werde sich an die Spitze der Bewegung stellen, um die Freiheit und die Bedingungen ihrer Erhaltung festzustellen. Es versprach freie Entwickelung aller Nationen, Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, Selbstständigkeit der Gemeinde, vollständige Trennung der Verwaltung und Justiz. Es versprach die Sicherstellung der Nationalität des Lombardischen Königreichs und möglichst friedliche Beendigung des Krieges in Ungarn. Zu gleicher Zeit sprach es aber auch aus, daß die Herstellung einer kräftigen österreichischen Monarchie ein deutsches und europäisches Bedürfniß sei; man deutete darauf hin, daß sich Oesterreich ohne fremde Einflüsse allein, auch ohne das Frankfurter Parlament, vor der Hand entwickeln werde.

Dies war mehr, als irgend eine Partei im Reichstage vom Ministerium erwartet hatte, wenn auch in der ministeriellen Rede Andeutungen genug vorhanden waren, daß das Ministerium diese Ansichten nur als Lockföder für den Reichstag und die freisinnige Partei dem Lande hinstellte. Schon die Ereignisse der nächsten Tage sollten zeigen, mit welchen gewaltigen Plänen die schwarzgelbe Reaction schwanger ging.

In Ollmütz bereiteten sich während dieser Zeit im Schooße der Camarilla die Ereignisse vor, welche bald ganz Oesterreich

ganz Europa mit dem tiefsten Staunen erfüllen sollten, indem sie so plötzlich ans Tageslicht traten, daß wohl Niemand eine Ahnung von ihnen vorher gehabt hatte.

Die Seele der Camarilla in Ollmütz war, wie wir schon öfter erwähnt haben, die Erzherzogin Sophie, die Schwägerin des Kaisers, eine geistreiche, ränkevolle Frau, welche mit ihrem überwiegenden Verstande die ganze kaiserliche Familie beherrschte.

Die Erzherzogin Sophie, eine Jesuiten-Freundin und dem absolutistischen System auf das Aeußerste ergeben, hatte sich nur gezwungen der Revolution bisher gebeugt. Jetzt war Wien bekämpft, jetzt war es wieder möglich, hervorzutreten mit den Plänen, welche früher unterdrückt werden mußten, aber ein Hinderniß stand der Ausführung dieser Pläne entgegen, dies war — der Kaiser Ferdinand der Erste. —

Der Kaiser, so gutmüthig und verstandesschwach, so leicht zu lenken er war, hatte einmal sein kaiserliches Wort auf die Erfüllungen der März- und Mai-Versprechungen gegeben, er durfte dieses Wort nicht brechen, und seine Person bot daher ein unübersteigliches Hinderniß zur Erfüllung der Reactions-Pläne dar, welche die liebsten Ideen der Erzherzogin Sophie ausmachten.

Der Lieblingsplan der Erzherzogin und überhaupt der specifisch österreichischen Partei am Hofe war der, einen fest in sich zusammenhängenden österreichischen Kaiserstaat zu bilden, der einig im Innern, abgeschlossen nach Außen dastand. Ein solcher Staat konnte mit Deutschland in keinem anderen Verhältniß stehen, als höchstens dem des Bündnisses, und die deutsche Bewegung, welche sich in Wien und in allen deutschen Provinzen kundgegeben hatte, welche durch den Kaiser

selbst sanctionirt worden war, mußte deshalb vollständig unterdrückt werden.

Eben so wenig durfte in dem österreichischen Kaiserstaat ein Reich wie das ungarische selbstständig neben den übrigen Provinzen stehen. Die Ungarn mußten deshalb vollständig unterdrückt werden. Ungarn durfte nichts Anderes als eine Provinz des großen österreichischen Kaiserstaates werden.

Dem aber standen wiederum die Versprechungen des Kaisers entgegen.

Es wäre leicht gewesen, den verstandesschwachen Kaiser zum Bruche seiner eigenen Versprechungen zu bewegen, aber dies durfte um der Ehre des kaiserlichen Namens willen nicht geschehen; auch war der Kaiser eben so leicht durch andere Personen, welche der freisinnigen Partei angehörten, zu lenken, als durch die Camarilla, und eine so schwankende Politik, wie diese die leichte Lenksamkeit des Kaisers bedingte, durfte in Zukunft nicht mehr die herrschende in Oesterreich sein, wenn nicht der österreichische Kaiserstaat in sich selbst zerfallen sollte.

Es war deshalb nothwendig, daß der Kaiser Ferdinand von der Regierung entfernt werde, und daß an seine Stelle ein Mann trete, der in die Ideen der Erzherzogin Sophie einzugehen im Stande war, der sich zu gleicher Zeit aber auch von ihr und von keiner anderen Partei unbedingt lenken ließ.

Der eigentliche Erbe des Kaiserthrones, der Gemahl der Erzherzogin, Erzherzog Franz Karl, war zu unbeliebt im Volke, um ihm die Regierung zu übertragen, und es wurde deshalb der junge, achtzehnjährige Erzherzog Franz Joseph gewählt, um den schwachen Kaiser zu ersetzen.

Am 2. December waren im Schlosse zu Ollmütz der Kaiser, die Erzherzöge, der Fürst von Windischgrätz, der Banus Jellachich, die sämmtlichen Minister, so wie alle Inhaber der höchsten Hofchargen, versammelt.

Der Kaiser erschien im Saale und eröffnete der Versammlung, daß ihn wichtige Gründe zu dem unwiderruflichen Entschluß gebracht hätten, die Kaiserkrone zu Gunsten seines Neffen, des Erzherzogs Franz Joseph, niederzulegen, nachdem der Erzherzog Franz Karl erklärt habe, daß er auf sein Thronfolge-Recht verzichte. Die auf die Thron-Entsagung bezügliche Acte wurde vorgelesen und von dem Kaiser und dem Erzherzog Franz Karl unterzeichnet, so wie von dem Minister des Hauses gegengezeichnet, sodann der junge Kaiser unter dem Namen Franz Joseph der Erste als Kaiser proklamirt. —

Ein tiefes Staunen erfüllte die Bevölkerung von Ollmütz, die Bevölkerung von Wien, ja, von ganz Oesterreich, als man diesen vorher vollständig ungeahnten Schritt des Kaisers, oder vielmehr des Hofes, denn der Kaiser selbst war nur ein willenloses Werkzeug, erfuhr.

Es war nicht Freude, welche die Gemüther bei dieser Nachricht bewegte; auf dem verstandesschwachen Kaiser selbst hatte nie ein Haß der Bevölkerung gelastet, ihm schrieb man keine der Gräuelthaten in Wien zu, man wußte, daß er nichts als ein Werkzeug der Camarilla war. Es war nur ein Tausch der Namen, ein Tausch der Personen, welcher von keiner Bedeutsamkeit schien, denn der junge Kaiser war eben sowohl und sicherlich noch unzweifelhafter ein Werkzeug der Erzherzogin Sophie, seiner Mutter.

Der Kaiser war achtzehn Jahre alt, also in einem Alter, in welchem eine Selbstständigkeit des Charakters noch

unmöglich angenommen werden konnte. Sein Erzieher war Graf Bombelles gewesen, dessen sich unsere Leser wohl noch erinnern werden, eines der Häupter der reactionairen Camarilla, der liebste Freund der Erzherzogin Sophie, und es war nur zu wahrscheinlich, daß die Grundsätze seines Erziehers und seiner Mutter einen wesentlichen Einfluß auf die Meinungen des jungen Kaisers gehabt hatten.

Dessen ungeachtet war der Kaiser nicht unbeliebt beim Volke, er hatte etwas Freundliches im Betragen, hatte einen ehrenhaften Muth während des italienischen Feldzuges gezeigt, und schon seine Jugend gewann ihm die Herzen des Volkes. Seine Wahl zum Nachfolger Ferdinands des Ersten machte daher dem scharfen Verstande der Erzherzogin Sophie alle Ehre, durch ihn konnten die Pläne auf ein gewaltiges, innig zusammenhängendes Oesterreich am leichtesten ausgeführt werden, denn er konnte sich nicht gebunden fühlen an die Versprechungen, welche die Revolutionen seinem Oheim abgepreßt hatten.

Der junge Kaiser erließ gleich nach Antritt seiner Regierung folgendes Manifest:

„Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich ꝛc. Durch die Thron-Entsagung Unseres erhabenen Oheims, Kaisers und Königs Ferdinand des Ersten, in Ungarn und Böhmen dieses Namens des Fünften, und die Verzichtleistung Unseres Durchlauchtigsten Herrn Vaters, Erzherzogs Franz Karl, auf die Thronfolge, kraft der pragmatischen Sanction berufen, die Kronen Unseres Reiches auf Unser Haupt zu setzen, verkündigen Wir hiermit feierlichst allen Völkern der Monarchie Unsere Thronbesteigung unter dem Namen Franz Joseph des Ersten. Das Bedürfniß und

den hohen Werth freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigener Ueberzeugung erkennend, betreten Wir mit Zuversicht die Bahn, welche Uns zu einer heilbringenden Umgestaltung und Verjüngung der Gesammt-Monarchie führen soll. Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, so wie der Theilnahme der Volks-Vertreter an der Gesetzgebung, wird das Vaterland neu erstehen, in alter Größe, aber mit verjüngter Kraft, ein unerschütterlicher Bau in den Stürmen der Zeit, ein geräumiges Wohnhaus für die Stämme verschiedener Zungen, welche unter dem Scepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält. Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesammt-Monarchie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu theilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständniß mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staats-Körper zu vereinigen. Schwere Prüfungen sind über Uns verhängt, Ruhe und Ordnung in mehreren Gegenden des Reichs gestört worden. In einem Theile der Monarchie entbrennt noch heute der Bürgerkrieg. Alle Vorkehrungen sind getroffen, um die Achtung vor dem Gesetz allenthalben wieder herzustellen. Die Bezwingung des Aufstandes und die Rückkehr des inneren Friedens sind die ersten Bedingungen für ein glückliches Gedeihen des großen Verfassungswerkes. Wir zählen hierbei mit Zuversicht auf die verständige und aufrichtige Mitwirkung aller Völker durch ihre Vertreter. Wir zählen auf den gesunden Sinn der stets getreuen Landbewohner, welche durch die neuesten

gesetzlichen Bestimmungen über die Lösung des Unterthans-Verbandes und Entlastung des Bodens in den Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte getreten sind. Wir zählen auf Unsere getreuen Staatsdiener. Von Unserer glorreichen Armee versehen Wir Uns der altbewährten Tapferkeit, Treue und Ausdauer. Sie wird Uns, wie Unseren Vorfahren, ein Pfeiler des Thrones, dem Vaterlande und den freien Institutionen ein unerschütterliches Bollwerk sein. Jede Gelegenheit, das Verdienst, welches keinen Unterschied des Standes kennt, zu belohnen, wird Uns willkommen sein. Völker Oesterreichs! Wir nehmen Besitz von dem Throne Unserer Väter in einer ernsten Zeit. Groß sind die Pflichten, groß die Verantwortlichkeit, welche die Vorsehung Uns auferlegt. Gottes Schutz wird Uns begleiten.

So gegeben in Unserer Königlichen Hauptstadt Ollmütz, den zweiten December im Jahre des Heils Eintausend Achthundert und Acht und Vierzig.

Franz Joseph.

(L. S.)

Schwarzenberg."

Das Entsagungs-Manifest des Kaisers Ferdinand lautete dagegen folgendermaßen:

„Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich 2c. Als Wir nach dem Hintritt Unseres Herrn Vaters, weiland Kaisers Franz des Ersten, in gesetzlicher Erbfolge den Thron bestiegen, flehten Wir, durchdrungen von der Heiligkeit und dem Ernste Unserer Pflichten, vor Allem Gott um seinen Beistand an. Das Recht zu schützen, ward der Wahlspruch, das Glück der Völker Oesterreichs zu fördern, das Ziel Unserer Regierung. Die Liebe

und Dankbarkeit Unserer Völker belohnten reichlich die Mühen und Sorgen der Regierung, und selbst in den jüngsten Tagen, als es verbrecherischen Umtrieben gelungen war, in einem Theile Unserer Reiche die gesetzliche Ordnung zu stören und den Bürgerkrieg zu entzünden, verharrte doch die unermeßliche Mehrheit Unserer Völker in der dem Monarchen schuldigen Treue. Beweise, die inmitten harter Prüfungen Unserem betrübten Herzen wohl thaten, sind Uns aus allen Gegenden des Reiches zu Theil geworden. Allein der Drang der Ereignisse, das unverkennbare und unabweisliche Bedürfniß nach einer großen und umfassenden Umgestaltung Unserer Staatsformen, welchem Wir im Monat März dieses Jahres entgegenzukommen und die Bahn zu brechen beflissen waren, haben in Uns die Ueberzeugung festgestellt, daß es jüngerer Kräfte bedürfe, um das große Werk zu fördern und einer gedeihlichen Vollendung zuzuführen. Wir sind daher, nach reiflicher Ueberlegung und durchdrungen von der gebieterischen Nothwendigkeit dieses Schrittes, zu dem Entschlusse gelangt, hiermit feierlichst dem österreichischen Kaiserthrone zu entsagen. Unser durchlauchtigster Herr Bruder und rechtmäßiger Nachfolger in der Regierung, Erzherzog Franz Karl, der Uns stets treu zur Seite gestanden und Unsere Bemühungen getheilt, hat sich erklärt und erklärt hiermit durch gemeinschaftliche Unterfertigung gegenwärtigen Manifestes, daß auch er, und zwar zu Gunsten seines nach ihm auf den Thron berufenen Sohnes, des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Joseph, auf die österreichische Kaiserkrone Verzicht leiste. Indem Wir alle Staatsdiener ihrer Eide entbinden, weisen Wir sie an den neuen Regenten, gegen welchen sie ihre beschworenen Berufspflichten fortan getreulich zu erfüllen haben.

Unserer tapferen Armee sagen Wir dankend Lebewohl. Eingedenk der Heiligkeit ihrer Eide, ein Bollwerk gegen auswärtige Feinde und Verräther im Innern, war sie stets, und nie mehr, als in neuester Zeit, eine feste Stütze Unseres Thrones, ein Vorbild von Treue, Standhaftigkeit und Todesverachtung, ein Hort der bedrängten Monarchie, der Stolz und die Zierde des gemeinsamen Vaterlandes. Mit gleicher Liebe und Hingebung wird sie sich auch um ihren neuen Kaiser schaaren. Indem Wir endlich die Völker des Reichs ihrer Pflicht gegen Uns entheben, und alle hierher gehörigen Pflichten und Rechte hiermit feierlichst und im Angesicht der Welt auf Unseren geliebten Herrn Neffen, als Unseren rechtmäßigen Nachfolger, übertragen, empfehlen Wir diese Völker der Gnade und dem besonderen Schutze Gottes. Möge der Allmächtige ihnen den inneren Frieden wieder verleihen, die Verirrten zur Pflicht, die Bethörten zur Erkenntniß zurückführen, die versiegten Quellen der Wohlfahrt neuerdings eröffnen und seine Segnungen über Unsere Lande im vollen Maße ergießen, möge er aber auch Unseren Nachfolger, Kaiser Franz Joseph den Ersten, erleuchten und kräftigen, damit er seinen hohen und schweren Beruf erfülle zur eigenen Ehre, zum Ruhme Unseres Hauses, zum Heile der ihm anvertrauten Völker.

Gegeben in Unserer Königlichen Hauptstadt Ollmütz, den zweiten December im eintausendachthundertundachtundvierzigsten, Unserer Reiche dem vierzehnten Jahre.

Ferdinand.

Franz Karl.

(L. S.)

Schwarzenberg."

Beide Manifeste wurden sofort veröffentlicht. Den Eindruck derselben haben wir bereits mit kurzen Worten mitgetheilt.

Der Regierungs-Antritt des jungen Kaisers sollte vor der Hand keine bedeutende Veränderung in den Stand der östreichischen Politik bringen. Daß einige unbeliebte und mächtige Generäle und andere hohe Staats-Beamte, wie Graf Auersperg, Fürst Lobkowitz und Graf Dietrichstein, ihren Abschied erhielten, dagegen Fürst von Windischgrätz und Banus Jellachich mit neuen Orden und Ehrenzeichen belohnt wurden, waren die einzigen Zeichen einer neuen Regierung; sonst ging Alles seinen alten Gang fort.

In Wien herrschte dieselbe dumpfe, schwüle Ruhe, die Erschießungen dauerten fort, und obgleich am 6. December der Minister Stadion im Reichstage zu Kremsier auf eine Interpellation Schuselka's versicherte, daß in Wien keine Militair-Dictatur herrsche, daß das Ministerium in seiner Gesammtheit für Alles, was dort geschehe, verantwortlich sei, und daß das Standgericht aufgehoben wäre, wurden doch die Executionen durch Pulver und Blei auf standrechtliche Erkenntnisse fortgesetzt. Ein Ungar wurde sogar nur wegen Verheimlichung von Waffen und Munition standrechtlich erschossen.

Auch der Reichstag fuhr in Kremsier in alter, gewohnter Weise fort, zu tagen. Die Linke war fügsam geworden und die Rechte trug jetzt fast in allen Fragen den Sieg davon. An Smolka's Stelle wurde Strohbach, der Repräsentant der Czechen-Partei, zum Präsidenten der Versammlung gewählt, und diese beschloß sogar, der Regierung einen Credit von

achtzig Millionen Gulden zur Fortführung der Kriege zu bewilligen. Sie gab dadurch das einzige Mittel, die eigene Existenz des Reichstages zu unterhalten, aus der Hand.

So lief das Jahr 1848 für die österreichische Monarchie zu Ende. Oesterreich befand sich beim Ausgange des Jahres 1848 in einer wahrhaft grauenvollen Lage; das ganze Land war zerrissen in die verschiedensten Parteien und keine meinte es wahrhaft aufrichtig mit der Gesammtheit der Monarchie, jede wollte nur ihren eigenen Vortheil.

In Italien und Ungarn wüthete der Bürgerkrieg, in Deutsch-Oesterreich, in Wien, herrschte eine dumpfe, nur durch die Bajonette erzwungene Ruhe, der Anschluß an Deutschland wurde von der dortigen Bewohnerschaft auf das Aeußerste gewünscht, keinerlei Sympathieen herrschten für Oesterreichs Gesammt-Monarchie. Auch die Croaten, die Czechen in Böhmen und überhaupt alle Slaven-Völker Oesterreichs wollten diese eben so wenig, auch sie wollten bestehen auf ihren nationalen Rechten, und dienten jetzt nur dem Kaiser, um erst die Macht der ihnen feindlichen Völker zu brechen, in der Hoffnung, dann wohl mit der schwachen österreichischen Monarchie selbst fertig zu werden.

Oesterreich befand sich am Rande des Abgrundes; seine Zersplitterung schien sicher bevorzustehen, es schien sich auflösen zu müssen in die einzelnen Theile, aus denen der Staat so bunt zusammengewürfelt war, und erst die Ereignisse des Jahres 1849 sollten dem schwachen Ganzen wieder einen gewissen Halt verleihen.

Oesterreich war zu Ende des Jahres 1848 in jeder Beziehung erschöpft, der Staat befand sich in der dringendsten

Finanznoth, die Papiere waren entwerthet, der Credit vernichtet, der Bürgerkrieg forderte seine Opfer in den blühendsten und fruchtbarsten Theilen des Landes — so ging der Kaiserstaat in das Jahr 1849.

Wir schließen hier die Geschichte des Deutschen Oesterreichs, um mit wenigen Worten zurückzukommen auf die Ereignisse in Böhmen während des Sommers 1848. Die Erzählung des Ungarischen und Lombardischen Krieges können wir in diesem Werke nicht mehr geben, da der Zusammenhang der Ereignisse in den Jahren 1848 und 1849 ein zu inniger ist, als daß wir beide auseinander reißen könnten; wir ersparen uns daher die Geschichte Ungarns auf ein Werk, welches nach Beendigung der „Staats-Umwälzungen" sofort im Druck erscheinen wird.

Siebentes Kapitel.

1.

Wir müssen, ehe wir die Erzählung der blutigen Ereignisse in Prag dem Leser mittheilen, einige Worte über die Verhältnisse des Königreichs Böhmen vorangehen lassen.

Das Königreich Böhmen ist von zwei verschiedenen Völkerstämmen bewohnt. Die Mehrzahl der Bewohner, etwa drei Fünftheile, wird gebildet durch die Czechen, eine slavische Völkerschaft; zwei Fünftheile der Bewohner sind Deutsche, aber diese zwei Fünftheile sind zusammengedrängt in einen verhältnißmäßig kleinen Theil des Landes, weil gerade die, durch die Deutschen bewohnten Distriete diejenigen sind, welche sich am meisten durch Gewerbefleiß und Industrie auszeichnen, in denen daher auch die größte Einwohnerschaft auf den kleinsten Raum zusammengedrängt ist. Es soll hiermit jedoch nicht gesagt sein, daß nicht auch die Czechen ein gewerbthätiges, industriöses und gebildetes Volk seien, im Gegentheil zeichnen sich dieselben unter allen slavischen Völkerstämmen durch Intelligenz und Betriebsamkeit aus.

Die Czechen haben im Gegensatz zu den übrigen slavischen Völkern eine bedeutende Presse, welche sich schon längst durch gediegene Aufsätze im Interesse des Slaventhums einen hohen Ruf erworben; der Gewerbefleiß der Czechen ist anerkannt der bedeutendste von allen übrigen slavischen Stämmen.

[illegible]

[illegible]

[illegible] Ungarn die Spaltung zwischen Magyaren und Slaven [illegible] jenem Tage eine größere wurde, als [illegible] offener Empörung gegen die Ungarn sich befanden.

Prag bildete für die Czechen den Mittelpunkt der slavischen Bewegung, hier concentrirten sich alle Forderungen der Czechen, und sie wurden getragen durch den St. Wenzels-Club, dem die bedeutendsten Männer der czechischen Partei beitraten. Diese bestand übrigens nicht lediglich aus Czechen, ein großer Theil der böhmischen Deutschen gehörte ihr an.

Die Deutschen waren zum Theil durch ihre enge Verbindung mit den Slaven so sehr in die slavischen Interessen verflochten, waren schon so sehr slavisirt, daß sie selbst die deutschen Interessen aufgaben, um sich denen der Slaven zuzuwenden.

Besonders war dies unter dem größten Theile des deutschen Adels der Fall, der einsah, daß die deutsche nationale Bewegung zu gleicher Zeit eine entschieden demokratische, eine entschieden den aristokratischen Interessen des Adels entgegenstehende war, und der sich deshalb der slavischen Bewegung gern anschloß.

Ebenso wurde diese unterstützt durch die Regierung, welche dem immer mächtiger werdenden Drängen der Wiener deutschen Partei gegenüber ihren hauptsächlichsten Anhaltpunkt in den Slaven erblickte, den Slaven, welche die gebornen Feinde der Deutschen, wie der Magyaren waren. Die meisten hohen Staatsbeamten begünstigten deshalb die czechische Bewegung in Böhmen.

Anfangs, unmittelbar nach der Revolution, traten die Czechen in Prag sehr friedlich auf, sie boten alle Mittel auf, die Deutschen zu sich herüberzuziehen, theils durch die Presse, theils durch Emissaire, welche im ganzen Lande herumreisten, und fortwährend die Freundschaft der Slaven gegen die Deutschen versicherten.

In allen Volks-Versammlungen bildete die Versöhnungs-Frage der Deutschen und Czechen den Gegenstand der Berathungen, und die Deutschen in Böhmen ließen sich durch dies Mittel einwiegen in eine große Sicherheit, ließen sich dahin bestimmen, daß sie selbst den Bestrebungen der Slaven hülfreiche Hand leisteten.

Die Regierung ließ die Czechen vollständig gewähren

Graf Collowrat in Wien besonders begünstigte die Bestrebungen derselben außerordentlich, und der Ober-Burggraf, Graf Leo Thun, so wie der Bruder desselben, Graf Matthias Thun, waren selbst Parteihäupter der Czechen.

Bald jedoch traten die Czechen schon entschiedener mit ihren Forderungen ans Licht. Am 28. März wurde in einer Versammlung in Prag eine Adresse an den Kaiser beschlossen, welche die unauflösbare Vereinigung der sämmtlichen, zur Krone Böhmens gehörigen Länder forderte. Sie verlangte ferner die vollständige Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität als Staats-Grundgesetz in allen Lehr- nnd Verwaltungs-Zweigen. Böhmen wollte sich losreißen vom deutschen Bunde, um ein eigenes Reich zu bilden, ähnlich wie Ungarn.

Aber gar bald zeigte es sich, daß diese Forderungen der Czechen keinesweges übereinstimmten mit allen den zum Königreich Böhmen gehörigen Ländern; so lehnten Mähren und Schlesien diese Vereinigung einstimmig und bestimmt ab und erließen selbst eine Adresse nach Wien, in welcher sie sogar baten, sich dem deutschen Oesterreich anschließen zu dürfen, denen „die begehrte Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen dem historischen Rechte, den bestehenden Provinzial-Verfassungen und vor Allem den Wünschen, Anstrebungen und der Sympathie der Bewohner, sowohl mährischer als deutscher Zunge, entgegen."

Ein ähnliches Manifest wurde von den Bewohnern Schlesiens erlassen; es konnte daher dieser Wunsch, so gern die Regierung den Czechen auch dienbar war, von derselben nicht erfüllt werden. Dagegen gewährte der Kaiser die vollständige Gleichstellung der böhmischen Sprache mit der deut-

schen in allen Zweigen der Staats = Verwaltung und des öffentlichen Unterrichts, und die Regierung in Prag ging so weit, in den Kreisen von durchaus deutscher Bevölkerung slavische Beamte anzustellen, welche die deutsche Sprache nicht einmal verstanden.

Der Parteihaß wurde durch diese Maßregeln der Regierung natürlicher Weise nur noch mehr verstärkt. Die Deutschen sahen jetzt mehr und mehr ein, daß es in der That abgesehen sei auf ihre Unterdrückung. Das freundschaftliche Verhältniß mit den Czechen, welches unmittelbar nach der Revolution bestanden hatte, schwand mehr und mehr, und an seine Stelle trat mit jedem Tage eine größere Partei-Leidenschaft. —

Aber dennoch vermochten die Deutschen für den Augenblick nichts Bedeutenderes zu thun. Sie waren theils der vollständig organisirten Czechen-Partei an Zahl nicht gewachsen, theils waren sie auch selbst miteinander uneinig und hatten selbst gar keine Organisation.

Die Czechen-Partei hatte sich der Regierung in Böhmen fast vollständig bemächtigt, beinahe alle Häupter derselben gehörten ihr an, sie hatte die ganze Leitung in ihrer Hand, und es schlossen sich deshalb sogar, wie wir schon anfangs bemerkt haben, viele Deutsche den Czechen an. Unter den Führern derselben finden wir eine große Anzahl deutscher Namen; so die Rieger, Faster, Strobach rc. Auch der Czechen-Dichter Saffarik war ursprünglich ein Deutscher, Namens Schaffer.

Die Czechen-Partei war außerdem unterstützt durch eine bedeutende Zahl Bewaffneter, welche lediglich ihr angehörten und ein fliegendes Corps unter dem Namen Swornost (Einigkeit) bildeten. Diese Swornost war im ganzen Lande ver-

breitet und bildete so eine Czechen-Armee, welche sich entschieden weigerte, sich in die Bürgerwehr aufnehmen zu lassen, um gänzlich unabhängig von dieser dazustehen.

Aber auch die Bürgerwehr war ihrem größeren Theile nach der Czechen-Partei angehörig. Diese trat nun mit ihren Forderungen täglich bestimmter hervor. Aus dem St. Wenzels-Club bildete sich ein National-Comité, an dessen Spitze Graf Leo Thun trat, und dieses Comité gewann bald einen ganz bedeutenden Einfluß, es erhielt sogar eine fast amtliche Geltung, indem der Graf Stadion eine Commission zur Vorbereitung der Landtags-Arbeiten mit diesem National-Comité vereinigte, um die Wünsche der Czechen genau zu constatiren.

Anfangs suchte das National-Comité die Einigkeit zwischen Czechen und Deutschen noch zu erhalten, indem es den Ausschuß der Deutschen einlud, sich dem National-Comité zuzugesellen; dies geschah auch, aber es hatte für die Deutschen keine Wirkung, weil dadurch kaum ein Drittheil der Stimmen im National-Comité den Deutschen gehörte, und die Majorität daher stets auf Seiten der Czechen-Partei war.

Der Haß zwischen Czechen und Deutschen wurde bald durch eine scheinbar kleine Frage immer mehr und mehr angefeuert, es war dies die Frage über das Tragen der deutschen oder czechischen Cocarde. Die Deutschen trugen die schwarz-roth-goldene Cocarde und schwarz-roth-goldene Bänder, die Czechen die nationale roth-weiße Cocarde, und zwischen den beiden verschiedenen Farben entstand bald ein Streit, es kamen Zänkereien zwischen den verschiedenen Trägern derselben vor, welche zu heftigen Angriffen auf die Deutschen, sogar zu Thätlichkeiten führten, bei denen die Journale es nicht einmal wagen durften, die Partei der Deutschen zu

nehmen, denn die Presse wurde vollständig durch die Czechen terrorisirt.

Von einer weit größeren Bedeutung war jedoch die Frage, ob man zum Frankfurter Reichstage wählen solle oder nicht.

Alle Leiter der Czechen-Partei sprachen sich auf das Entschiedenste gegen das Wählen zum Frankfurter Parlamente aus. Es konnte dies in der That auch nicht anders seyn, da die Czechen ja ein vollständig von Deutschland unabhängiges Slavenreich bilden wollten. Um die Abneigung gegen Deutschland zu motiviren, wurden von den Czechen eine Anzahl Gründe hervorgesucht, und besonders auch der, daß ein einiges Deutschland ohne die Proclamation einer deutschen Republik unmöglich sei, daß aber die treuen Czechen sich einer solchen auf das Entschiedenste widersetzen würden. Außerdem sei die Bildung eines großen Donau-Reiches, der immer mehr wachsenden Macht des Barbarismus gegenüber, durchaus nothwendig; das slavische Donau-Reich müsse eine Schutzwehr Europa's gegen das asiatische Rußland bilden, und es könne dies nicht geschehen, wenn sich Böhmen, wenn die slavischen Völkerstämme überhaupt sich mit Frankfurt vereinigten.

Palazki hatte dies zuerst ausgeschrieben und offen ausgesprochen; er hatte dies schon gethan, als der Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt ihm eine Einladung zur Theilnahme an einer Versammlung deutscher Vaterlandsfreunde zugeschickt hatte. —

Die Freundschaft der Regierung für die Czechen zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder außerordentlich groß. Es wurde allerdings dies Ausschreiben für die Wahl nach Frankfurt ausgefertigt, aber es wurde nicht in Prag publicirt, in-

dem es auf der Kanzlei liegen blieb, und vergeblich waren die Anstrengungen der Deutschen, für ihre Sache zu wirken.

Endlich jedoch mußte sich die Regierung, durch die Bewegung in Wien und die Sympathieen, welche die deutsche Sache in ganz Deutsch=Oesterreich fand, gezwungen, entschließen, die Wahl=Ausschreiben zu publiciren, und es wurde jedem Kreise überlassen, nach Belieben zu wählen oder nicht.

Aber auch die auf diese Weise eingeleiteten Wahlen wurden von der Czechen = Partei nach Möglichkeit hintertrieben. Die Czechen strengten sich nach allen Kräften an, die Wahlen nirgends zu Stande kommen zu lassen; sie übten dabei zum Theil den größten Terrorismus, indem die czechische Presse mit Aufständen drohte, im Falle die Deutschen sich dem Willen der Czechen nicht fügten, indem die Redacteure deutscher Zeitungen mit Mißhandlungen gedroht wurden, wenn sie für die Wahl nach Frankfurt schrieben. Rieger ging zum Beispiel so weit, daß er in einer Versammlung ausrief, man müsse dem Anschreiben des Frankfurter Ausschusses mit Dreschflegel=Argumenten antworten!

Emissaire wurden in alle Kreise geschickt und diesen die Beschlüsse des National=Comité's mitgetheilt; sie wurden vor dem Anschluß an Deutschland gewarnt und das Abschicken der Deputirten nach Frankfurt als Landesverrath erklärt.

Graf Leo Thun selbst schickte diese Papiere an alle Wahl-Versammlungen. Die Geistlichen ergingen sich in ihren Predigten gegen den Anschluß an Deutschland und behaupteten, man wolle die Czechen zu Sclaven der Deutschen machen.

So wurden alle Mittel benutzt, um die Wahl zu hintertreiben, und es gelang dies auch in einem ausgedehnten Maße; von 69 Deputirten, welche Böhmen hätte wählen

sollen, wurde noch nicht der fünfte Theil nach Frankfurt gesendet. Mehrere Wahlen, welche zu Stande gekommen waren, wurden nachträglich, aus Furcht vor der Rache der Czechen, sogar in deutschen Kreisen rückgängig gemacht.

Trotz dieser Maßregeln der offenbarsten Feindseligkeit suchten noch immer die Czechen den Frieden mit den Deutschen zu erhalten, um sie zu ihrer eigenen Partei herüberzuziehen.

In Prag wurde am 25. Mai ein Vereinigungsfest zwischen Deutschen und Czechen gehalten, in welchem schöne Reden über Einigkeit geführt wurden, welche aber den Thatsachen gegenüber natürlicher Weise, wenn sie auch für den Augenblick Eindruck machten, doch von keinen dauernden Folgen sein konnten. Die Parteien mußten sich naturgemäß feindselig gegenüberstehen.

Diesem scheinbaren Bestreben gegenüber, sich mit den Deutschen zu befreunden, suchten aber die Czechen mit aller Kraft die Idee eines großen slavischen Reiches zu verwirklichen und trafen die Einleitung zur Ausführung ihrer Pläne.

In dem National-Comité hatte ein Illyrier, Namens Stur, den mit Jubel aufgenommenen Vorschlag der Vereinigung aller österreichischen Slaven gemacht, und das National-Comité war auf diesen Vorschlag eingegangen. Eilf Millionen Slaven wohnten in Oesterreich, diese sollten zur Vereinigung eingeladen werden. Außerdem sollten der Vereinigung die Polen Bosnier ꝛc. beitreten. Ein Verein, die Slovanska Lipa (die slavische Linde), sollte zu diesem Zwecke gebildet werden und den Grundstein legen zu dem großen Slavenreiche.

Am 1. Mai wurde folgendes Manifest an die Slaven in den verschiedenen österreichischen und anderen Ländern erlassen:

ausgegangen, der Commandeur der Bürgerwehr, Haase, wußte von derselben nichts.

Große Menschenmengen hatten sich in Folge dieser Aufforderung auf dem Ringe eingefunden und es war zu tumultuarischen Scenen gekommen, bei denen einer der Czechischen Führer, Groll, verhaftet worden war. Die Masse forderte die Freilassung in so bedenklicher, bedrohlicher Weise, daß dieselbe gewährt werden mußte. Groll wurde freigelassen und im Triumphe durch die Stadt geführt; die Pferde wurden vom Wagen ausgespannt und dieser durch Menschen gezogen.

Die Behörden hatten diesem ganzen Scandal unthätig zuschauen müssen, selbst die Ermahnungen der Civilbehörden waren vergeblich gewesen, und Strobach war deshalb veranlaßt, sein Amt als Bürgermeister der Stadt Prag niederzulegen. Er nahm es indessen auf vielfaches Bitten vorläufig wieder an, jedoch nur für kurze Zeit.

Dieser Scandal sollte indessen für die Czechische Partei selbst eine nachtheilige Folge haben. Sie hatte am 10. Mai ohne alle Veranlassung Unruhen erregt, die Mitglieder der Swornost hatten sich auf das Pöbelhafteste betragen, und es liefen Erklärungen des Bürgercorps, der Nationalgarde, der Studentenlegion ein, welche sich gegen die Theilnahme an diesen Auftritten verwahrten. Eine Deputation dieser Corps begab sich sogar zum Erzherzog Karl Ferdinand und sprach demselben ihre Entrüstung über jenen Scandal aus, indem sie versicherte, daß die genannten Corps selbst gegen die Swornost treu mit dem Militair zusammenhalten würden.

Schien hierdurch die Czechen-Partei für einige Zeit eine moralische Niederlage erlitten zu haben, so sollte dieselbe je-

doch bald wieder einen gewaltigen Impuls erhalten durch die Mai-Ereignisse in Wien und die Flucht des Kaisers in Folge derselben von Wien nach Inspruck.

Kaum wurde die Flucht des Kaisers mit den übertriebensten Berichten von Mißhandlungen desselben durch die akademische Legion und das Volk von Wien in Prag bekannt, als die gesammte Czechische Partei in einen Schrei des Unwillens darüber ausbrach.

Die Czechen benutzten sofort die ihnen gebotene willkommene Gelegenheit, um die deutsche Partei, der allein sie die Bewegung in Wien zuschrieben, bei der Regierung zu verdächtigen und sich selbst mit ihr zu befreunden. Eine Deputation wurde an den Kaiser gesendet, welche diesem die höchsten Sympathieen der treuen Czechen aussprechen sollte und welche zu gleicher Zeit die Aufgabe hatte, den Kaiser zu bitten, in dem treu anhänglichen Prag künftighin seine Residenz zu nehmen. Die Czechen würden stets feststehen in der Vertheidigung des Thrones.

Graf Leo Thun machte selbst im Nationalausschuß diesen Vorschlag. Außerdem wurden Adressen ausgelegt an den Kaiser, welche zahllose Unterschriften fanden, so unter anderen eine von Palazki, Schafarik, Pinkas und Graf Matthias Thun, in welcher es unter Anderem heißt: „Ew. Majestät! Ein Schrei der Entrüstung ertönte in Prag und wiederhallte im ganzen Königreiche, als die am 14. und 15. in Wien stattgehabten Ereignisse bekannt wurden,“ und ferner: „Das feste, treue Böhmen sendet Männer seines Vertrauens als Zeugen der Liebe und Anhänglichkeit einer Nation, die nimmer vergessen will noch wird, was sie ihrem König dankt“ u. s. w.

Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit auch deutlich genug,

daß die Flucht des Kaisers von Wien lediglich ein Werk der Kamarilla war, welche im engsten Zusammenhange mit den adligen Trägern der Czechen-Partei in Prag stand. Graf Lazansky sprach dies im Nationalausschuß zu Prag deutlich aus.

Die adlige Partei der Czechen hoffte auf die Wiener Mai-Ereignisse großartige Pläne bauen zu können, sie hoffte durch dieselben eine Unabhängigkeit Böhmens zu erreichen und sie ging sogar so weit, für Böhmen schon eine provisorische Regierung aus acht Mitgliedern zu ernennen, welche mit Ausnahme der Herren Borrosch und Graf Nostiz vollständig aus Ultra-Czechen bestanden. Es waren dieselben Palazki, Riger, Strobach, Brauner &c.

Bei der Schwäche des Ministeriums in Wien glaubte Graf Leo Thun, der sich der Czechischen Partei vollständig in die Arme geworfen hatte, diesen Schritt wagen zu können, indem er wohl mit Recht hoffte, von dem Hof in Inspruck unterstützt zu werden.

Er sollte indessen in dieser Beziehung sich doch ein wenig getäuscht sehen. Das Wiener Ministerium protestirte entschieden gegen diese Maßregel der Czechischen Partei und auch die Deutschen in Prag sahen dem gefährlichen Ueberhandnehmen der Czechen-Macht nicht mehr ruhig zu.

Auch der konstitutionelle deutsche Verein in Prag protestirte gegen die provisorische Regierung und sandte seine Protestation an das Ministerium in Wien und an den Kaiser.

Das Ministerium erklärte den Akt des Präsidenten Thun für null und nichtig; es forderte ihn sogar auf, die Leitung des Landes dem Vice-Präsidenten zu übertragen, falls er sich

an den Beschluß, eine provisorische Regierung zu ernennen, gebunden erkläre.

Graf Thun mußte nachgeben, er mußte am 5. Juni erklären, daß diese Maßregel, für welche er übrigens nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich sei, erst dann in Wirksamkeit treten solle, wenn die Folgen der verfassungswidrigen Vorgänge in Wien es durchaus unmöglich machten, daß die ihm anvertraute Landesregierung sich nur in der streng gesetzlichen Bahn bewege.

Alle Entschuldigungsgründe für die Errichtung einer provisorischen Regierung fielen um so mehr hinweg, als der Grund, welchen man bei Errichtung desselben angeführt hatte, daß man mit dem Ministerium in Wien nicht in Verbindung treten könne, von selbst fortfiel, da das Ministerium unangetastet in seiner Stellung verblieb.

Dieses Auftreten der aristokratischen Czechen-Partei, das immer offenbarer werdende Wirken der Kamarilla in Insprück, öffnete denn doch einem großen Theile der Czechen die Augen über die Absichten der Aristokratie und rief auch unter den Czechen selbst bald eine demokratische Partei hervor.

Die Prager Studentenschaft begann mit einer demokratischen Agitation, indem sie in einer Adresse an den Kaiser darlegte, daß sie ihre volle Ueberzeugung dahin aussprechen müsse, daß sie in dem Ein-Kammer-System das Ideal constitutioneller Institutionen erblicke.

Auch in der Bürgerschaft selbst traten demokratische Elemente mit jedem Tage klarer hervor und gewannen immer größeren Einfluß bei den Arbeitern. So standen sich denn bald unter den Czechen selbst zwei verschiedene Parteien gegenüber, die demokratische und die aristokratische.

in jedem Augenblick zum Kampf bereit schienen. Die Czechen-Partei wollte den Slaven-Congreß in Prag nicht unbenutzt vorübergehen lassen, sie glaubte, im Falle einer glücklich gelungenen Revolution, denselben als eine Art slavisches Vorparlament constituiren und durch ihn dann ein slavisches Reich proklamiren zu können.

Der Ausgang der Ereignisse sollte indessen ein wesentlich anderer sein.

8.

Das Straßen-Plakat der demokratischen Czechen-Partei und die durch dasselbe erzeugten Menschen-Aufläufe sollten nur den ersten Beginn eines großartigen Aufstandes bezeichnen.

Eine Deputation von einer Anzahl Bürgern wurde gewählt, um sich zu dem Fürsten Windischgrätz zu verfügen und diesem die Forderung nach 6000 Flinten, 24 Geschützen und 80,000 Patronen darzubringen.

Der Fürst konnte natürlicher Weise auf diese Forderungen, einer wild aufgeregten Volksmenge gegenüber, durchaus nicht eingehen, er konnte es um so weniger thun, als seine eigene Munition keinesweges bedeutend war. Nur in der Forderung der Geschütze gab er in sofern nach, als er bewilligte, daß eine Batterie von der Josephs-Kaserne auf den Hradschin gebracht wurde. Die Deputation sprach dem Fürsten ferner den Wunsch aus, er möge seine Stelle niederlegen, da er das Vertrauen der Bürgerschaft in keiner Weise besitze; die gesammte Einwohnerschaft von Prag theile diesen Wunsch.

Fürst Windischgrätz antwortete sehr bestimmt, daß er auf diesen Wunsch keine Rücksicht nehmen könne, da er vom Staate aus auf diesen Posten gestellt worden sei; er würde bleiben, möge immer kommen, was da wolle.

Die Czechen hatten natürlicher Weise die abschlägliche Antwort des Fürsten Windischgrätz vorausgesehen, sie wollten dieselbe auch nur benutzen zu einer größeren Aufregung für die Massen. Eine Volks-Versammlung wurde auf dem Roßmarkt am Nachmittage gehalten, in welcher sich die demokratische Czechen-Partei auf das Heftigste gegen den Fürsten und selbst gegen die czechische Aristokratie in wüthenden Reden ergoß. Es wurde beschlossen, am nächsten Tage eine großartige slavische Messe auf dem Roßmarkte zu halten, zu welcher alle Czechen sich bewaffnet einfinden sollten. Vom Roßmarkte wollte man zum Fürsten Windischgrätz ziehen und diesen, mit den Waffen in der Hand, zur Abdankung zwingen.

Das hieß mit anderen Worten, die Revolution proklamiren.

Fragen wir uns nun, welche Mittel die demokratische Czechen-Partei hatte, um so die Proclamation der Revolution erregen zu können, fragen wir uns ferner, welche Absichten sie hatte, so werden wir nicht verkennen, daß der Aufstand mit vieler Klugheit eingeleitet worden, gerade an einem Zeitpunkt, an dem ein Widerstand für die Regierung von außerordentlicher Schwierigkeit war.

Die Bewegung ging ursprünglich aus von der aristokratischen Czechen-Partei, welche, wie wir schon dargethan haben, bei einer czechischen Revolution ein aristokratisches Slavenreich zu gründen hoffte. Keine Zeit konnte für eine solche Bewegung geeigneter erscheinen, als gerade der Anfang

des Juni. Abgesandte aus allen slavischen Provinzen Oesterreichs waren in Prag und vertraten dort die slavischen Bevölkerungen; ein slavisches Vorparlament für das neue Reich war daher im Augenblick gebildet. Man war in Prag von dem Einverständniß der übrigen Provinzen slavischer Bevölkerung vollkommen überzeugt, und es kam jetzt nur darauf an, den Hauptschlag zu thun.

Der Kaiser befand sich nicht in seiner Residenz, er war aus Wien geflohen in Folge der dortigen Partei-Bewegungen. In Deutsch-Oesterreich standen sich die aristokratische und demokratische Partei schroff gegenüber. Die Deutschen erschienen also in ihrer Gesammtmasse gegen die Slaven, welche ziemlich einig waren, geschwächt.

Der österreichische Kaiserstaat war in sich außerordentlich zerrissen und stand kraft- und machtlos da. Ungarn und Croatien waren in offenem Kampf, dort hatte die slavische Bewegung schon begonnen. Aus Italien waren höchst ungünstige Nachrichten für die Oesterreicher eingetroffen, und so schien es, als ob eine Bewegung zu jener Zeit einen leichten und günstigen Ausgang für das Czechenthum haben müsse.

Der Adel, welcher den ersten Anstoß zu dieser Bewegung gegeben hatte, sah jedoch ein, daß er im Falle eines ungünstigen Ausganges eine zu bedeutende Gefahr laufe. Er sah ein, daß sein noch immer bedeutender Einfluß auf die österreichische Staats-Regierung durch eine Emeute, von der man noch nicht wissen konnte, ob sie zu einer Revolution werden würde oder nicht, gefährdet werden müsse. Er zog sich deshalb von der Betheiligung an dem Aufstande, sobald die Einleitung zu demselben getroffen worden war, so viel, als irgend möglich, zurück.

Graf Leo Thun, der Landes-Präsident, hatte das Seinige dazu gethan, um die Aufregung der Czechen zu schüren und sie vorzubereiten zu den blutigen Juni-Ereignissen; aber auch er zog sich natürlicher Weise zurück, als die Gefahr eine dringende wurde, als der Kampf ausbrach. Er ging so weit in seiner Unthätigkeit, denn entgegentreten konnte er natürlich seiner eigenen Partei nicht, daß er am 12. sich von der Swornost ruhig gefangen nehmen und in Gewahrsam bringen ließ, um nicht gezwungen zu sein, gegen den Aufstand irgend einzuschreiten, den er, falls er gelänge, benutzen, mißlänge er aber, verdammen wollte.

Aehnlich hielten es die übrigen adligen Führer, wenigstens ihrer größeren Mehrzahl nach. Sie flüchteten sich mit ihren Familien, sobald am 11. und 12. die ernsten aufrührerischen Maßregeln getroffen worden waren, aus Prag, und überließen den Schauplatz des Kampfes lediglich der demokratischen Czechen-Partei, mit der sie, wenn die Revolution gelungen wäre, wohl fertig zu werden hofften.

Nur wenige czechische Adlige blieben in Prag zurück und betheiligten sich bei dem Kampfe der folgenden Tage.

An der Spitze der demokratischen Partei stand, wie schon berichtet, ein Dr. Sladkowsky; neben diesem aber, und beim Volke noch mit einem größeren Einfluß versehen, stand ein ehemaliger Bierwirth, Namens Peter Faster, der mit einer bedeutenden Rebegabe das Talent verband, dem gewöhnlichen Mann zu imponiren.

Faster hatte einen gewaltigen Einfluß auf die Massen, besonders auf alle Fabrik- und Eisenbahn-Arbeiter, Tagelöhner und dergleichen mehr. Er hatte diese bewogen, aus der Umgegend für den Fall eines Kampfes nach Prag zu kommen;

ebenso waren auf seine Veranlassung die Studenten in Prag geblieben.

Faster war einer der enthusiastischsten und fanatischsten Czechen, und gerade dadurch hatte er seinen Einfluß auf das Volk gewonnen, so wie auch durch etwas Excentrisches in seiner Tracht, welches die Leute anzog. Er trug nämlich gewöhnlich einen blauen Sammetmantel in der Art der früheren böhmischen Könige. Seine Töchter gingen ebenfalls in alter slavischer Amazonentracht und betheiligten sich, wie der Vater, bei den Volksbewegungen.

Außer Faster waren bei dem Juni-Aufstande in Prag noch einige Mitglieder des Slaven-Congresses besonders betheiligt.

Am Morgen des 12. Juni fand die großartige Demonstration statt, welche schon am 11. verabredet war.

Auf dem geräumigen Roßmarkt, am Fuße der Bildsäule des heiligen Wenzels, des Schutzheiligen der Czechen, wurde ein feierliches Hochamt gehalten, zu dem sich die Deputirten zum großen Slaven-Congreß, die Mitglieder der Swornost, eine große Anzahl von Studenten und Arbeitern aus Prag und den Vorstädten, zu vielen Tausenden einfanden.

Am Schlusse des Hochamtes leisteten die Tausende einen feierlichen Schwur, unverbrüchlich festzuhalten am Slaventhum. —

Die Massen ordneten sich darauf und wollten vom Roßmarkt eben zum Fürsten Windischgrätz ziehen, als eine Deputation von Prager Bürgern von diesem zurückkam, welche hauptsächlich der deutschen Partei angehörten. Diese hatten dem Fürsten ihre Ergebenheit dargethan und sich entschlossen erklärt, mit ihm für die Ruhe und Ordnung der Stadt zu wirken.

Die Deputation wurde von den Volksmassen verhöhnt und mußte sich eiligst flüchten.

Vom Roßmarkt zogen die Massen Arm in Arm den Graben hinauf gegen die Wohnung des Fürsten Windischgrätz im General-Commando auf der Zeltergasse. Sie sangen während dieses Zuges czechische Nationallieder, besonders Spottlieder auf die Deutschen.

Unterweges begegneten sie einer Militair-Patrouille, welche sie auseinander jagte, ohne daß es hier, da die Patrouille zu schwach war, zu einem Kampf gekommen wäre.

Bald darauf, dicht bei dem General-Commando, kreuzte der Zug eine halbe Compagnie Grenadiere, von einem Offizier angeführt, welche die Besatzung des General-Commandos abzulösen kam. Das Volk drängte sich unter das Militair, ein Mitglied der Swornost schlug den Offizier zu Boden, wurde aber dabei selbst von den Soldaten gefangen und diese machten einen wüthenden Bajonnet-Angriff gegen die Massen. Einige Schüsse fielen, man weiß nicht, ob von Seiten des Militairs oder des Volks zuerst, und nun erhob sich unter den Tausenden ein wüthendes Geschrei: „Zu den Waffen! zu den Waffen!"

Mit furchtbarer Eile flüchtete die dicht gedrängte Menge auseinander und breitete sich über die ganze Stadt mit dem tausend und abertausendfältigen Rufe: „Zu den Waffen! Man ermordet uns! Barrikaden!" aus.

Die czechische Partei war bereits zum Aufstande fest entschlossen gewesen und also auf denselben vorbereitet. Kaum ertönte der Ruf: „Verrath! Zu den Waffen!" als die Bewohner aus allen Häusern hervorstürmten mit Aexten, Schaufeln und Hacken.

In allen Straßen wurden Barrikaden gebaut mit einer bewundernswürdigen Schnelligkeit und Geschicklichkeit. Noch waren kaum zwei Stunden vergangen, so stand die ganze Stadt voller Barrikaden.

Die erste wurde am Museum von der Swornost gebaut, welche dort ihre Wache hatte; sie wurde jedoch bald vom Militair genommen und die Swornost selbst aus dem Museum hinausgetrieben.

Das Militair sah anfangs dem Bau der Barrikaden ruhig zu, nur an wenigen Stellen, wo es einschritt, kam es zum Kampfe.

Die Soldaten hatten im ersten Augenblick selbst keine besondere Lust, gegen das Volk zu kämpfen, da die große Mehrzahl der Czechen-Partei angehörte, und es ist auffallend, daß trotzdem nichts davon bekannt geworden ist, daß Militair zum Volke übergegangen wäre.

Anfänglich wurden die Angriffe gegen die Barrikaden nur mit Infanterie gemacht, und erst, als es sich zeigte, daß die Vertheidiger zu gut bewaffnet und organisirt wären, um die Möglichkeit der Eroberung der Barrikaden durch Infanterie-Angriffe zuzulassen, erst da drohte der Fürst Windischgrätz um 5 Uhr Nachmittags, daß wenn in einer halben Stunde die Barrikaden nicht fortgeräumt wären, der Angriff mit Kartätschenfeuer eröffnet werden würde.

Die Barrikaden blieben trotz dieser Drohung stehen, ja, sie wurden noch verstärkt.

Der Widerstand wurde mit jedem Augenblick großartiger. Da machte Fürst Windischgrätz mit seiner Drohung Ernst. Gegen halb 6 Uhr eröffnete die Artillerie ihr Kartätschenfeuer gegen die erste Barrikade; sie wurde sofort verlassen. Die

Vertheidiger flüchteten sich in die umliegenden Häuser und schossen nun von hier aus auf die Soldaten, welche sich bemühen mußten, die Barrikade fortzuräumen.

Ein heftiger Kampf entbrannte jetzt in verschiedenen Gegenden der Stadt, besonders in der Zeltergasse.

Während dieses Kampfes wurde die Fürstin Windischgrätz in ihrem Zimmer durch einen Schuß aus einem gegenüber liegenden Hause getödtet. Die Kugel hatte sie mitten in die Stirn getroffen.

Auch der Sohn des Fürsten Windischgrätz, welcher Rittmeister bei den Kürassieren war, erhielt einen Schuß durch den Fuß, an dessen Folgen er kurze Zeit darauf starb.

Der Kampf dauerte mit furchtbarer Wuth bis 11 Uhr Nachts. Unter fortwährendem Feuern mußten die Soldaten die einzelnen Barrikaden, nachdem sie mit Kanonen beschossen waren, erstürmen, mußten sogar oft die Gebäude mit Sturm nehmen.

So wurde die Aula nach heftigem Kampfe erstürmt und sechszig bis siebenzig Studenten, welche dieselbe tapfer vertheidigt hatten, gefangen genommen.

Auf beiden Seiten wurde heldenmüthig gekämpft, und nur ein Theil der Stadt, der Graben, die neue Allee bis zur Kettengasse, der Roßmarkt, die Heinrichsgasse, die Zeltergasse, der Obstmarkt und die Eisengasse mit der Aula waren am Abend in den Händen der Soldaten. Aber der Kampf war damit keineswegs geendigt.

4.

Am Dienstag, den 13. Juni, Morgens gegen 5 Uhr, trat ein kurzer Waffenstillstand von zwei Stunden ein; abermals wurden die Vertheidiger der Stadt aufgefordert die Barrikaden fortzuräu-

men, abermals verweigerten sie dies, und schon um 7 Uhr begann am Altstädter Ring der Kampf wieder mit erneuerter Wuth.

Das Militair hatte sich mittlerweile verstärkt. Aus Theresienstadt, aus Königsgrätz, aus Josephstadt war das Militair schleunigst nach Prag zurück beordert worden. Dessenungeachtet konnte man nicht daran denken, die Altstadt von Prag einzunehmen, welche so großartig verbarrikadirt war, daß die gesammte Armee in den Straßen aufgerieben worden wäre, wenn man den Versuch, die Barrikaden fortzuräumen, hätte machen wollen.

In der Altstadt allein standen etwa 250 Barrikaden, welche zum Theil von Haushöhe waren, und da das Volk beim Bau derselben durchaus nicht gestört werden konnte, eine bewundernswerthe Construction und Festigkeit hatten.

Es mußte sich deshalb Fürst Windischgrätz begnügen, die Neustadt vollkommen einzunehmen, und auch dort hatte er etwa 75 Barrikaden fortzuräumen. Der Kampf wurde am Morgen des 13. so heftig geführt, wie am vorigen Tage. Sogar die Frauen betheiligten sich in slavischer Amazonentracht bei dem Gemetzel, einige standen sogar mit den Büchsen in der Hand hinter den Barrikaden, andere warfen Steine von den Dächern.

Gegen Mittag ließ indessen der Kampf etwas nach. Die Aufständischen begannen Unterhandlungen anzuknüpfen mit dem Fürsten Windischgrätz. Es lag in ihrem Interesse, einen kurzen Frieden zu schließen, denn nur in diesem Falle war es möglich, sich von außen zu verstärken; man wollte Zeit gewinnen und man unterhandelte deshalb.

Die Czechen hofften hierdurch außerdem auch den in ihrer Gewalt befindlichen Grafen Leo Thun zu bewegen, daß

er sich im Falle eines Wiederausbruches des Kampfes an die Spitze des Aufstandes stellen werde.

Die demokratische Czechen-Partei hoffte hierdurch die aristokratische Partei der Czechen, welche sich jetzt vom Kampfe ganz zurückgezogen hatte, wieder zu gewinnen und dadurch dem Kampfe das Ansehen eines rein nationalen zu geben.

Graf Leo Thun, wie sehr er auch vorher den Aufstand heimlich begünstigt hatte, war doch viel zu klug, um sich offen an die Spitze desselben zu stellen. Er verweigerte jede Mitwirkung und widerstand allen Drohungen der ihn gefangen haltenden Swornost und der Prager Studentenschaft.

Da diese sahen, daß sie auf diese Weise nicht zum Ziele kommen konnten, suchten sie sich durch Zuzug von außerhalb zu verstärken.

Schon vorher war das Landvolk aufgeregt worden, schon vorher hatte sich die im ganzen Lande überall verbreitete Swornost auf einen Kampf gegen das Deutschthum vorbereitet. Jetzt kam es darauf an, die Massen zu bewegen, nach Prag zu ziehen und dort den wirklichen Kampf zu beginnen.

Reitende Boten wurden deshalb auf alle Dörfer in der Nähe geschickt und regten die Bauern auf. Diese rotteten sich zusammen und zogen mit Knütteln, Sensen, Aexten, zum Theil auch mit Gewehren bewaffnet, wie früher die alten Hussiten, in wilden Haufen der Hauptstadt Böhmens zu, um die Vertheidiger des Czechenthums daselbst zu unterstützen.

Mittlerweile bemühten sich die Aufständischen, einen Scheinfrieden mit dem Fürsten Windischgrätz zu schließen, denn einen wirklichen Frieden beabsichtigten sie gar nicht.

Der Fürst Windischgrätz forderte Forträumung aller Bar-

rikaden, die Entwaffnung der Studentenschaft und die Auslieferung des Grafen Leo Thun, während die Bedingungen der Aufständischen die Zurückziehung des Militairs und die Auslieferung der Gefangenen waren.

Mit einer unbegreiflichen Milde, auf deren Gründe wir später zurückkommen werden, gewährte der Fürst Windischgrätz die Forderungen der Aufständischen, welche ihm durch die Bürgerschaft von Prag, besonders durch die gutmüthige deutsche Bürgerschaft, welche sich hier von den Czechen gebrauchen ließ, vorgebracht wurden.

Auch Palatzky nahm an den Friedens-Unterhandlungen Theil.

Die Auslieferung der Gefangenen wurde bewerkstelligt. Graf Leo Thun wurde auf die dringenden Bitten der Bürgerschaft dem Fürsten ausgeliefert und dieser lieferte wiederum mehr als 200 Gefangene, Swornost und Studenten, den Aufständischen aus. Auf die Entwaffnung der Studentenschaft verzichtete er selbst und es kam jetzt nur darauf an, daß die Barrikaden abgetragen wurden, denn das Militair hatte sich zurückgezogen und Fürst Windischgrätz hatte somit alle Bedingungen des Friedens erfüllt.

Es waren indessen nach und nach während dieser Unterhandlungen Schaaren von Landleuten in die Stadt gekommen. Andere waren freilich wieder durch die Truppen außerhalb der Stadt zurückgehalten und in ihre Dörfer heimgeschickt worden aber dennoch sahen sich die Aufständischen in ihrer Macht bedeutend verstärkt und dachten nun nicht mehr daran, die Friedensbedingungen zu erfüllen.

Die Barrikaden blieben besetzt von den Studenten und dem Swornost-Corps. Vergebens forderte auch Graf Leo

Thun das Volk in einer Proklamation auf, die Friedensbedingungen aufrecht zu erhalten und die Barrikaden abzutragen; vergebens bemühte sich die Bürgerschaft. So brach denn schon am Abend des 13. der Kampf abermals aus und dauerte in ununterbrochener Heftigkeit fort bis zum Morgen des 14.

So tapfer von beiden Seiten gekämpft wurde, war die Schlacht doch ziemlich erfolglos, denn die Aufständischen blieben wie vorher im Besitz der Altstadt, welche, wie schon bemerkt, durch Erstürmung von Barrikaden überhaupt nicht einzunehmen war.

Die Zuzüge von außerhalb wurden immer stärker, das Landvolk befand sich in der höchsten Aufregung, ganz Böhmen drohte in offenen Aufruhr auszubrechen.

Fürst Windischgrätz sah daher sehr wohl ein, daß er sich in seiner Stellung auf längere Zeit nicht halten könne. Er war im Rücken bedroht durch die aufrührerischen Bauern, während er vor sich die Swornost und die Studentenschaft in der Stadt hatte; er zog es daher vor, sich in eine festere Stellung zurückzuziehen, und bewerkstelligte diesen Rückzug in der Nacht vom 14. zum 15., ohne daß dies von den Pragern bemerkt oder verhindert worden wäre.

Fürst Windischgrätz verließ mit seinen Truppen die Neustadt und zog sich über die Rothbrücke nach der kleinen Seite und dem Hradschin zurück. Er hatte nun den Schloß- und den Lorenzberg besetzt, auch die Festungswerke des Wischerad waren in seinen Händen und er vermochte mit seinen Geschützen die Stadt vollständig zu beherrschen, während er selbst sich in einer beinahe unangreifbaren Stellung befand, wenigstens unangreifbar durch eine undisziplinirte Masse, da es

schon einem vollständig organisirten und dem des Fürsten Windischgrätz bedeutend überlegenen Heere schwer geworden wäre, die Truppen aus ihrer jetzigen Stellung zu verdrängen.

Trotz der Treulosigkeit, mit welcher schon einmal von den Czechen die Friedensbedingungen gebrochen worden waren, zögerte Fürst Windischgrätz doch immer noch, mit voller Gewalt einzuschreiten; es waren abermals Friedensunterhandlungen angeknüpft worden.

Aus Wien waren zwei Commissionaire, der General der Kavallerie und frühere Commandant von Prag, Graf Mensdorf-Poullgy, und Hofrath Klekansky, in Prag angekommen, um die Sache friedlich auszugleichen.

Fürst Windischgrätz erbot sich, wenn dies zum Frieden beitragen könne, seine Stellung dem General Mensdorf zu übergeben, aber dieser nahm die Resignation des Fürsten nicht an.

Außerdem hatte Fürst Windischgrätz eine Proklamation erlassen, um die Stadt und vorzüglich das Landvolk zu beruhigen, in welcher er auf sein Ehrenwort feierlichst versicherte, daß er treu und fest an der constitutionellen Monarchie festhalte, aber gerade deshalb sei es nöthig, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Auf das Landvolk hatte diese Proklamation allerdings eine beruhigende Wirkung, nicht aber auf die Ultra-Czechen-Partei in Prag.

Vergeblich bemühten sich in der Altstadt die Bürger den Frieden herzustellen; es gelang ihnen nicht, und schon am Morgen des 15. kam es zu neuen Kämpfen.

5.

Der Kampf begann am Morgen um 8 Uhr.

Die Truppen hatten den Posten vor der Altstädter Brücke besetzt, bei welchem eine weiße Fahne wehte; dessen ungeachtet waren sie vom Brückenthurm und den nächstliegenden Häusern auf das heftigste beschossen worden.

Fürst Windischgrätz ließ deshalb die Kanonade beginnen und den ganzen Tag den Kampf energisch fortsetzen. Verschiedene Male versuchte es die Bürgerschaft, den Frieden herzustellen, aber sie war ohne Macht, denn in der Stadt herrschte die vollkommenste Anarchie: die Proletarier hatten die Macht in Händen, die Swornost herrschte unbedingt.

Kaum waren die weißen Fahnen aufgepflanzt, als sie von der Swornost wieder herabgerissen wurden, und so war jede Friedensunterhandlung unmöglich.

Der Kampf wurde immer heftiger, immer erbitterter fortgesetzt. Vergeblich bemühten sich selbst die Studenten, welche bei der vortheilhaften Stellung des Fürsten Windischgrätz die Unmöglichkeit einsahen, die Stadt zu halten, die Ruhe herzustellen, vergeblich bemühte sich fort und fort die Bürgerschaft; es war nicht möglich, die einmal aufgeregten Gemüther zu beruhigen.

So dauerte die Kanonade, ohne sonderlichen Erfolg zu haben, bis Abends gegen 9 Uhr; da erließ Fürst Windischgrätz abermals eine Proklamation, in welcher er aussprach, daß er bisher Nachsicht geübt habe, jetzt aber mit der vollsten Strenge einschreiten werde. Er forderte die gänzliche und unbedingte Unterwerfung der Aufständischen, die Auslieferung aller Waffen. Er forderte, falls auf diese Bedingungen nicht eingegangen werden sollte, die friedlichen Bürger auf, die Stadt zu

Nur die Altstädter Mühlen waren in Brand geschossen worden, weil von diesen aus der Angriff auf das Militair geschehen war, und weil sie überhaupt einen Posten, der dem Militair gefährlich werden konnte, bildete.

Am 17. endlich wurde die Stadt übergeben.

Der Kampf hörte auf, die Barrikaden wurden abgetragen, das Militair rückte ungehindert ein und der Belagerungszustand über Prag wurde ausgesprochen.

Aber Fürst Windischgrätz bewies, obgleich er Kriegs- und Standgericht einsetzen ließ und auf die Ablieferung der Waffen bestand, auch jetzt noch bei weitem nicht jene wilde Strenge, jenen Blutdurst, wegen dessen er sich später so bezeichnend den Namen „Henker von Wien" erworben hat.

Kein einziger der verhafteten Führer des Volkes wurde erschossen, die Untersuchungen wurden sogar ziemlich milde geführt und der Belagerungszustand in einer so schonenden Weise gehandhabt, als dies den Verhältnissen nach irgend möglich war. Die Zeitungen erschienen, mit Ausnahme der ersten Tage des Belagerungszustandes, nach wie vor und führten ganz dieselbe Sprache wie früher. Auch dauerte der Belagerungszustand nur kurze Zeit; schon am 20. Juli wurde er wieder aufgehoben.

Diese Milde, mit der der Fürst Windischgrätz hier, nachdem die Prager ihm so viel Veranlassung zur Strenge gegeben hatten, auftrat, die Milde, welche er während des ganzen Kampfes und besonders nach demselben während des Belagerungszustandes zeigte, würde unbegreiflich erscheinen, wenn nicht die ganze österreichische Regierungs-Politik in jener Zeit auf das Deutlichste gezeigt hätte, wie sehr dem Hofe, der Kamarilla daran lag, sich die Czechen-Partei zu befreunden,

um sich derselben späterhin gegen die deutschgesinnten Wiener, bedienen zu können.

Die Czechische Bewegung erschien allerdings gefährlich sie mußte nöthigenfalls mit Waffengewalt unterdrückt werden, aber dennoch wollte man die Czechen nicht zur Rache aufreizen, man wollte das österreichische Kaiserhaus nicht bei den Czechen verhaßt machen, denn sie sollten die feste Stütze eben dieses Hauses bilden gegen die deutsche Bewegung in Oesterreich, in Wien.

Die Wiener Octobertage lagen noch in der Ferne, aber dennoch wurden sie von der reactionairen Kamarilla schon vorausgesehen, denn diese war niemals willens gewesen, die März- und Mai-Verheißungen des Kaisers zu erfüllen, und man wußte sehr genau, daß das hochherzige Wiener Volk sich nicht ohne einen blutigen Kampf um die Früchte seiner Revolutionen betrügen lassen würde. Der Sieg in einem Kampfe gegen die Wiener war aber nur in dem einen Falle denkbar, wenn die Slaven-Partei im Lande fest auf Seite des Kaisers stand.

Deshalb durften die Slaven nicht aufgebracht werden, deshalb mußte man sie begünstigen, deshalb mußte man selbst einen Aufstand, wie den in Prag, verzeihen; und dies geschah auch.

Die Früchte dieser Politik sollten den Hoffnungen der Kamarilla entsprechen: die slavischen Deputirten auf dem Wiener Reichstage waren es, welche die dynastischen Interessen des Hauses Habsburg auf das Aeußerste verfochten, sie bildeten die äußerste Rechte, sie traten aus, als sich der Reichstag im October in Wien für permanent erklärte, sie bildeten die festeste Stütze des Hauses Habsburg auch in

späterer Zeit. Und wenn auch nachher manche mißliebigen Stimmen in Böhmen über die Wiener Regierung laut wurden, man erstickte sie bald, denn die gesammte Czechen-Partei glaubte ferner nur im Zusammenwirken mit dem Kaiser der deutschen Bewegung in Oesterreich entgegentreten, die deutsche Kraft brechen und dadurch das Slaventhum aufrecht erhalten zu können.

Der Kampf in Prag wurde deshalb der kaiserlichen Regierung eine treffliche Gelegenheit, sowohl einerseits ihre Kraft in Unterdrückung von Aufständen, als andererseits ihre Milde, ihre Versöhnlichkeit gegen die Hof-Partei zu zeigen.

Und diese großen Vortheile waren mit verhältnißmäßig geringen Opfern erkauft, denn es waren im Ganzen nur 22 Soldaten und 3 Offiziere gefallen und 44 Soldaten so wie 8 Offiziere verwundet.

Von den Kämpfern des Volkes beklagte man 51 Todte und 181 Verwundete.

Die Ideen des Panslavismus, welche ursprünglich diesen Kampf hervorgerufen hatten, waren indessen mit der Besiegung derselben noch keineswegs vernichtet, wenn auch für den Augenblick unterdrückt.

Die Slovanska Lipa bestand in ungeschwächter Wirksamkeit fort und der durch die Revolution auseinander gejagte Slavencongreß erließ eine Proklamation, in der er unter andern aussprach, der Congreß werde dem Kaiser von Oestreich vorschlagen, daß der östreichische Staat, worin die Mehrzahl der Slaven lebe, in einen Bund gleichberechtigter Nationen umgestaltet werde, welcher den abweichenden Bedürfnissen der letzteren, wie der Einheit der Monarchie gleiche Rechnung tragen sollte. Auf jeden Fall sei man entschlossen,

der slavischen Nationalität in Oestreich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die volle staatliche Anerkennung und Stellung zu erringen, wie sie die Mayaren und Deutschen bereits haben.

Diesen Plänen hingen die Slaven in Böhmen und den übrigen östreichischen Provinzen nach wie vor an und sie werden ihrer Zeit dieselben in's Leben zu rufen suchen mit allen Kräften und Mitteln.

Wir haben die Geschichte Böhmens und Oestreichs vollendet und gehen jetzt über zur Geschichte Frankreichs, zur Geschichte der blutigen Juni-Revolution, um dann dies Werk zu schließen, dessen Fortsetzung in einer Geschichte des Jahres 1849 sogleich nach Beendigung der „Geschichte Frankreichs im Jahre 1848," erscheinen wird.

Es wird dieses Werk zugleich die Gesammtgeschichte der Ungarischen, Italienischen und Schleswig-Holsteinschen Kriege, sowie die Geschichte des Deutschen Parlaments enthalten, welche in den „Staasumwälzungen der Jahre 1847 und 1848" keinen Platz mehr finden konnten, indem die Geschichte in den Jahren 48 und 49 zu innig zusammenhängt, um auseinander gerissen werden zu können.

Achtes Kapitel.

Frankreich.*)

1.

Wir beginnen die Geschichte Frankreichs unmittelbar nach den aufgeregten Märztagen, müssen aber, ehe wir zur Erzählung der einzelnen Facten kommen, einige Worte über die allgemeine politische Lage der Republik und besonders auch der provisorischen Regierung voranschicken.

Die provisorische Regierung nahm in jener aufgeregten Zeit eine im höchsten Grade schwierige und bedenkliche Stellung ein. Das ganze Land war damals hauptsächlich in zwei Parteien gespalten, in die socialistische und rein republikanische. Aber auch die sogenannte rein republikanische Partei zersplitterte sich wieder in eine große Menge von Familien, von denen die meisten, obgleich sie das Wort Republik stets im Munde führten, obgleich sie scheinbar mit dem höch-

---

*) Ich bitte den Leser, um im Zusammenhang der Geschichte Frankreichs zu bleiben, die im ersten Theil unseres Werkes, Pag. 252 bis 388 begonnene französische Geschichte noch einmal flüchtig durchzusehen. Ich bemerke zugleich, daß dieser Theil der Staatsumwälzung von meinem Freunde Heramer verfaßt ist, ich aber durch die Abwesenheit Heramers im gegenwärtigen Augenblick gezwungen bin, die Fortsetzung der Geschichte Frankreichs selbst zu übernehmen. Der Leser möge daher verzeihen, wenn in diesem ein anderer Gesichtspunkt als im ersten Theile festgehalten wird. Die, obwohl nicht bedeutende doch vorhandene, Verschiedenheit in meinen und Heramers Ansichten bedingt naturgemäß eine Verschiedenheit der Auffassung.

Ich bitte zu gleicher Zeit den Leser, einen Sinn entstellenden Druckfehler in Pag. 383 zu bemerken: Es heißt auf dieser Seite nämlich stets an Statt: 16. und 17. Mai — 16. und 17. März.

Adolf Streckfuß.

sten Enthusiasmus sich für die demokratische Republik aussprachen, doch es wahrhaft ehrlich und aufrichtig mit der Republik meinten.

Alle die Legitimisten, welche an dem alten Zweige der Bourbonen festhingen, die Orleanisten, welche Anhänger des jüngern Zweiges waren, die Napoleonisten, welche von dem Kaiserreich unter den Napoleoniden träumten, kurz alle die Monarchisten, welche die Idee einer Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich unter diesem oder jenem Regentenhause als das Ziel ihres Strebens betrachteten, hatten sich der sogenannten rein republikanischen Partei angeschlossen und traten als schroffe Gegner der socialistischen Partei auf.

In Paris war die rein republikanische Partei im Verhältniß zu den Provinzen schwach vertreten, die socialistische Partei hatte dort die große Majorität, sie hatte dieselbe um so mehr, als manche Anhänger der Monarchie oder der gemäßigten Republik es dem drohenden Arbeiterhaufen in Paris gegenüber nicht wagten, mit ihrer Ansicht hervorzutreten.

Ganz anders aber stand die Sache in den Provinzen. Die Departements waren ihrer Majorität nach Freunde der gemäßigten Republik, es war in denselben die Aufklärung noch nicht so weit gediehen, wie in der Hauptstadt, die socialistische Literatur hatte noch nicht so weit eingreifen können, wie dies in der Hauptstadt möglich gewesen war, und nur diejenigen Departements, in welchen große Fabrikstädte sich befanden, welche daher auch der Presse einen größeren Wirkungskreis geboten hatten, waren der Hauptstadt nachgegangen.

Die monarchistische Partei, welche sorgfältig den Deckmantel des Republikanismus übernahm und ihre finstern Pläne

unter denselben zu verdecken trachteten, sahen es als ihre Hauptaufgabe an, die Bestrebungen der Socialisten zu verdächtigen, und sie wurden durch die Socialisten selbst in diesem Streben, in dieser Absicht begünstigt, denn diese strebten mit zügellosem Feuerreifer, Alles umstürzend, dahin, das Ideal der socialistisch-demokratischen Republik augenblicklich in Frankreich einzuführen.

Der französische Socialismus hat von jeher an einem großen Fehler gelitten; er hat Systeme aufgebaut, großartige Gebäude, aber ohne in der Gesellschaft selbst einen Grund zu legen, auf den dieselben sicher zu ruhen vermochten.

Jetzt glaubten die französischen Socialisten, welche wiederum in die verschiedensten Parteien zerfielen, je nach den Gründern der verschiedenen Systeme, den Augenblick gekommen, um diese Systeme in's Leben einzuführen, um den Staat nach den Systemen zu regeln und so ihr Ideal zur Wirklichkeit zu machen.

Nur durch einen Terrorismus, gegenüber den der socialen Republik feindlich gesinnten gemäßigten Republikanern, glaubten sie zu diesem Zwecke gelangen zu können, und weil sie fühlten, daß sie in der Minorität im Lande waren, wollten sie, wie wir bereits wissen, die National-Versammlung so lange vertagt wissen, bis sie die Provinzen socialistisch gemacht, bis sie sich von einer Minorität zur Majorität erhoben hätten.

Inzwischen sollte die provisorische Regierung an der Spitze des Landes bleiben, sie sollte eine Art Dictatur bekleiden und die socialen Ideen vorläufig zur Ausführung bringen, damit späterhin die Nationalversammlung, welche berufen werden sollte, wenn sich eine socialistische Majorität

voraussehen ließ, und ihre nachträgliche Zustimmung zu der bereits eingeführten socialistischen Institution zu geben habe.

In der provisorischen Regierung selbst standen jedoch den Socialisten mehrere Mitglieder feindlich entgegen.

Die provisorische Regierung bestand zwar durchaus nur aus entschiedenen Republikanern, alle Mitglieder derselben meinten es aufrichtig mit der Republik, die sie zwar selbst begründet hatten, aber dennoch zerfiel auch die provisorische Regierung selbst in jene zwei großen Parteien, welche im ganzen Lande herrschten.

Ledrü Rollin, der talentvolle, geistreiche, beliebte Minister des Innern, vertrat die socialistische, Lamartine, der Präsident der provisorischen Regierung und Minister des Aeußern, vertrat die gemäßigt republikanische Partei.

Diese beiden Parteien intriguirten in der Regierung selbst gegen einander, beide waren eifersüchtig aufeinander, auf die wachsende Macht der einen oder der andern. Hierdurch allein war bereits der Keim der Zwietracht in's ganze Land geworfen, hierdurch auch wurden die furchtbaren Ereignisse hervorgerufen, welche bald der Reaction in Frankreich eine so gewaltige Macht einräumen sollten.

Vorläufig war in der provisorischen Regierung wie im Lande die gemäßigte republikanische Partei die herrschende. Lamartines Ansichten kamen gewöhnlich zur Geltung, denn auch er wollte sociale Reformen, auch er war im Innersten seines Herzens Socialist, aber nicht einer jener systematisirenden Socialisten, welche mit einem Schlage das ganze Gebäude der socialen Ordnung umstürzen und ein neues Luftgebäude für dasselbe hinstellen wollten.

Lamartine wollte die Entwickelung des Socialismus aus

der bestehenden Gesellschaft herführen, er wollte die Verbesserung des Zustandes der arbeitenden Klassen, er wollte das Recht auf Arbeit, aber entwickelt aus dem bisher Bestehenden, und er mußte somit den Socialisten oft schroff gegenüber treten, wenn diese in ihrer Leidenschaft alles Bestehende plötzlich niederreißen wollten.

Die socialistische Partei in Paris gewann eine besondere Bedeutung durch die unzähligen Klubs und kleinen Blätter, welche seit der Revolution plötzlich entstanden waren.

Wir müssen mit wenigen Worten die Charakteristik derjenigen Männer geben, welche an der Spitze der Klubs und der Zeitungen standen, weil sie sämmtlich mehr oder weniger Einfluß gehabt haben auf die spätere Entwickelung der Republik Frankreich.

Die hervorragendsten Persönlichkeiten der socialistischen Partei waren: Louis Blanc, Albert, Blanqui, Barbés, Raspail, Cabet und Sobrier.

Louis Blanc hatte einen besonderen Einfluß gewonnen auf die Arbeiter-Bevölkerung, weil er als Präsident des Arbeiter-Parlaments *) sein Ideal, die Errichtung der National-Werkstätten, durchgesetzt hatte. Ebenso hatte man zu Albert, der selbst Arbeiter war, großes Vertrauen, und dazu war er als einer der ältesten Führer des Socialismus bekannt.

Einer der bedeutendsten Männer in den Klubs war Blanqui. Er sowohl als Barbés waren bei den früheren republikanischen Aufständen betheiligt gewesen, hatte lange im Gefängniß gesessen, und schon dadurch einen Einfluß auf die socialistisch-demokratische Partei gewonnen.

---

*) Siehe Pag. 371.

Barbès wurde zum Obersten der Legion der 12 Arrondissements von Paris ernannt. Er bildete einen Klub und vertheidigte in diesem die Lehren des Socialismus, so wie des Republikanismus mit der höchsten Energie und Begeisterung. Barbès war einer der redlichsten Verfechter desselben.

Ihm gegenüber stand, sehr feindselig, Blanqui, obgleich dieser selbst sich als einen der eifrigsten und thätigsten socialistischen Republikaner gab. Aber gegen Blanqui war in der socialistischen Partei selbst ein großes Mißtrauen aufgetaucht: Als die provisorische Regierung an's Ruder kam und die Papiere der Ministerien Louis Philipps in ihre Hände fielen, hatte sich in denselben eine Schrift gefunden, welche der Königlichen Regierung die Verschwörungen mehrerer geheimen Gesellschaften entdeckte. Es ging aus dieser Schrift hervor, daß Derjenige, welcher sie dem Ministerium eingesendet hatte, einer der bedeutendsten Führer, einer der am tiefsten in alle Geheimnisse der unter Louis Philipp bestehenden Verschwörungen eingeweihter Mann sein mußte, und viele, sehr viele Andeutungen machten es wahrscheinlich, daß der Verräther eben Blanqui sei.

Diese Schrift war von unbekannter Hand aus den Papieren des Ministeriums entwendet und veröffentlicht worden, und Blanqui hatte dadurch einen großen Theil seines frühern Vertrauens verloren.

Die meisten der socialistischen Führer zogen sich von ihm, da sie ihn für einen Verräther hielten, zurück. Blanqui selbst fand es für gut, eine Zeit lang aus der Oeffentlichkeit zu treten, so lange nämlich, bis er eine Erklärung verbreitet hatte, in der er seine Unschuld darthat, freilich nicht zweifellos für die intelligenten Führer der Partei, doch aber genügend

für Diejenigen, welche keinen tieferern Blick in die Geheimnisse der Parteien besaßen.

Blanqui gewann dadurch seine frühern Anhänger, grade die wildesten und überspanntesten socialistischen Arbeiter wieder, und stand bald wieder an der Spitze der extremsten socialen Partei.

Cabet, Raspail und Sobrier, so wie manche andere im Auslande weniger bekannte Namen, hatten ebenfalls einen bedeutenden Einfluß auf die Socialisten, indem sie theils als Redner in den verschiedenen Klubs, theils als Schriftsteller in den neugeschaffenen Organen des Socialismus auftraten.

Lamartine betrachtete es, nachdem die Ereignisse des 17. März ihm gezeigt hatten, daß die socialistische Partei der provisorischen Regierung doch nicht unbedingt vertraute, als seine Aufgabe, diese Männer zu gewinnen. Er trat mit ihnen in Privat-Unterhandlungen, und so gelang es ihm denn auch in der That, das Vertrauen gegen die provisorischen Regierung einigermaßen wieder herzustellen.

War somit die Lage der provisorischen Regierung noch immer durchaus keine unangefochtene, so bot sie doch noch größere Schwierigkeiten in Beziehung auf das Verhältniß Frankreichs gegen das Ausland dar.

Die Republik in Frankreich hatte allerdings fast überall Anerkennung gefunden, aber dennoch konnte Lamartine es sich nicht verhehlen, daß die demokratische Richtung in Frankreich selbst, und das Einwirken der glücklich gelungenen Pariser Februar-Revolution den europäischen Monarchien ein Dorn im Auge sein mußte.

Die Revolution hatte ihre ansteckende Kraft über fast alle Länder Europas verbreitet, sie hatte sich fortgepflanzt

über ganz Deutschland, und wenn auch dort die Königsthrone stehen geblieben waren, so hatten sich dieselben doch mit volksthümlichen Institutionen umgeben müssen, um sich ihr Bestehen zu sichern.

Lamartine mußte sich gestehen, daß grade die Ausbreitung der Revolution der Republik Frankreich in den verschiedenen Monarchien die größten Feinde erwerben mußte. Er wollte diese Feindschaften beschwichtigen durch eine Friedenspolitik, deren Aeußerungen wir bereits in dem Lamartineschen Manifest *) kennen gelernt haben.

Lamartine fühlte die Schwäche, an welcher die provisorische Regierung durch die Zwistigkeiten in sich selbst und besonders auch durch die Schroffheit, mit der sich die Parteien im Lande gegenüber standen, litt. Er glaubte deshalb eine Politik des Friedens einschlagen zu müssen, um nicht gegen die vereinte Macht der Europäischen Monarchieen einen nutzlosen Kampf aufnehmen zu müssen.

Lamartine bedachte nicht, daß grade ein Krieg nach außen das wirksamste Mittel war, um die gährenden Elemente im Innern Frankreichs niederzuhalten, daß grade ein Krieg gegen den Despotismus die Freiheit im Innern erstarken mußte.

Louis Philipps Regierung war grade dadurch dem ruhmgierigen französischen Volke, welches es stets als die stolzeste Aufgabe Frankreichs betrachtet hatte, alle Freiheitsbewegungen zu unterstützen, verhaßt geworden, weil sie eine Politik des Friedens bei den italienischen Bewegungen beobachtet hatte.

Auch jetzt erregte es im Lande vielfache Unzufriedenheit, und zwar grade unter der extremen socialistischen Partei, daß

---

*) Vergleiche Pag. 366 und 498.

Lamartine denselben Friedensweg einschlug, daß er nicht Truppen sammelte und sie den für ihre Freiheit aufstehenden Völkern Deutschlands und Italiens zu Hülfe sendete.

Die Februar-Revolution hatte wie jede Staatsumwälzung den Fortschritt des socialen Wohlstandes gehemmt, die Besorgnisse für die Zukunft waren grade in den Gemüthern der Reichen und Wohlhabenden aufgestiegen, und wie in allen Ländern Europas, so stellte sich auch in Frankreich bald heraus, daß die Consumtion sich augenblicklich verminderte, während die Arbeitermasse und damit die Production dieselbe blieb. —

Arbeitslosigkeit war die natürliche Folge dieses Uebelstandes, und bald waren die Massen der Arbeitslosen so angewachsen, daß selbst die kostspieligen Nationalwerkstätten Louis Blanc's die arbeitslosen Arbeiter nicht aufzunehmen vermochten.

Man hatte allerdings Mobilgarden gegründet und nahm in dieselben die Arbeiter auf, aber man hatte keine Verwendung der Mobilen, und nichts wäre daher für Frankreich vortheilhafter grade in dieser Beziehung gewesen, nichts hätte leichter einen Abfluß der gährenden unruhigen Köpfe und der arbeitslosen Arbeiter bewirkt, als ein Krieg nach außerhalb, zu dem sich Hunderttausende unter die Fahnen der Freiheit gedrängt hätten.

So wurde grade das Mittel, welches Lamartine zum Wohle des Staates, zur Erhaltung der Republik und Freiheit anzuwenden glaubte, das Mittel zum Untergang der Freiheit, zum Wachsen der Reaction, indem die Massen des unbeschäftigten Proletariats gedrängt wurden zu der furchtbaren socialen Revolution im Juni, welche die Ursachen aller jener unglück-

seligen Beschränkungen der Freiheit ist, die wir in Frankreich im Jahre 1848 und 1849 erleben mußten.

2.

Während so die provisorische Regierung dem Auslande so friedfertig gegenüber stand, als dies die Regierung einer jungen Republik irgend vermochte, war sie doch bemüht, sich für den Fall einer Gefahr, sowohl von außen als nach innen, eine Armee zu schaffen, mit der sie sowohl eine Revolution der Socialisten oder der Legitimisten, als auch einen Krieg gegen das Ausland bestehen konnte.

Die Regierung suchte die Bildung dieser Armee in zweierlei Weise möglich zu machen. Zuvörderst wurden die Mobilgarde und die Nationalgarde begründet und befestigt. Der General Guinard war Befehlshaber der Nationalgarde, ihm wurde es übertragen, dieselbe so schnell als möglich auszurüsten, die Wahl der Offiziere zu veranlassen und so die Nationalgarde, welche seit der Februar-Revolution in Unordnung gekommen war, wieder fest zu begründen.

Außerdem wurde in Paris die Mobilgarde errichtet und neben dieser in den Departements eine Mobilgarde von 300 Bataillonen bewaffnet, equipirt und eingeübt.

Diese Garde war bestimmt, in ihrem Wohnorte zu bleiben und nur im Falle plötzlicher Unruhen oder eines innern Krieges auf Befehl des Departements-Rathes unter Waffen zu treten.

Die Bildung einer solchen stets mobil zu machenden Armee, welche in vieler Beziehung unserer preußischen Landwehr

Die Franzosen haben von je her einen großen Enthusiasmus für die unterdrückten Polen gehabt, die Regierung konnte daher auch nicht anders, als die Polen unterstützen. Sie bildete polnische Brigaden, welche von Frankreich ihren Sold erhielten, etwas Weiteres jedoch vermochte die provisorische Regierung ihrem Friedenssysteme gemäß nicht zu thun. Sie wagte es nicht, die Befreiung Polens zu proklamiren und dadurch Oesterreich, Rußland und Preußen den Krieg zu erklären.

Vergeblich war es, daß die Polen sich an Lamartine selbst durch eine Deputation wandten und ihn in sehr energischen Ausdrücken aufforderten, das unglückliche unterdrückte Polen zu unterstützen, ihm die Pflicht der jungen Republik, auch für die Freiheit anderer Völker zu wirken, vorhielten.

In einer hochtönenden Rede antwortete Lamartine am andern Tage einer zweiten Deputation der Polen auf dem Stadthause und erklärte ihnen, daß die Politik der provisorischen Regierung eine Politik des Friedens sei.

Die Polen mußten sich deshalb vor der Hand beruhigen.

Auch die Irländischen Insurgenten fanden, obgleich sie vielfach von allen Parteien unterstützt wurden, doch bei der provisorischen Regierung keine Hülfe.

Schlimmer noch erging es den Belgischen und Deutschen.

Die Belgier wollten, voll Enthusiasmus für die Sache der Republik, dieselbe nach Belgien übertragen, und sie bildeten deshalb unter dem Jubel der Franzosen bewaffnete Corps, mit welchen sie in Belgien einfallen wollten.

Die Regierung sah dem ruhig zu und störte die Unternehmung in keiner Weise; unter der Hand wurden sogar den

Belgiern Waffen gegeben, die Flüchtlinge glaubten deshalb, in der provisorischen Regierung eine Stütze zu haben, sie glaubten, von Frankreich, sobald sie eine Insurrection in ihr Vaterland hineintrügen, Beistand erwarten zu können.

Am 24. März setzten sich zwei Schaaren Belgier, mehrere Hundert Mann stark, von Paris aus in Bewegung.

Die eine Schaar hatte einen Extrazug genommen und fuhr auf der Nordbahn, um zu Blanc-Misseron, dem letzten französischen Zollamte, still zu halten. Hier wollte sie sich mit der zweiten Schaar und mit denjenigen Freunden, welche aus Belgien zu ihnen stoßen würden, vereinigen.

Die Schaar war gut bewaffnet, und der Einfall in Belgien war daher bei den Sympathieen, welche die Republik auch dort hatte, nicht ohne Gefahr.

Der ganze Plan wurde jedoch durch eine Verrätherei vereitelt, denn der Zug ging, anstatt in Blanc-Misseron still zu halten, weiter bis nach dem ersten Belgischen Zollamte Quievrain. Dort waren mehrere Bataillone Truppen aufgestellt, welche die hülflos in den Wagen sitzenden Insurgenten empfingen, so daß dieselben, als der Zug hielt, sich nur zum Theil noch flüchten konnten.

Der größte Theil wurde gefangen genommen und nach Mons gebracht.

Schlimmer noch erging es der zweiten Abtheilung, welche, gewarnt durch den Unfall ihrer Gefährten, sich an der Grenze gesammelt hatten. Ihnen gegenüber wurden starke Truppen-Abtheilungen aufgestellt und in einem Gefecht bei Mousceron wurden die Flüchtlinge vollständig geschlagen. Auch hier sollte wieder ein Verrath zu Grunde liegen.

Jedenfalls war die Belgische Regierung über alle Be-

wegungen der Flüchtlinge auf das Genauste unterrichtet und die provisorische Regierung traf allgemein der Verdacht, als ob sie absichtlich die Unternehmung der Flüchtlinge begünstigt habe, um diese gährenden Elemente aus Paris zu entfernen, als ob sie aber auch zu gleicher Zeit der befreundeten Regierung Nachricht von dem Unternehmen der Flüchtlinge gegeben habe, um ihre Friedenspolitik weiter verfolgen zu können, denn auch die Deutschen Flüchtlinge, so wie die Savoyischen, welche in Schaaren an die Deutsche Grenze gegangen waren, vermochten daselbst nichts auszurichten.

Das französische Volk war indignirt über diese Friedenspolitik seiner Regierung; es war dies um so mehr, als die Regierung auch in den wichtigsten Fragen, z. B. in der Italienischen Frage, dieselbe Friedenspolitik entfaltete. Die Regierung ging so weit, daß sie, als Karl Albert ihr seine Kriegserklärung gegen Oesterreich anzeigte, und als diese den allgemeinsten freudigsten Wiederhall in ganz Frankreich fand, kein Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens gab, sondern diese Kriegserklärung als eine Sache betrachtete, an der Frankreich nicht im Geringsten betheiligt wäre.

In der Hand der provisorischen Regierung lag es damals, der Freiheit in Italien den festen Grundstein zu legen. Hätte sie Karl Albert mit bedeutenden Truppen-Körpern unterstützt, so wäre Italien gerettet gewesen, denn Karl Albert hätte dann nicht vermocht, den Verräther am italienischen Volke zu spielen.

Aber die provisorische Regierung verblieb bei ihrer Friedenspolitik.

Fand nun schon diese Politik nach außen heftige Widersacher unter dem Volke, unter der sehr bedeutenden ehrgeizigen

und kriegerischen Partei in Frankreich, so fand doch noch bedeutendere Widersacher, noch heftigere Feinde, die Politik der Regierung nach innen.

Frankreich war scheinbar ruhig, wenigstens so ruhig, als eine so lebhafte große Nation, so kurze Zeit nach einer blutigen Revolution, zu sein vermochte. Kleine Unruhen kamen allerdings fast täglich vor, die aber selten mehr als ein gewöhnlicher kleiner Straßenscandal waren. Es wurden Freiheitsbäume auf die Straßen gepflanzt, und hier und da kam es auch wohl zu Streitigkeiten, welche aber immer nur unbedeutend blieben.

Dessen ungeachtet war diese Ruhe doch nur eine scheinbare, denn im Volke selbst entwickelten sich die Parteien immer mehr und mehr, und alle diese Parteien, so schroff sie sich auch gegenüber standen, waren mit der provisorischen Regierung unzufrieden.

Die Legitimisten, Orleanisten und Napoleonisten mußten der provisorischen Regierung als einer republikanischen von vorn herein natürlicher Weise feindlich gegenüber stehen. Aber auch die gemäßigten Republikaner waren nicht zufrieden mit einer Regierung, in der sich eine bedeutende socialistische Partei vertreten fand. Männer wie Ledrü Rollin, Louis Blanc, Albert, Arago, mußten diese Partei zurückstoßen, und die fortwährenden kleinen Unruhen, welche theils in den Departements, theils in Paris sich täglich wiederholten, mußten den ruhigen Bürgern widerwärtig sein; sie forderten von der provisorischen Regierung eine Kraft, welche dieselbe unmöglich entfalten konnte, während andrerseits die socialistische Partei mit der Politik Lamartines in keiner Weise zufrieden war.

Die Socialisten wollten ein stürmisches Vorwärtsschreiten

in allen Reformen des Socialismus, und wieviel auch von der provisorischen Regierung grade für diese Partei gethan wurde, sie gab sich nie zufrieden.

Auch die Arbeiter waren unzufrieden. Die Verhandlungen der Arbeiter-Versammlung im Luxembourg hatten noch nichts Ersprießliches geleistet. Louis Blanc mit seinen Theorien vermochte doch nichts Praktisches ins Leben zu führen und so nahm die Noth unter den Arbeitern mit jedem Tage mehr und mehr überhand und daher auch mit jedem Tage die Unzufriedenheit derselben.

Alle Parteien verlangten von der Regierung, daß sie mit Kraft auftreten und schnell etwas schaffen sollte, um diejenigen Gesetze, welche von früher her den Haß der Bevölkerung auf sich geladen hatten, welche den neuen republikanischen Institutionen nicht mehr gemäß waren, durch Neue zu ergänzen.

Die Regierung war rastlos thätig, fast täglich erschienen von ihr Kundgebungen, welche Zeugen ihres Fleißes waren, aber dennoch konnte sie den Forderungen, welche man an sie stellte, nicht genügen, denn es war unmöglich, alle Parteien zu befriedigen. Bald waren die Maßregeln der socialistischen Partei zu unbedeutend, zu wenig durchgreifend, zu wenig den socialen Reformen angemessen, bald fand die gemäßigt republikanische Partei diese Maßregeln zu terroristisch, zu entschieden.

Die Regierung fand sich außerdem auch in Geldverlegenheit. Waren schon unter der Regierung Louis Philipps die Finanz-Verhältnisse im höchsten Grade traurige, so konnte es nicht fehlen, daß die Geldverlegenheiten unter der neuen Regierung sich wiederholen, sich verstärken mußten.

Durch die Revolution selbst waren die bedeutendsten Aus-

fälle in den Steuern hervorgebracht worden; einige der verhaßtesten Abgaben, so die Getränk-Steuer und dergleichen mehr, hatten sofort, dem gebieterischen Willen des Volkes gemäß, aufgehoben werden müssen, und es konnte daher nicht ausbleiben, daß zu den oft kostspieligen Maßregeln der Regierung die Mittel nicht im genügenden Maaße vorhanden waren; es mußte dies um so mehr der Fall sein, als ein ganz neues Verwaltungswesen hatte eingerichtet werden müssen, und als die Mitglieder der provisorischen Regierung ihrerseits eben nicht die bedeutendsten Finanzmänner waren.

Die Regierung fand indessen eine bedeutende Stütze in dem Enthusiasmus der gemäßigt republikanischen Partei für die Republik. Aufforderungen zu freiwilligen Geschenken für den Staat cursirten in Paris und in den Provinzen und brachten nicht unerhebliche Summen ein, wenn auch diese Summen durchaus für die gewaltigen Ausgaben nicht hinreichten.

Waren alle die mitgetheilten Verhältnisse Gründe zur Unzufriedenheit, so sollte doch bald noch ein anderer Grund die Unzufriedenheit aller Parteien erhöhen und die Veranlassung zu unruhigen Auftritten geben. Es war dies wiederum die Frage, welche schon die unruhigen Scenen des 17. März veranlaßt hatte, nämlich die Frage um Zusammenberufung der Nationalversammlung.

Die Socialisten beruhigten sich noch immer nicht mit der baldigen Zusammenkunft der Nationalversammlung, es lag die Fortdauer der Diktatur zu sehr in ihrem Interesse, sie wünschten den Zusammentritt deshalb noch aufgeschoben, und in der Regierung selbst hatten sich in dieser Beziehung zwei Parteien gebildet, welche mit jedem Tage sich schroffer gegenüber

gegen die Forderungen der Arbeiter, in keiner Weise vermindert. Die Reden in den Klubs wurden im Gegentheile mit jedem Tage wilder, mit jedem Tage stürmischen.

Auch in der Regierung selbst zeigten sich wieder die alten Zerwürfnisse, je näher der Zeitpunkt der Wahlen heranrückte. Die beiden Parteien traten sich wieder schroffer gegenüber, und in Paris bereitete sich eine geheime Agitation zu Gunsten einer oder der andern Partei der Regierung vor.

Die Klubs beabsichtigten in der Mitte des April, am 16., eine gewaltige Demonstration, um ihren Willen, die Verschiebung der Wahlen, durchzusetzen. Alle extremen Führer der Klubs waren bei dieser Demonstration betheiligt, und es wurden dieselben unter der Hand von einigen einflußreichen Mitgliedern der socialistischen Partei in der Regierung begünstigt.

Die verschiedenen Parteien der Regierung unterhielten jede ihre eigene Polizei in Paris; man hatte Mißtrauen gegen einander und man ließ sich daher bewachen, weil jede Partei eine Verschwörung der andern fürchtete.

So erfuhr denn Lamartine schon am 14. und 15. April, daß in der That mit der Demonstration der Klubs gewaltsame Maßregeln beabsichtigt wurden. Die extreme sociale Partei wollte die gemäßigten Mitglieder der Regierung aus derselben hinausstoßen, sie wollte eine neue Dictatur begründen und dieselbe einem Wohlfahrtsausschuß übertragen, wollte die Wahldekrete rückgängig machen, die ganze Regierungsgewalt in der Hauptstadt concentriren und erst nachdem man vollkommen einer socialistischen Majorität sicher sei, einen Convent berufen, zu dem indessen nur diejenigen Männer in Paris und den Provinzen zur Wahl berechtigt sein sollten,

von deren demokratisch-republikanischer Gesinnung man überzeugt sein durfte.

Vergeblich bemühten sich selbst mehrere Mitglieder der socialistischen Partei in der Regierung, wie Louis Blanc und Albert, die Demonstration, welche am 16. April bevorstand und deren Folgen unberechenbar waren, zu hintertreiben. Vergeblich bemühten sie sich, durch ihre Anhänger in den Klubs, wenigstens einer solchen Demonstration alles Gewaltthätige zu nehmen; die Bewegung war schon zu weit vorgeschritten, die Köpfe waren erhitzt durch die vielen enthusiastischen und feurigen Reden in den verschiedenen Klubs und es lag daher jetzt nur in der Macht der provisorischen Regierung, sich vorzubereiten auf die Ereignisse des 16. April.

8.

Schon am 15. April wurden von der Regierung alle Vorbereitungen getroffen, um die am 16. von den Klubs beabsichtigte Demonstration, wenn auch nicht zu verhindern, denn das war, wie wir bereits bemerkt haben, unmöglich, doch wenigstens unschädlich zu machen.

Die Regierung verhehlte sich nicht, daß in einer Zeit, wo die Gemüther auf das Bedenklichste bewegt waren, eine großartige Demonstration der Klubs von einem furchtbaren Einflusse auf die Geschicke Frankreichs sein konnte.

Gelang es den Klubs, die gesammte Arbeiter-Bevölkerung aufzubieten, gelang es ihnen, ihre Pläne durchzusetzen, dann war eine Zeit des Terrorismus, ähnlich dem der großen französischen Revolution, nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, denn unter denn socialen Republikanern fanden sich

nur zu viele Sympathien für einen solchen Terrorismus, von dem diese Partei allein die Einschüchterung der im ganzen Lande noch so starken legitimistischen, orleanistischen und napoleonistischen Partei hoffte. Nur durch Terrorismus glaubte sie alle Monarchisten besiegen und die Republik befestigen zu können.

Der Plan der Regierung war vor allen Dingen, sich festzusetzen in dem Stadthause, welches in allen Revolutionen stets derjenige Punkt in Paris gewesen war, auf welchem die Regierungen gesiegt hatten oder gefallen waren. Im Stadthause wollte daher Lamartine seine Position nehmen, dasselbe auf alle Fälle mit der höchsten Energie vertheidigen und von dort aus weiter zu wirken suchen.

Die Offiziere der Nationalgarde, die Eleven der politechnischen Schule, so wie alle zuverlässigen Anhänger der provisorischen Regierung, wurden von der Demonstration des folgenden Tages vorher benachrichtigt und aufgefordert, sich zu bewaffnen, um bei den ersten Tönen der Sturm-Glocke nach dem Stadthause zu eilen und die provisorische Regierung in demselben zu beschützen.

Agenten der Regierung durcheilten am Abend des 15. die ganze Stadt und Mitglieder der Regierung selbst: Garnier Pagés, Marie, Marrast und andere waren auf das Eifrigste thätig.

Dessen ungeachtet täuschte sich Lamartine doch darüber nicht, daß die Sache eine mindestens höchst gefährliche sei und er verbrannte deshalb alle diejenigen Papiere, welche im Falle einer Niederlage der Regierung dem Terrorismus der socialen Republikaner hätten Vorschub geben können. Schon in diesem Verbrennen der Papiere lag eine gewisse Furcht-

samkeit; noch grösser zeigte sich aber diese, zeigte sich die äußerste Besorgniß in einer Nachgiebigkeit, welche die Regierung dem Volkswillen in Paris an jenen Abend ausdrückte.

Die Regierung war schon mehrere Tage vorher von den Vorbereitungen der Klubs, durch Bewaffnung, durch Anschaffung von Munition, benachrichtigt gewesen; einige Haussuchungen hatten allerdings stattgefunden, an einigen Orten war Munition mit Beschlag belegt worden, aber man hörte damit auf, indem man fürchtete, die Stimmung zu sehr zu erbittern. Dagegen erschien in einem Regierungs-Journal, welches hauptsächlich von Ledrü Rollin abhängig war, ein Manifest, welches die bevorstehenden Wahlen besprach und in dem wörtlich folgende Stellen enthalten waren: „Wenn die Wahlen die sociale Wahrheit nicht triumphiren machen, wenn sie statt dessen der Ausdruck von Privat-Interessen sind, heimtückischer Weise dem vertrauenden Volke entrissen, so wird es für das Volk, das Barrikaden macht, nur den einen Weg des Heils geben, seinen Willen zum zweiten Mal zu zeigen, und die Entscheidung einer falschen Nationalrepräsentation hinauszuschieben..... Paris betrachtet sich mit Recht als den Bevollmächtigten von ganz Frankreich...... an vielen Orten in Frankreich sucht der Reichthum mit bewaffneter Hand seine Privilegien aufrecht zu erhalten; die also handeln, zwingen uns, sie zu besiegen, während wir sie nur überreden wollten."

Diese Sprache war offenbar eine Concession, welche von der Regierung den Ultra-Radikalen gemacht wurde, um dieselben einigermaßen günstig für sich zu stimmen, indem man denselben zeigte, daß auch die Regierung Willens sei, die Revolution im vollsten Maaße aufrecht zu erhalten, falls dieselbe

durch die Zusammenberufung der Nationalversammlung gefährdet werden sollte, falls etwa die Provinzen noch nicht vorbereitet genug wären, im allgemeinen Stimmrecht eine Versammlung zu wählen, welche die Revolution in ihrem vollen Umfange aufrecht zu erhalten vermöchte.

Wie jede schwache Nachgiebigkeit einer Regierung, hatte auch diese keine andere Folge, als daß sie den Muth der Klubs nur erhöhte.

Am Abend des 15. waren alle Klubs in Permanenz; sie hatten sich Waffen und Munition in hinlänglichem Maaße verschafft und beschickten sich gegenseitig durch Deputationen, um die Demonstration des folgenden Tages zu verabreden.

Sie beschlossen, in gewaltigen Massen hinauszuziehen nach dem Marsfelde, von dort nach dem Stadthause zu gehen, um dasselbe zu stürmen und die provisorische Regierung abzusetzen. An die Stelle derselben sollte ein Wohlfahrtsausschuß treten, in welchem Ledrü Rollin, Louis Blanc, Albert und die bedeutendsten Führer der Klubs eine Stelle haben sollten; Blanqui indessen, der am meisten terroristische Führer der terroristischen Klubs, sollte nicht in die neue Dictatur gelangen, denn von ihm fürchteten die übrigen Führer der Klubs einen zu gewaltigen Einfluß.

Der Morgen des 16. April brach an und mit ihm für Paris ein Tag der bangsten Erwartung.

Vom frühsten Morgen an durchzogen kleine Trupps, mit Trommeln und rothen Fahnen voran, die Straßen der Stadt, und wendeten sich nach dem Marsfelde.

Im Palais Royal und den angrenzenden Straßen wurden die Läden geschlossen, denn Jedermann fürchtete einen wild bewegten Tag. Auf dem Marsfelde sammelten sich im-

mer grössere Volksmassen. Gegen 11 Uhr waren bereits 30—40,000 Menschen versammelt, welche bereit waren, in die Stadt zu ziehen und den Plänen der Klubs zu dienen.

Aber noch waren diese Massen nicht geordnet, noch fehlten die Hauptführer der Bewegung; erst gegen 2 Uhr sollte der Zug nach dem Stadthause beginnen.

Während dieser Zeit war Lamartine im Stadthause selbst nicht unthätig. Seine grösste Sorge war die gewesen, daß Ledrü-Rollin, das Haupt der Revolutions-Partei innerhalb der provisorischen Regierung, einverstanden sein könnte mit den Plänen der Verschwörer, welche ihn selbst an die Spitze des Wohlfahrts-Ausschusses zu setzen beabsichtigten.

Eine Unterredung, welche Lamartine am Morgen des 16. mit dem Minister des Innern hatte, zerstreute diese Besorgnisse, denn Ledrü-Rollin sprach es offen gegen Lamartine aus, daß er dieser Demonstration eben so sehr entgegen sei, als Lamartine selbst, und er zeigte sich bereit, mit allen Kräften zur Unterdrückung derselben hinzuwirken.

Lamartine und Ledrü-Rollin verabredeten, daß Ersterer sich nach dem Stadthause begeben und dasselbe vertheidigen solle, während Ledrü-Rollin die Nationalgarde allarmiren und mit dieser der Demonstration entgegenwirken sollte.

Diese Verabredung wurde in der That auch ausgeführt. Lamartine nahm seinen Posten im Stadthause ein, welches durch drei Bataillone Mobilgarde unter dem Befehl des General Changarnier besetzt wurde. Die Bataillone wurden in die Höfe und die mit Eisengittern umgebenen Gärten des Stadthauses postirt, um dieses längere Zeit halten zu können. Außerdem wurden durch Matrast und einige andere Anhänger der Regierung ein Bataillon Freiwillige der Revolution,

um jede Möglichkeit eines Aufstandes zurückzuhalten. Der Ruf: „Es lebe Lamartine! Nieder mit den Communisten!“ ertönte bis zum frühen Morgen.

Die provisorische Regierung hatte einen vollständigen Sieg errungen, einen Sieg, über den fast alle Mitglieder derselben, selbst die revolutionaire Partei, frohlockten. Nur Louis Blanc und Albert waren nicht besonders mit demselben zufrieden und äußerten sich hart darüber, daß man eine unschuldige Manifestation des Volkes durch Aufbieten von Nationalgarde zurückgewiesen habe.

3.

Wie leicht auch am 16. April die provisorische Regierung ohne Blutvergießen gesiegt hatte, so fühlte sich dieselbe trotzdem noch immer nicht ganz sicher. Sie war sich sehr wohl bewußt, daß der Sieg nur dadurch errungen worden sei, daß die Minorität der Socialisten in der Regierung selbst mitgewirkt habe zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung, zur Vermeidung eines Kampfes. Ganz anders würden sich die Ereignisse des 16. April gestaltet haben, wenn auch nur einige der revolutionairen Häupter in der Regierung selbst sich an die Spitze des Volkes gestellt und die Bildung eines Wohlfahrts-Ausschusses, einer neuen terroristischen Dictatur mit ihrem Ansehen befördert hätten. Ein Sieg der gemäßigten Majorität war in diesem Falle höchst zweifelhaft, da auch ein Theil der Nationalgarde, und besonders der Mobilgarde, welche am 16. sich alle auf Seiten der provisorischen Regierung gehalten hatten, sich auf die Seite der revolutionairen Partei gestellt hätten.

Die Zerwürfnisse in der Regierung waren allerdings für den Augenblick beseitigt, aber sie waren nicht vernichtet. Die Meinungsverschiedenheit blieb immer dieselbe und die Majorität fürchtete sehr, die revolutionaire Partei werde vielleicht bald sich ihrer Macht bewußt werden und gegen die Minorität auftreten. Die Regierung wünschte deshalb ganz besonders, daß die Truppen, welche nach der Februar-Revolution Paris hatten verlassen müssen, wieder in die Hauptstadt zurückkehrten. Sie hoffte in diesen, vereint mit der gemäßigten Nationalgarde und den Mobilgardisten, so wie den Zöglingen der Schulen, eine Stütze für die gemäßigte Republik zu finden.

Auf die Generäle, welche zum größeren Theil nach orleanistisch, napoleonistisch oder überhaupt legitimistisch gesinnt waren, konnte sie sich bei der Bekämpfung der revolutionairen Partei sicher verlassen.

Es war indeß schwer, die Truppen nach Paris zurückzurufen, ohne dem Volke Mißtrauen einzuflößen gegen die Absichten der Regierung, dem Volke, welches nur zu leicht geneigt war, der Regierung monarchische Gelüste unterzulegen, welches diesen Verdacht gegen die gemäßigte Majorität schon zu wiederholten Malen ausgesprochen hatte.

Die Regierung nahm zu einer List ihre Zuflucht, indem sie ein großartiges Versöhnungsfest zwischen Truppen, Nationalgardisten und Mobilgardisten anstellte. Dieses Fest bestand in einer großen Revue, welche unter dem Namen der „Revue der Brüderlichkeit" am 21. April stattfand.

Mit Tagesanbruch des 21. April fand sich die provisorische Regierung beim Triumphbogen de l'étoil ein und ließ an sich die Regimenter, so wie die Bataillone der National-

und Mobilgarde von 8 Uhr Morgens an unter Trommelschlag und mit klingendem Spiel vorübermarschiren.

Das Vorbeimarschiren dauerte beinahe den ganzen Tag; gegen 350,000 Mann hatten, nach der Berechnung von alten Offizieren, an diesem Tage die Revue passirt.

Die Truppen blieben, versöhnt mit der Nationalgarde, nach diesem Tage zum größeren Theile in Paris, so daß jetzt die Hauptstadt wieder eine Besatzung von etwa 20,000 Mann Infanterie, Artillerie und Kavallerie hatte.

Der Revue der Brüderlichkeit folgte bis zum Zusammentritt der National-Versammlung, am 4. Mai, eine Zeit der Ruhe, freilich nur der äußeren Ruhe, denn im Innern des Volkes herrschte ein reges, wildbewegtes Leben; alle Parteien waren in der gewaltigsten Aufregung, der Wahlkampf wurde mit der größten Heftigkeit betrieben; die Klubs hatten fast täglich Sitzungen und fertigten ihre Wahllisten an, bei welcher Gelegenheit wieder die Parteien sich auf das Schroffste gegenüber traten.

Anfangs waren auf fast allen Wahllisten, von den verschiedensten Parteien aufgestellt, die Namen aller Mitglieder der provisorischen Regierung. Der Name Lamartine's stand neben denen Louis Blanc's und Albert's, der Name Ledrü-Rollin's neben dem von Marrast. Die gemäßigten Republikaner standen auf derselben Liste mit den wüthendsten Socialisten.

Bald jedoch sahen die verschiedenen Klubs ein, daß eine solche Zusammenstellung eine unmögliche sei, und wenige Tage vor dem Osterfeste, dem Wahltermine, wirkten die Parteien naturgemäßer und stellten entweder die Einen oder die Anderen als ihre Kandidaten auf.

Die Monarchisten verfuhren bei dieser Gelegenheit der ersten allgemeinen und direkten Wahl mit großer Klugheit; sie gaben sich, den Verhältnissen Rechnung tragend, ganz den republikanischen Anschein, und schlugen sich natürlicher Weise auf die Seite der gemäßigten Republikaner, so daß diese fast überall den Sieg davon trugen, wenn auch die Zahl der in die National-Versammlung gewählten Socialisten eine nicht unbedeutende war.

Nur in den Departements, wo sie ihres Sieges sicher sein konnten, traten die Legitimisten mit ihren Absichten deutlicher hervor und stellten die als schroffe Legitimisten bekannten Persönlichkeiten als ihre Kandidaten auf.

Der Wahltag kam heran, die Wahlen wurden vollzogen und das Volk betheiligte sich in ungeheurer Anzahl bei denselben.

Wenn in früheren Zeiten ein großer Theil des Volkes von der Wahlurne zurückgeblieben war, zeigte sich jetzt gerade die entgegengesetzte Erscheinung, indem die ganze Bevölkerung, mit geringer Ausnahme, von dem Rechte der ersten allgemeinen, direkten Urwahl Gebrauch machte und ihre Stimmzettel in die Wahlurne legte.

Es heftig die Parteikämpfe vor der Abgabe der Stimmzettel gewesen waren, so wurde doch in ganz Frankreich der Wahltag selbst in der größten Ruhe, im tiefsten Frieden vollbracht.

Nur in Rouen, wo in der Umgegend in den Dörfern gegen 40,000 Arbeiter wohnen, kam es zu höchst unruhigen, bedauerlichen Auftritten, nachdem es sich gezeigt hatte, daß die Wahlen nicht im Sinne der socialistischen Arbeiter-Bevölkerung ausgefallen waren. Es kam hier sogar zu Kämpfen,

bei denen indessen Nationalgarde und Militair, vereinigt, den Sieg über die Arbeiter davon trugen.

Die bedeutendste Gefahr für die provisorische Regierung, für das Bestehen der Republik in Frankreich, war von dem Augenblick an beseitigt, wo die Wahlzettel in der Wahlurne lagen, und daher eine Repräsentation des Volkes geschaffen war.

Die Wahl fiel so aus, wie man von vorn herein sie hatte erwarten können. Die Majorität in der National-Versammlung bildeten die gemäßigten Republikaner, welche meistens sogar mit einer ungeheuren Majorität in den einzelnen Departements gewählt worden waren.

Lamartine selbst wurde zehnmal gewählt und erhielt mehr denn zwei Millionen Stimmen.

Auch die übrigen Mitglieder der gemäßigten Majorität in der Regierung wurden sämmtlich mehrfach mit großer Stimmenzahl gewählt.

Nur durch eine ziemlich feste Organisation der socialistischen Partei war es auch dieser gelungen, eine bedeutende Anzahl ihrer Kandidaten in die National-Versammlung zu bringen.

In Corsika waren zwei Bonaparte's gewählt worden: Pierre Bonaparte und Louis Napoleon Bonaparte. —

Am 4. Mai wurde die National-Versammlung mit einer einfachen, aber doch bedeutsamen Feierlichkeit eröffnet. Die Regierung hatte sich im Finanz-Ministerium vereinigt; sie ging zu Fuß auf den Boulevards durch ein von 100,000 Mann Nationalgardisten gebildetes Spalier. Vor ihr her ging der General der Nationalgarde und sein Generalstab.

So begab sich unter dem Jubelgeschrei des Volkes die Regierung nach dem Saale der National-Versammlung.

Sie wurde von den 900 Repräsentanten Frankreichs mit dem Jubelruf: „Es lebe die Republik!" empfangen.

Dupont de L'Eure, der greise Präsident der provisorischen Regierung, legte die unbegrenzte Gewalt, welche die Regierung durch die Revolution empfangen hatte, in die Hände der Repräsentanten des Volkes nieder.

Die Versammlung beschäftigte sich drei Tage lang mit der Prüfung der Wahlen, der Vollmachten, und wählte dann Buchez zum Präsidenten.

Am 7. Mai legte die provisorische Regierung durch Lamartine Rechenschaft ab über ihre bisherige Thätigkeit seit der Revolution. Wir müssen die Rede Lamartine's dem Leser unverkürzt wiedergeben, denn sie ist ein historisches Aktenstück von der höchsten Wichtigkeit. Sie lautet folgendermaßen:

„Bürger, Volksvertreter, in dem Augenblicke, in welchem Sie die Ausübung Ihrer Souveränetät beginnen, in dem Augenblicke, in welchem wir die Gewalt, welche die Revolution uns provisorisch anvertraut hatte, in Ihre Hände niederlegen, müssen wir Ihnen vor Allem Rechenschaft darüber ablegen, in welcher Lage wir das Vaterland gefunden haben und in welcher Sie selbst es finden.

Eine Revolution ist am 24. Februar ausgebrochen; das Volk hat den Thron umgestürzt und hat auf seinen Trümmern geschworen, von nun an allein und ungetheilt durch sich selbst zu regieren. Es hat uns beauftragt, während der Zwischenregierung, die es zu überstehen hatte, den Gefahren vorzubeugen, und die Angelegenheiten des Landes zu leiten, um in Ordnung und ohne Anarchie zu der einstimmig angenom-

menen, bestimmten Regierungsform gelangen zu können. Unser erster Gedanke war, die Zwischenregierung zu verkürzen und sobald wie möglich die Nationalversammlung, in welcher allein das Recht und die Stärke ruht, zu berufen. Wir, die wir nur Bürger sind, wie jeder andere, die wir nur von dem Hinblicke auf die öffentliche Gefahr uns angetrieben fühlten, haben ohne anderes Anrecht, als unsere Hingebung, mit Zagen die Leitung der Geschicke des Vaterlandes in die Hand genommen; wir sind ungeduldig, sie wieder abzugeben, und haben keinen andern Ehrgeiz als den, die Dictatur in den Schooß des souveränen Volkes niederzulegen.

Als der Thron stürzte, als die Dynastie von selbst verschwand, proclamirten nicht wir die Republik; sie hat sich selbst durch den Mund des Volkes proclamirt; wir haben nur den Ruf der Nation aufgezeichnet.

Unser erster Gedanke, wie das erste Bedürfniß des Landes nach der Proclamirung der Republik, war die Wiederherstellung der Ordnung und der Sicherheit in Paris. Bei diesem Werke, welches zu einer andern Zeit und in einem andern Lande schwieriger und verdienstlicher gewesen wäre, hatten wir uns der Mitwirkung der Bürger zu erfreuen. Während das hochherzige Volk in der einen Hand noch die Waffe hielt, mit der er das Königthum niedergeschmettert hatte, hob es mit der andern die Besiegten und Verwundeten der Gegenpartei auf. Es schirmte Leben und Eigenthum der Bewohner; es bewahrte die öffentlichen Denkmale. Jeder Bürger von Paris war gleichzeitig Soldat der Freiheit und freiwilliger Diener der Ordnung. Die Geschichte hat sie aufgeschrieben, die unzähligen Thaten des Heldenmuthes, der Ehrlichkeit, der Uneigennützigkeit, welche diese ersten Tage der

Republik auszeichneten. Bisher hatte man zuweilen dem Volke geschmeichelt, indem man zu ihm von seinen Tugenden sprach; die Nachwelt, welche nicht schmeichelt, wird alle Worte nicht der Würde angemessen finden, welche das Volk von Paris in dieser Krise behauptete.

Auf die Eingebung des Volkes erließen wir das erste Decret, das seinem Siege die wahre Bedeutung geben sollte, das Decret über Aufhebung der Todesstrafe bei politischen Vergehen; es veranlaßte, es begrüßte, es unterzeichnete dasselbe mit einer Acclamation von zweimalhunderttausend Stimmen auf dem Platze und auf dem Quai des Stadthauses. Nicht ein zorniger Ruf protestirte. Frankreich und Europa begriffen, daß der Geist Gottes in den Massen waltete, und daß eine Revolution, eingeweiht von der Größe der Seele, rein sein würde, wie eine Idee, heilig wie eine Tugend.

Die auf einen Augenblick nicht als Symbol der Bedrohung und der Unordnung, sondern als Symbol des augenblicklichen Sieges erhobene rothe Fahne ward von den Streitern selbst entfernt, um die Republik mit dieser dreifarbigen Fahne zu decken, welche ihre Wiege beschattet, und den Ruhm unserer Waffen auf allen Continenten und allen Meeren begleitet hat.

Nach Gründung der Autorität der Regierung zu Paris mußte für Anerkennung der Republik in den Departements, in den Colonien, in Algerien, in der Armee gesorgt werden; telegraphische Nachrichten und Couriere reichten dazu hin. Frankreich, die Colonien, die Armeen erkannten ihren eignen Gedanken in der Republik; es gab keinen Widerstand gegen die Einsetzung der neuen Regierung, weder von einer Hand,

noch von einer Stimme, noch von einem freien Herzen in Frankreich.

Unser zweiter Gedanke war nach außen. Europa erwartete unschlüssig Frankreichs erstes Wort; dieses erste Wort war Aufhebung der reactionären Verträge von 1815, thatsächlich und von Rechtswegen, die unserer auswärtigen Politik wiedergegebene Freiheit, die Erklärung des Friedens für alle Länder, der Sympathie für die Völker, der Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Mäßigung gegen die Regierungen. Frankreich entsagte in diesem Manifeste seinem Ehrgeize, aber nicht seinen Ideen; es ließ sein Princip glänzen. Das war sein ganzer Krieg. Der besondere Rechenschaftsbericht des Ministers des Auswärtigen wird Ihnen sagen, wozu das System dieser unverhohlenen Diplomatie geführt hat, was es Berechtigtes und Großes für die Einflüsse Frankreichs bewirken wird.

Diese Politik gebot dem Kriegsminister Maßregeln im Einklange mit diesem Systeme der bewaffneten Unterhandlung. Er stellte die kaum wankende Disciplin wieder her, er rief ehrenvoll die Armee nach Paris zurück, welche einen Augenblick aus unseren Mauern entfernt geblieben war, um das Volk selbst sich bewaffnen zu lassen. Das nun unüberwindliche Volk stand nicht an, seine Brüder von der Armee laut zurückzufodern, nicht zur Sicherung, sondern als einen Schmuck der Hauptstadt. Die Armee besetzte Paris gleichsam nur wie einen Ehrenposten, damit unseren tapferen Soldaten bewiesen würde, daß die Hauptstadt des Vaterlandes allen seinen Kindern gehört.

Wir decretirten ferner die unverweilte Bildung von vier

Beobachtungsheeren: der Alpen, des Rheines, des Nordens und der Pyrenäen.

Unsere Marine, welche als Frankreichs zweite Armee den Kriegsminister anvertraut wurde, ward unter ihren Führern in von dem Gefühle der Wachsamkeit gebotener Disciplin vereinigt. Die Flotte von Toulon ging ab, unsere Farben den Freunden Frankreichs an den Gestaden des Mittelmeeres zu zeigen.

Die Armee in Algier hat nicht einen Augenblick gezögert. Die Republik und das Vaterland vereinigten sich in ihren Augen zu einer einzigen Pflicht. Ein Führer, dessen republikanischer Name, dessen Gesinnungen und Talente der Armee wie der Republik eine Bürgschaft waren, der General Cavaignac, erhielt den Oberbefehl über Algerien.

Die bis in die heiligsten Institutionen eingedrungene Corruption nöthigte den Justizminister zu von der öffentlichen Meinung geforderten Purificationen. Justiz und Politik mußten sofort geschieden werden. Der Minister schritt mit Schmerz, aber unbeugsam zu dieser Trennung.

Mit der Proclamirung der Republik hatte aber der Ruf Frankreichs nicht blos eine Regierungsform, sondern ein Princip aufgestellt. Dies Princip ist das der angewandten Demokratie, Gleichheit der Rechte, Brüderschaft durch die Institutionen. Die durch das Volk vollbrachte Revolution sollte nach unserer Ansicht zum Besten des Volkes in einer Reihe brüderlicher und schützender Institutionen sich organisiren, welche dazu geeignet wären, Allen persönliche Würde, Unterricht, Bildung, Lohn, Sittlichkeit, Gelegenheit zu Arbeit, Wohlstand, Antheil am Eigenthum zugänglich zu machen, den knechtischen Namen Proletarier abschaffen,

welche den Arbeiter in Bezug auf Recht, Pflicht und Wohlergehen auf gleiche Stufe mit den mehr Besitzenden stellten. Die Einen höher zu stellen und zu bereichern, ohne die Andern zu erniedrigen, das Eigenthum zu bewahren und es durch Vervielfältigung und größere Vertheilung wirkungsreicher und geheiligter zu machen, die Steuern so zu vertheilen, daß der Stärkste am schwersten zu tragen hat, und die Schwächern unterstützt werden, durch den Staat die Arbeit herbeischaffen, wenn sie zufällig bei Einschüchterung des Capitales ausbleibt, damit es in ganz Frankreich keinen Arbeiter gäbe, dem mit dem Lohne das Brot mangeln könnte, endlich mit den Arbeitern selbst das Wahre und Praktische der Associationen zu erforschen, und die noch räthselhaften Theorien und Systeme zu untersuchen, um gewissenhaft über ihre Anwendbarkeit urtheilen, und ihre Irrthümer darlegen zu können, das war die Absicht der Regierung in allen Decreten, deren Ausführung oder Begründung sie dem Finanzminister, dem Minister der öffentlichen Arbeiten, oder der Commission des Luxemburg anvertraute, diesem Congresse für die Arbeits- und Industrieverhältnisse, der von fleißigen und verständigen Abgeordneten aller Arbeiter-Professionen unterstützt, und von zwei Mitgliedern der Regierung selbst geleitet wurde.

Der plötzliche Fall der Monarchie, die Unordnung in den Finanzen, die augenblickliche Rathlosigkeit einer ungeheuren Menge Fabrikarbeiter, die Erschütterungen, welche die arbeitslosen Massen der Gesellschaft verursachen konnten, wenn ihre Geduld, ihre Hingebung nicht bewunderungswürdig gewesen wären; die fällige Schuld von beinahe einer Milliarde, welche die gestürzte Regierung den beiden ersten Monaten der Republik aufgeladen hatte, die industrielle und

commerzielle allgemeine Krise auf dem Continent und in England, welche mit der politischen Krise zu Paris zusammentraf; die übermäßige Anhäufung von Eisenbahnactien und anderen ähnlichen Papieren, welche in den Händen der Privatleute und der Banquiers von dem panischen Schrecken der Capitale entwerthet wurden, endlich der Umstand, daß zu Zeiten politischer Erschütterung und socialen Schreckens die Einbildungskraft der Bevölkerung aufgeregt wird und Nichts im richtigen Lichte erblickt — Alles dies hatte das arbeitende Capital aufhören, das baare Geld verschwinden lassen, der freien Arbeit, der einzigen für fünfunddreißig Millionen Menschen hinreichenden Arbeit ein Ende gemacht; man mußte hier vorläufig Hülfe schaffen, oder alle Prinzipien, alle Klugheit, welche zum Besten der Republik dienen konnten, verleugnen. Der Finanzminister wird Ihnen mittheilen, welche Maßregeln einstweilen bei diesem Verschwinden der Arbeit und des Capitals getroffen worden sind, um die Zeit erwarten zu können, wo das endlich wiedergekehrte Vertrauen das Capital wieder in die Hände der Fabrikanten, den Lohn den Arbeitern wiedergeben wird und wo Ihre Weisheit und Ihre nationale Gewalt allen diesen Schwierigkeiten zu begegnen im Stande sein wird.

Das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes und des Cultus wurden in einer Hand vereinigt und gaben der Regierung Gelegenheit, dem Lande zu zeigen, welche neue Stellung die Republik einnehmen sollte in Bezug auf die Nothwendigkeit eines nationalen Unterrichtes und einer thatsächlicheren Freiheit der von dem Gewissen und dem Gesetze gleichen und freien Culte.

Das Ministerium des Ackerbaues und des Handels, welches seinem Wesen nach der Politik fremd ist, konnte nur mit

Eifer und Umsicht die neuen Institutionen, welche dem ersten der nützlichen Gewerbe Vortheil bringen sollte, vorbereiten und entwerfen. Es leitete die Hand des Staates auf die darniederliegenden Interessen des Handels, welche Sie allein durch Sicherheit wieder erheben können.

Dies waren die Zwecke, auf welche wir fortwährend unser Augenmerk richteten. Mit Hülfe der Vorsehung, die niemals augenscheinlicher der Sache der Völker und des menschlichen Geistes ihren Schutz hat angedeihen lassen, mit Hülfe des Volkes selbst, das niemals mehr Vernunft, Bürgersinn, Edelmuth, Geduld, Sittlichkeit, wahre Civilisation, die fünfzig Jahre unvollkommene Freiheit in ihm haben entstehen lassen, gezeigt hat, haben wir, ohne Zweifel nur unvollkommen, aber doch nicht ohne Glück, einen Theil der großen und gefährlichen Aufgabe erfüllen können, welche in Folge der Ereignisse uns geworden war.

Wir haben die Republik begründet, diese Regierung, welche man in Frankreich für unmöglich hielt, außer wenn sie Krieg mit dem Auslande, Bürgerkrieg, Anarchie, Gefängnisse und Schaffot mit sich brächte. Wir haben gezeigt, daß die Republik sich wohl verträgt mit dem europäischen Frieden, mit innerer Sicherheit, mit freiwilliger Ordnung, mit persönlicher Freiheit, mit der Sanftheit und der Gefälligkeit der Sitten einer Nation, für welche der Haß etwas ihr Widerstrebendes und die Eintracht ein nationaler Trieb ist.

Wir haben die großen Prinzipien der Gleichheit, der Brüderlichkeit, der Einheit verbreitet, welche, indem sie sich in unsern von Allen und für Alle gemachten Gesetzen entwickeln, die Einheit des Volkes durch die Einheit der Vertretung zu Stande bringen müssen.

Wir haben das Bürgerrecht allgemein gemacht, indem wir das Wahlrecht auf Alle ausdehnten, und die allgemeine Stimmgebung hat uns geantwortet.

Wir haben das ganze Volk in der Nationalgarde bewaffnet, und das ganze Volk hat uns damit geantwortet, daß es die Waffe, die wir ihm verliehen, einstimmig der Vertheidigung des Vaterlandes, der Ordnung und der Gesetze weihte.

Wir haben die Zwischenregierung ohne andere ausübende Kraft, als die moralische, gänzlich waffenlose Autorität, deren Recht uns die Nation gern zuerkannte, überstanden, und dieses Volk hat eingewilligt, sich durch das Wort, durch unsere Rathschläge, durch seine eigenen, edelmüthigen Eingebungen regieren zu lassen.

Wir haben länger als zwei Monate in einer Zeit der Krise gelebt, wo Arbeitsstillstand, Noth, politische Aufregung, soziale Beängstigung, Leidenschaften in einer Hauptstadt von anderthalb Millionen vorhanden waren, ohne daß das Eigenthum angegriffen, ohne daß ein einziges Leben bedroht worden ist, ohne daß eine einzige gewaltsame Maßregel, eine einzige Aechtung, eine einzige politische Einkerkerung im Namen der Regierung stattgefunden und Paris mit Trauer erfüllt hat, ohne daß ein einziger Blutstropfen von uns vergossen worden ist. Wir können nach dieser langen Dictatur auf den öffentlichen Platz herabsteigen und uns unter das Volk mischen, ohne daß ein einziger Bürger uns sagen kann: „Was hast du mit diesem Bürger gethan?"

Ehe wir die National-Versammlung nach Paris beriefen, haben wir für Ihre Sicherheit und Ihre Unabhängigkeit vollständig gesorgt, indem wir die Nationalgarde bewaffneten

und organisirten, und Ihnen ein ganzes bewaffnetes Volk zur Schutzwache gaben. Es giebt keine gefährliche Partei mehr in einer Republik, wo keine Scheidung mehr besteht zwischen den politischen und den nichtpolitischen Bürgern, zwischen den bewaffneten und den unbewaffneten Bürgern; Jedermann hat sein Recht, Jedermann hat seine Armee; in einem solchen Staate ist die Empörung nicht mehr das letzte Recht des Widerstandes gegen die Unterdrückung, sondern ein Verbrechen. Derjenige, welcher sich vom Volke trennt, gehört nicht mehr zum Volke! Das ist die Einhelligkeit, der wir die Entstehung gegeben haben; sorgen Sie dafür, daß sie fortdaure; sie ist das gemeinsame Wohl.

Bürger, Volksvertreter! Unser Werk ist zu Ende, das Ihrige beginnt. Das Vorlegen eines Regierungs-Plans oder eines Verfassungs-Entwurfes würde von unserer Seite nur eine verwegene Verlängerung der Gewalt oder ein Eingriff in Ihre Souverainetät gewesen sein. Wir verschwinden in dem Augenblicke, wo Sie dastehen, um die Republik aus den Händen des Volkes zu empfangen. Wir erlauben uns nur als Bürger und nicht als Mitglieder der provisorischen Regierung Ihnen einen Rath zu geben und einen Wunsch auszusprechen. Diesen Wunsch, Bürger, spricht Frankreich mit uns aus; die Umstände lassen ihn entstehen. Verlieren Sie keine Zeit! Die Zeit ist eine der Hauptbedingungen bei menschlichen Krisen. Lassen Sie nicht, wenn Sie die Souverainetät an sich genommen haben, die Kräfte des Landes in einer neuen Zwischenregierung sich abspannen. Möge eine aus Ihrer Mitte hervorgegangene Regierungs-Kommission dafür Sorge tragen, daß die Gewalt nicht einen Augenblick länger unbestimmt und provisorisch über einem Lande schwebe,

welches Gewalt und Sicherheit nöthig hat; möge ein von Ihnen gewählter Verfassungs-Ausschuß ohne Verzug Ihren Berathungen und Ihrer Abstimmung den einfachen, kurzen, demokratischen Entwurf einer Verfassung übergeben, deren organische und untergeordnetere Gesetze Sie dann mit Ruhe berathen können.

Bis dahin legen wir, als Mitglieder der Regierung, unsere Gewalt in Ihre Hände nieder.

Wir geben auch vertrauensvoll Ihrem Urtheile alle unsere Handlungen anheim; wir ersuchen Sie nur, sich in die Zeit zurückzuversetzen, und auf die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen hatten, Rücksicht zu nehmen. Unser Gewissen macht uns über das, was wir gewollt, keinen Vorwurf; die Vorsehung hat unsere Bemühungen unterstützt. So amnestiren Sie denn unsere unfreiwillige Dictatur! Wir verlangen weiter nichts, als in die Reihen der guten Bürger wieder einzutreten.

Möge die Geschichte nur mit Nachsicht, weit entfernt von den großen Dingen, die durch Frankreich vollbracht worden sind, verzeichnen, was in diesen drei Monaten geschehen ist, welche die Leere zwischen einer gestürzten Monarchie und einer werdenden Republik ausfüllen, und möge sie statt der unbedeutenden und vergessenen Namen der Männer, welche sich für die öffentliche Wohlfahrt hingaben, nur zwei Namen in ihr Buch einzeichnen: den Namen des Volkes, welches Alles gerettet, und den Namen Gottes, der Alles auf den Grundlagen der Republik gesegnet hat."

Ein ungeheurer Jubel aller Deputirten und des gesammten Publikums antwortete dieser Rede Lamartine's, der beste Beweis dafür, daß in jenem Augenblick Frankreich in seiner

Repräsentation einverstanden war mit der Thätigkeit, welche die provisorische Regierung bisher entfaltet hatte.

Jeder Minister legte außerdem einen besonderen Rechenschafts-Bericht über seine Verwaltung ab und las ihn auf der Rednerbühne vor. Alle Berichte erhielten durch Beifallsbezeigungen der Versammlung die Bestätigung, daß die Minister ihre Pflicht erfüllt hätten. Besonders aber wurde Lamartine, der in einer bedeutsamen Rede die Lage der jungen Republik Europa gegenüber schilderte, und die Schritte, welche er gethan habe, um den Frieden zu unterhalten, rechtfertigte, mit rauschendem Beifall belohnt. Die Politik der provisorischen Regierung, gegenüber dem Auslande, sagte Lamartine, sei bezeichnet durch zwei Worte, sie sei gewesen eine bewaffnete Diplomatie. Das Ziel der provisorischen Regierung sei die Republik in Frankreich, die Anerkennung des natürlichen Fortschritts des liberalen und demokratischen Prinzips und dessen Vertheidigung gewesen; endlich aber auch der Frieden, wenn er möglich, ehrenvoll und sicher sei.

Lamartine gab eine Uebersicht der französischen Geschichte und der Stellung Frankreichs, gegenüber dem Auslande, unter den Bourbonen und Orleans; dann ging er über auf die Resultate, welche die bewaffnete Diplomatie der provisorischen Regierung auf dem Continent in den 72 Tagen des Bestehens der Republik hervorgebracht habe. Er schilderte die Revolutionen, welche fast in allen Staaten des Festlandes die Freiheit zur Geltung gebracht hatten, und zeigte, daß alle diese Zersetzungen des alten Systems hervorgebracht worden seien durch Frankreich, und daß besonders das freie und demokratische Deutschland sich nun auch nothwendiger Weise auf eine demokratische Macht stützen müsse, die keinen an-

deren Ehrgeiz habe, als die Allianz der Principien. Frankreich sei diese Macht.

Ein anhaltender, rauschender Beifall folgte dem Vortrage Lamartine's, wie dem der übrigen Minister, und die Versammlung votirte, daß die provisorische Regierung sich um das Vaterland verdient gemacht habe.

4.

Die National-Versammlung war gewählt und in voller Wirksamkeit, aber es waren dadurch bei weitem noch nicht alle Gefahren beseitigt für die junge Republik.

Noch war weder die monarchistische, noch die extrem-socialistische Partei besiegt. Die letztere hatte allerdings eine bedeutende Niederlage durch die Ereignisse im April erlitten; aber diese Niederlage war bald verschmerzt und schon im Mai erhoben die Führer der Clubs wieder kühn ihr Haupt und begannen neue Pläne zu schmieden, welche, wenn ihnen die Ausführung gelang, ihnen die Oberherrschaft sichern sollten.

In der National-Versammlung selbst begannen sich die Parteien zu sondern. Wir haben schon bemerkt, daß die Versammlung ihrer großen Majorität nach aus Mitgliedern der gemäßigt republikanischen Partei bestand, daß indessen auch die socialistische Partei in der Versammlung nicht unbeträchtlich vertreten war.

Die erste Frage, bei der die Parteien auseinanderzugehen begannen, war die, wie in der Zwischenzeit, bis zur beendigten Berathung über die Constitution, welche künftig in der Republik Frankreich herrschen sollte, die Executivgewalt zusammengesetzt sein sollte.

Die socialistische Partei wünschte einen Dictator an der Spitze des Landes. Sie hätte am liebsten Ledru-Rollin als einen solchen gesehen; aber sie hätte sich auch der Dictatur Lamartine's gefügt. Die socialistische Partei sah sehr wohl ein, daß Frankreich sich noch immer nicht auf dem Standpunkte der friedlichen Entwickelung befand, daß noch mancher Kampf überstanden werden mußte, ehe dieser Standpunkt zu erreichen wäre. In einem solchen Uebergangsstadium hat die Executivgewalt nur in der Hand eines Einzelnen, dem die Nation ihr volles Vertrauen schenkt, die volle und nothwendige Kraft. — Am natürlichsten erschien es, Lamartine die Executive zu übertragen, dem mehr als zwei Millionen Stimmen das Vertrauen des Volkes bewiesen hatten.

Aber Lamartine war nicht der Mann, eine so ungeheure Verantwortlichkeit zu übernehmen. Er besaß nicht den Muth, nicht die energische Thatkraft, um in seiner so schwer bedrängten Zeit die Dictatur tragen zu können. Er selbst erklärte sich gegen dieselbe und wünschte in dem Provisorium, die Executivgewalt einer von der National-Versammlung zu erwählenden Commission aus fünf Mitgliedern zu übertragen.

Dieser Ansicht stimmte die Mehrzahl der gemäßigt republikanischen Partei bei, sie ging in der National-Versammlung durch und am 10. Mai wurde die Executivcommission gewählt.

Von 794 Stimmenden erhielten:

Arago	725	Stimmen.
Garnier-Pagès	715	"
Marie	702	"
Lamartine	643	"
Ledru-Rollin	458	"

Es war eine eigenthümliche Erscheinung, daß Lamartine, der vor so kurzer Zeit mit zwei Millionen Stimmen zum Mitgliede der National-Versammlung gewählt worden war, jetzt erst als der Vierte aus der Wahlurne hervorging, das beste Zeichen dafür, daß die Popularität und das Ansehen dieses stets vermittelnden Politikers schon jetzt im Sinken begriffen war.

Die Executivcommission versammelte sich bei ihrem Präsidenten, Herrn Arago, und ernannte ihr Ministerium; es bestand aus folgenden Männern:

Auswärtige Angelegenheiten: Herr Bastide; Unterstaatssecretair: Herr Jules Favre.

Des Innern: Herr Recurt; Unterstaatssecretair: Herr Carteret.

Der Justiz: Herr Crémieux.

Des öffentlichen Unterrichts: Herr Carnot; Unterstaatssecretair: Herr Jean Reynaud.

Des Krieges par interim: Herr Charras.

Der Marine: Herr Vice-Admiral Casy.

Des Ackerbaues und des Handels: Herr Flocon.

Der Finanzen: Herr Duclerc.

Des Cultus: Herr Bethmont.

Minister der öffentlichen Arbeiten: Herr Trélat.

Das Ministerium mochte wohl tüchtig sein, aber es fand nur wenig Anklang im Volke; es war nicht geeignet, das Ansehen der Executive, weder in der National-Versammlung selbst, noch auch in der Nation, zu steigern, da die Mitglieder desselben zum großen Theil Männer waren, welche noch in keiner Weise sich einen bedeutenden Namen in der öffent-

lichen Meinung zu verschaffen gewußt hatten. Die meisten traten zum ersten Male in der Verwaltung auf.

Besonders wenig zufrieden mit der Executivcommission war die entschieden socialistische Partei. Sie fühlte sich in derselben nur durch Ledru-Rollin, im Ministerium so gut wie gar nicht vertreten. — Sie beschloß deshalb, einen Staatsstreich zu versuchen, und in den Clubs von Paris begann deshalb im Anfange des Mai wieder ein so reges Leben, wie selten vorher. Eine gewaltige Aufregung, eine furchtbare Gährung war die Folge hiervon.

Die Führer der Clubs beschlossen, ein Fest, welches am 14. Mai zu Ehren der National-Versammlung auf dem Marsfelde begangen werden sollte, als Gelegenheit eines neuen Aufstandes zu benutzen, und zwar vermöge einer Demonstration, welche man zu Gunsten des unterdrückten Polens machen wollte.

Die Wiederherstellung Polens und damit der Krieg gegen Rußland, war von jeher eine Lieblingsidee des gesammten französischen Volkes gewesen. Es war eine Idee, welche fast alle Parteien gleichmäßig ansprach, wurde sie doch sogar in der National-Versammlung durch den ultramontanen Legitimisten Montalembert vertreten. Zu Gunsten der Polen wollten die extremen Republikaner eine gewaltige Demonstration machen und sie durften hoffen, damit Anklang im Volke zu finden. Das Fest auf dem Marsfelde wollten sie benutzen.

Aber die Regierung wurde von den Plänen der socialistischen Partei unterrichtet. Unter dem Vorwande, daß die Vorbereitungen noch nicht hinlänglich getroffen worden seien, wurde das Fest auf dem Marsfelde verschoben vom 14. bis zum 21. Mai.

Die Führer der Clubs gaben deshalb jedoch die Manifestation nicht auf, welche ihnen Gelegenheit bieten sollte, die National-Versammlung mit ihrer gemäßigten Majorität aufzulösen, einen Convent und eine neue provisorische Regierung aus den entschiedensten Republikanern, an deren Spitze Ledru-Rollin stehen sollte, zu bilden; schon am 13. Mai erschien ein Straßen-Anschlag, von Huber und A. unterzeichnet, welcher offen ankündigte, daß die demokratische Manifestation zu Gunsten Polens am Montag, den 15. Mai, stattfinden und daß die Theilnehmer an dieser Demonstration sich auf dem Bastilleplatz versammeln würden.

Am Abende des 14. Mai wurde die Regierung durch den Minister des Innern, Recurt, jedoch auf ungenügende Weise, von den Plänen der Clubführer in Kenntniß gesetzt. Sie schickte sogleich zu dem Polizei-Präfekten Caussidière, um von diesem nähere Nachrichten einzuziehen.

Caussidière gehörte selbst der entschiedensten, demokratischen Partei an. Er antwortete, daß er krank sei und daß er Nichts erfahren habe, was irgend zu Besorgnissen für den 15. Mai Veranlassung geben könne. Caussidière wurde in der That durch die Folgen eines Sturzes mit dem Pferde, welchen er wenige Tage vorher gemacht hatte, in seiner Wohnung zurückgehalten, und benutzte diesen Unfall, um nicht den Plänen der Partei, der er selbst angehörte, entgegenarbeiten zu müssen.

Trotz der beruhigenden Nachricht, welche die Regierung durch den Polizei-Präfekten erhalten hatte, glaubte sie doch, Vorsichtsmaßregeln ergreifen zu müssen. Am Abend des 14. noch wurde [illegible] bekannt, in welcher sie [illegible] Manifestanten [illegible] Versammlungen [illegible] zu

gleicher Zeit das Volk darauf aufmerksam machte, daß nur in der Ordnung die Freiheit und die Arbeit erblühen könne. Zu gleicher Zeit erließ die Regierung an den General Courtais, den Kommandanten der National-Garde, an den General Tampour, den Kommandanten der Mobil-Garde, und dem General Foucher, den zweiten Kommandanten der Truppen, die gemessensten Befehle, ihre Mannschaften für den folgenden Tag bereit zu halten.

Auch Ledru-Rollin, obgleich von der extremen demokratischen Partei zum Präsidenten der neuen provisorischen Regierung ausersehen, zeigte sich mit der Executiv-Commission vollkommen einverstanden und suchte nach Kräften dahin zu wirken, daß der für den 15. Mai vorbereitete Aufstand, den er selbst als ein durchaus unsinniges Unternehmen betrachtete, vereitelt werde. Er gab zu allen Maßregeln der Executiv-Commission auf das Bereitwilligste seine Zustimmung.

5.

Der 15. Mai brach an und mit ihm ein Tag der furchtbarsten Gährung, der gewaltigsten Aufregung für Paris, ein Tag, der noch einmal einen unblutigen Sieg für die gemäßigt republikanische Partei bringen, aber nur der Vorläufer größerer, furchtbarerer Ereignisse sein sollte.

Schon am frühsten Morgen versammelten sich die Mitglieder der Regierung in einer gemeinsamen Conferenz mit den Ministern und den Generälen im Luxembourg. General Courtais erhielt den Oberbefehl über sämmtliche Truppen und die Aufgabe, mindestens 12,000 Mann National-Garden um die National-Versammlung am Palais Bourbon zu [illegible]

treten, die Höfe des Gebäudes ebenfalls zu besetzen und außerdem die Mobil-Garden als Reserven in den elysäischen Feldern aufzustellen. Die Regierung hatte indessen gerade im General Courtais eine schlechte Wahl für den kommenden Tag getroffen; denn Courtais gehörte einerseits selbst der entschieden socialistischen Partei an, andererseits war er durchaus nicht energisch genug, um in einer so kritischen Zeit den Oberbefehl über sämmtliche Streitkräfte führen zu können. Die Ereignisse des 15. Mai zeigten dies bald genug auf das Deutlichste.

Die Mitglieder der Regierung selbst verabredeten sich so, daß Lamartine und Ledru-Rollin sich mit den Ministern nach dem Palais Bourbon in die National-Versammlung begeben wollten, während die übrigen Mitglieder der Regierung, Arago, Marie, Garnier-Pagès und Pagnerre, der General-Secretair der Regierung, im Luxembourg bleiben sollten, um Maßregeln treffen zu können, falls Lamartine und Ledru-Rollin mit der National-Versammlung im Palais Bourbon eingeschlossen werden sollten.

Schon vom frühsten Morgen des 15. Mai an herrschte in den Straßen von Paris ein reges, wildbewegtes Leben, welches begünstigt wurde durch das prächtigste Wetter. Durch alle Straßen zogen kleine Trupps von Arbeitern mit Fahnen dem Bastilleplatz zu. Gegen 10 Uhr waren dort bereits gegen acht Tausend Mitglieder der verschiedenen Körperschaften und Clubs, mit ihren Fahnen geordnet, versammelt. Die Trottoirs der Boulevards waren mit eben so vielen Zuschauern besetzt, als gelte es nur, ein fröhliches Schauspiel, nicht aber den Beginn einer vielleicht blutig endenden Revolution mit anzusehen.

Nach und nach setzte die Masse sich in Bewegung unter dem Rufe:

„Es lebe die demokratische Republik!

„Es lebe Ledru-Rollin!

„Es lebe Louis Blanc!

„Es lebe Barbès!“

Mit jedem Augenblicke, mit jedem Schritte, den der Zug that, wuchs derselbe, indem fortwährend Tausende von neuen Mitgliedern aus allen Gegenden von Paris ihm zuströmten. So wälzte er sich fort wie eine beständig sich vergrößernde Lawine.

Gegen 11 Uhr erreichte der Zug den Platz de la Concorde.

Man hatte erwartet, die National-Versammlung von National-Garden und Truppen umringt zu sehen. Merkwürdiger Weise war dies nicht der Fall. Kaum ein halbes Bataillon der Mobil-Garde versperrte die Brücke de la Concorde, und dieses vermochte in keiner Weise dem gewaltigen Andrängen der ungeheuren Menschenmasse, welche noch immer sich vergrößerte, zu widerstehen. Es versuchte nicht einmal einen Widerstand, die Reihen waren gleich durchbrochen und unaufgehalten flutheten jetzt die Menschenmassen vorwärts; sie hätten ohne Weiteres in den Palast eindringen können, wenn nicht noch zur rechten Zeit durch die Quästoren der National-Versammlung das Gitter, welches sich dem Platze de la Concorde gegenüber befindet, geschlossen worden wäre. Die Volksmasse suchte, durch das Gitter am Eindringen verhindert, nach einem anderen Wege, sie wendete sich durch die [illegible] de Bourgogne, um durch das Thor am Platz des Palais Bourbon in dasselbe eindringen zu können.

Mittlerweile war um 12 Uhr die Sitzung der National-versammlung eröffnet worden. Lamartine und Ledru-Rollin waren, der Verabredung mit den übrigen Mitgliedern der Regierung gemäß, gegenwärtig; ebenso die Mitglieder des Ministeriums.

In der Nationalversammlung selbst herrschte eine gewaltige Aufregung. Mit größter Spannung sah man den Ereignissen des Tages, der ein bedeutungsvoller in der Geschichte Frankreichs werden mußte, entgegen. Die Aufmerksamkeit auf die Debatte wurde daher nur zu sehr zerstreut, und doch war diese Debatte so wichtig und interessant, als nur irgend möglich.

Man hatte die Petition zu Gunsten Polens gelesen, mehrere Redner hatten dieselbe unterstützt. Lamartine wollte diesen mit seiner gewöhnlichen Friedens- und Vermittelungspolitik eben antworten, als die Nachricht von dem Nahen der Volksmasse in den Saal drang und die schon herrschende Aufregung in demselben noch vermehrte.

Die Quästoren des Hauses, welche fühlten, daß es ihnen unmöglich sein würde, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wendeten sich an Lamartine und Ledru-Rollin, um diese beiden populairen Männer zu bitten, daß sie ihnen eine Hülfe zur Beruhigung der wüthenden Volksmassen verschaffen möchten.

Beide folgten der Aufforderung und standen am Eingange des Hauses, während General Courtais, der sich anfangs vergeblich bemüht, die Menge vom Eindringen [illegible] [illegible] Lamartine, [illegible] auf dem Gitter des Thores erschien, [illegible] die Menge [illegible] in den Palast zu dringen, und welches diese vergeblichen

[illegible] oder zu zerbrechen trachtete, wurde Ledru-Rollin mit [illegible] donnernden, jubelnden Lebehoch empfangen, während der Ruf: „Nieder mit Lamartine!“ kaum zurückgehalten werden konnte und hier und dort in dem wilden Arbeiterhaufen ertönte.

Aber trotz des Jubels, der Ledru-Rollin empfing, vermochte doch auch dieser bei dem ungeheuren Tumulte nicht sich Gehör zu verschaffen, ebenso wenig, als dies Lamartine gelang. Noch waren die beiden Mitglieder der Regierung beschäftigt, sich durch Zeichen dem Volke bemerklich und verständlich zu machen, als plötzlich das Gitter entweder geöffnet oder zerbrochen wurde. Das Volk stürzte nun in dichten Massen unter wildem Jubelgeschrei in die Oeffnung.

Fast zu gleicher Zeit war die Menschenmasse auch durch das Thor am Platz des Palais Bourbon in den Palast eingedrungen, und die Nationalversammlung war jetzt durch die Schuld und Fahrlässigkeit des General Courtais, der für ihren Schutz so schlecht gesorgt hatte, den Angriffen der wild aufgeregten Volksmasse überlassen.

In dem zweiten Hofe stand allerdings noch ein halbes Bataillon Mobilgarden, und auch in den andern Höfen standen Nationalgarden. Diese waren freilich nicht genügend, um die Nationalversammlung auf die Dauer gegen die Angriffe einer wüthenden Volksmasse zu schützen, welche nach und nach bis zur Höhe von 100,000 Mann angewachsen war; [illegible] waren doch stark genug, um augenblicklich, bis weitere Maßregeln zum Schlagen des Generalmarsches getroffen wurden, der Nationalversammlung einigen Schutz zu gewähren und die ersten Eindringlinge aus dem Palast zu [illegible].

Lamartine hoffte hierauf und er zog sich zurück, um die nöthigen Befehle an die Commandeure zu erlassen, als er plötzlich zu seinem Staunen sah, daß die Mobilgarden die Bajonnette von den Gewehren nahmen und dieselben in die Scheiden steckten.

General Courtais hatte den Befehl hierzu gegeben und dadurch jeden Kampf unmöglich gemacht; ob dies der General absichtlich oder nur in der vollständigsten Rath- und Thatlosigkeit gethan hatte, ist nicht ermittelt worden, jedenfalls wurde durch diesen Befehl die Nationalversammlung vollständig der blinden Willkür der aufgereizten und wüthenden Volksmasse überlassen.

Lamartine eilte sofort in die Versammlung, machte dem Präsidenten Mittheilung von der Gefahr, in welcher die Nationalversammlung schwebe, und kehrte dann zurück, um zu versuchen, ob er nicht durch seine Beredsamkeit, durch welche er früher so viel gewirkt hatte, noch einmal einigen Einfluß auf das Volk gewinnen könne.

Schon in einem der Vorsäle traf er die ersten Eindringlinge, an ihrer Spitze Albert, das frühere Mitglied der provisorischen Regierung, und mehrere andere Anführer.

Lamartine redete die Eindringlinge an, er beschwor sie, abzustehen von einem gewaltsamen Angriff auf die Nationalversammlung; aber seine Worte waren in den Wind gesprochen, sie erregten nur ein höhnisches Gelächter, während die Worte, welche nach Lamartine Louis Blanc und Barbès sprachen, wenigstens das bewirkten, daß sich die Eindringlinge für einige Augenblicke ruhig verhielten und nach dem großen Wartesaal zurückkehrten; aber freilich nur, um wenige Minuten nachher aufs Neue wieder vorzubringen.

Lamartine zog sich wieder in die Versammlung, in der eine grenzenlose Verwirrung herrschte. Kaum hatte Lamartine wieder Platz eingenommen, als plötzlich die Thüren der öffentlichen Gallerieen mit lautem Krachen erbrochen wurden und eine wilde Volksmasse die Gallerieen füllte. Männer in Blousen und Jacken vertrieben die Zuhörer von ihren Sitzen und nahmen selbst dieselben ein, oder setzten sich auf die Brüstung der Gallerie mit in den Saal herabhängenden Beinen. Aber auch damit waren die Eindringlinge nicht zufrieden, sie kletterten, indem sie sich an den Vergoldungen der Säulen des Saales festhielten, in den Saal hinab, um zwischen den Abgeordneten selbst Platz zu nehmen.

Zu gleicher Zeit wurden auch die Seitenthüren zur Kammer aufgerissen und erbrochen, und auch durch diese strömte eine wilde, aufgeregte Volksmasse in den Saal, der voran zwei Fahnen mit Inschriften zu Ehren Polens getragen wurden. Die eindringenden Volksmassen vereinigten sich der Tribüne gegenüber und verbreiteten sich dann in dem breiten Gange, welcher den Sitzungssaal in der Mitte durchschneidet.

Eine Scene grauenhafter Verwirrung zeigte sich jetzt im Saale. Die Deputirten waren aufgestanden von ihren Sitzen, aber sie waren entschlossen, dieselben gegen die Eindringlinge unter jeder Bedingung zu behaupten, sie stießen diejenigen zurück, welche es wagten, sie verdrängen zu wollen.

Ein Paar Leute wollten eine der mitgebrachten Fahnen auf der Rednertribüne befestigen, Andere wollten es nicht leiden, wieder Andere wollten die Tribüne erklettern, um von dort aus zur Versammlung zu sprechen, sie wurden zurückgestoßen von den Huissiers der Nationalversammlung, von einigen

gen Deputirten, so wie auch von einigen Männern aus dem Volke selbst, welche die Frechheit der Einzelnen empörte.

Es kam zu widerwärtigen Balgereien, zu unwürdigen Scenen des Scandals, welche dieser ganzen Demonstration, deren Zweck, die Befreiung Polens, anfangs ein so edler gewesen war, den gehässigsten Charakter aufdrückten.

Vergeblich bemühten sich während dieser scheußlichen Scenen selbst die populairsten Deputirten, wie Ledru-Rollin, Barbès, Louis Blanc, sich Gehör zu verschaffen. Nur im Einzelngespräch in kleinen Gruppen vermochten sie zu wirken und auch hier gelang es ihnen nicht, die Ruhe wieder herzustellen; das Volk hatte sich zu einer so bestialischen Wuth erhitzt, daß für den Augenblick jedes Zureden ein vergebliches Bemühen war.

Wohl eine Stunde dauerte dieser grauenvolle Scandal, während dessen Niemand, selbst nicht die Anführer der eingedrungenen Massen, zum Worte kommen konnten. Vergeblich läutete Buchez, der Präsident der Nationalversammlung, mit der Glocke, daß diese fast zersprang, es hörte ihn Niemand; vergeblich bedeckte er sich das Haupt mit dem Hute zum Zeichen, daß die Versammlung aufgelöst sei; Niemand achtete darauf. Der Lärm dauerte ununterbrochen fort und zwar in einem solchen Maße, daß selbst die Leiter der ganzen Scene, die Bürger Huber, Blanqui und Andere nicht zu Worte kommen und daher auch die ganze Scene zu keinem Resultate bringen konnten.

Der Präsident und die Regierung befanden sich in dieser Zeit in einer furchtbaren Lage. Sie wußten nicht, was sie thun sollten. Der General Tamphour, der Commandeur der Mobilgarde, befand sich auf einer der Gallerieen als Gefan-

gener des Volks, welches ihn verhinderte, seinen Truppen Befehle zukommen zu lassen. General Courtais hatte schon vorher Beweise seiner Unentschlossenheit, um nicht zu sagen seiner Unzuverlässigkeit gegeben; auch jetzt befand er sich unthätig im Saale mitten unter den Eindringlingen, dem Scheine nach, vielleicht auch in der That außer Stande, seiner Nationalgarde Befehle zukommen zu lassen.

Die Mitglieder der Regierung selbst waren zum Theil gefangen im Sitzungssaale, wie Ledru-Rollin und Lamartine, oder fern von dem Schauplatz der Ereignisse und wußten noch kaum etwas Sicheres von denselben, wie Garnier-Pagès, Marie und Arago.

Was also war zu thun? —

Das Nothwendigste wäre gewesen, in allen Stadtvierteln von Paris sogleich Generalmarsch schlagen zu lassen, um die gesammte Nationalgarde, auf welche man sich verlassen konnte, zum Schutze der Nationalversammlung aufzubieten: aber dies war nicht leicht zu bewerkstelligen, vergeblich machten sowohl Lamartine als Buchez den Versuch, einen ähnlichen Befehl an die Obersten der Nationalgarde zu senden.

Das eingedrungene Volk beobachtete mißtrauisch jede Bewegung Lamartine's und des Präsidenten; es kam bald auf die Idee, daß der Befehl zum Generalmarsch gegeben worden sei und zwang nun Buchez sowohl als Lamartine, diesen Befehl schriftlich zu widerrufen und das Schlagen des Generalmarsches zu untersagen.

So erhielten die Obersten der Nationalgarde verschiedene, sich widersprechende Befehle, und wußten daher nicht, was sie thun sollten, und ob diese Befehle überhaupt ächt seien; denn dieselben wurden theils von Männern des Volkes überbracht,

denen sie nicht vollkommen glauben vertrauen zu dürfen. Die allgemeine Verwirrung in ganz Paris war grenzenlos. Niemand wußte, wie eigentlich die Sachen standen, ob die Nationalversammlung aus einander gesprengt, die Regierung gestürzt und eine neue Regierung begründet worden sei, oder ob noch Alles beim Alten stände und ob die ganze Demonstration des Volkes nichts Anderes geworden sei, als das, was man anfangs beabsichtigt hatte, nämlich eine Sturmpetition zu Gunsten der Polenfrage.

Endlich nach vielen verunglückten Versuchen gelang es Lamartine, durch einen zuverlässigen Boten, der sich zur Geisel für die Richtigkeit seines Befehles stellte, in einer Legion Generalmarsch schlagen zu lassen; zu gleicher Zeit bemühte sich Lamartine, theils im Sitzungssaal selbst, theils außerhalb desselben mit den intelligenteren Leuten in der eingedrungenen Volksmasse zu sprechen und sie dazu zu veranlassen, daß sie einigermaßen die Ruhe wiederherstellten, ein Bemühen, welches ihm indessen nur halb gelang.

Nachdem der wüthende Lärm in der Nationalversammlung wohl eine Stunde lang gedauert hatte, ohne daß es für irgend einen, weder der Abgeordneten noch der Führer der Clubs, möglich gewesen wäre, ein Wort zu sprechen, besänftigte sich nach und nach das Getöse ein wenig, die Volkswuth hatte sich etwas ausgetobt und es gelang nun Raspail, die Petition zu Gunsten der Polen vorzulesen, wie sehr sich hiergegen auch die Deputirten sträubten, welche Raspail das Wort in der Versammlung nicht bewilligen wollten, weil er nicht Mitglied derselben war.

Aber ihr Sträuben war vergeblich. Unter dem donnernden Beifall der Menge verlas Raspail die Petition, und

[illegible] andere Führer der Clubs nahmen [illegible] ihm [illegible] das Wort, obgleich sie nicht Mitglieder [illegible] Versammlung waren.

Auch Blanqui bestieg die Tribüne. [illegible] sie mit einem schwarzen Handschuh bedeckte Hand [illegible] verlangte Ruhe.

Blanqui, dieser wüthendste der Revolutionsmänner, der größte Terrorist unter den Führern der Clubs, [illegible] Barbès, Raspail und Andere feindlich gegenüberstanden, weil sie ihn für zu terroristisch gesinnt hielten, machte einen wunderbar eigenthümlichen Eindruck auf die Versammlung.

Seine durchaus schwarze Kleidung, sein bleiches Gesicht gaben ihm etwas Unheimliches und bewirkten, daß die Menge, zumal da sie seine Grundsätze kannte, ihm [illegible] [illegible] streifenden Respekt erwies. Der ruhige Ton seiner schwachen und ausdruckslosen Stimme, welche trotz der scheinbaren Schwäche dennoch die stärkste Versammlung durchdrang, trug nicht wenig dazu bei, den unheimlichen Eindruck, den Blanqui machte, zu erhöhen, aber auch seinen Einfluß auf die Massen, welcher eben auf diesem Grauen, dieser gewissen Furcht vor dem unheimlichen Manne beruhte, zu verstärken.

Blanqui wußte sich Stille und Aufmerksamkeit zu verschaffen; er forderte trotz dem Ruhe [illegible], mit voller Energie die Wiederherstellung Polens und verlangte [illegible] den Krieg gegen Preußen, Oesterreich und Rußland auf der Stelle [illegible].

Verschiedene Redner folgten Blanqui, auch Louis [illegible], auch Barbès; sonst Blanquis [illegible] sich aber heut mit feurigen Worten [illegible]

ausſprach, der ſogar forderte, daß jeder Repräſentant, der ſich weigere, noch in dieſer Sitzung für den Krieg zu ſtimmen, für einen Verräther des Vaterlandes erklärt werden ſolle.

Ein rauſchender Beifall folgte von Seiten des Volkes dieſer und jeder ähnlich excentriſchen Rede, während die Repräſentanten in ihrer großen Mehrzahl ein eiſiges Stillſchweigen beobachteten und höchſtens hier und dort durch einen Laut der Mißbilligung zu erkennen gaben, wie wenig ſie geneigt ſeien, auf die Vorſchläge einzugehen, welche ihnen die exaltirten Volksredner machten.

Der Leſer möge bedenken, daß die Majorität der National-Verſammlung der gemäßigt republikaniſchen Partei angehörte, und daß dieſe, wie ſehr auch ein Krieg gegen Rußland, Oeſterreich und Preußen, der für die allgemein herrſchende Gährung einen wünſchenswerthen Abfluß gewährt hätte, zur Befeſtigung der jungen Republik beigetragen haben würde, doch viel zu ſehr der vermittelnden Friedens-Politik Lamartine's anhing, um einen ſo energiſchen Beſchluß, als eine Kriegserklärung zu Gunſten Polens gegen Rußland, Oeſterreich und Preußen es war, faſſen zu können.

Die Repräſentanten nahmen daher die Anträge der meiſten feurigen Redner nur mit einem verächtlichen, eiſigen Stillſchweigen auf.

Während dieſer Reden war eine längere Zeit verfloſſen; dann beſtieg plötzlich Huber die Tribüne.

Huber war einer der einflußreichſten, wüthendſten Revolutionaire in den Pariſer Clubs. Sein langer, fuchsrother Bart, ſeine kleinen, entzündeten, rothen Augen gaben ſchon ſeinem Geſicht etwas Gräßliches, und dieſer Eindruck wurde durch ſein ganzes Weſen, durch die wilde Energie, mit der

er auftrat und sprach, mit der er immer zu den äußersten Mitteln rieth, nur erhöht. — Huber war bei allen Bewegungen der socialistischen Partei seit der Februar-Revolution einer der Leiter gewesen und brannte vor Begierde, die unentschiedene Regierung und Lamartine zu stürzen, so wie die National-Versammlung auseinander zu sprengen, deren gemäßigte Majorität seiner Ansicht bei weitem nicht genügte.

Huber entfaltete auf der Tribüne ein Papier und rief mit lauter Stimme:

„Im Namen des Volkes: — Die National-Versammlung ist aufgelöst!"

Dann wendete sich Huber um und legte den Zettel auf dem Büreau des Präsidenten nieder.

Ein wilder Jubelruf beantwortete von Seiten der Menge die von Huber proklamirte Auflösung der National-Versammlung, und gleich darauf erfolgte wieder eine ekelhafte Scene der gemeinsten Gewaltthätigkeit.

Eine Anzahl Arbeiter überfielen die Estrade des Präsidenten und verdrängten diesen von seinem Sitze. Herr Buchez wurde gezwungen, den Saal zu verlassen. Die meisten Deputirten folgten ihm, denn sie wollten nicht länger in dieser Versammlung verweilen, welche durch die Rohheiten des Pöbels entweiht war. Blousenmänner, Arbeiter in Jacken, mit Säbeln, Aexten und dergl. bewaffnet, nahmen die Plätze der Deputirten, welche sich entfernt hatten, ein.

Inmitten des furchtbaren Lärmens, welcher dieser ekelerregenden Scene folgte, proklamirte Huber eine neue provisorische Regierung, bestehend aus den wildesten Führern der Clubs, aus den extremsten Mitgliedern der socialistischen Partei. Es war die Liste einer Regierung, welche von den re-

volutionairen Clubs aufgestellt worden war. — Auch Ledru-Rollin hätte man einen Platz in dieser Regierung gegeben, weil man ihn als einen energischen, thatkräftigen Mann kannte, und weil man durch ihn, durch seinen Namen der Regierung einige Achtung auch in den Departements, so wie bei der Pariser Bourgeoisie, zu geben hoffte. Die Regierung sollte bestehen aus:

Pierre Leroux,
Barbès,
Blanqui,
Cabet,
Prudhon,
Louis Blanc,
Albert,
Ledru-Rollin,
Raspail.

Diejenigen Mitglieder der neuen provisorischen Regierung, welche sich im Sitzungssaale befanden, forderten jetzt die Menge auf, ihnen zu folgen, nach dem Stadthause zu ziehen, dies einzunehmen und dort die Regierung zu installiren. — Die Menge folgte dieser Einladung unter Jubelgeschrei.

An der Spitze eines Haufens von 5000—6000 Mann zog die neue Regierung, Barbès voran, nach dem Stadthause und setzte sich hier fest.

Ledru-Rollin, welcher bisher vom Volke in der Wohnung des Thürhüters bewacht worden war, wurde der Beschluß, daß auch er Mitglied der neuen Regierung sein solle, mitgetheilt. Er wurde aufgefordert, seinen neuen Collegen nach dem Stadthause zu folgen; aber er weigerte sich dessen

auf das Entschiedenste. Er erklärte, daß er sich unter keiner Bedingung eine Gewalt werde aufnöthigen lassen, welche nur durch eine unbegründete Emeute der gesetzlichen, aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangenen und daher den allgemeinen Willen des Landes aussprechenden Vertretung der Nation entrissen worden sei!

Barbès, obgleich auch er am Morgen des 15. Mai wohl eben so wenig als Ledru-Rollin darum gewußt haben mochte, welches Ende die Führer der Clubs der Polen-Demonstration zu geben beabsichtigten, war weniger klug und politisch, als Ledru-Rollin. Er zog, wie wir bereits gesagt haben, an der Spitze der wilden Haufen mit nach dem Stadthause.

Barbès verkannte gänzlich den Charakter der Bewegung des 15. Mai. Er glaubte, daß das Volk eine sociale Revolution gemacht habe, und ließ sich dadurch verführen, mit an die Spitze des Aufstandes zu treten, der kaum den Zeitraum einiger Stunden überdauern und ein höchst klägliches Ende nehmen sollte.

Kaum hatte die Menge den Sitzungssaal der National-Versammlung verlassen, als derselbe von einer kleinen Abtheilung Mobil-Garden, die indessen mit dem noch zurückgebliebenen oder neu eindringenden Volke fraternisirten, besetzt wurde. Gleich darauf langte auch National-Garde an, diese säuberte schnell den Saal und nahm Diejenigen gefangen, welche sich weigerten, den Saal zu verlassen oder gar sich den Befehlen widersetzten. Mit der National-Garde kehrten die meisten Deputirten zurück.

6.

Nachdem die National-Versammlung für aufgelöst erklärt worden war, kam die Nachricht von diesem Ereigniß zu Lamartine, der in einem der Vorsäle immer noch vergeblich sich bemühte, Ruhe zu predigen.

Lamartine hielt es jetzt, als die wuthentbrannten Volksmassen aus dem Sitzungssaale hervorströmten, für angemessener, sich zu entfernen, um nicht von den Anhängern der neuen provisorischen Regierung gefangen genommen zu werden. In Begleitung einiger Freunde zog er sich durch den Garten nach dem im Bau begriffenen Palast des Präsidenten zurück, um hier ganz in der Nähe der National-Versammlung den Verfolg der Ereignisse abzuwarten.

In diesem Zufluchtsort suchte der General Courtais Lamartine auf und besprach sich mit diesem, was wohl zu thun sei. General Courtais war, wie Lamartine selbst sagt, über die ganzen Ereignisse auf das Höchste erschrocken und verwirrt, er wußte nicht, was er thun sollte. Lamartine versichert, daß Courtais auf ihn bei dieser Gelegenheit in keiner Weise den Eindruck eines Verräthers, wohl aber den eines unentschlossenen, verwirrten Mannes gemacht habe.

Lamartine gab Courtais den Befehl, sich durch die Gärten zu schleichen, sich an die Spitze der ersten, besten Legion, welche er zusammenbringen könne, zu stellen, und mit dieser nach dem Sitzungssaale zu marschiren, um die National-Versammlung wieder einzusetzen.

General Courtais versuchte es, diesen Befehl zu befolgen, aber es gelang ihm nicht; er war schon zu sehr bei der National-Garde verdächtigt worden, als daß dieselbe sich in einem

[illegible]

[illegible]

Er verließ den [illegible] und begab sich persönlich an die Spitze der Mobil-Garde, welches am Gitter des [illegible] stand. Er wurde mit dem Rufe: „Es lebe Lamartine. Es lebe die National-Versammlung!" empfangen.

Sogleich stellte sich Lamartine an die Spitze des Bataillons und kehrte mit diesem nach dem Palais Bourbon zurück, überall die in den Palast eingedrungene Menge vor sich hertreibend.

Die Deputirten kehrten, wie wir dem Leser bereits erzählt haben, auf ihre Plätze zurück, die National-Versammlung war wieder eingesetzt.

Unter dem lauten Jubelruf der Versammlung sowohl als der National-Garden, bestieg Lamartine die Rednertribüne und theilte der Versammlung in einer feurigen Rede mit, daß die Mitglieder der Regierung nicht ferner an den Berathungen theilnehmen könnten, ihr Platz sei auf dem Schlachtfelde.

Mit Ledru-Rollin vereint, verließ Lamartine unter dem Jubelruf der Versammlung und der National-Garden den Saal, um den Versuch zu machen, die revolutionaire Regierung aus dem Stadthause zu vertreiben.

Die beiden Regierungs-Mitglieder stellten sich an die

Spitze der mittlerweile gesammelten Militairmacht; sie ritten derselben unter den fortdauernden enthusiastischen Jubelrufen der Soldaten voran.

Mit einer kleinen Armee von einigen Bataillonen National-Garde und Linie, einer Abtheilung Dragoner und vier Geschützen, marschirten Lamartine und Ledru-Rollin nach dem Stadthause, welches, wie ihnen mitgetheilt wurde, durch etwa 6000—7000 Bewaffnete vertheidigt werden sollte und auch mit Geschütz hinlänglich versehen war.

Die beiden Mitglieder der Regierung waren fest entschlossen, unter jeder Bedingung das Stadthaus trotz ihrer schwachen Truppenmacht anzugreifen und womöglich zu stürmen, um nicht der aufständischen Regierung Zeit zu lassen, sich in den Arbeiter-Vierteln von Paris zu rekrutiren und dadurch eine bewaffnete Macht ins Leben zu rufen, gegen welche ein Kampf schwieriger, vielleicht unmöglich geworden wäre. Dem General Bedeau, welchen Lamartine vom Quai des Louvre holen ließ, wurde mündlich der Oberbefehl über sämmtliche Truppen von Paris übertragen.

Jetzt drangen die National-Garden unter dem Befehle Lamartine's und Bedeau's von zwei Seiten zu gleicher Zeit gegen das Stadthaus vor. Man erwartete einen heftigen Widerstand zu finden und war daher auf das Höchste erstaunt, als dies nicht der Fall war, als das Stadthaus nicht einmal vertheidigt wurde.

Die ganze Besatzung des Stadthauses, in der That etwa 5000—6000 bewaffnete Männer, waren in der höchsten Verwirrung und Bestürzung, sie versuchten nicht einmal einen Widerstand und zerstreuten sich beim ersten Vorrücken der National-Garden, von einer panischen Furcht ergriffen.

Eine ebenso jämmerliche Rolle spielte die revolutionaire Regierung. Diese war ebenso fassungslos, als ihre Schutzwache. Niemand wußte, was er thun sollte.

Vom Palast Bourbon war die revolutionaire Regierung an der Spitze der Volksmassen nach dem Stadthause geeilt und hatte hier eine lärmende Sitzung von zwei Stunden gehalten, in der nichts beschlossen, nichts ausgeführt wurde, in der diese Regierung die beste Gelegenheit erhielt, ihre vollständige Unfähigkeit, den Mangel jedes nicht revolutionairen organisatorischen Talentes zu zeigen. Nach diesem kurzen Triumphe wurde die Regierung schnell gestürzt und auf einen von Lamartine und Ledru-Rollin unterzeichneten Befehl gefangen genommen und nach Vincennes abgeführt.

Während der kurzen Zeit, welche die Einnahme des Stadthauses gekostet hatte, war in ganz Paris die Allarmtrommel geschlagen worden. Die National-Garden hatten sich in allen Theilen der Stadt versammelt, die Mobil-Garden und die Truppen waren sämmtlich unter Waffen getreten, während die Mitglieder der Clubs, einsehend, daß der von ihnen beabsichtigte Staatsstreich verfehlt sei, die Waffen möglichst schnell niedergelegt und sich zurückgezogen hatten.

Nach dem Verlauf so weniger Stunden war die Emeute des 15. Mai, welche anfangs drohend erschien, vollständig unterdrückt worden. Lamartine wurde überall, wo er sich auf seinem Rückwege vom Stadthause nach der National-Versammlung sehen ließ, von National-Garde und Volk mit lautem Jubelruf empfangen.

Der Schrei: „Es lebe Lamartine! Es lebe die Republik! Es lebe die National-Versammlung!“ ertönte in allen Straßen von Paris.

Schon um 6 Uhr wurde die National-Versammlung ordnungsmäßig wieder eröffnet.

Der General-Prokurator Portalis bestieg die Tribüne und forderte die Versammlung auf, die beiden Repräsentanten, Barbès und Courtais, als des Verbrechens, die nationale Souverainetät angegriffen zu haben, angeklagt, dem Gericht zu überliefern.

Die Versammlung votirte das Dekret einstimmig.

Briefe vom Stadthause meldeten jetzt die Einnahme desselben und die Verhaftung der provisorischen Regierung.

Bald darauf trat Lamartine in den Saal, fast getragen von den ihn begleitenden National-Gardisten und empfangen von einem ungeheuren Jubelruf. Er theilte der Versammlung mit, daß die Emeute vollständig besiegt sei und daß die Regierung die kräftigsten Maßregeln treffen werde, um einem Wiederaufleben derselben vorzubeugen, so wie auch um die Urheber und Theilnehmer der Empörung zur verdienten Strafe zu ziehen.

Die Executiv-Commission zog sich darauf zurück, um sich über die zu treffenden Maßregeln zu berathen und die Versammlung wurde geschlossen.

Als die Mitglieder das Palais Bourbon verließen, konnten sie kaum vorwärts gehen vor den sie umdrängenden und beglückwünschenden National-Gardisten, welche sie umringten und ihnen freudig die Hände drückten.

In ganz Paris herrschte an jenem Abend ein wahres Entzücken, ein vollständiger Freudentaumel. Die ganze Stadt wurde illuminirt, in allen Straßen sah man National-Garden mit dem Rufe: „Es lebe die National-Versammlung!" umherziehen, um jede etwa auftauchende Unordnung im Keime

zu zerstören; aber es war dies kaum nöthig, denn Niemand dachte mehr an einen Aufstand; die Führer der revolutionairen Clubs waren theils gefangen, theils vollständig entmuthigt; sie sahen wohl ein, daß nach der gewaltigen physischen und moralischen Niederlage, welche sie an diesem Tage erlitten hatten, jedes weitere gewaltsame Unternehmen für die Clubs nicht nur erfolglos bleiben müsse, sondern sogar das sicherste Mittel zu ihrer vollständigen Vernichtung sein werde. Paris blieb daher ruhig. —

7.

Die Regierung hatte sich, wie wir bereits sagten, zurückgezogen, und blieb die ganze Nacht im Luxembourg versammelt, um sofort die Maßregeln zu berathen, welche theils nöthig waren, um die Nationalversammlung vor einem ähnlichen Ueberfall zu sichern, theils um die Urheber der Emeute vom 15. Mai zu bestrafen.

Die Regierung verfügte die Verhaftung der bei der gestrigen Bewegung Betheiligten und setzte diejenigen Militairbefehlshaber ab, deren Unschlüssigkeit die Republik in solche Gefahr gebracht hatte. Besonders traf dieser Vorwurf den General Courtais, der durch den Obersten Clement Thomas als Commandeur der Nationalgarde ersetzt wurde.

Eine außerordentlich zweifelhafte Stellung bei der ganzen Empörung hatte auch der Polizeipräfect von Paris, Caussidière, eingenommen. War es schon befremdend, daß Caussidière als Polizeipräfect von dem bevorstehenden Aufstande der Regierung gar keine Meldung vorher gemacht und sogar auf ihr Befragen beruhigende Versicherungen gegeben hatte, so

mußte die vollständige Zurückgezogenheit und Thatlosigkeit Caussidières während des 15. noch verdächtiger erscheinen. Sein leichtes Unwohlsein bot während einer so kritischen Zeit hierfür keine Entschuldigung dar.

Die Regierung beschloß deshalb, trotz der Verwendung des immer noch Caussidière vertrauenden Lamartine, den Polizeipräfekten seines Amtes zu entsetzen und eine zuverlässigere Persönlichkeit auf diesen hochwichtigen Posten zu berufen.

Die Ausführung dieser Maßregel war indessen keine sehr leichte Sache.

Caussidière, einer der eifrigsten und entschiedensten Republikaner, einer der bedeutendsten Anhänger der socialistischen Partei, war äußerst beliebt beim Volke. Er war umgeben von zwei bewaffneten Corps, welche ihm Hülfe leisteten für die Sicherheitspolizei, von den Montagnards und der Garde republicaine.

Beide Corps betrachteten Caussidière als ihren eigentlichen Chef und waren in jedem Augenblick bereit, für denselben die Waffen zu ergreifen; um so verdächtiger war es gewesen, daß beide Corps am 15. Mai auch nicht den geringsten Versuch zum Schutz der Nationalversammlung oder des Stadthauses gemacht hatten, um so dringender mußte daher der Verdacht werden, daß Caussidière selbst bei der Bewegung des 15. nicht unbetheiligt gewesen sei.

Die Regierung beschloß deshalb, außer der Absetzung Caussidières auch die Auflösung dieser beiden so unzuverlässigen und gefährlichen bewaffneten Corps.

Am 16. Mai sollte die Entwaffnung der Montagnards und der Garde republicaine vor sich gehen.

Die Garde republicaine gehorchte schon der ersten Auf-

forderung; wenn auch murrend, streckte sie doch die Waffen. Nicht so jedoch die Montagnards. Diese setzten sich in einer Stärke von etwa 3000 Mann in der Polizeipräfectur mit der Erklärung fest, daß sie ihre Waffen bis auf das äußerste vertheidigen und nur auf Befehl Caussidières abgeben würden, dessen Absetzung sie nicht anerkannten.

Ein gefährlicher Kampf schien bei der wilden Entschlossenheit, welche die Montagnards von jeher an den Tag gelegt hatten, bevorzustehen; aber die Regierung war entschlossen, ihn durchzukämpfen; sie sah ein, daß sie ein Zeichen von Energie geben müsse, wenn sie anders sich einige Achtung im Volke verschaffen wollte.

Schon am Vormittage cernirte General Bedeau mit 6000 Mann Truppen und 25,000 Mann Nationalgarden die Polizeipräfectur und ließ Kanonen auf das Thor des Gebäudes richten; gegen 4 Uhr Nachmittags sollte der Angriff beginnen, der sicherlich ein furchtbares Blutvergießen veranlaßt hätte, denn die Nationalgarden waren wüthend auf das revolutionaire Corps der Montagnards und brannten vor Begierde, einen Vernichtungskampf mit demselben zu beginnen.

Da versuchte es Lamartine, den Frieden herzustellen. Er wandte sich mit Bitten an Caussidière, der sich bisher noch fortwährend geweigert hatte, freiwillig seine Entlassung einzugeben. Er wußte diesen zu bewegen, daß er zum Besten des Staates auf sein Amt verzichte und daß er, um ein Blutvergießen zu vermeiden, sogar die Vermittlerrolle zwischen der Regierung und den ihm ganz ergebenen Montagnards übernehme.

Erst nach langem Zureden ging Caussidière auf Lamartines Bitten ein; aber er that es doch, er begab sich in die

Polizeipräfectur und versuchte es, die Montagnards zu besänftigen. Mit vieler Mühe gelang dies ihm und General Bedeau vermochte nun auch dies revolutionaire Corps ohne Waffengewalt, ohne Blutvergießen aufzulösen.

So war denn der letzte Rest der Empörung unterdrückt, die Emeute vom 15. Mai war ohne das geringste Blutvergießen auf das Vollständigste besiegt, die Nationalversammlung und die von derselben gewählte Regierung bestanden wieder in voller Macht, die Herrschaft des Gesetzes war vollständig wieder hergestellt.

Indem wir die Geschichte des 15. Mai beendigt haben, können wir nicht umhin, derselben noch einige Worte der Beurtheilung jener denkwürdigen Ereignisse hinzuzufügen; wir glauben dies um so mehr thun zu müssen, weil wir bei der Darstellung jener Ereignisse dem Anschein nach Partei gegen die Socialisten, von denen der Aufstand des 15. Mai ausging, genommen haben, und als wir den Vorwurf von uns abwälzen möchten, als seien wir denselben feindlich gesinnt, während doch gerade der socialistischen Partei in Frankreich unsere ganzen Sympathieen angehören.

Der socialistischen Partei in Frankreich gehört unserer innigsten Ueberzeugung nach die Zukunft*); aber ehe sie zur Herrschaft gelangen kann, muß sie, wir sind auch davon auf das Festeste überzeugt, noch eine schmerzliche Schule der Unterdrückung durchgehen, um sich moralisch zu kräftigen. Schon jetzt hat sie einen Theil dieser Lebensschule durchwandert und schon jetzt sehen wir, wie viel ruhiger und vernünftiger, wie

*) Geschrieben am 8. December 1849.

viel energischer zu gleicher Zeit die socialistische Partei han- deln, als zur Zeit des 15. Mai 1848.

Als durch die Februar-Revolution die socialistische Partei zuerst zur Geltung gelangte, als sie damals zuerst vom Felde der leblosen Theorie berufen ward in das praktische Leben, als ihr durch den Sieg der Republik die Herrschaft nahe gerückt war, da überließ sie sich ganz dem ungestümen, jugendlichen Enthusiasmus, der ohne Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse sich hingiebt seinen schönen Phantasieen.

Die socialistische Partei wollte mit einem Schlage einen socialen Staat aufbauen, sie wollte diesen nicht organisch entwickeln aus dem Bestehenden, sondern sie wollte alles Bestehende mit einem Male umwerfen, um ihre Systeme an dessen Stelle zu setzen, jene Systeme, deren Ausführbarkeit im Staatsleben noch nirgends sich bewährt hatten.

Schon der erste Versuch, das Arbeiterparlament Louis Blancs mit seinen Nationalwerkstätten mißlang und gab in seinem Mißlingen die Veranlassung zu der furchtbaren Juni-Revolution, zu der die Ereignisse des 15. Mai nur das unblutige Vorspiel sein sollten.

Mit Staunen und Widerwillen blickte das Volk von Frankreich auf das Gebahren der immer kühner ihr Haupt erhebenden socialistischen Partei in Paris. Das Volk von Frankreich war kaum reif genug für die Republik, für eine Verfassung mit dem allgemeinen Stimmrecht; die Februar-Revolution hatte es mit diesem Uebermaß der Freiheit gewissermaßen überrascht. Dessenungeachtet hatte sich das Volk auch in diese Verfassung gefunden, es hatte eingesehen, daß es in einer Republik mit ächt demokratischen Institutionen

sich am freiesten und glücklichsten bewegen könne; aber es wollte innerhalb der Republik wenigstens die gesetzliche Ordnung; es haßte die alle Verhältnisse untergrabenden ewigen Aufstände und es haßte deshalb auch die socialistische Partei in seiner großen Mehrheit, weil diese wieder und immer wieder die Veranlassung zu neuen Aufständen gab. Es wollte nach ächt demokratischen Principien den Willen der Majorität im Staate zur Geltung gebracht sehen und es fühlte sich daher um so tiefer verletzt, daß die als Minorität anerkannte socialistische Partei stets diesem Willen entgegenstrebte und sich eine Minoritätsherrschaft auf dem Wege der Gewalt zu erwerben suchte.

Das Volk zeigte durch die allgemeinen und direkten Wahlen seinen Gesammtwillen deutlich genug, indem aus diesen Wahlen für die Nationalversammlung eine Majorität hervorging, welche zwar gern bereit war, eine demokratische Republik durch freisinnige Gesetze zu befestigen, aber auch ebenso bereit, energisch den Uebergriffen der Minorität entgegenzutreten und dieselbe sogar durch Waffengewalt zu bekämpfen, welche leider selbst einige der demokratischen Freiheiten des Volkes zu opfern bereit war, wenn nur durch dieses Opfer die Ruhe und der Friede im Lande hergestellt und eine Garantie dafür geboten werden konnte, daß der Wille der Majorität das Gesetz des Volkes werde.

Die socialistische Partei hätte die Aufgabe gehabt, auf dem ihr offenstehenden Wege der freien Presse und des freien Wortes Propaganda zu machen für die erhabene Lehre der socialen Gleichberechtigung, für das Recht auf Arbeit und den Schutz der Gesellschaft durch die Gesellschaft, für Lehren, welche der gesunde Sinn des Volkes nach und nach in sich aufge-

nommen hätte, wenn sie nicht verpönt gewesen wären durch die Lächerlichkeiten sich widersprechender Systeme und durch die Aufstandsversuche, Ruhestörungen und gehässigen Demonstrationen, welche diese Systeme mit Gewalt zur Geltung zu bringen sich bemühten.

Die socialistische Partei erfüllte indessen ihre Aufgabe nicht. Der richtige Weg der friedlichen Agitation durch Wort und Schrift ging ihr bei weitem zu langsam. Die enthusiastischen Feuerköpfe, welche an der Spitze der socialistischen Partei standen, glaubten mit Gewalt sich die Herrschaft erringen zu müssen, dann werde das Volk sich ihnen von selbst anhängen, dann werde es ihnen leichter werden, für ihre Lehren Propaganda zu machen. Sie benutzten deshalb jede Gelegenheit zu einem Aufstande, der ihnen die Gewalt in die Hände spielen sollte, und fachten deshalb täglich mehr und mehr den Haß der ruheliebenden Majorität gegen sich selbst und leider auch gegen ihre Lehren an, sie machten es nur durch diesen gegen sich gerichteten Haß möglich, daß aus dem allgemeinen, direkten Stimmrecht eine Versammlung hervorgehen konnte, wie diejenige, welche im gegenwärtigen Augenblick an der Spitze der französischen Republik steht.

Von diesem Grundsatze gingen nicht die Führer der revolutionairen Clubs aus, als sie die Demonstration zu Gunsten Polens benutzen wollten, um die socialistische Partei zur Herrschaft zu bringen.

Wie sehr wir auch die ursprünglichen Principien des Socialismus anerkennen, so tadeln wir doch das Auftreten der socialistischen Partei am 15. Mai. — Wir sind der innigen Ueberzeugung, daß eine Minorität niemals das Recht hat, mit Gewalt der Majorität im Volke ihren Willen aufzudrin-

gen, wie dies die socialistische Minorität am 15. Mai 1848 beabsichtigte.

Eine Revolution ist stets ein trauriges Mittel, die natürlichen Menschenrechte zur Geltung zu bringen, sie soll stets nur das letzte Mittel sein, wenn alle Mittel des Gesetzes, der Rede und Schrift erschöpft sind.

Zur Revolution **berechtigt** ist ein Volk erst dann, wenn die Majorität desselben **keinen andern Weg** mehr hat, ihren Willen dem einer herrschsüchtigen Minorität gegenüber zur Geltung zu bringen; **erst dann wird die Revolution zum Recht, dann wird sie aber auch zur Pflicht!**

8.

Der 15. Mai mit seinen Scandalen, mit den Scenen offener Auflehnung gegen die gesetzliche Gewalt war vorüber, ohne Blutvergießen war von der gemäßigt republikanischen Partei ein gewaltiger Sieg erkämpft über die Partei der extremen Socialisten; aber dieser Sieg sollte für Frankreich keine lange Ruhe zur Folge haben. Zwei große Fragen waren es, welche schon in den letzten Tagen des Mai und in den ersten Tagen des Juni das Volk von Paris und das von ganz Frankreich gewaltig beschäftigten.

Die eine Frage war die Arbeiter-Frage, sie knüpfte sich besonders an die Frage über das Bestehen und die künftige Einrichtung der National-Werkstätten.

Die zweite Frage war von kaum geringerer Wichtigkeit, obgleich sie fast lediglich eine einzelne Persönlichkeit, nämlich die des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, betraf; aber an

diese Persönlichkeit knüpften sich die Hoffnungen einer gewaltigen Partei, welche täglich mit einer größeren Kühnheit ihr Haupt erhob, derjenigen Partei, welche unter jeder Bedingung die Republik nach und nach wieder der Monarchie zuführen wollte, hierzu aber glaubte eines Uebergangsstadiums zu bedürfen, und welche in Louis Napoleon die für ihre Zwecke geeignete Persönlichkeit zu erblicken glaubte.

Wir wenden uns dieser letzten Frage zuerst zu.

Schon in der Sitzung vom 26. Mai war in der National-Versammlung zur Sicherstellung der Republik ein Gesetz-Entwurf durchgegangen mit 632 gegen 63 Stimmen, welcher die Verbannung der Familie Orleans aus Frankreich aussprach.

Den Anhängern der Monarchie blieb daher keine Hoffnung, durch ein Mitglied der Familie Orleans auf scheinbar gesetzlichem Wege die Monarchie in Frankreich wieder begründen zu können. Es hatte diese Partei anfangs auf die Popularität des Prinzen von Joinville gehofft, aber sie sah jetzt ein, daß diese Hoffnung getäuscht sei und daß nur auf dem Wege der Gewalt eine Agitation für die Häuser Bourbon oder Orleans möglich sei, und dazu schien es noch nicht Zeit zu sein; die monarchistische Partei mußte noch immer den Deckmantel des Republikanismus sich überhängen; sie sah sich daher um nach einem anderen Werkzeuge für ihre finsteren Pläne, und glaubte dies in dem Prinzen Louis Napoleon Bonaparte gefunden zu haben.

Der Name Napoleon hatte noch immer in Frankreich einen guten Klang; an ihn knüpften sich alle jene Erinnerungen ruhmvoll durchkämpfter Schlachten, der Weltherrschaft

Frankreichs in der Kaiserzeit, jene Erinnerungen, welche der Eitelkeit der Franzosen so sehr schmeichelten.

Auch über die Familie Bonaparte bestand ein Gesetz, welches dieselbe aus Frankreich ausschloß, das Gesetz vom 10. April des Jahres 1832.

Aber dieses Gesetz war schon durch die Revolution außer Kraft getreten. Drei Mitglieder der Familie Bonaparte waren durch das Vertrauen der Nation zu Mitgliedern der National-Versammlung ernannt worden, und es mußte daher das unter der Regierung Louis Philipps erlassene Gesetz als von selbst erloschen oder durch die Anerkennung der Wahl der drei Napoleoniden durch die National-Versammlung als vernichtet betrachtet werden.

Diese natürliche Auffassung erschien indessen nicht als die der National-Versammlung. Zwei Anträge, welche die Anerkennung dieses Grundsatzes bezweckten, wurden von der National-Versammlung am 2. Juni verworfen, hingegen ein dritter Antrag, welcher die formelle Aufhebung des Art. 6 des Gesetzes vom 10. April 1832 bezweckte, in Berathung gezogen.

Die Frage war nämlich in der That eine außerordentlich wichtige und bedenkliche.

Die drei bereits zur National-Versammlung gewählten Mitglieder der Familie Bonaparte hatten keinen besonderen Einfluß und keine besondere Popularität. Trotz ihres gefeierten Namens konnte wohl Niemand im Ernste daran denken, sie als Prätendenten für eine französische Königs- oder Kaiserkrone hinzustellen.

Ganz anders stand aber ein viertes Mitglied der Familie Bonaparte da, der Prinz Louis Napoleon Bonaparte, der

Sohn Louis Napoleon Bonaparte's, Königs von Holland, und Eugeniens von Beauharnais, der Stieftochter des Kaisers Napoleon.

Wir müssen mit einigen Worten zurückkommen auf die frühere Laufbahn des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, der berufen sein sollte, einen so großen Einfluß auf das Schicksal Frankreichs auszuüben.

Louis Napoleon war, wie wir gesehen haben, zugleich der Neffe und der Enkel des angebeteten Kaisers der Franzosen. Er war im Jahre 1808 geboren und wurde damals als der Erbe seines Oheims, als der Nachfolger desselben im Kaiserreiche, betrachtet, denn an eine Scheidung des Kaisers von Josephine wurde damals noch nicht gedacht; so wurde denn der Louis Napoleon als der Erste in das kaiserliche Familien-Register eingetragen.

Nur kurze Zeit sollte indessen die glänzende Aussicht für den jungen Prinzen dauern. Schon im Jahre 1815 sollten die glücklichen Aussichten, welche Louis Napoleon zu lächeln schienen, vernichtet werden. Mit dem Sturze des Kaisers Napoleon war natürlich auch der Sturz der kaiserlichen Familie ausgesprochen, und Louis Napoleon mußte, wie die übrigen Mitglieder seiner Familie, ins Exil wandern.

Die Schweiz diente der Königin Hortensia, welche den Titel einer Herzogin von St. Leu angenommen hatte, zum Zufluchtsort. Auf dem Schloß Arenenberg im Canton Thurgau suchte sie ihren Kindern eine Erziehung zu geben, welche dieselben befähigen sollte zu der bedeutenden Rolle, welche ihnen, nach dem Glauben der Mutter, das Schicksal noch aufbewahrte.

Louis Napoleon beschäftigte sich hauptsächlich mit mili-

tairischen Studien. Seiner glühenden Phantasie schwebte fortwährend das Bild des kaiserlichen Oheims vor, dem er sich nachzubilden strebte, dessen Rolle er noch dereinst zu spielen hoffte, ohne indessen auch nur einen Theil der eisernen Willenskraft und großartigen Genialität des Kaisers zu besitzen. Die Versuche des Jünglings, Napoleon zu copiren, nahmen deshalb stets mehr und mehr den Anschein einer bedeutungslosen Nachäfferei an.

Es ist dessenungeachtet Louis Napoleon ein lebhafter Geist und eine schnelle Auffassung nicht abzusprechen, wenn ihm auch die tiefe Durchbildung, die großartige Genialität und der eiserne Wille seines Oheims fehlen. Die Schriften, welche Louis Napoleon während seines Exils und später während seiner Gefangenschaft in Ham über Militairwissenschaften (besonders Artillerie) und über die sociale Frage veröffentlichte, beweisen tüchtige Studien und ein scharfes Urtheil.

Als die Juli-Revolution im Jahre 1830 die Familie Orleans auf den Thron Frankreichs führte, hofften die Napoleoniden, daß ihr Exil beendet sein werde; aber sie hatten sich getäuscht. Der Königsthron Louis Philipps stand zu schwankend, als daß der König der Franzosen eine Familie im Lande hätte dulden können, welche in Frankreich noch so viele Sympathieen hatte, als die Familie Napoleons.

Louis Napoleon sah sich daher nach wie vor ausgeschlossen aus dem Lande, welches er als sein Heimathland betrachtete. Er verwendete seine Zeit während des fortdauernden Exils besonders auf militairische und staatswirthschaftliche Studien, und nahm Theil an der Erhebung der Romagna, an der italienischen Bewegung.

Louis Napoleon träumte indessen fortwährend von der

Wiederherstellung eines Napoleonischen Kaiserreichs, und er wurde in seinen Träumereien bestärkt durch die Nachrichten, welche er aus Frankreich empfing, welche ihm die großartige Unzufriedenheit des gesammten französischen Volkes mit dem Juli-Königthum schilderten, und ihm mittheilten, daß die gesammte republikanische Partei sowohl, als auch die Armee, welche noch immer enthusiasmirt war durch die Erinnerungen an das Kaiserreich, auf ihn, den Erben des Kaisers Napoleon, den prinzlichen Vertreter des Socialismus, hofften.

Diese Mittheilungen und vielfache Verbindungen mit den geheimen Anhängern der Bonaparteschen Partei in Frankreich veranlaßten Louis Napoleon zu dem Entschluß, als Prätendent in Frankreich aufzutreten und dort das Napoleonische Kaiserreich wieder herzustellen.

Hätte Louis Napoleon nur einen Theil der kühnen Entschlossenheit seines Oheims und der gewaltigen Umsicht desselben gehabt, so hätte er in der That ein gefährlicher Nebenbuhler für Louis Philipp werden können; aber gerade diese Eigenschaften, so nothwendig für einen Prätendenten, gingen ihm ab; er war kühn, sogar tollkühn, ohne entschlossen zu sein, und es fehlte ihm jede Umsicht, er war vollkommen kopflos im Augenblick der Entscheidung. Deshalb scheiterten seine beiden Versuche, den Thron Louis Philipps, so schwankend derselbe stand, zu stürzen.

Im Jahre 1836 machte Louis Napoleon seinen ersten Versuch, sich die französische Kaiserkrone wiederzuerobern. — Er hatte sich der Ergebenheit einer Anzahl Officiere der Besatzung von Straßburg, besonders eines Obersten des vierten Artillerie-Regiments, Namens Vaudrey, zu versichern gewußt. Louis Napoleon war heimlich nach Straßburg gekommen.

Am 29. Oktober hatte er in der Wohnung eines treuen Anhängers, des Herrn von Persigny, der schon seit Monaten für die Organisation einer Bonaparteschen Conspiration thätig gewesen war, eine Zusammenkunft mit denjenigen Officieren der Straßburger Garnison, von deren Ergebenheit er überzeugt sein durfte. Mit diesen Officieren wurde die Napoleonische Schilderhebung für den folgenden Tag verabredet.

Am 30. Oktober, Morgens 5 Uhr, ließ Oberst Vaudrey sein Regiment in Schlachtordnung antreten. Louis Napoleon erschien vor demselben in Obersten-Uniform, geschmückt mit dem Orden der Ehrenlegion. Er wurde mit Jubelruf von den Soldaten empfangen und stellte sich nun an die Spitze des Regiments, um mit demselben einen planlosen Zug durch Straßburg anzustellen.

Proclamationen, welche von dem neuen Prätendenten an die Armee und an das Volk erlassen werden sollten, und welche in hochtrabenden Worten berechnet waren, auf die Eitelkeit des französischen Volkes zu wirken, waren vorher genügend ausgearbeitet worden, um im Augenblick der Entscheidung vertheilt zu werden.

Auch die schönsten Pläne waren entworfen worden, wie man die Präfecte und andere königliche Beamte in ihren Wohnungen verhaften und die Armee vollends für Louis Napoleon gewinnen wollte.

Alle diese Pläne scheiterten jedoch an der unbesonnenen Planlosigkeit, mit welcher Louis Napoleon zu Werke ging.

Louis Napoleon zog nach der Kaserne Finkmatt und wurde hier von der Infanterie mit seinen Begleitern verhaftet. Die Artillerie machte zwar einen Versuch, ihn zu be-

suchen; aber derselbe gelang nicht und so war denn das ganze Unternehmen zerstört.

Noch unbedeutender und unbesonnener angelegt war ein zweiter Versuch Louis Napoleons, die Kaiserkrone von Frankreich zu erringen, welchen der Prinz im Jahre 1839 in Boulogne machte, ein Versuch, welcher fast kindisch erschien.

Nach dem Aufstand in Straßburg war Louis Napoleon nach Nord-Amerika transportirt worden. Louis Philipp benahm sich dem jungen Prinzen gegenüber mit einer wirklich außerordentlichen Großmuth.

Von Nord-Amerika aus wendete sich Louis Napoleon wieder nach der Schweiz, und da er hier seinen Aufenthalt nicht mehr für sicher hielt, nach England.

Von England aus knüpfte er aufs Neue Verbindungen mit der Bonaparteschen Partei in Frankreich an und entschloß sich, einen abermaligen Aufstands-Versuch zu machen, der ein noch kläglicheres Ende haben sollte, als der erste in Straßburg. —

Mit dem Dampfpacketboot Stadt Edinburgh landete Louis Napoleon am Morgen des 6. August, zwischen 3—4 Uhr, bei Wimereux, etwa eine halbe Meile von Boulogne. Er war begleitet durch den General Montholon, einen exaltirten Bonapartisten, den Obersten Voisin und eine Anzahl anderer napoleonistisch gesinnter Officiere.

Die kleine Schaar, aus etwa 50 Personen bestehend, zog, nachdem sie einen kleinen Douanenposten überfallen hatte, nach der Stadt, und zwar gleich zuerst nach der Kaserne, um das in Boulogne stationirte Militair zu gewinnen.

Der Versuch scheiterte vollkommen. — Die Napoleonische Schaar zog nun planlos durch die Stadt, in welcher

Generalmarsch für die Truppen und National-Garden geschlagen wurde. Nirgends zeigte sich die geringste Sympathie für den unbesonnenen Abenteurer, der endlich auf seine Flucht bedacht sein mußte, aber auch diese nicht mehr bewerkstelligen konnte, denn das Dampfboot war bereits mit Beschlag belegt und in den Hafen gebracht worden. So wurde denn Louis Napoleon mit seinen Begleitern verhaftet.

Sein Prozeß wurde vor dem Pairshof geführt und er von diesem zu lebenswieriger Haft verurtheilt, zu deren Verbüßung er nach Ham abgeführt wurde. — Es gelang ihm jedoch, von dort nach langer Haft zu entspringen. —

Wir haben in Vorstehendem versucht, dem Leser in so kurzen Zügen, als irgend möglich, ein Bild zu geben von dem Leben und dem Charakter Louis Napoleons; es war dies für das Verständniß der Geschichte Frankreichs im Jahre 1848 und 1849 unumgänglich nothwendig. Der Leser hat daraus ersehen, daß die Persönlichkeit Louis Napoleons an und für sich eine durchaus ungefährliche war; aber Louis Napoleon wurde gefährlich durch die Erinnerungen, welche sich an seinen Namen knüpften, und dadurch, daß er als der legitime Erbe des Kaisers Napoleon nach dem Tode des Königs von Rom betrachtet werden mußte.

Louis Napoleon wurde gefährlich für die Existenz der jungen Republik, weil die verschiedensten Parteien sich vereinigten, um durch ihn ihre Pläne gegen die Republik auszuführen.

Die Monarchisten betrachteten Louis Napoleon als das geeignetste Werkzeug, die Monarchie wieder in Frankreich einzuführen. Legitimisten, Orleanisten und Napoleonisten vereinigten sich daher in der Agitation für Louis Napoleon, in-

Wenn die Ersteren hofften, daß die Unfähigkeit des Prinzen bald genug sich zeigen würde, und daß dann Louis Napoleon leicht bei Seite geworfen werden könnte, während die Letzten durch Louis Napoleon wirklich eine dauernde Napoleonische Monarchie zu gründen hofften.

Aber auch selbst unter den extremen Socialrepublikanern fand Louis Napoleon viel Anklang. Einerseits war er nicht unbeliebt bei den Arbeitern, besonders in den National-Werkstätten, seine socialistischen Arbeiten hätten ihm bei diesen einigen Ruf und ein gewisses Vertrauen verschafft, und andererseits hoffte ein anderer Theil der socialistischen Führer, daß Louis Napoleon sich aufrichtig der socialistischen Partei anschließen müsse, weil er leicht einsehen konnte, daß die Legitimisten und Orleanisten seine unversöhnlichsten Feinde seien.

So gewann denn der Name Napoleon schon zu Ende des Mai einen furchtbaren Klang für die gemäßigt republikanische Partei, weil sich in ihm die Agitationen der verschiedensten Parteien, welche den gemäßigten Republikanern gegenüberstanden, vereinigten.

Gegen Ende des Mai und im Anfange des Juni begannen die Agitationen für Louis Napoleon immer offener an das Tageslicht zu treten. Dieser Name, der bisher wenig genannt worden war, wurde plötzlich das Feldgeschrei des Tages, sowohl in Paris, als in den Departements.

In Paris bildeten sich allabendlich auf den Boulevards gewaltige Zusammenrottungen, in denen der Ruf: „Es lebe Napoleon!“ und oft auch der: „Es lebe Napoleon II.!“ oder: „Es lebe der Kaiser!“ ausgestoßen wurde.

Oft wurden ruhig vorübergehende Bürger gezwungen,

in diesen Ruf einzustimmen, wenn sie sich nicht Mißhandlungen aussetzen wollten.

Diese Bewegungen wurden mit jedem Tage drohender und die Executiv-Commission sah sich endlich genöthigt, mit Ernst gegen dieselben einzuschreiten. Sie ließ das Aufruhr-Gesetz proclamiren und mit Energie die versammelten Menschenmassen auseinandertreiben. Vielfache Verhaftungen kamen dabei vor, an manchen Abenden mehrere Hundert.

Aber auch diese Maßregeln reichten nicht aus, jene Zusammenrottungen, wie überhaupt die Bewegung zu Gunsten Louis Napoleons, zu unterdrücken, wenn sie auch allerdings dazu beitrugen, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen.

Wie tief die Agitation zu Gunsten Louis Napoleons bereits ins Volk eingedrungen war, zeigte sich am deutlichsten bei den neuen in Folge der Doppelwahlen vorzunehmenden Wahlen für die National-Versammlung. Louis Napoleon wurde in drei Departements und zum Theil mit einer ungeheuren Stimmenzahl gewählt. Die Bonapartischen Agenten hatten mit einer wunderbaren Schnelligkeit und Geschicklichkeit, besonders unter den Landleuten, für das Haupt des Napoleonischen Hauses gewirkt.

Die Executiv-Commission sahe ein, daß diese Bewegung mit jedem Tage gefährlicher wurde, und sie glaubte daher, mit ernsten Maßregeln gegen dieselbe vorschreiten zu müssen. Sie beschloß, bei der National-Versammlung darauf anzutragen, daß das Verbannungs-Dekret gegen die Familie Bonaparte vom Jahre 1832 wenigstens in Betreff der Person Louis Napoleons aufrecht erhalten würde.

Ein Straßen-Scandal, welcher sich am Montag, dem 12. Juni, zutrug, bei dem vielfach der Ruf: „Es lebe der

Absichten zuschreiben, welche ich nicht habe. Mein Name ist ein Symbol der Ordnung, der Nationalität, des Ruhmes, und ich würde ihn mit dem größten Schmerze dazu dienen sehen, die Unruhen und die Spaltungen des Vaterlandes zu vermehren. Um ein solches Unglück zu vermeiden, würde ich eher in der Verbannung bleiben. Ich bin zu allen Opfern für das Glück Frankreichs bereit.

„Haben Sie die Güte, Herr Präsident, meinen Brief der Nationalversammlung mitzutheilen. Ich sende Ihnen eine Abschrift meiner Danksagungen an die Wähler.

„Empfangen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Gesinnungen.

Napoleon Louis Bonaparte."

In diesem ganzen Brief war nicht ein Wort von der Anerkennung der Republik enthalten, wohl aber zeigte die Stelle: — Wenn das Volk mir Pflichten auferlegte, so würde ich sie zu erfüllen wissen! — deutlich genug, daß Louis Napoleon noch immer seine besonderen Pläne habe, welche im Augenblicke zu ergründen noch unmöglich war, zu denen erst die Zukunft, die Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten der Republik und sein Auftreten als solcher den Schlüssel bieten sollte.

9.

Die zweite Frage, welche in den letzten Tagen des Mai und während des Juni das Volk von Paris besonders beschäftigte, und welche die Veranlassung zu dem furchtbaren Ereignisse der Junirevolution geben sollte, war die Arbeiterfrage, welche zu jener Zeit sich besonders concentrirte in der Frage: „Sollen die Nationalwerkstätten bestehen bleiben oder

sollen sie geschlossen werden, und wenn letzteres geschehen soll, wie kann dann für die Ernährung und Beschäftigung der 120,000 Arbeiter gesorgt werden, welche bisher in den Nationalwerkstätten unterhalten wurden?"

Der Leser erinnert sich der Begründung der Nationalwerkstätten durch Louis Blanc. Die Nationalwerkstätten, in denen die verschiedensten Arbeiten aller Handwerke gemacht wurden, waren der erste Versuch einer Organisation der Arbeit durch den Staat; aber dieser Versuch sollte sich bald genug als ein vollkommen mißlungener zeigen.

Die Nationalwerkstätten, in denen nach dem Glauben Louis Blancs die Arbeit sich kräftigen und die Industrie emporblühen sollte, sanken schon in sehr kurzer Zeit zu einer Versorgungsanstalt brodloser Arbeiter herab, welche dem Staat ungeheure Summen, täglich 170,000 Franken kostete, ohne dafür irgend einen reellen Gewinn zu geben, denn die Arbeiten in diesem großartig angelegten Institute wurden im höchsten Grade nachlässig betrieben. Ob der Arbeiter faul oder fleißig war, er erhielt dennoch seinen Tagelohn! Daher kam es, daß schon nach sehr kurzer Zeit die Nationalwerkstätten eine wahrhafte Schule des Müßiggangs wurden.

Schon von Anfang der Begründung der Nationalwerkstätten an hatte sich dieser Uebelstand gezeigt, die provisorische Regierung hatte aber nicht umhin gekonnt, dennoch die Nationalwerkstätten bestehen zu lassen und immer neue Geldsummen für dieselben zu verwenden, da in jener Zeit die Gewerbe in Paris vollständig stillstanden und Tausende von Arbeitern brodlos sich umhertrieben. Diese mußten beschäftigt werden, wenn sie nicht eine gefährliche Plage für die Gesellschaft werden sollten.

Seit der Begründung der Nationalwerkstätten hatte sich die gewerbliche Stockung ein wenig vermindert, sie war aber dessen ungeachtet groß genug geblieben, man hatte deshalb immer noch nicht Gelegenheit gefunden, auf eine andere Weise für die Unterbringung der brodlosen Arbeiter zu sorgen, als durch die Nationalwerkstätten, und doch hatten sich die Uebelstände derselben mit jedem Tage greller ans Tageslicht gestellt.

Da sich in den Nationalwerkstätten auf eine höchst leichte Weise ein verhältnißmäßig hoher Lohn erwerben ließ, hatten sich täglich mehr Arbeiter in dieselben aufnehmen lassen; die Zahl derselben war bis auf 120,000 gewachsen, 120,000 kräftige Männer, welche zum größten Theil, wenigstens halb müßig gingen oder ihre Kräfte auf eine für die Gesellschaft nutzlose Weise vergeudeten.

Es hatte dieser Uebelstand in den gesammten Verkehr eine große Stockung gebracht, denn die meisten Arbeiter zogen es vor, in den National-Werkstätten wenig zu thun, anstatt in den Fabriken, selbst gegen einen höheren Lohn, tüchtig zu arbeiten.

Die National-Werkstätten waren außerdem eine gefährliche Vereinigung einer gewaltigen, unzufriedenen Arbeitermasse gegen die herrschende, gemäßigt republikanische Partei. In ihnen fanden alle Umtriebe, alle Revolutions-Versuche der extrem socialistischen Partei ihre festeste Stütze.

Alle diese Uebelstände waren schon längst so grell an das helle Tageslicht getreten, daß sich die allgemeine Stimmung täglich heftiger gegen die National-Werkstätten und die in ihnen vergeudeten Geldmittel des Staates aussprach.

Die Executiv-Commission sah sich hierdurch veranlaßt,

endlich energische Maßregeln gegen die National-Werkstätten zu ergreifen; aber sie befand sich allerdings hierbei in einer außerordentlich schwierigen und gefährlichen Lage, denn sie verhehlte sich nicht, daß möglicherweise ein Einschreiten gegen die National-Werkstätten, eine Auflösung derselben, welche Tausende von Arbeitern brodlos zu machen drohte, eine furchtbare Arbeiter-Revolution hervorrufen konnte.

Die Executiv-Commission mußte sich deshalb auch für den Fall eines solchen Aufstandes rüsten.

General Cavaignac hatte das Kriegs-Ministerium übernommen, auf seine Energie konnte die Executiv-Commission rechnen, und es kam nun nur noch darauf an, dem General auch die nöthigen Militairkräfte zu Gebote zu stellen, um ihm die kraftvolle Unterdrückung eines Arbeiter-Aufstandes möglich zu machen. Es wurden deshalb die disponiblen Streitkräfte in Paris und der Umgegend auf einen Bestand von über 50,000 Mann gebracht. Mit dieser Truppenmacht glaubte die Executiv-Commission einem Arbeiter-Aufstande gegenüber des Sieges gewiß zu sein, zumal da ein so tüchtiger, energischer General, als Cavaignac, an der Spitze der Truppen stand.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Trélat, bekam deshalb den Auftrag, auf den er gern einging, dafür zu sorgen, daß die Auflösung der National-Werkstätten durch vorbereitende Maßregeln angebahnt werde.

Schon am 4. Juni erließ die Executiv-Commission ein Dekret, vermittelst dessen die Arbeit in den National-Werkstätten nicht mehr, wie bisher, nach Tagelohn, sondern nach dem Stück bezahlt werden sollte. Die Arbeiten sollten direct, nach einem vorher gemachten Anschlage, ohne Abzug eines

Rabatts, entweder, je nach der Beschaffenheit der Arbeit, an einzelne, oder verbündete Arbeiter gegeben werden.

Außerdem sollten durch Kredite Arbeiten in den Departements eröffnet, auch der Privatgewerbs-Betrieb unterstützt werden, um hierdurch einen Abfluß der National-Werkstätten zu ermöglichen.

Die Arbeiter, welche seit weniger als drei Monaten sich im Departement der Seine aufhielten, bekamen den Befehl, in ihre Heimath zurückzukehren, und erhielten dazu Reisevergütigung.

Schon dieses Dekret erregte in den National-Werkstätten eine große Erbitterung, denn es nahm den Arbeitern die Aussicht auf das gemächliche Leben des halben Müßiggangs, an welches sie sich bereits seit Monaten gewöhnt hatten; aber diese Erbitterung hatte noch keinen Ausbruch; sie wuchs indessen bedeutend, als sich in der Sitzung der National-Versammlung am 20. Juni nicht ein einziger Redner fand, welcher die bisherige Einrichtung der National-Werkstätten in Schutz nahm.

Die Erbitterung der Arbeiter ging deshalb von der Executiv-Commission über auf die National-Versammlung, welche übrigens, ihrer gemäßigten Majorität wegen, schon längst das Vertrauen der Arbeiter ziemlich verloren hatte.

Die Regierung, welche mit dem eben erwähnten Dekret den Anfang zu ihren Maßregeln gegen die National-Werkstätten gemacht hatte, mußte jetzt weiter gehen, sie mußte fortfahren in dem begonnenen Werke, und sie that es.

Das geeignetste Mittel, viele Arbeiter aus den National-Werkstätten zu entfernen, sie unschädlich zu machen, sogar in dieser kritischen Zeit nützlich für das Vaterland zu verwenden, war, sie zur Armee anzuwenden. Die Regierung erließ

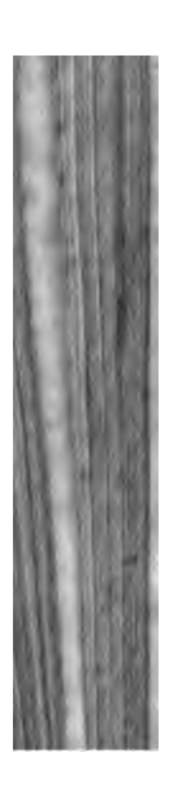
daher den Befehl, daß die Arbeiter von 17—25 Jahren, welche gerade das renitenteste Element in den Werkstätten ausmachten, sich zur Armee anwerben lassen oder nicht mehr in den Werkstätten zugelassen werden sollten.

Es war dies eine Maßregel, welche allerdings eine große Ungerechtigkeit enthielt und welche daher auch nicht verfehlen konnte, eine gewaltige Erbitterung unter den jungen Arbeitern zu erregen.

Man hatte den Arbeitern schon diese Maßregel einige Tage vor dem 22. Juni angezeigt und es hatten sich vielfache Stimmen der Entrüstung über dieselbe kundgegeben. — Die Arbeiter waren entschlossen, sich einer solchen Gewaltmaßregel nicht zu fügen, ihr im Gegentheil sich mit Gewalt entgegenzusetzen, und sie wurden in ihrem Willen durch die aufregendsten Reden, welche in ihrer Mitte durch einige enthusiasmirte Clubisten gehalten wurden, bestärkt, so wie auch durch Schriften, welche gratis unter sie vertheilt wurden.

Eine solche Schrift war schon am 19. Juni erschienen. Sie war mit dem Motto: „Ich bin der Prophet des Unglücks", bezeichnet und unterschrieben durch Louis Pujol, einen Mann, der sich eine Art Namen durch seine extremen Ansichten unter den Arbeitern gemacht hatte. Pujol prophezeite in dieser Schrift einen blutigen Kampf für die nächsten Tage, aus dem die Freiheit glänzend hervorgehen würde.

Die Arbeiter waren durch solche Worte und Schriften schon auf Maßregeln der Gewalt vorbereitet, und als am Morgen des 22. Juni der Moniteur die Nachricht enthielt, daß die Anwerbungen zur Armee mit dem 23. Juni in den Werkstätten beginnen würden, versammelte sich schon Morgens eine bedeutende Anzahl von Arbeitern auf dem Platze



cutiv-Commission ihre Forderungen mitzutheilen.

Der Arbeiterhaufen ging auf diesen Vorsch[illegible]
Louis Pujol stellte sich an die Spitze der Co[illegible]
mit ihr nach dem Luxembourg. Er wurde zum
Arbeiter ernannt und noch drei andere Arbeite[illegible]
als Deputation beigesellt.

Die Deputation wurde von der Executi[illegible]
durch ein Mitglied, Herrn Marie, empfangen,
nem heftigen Gespräche, in welchem Pujol aus[illegible]
sehr wohl, daß die Arbeiter betrogen seien, daß
eine Organisation der Arbeit nie gewollt habe,
halb die Arbeiter entschlossen seien, ihre Freiheit
mit dem Opfer ihres Lebens, aufrecht zu erhal[illegible]
Bescheide entlassen, daß die ausübende Gewal[illegible]
Bedingung die Arbeiter zwingen werde, in die
zugehen, sei es auch mit Waffengewalt.

Mit dieser Antwort, welche den Zorn der
türlich nur noch erhöhte, zog sich die Deputatio[illegible]
Pujol theilte dieselbe seinen Begleitern vom Bru[illegible]
Place Saint Sulpice mit. Er bat die Arbeiter

„Es lebe Pujol und Barbès!"

trennte sich die Menge, fand sich aber Abends pünktlich 6 Uhr und noch zahlreicher wieder auf dem Platze des Pantheon ein.

Pujol hielt abermals eine aufregende Rede an die Massen. „Arbeit und Brod," so rief er, „möge fortan ihr Wahlspruch sein!"

Die Arbeiter jubelten dem Redner zu, er stellte sich an ihre Spitze und machte mit ihnen einen Rundzug von einigen Stunden durch die Stadt, während dessen die Massen mit jedem Augenblicke lawinenartig wuchsen; dann kehrte er mit ihnen nach dem Pantheonsplatze zurück und forderte sie auf, am folgenden Morgen um 6 Uhr sich wieder auf demselben Platze zu versammeln. Er ließ die mehr als 10,000 Köpfe betragende Menge einen Eid darauf ablegen, daß sie den Verrath, der am Volke durch die Regierung geübt worden sei, durch das Blut der Volksfeinde sühnen wolle. Dann entließ Pujol die Massen, welche sich unter Lebehochs auf Pujol, Barbès und andere Männer der extremsten Partei und unter Verwünschungen gegen die Mitglieder der Executiv-Commission und die übrigen Führer der gemäßigten Republikaner trennten.

10.

Die Vorgänge am Abend des 22. Juni sollten nur ein unblutiges Vorspiel sein zu den furchtbaren Ereignissen der folgenden Tage; aber sie waren als ein solches schon bedeutungsvoll.

Allerdings hatte sich bei den Aufläufen vom 22. Juni gar keiner der eigentlichen und gefürchteten Volksführer, keiner

der berühmten Clubisten oder der Parteihäupter der socialistischen Partei betheiligt, denn Louis Pujol war nur eine höchst untergeordnete Größe von gar keiner Bedeutung; aber doch erschien die Aufregung der Arbeiter so gewaltig, daß die Regierung gezwungen war, diesen Vorgängen ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Arbeiter kämpften in der That einen Kampf für ein ihnen garantirtes Recht, wenn sie sich nicht geduldig aus den National-Werkstätten vertreiben und in die Provinzen verbannen oder in die Armee aufnehmen lassen wollten. Die Arbeiter kämpften gegen eine neu sich bildende Aristokratie in der Republik, welche ihnen eben so abschreckend erschien, als die in der Februar-Revolution gestürzte.

Die Organisation der Arbeit war den Arbeitern unmittelbar nach der Februar-Revolution verbürgt worden; möchten nun auch immerhin, und dies hatte sich allerdings mit jedem Tage klarer herausgestellt, die Louis Blanc'schen National-Werkstätten nicht geeignet sein, die Arbeit mit Vortheil für die Gesellschaft zu organisiren, den Arbeitern die Arbeit zu garantiren, so gab dies doch sicherlich der Regierung nicht das Recht, die Arbeiter von 17 bis 25 Jahren zum Eintritt in die Armee zu zwingen, oder ihnen, wenn auch dies nicht geschah, doch ein ihnen durch die Revolution errungenes und durch die Gesetze der ersten Zeit nach der Revolution garantirtes Recht, das auf Arbeit, zu rauben.

Es läßt sich gar nicht verkennen, daß sich in jener Zeit die Regierung in einer furchtbaren Lage befand. — Auf einer Seite forderte das ganze Land von ihr die Aufhebung der National-Werkstätten, als einer für das Ganze im höchsten Grade schädlichen und gefährlichen Institution, auf der an-

deren Seite aber forderten die Arbeiter die Aufrechterhaltung der ihnen gesetzlich garantirten Rechte, und drohten, dieselben nöthigenfalls mit Gewalt der Waffen aufrecht zu erhalten.

Die Regierung entschloß sich endlich, wie wir gesehen haben, den Kampf mit den Arbeitern aufzunehmen, sie entschloß sich, zum Wohle des Ganzen eine Rechtsverletzung den Arbeitern gegenüber zu begehen, und gab diesen dadurch Veranlassung, mit einem gewissen Rechte zu den Waffen zu greifen, eine Berechtigung, welche den Kampf des Juni um so gefährlicher machte, da sie ihm den Charakter einer unbegründeten, rechtlosen Emeute vollständig nahm und ihm dadurch vielfache tüchtige Kräfte zuführte, welche sich niemals entschlossen haben würden, an dem Kampfe Theil zu nehmen, wenn in demselben das Recht nicht eigentlich auf Seite der Arbeiter gewesen wäre.

Der Kampf des Juni wurde zu einem Kampfe der Arbeiter, welche das ihnen gewährte Recht auf Arbeit und Organisation der Arbeit schützen wollten gegen die gewaltsamen Uebergriffe einer Regierung, welche, nach den Ansichten der Arbeiter, nur die privilegirte Klasse der Gesellschaft, die der Besitzenden, vertrat; der Kampf des Juni wurde zum Kampfe für die Rechte des Besitzlosen gegenüber der Gewaltherrschaft der Besitzenden. Er ist der erste sociale Kampf in der neueren Geschichte, und darum von der höchsten historischen Bedeutung.

Die Executiv-Commission sah diesen Kampf herankommen, die Aufläufe des 22. Juni verkündeten ihr denselben, und sie rüstete sich, ihn auszukämpfen als einen Kampf um die Existenz, als einen Klassenkampf zwischen Besitzenden und

Besitzlosen, zwischen Berechtigten und Rechtlosen; ebenso aber rüsteten sich auch die Arbeiter.

II.

Wir kommen jetzt zur Erzählung der Juni-Revolution selbst, jener wunderbaren Revolution, welche in ihrer Furchtbarkeit einzig dasteht in der Weltgeschichte, zur Darstellung der ersten socialen Revolution, in welcher die Kämpfer für das Recht auf Arbeit unterlegen sind.

Es wird uns unmöglich sein, alle jene zahllosen Kämpfe in den Straßen von Paris, welche am 23, 24. und 25. Juni durchfochten worden sind, zu erzählen, wir müßten Bände schreiben, um den unvergleichlichen Heldenmuth zu schildern, mit welchem die Arbeiter und die Socialisten überhaupt in jenen Tagen für ihr heiliges Recht kämpften *) und mit dem auch auf der anderen Seite von den Anhängern der gemäßigten Republik für diese gestritten wurde.

Nur ein allgemeines Bild jener Kämpfe und der Pläne, welche ihnen zu Grunde lagen, vermögen wir dem Leser, in dem beschränkten Raume, der uns noch gestattet ist, zu geben, und auch diesem Bilde wird Manches fehlen, da über den geheimen Fäden, welche sich durch den Juni-Aufstand hindurchziehen, noch der dichte Schleier eines Geheimnisses liegt, welcher vielleicht nie, vielleicht erst in späteren Jahren gelüftet werden wird.

---

*) Wir erinnern hier den Leser an die schönen Worte, mit welchen Freiligrath die Juni-Kämpfer von Paris anruft. Er sagt:
„Ihr von des Zukunftdranges Sturm am weitesten Getragenen,
„Ihr Juni-Kämpfer von Paris, Ihr siegenden Geschlagenen!“

Am Morgen des 23. Juni, schon vor 6 Uhr, versammelte sich auf dem Platze des Pantheon eine mit jedem Augenblicke sich vergrößernde Menge von Arbeitern. Sie bestand zum größeren Theile aus Arbeitern in Blousen, aber man bemerkte dazwischen auch manchen feingekleideten Mann, auch National-Gardisten in Uniform, und besonders auch eine ziemliche Anzahl von Soldaten und Officieren der Garde republicaine.

Gegen 7 Uhr kam der Bürger Pujol in einer Blouse und sprach zu dem versammelten Volke, um es aufzufordern, fest zu stehen für seine Freiheit, und ihm zu folgen nach dem jenseitigen Ufer der Seine.

Ein gewaltiger Zug, an dessen Spitze der Bürger Pujol ging, setzte sich bald darauf in Bewegung; eine Fahne wurde ihm vorangetragen; die meisten Anwesenden schlossen sich dem Zuge an, nur wenige blieben auf dem Pantheonsplatze zurück; aber zu diesen Wenigen strömte aus den umliegenden Stadtgegenden bald wieder eine gewaltige Volksmenge, welche in kurzer Zeit den Pantheonsplatz anfüllte.

Die Regierung erhielt Nachricht von den Zusammenrottungen auf dem Pantheonsplatz, sie ließ einige Bataillone der National-Garde und der Linie sich gegen dieselben bereit halten; bevor jedoch mit Waffengewalt eingeschritten wurde, begab sich Arago zu den Volkshaufen und suchte dieselben durch friedliche Worte zum Auseinandergehen zu bewegen; es gelang ihm dies, indessen nicht vollständig, die Massen zerstreuten sich nicht, sondern sie zogen nur dem schon vorausgegangenen Zuge nach, ein Theil blieb sogar zurück und bald hatten sich neue Haufen angesammelt.

Der Zug hatte sich mittlerweile, mit jedem Schritte sich

vergrößernd, nach dem Bastilleplatz gewendet, und hier hatte Pujol abermals vom Fuße der Juli-Säule zum Volke gesprochen und dasselbe aufgefordert, mit entblößtem Haupte niederzuknieen, um auf dem Grabe der ersten Märtyrer der Freiheit diesen eine Huldigung darzubringen.

Die Tausende waren dem Rufe gefolgt und hatten sich durch die den Freiheitshelden dargebrachte Huldigung gestärkt zu dem furchtbaren Kampfe, den sie selbst in wenigen Stunden zu bestehen beabsichtigten. Dann standen sie auf und zogen weiter unter dem Ruf:

„Es lebe die demokratische Republik!

„Freiheit oder Tod!

„Nieder mit der ausübenden Gewalt und der National-Versammlung!"

Der Zug wendete sich unter fortwährendem Lebehochs auf die demokratische Republik nach der Faubourg Saint Antoine, wo die Arbeiter-Bevölkerung dieses Viertels ihn vergrößerte, dann wendete er sich nach dem Boulevard du Temple und hielt endlich in der Gegend der Porte Saint Denis; von hier aus zerstreute sich des Morgens gegen 10 Uhr die Menge unter dem fortwährenden Rufe: „Barrikaden! Barrikaden!"

Und mit einer wunderbaren Geschwindigkeit entstanden die Barrikaden; im Verlaufe weniger Stunden war die eine Hälfte von Paris mit ihnen übersäet und glich einem großen, gewaltigen Feldlager, während die andere Hälfte sich noch im tiefsten Frieden sich befand.

Die Barrikaden wuchsen mit Blitzesschnelle aus dem Boden, die Omnibus und andere Wagen, welche durch die Straßen fuhren, wurden umgeworfen, das Steinpflaster wurde

aufgerissen, aus den Häusern wurden Bretter, Bohlen und andere Materialien geholt, und mit diesen Bollwerke von einer außerordentlichen Festigkeit und Künstlichkeit im Verlaufe weniger Stunden gebaut. Alle diese Barrikaden wurden errichtet nach einem ganz bestimmten System, am Ende jeder Barrikade wurde ein enger Durchgang offen gelassen, durch welchen die Insurgenten sich miteinander von Barrikade zu Barrikade in Verbindung setzen konnten, während er doch bei weitem zu enge war, um den Angreifern einen Vortheil zu gewähren.

Nach diesem System wurden die Barrikaden in dem ganzen östlichen Theile von Paris fast zu gleicher Zeit, wie auf ein Kommando, errichtet, während der westliche Theil von Paris vollkommen frei blieb. Das Barrikaden-System erstreckte sich über die sämmtlichen Stadttheile, innerhalb der Barrieren von Bercy, Charenton, Montreuil, Menilmontant, Saint Denis, Poissonnière, Rochechouart, in einem Querdurchschnitte durch ganz Paris.

Kein Zögern war bei dieser so wunderbar plötzlich ausbrechenden Bewegung sichtbar, kein wirres, planloses Hin- und Herlaufen, wie man es sonst wohl bei den früheren Aufständen in Paris bemerkt hatte. Die Arbeiter wußten, was sie wollten, sie waren sich bewußt, daß sie einen furchtbaren Kampf zu kämpfen hatten für ihr Recht, für die Organisation der Arbeit! Sie wußten dies und sie hatten sich längst auf diesen Kampf vorbereitet, der nicht unerwartet kam, denn die Auflösung der National-Werkstätten war ja schon längst von der Executivgewalt vorbereitet und unverblümt angekündigt worden.

Die Insurgenten, wenn wir diese Männer, welche für

die Aufrechterhaltung ihrer Freiheit und ihres Rechtes kämpften, so nennen wollen, waren vollständig organisirt. Sie hatten schon in den National-Werkstätten sich abgetheilt in Compagnieen von je 220 Mann, an deren Spitze immer ein Lieutenant stand. Jede Compagnie zerfiel in Brigaden zu 55 Mann, jede Brigade in 5 Rotten von 10 Mann und 1 Rottenführer.

Diese Organisation, welche öffentlich in den National-Werkstätten angebahnt worden war, machte bei dem jetzigen Aufstande den Arbeitern es allein möglich, mit so wunderbarer Geschwindigkeit und so ordnungsvoll die Insurrection über denjenigen Theil von Paris zu verbreiten, in welchem sie, wie sie wußten, die meisten Sympathieen fanden und darauf rechnen konnten, nicht aus den Häusern im Rücken der Barrikaden angegriffen zu werden.

Der Plan der Socialisten war auf das Vollkommenste angelegt und wurde mit der höchsten Energie ausgeführt. Er hätte sicherlich ein günstiges Resultat gehabt, wenn die Mobilgarden, welche ja meistens selbst aus Arbeitern bestanden, wie die Insurgenten hofften und mit der größten Wahrscheinlichkeit hoffen durften, zu ihnen übergegangen wären; aber dies geschah nicht und hieran scheiterte die Juni-Revolution.

Der Plan der Insurgenten war folgender:

Sie wollten eine einige Bewegung unter der gesammten socialistischen Partei hervorbringen, diese Bewegung aber concentriren in dem östlichen Theil von Paris, da eine Ausbreitung derselben über die ganze Stadt die Streitkräfte zu sehr zersplittert und dadurch dem Militair und den National-Garden Gelegenheit gegeben haben würde, die zersplitterten Corps einzeln anzugreifen und einzeln zu vernichten.

Die gesammte Macht der Insurgenten hatte sich deshalb in vier Hauptcorps abgetheilt.

Auf dem linken Ufer der Seine hielt ein Corps im Pantheon sein Hauptquartier und breitete sich von hier aus über die Straßen St. Jaques, de la Harpe, de la Cité u. s. w.

Ein zweites Corps hielt die Rue Saint Victor und die umliegenden Straßen besetzt.

Auf dem rechten Ufer der Seine stand ein drittes Corps, welches sein Hauptquartier in dem im Bau begriffenen Spital Clos Saint Lazare hatte, die Faubourg Saint Denis besetzt hielt und den Kampf leitete vom Faubourg Poissonnière bis zum Faubourg du Temple.

Ein viertes Corps endlich hatte den Bastilleplatz besetzt und sich weithin in die umliegenden Straßen bis in die Nähe des Stadthauses verbreitet.

Der Plan der Insurgenten war, sich zuvörderst festzusetzen in den Stadttheilen, welche sie eingenommen hatten, dann aber längs der Seine über die Quais sich auszubreiten, das Stadthaus zu erobern, hier eine neue Regierung zu proklamiren, darauf nach dem Palais Bourbon zu ziehen und die National-Versammlung, in welcher die Socialisten nur die Vertretung einer Partei, die der gemäßigten Republikaner, erblickten, auseinander zu jagen. Es stand zur Ausführung dieser Pläne den Insurgenten eine Streitmacht von etwa 100,000 Arbeitern zu Gebote, welche sämmtlich entschlossen waren, für das Kriegsgeschrei: „Freiheit und Brod!“ zu siegen oder zu sterben.

Wir haben vorher angedeutet, daß die Insurgenten aus den Arbeitern und den Anhängern der socialistischen Partei und der Clubs bestanden. Dies ist vollkommen richtig; aber

auch außerdem hatte noch ein großer Theil einer anderen Partei sich dem Juni-Aufstande angeschlossen, und zwar der monarchistischen Partei; besonders hatten die Legitimisten und die Napoleonisten vielfach die Arbeiter-Bewegung begünstigt, indem sie den Führern der Clubs und der Arbeiter Geldmittel hatten zufließen lassen, um Waffen und Munitions-Vorräthe für den Kampf anzuschaffen, dessen Ausbruch man schon längere Zeit vor dem 23. Juni geahnt hatte.

Die monarchistische Partei hielt mit Recht die gemäßigt republikanische Partei für viel gefährlicher, als die extrem socialistische, und glaubte die letztere, wenn sie einen momentanen Sieg erfochten hatte, leicht wieder bekämpfen zu können, indem sie auf die Ueberstützung der socialistischen Führer hoffte, wenn diese erst das Heft der Regierung in der Hand hätten.

Nach Beendigung des Kampfes hat sich diese Betheiligung der napoleonistischen, und ganz besonders die der legitimistischen Partei vielfach dadurch bestätigt, daß man bei einer großen Anzahl der gefangenen Juni-Insurgenten nicht unbeträchtliche Geldsummen und zwar in auswärtigen, besonders russischen Münzen gefunden hat. Juristisch bewiesen hat freilich hierüber nichts werden können, wie denn überhaupt über den geheimen Fäden der Juni-Revolution, über den Personen, welche den Kampf geleitet haben mögen, noch jetzt immer ein tiefes Geheimniß schwebt. Man kennt allerdings viele der untergeordneten Officiere, aber die eigentlichen Hauptleiter der ganzen Bewegung sind nicht genau bekannt.

Während, wie wir mitgetheilt haben, die Barrikaden mit Blitzesschnelle in der ganzen nordöstlichen und östlichen Stadt entstanden, und die Corps der Insurgenten sich zur

Vertheidigung derselben ebenso schnell organisirt hatten, war auch die Regierung nicht unthätig, denn sie sah sehr wohl ein, daß der bevorstehende Kampf ein Kampf um Leben oder Tod zwischen der gemäßigt republikanischen und der socialistischen Partei sei.

Schon des Morgens um 9 Uhr war Rappel in Paris geschlagen worden, um Angesichts der Ansammlung der Arbeiter die Nationalgarden zu ihren Sammelplätzen zu rufen; aber diese erschienen nur sparsam, denn sie waren in letzter Zeit zu häufig unnöthig zu den Waffen gerufen worden, als daß sie anders als im Fall der Noth zu erscheinen Lust hatten.

Von 10 Uhr ab ertönte deshalb der Generalmarsch durch alle Straßen von Paris, welche noch nicht durch die Barrikaden der Insurgenten besetzt waren; zu gleicher Zeit heulten auch von den Thürmen herab die Sturmglocken, welche die Insurgenten zogen, um ihre Brüder, die Arbeiter, aus den anderen Stadttheilen heranzurufen.

Nicht überall gelang es, den Generalmarsch zu schlagen, denn an manchen Orten wurden die Tamboure, obwohl sie von Abtheilungen bewaffneter Nationalgarden begleitet waren, von Arbeiterhaufen überfallen, und es wurden ihnen die Trommeln zerschlagen oder fortgenommen. Es kam schon hierbei zu blutigen Conflicten zwischen den Insurgenten und den Nationalgarden.

Die Regierung selbst hatte den Luxembourg, wo sie dem Schauplatz der Revolution zu nahe und daher gefährdet war, und wo sie außerdem auch wegen der zu weiten Entfernung nicht in fortwährender Verbindung mit der National-Versammlung stehen konnte, verlassen, und hatte sich in der Wohnung des Präsidenten der National-Versammlung mit dem

General Cavaignac zu einer Regierungssitzung und zugleich zu einem Kriegsrath vereinigt.

Der Operationsplan, welcher in diesem Kriegsrath beschlossen wurde, war folgender:

General Cavaignac erhielt den Oberbefehl über sämmtliche Truppen. Er sollte dieselben in vier großen Corps aufstellen, und zwar im Garten der Tuilerieen, in den elysäischen Feldern, auf dem Eintrachtsplatze und auf der Esplanade der Invaliden.

Außerdem erhielt General Cavaignac den Auftrag, das Stadthaus von etwa 15—16 Bataillonen unter dem Kommando des General Duvivier besetzen und mittelst derselben die Quais frei erhalten zu lassen. Der General Damesme, der Commandant der Mobilgarde, erhielt das Commando in dem District zwischen dem Pantheon und der Seine, in welchem die Insurgenten, wie der Leser weiß, zwei ihrer Hauptcorps postirt hatten; General Lamoricière erhielt den Befehl, den District zwischen dem Chateau d'Eau und der Magdalenen-Kirche zu decken; es konnten ihm hierzu indessen nur wenige Bataillone, eine für den ungeheuren Stadtdistrict bei weitem nicht ausreichende Streitmacht, bewilligt werden.

18.

So waren denn von beiden Seiten die Vorbereitungen zum Kampfe getroffen worden, zu dem Kampfe, den beide Parteien als den Kampf um Leben und Tod betrachteten; aber die Vorbereitungen der Regierung waren nicht so energisch getroffen, als die der Insurgenten, deshalb konnte über die Letzteren auch erst nach drei blutigen Tagen der Sieg

erkämpft werden, obwohl weder Mobilgarden noch Nationalgarden, wie von den Insurgenten gehofft worden war, zu ihnen übergingen. Die Regierung hatte noch nicht Zeit gehabt, oder war zu nachlässig gewesen, diejenigen Truppenverstärkungen, welche sie von auswärtigen Garnisonen an sich zu ziehen beabsichtigte, nach Paris zu beordern; dieselben trafen daher nicht schon beim Beginn des Kampfes, sondern erst während desselben ein, ebenso auch die Verstärkungen durch die Nationalgarden der Bannmeile und der benachbarten Städte.

Der Kampf begann des Mittags gegen 1 Uhr an verschiedenen Stellen, nachdem die Insurgenten vollkommen Zeit gehabt hatten, ihre Barrikaden so viel als möglich zu verstärken und sich aus den Waffen-Depots zu bewaffnen, welche zu diesem Zweck schon vorher an mehreren Stellen der östlichen Stadt angelegt worden waren. Die Insurgenten hatten außerdem auch Waffen dadurch erhalten, daß sie durch Patrouillen in den von ihnen besetzten Stadtvierteln die Häuser hatten visitiren und den in diesen wohnenden Nationalgardisten die Waffen hatten wegnehmen lassen.

Die einzelnen Kämpfe, welche an jenem Tage, am 23. Juni, stattfanden, zu beschreiben, ist vollständig unmöglich. Wir müssen uns darauf beschränken, dem Leser einige Scenen jener Kämpfe vorzuführen, welche ihm die Art derselben charakterisiren, ihm ein Bild jener furchtbaren Ereignisse geben werden.

An der Barrikade der Porte Saint Denis macht ein Bataillon der Nationalgarde einen herzhaften Angriff; trotz des heftigsten Kugelregens erreicht es die Barrikade, es erklimmt dieselbe und steht nun Mann gegen Mann den In-

surgenten gegenüber. Ein grauenvolles Handgemenge beginnt, da öffnen sich plötzlich die Fenster vor, neben und hinter den Nationalgarden. Aus allen Fenstern blitzen Schüsse, jeder sicher gezielt, jeder seinen Mann zu Boden streckend.

Noch versuchen die tapferen Garden sich zu halten! Jene Männer, welche noch gestern als Krämer hinter dem Ladentisch standen, sie kämpfen heut als wackere Soldaten mit Löwenmuth. Jeder Mann ist ein Held!

Aber das Feuer verdoppelt sich, die Garden müssen sich zurückziehen, verfolgt von den Insurgenten, ein Theil von ihnen wird sogar beim Rückzuge abgeschnitten und muß Munition und Waffen abgeben an die Arbeiter, welche damit ein Dutzend neue Streiter für die Freiheit und Arbeit bewaffnen.

Wir wenden uns zu einer anderen Stelle des Kampfes, nach den Boulevards, wo schon die Nationalgarde heftige Kämpfe bestanden hat, ohne von den Linien unterstützt zu sein, und wo sie mehrfach zurückgeschlagen worden ist, aber immer wieder mit tapferem Muthe aufs Neue angreift.

Gegen halb 2 Uhr entfaltet sich ein Bataillon der zweiten Legion auf den Boulevards; ihm folgt ein Detachement Infanterie unter der Anführung des Generals Lamoricière.

Der General, welcher noch immer glaubt Frieden stiften zu können mit Worten, geht gegen die Insurgenten vor, um Worte der Versöhnung mit ihnen zu sprechen; aber ein heftiges Gewehrfeuer empfängt ihn, so daß er sich schnell zurückziehen und zum Kampfe kommandiren muß.

Jetzt schreiten Nationalgarde und Linie vereint gegen die Barrikade vor, sie werden mit einem furchtbaren Feuer empfangen und müssen zurückweichen. Auf die Barrikade springt ein Mann, eine Fahne in der Hand, auf welcher die Worte:

„Arbeit und Brod!" geschrieben stehen. Er schwenkt diese Fahne gerade in demselben Augenblick, wo die Nationalgarde eine Charge gegen die Barrikade thut, und stürzt, von sechs Kugeln getroffen, todt, rücklings von der Barrikade herab.

Kaum ist er gefallen, so springt eine schöne, große, junge Frau mit entblößten Armen und nicht uneleganter Kleidung auf die Barrikade und reißt die Fahne in die Höh'. Sie schwenkt dieselbe und schreitet gegen die Nationalgarde vor; zu gleicher Zeit reißt ein furchtbares Feuer der Insurgenten weite Lücken in die Reihen der Nationalgarde.

Es war noch der erste Tag des Kampfes und noch waren die Nationalgarden nicht, wie dies später geschah, abgestumpft gegen jede Rücksicht, noch betrachteten sie den Kampf gegen Weiber und Kinder als einen schimpflichen; sie riefen daher dem jungen Weibe zu, daß sie sich zurückziehen möge, weil sie schießen würden. Die Frau hört nicht, mit wilden Geberden die Fahne schwenkend, geht sie der Nationalgarde entgegen. Ein furchtbares Feuer aus deren Reihen antwortet jetzt den fortwährenden Schüssen der Insurgenten, und die junge Frau, welche mitten zwischen den Garden und den Insurgenten steht, wird von mehreren Kugeln getroffen. Sie schwankt, sie läßt die Fahne sinken und stürzt dann blutend, tödtlich verwundet zu Boden. Eine andere Frau springt hinter der Barrikade vor, sie ist noch jünger, zarter, lieblicher. Sie hebt die Fahne wieder empor und schwenkt sie, dann setzt sie sich neben ihre Gefährtin und nimmt den bleichen, blutenden Kopf derselben in ihren Schooß. — Wenige Augenblicke später, und sie liegt entseelt neben ihrer Freundin.

Die Nationalgarden werden mit jedem Augenblick mehr und mehr von Wuth entbrannt. Der furchtbare Widerstand

surgenten gegenüber. Ein grauenvolles Handgemenge beginnt, da öffnen sich plötzlich die Fenster vor, neben und hinter den Nationalgarden. Aus allen Fenstern blitzen Schüsse, jeder sicher gezielt, jeder seinen Mann zu Boden streckend.

Noch versuchen die tapferen Garden sich zu halten! Jene Männer, welche noch gestern als Krämer hinter dem Ladentisch standen, sie kämpfen heut als wackere Soldaten mit Löwenmuth. Jeder Mann ist ein Held!

Aber das Feuer verdoppelt sich, die Garden müssen sich zurückziehen, verfolgt von den Insurgenten, ein Theil von ihnen wird sogar beim Rückzuge abgeschnitten und muß Munition und Waffen abgeben an die Arbeiter, welche damit ein Dutzend neue Streiter für die Freiheit und Arbeit bewaffnen.

Wir wenden uns zu einer anderen Stelle des Kampfes, nach den Boulevards, wo schon die Nationalgarde heftige Kämpfe bestanden hat, ohne von den Linien unterstützt zu sein, und wo sie mehrfach zurückgeschlagen worden ist, aber immer wieder mit tapferem Muthe aufs Neue angreift.

Gegen halb 2 Uhr entfaltet sich ein Bataillon der zweiten Legion auf den Boulevards; ihm folgt ein Detachement Infanterie unter der Anführung des Generals Lamoricière.

Der General, welcher noch immer glaubt Frieden stiften zu können mit Worten, geht gegen die Insurgenten vor, um Worte der Versöhnung mit ihnen zu sprechen; aber ein heftiges Gewehrfeuer empfängt ihn, so daß er sich schnell zurückziehen und zum Kampfe kommandiren muß.

Jetzt schreiten Nationalgarde und Linie vereint gegen die Barrikade vor, sie werden mit einem furchtbaren Feuer empfangen und müssen zurückweichen. Auf die Barrikade springt ein Mann, eine Fahne in der Hand, auf welcher die Wort-

„Arbeit und Brod!" geschrieben stehen. Er schwenkt diese Fahne gerade in demselben Augenblick, wo die Nationalgarde eine Charge gegen die Barrikade thut, und stürzt, von sechs Kugeln getroffen, todt, rücklings von der Barrikade herab.

Kaum ist er gefallen, so springt eine schöne, große, junge Frau mit entblößten Armen und nicht uneleganter Kleidung auf die Barrikade und reißt die Fahne in die Höh'. Sie schwenkt dieselbe und schreitet gegen die Nationalgarde vor; zu gleicher Zeit reißt ein furchtbares Feuer der Insurgenten weite Lücken in die Reihen der Nationalgarde.

Es war noch der erste Tag des Kampfes und noch waren die Nationalgarden nicht, wie dies später geschah, abgestumpft gegen jede Rücksicht, noch betrachteten sie den Kampf gegen Weiber und Kinder als einen schimpflichen; sie riefen daher dem jungen Weibe zu, daß sie sich zurückziehen möge, weil sie schießen würden. Die Frau hört nicht, mit wilden Geberden die Fahne schwenkend, geht sie der Nationalgarde entgegen. Ein furchtbares Feuer aus deren Reihen antwortet jetzt den fortwährenden Schüssen der Insurgenten, und die junge Frau, welche mitten zwischen den Garden und den Insurgenten steht, wird von mehreren Kugeln getroffen. Sie schwankt, sie läßt die Fahne sinken und stürzt dann blutend, tödtlich verwundet zu Boden. Eine andere Frau springt hinter der Barrikade vor, sie ist noch jünger, zarter, lieblicher. Sie hebt die Fahne wieder empor und schwenkt sie, dann setzt sie sich neben ihre Gefährtin und nimmt den bleichen, blutenden Kopf derselben in ihren Schooß. — Wenige Augenblicke später, und sie liegt entseelt neben ihrer Freundin.

Die Nationalgarden werden mit jedem Augenblick mehr und mehr von Wuth entbrannt. Der furchtbare Widerstand

den sie finden, regte sie auf das Heftigste auf, und jemehr der Nationalgardisten vor der Barrikade fallen, um so heftiger und fester entschlossen werden die Uebrigen, die Barrikade zu nehmen.

Sie dringen endlich vorwärts — und sind tief verwundert, als sie nicht mehr mit Schüssen empfangen werden. Sie gelangen bis an die Barrikade, Niemand macht ihnen dieselbe streitig, sie ist verlassen von den Vertheidigern, von denen vielleicht die Hälfte getödtet oder schwer verwundet worden ist, während die andere Hälfte sich zurückgezogen hat, um mit demselben Feuer, mit demselben Muth auf einer anderen Barrikade zu kämpfen.

Mit gefälltem Bajonett dringen die Nationalgarden vorwärts, drei Barrikaden überschreiten sie, ohne den geringsten Widerstand zu finden, aber bei der vierten werden sie mit einem mörderischen Feuer empfangen. Die Insurgenten waren nicht geflohen, sie hatten sich nur zurückgezogen.

Und wieder wird auf beiden Seiten mit gleichem Heldenmuth gekämpft, mit einem Heldenmuth, wie wir ihn sicher dem bleichen Kaufmann, welcher hinter seinem Ladentisch mit der Elle vor wenigen Stunden noch stand und Band verkaufte, nicht zugetraut hätten; mit dem Heldenmuth, den wir nicht gesucht hätten in dem zerlumpten Bettler, der uns vor wenigen Stunden um ein Almosen anflehte. Nationalgardisten und Insurgenten, Beide kämpften mit gleichem Muth, mit gleicher Kühnheit, mit gleicher Ausdauer den furchtbaren Kampf, den Kampf um die sociale Existenz, Beide mit dem vollkommenen Bewußtsein, daß ihre Niederlage ihr Untergang sein werde.

Es war dieser Kampf so voll von dramatischen Scenen,

daß wir uns nicht versagen können, wenigstens eine derselben mitzutheilen, um dem Leser ein Bild zu geben von der Aufopferung, mit der gekämpft wurde, wenn auch diese Scene keinen Einfluß auf die geschichtliche Entwickelung des Kampfes gehabt hat:

Ein Nationalgardist der dritten Legion steht im dichtesten Kugelregen, er kämpft tapfer; neben ihm steht sein Sohn, der mit derselben Tapferkeit, mit demselben Heldenmuthe streitet. Eine Kugel verwundet den Sohn, er stürzt zusammen, er sinkt dem Vater in die Arme, und dieser trägt ihn fort, um ihn aus der Schußlinie zu bringen und für wundärztliche Hülfe zu sorgen. Indem er ihn forträgt, trifft eine zweite Kugel den schon Verwundeten und tödtet ihn. — Kummervollen Auges blickt der Vater auf den getödteten Sohn, er untersucht die Wunde, er überzeugt sich, daß keine Rettung mehr möglich ist; dann läßt er stillschweigend die Leiche auf das Pflaster sinken und winkt einigen Freunden, indem er sie bittet, für dieselbe Sorge zu tragen; er selbst aber nimmt das Gewehr seines Sohnes und eilt mit demselben fort, er eilt nach Haus und übergiebt dort seinem jüngsten Sohne das Gewehr des getödteten Aeltesten. Nach wenigen Augenblicken stehen Beide wieder in den Reihen, und zwar in den ersten Reihen der Nationalgarde, der Sohn kämpft wieder neben dem Vater, um den Tod des Bruders zu rächen.

Wir haben vorstehend mit einigen Beispielen die Art des Kampfes beschrieben, welcher in den Straßen von Paris wüthete. In ähnlicher Art, mit gleichem Heldenmuthe von beiden Seiten geführt, dauerte der Kampf während des ganzen 23. Juni fort. Selbst als am Nachmittage ein furchtbares Gewitter sich über Paris mit mächtigen Regenströmen entlud,

selbst da hörte der Kampf nicht auf, obgleich das Unwetter so arg war, daß die Gewehre mit Feuerschloß versagten und unbrauchbar wurden. Die sonst gegen schlechtes Wetter so verweichlichten Pariser kümmerten sich in der Wuth des Kampfes nicht mehr um den Sturm und den Regen, um Donner und Blitz: sie kämpften fort.

Vergeblich waren die Bemühungen vieler Männer des Friedens, diesen zu predigen, und die Versuche, auf die Insurgenten dahin zu wirken, daß sie die Barrikaden verließen. Es war dies ein Werk der Unmöglichkeit.

Die Friedensstifter wurden verhöhnt und verspottet und mußten sich zurückziehen. Auf Arago wurde sogar bei einer Barrikade, bei der er zum Frieden ermahnte, geschossen.

Am erbittertsten war der Kampf um das Pantheon herum, besonders in den Straßen Saint Jaques, de la Harpe und in der Straße Saufflot, in welcher letzteren besonders viele eben im Bau begriffene Häuser den Insurgenten willkommene Schlupfwinkel darboten und es ihnen möglich machten, die Barrikaden vor denselben mit einer größeren Leichtigkeit und Festigkeit als irgend wo anders aufzurichten.

Schon der Kampf am 23. Juni erforderte schwere Opfer von beiden Seiten, obgleich er noch bei weitem nicht mit der Erbitterung geführt wurde, wie der Kampf an den folgenden Tagen.

Aber schon am 23. Juni erhielt General Bedeau eine Kugel ins Bein, welche ihn schwer verwundete. Ebenso erhielt der Repräsentant Birio, welcher bei der Garde mobile ein Commando übernommen hatte und eine Colonne derselben, obgleich selbst unbewaffnet, gegen den Feind führte, eine Kugel mitten in die Brust, welche zuerst tödtlich schien. Auch

General Francois wurde verwundet und eine Anzahl Bataillonschefs und eine große Menge Offiziere und Gemeine der Nationalgarde und der Truppen wurden theils getödtet, theils verwundet.

Auch die Insurgenten erlitten schwere Verluste.

Der Kampf dauerte bis nach 8 Uhr fort. Zu dieser Zeit wurden die Truppen von Paris unterstützt durch die Nationalgarde der Bannmeile, welche Detachementsweise nach Paris einrückten.

Ebenso näherten sich die Truppen aus den nahe liegenden Städten, welche durch den Telegraphen nach Paris entboten worden waren.

Am Abend wurde von beiden Seiten der Kampf eingestellt. Trotz der vielfachen und heftigen Kämpfe war gegen die Insurgenten eigentlich Nichts gewonnen. Allerdings waren die ersten Barrikaden von den Regierungstruppen erobert und besetzt worden, aber dies hatte Nichts in der Hauptstellung der Insurgenten geändert, und wie viel Blut diese Kämpfe auch gekostet hatten, so boten sie doch keinen eigentlichen Vortheil dar.

Am Abend war der Schlachtplan der Regierung folgender: Das Stadthaus bildete den Mittelpunkt der sämmtlichen Regierungsoperationen; von hier gingen sämmtliche militairische Befehle aus, und so nahe es auch den Insurgenten war, so glaubte man es doch vollkommen gegen jeden Angriff derselben halten zu können.

General Lamoricière befand sich an der Porte St. Denis mit dem Auftrage, gegen Clos St. Lazare zu marschiren. General Duvivier hatte sein Quartier im Stadthause, und war beauftragt, gegen die Rue St. Antoine vorzuschreiten.

General Damesme stand auf dem Platze der Sorbonne, bereit, das Pantheon anzugreifen.

Patrouillen wurden fortwährend von den einzelnen Truppentheilen abgeschickt und durchzogen die vom Militair eingenommenen Straßen. Die Patrouillen waren meistens mehrere Hundert Mann stark, damit sie jedem Angriff, welcher etwa hinterlistiger Weise auf sie geführt würde, Stand halten könnten.

Arbeiter, oder Männer in Kleidern, welche nicht augenscheinlich die höheren Klassen der Gesellschaft charakterisirten, wurden sofort angehalten, wenn sie auf der Straße gingen, und verhaftet, wenn sie das Losungswort nicht wußten. Man wollte dadurch vermeiden, daß sich aus den noch friedlichen Stadtgegenden die Arbeiter in das Lager der Insurgenten hinüberzögen. Es gelang dies natürlicherweise nicht vollständig, aber dennoch waren die strengen Maßregeln, die in dieser Beziehung gefaßt wurden, von einigem Erfolg, denn es war nur höchst schwierig zu bewerkstelligen, sich aus einem Stadtviertel in das andere zu begeben.

So bot die Nacht vom 23. zum 24. Juni für Paris einen furchtbaren Anblick dar. Die ganze Stadt glich einem großartigen Feldlager, in welchem zwei große Klassen der Gesellschaft sich im erbittertsten Kampfe gegenüber standen. Die Besitzenden standen im Kampfe gegen die Besitzlosen, die Berechtigten gegen die Unberechtigten.

13.

Während der Kampf mit so außerordentlicher Heftigkeit in den Straßen von Paris wüthete, war die Nationalversammlung unschlüssig, was sie thun sollte.

An eine geregelte Berathung war an einem solchen Tage nicht zu denken. Die Mitglieder der Versammlung sprachen durcheinander. Fortwährend kamen neue Nachrichten nach dem Palais Bourbon, bald richtige, bald falsche, welche nur noch mehr dazu beitrugen, die Verwirrung im Hause zu vergrößern.

Gegen Abend meldete der General Cavaignac den Zustand der Dinge, wie er wirklich bestand.

Die Nationalversammlung blieb während der Nacht zusammen und erklärte sich sogar in Permanenz.

Am Morgen des 24sten faßte sie folgenden Beschluß:

> Die Republik adoptirt die Kinder und Wittwen der Bürger, welche im Laufe des Tages vom 23. Juni gefallen sind, und die derer, welche noch für die Vertheidigung der Ordnung, der Freiheit und der republikanischen Institutionen umkommen könnten.

Die sämmtlichen Mitglieder der Nationalversammlung erhoben sich einstimmig für diesen Beschluß.

Während der Kämpfe des 23. Juni wurde es der Nationalversammlung immer mehr und mehr klar, daß in einer so furchtbar aufgeregten Zeit, in einer Zeit der Revolution, die Herrschaft unmöglich in den Händen einer schwerfälligen Executiv-Commission liegen könnte, es wurde ihr klar, daß in einer solchen Zeit ein Dictator für eine Republik eine Nothwendigkeit sei.

Die Mitglieder besprachen sich ernst darüber, und am Morgen des 24sten erhob sich Herr Pascal-Dupont und erklärte, daß die Nation einer starken Regierungsgewalt bedürfe; er schlage deshalb vor, Paris in Belagerungszustand

zu erklären, und alle Gewalten in den Händen des General Cavaignac zu vereinigen.

Ein furchtbarer Lärmen entstand über diesen Vorschlag. Die Mitglieder des Berges sprachen sich entschieden gegen eine solche militairische Dictatur aus und gegen eine Erklärung der Stadt in Belagerungszustand, welche den Insurgenten nur neue Kräfte aus den Reihen Derer zuführen würde, welche bisher gegen dieselben gekämpft hätten.

Die Versammlung ging indessen dennoch auf diesen Vorschlag ein, nachdem Thouret darauf aufmerksam gemacht hatte, daß General Cavaignac nur die Executivgewalt haben solle, während die Legislative nach wie vor in den Händen der Nationalversammlung bleiben müsse, die sich überdem in Permanenz zu erklären habe.

Louis Blanc, Considerant, Lagrange und Andere protestirten vergeblich gegen alle diese Vorschläge; sie wurden mit großer Majorität angenommen und die Executiv-Commission, welche bisher die Regierung geleitet hatte, war damit abgesetzt. Sie übersendete sofort folgenden, von Lamartine geschriebenen und von seinen Collegen gebilligten Brief an die Nationalversammlung:

„Bürger, Repräsentanten!

„Die vollziehende Commission würde es ebenso ihrer Pflicht, wie ihrer Ehre zuwider betrachten, wenn sie vor einem Aufruhr oder einer öffentlichen Gefahr zurückträte. Sie zieht sich nur auf ein Votum der Nationalversammlung zurück. Indem wir Ihnen die Gewalt zurückgeben, mit der Sie uns bekleidet haben, treten wir wieder in die Reihen der

Nationalversammlung, um uns mit Ihnen der gemeinsamen Gefahr und dem Heile der Republik zu widmen.

„Die Mitglieder der Commission:

Arago,
Ledru Rollin,
Garnier-Pagès,
Lamartine,
Marie."

14.

Schon gleich nach Mitternacht, gegen 1 Uhr am Morgen des 24. Juni, begann hier und da ein leichtes Scharmützelfeuer zwischen den Insurgenten und den Nationalgarden. Der Kampf ruhte indessen noch an den meisten Orten. Erst gegen 3 Uhr Morgens entbrannte er wieder mit derselben Heftigkeit wie am Tage vorher, durch heftige Angriffe, die am Pantheon und auf dem Bastillenplatz gegen die Insurgenten gemacht wurden.

Die Nationalgarden und Truppen hatten den Waffenstillstand der Nacht benutzt, um sich ein Wenig auszuruhen. Es waren vielfache Verstärkungen von außerhalb in die Stadt gezogen worden und die Regierungsmacht war daher bedeutend gewachsen.

Aber auch die Insurgenten hatten sich verstärkt. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln war es dennoch vielen Arbeitern aus den anderen Stadttheilen gelungen, in den östlichen Theil zu gelangen.

Die socialistisch gesinnten Arbeiter aus den benachbarten Ortschaften hatten sich ebenfalls nach dem Faubourg St.

Antoine durchzuarbeiten gewußt und die Insurgenten daselbst verstärkt.

Die Barrikaden, welche am Abend vorher beschädigt worden waren, wurden wieder hergestellt, man hatte sie aufs Neue befestigt und an andern Stellen sogar vollständige Barrikaden wieder aufgeführt.

Vor dem Beginn des neuen Kampfes ließ General Cavaignac sorgfältige Recognoscirungen über die Stellungen der Insurgenten anstellen. Es zeigte sich, daß dieselben im Besitz der Cité, des Pantheons, des Faubourg St. Antoine, du Temple, der Barrieren Roche chouart, Poissonnière und la Vallette waren.

Sie hatten sich vollständig festgesetzt im Clos St. Lazare und in der Kirche St. Gervais.

Die Angriffe auf den Bastillenplatz begannen Morgens mit einem gewaltigen, langen und mörderischen Kanonenfeuer gegen die große Barrikade auf den Bastilleplatz in der Mündung der Faubourg St. Antoine. Aber diese Barrikade war so fest und kunstvoll gebaut, daß die Kugeln meistens von den Quadersteinen abprallten, ohne ihr den geringsten Schaden zu thun. Im Laufe des Tages wurden auf diese Barrikade noch vielfache Angriffe gemacht, aber meistens vergeblich, ebenso wie die übrigen Angriffe auf die Faubourg St. Antoine, welche den Hauptstützpunkt der Macht der Insurgenten bildete, und in welcher sich dieselben ganz besonders festgesetzt hatten.

Die ganze Vorstadt war so vortrefflich befestigt, daß sie fast uneinnehmbar war. Die Insurgenten wurden an dieser Stelle nicht nur nicht zurückgedrängt, sondern es gelang ihnen sogar, selbst weiter vorzudringen.

So drangen einige vereinigte Arbeiter-Abtheilungen gegen

6 Uhr Morgens aus der Faubourg Poissonnière und St. Antoine nach dem Nord-Bahnhof vor. Nach einem heftigen Kampf mit der Linie und Nationalgarde schlugen sie diese zurück, bemächtigten sich des Abfahrtsplatzes und rissen auf einer bedeutenden Strecke die Schienen der Bahn auf und zerschnitten die Dräthe des Telegraphen, um es der Regierung unmöglich zu machen, auf diesem Wege sich durch neue Truppenmassen Unterstützung zu verschaffen.

Erst nachdem dies geschehen, zogen sie sich wieder zurück.

Es war im Allgemeinen das Streben der Insurgenten, sich möglichst zu vereinigen, und an denjenigen Punkten, wo gekämpft wurde, mit möglichster Energie zu kämpfen, so wenig wie möglich aber zersplitterte Gefechte zu bestehen, während andererseits die Regierung einen Theil der Nationalgarden verwandte, um die Straßen zu sperren und auf diese Weise die Verbindung der Insurgenten mit einander und mit den noch nicht bedrohten Stadttheilen zu verhindern.

Am Morgen gegen 9 Uhr wurde plötzlich das Feuer von Seiten der Truppen überall eingestellt. Man bewilligte den Insurgenten 2 Stunden der Ueberlegung und wünschte mit denselben Frieden zu schließen.

Aber die Insurgenten gingen auf diese Vorschläge nicht ein. Sie benutzten die Zeit des zweistündigen Waffenstillstandes, um sich zu erholen und zu verstärken, und verstanden sich zu nichts. Sie erklärten sich entschlossen, den Kampf bis zum letzten Blutstropfen auszufechten. Nur unter der Bedingung wollten sie die Waffen niederlegen, daß eine Regierung aus Ledru-Rollin, Barbès und allenfalls Lamartine bestehend die Executivgewalt in die Hände nähmen und daß ihnen das Recht auf Arbeit wie bisher gewährt werde.

Hierauf wurde nicht eingegangen und um 11 Uhr der Kampf an allen Orten wieder eröffnet.

Das Resultat des Kampfes war anfangs in den verschiedenen Gegenden der Stadt ein sehr verschiedenes. Am günstigsten für die Insurgenten stellte sich der Kampf in der Gegend des Stadthauses.

Gegen 2 Uhr gelang es den Insurgenten, auf dem Place royale einige Hundert Mann Linientruppen zu umschließen und sie zu entwaffnen; sodann gegen das Stadthaus vorzurücken, die Kirche St. Gervais, welche nur durch eine kurze Straße vom Stadthause entfernt ist, zu erobern und sich in derselben festzusetzen.

Die Insurgenten griffen darauf das Stadthaus mit einer so furchtbaren Wuth an, daß der General Duvivier, welcher eine gefährliche Wunde am Fuß erhalten hatte, nach Hülfe schicken mußte, indem er dem General Cavaignac mittheilte, daß er sich nicht länger würde halten können, wenn man ihm nicht sofort Hülfstruppen sende.

Die Angriffe der Insurgenten wurden immer erbitterter, aber sie wurden endlich doch zurückgeschlagen, mußten sich in die Kirche St. Gervais zurückziehen und verschanzten sich in derselben. Hier wurden sie mit Kanonen angegriffen und endlich gezwungen, sich auf die Faubourg St. Antoine, ihr Hauptquartier, zurückzuziehen.

Günstiger für die Truppen stellte sich der Kampf schon von Anfang an bei dem Pantheon. Hier wurde mit einer grenzenlosen Wuth gekämpft; jeder Fußbreit Erde, jede Barrikade wurde mit furchtbaren Opfern errungen. Aber die Nationalgarden und Truppen drangen vor, sie eroberten end-

lich den Platz des Pantheons in einem Kampfe Mann gegen Mann.

Die Insurgenten zogen sich in das Pantheon zurück und befestigten sich in demselben; sie kämpften hier einen grauenhaften Kampf. Während das Pantheon selbst angegriffen wurde, gelang es den National- und Mobilgarden, weiter vorzudringen, so daß das Pantheon nun isolirt stand. Es wurden vor den Thoren desselben Kanonen aufgefahren und dieselben damit eingeschossen.

Etwa 1000 Mann Insurgenten, welche im Pantheon von den Ihrigen abgeschnitten worden waren, wurden gezwungen, sich zu ergeben; nur einem kleinen Theil gelang es, sich zu flüchten.

Ein ähnliches Resultat hatten die Kämpfe auf den übrigen Punkten der Stadt. Die Insurgenten wurden überall verdrängt, ohne doch eigentlich besiegt worden zu sein, und als Abends gegen 7 Uhr der Kampf aufhörte, war es den Truppen gelungen, die Insurgenten in ihre drei Hauptpunkte zurückzudrängen und diese von einander abzuschneiden.

Ein Theil der Insurgenten befand sich im Clos St. Lazare, ein anderer Theil im Faubourg St. Marceau und ein dritter in der Faubourg St. Antoine. Die Faubourg St. Antoine war der Sitz der Hauptmacht der Insurgenten, und hier sollte der erbittertste Kampf gekämpft werden.

Die Insurgenten erklärten, daß sie sich lieber unter den Ruinen ihrer Häuser begraben lassen, als sich ergeben würden; sie würden die Faubourg St. Antoine in Brand stecken, oder sie in die Luft sprengen, und so den Kampf bis zum äußersten Punkt fortführen.

Eine Proklamrtion, welche die Insurgenten an allen Straßenecken der in ihrem Besitz befindlichen Stadttheile angeschlagen, und welche sie über die Barrikaden hinweg auch den Mobilgarden zukommen ließen, lautete folgendermaßen:

„Zu den Waffen!

Wir wollen die demokratische und sociale Republik.

Wir wollen die Souveränetät des Volkes.

Seit zwei Tagen sind zahlreiche Demokraten in die Straßen hinabgekommen.

Indem wir die Republik vertheidigen, vertheidigen wir das Eigenthum.

Wenn wir besiegt sind, so laßt uns Alle schwören, unter dem brennenden Schutte der Faubourg St. Antoine zu sterben.

Denkt an Eure Frauen und an Eure Kinder, und Ihr werdet Alle kommen."

Wie in dieser, so auch in anderen Proklamationen sprachen die Junikämpfer ihre feste Absicht aus, den Kampf auf Tod und Leben fortzuführen.

Es konnte nicht fehlen, daß ein Kampf, der mit so furchtbarer Erbitterung geführt wurde, auch reich war an grauenhaften Scenen, an Scenen der Grausamkeit, welche von beiden Seiten verübt wurden. Besonders wüthend waren die Insurgenten auf die Mobilgarden, von denen sie gehofft hatten, daß sie sich der Insurrection anschließen würden, und welche, obgleich selbst Arbeiter, doch mit der größten Wuth gegen ihre Brüder und Genossen kämpften. Die Mobilgarden waren es noch eher als die Nationalgarden, welche zuerst durch die Niederschießung von Gefangenen die heftigste Wuth der Insurgenten erregten und diese nöthigten, Repressalien zu gebrauchen.

Als ein Opfer solcher Grausamkeit fiel unter anderm auch General Bréa, welcher an die Stelle des verwundeten General Damesme getreten war.

General Bréa war mit seinem Adjutanten, Herrn Manguin, den Insurgenten zu nahe gekommen. Er hatte sich behufs der Recognoscirung nach der Barrière Fontainebleau begeben, war dort auf eine Barrikade zugeschritten, um mit den Insurgenten zu unterhandeln. Einer der Insurgentenführer lud ihn ein, die Barrikade zu überschreiten, und General Bréa war unvorsichtig genug, dies zu thun.

In Begleitung des Herrn Manguin und eines andern Offiziers stieg er über die Barrikade.

Er wurde sofort von den Insurgenten ergriffen, nach dem Octroi-Gebäude gestoßen und dort nebst Manguin erschossen, während es dem andern Offizier gelang, sich zu verstecken.

Diesem Mord gegenüber, denn anders können wir die Erschießung eines Gefangenen nicht nennen, geben bei andern Gelegenheiten die Insurgenten vielfache Zeichen einer wahrhaft edelmüthigen Gesinnung. So entließen sie den Hauptmann Lovardo, welcher bei einer Barrikade von ihnen gefangen genommen worden war, nachdem sie ihn zuvor aufgefordert hatten, sich an ihre Spitze zu stellen. Der Hauptmann hatte sich geweigert, er war mit Erschießung gedroht worden, hatte aber auf seiner Weigerung bestanden. Sein großherziges Benehmen wurde anerkannt und er frei zum General Damesme zurückgeführt.

Gegen 7 Uhr wurde, wie wir bereits mitgetheilt haben, der Kampf auf fast allen Punkten der Stadt beendet. Während der Nacht wollten beide Theile sich ein Wenig ausru-

hen, um sich zu stärken zu dem Kampfe, der am folgenden Tage fortgesetzt werden sollten.

Nichts desto weniger ertönten fortwährend hier und da Flintenschüsse, denn einzelne kleine Scharmützel waren nirgends zu vermeiden. Alle Thüren der Häuser waren in der ganzen Stadt geschlossen, ebenso die Fenster, und die Nationalgarden, welche verschiedene Quartiere bewachten, achteten strenge darauf, daß nirgends, weder ein Fenster, noch eine Thür geöffnet wurde, denn es war häufig vorgekommen, daß hier und dort aus den Fenstern der Häuser Schüsse auf die Garden gefallen waren.

So durchlebte Paris auch die Nacht vom 24. zum 25. Juni in einer furchtbaren, grauenhaften Aufregung.

15.

Am 25. Juni begann schon am frühen Morgen der Kampf auf's Neue.

Es waren Hülfstruppen von Amiens und Rouen angekommen und auch, was die Hauptsache war, einige Batterieen Artillerie waren mehr nach Paris gezogen, um mit diesen gegen die Arbeiter vorzuschreiten.

Die hauptsächlichsten Kämpfe an diesem Tage wurden gegen die Vorstadt St. Antoine und gegen die zweite Macht der Insurgenten in Clos St. Lazare geführt, welches Letztere eine vollständige Festung war, die auf das Kunstreichste vertheidigt wurde.

Die Insurgenten hatten außer dem Clos St. Lazare die Kirche St. Vincenz de Paula zur Rechten und das am Canal St. Martin liegende Douanenhaus zur Linken als vorgeschobene Werke befestigt.

An diesem Punkte war ein furchtbarer Kampf. Gegen Mittag gelang es, die Kirche St. Vincenz de Paula einzunehmen. Gleich darauf wurden die Thore des Lagerhauses eingeschossen und dasselbe unter der Anführung des General Lamoricière erstürmt.

Gegen 5 Uhr wurde endlich der Clos de Lazare genommen und die Insurgenten wurden aus dieser festen Stellung vollständig vertrieben.

Aber die Eroberung derselben hatte schwere Opfer gekostet. — Wieder waren 2 Generäle, General Bourgon und General Bourgon schwer verwundet. Außer ihnen waren eine große Anzahl von höheren und niederen Offizieren theils verwundet, theils getödtet.

Auch die Insurgenten hatten auf das Heldenmüthigste gekämpft, sie hatten nur der überlegenen Gewalt weichen müssen. Die meisten ihrer Führer waren entweder getödtet oder schwer verwundet.

Unter den Getödteten befand sich auch einer der Hauptleiter des Aufstandes, Namens Larroque, der Redacteur des Journals der Pater du Chaine, einer der radikalsten socialistischen Zeitschriften. Er hatte tapfer an der Spitze der Socialisten gekämpft und war im Kampfe gefallen.

Es machte einen ungeheuren Eindruck, als die Leiche des blühenden, schönen jungen Mannes von 28 Jahren, der unter der Arbeiterblouse die eleganteste Kleidung, die feinste Wäsche trug, durch die Straßen getragen wurde und zu gleicher Zeit die Nachricht sich verbreitete, daß Clos St. Lazare genommen sei.

Ein anderer Kampf, welcher ebenfalls mit der furchtbarsten Erbitterung geführt wurde und den ganzen Tag über

dauerte, war der in der Straße St. Antoine und in der Faubourg St. Antoine. Eine Barrikade nach der andern wurde genommen. General Négrier, welcher hier befehligte, kämpfte mit einer ungeheuren Bravour; er eroberte die Kaserne Célestins, welche in der Gewalt der Insurgenten war, vertrieb dieselben aus den Kornspeichern und drang vor bis an die Barrikade der Faubourg St. Antoine, welche seit dem frühsten Morgen von der Artillerie vergeblich beschossen wurde.

General Négrier wendete bei der Eroberung der Barrikaden und bei Erstürmung der Häuser besonders eine Methode an, welche auch am Tage vorher schon vielfach in Anwendung gebracht worden war und sich bewährt hatte. Er drang nämlich in die Häuser ein und schlug in denselben die Wände durch, falls diese nicht, wie es vielfach der Fall war, schon von den Insurgenten selbst durchgeschlagen worden waren. So drang er mit seinen Truppen von einem Hause in's andere und konnte nun die Barrikade von hinten angreifen.

General Négrier glaubte, als er so weit gekommen war, daß die Insurgenten einsehen würden, ein weiterer Kampf wäre für sie vergeblich; er ließ sich deshalb in Unterhandlung mit ihnen ein.

An der Seite seines Adjutanten ritt er auf die Barrikade zu. — Einen Augenblick schwieg das Gewehrfeuer, aber als der General zu den Insurgenten sprach und sie zur Uebergabe aufforderte, da fielen plötzlich aus den umliegenden Häusern sowohl, als von der Barrikade eine Anzahl Schüsse auf ihn und er sank tödtlich getroffen zu Boden.

„Ich bin als Franzose, als Soldat gestorben!" Das war sein letzter Ruf. —

An seiner Stelle übernahm ein Oberst das Commando.

Der General Négrier sollte nicht das einzige Opfer sein, welches für die Unterhandlung mit den Insurgenten fiel; ihm folgte der Erzbischof von Paris, Herr Denis, August Affro.

Schon Nachmittags gegen 3 Uhr hatte sich der Erzbischof, in Begleitung seiner vier Vicare, zum General Cavaignac begeben und ihn um die Erlaubniß gebeten, mit den Insurgenten zu unterhandeln. General Cavaignac hatte ihm mitgetheilt, daß eine Unterhandlung mit den Insurgenten bereits versucht, aber vergeblich versucht worden sei; die Insurgenten hätten sich geweigert, die Barrikaden, außer gegen das Versprechen einer vollständigen Amnestie, zu verlassen, sie hätten erklärt, daß sie bis zum Tode kämpfen würden, wenn ihnen nicht erlaubt würde, die Barrikaden mit den Waffen in der Hand zu verlassen und wenn ihnen nicht eine ganz vollständige Amnestie verbürgt würde.

Darauf hatte General Cavaignac sich nicht eingelassen; er hatte eine Unterwerfung auf Gnade und Ungnade verlangt.

Den Bitten des Erzbischofs von Paris gelang es, den General Cavaignac zu einer abermaligen Unterhandlung zu bewegen. Er erhielt von demselben eine Proclamation, welche dieser an die Insurgenten entworfen hatte. Dieselbe lautet:

„An die Insurgenten.

Bürger!

Ihr glaubt, Euch im Interesse der Arbeiter zu schlagen; Ihr kämpft gegen sie; auf sie allein wird alles das vergossene Blut zurückfallen. Wenn ein solcher Kampf sich verlängern könnte, so müßte man an der Zukunft der Republik verzweifeln, deren unwiderruflichen Triumph wir Alle schon wollen.

Im Namen des mit Blut befleckten Vaterlandes!

Im Namen der Republik, die Ihr ins Verderben zu stürzen im Begriffe steht.

Im Namen der Arbeit, welche Ihr verlangt, und die man Euch niemals verweigert hat, täuscht die Hoffnungen unserer gemeinschaftlichen Feinde, streckt Eure brudermörderischen Waffen, und rechnet darauf, daß die Regierung, wenn es ihr nicht unbekannt ist, daß sich in Euren Reihen verbrecherische Aufhetzer befinden, auch weiß, daß sich in ihr Brüder befinden, welche sich nur verirrt haben, und die sie in die Arme des Vaterlandes zurückruft.

Der Vorstand der ausübenden Gewalt,
General Cavaignac."

Mit dieser Proclamation machte der Erzbischof sich auf den Weg nach der Faubourg St. Antoine, dem einzigen Punkte, auf welchem die Insurrection noch fortdauerte, auf welchem der Kampf noch im vollen Gange war, denn auf allen anderen Punkten war die Insurrection bereits bezwungen.

Von seinen General-Vicaren begleitet, kam der Erzbischof auf dem Platze der Bastille an, kurze Zeit nachdem General Négrier daselbst getödtet worden war. Ueberall auf dem Wege wurde er vom Jubelruf der Soldaten und Nationalgarden empfangen und die Frauen wehten dem Friedensstifter mit weißen Tüchern ihren Gruß zu. Vielfach wurde er gewarnt, sich der Gefahr nicht auszusetzen, da die Insurgenten ohne Rücksicht auf Parlamentaire schössen, aber er entgegnete lächelnd: „Ein guter Hirt giebt sein Leben für seine Schaafe."

Auf dem Bastilleplatz angelangt, bat er den Oberst, das Feuer aufhören zu lassen und ihm zu gestatten, sich zu den Insurgenten zu begeben.

Der kommandirende Oberst folgte augenblicklich dem Wunsche des Erzbischofs. Das Feuer der Truppen hörte auf und sogleich schwieg auch das Feuer der Insurgenten.

Der Erzbischof ging auf die Barrikade zu; ihn begleiteten, außer zweien der General-Vicare, den Herren Jaquemet und Ravinet, mehrere Mitglieder der National-Versammlung, die Herren Barabit, Galy-Cazalat und Druet-Desvaux. Ein Arbeiter, der in einer Blouse gekleidet war, ging dem Erzbischof voraus und hielt einen grünen Zweig in die Höhe, um den Insurgenten zu zeigen, daß der Erzbischof käme, um Frieden zu schließen.

Der Erzbischof wurde mit Jubel von den Insurgenten empfangen; er konnte nicht über die Barrikaden steigen und ging deshalb durch einen Branntweinsladen, von dem aus er durch eine andere Thür hinter die Barrikade kommen konnte.

Er sprach mit den Insurgenten und seine Worte machten um so mehr Eindruck, als er im vollsten Ornate, mit der Stola auf der Schulter und dem Kreuz auf der Brust erschienen war.

Schon schien es, als wollten die Insurgenten sich den begütigenden Worten des Erzbischofs hingeben, da kam es zu einem Streit zwischen einigen den Erzbischof begleitenden Nationalgardisten und den Insurgenten — es fiel ein Flintenschuß und in demselben Augenblick begann auch das Gewehrfeuer von den Truppen, welche glaubten, daß die Insurgenten den Erzbischof ermordeten.

Das Feuer wurde von der Barrikade und aus den Häusern erwidert; einige Arbeiter wollten den Erzbischof fortziehen, um ihn aus der Gefahr zu bringen, man drängte ihn nach einem der Häuser zu, aber ehe er noch in Sicherheit

gebracht werden konnte, traf ihn ein Schuß durch den Leib. Er stürzte zusammen — er war tödtlich getroffen.

Die Insurgenten selbst trugen ihn nach dem nächsten Pfarrhause, wo der Versuch gemacht wurde, die Kugel herauszuziehen; aber dies war nicht möglich und so wurde auch dieser Mann ein Opfer seiner Bemühungen, den Frieden wieder herzustellen.

Seine Begleiter wurden gerettet, sie wurden von den Insurgenten selbst in benachbarten Häusern untergebracht und von diesen aus fortgeführt, weil man nicht wünschte, daß ihnen ein Leides geschehe.

Der Kampf um die Faubourg St. Antoine dauerte fort, sie war der letzte Stützpunkt der Aufständischen.

Der General Cavaignac verwendete alle Kraft darauf, in diesem letzten Punkt die Insurrection einzuschließen, um jede Wiederausbreitung derselben zu verhindern. Er ließ am Eingang der Vorstadt St. Antoine durch das Geniecorps eine Bastei errichten und auf derselben eine Batterie schweren Geschützes aufpflanzen. Alle Eingänge der Vorstadt wurden mit Kanonen besetzt. 30,000 Mann Truppen, 50,000 Mann Nationalgarde und 10,000 Mann Kavallerie hielten die Vorstadt eng eingeschlossen, so daß es höchst schwierig wurde, sich nur irgendwie daraus zu retten.

General Cavaignac erklärte, daß er, wenn es nöthig wäre, die Vorstadt sogar mit glühenden Kugeln, mit Bomben beschießen würde, um unter jeder Bedingung den Aufstand niederzudrücken.

16.

Die Nacht vom 25. zum 26. Juni verging ohne Kampf. Die in ihrem letzten Zufluchtsort eingeschlossenen Insur-

genten begannen endlich einzusehen, daß es für sie eine Unmöglichkeit sein werde, den Kampf länger aufrecht zu erhalten, daß jeder fernere Kampf nur ein unnützes Blutvergießen sei.

Sie sendeten deshalb des Morgens gegen 3 Uhr aus der Faubourg St. Antoine eine Deputation an den Präsidenten der National-Versammlung, Herrn Senard, welche begleitet war durch den Repräsentanten Larabit, der, wie der Leser sich erinnert, mit dem Erzbischof von Paris die Unterhandlungen mit den Insurgenten geleitet hatte, bei dem wiederbeginnenden Kampfe aber von den Insurgenten in Sicherheit gebracht war.

Die Deputation bat den Präsidenten um einen vorläufigen Waffenstillstand, damit während desselben der Frieden geschlossen werden könne, ein Frieden, der gewiß für beide Theile wünschenswerth sei, da allerdings die Insurrection nicht mehr den Bestand des Staates zu gefährden vermöge, wohl aber noch im Stande sei, großes Unglück über Paris zu bringen.

Die Deputation übergab dem Präsidenten zugleich folgende Adresse:

„Herr Präsident der National-Versammlung!

Wir wünschen die Vergießung des Blutes unserer Brüder nicht, wir haben immer für die demokratische Republik gekämpft; wenn wir einwilligen, die blutige Revolution nicht zu verfolgen, welche stattfindet, so wünschen wir auch den Titel als Bürger zu behalten, indem wir alle unsere Rechte und unsere Pflichten als französische Bürger behalten.

Die Abgeordneten der Faubourg Saint Antoine.“

(Unterschriften.)

Der Repräsentant Larabit befürwortete diese Adresse und der Präsident gab auf dieselbe folgende Antwort:

„Bürger! wenn Ihr wirklich den Titel, die Rechte französischer Bürger bewahren und die Pflichten derselben erfüllen wollt, so reißt auf der Stelle die Barrikaden nieder, bei deren Bestehen wir in Euch nur Insurgenten sehen können; laßt jeden Widerstand aufhören; unterwerft Euch und kehrt als verirrte Söhne in den Schooß der Republik zurück, welche die National-Versammlung zu gründen berufen ist, und die sie durch alle Mittel achten zu lassen wissen wird.

Senard."

Zu gleicher Zeit theilte er auch dem General Cavaignac mit, daß die Insurgenten bereit seien, Frieden zu schließen, und bat denselben, auf den Frieden hinzuwirken.

Schon am frühen Morgen erließ General Cavaignac folgende Proclamation an die Nationalgarden und Truppen:

„An die Nationalgarde, an die Soldaten.

Mit Eurer Hülfe wird der Aufstand gedämpft werden; dieser Bürgerkrieg, dieser gottlose Krieg, der uns bereitet worden, nahet seinem Ende. Seit gestern haben wir Nichts vernachlässigt, um die Trümmern dieses verirrten, von Gottlosen geleiteten und angefeuerten Volkes aufzuklären. Eine letzte Anstrengung, und das Vaterland, die Republik, die ganze Gesellschaft werden gerettet sein!

Ueberall muß die Ordnung und die Aufsicht wieder hergestellt werden; es sind Maßregeln getroffen, daß die Gerechtigkeitspflege in ihrem Laufe gesichert sei. Ihr werdet mit Eurer Verdammung jede Handlung treffen, welche zum Zwecke hätte, sie zu entwaffnen. Ihr werdet nicht dulden, daß der Triumph der Ordnung, der Freiheit, mit einem Worte, der

Republik, das Signal zu Repressalien sei, welche Eure Herzen verwerfen.

General E. Cavaignac."

Die Insurgenten zögerten indessen mit der Uebergabe der Barrikaden, und um 10 Uhr des Morgens ließ deshalb General Cavaignac die Faubourg St. Antoine von zwei verschiedenen Seiten zu gleicher Zeit angreifen, und zwar durch den General Perrot, welcher das Commando an Stelle des, schwer verwundeten General Duvivier übernommen hatte von vorn, und durch den General Lamoricière von der Seite.

Der Kampf dauerte nur eine kurze Zeit; bald erschienen Parlamentaire und erklärten, daß die Insurgenten sich ohne Bedingung ergäben, da der Präsident der Nationalversammlung dies verlangte.

Die Truppen rückten in die Vorstadt ein, ohne irgendwo Widerstand zu finden und konnten dieselbe besetzen.

Gegen halb 2 Uhr konnte General Cavaignac die Beendigung des Kampfes der Nationalversammlung anzeigen.

13.

Der furchtbare Kampf des Juni war ausgekämpft. Die Partei der gemäßigten Republikaner hatte einen entschiedenen Sieg davon getragen über die der Socialisten. Diese letzteren hatten eine Niederlage erlitten, von der sie sich für's Erste unmöglich erholen konnten; denn außer der ungeheuren Menge der Todten und Verwundeten, waren noch weit mehr gefangen worden.

Die Zahl der, theils im Laufe der Insurrection selbst, theils bald nach derselben Verhafteten, belief sich nach einer

Veröffentlichung des an die Stelle des Herrn Trouvé-Chauvel getretenen Polizeipräfecten Ducour, am 1. August über 9000, während gegen 1500 Menschenleben von beiden Seiten bei der Juni-Revolution betrauert wurden.

Der Verlust war auf beiden Seiten fast gleich groß gewesen. Hauptsächlich aber hatten die Führer, die Offiziere der Nationalgarden und die Generäle in der Juni-Revolution gelitten.

In der Liste der Gefallenen finden sich 4 Repräsentanten: Dornet, die Generäle Negrier, Duvivier und der Oberst Charbonnel. General Duvivier starb erst einige Zeit nach der Revolution, indem der Brand zu seiner an und für sich nicht gefährlichen Wunde schlug.

Außer den beiden schon genannten Generälen, welche zugleich Repräsentanten waren, ergiebt die Liste der Gefallenen den Tod folgender Generäle: General Bréa, General Francois, General Renyaud, General Bourbon. Verwundet wurden General Korte, General Dumesme, General Foucher, General Bedeau und General Lafontaine. Der General Lamoricière wurde allerdings nicht verwundet, aber es waren ihm während des Kampfes zwei Pferde unter dem Leibe erschossen worden.

Der unverhältnißmäßige Verlust an Offizieren der Truppen während des Kampfes ist besonders dahin zu rechnen, daß die Insurgenten fortwährend auf jeden Offizier, den sie sahen, zielten und daß diese daher auch der höchsten Gefahr ausgesetzt waren.

Daß über die Juni-Revolution, über die Veranlassung derselben, eine strenge Untersuchung angestellt wurde, versteht

sich wohl von selbst. Schon am 27. Juni wurde in der Nationalversammlung folgendes Decret angenommen:

„Art. 1. Als Maßregel für die allgemeine Sicherheit sollen die verhafteten Personen, welche anerkannter Weise Theil an dem Aufstande des 23. Juni und der folgenden Tage genommen haben, in die überseeischen Französischen Besitzungen, mit Ausnahme derer des mittelländischen Meeres transportirt werden.

„Die Frauen und die Kinder der auf diese Weise außerhalb des Gebietes transportirten Personen werden zugelassen werden, das Schicksal ihrer Gatten und ihrer Väter zu theilen.

Art. 2. Die vor den Kriegsgerichten begonnene Untersuchung wird ungeachtet der Aufhebung des Belagerungszustandes ihren Lauf verfolgen.

Art 3. Ein Decret der Nationalversammlung wird die Vorschriften bestimmen, denen die transportirten Personen unterworfen sein werden.

Art. 4. Die Ausübende Gewalt ist beauftragt, ohne Verzug zur Ausführung des gegenwärtigen Decretes zu schreiten.

Berathen in öffentlicher Sitzung,

In Paris, den 27. Juni 1848.

Die Präsidenten und die Secretäre.

Unterz. Senard, Peupin, Leon Robert,
Emile Pean, Edmond Lafayette,
Landrin, Bérard."

Es war dies Decret um so nothwendiger, als es ganz unmöglich war, die ungeheure Masse der Insurgenten in Paris zu verpflegen. Die Gefangenhäuser waren von dem

selben zu sehr überfüllt, und es war zu besorgen, daß bei einem etwa erneuerten Aufstande dieselben gestürmt werden würden, und daß durch die befreiten Insurgenten jede Revolution immer neue Nahrung haben würde.

Die Untersuchung, welche in den folgenden Monaten über die Ereignisse des Juni und auch über die mit denselben wahrscheinlich in Zusammenhang stehende Emeute vom 15. Mai geführt wurde, hatte verhältnißmäßig wenig bedeutende Resultate. Die eigentlichen Triebfedern des Aufstandes wurden durch diese Untersuchung nicht entdeckt.

Louis Blanc und besonders Caussidière erschienen allerdings durch die Resultate der Untersuchung gravirt und die Nationalversammlung gab deshalb am 25. August ihre Erlaubniß zum gerichtlichen Verfahren gegen beide Repräsentanten, welche sich indessen der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen wußten. Aber Alles, was gegen Beide, so wie auch gegen die übrigen bedeutenden Persönlichkeiten innerhalb der socialistischen Partei vorgebracht wurde, war doch von so geringer Bedeutung, daß sich nicht mit Sicherheit auf die eigentlichen Triebfedern der Juni-Revolution schließen ließ.

Man hat nicht in Erfahrung gebracht, ob die Juni-Revolution in der That eine lange vorbereitete und vorher angelegtem Plane zufolge entstanden ist, oder ob sie das Resultat war erst derjenigen Maßregeln, welche die Executiv-Commission gegen die Nationalwerkstätten ergriff.

Die Juni-Revolution, die erste sociale Revolution Europa's, ist deshalb noch immer mit einem dichten Schleier des Geheimnisses umgeben. Mit der Juni-Revolution war die eigentliche revolutionaire Bewegung in Frankreich beendet, und es begann jetzt [illegible] Land eine Epoche der Gesetz-

gebung, eine Epoche der Weiterbildung der staatlichen Formen auf dem ruhigen Wege des Gesetzes.

Schon am 27. Juni wollte General Cavaignac die ihm übertragene Gewalt in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen.

Die Nationalversammlung votirte ihm ihren Dank und ernannte ihn zum Präsidenten eines Ministeriums, dessen Mitglieder er zu wählen beauftragt wurde.

Er bildete das Ministerium aus folgenden Männern:

Ministerium des Innern:	Herr Senard.
" des Handels:	Herr Tourret.
" der öffentl. Arbeiten:	Herr Recurt.
" der Marine:	Admiral Leblanc.
" der auswärtigen Angelegenheiten:	Herr Bastide.
" des Kriegs:	Herr Lamoricière.
" der Justiz:	Herr Bethmont.
" der Finanzen:	Herr Goudchaux.
" des öffentl. Unterrichts:	Herr Carnot.

Die Ministerliste befriedigte namentlich eine Partei im Lande, welche vermöge der Juni-Revolution zur herrschenden geworden war; es war die Partei der gemäßigten Republikaner, die Partei des ehemaligen National, dessen Hauptredacteur, Marrast, auch zum Präsidenten der Nationalversammlung erwählt wurde.

Cavaignac selbst gehörte zwar nicht vollständig dieser Partei an, aber er neigte sich derselben zu; er ging noch, ein so aufrichtiger Republikaner er auch war, um ein Weniges weiter rechts, als die Partei des National.

Cavaignac benutzte die ihm übergebene Executivgewalt mit Ruhe und Mäßigung. Er erhielt allerdings mit Energie die gesetzliche Ordnung in Paris aufrecht. Die Hauptstadt blieb vorläufig in Belagerungszustand.*) Eine Anzahl der extremen Journale blieb eine Zeit lang unterdrückt, wurde aber bereits am 6. August wieder erlaubt.

Es sind gegen den General Cavaignac, besonders von Seiten der demokratischen Partei vielfache Beschuldigungen ausgestoßen worden, als habe derselbe mit Blutdurst, mit einem wahren Vergnügen gegen die demokratische Partei gewüthet. Diese Beschuldigungen sind im höchsten Grade ungerecht. Cavaignac hat als ein tapferer General gegen eine ihm feindlich gegenüberstehende Partei, welche mit ihm selbst viel weniger Schonung gehabt hätte, als er sie an den Tag gelegt hat, gekämpft. Nach beendigtem Kampfe hat er als Sieger nirgends die Menschlichkeit verletzt, und wenn während des Kampfes von Seiten der wüthenden National- und Mobilgarde einige Grausamkeiten gegen die Insurgenten verübt worden sind, welche der General zu vermeiden nicht vermochte, so fallen ihm dieselben nicht zur Last, sondern der Aufregung, welche durch die blutige Revolution des Juni naturgemäßer Weise erzeugt worden war.

General Cavaignac hat während der ganzen Zeit, in der er an der Spitze der Executivgewalt in Frankreich stand, gezeigt, daß er ohne eigenen Ehrgeiz, mit Ruhe und Kraft seiner innigsten Ueberzeugung nach für das Beste des Landes gestrebt hat, und wenn er auch nicht einzugehen vermochte in die demokratischen Ideen, wenn er selbst auch nicht derjenigen

---

*) Am 20. October wurde der Belagerungszustand aufgehoben.

Partei angehörte, welcher sicherlich dereinst die Zukunft beschieden ist, so hat er doch ebensowohl gezeigt, daß er nicht zur Partei des Rückschritts gehört, sondern daß er von ganzem Herzen ein aufrichtiger Republikaner ist.

Man hat Cavaignac vielfach des Strebens nach Reaction angeklagt, besonders, nachdem derselbe am 13. October sein Ministerium veränderte und dasselbe folgendermaßen zusammensetzte.

Die Bürger:
Marie, Justiz;
Bastide, auswärtige Angelegenheiten;
von Lamoricière, Krieg;
Verninac, Marine und Colonien;
Dufaure, Inneres;
Tourret, Ackerbau und Handel;
Freslon, öffentlicher Unterricht und Cultus;
Goudchaux, Finanzen:
Vivien, öffentliche Arbeiten.

Die Ernennung der Minister Dufour und Vivien, welche für Royalisten gehalten wurden, gab den Vorwurf, daß Cavaignac es selbst nicht ehrlich mit der Republik meine, vielfache Nahrung; aber dennoch ist dieser Vorwurf unbegründet. Cavaignac ist Republikaner, aber er gehört jener unglücklichen Partei der Republikaner an, welche im Streben nach Ruhe und Ordnung, sich eher entschließen, die freien Institutionen des Volkes zu verletzen, als die Möglichkeit einer Verletzung der Ruhe und Ordnung offen zu lassen.

Die Nationalversammlung wendete sich, nachdem die innern Unruhen unterdrückt waren, mit ganzer Kraft dem Verfassungswerke Frankreichs zu; sie berieth die künftige

Constitution der Republik, und es ist anzuerkennen, daß die Nationalversammlung diese Constitution mit eisernem Fleiße und großer Schnelligkeit, und doch nur nach gründlicher Berathung geschaffen hat.

Am 4. November wurde die Constitution im Schooße der Nationalversammlung angenommen und an die Spitze der Republik wurde ein Präsident gestellt, der aus der allgemeinen direkten Wahl hervorgehen sollte, einer Wahl, welche an keinen Census, an keine Beschränkung irgend einer Art gebunden sein sollte.

Der Entwurf, so demokratisch er in allen seinen Grundprinzipien war, wurde mit der ungeheuren Majorität von 739 Stimmen angenommen. Nach der Annahme erhob sich die ganze Versammlung mit dem dreimaligen Rufe: „Es lebe die Republik!"

Am 12. November wurde die Constitution in einem großartigen Nationalfeste bekannt gemacht.

Die wichtigste Frage, welche jetzt ganz Frankreich beschäftigte, war die über die Wahl des Präsidenten. Am 12. December sollte diese Wahl stattfinden; wer aber sollte aus der Urne hervorgehen?

In dieser Frage standen sich wiederum die Parteien auf das Schroffste gegenüber. Vier Kandidaten waren es hauptsächlich, deren Wahl überhaupt in Frage kommen konnte. Vier Kandidaten, welche die vier verschiedenen Parteien im Lande charakterisirten.

Der Kandidat der äußersten Linken, der entschiedensten Socialisten war Ledru-Rollin. Der Kandidat der gemäßigten aber demokratischen Republikaner war Lamartine. Der Kandidat der entschiedenen Republikaner, aber derer, welche ebenso

entschiedene Feinde des Socialismus und der Demokratie als des Royalismus waren, war Cavaignac. Der Kandidat endlich Derer, welche die Republik nur als Uebergang zum Königthum betrachteten, war Louis Napoleon Bonaparte, der bereits am 27. September seinen Sitz als Repräsentant in der Nationalversammlung eingenommen hatte.

Für alle diese Kandidaten wurde ungeheuer agitirt. Am gewaltigsten war die Agitation für Louis Napoleon Bonaparte. Die Junirevolution hatte die Reihen der Socialisten gewaltig gelichtet. Durch die Junirevolution waren viel frühere Anhänger der Socialisten übergegangen in die Reihen der gemäßigten Republikaner, übergegangen zum Theil sogar in die Reihen der Royalisten, weil der furchtbare Kampf des Juni sie eine Zerrüttung der ganzen Gesellschaft mit der Herrschaft der Socialisten befürchten ließ.

Louis Napoleon wurde, wie wir bereits früher mitgetheilt haben, von einem Theile der Socialisten als ein Anhänger der socialistischen Lehren angesehen, deshalb wendete auch ein großer Theil der wirklichen Socialisten seine Stimmen auf Louis Napoleon, weil man nicht glaubte, Ledru-Rollin bei der Wahl durchzubringen, und lieber Louis Napoleon an der Spitze des Staates sehen wollte, als einen Cavaignac oder Lamartine.

Für Ledru-Rollin waren daher fast keine Chancen zur Präsidentur. Noch weniger Chancen hatte indessen Lamartine. Die Popularität Lamartine's hatte sich gewaltig schnell verbraucht. Der Mann, der noch vor wenigen Monaten mit mehr als 2,000,000 Stimmen als Repräsentant in die Nationalversammlung gewählt worden war, hatte nicht mehr die geringste Aussicht, zur Präsidentur gewählt zu werden. Seine

Schwäche auf der einen Seite, seine Hinneigung zur Vermittelung hatte alle Parteien gegen ihn aufgebracht, und so blieb ihm nur ein sehr kleiner Theil der freisinnigen aber gemäßigten Republikaner.

Mehr Chancen hatte Cavaignac; aber gegen diesen waren die Socialisten wegen seiner energischen Bekämpfung der Junirevolution in Wuth entbrannt, ihn fürchteten auch die Royalisten, und so war denn Cavaignac angewiesen auf die allerdings zahlreiche aber wenig in sich zusammenhängende Partei der entschiedenen Republikaner, welche in der Mitte zwischen dem Socialismus und dem Royalismus stand.

So blieb denn von den vier aufgestellten Kandidaten nur Einer übrig: Louis Napoleon Bonaparte, für den eine großartige Agitation der verschiedenen Parteien möglich war.

Auf der einen Seite wirkten die Royalisten beinahe einstimmig für Louis Napoleon, weil sie ihn, wie wir schon früher mitgetheilt haben, für das geeignete Werkzeug hielten, die Republik nach und nach der Monarchie wieder zuzuführen. Ebenso fielen ihm auch aus schon angeführten Gründen viele Stimmen der Socialisten zu, einestheils, weil die Socialisten Louis Napoleon für einen Anhänger der socialen Ideen hielten, anderntheils, weil dieselben hofften, Louis Napoleon würde, einmal zur Herrschaft gelangt, dieselbe dermaßen auszubeuten wissen, daß er sich bald beim ganzen Volke verhaßt gemacht habe und daß er dadurch das Volk wiederum dem Socialismus zuführen werde.

Der Pessimismus war nach den unglücklichen Kämpfen des Juni die letzte Zuflucht der socialistischen Partei, und dieser führte eine ungeheure Anzahl socialistischer Stimmen der Wahl Louis Napoleons zu.

Nur durch diese Uebereinstimmung der verschiedenen Parteien wurde es möglich, daß Louis Napoleon Bonaparte von 7,572,149 abgegebenen Stimmen 5,658,755 erhielt, obgleich seine persönliche Unbedeutendheit, seine Unfähigkeit, eine so ungeheuer wichtige Stellung, als die des Präsidenten der französischen Republik es war, fast von allen Parteien anerkannt wurde*).

Vor seiner Wahl erließ Louis Napoleon folgendes Manifest, welches von den bonapartistischen Agenten, die mit ungeheurer Thätigkeit das ganze Land durchreisten, in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde; ein Manifest, welches wir dem Leser mittheilen, weil es charakteristisch für die Politik Louis Napoleons ist.

„Louis Napoleon Bonaparte an seine Mitbürger.

Um mich aus der Verbannung zurückzurufen, habet Ihr mich zum Volks-Repräsentanten ernannt. Gerade da Ihr im Begriffe seid, die erste obrigkeitliche Person der Republik zu erwählen, bietet sich Euch mein Name als Symbol der Ordnung und der Sicherheit.

Diese Beweise eines so ehrenvollen Vertrauens gelten, ich weiß es wohl, mehr meinem Namen, als mir selbst, der

---

*) Die Zahl der abgegebenen Stimmen war folgende:

Louis Napoleon Bonaparte	5,658,755	Stimmen.
Eug. Cavaignac	1,448,107	„
Ledru-Rollin	370,117	„
Raspail	36,920	„
Lamartine	17,910	„
Der General Changarnier	4,687	„
Verschiedene Stimmen	12,434	„
Weiße oder constitutionswidrige Wahlzettel	23,219	„

ich noch Nichts für mein Vaterland gethan habe; aber je größeren Schutz mir das Andenken an den Kaiser gewährt und je mehr es auf Eure Abstimmung einwirkt, desto mehr fühle ich mich verpflichtet, Euch mit meinen Gesinnungen und Grundsätzen bekannt zu machen. Zwischen Euch und mir darf durchaus kein Zweifel obwalten.

Ich bin keinesweges ein Ehrgeiziger, der bald Kaiserreich und Krieg träumt, bald die Anwendung den Umsturz bewirkender Theorieen. In den freien Ländern, in der Schule des Unglücks erzogen, werde ich den Pflichten, welche mir Eure Stimmen und der Wille der Versammlung auferlegen werden, immer treu bleiben.

Sollte ich zum Präsidenten ernannt werden, würde ich mich von keiner Gefahr, von keinem Opfer zurückschrecken lassen, um die auf so verwegene Weise angegriffene Gesellschaft zu vertheidigen; ich würde mich ohne Rückhalt mit Leib und Seele dem Werke widmen, eine durch ihre Gesetze weise, in ihren Absichten redliche, durch ihre Handlungen große und starke Republik zu befestigen.

Ich würde meine Ehre daran setzen, meinem Nachfolger nach Verlauf von vier Jahren die oberste Macht befestigt, die Freiheit unangetastet, einen wirklichen Fortschritt vollendet überlassen.

Welches auch der Erfolg der Wahl sein mag, ich werde mich vor dem Willen des Volkes beugen, und ich sichere zum Voraus meine Mithülfe jeder gerechten und energischen Regierung zu, welche sowohl in den Gemüthern als auch in den Verhältnissen die Ordnung wieder herstellt; welche die Religion, die Familie, das Eigenthum, — denn dies sind die ewigen Grundlagen jedes socialen Staates, — kräftig in

Schutz nimmt; welche die möglichen Reformen ins Leben ruft, den gegenseitigen Haß beruhigt, die Parteien mit einander aussöhnt, und so dem besorgten Vaterlande gestattet, den folgenden Tag ruhig erwarten zu dürfen.

Die Ordnung wieder herstellen, heißt das Vertrauen wieder erwecken, durch den Credit der vorübergehenden Unzulänglichkeit der Hülfsmittel abhelfen, die Finanzen wieder herstellen.

Der Religion und der Familie Schutz gewähren, heißt die Religions- und Lehrfreiheit sichern.

Das Eigenthum schützen, heißt die Unverletzlichkeit des Ertrages aller Arbeiten aufrecht erhalten, heißt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Besitzes, welche die unumgänglich nöthigen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit sind, sichern.

Was die möglichen Reformen betrifft, so scheinen mir folgende die nöthigsten zu sein:

Alle Ersparnisse in Anwendung bringen, welche die Verminderung der für das Volk lästigsten Abgaben gestatten, ohne daß dadurch die Staatsbedürfnisse vernachlässigt werden; die Unternehmungen ermuthigen, welche, indem sie die Reichthümer des Ackerbaues enthüllen, den unbeschäftigten Armen in Frankreich und in Algier Arbeit gewähren können; durch zweckmäßige Anstalten für betagte Arbeiter zu sorgen; in unseren industriellen Gesetzen die Verbesserungen einführen, deren Streben dahin geht, nicht den Reichen zum Vortheile des Armen zu Grunde zu richten, sondern den Wohlstand eines Jeden auf der Wohlfahrt Aller zu begründen.

Die Zahl der Aemter, welche von der obersten Macht

Die Republik muß großmüthig sein und auf ihre Zukunft vertrauen; auch wünsche ich, der ich die Verbannung und die Gefangenschaft kennen gelernt habe, den Tag sehnlichst herbei, wo das Vaterland ohne Gefahr jeglicher Verbannung ein Ziel setzen und die letzten Spuren unserer bürgerlichen Zwietracht verlöschen kann.

Dies, meine lieben Mitbürger, sind die Ideen, die ich in der Verwaltung der obersten Gewalt geltend machen würde, wenn Ihr mich zum Präsidenten der Republik erwählen solltet.

Die Aufgabe ist schwierig, die Sendung eine unendlich wichtige, ich weiß es wohl! Aber ich würde an ihrer Ausführung nicht verzweifeln, indem ich zu diesem Werke, ohne Ansehen der Partei, die Männer berufen würde, welche ihre hohe Einsicht und ihre Rechtlichkeit der öffentlichen Meinung empfehlen.

Ueberdies giebt es, wenn man die Ehre hat, an der Spitze des französischen Volkes zu stehen, ein untrügliches Mittel, das Gute zu thun, man darf es nämlich nur wollen.

Louis Napoleon Bonaparte."

Am 20. December proklamirte die Nationalversammlung den neuen Präsidenten der Republik.

General Cavaignac bestieg die Tribüne und legte die ihm übertragene Regierungsgewalt in die Hände der Nationalversammlung zurück; ebenso reichten seine sämmtlichen Minister ihre Entlassung ein.

Die Nationalversammlung sagte durch ein allgemeines Beifallrufen dem General ihren Dank für die bisherige Leitung des Staates. Dann proklamirte der Präsident der Na-

tionalversammlung, Marrast, die Wahl Louis Napoleons und vereidigte denselben.

Am nämlichen Tage ernannte Louis Napoleon folgendes Ministerium:

zum Minister der Justiz Herrn Odilon Barrot, Volksrepräsentanten, beauftragt, in Abwesenheit des Präsidenten der Republik im Ministerrathe das Präsidium zu führen;

zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Volksrepräsentanten Herrn Drouyn von Chuys;

zum Minister des öffentlichen Unterrichtes und des Cultus den Volksrepräsentanten Herrn von Falloux;

zum Minister des Innern den Volksrepräsentanten Herrn Léon von Maleville;

zum Minister des Ackerbaues und des Handels den Volksrepräsentanten und Vicepräsidenten der Nationalversammlung;

zum Minister der öffentlichen Arbeiten den Volksrepräsentanten Herr Léon Faucher;

zum Kriegsminister den Volksrepräsentanten Herrn General Rulhière;

zum Minister der Marine und der Colonien den Volksrepräsentanten Herrn von Tracy;

zum Finanzminister Herrn Hippolyt Passy, Mitglied des Institutes;

durch Beschluß von demselben Tage ist der Marschall Bugeaud, Volksrepräsentant, zum Oberbefehlshaber der Alpenarmee ernannt;

der Oberst Rebillot, Oberst der Gensd'armerie des Seinedepartements, ist zum Polizeipräfekten ernannt;

und zeigte durch die Wahl der Männer, welche er an seine Seite zur Regierung berief, daß er in der That den Ansprüchen derjenigen Partei zu genügen entschlossen war, welche in ihm den Wiederhersteller der Monarchie hoffte, denn das Ministerium bestand fast nur aus den Mitgliedern dieser Partei, und besonders war der Ministerpräsident, Odilon Barrot, der Leiter der royalistischen Partei.

Wir schließen hiermit die Geschichte Frankreichs im Jahre 1848 und die Geschichte der Staatsumwälzungen in den Jahren 1847 und 1848 überhaupt, obgleich uns noch die Geschichte der italienischen Kämpfe, des deutschen Parlaments, des Krieges in Schleswig-Holstein und des ungarischen Krieges zu erzählen übrig bleibt. Wir ziehen es indessen vor, diese Kämpfe, in ihrem Zusammenhange mit den Ereignissen des Jahres 1849, in einem besonderen Werke dem Leser zu übergeben, von welchem bereits die ersten Hefte „Der Freiheitskampf in Ungarn" erschienen sind.

Zum Schlusse theilen wir dem Leser noch die Verfassung der französischen Republik mit. Möge er aus der Vergleichung dieser Verfassung und der jetzigen Zustände Frankreichs ersehen, wie wenig eine Verfassung als solche zu thun vermag, wenn Diejenigen, welche die Paragraphen auszuführen haben,

nicht willens sind, dies im Sinne des Gesetzgebers zu thu
möge er daraus ersehen, daß auch die freieste Verfassung
nem Volke die Freiheit nicht gewähren kann, wenn das V
selbst durch die Wahl seiner Repräsentanten zeigt, daß es
die Freiheit noch nicht reif ist.

Verfassungs-Urkunde

der

französischen Republik

vom 14. November 1848.

In Gegenwart Gottes und im Namen des französischen Volkes verkündigt die National-Versammlung:

I. Frankreich hat sich zur Republik erklärt. Indem es die Republik als bleibende Regierungsform annahm, hat es sich zum Ziele gesetzt, freier auf dem Wege des Fortschrittes und der Volksbildung voranzuschreiten; eine gleichmäßigere und der Gerechtigkeit mehr und mehr sich nähernde Vertheilung der Lasten und Vortheile in der Gesellschaft herbeizuführen; den Wohlstand eines Jeden durch die allmälige Verminderung der öffentlichen Ausgaben und der Steuern zu sichern und alle Bürger, ohne neue gewaltsame Erschütterung, durch die fortgesetzte und beständige Wirkung der Saatseinrichtungen und Gesetze zu einem immer höheren Grade der Tugend, der Aufklärung und des Wohlstandes zu führen.

II. Die französische Republik ist eine demokratische, einige und untheilbare.

III. Sie erkennt Rechte und Pflichten an, welche älter und höher sind, als die positiven Gesetze.

IV. Sie hat zu Grundsätzen: die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit. Sie hat zu Grundlagen: die Familie, die Arbeit, das Eigenthum und die öffentliche Ordnung.

V. Sie achtet die fremden Nationalitäten, wie sie ihre eigene geachtet wissen will; sie unternimmt keinen Krieg zum Zwecke der Eroberung und gebraucht nie ihre Kräfte gegen die Freiheit eines Volkes.

VI. Gegenseitige Pflichten verbinden die Bürger gegen die Republik und die Republik gegen die Bürger.

VII. Die Bürger müssen das Vaterland lieben, der Republik dienen, sie mit ihrem Leben vertheidigen, an den Lasten des Staats nach Maßgabe ihres Vermögens theilnehmen; sie müssen durch Arbeit ihren Lebensunterhalt und durch Vorsicht sich ein Auskommen für die Zukunft sichern; sie müssen zum Gemeinwohle beitragen, indem sie sich brüderlich unter einander helfen, und zur allgemeinen Ordnung, indem sie die Vorschriften der Moral und die geschriebenen Gesetze, welche die Gesellschaft, die Familie und die Einzelnen lenken, beobachten.

VIII. Die Republik muß den Bürger in seiner Person, seiner Familie, seinem Glauben, seinem Eigenthum, seiner Arbeit schützen und Jedem den allen Menschen nöthigen Unterricht gewähren; sie muß durch brüderliche Hülfeleistung den Unterhalt der bedürftigen Bürger sichern, entweder indem sie in den Gränzen ihrer Hülfsquellen ihnen Arbeit verschafft, oder, wo die Familie es nicht kann, denen Unterstützung giebt, welche nicht im Stande sind, zu arbeiten.

In Absicht der Erfüllung aller dieser Pflichten und zur Gewährleistung aller dieser Rechte bestimmt die National-Versammlung, treu den Ueberlieferungen der großen Versammlungen, welche der französischen Revolution die Weihe gaben, die Verfassung der Republik, wie folgt:

Verfassung.

Abschnitt 1.

Von der Souverainetät.

Art. 1. Die Souverainetät beruht in der Gemeinschaft aller französischen Bürger. Sie ist unveräußerlich und unverjährbar. Kein Einzelner und kein Theil des Volkes kann sich ihre Ausübung anmaßen.

Abschnitt II.

Durch die Verfassung dem Bürger gewährleistete Rechte.

Art. 2. Niemand kann anders verhaftet oder festgehalten werden, als gemäß den Vorschriften des Gesetzes.

Art. 3. Die Wohnung jeder Person, welche den französischen Boden bewohnt, ist unverletzlich; es ist nicht erlaubt, hineinzubringen, als unter den Formen und in den Fällen, welche das Gesetz vorsieht.

Art. 4. Niemand darf seinem natürlichen Richter entzogen werden. Es können keine Kommissionen oder außerordentliche Gerichte geschaffen werden, aus welchem Anlasse oder unter welcher Benennung es auch immer sei.

Art. 5. Die Todesstrafe in politischen Sachen ist abgeschafft.

Art. 6. Die Sklaverei darf nirgends auf französischem Boden bestehen.

Art. 7. Jeder bekennt frei seinen Glauben und genießt für die Ausübung seines Gottesdienstes vom Staate gleichen Schutz. Die Diener der gegenwärtig vom Gesetze anerkannten Bekenntnisse, so wie derjenigen, welche in Zukunft anerkannt werden, haben das Recht, ein Staatsgehalt zu beziehen.

Art. 8. Die Bürger haben das Recht, in Gemeinschaft zu treten, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, zu petitioniren, ihre Gedanken vermittelst der Presse oder auf andere Weise zu veröffentlichen. Die Ausübung dieser Rechte hat nur die Rechte und die Freiheit des Nebenmenschen und die öffentliche Sicherheit zur Grenze. Die Presse kann in keinem Falle der Censur unterworfen werden.

Art. 9. Der Unterricht ist frei. Die Freiheit des Unterrichtes wird nach den von den Gesetzen bestimmten Bedingungen der Fähigkeit und Moralität und unter der Aufsicht des Staates ausgeübt. Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten ohne irgend eine Ausnahme.

Art. 10. Alle Bürger sind gleich zulässig zu allen öf-

fentlichen Aemtern ohne anderen Grund einer Bevorzugung als ihr Verdienst und gemäß den Bedingungen, welche die Gesetze bestimmen werden. Alle Adelsrechte, alle Unterschiede der Geburt, des Ranges oder Standes sind abgeschafft.

Art. 11. Alles Eigenthum ist unverletzlich. Dessenungeachtet kann der Staat das Opfer eines Besitzstückes auf den Grund des gesetzlich festgestellten öffentlichen Nutzens und gegen eine gerechte vorläufige Entschädigung verlangen.

Art. 12. Die Gütereinziehung kann niemals wieder eingeführt werden.

Art. 13. Die Verfassung gewährleistet den Bürgern die Freiheit der Arbeit und der Betriebsamkeit. Die Gesellschaft begünstigt und ermuntert die Entwickelung der Arbeit durch unentgeldlichen Elementar-Unterricht, durch Erziehung zu bestimmten Geschäften, durch Gleichstellung der Beziehungen zwischen Meistern und Arbeitern, durch Spar- und Kredit-Institutionen, durch Ackerbau-Anstalten, durch freiwillig gebildete Gesellschaften und Anordnungen solcher Arbeiten, welche zur Beschäftigung müßiger Hände geeignet sind, in den Departements und Gemeinden, von Seiten des Staates; den verlassenen Kindern, den Kranken und Greisen, welche des Unterhaltes ermangeln und von ihren Familien keine Hülfe erhalten können, gewährt sie Unterstützung.

Art. 14. Die Staatsschuld wird gewährleistet. Jede Art von Verbindlichkeit des Staates, seinen Gläubigern gegenüber, ist unverletzlich.

Art. 15. Jede Steuer wird zum Nutzen der Gesammtheit auferlegt. Jeder trägt dazu bei im Verhältniß seiner Fähigkeiten und seines Vermögens.

Art. 16. Keine Steuer kann anders als kraft des Gesetzes auferlegt oder erhoben werden.

Art. 17. Die direkte Steuer wird nur für ein Jahr bewilligt. Die indirekten Steuern können auf mehrere Jahre bewilligt werden.

Abschnitt III.

Von den Staatsgewalten.

Art. 18. Alle Staatsgewalten, welche es sein mögen, gehen vom Volke aus. Sie können nicht erblich übertragen werden.

Art. 19. Die Trennung der Gewalten ist die erste Bedingung einer freien Regierung.

Abschnitt IV.

Von der gesetzgebenden Gewalt.

Art. 20. Das französische Volk überträgt die gesetzgebende Gewalt einer einzigen Versammlung.

Art. 21. Die Gesammtzahl der Volksvertreter wird siebenhundertfunfzig sein, die Vertreter Algeriens und der französischen Kolonieen einbegriffen.

Art. 22. Diese Zahl wird sich auf neunhundert für die zur Revision der Verfassung berufenen Versammlungen belaufen.

Art. 23. Die Wahl hat die Bevölkerung zur Grundlage.

Art. 24. Das Stimmrecht ist unmittelbar und allgemein. Die Abstimmung ist geheim.

Art. 25. Wähler sind, ohne Bedingung eines Census, alle Franzosen, welche 21 Jahre alt und im Genusse ihrer bürgerlichen und politischen Rechte sind.

Art. 26. Wählbar sind, ohne Bedingung in Bezug auf den Wohnort, alle Wähler, welche 25 Jahre alt sind.

Art. 27. Das Wahlgesetz wird die Ursachen bestimmen, welche einen französischen Bürger des Wahlrechtes und der Wählbarkeit berauben können. Dasselbe wird diejenigen Bürger bezeichnen, welche in einem Departement oder einem Territorial-Bezirke nicht gewählt werden können, weil sie daselbst Amtsverrichtungen ausüben oder ausgeübt haben.

Art. 28. Die Ausübung jedes besoldeten öffentlichen Amtes ist mit der Volksvertretung unvereinbar. Kein Mit-

spricht dieselbe aus und bestimmt den Zeitpunkt der Berathung. Wenn sie entscheidet, daß keine Dringlichkeit vorhanden ist, so folgt der Antrag dem Laufe der gewöhnlichen Vorschläge.

Abschnitt V.

Von der vollziehenden Gewalt.

Art. 43. Das französische Volk überträgt die vollziehende Gewalt einem Bürger, welcher den Titel „Präsident der Republik" erhält.

Art. 44. Der Präsident muß geborener Franzose, wenigstens 30 Jahre alt sein und nie die Eigenschaft eines Franzosen verloren haben.

Art. 45. Der Präsident der Republik wird auf vier Jahre gewählt und ist erst nach einem Zwischenraum von vier Jahren wieder wählbar. Eben so wenig kann nach ihm vor Ablauf dieser Zwischenzeit der Vice-Präsident oder einer der Verwandten und Verschwägerten des Präsidenten bis zum sechsten Grade einschließlich gewählt werden.

Art. 46. Die Wahl findet von Rechts wegen am zweiten Sonntage des Monats Mai statt. Wenn im Falle des Todes, der Abdankung oder einer anderen Ursache die Präsidentenwahl zu einer anderen Zeit zu geschehen hätte, so läuft seine Amtsdauer mit dem zweiten Sonntage des Monats Mai des vierten Jahres, welches auf die Wahl folgt, ab. Der Präsident wird mittelst geheimer Abstimmung und mit absoluter Mehrheit der Stimmenden durch das unmittelbare Stimmrecht aller Wähler des französischen Departements und Algeriens ernannt.

Art. 47. Die Protokolle über die Wahlhandlungen werden unmittelbar der National-Versammlung übersandt, welche ohne Verzug über die Gültigkeit der Wahl entscheidet und den Präsidenten der Republik ausruft. Wenn kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen und wenigstens zwei Millionen Stimmen für sich hat, oder wenn die Bedingungen, welche der Art. 44 verlangt, nicht erfüllt sind,

so wählt die National-Versammlung den Präsidenten der Republik mit absoluter Mehrheit und in geheimer Abstimmung aus den fünf wählbaren Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Art. 48. Ehe der Präsident sein Amt antritt, leistet er inmitten der National-Versammlung den Eid, dessen Wortlaut folgt: „In Gegenwart Gottes und vor dem französischen Volke, vertreten durch die National-Versammlung, schwöre ich, der demokratischen, einen und untheilbaren Republik treu zu bleiben und alle Pflichten zu erfüllen, welche mir die Verfassung auferlegt."

Art. 49. Er hat das Recht, der National-Versammlung durch die Minister Gesetz-Entwürfe vorlegen zu lassen. Er überwacht und sichert die Ausführung der Gesetze.

Art. 50. Er verfügt über die bewaffnete Macht, ohne sie jemals in Person befehligen zu können.

Art. 51. Er kann weder einen Theil des französischen Gebiets abtreten, noch die National-Versammlung auflösen oder vertagen, noch in irgend einer Weise die Wirksamkeit der Verfassung und der Gesetze unterbrechen.

Art. 52. Er legt jedes Jahr der National-Versammlung eine Auseinandersetzung des allgemeinen Standes der Angelegenheiten der Republik durch eine Botschaft vor.

Art. 53. Er unterhandelt und vollzieht die Staats-Verträge. Kein Staats-Vertrag ist gültig, bis er von der National-Versammlung genehmigt worden ist.

Art. 54. Er wacht über die Vertheidigung des Staates, kann aber ohne die Bewilligung der National-Versammlung keinen Krieg unternehmen.

Art. 55. Er hat das Recht der Begnadigung, aber er kann dieses Recht nicht ausüben, ohne vorher die Meinung des Staats-Rathes eingeholt zu haben. Allgemeine Amnestieen können nur durch ein Gesetz gewährt werden. Der Präsident der Republik, die Minister, so wie alle anderen von dem hohen Staatsgerichtshofe verurtheilten Personen, können nur durch die National-Versammlung begnadigt werden.

Art. 56. Der Präsident der Republik verkündigt die Gesetze im Namen des französischen Volkes.

Art. 57. Die dringlichen Gesetze werden in einer Frist

von drei Tagen und die anderen Gesetze in einer Frist von einem Monate nach dem Tage, wo sie von der National-Versammlung angenommen sind, verkündigt.

Art. 58. In der für die Verkündigung festgesetzten Frist kann der Präsident durch eine begründete Botschaft eine neue Berathung verlangen. Die Versammlung erwägt, und ihre nunmehrige Beschlußnahme ist entscheidend; sie wird dem Präsidenten der Republik zugestellt. In diesem Falle findet die Verkündigung in der für dringliche Gesetze bestimmten Frist statt.

Art. 59. In Ermangelung der Verkündigung durch den Präsidenten der Republik in den durch die vorhergehenden Artikel festgesetzten Fristen, hat der Präsident der National-Versammlung dafür zu sorgen.

Art. 60. Die Gesandten und Botschafter der fremden Mächte werden bei dem Präsidenten der Republik beglaubigt.

Art. 61. Er führt bei National-Festen den Vorsitz.

Art. 62. Er wohnt auf Kosten der Republik und erhält eine Besoldung von sechsmalhunderttausend Franken jährlich.

Art. 63. Er residirt an dem Orte, wo die National-Versammlung sich befindet, und kann das Festland der Republik nicht verlassen, ohne durch ein Gesetz dazu ermächtigt zu sein.

Art. 64. Der Präsident der Republik ernennt und entläßt die Minister. Er ernennt und entläßt im Ministerrathe die diplomatischen Agenten, die Ober-Befehlshaber der Land- und Seemacht, die Präfekten, den Ober-Befehlshaber der Nationalgarden des Seine-Departements, die Statthalter Algeriens und der Kolonieen, die General-Prokuratoren und anderen Beamten höheren Ranges. Er ernennt und entläßt auf den Vorschlag des betreffenden Ministers unter den durch das Gesetz geregelten Bedingungen die unteren Staatsbeamten.

Art. 65. Er hat das Recht, die durch die Bürger erwählten Beamten der vollziehenden Gewalt für eine Zeit, welche drei Monate nicht übersteigen darf, ihrer Amtsverrichtungen zu entheben. Er kann sie nur mit Zustimmung des Staatsraths absetzen. Das Gesetz bestimmt die Fälle, wo die abgesetzten Beamten zu denselben Aemtern nicht wieder wähl-

[illegible]bar erklärt werden können. Diese Nichtwählbarkeit kann nur durch einen Urtheilsspruch verhängt werden.

Art. 66. Die Zahl und Befugnisse der Minister werden durch die gesetzgebende Gewalt festgestellt.

Art. 67. Die Verfügungen des Präsidenten der Republik, mit Ausnahme derjenigen, durch welche er die Minister ernennt oder entläßt, haben nur Kraft, wenn sie von einem Minister gegengezeichnet sind.

Art. 68. Der Präsident der Republik, die Minister, die Agenten und Bewahrer der öffentlichen Macht sind, Jeder, insoweit es ihn betrifft, für alle Handlungen der Regierung und der Verwaltung verantwortlich. Jede Maßregel, durch welche der Präsident der Republik die National-Versammlung auflöst, vertagt oder ihr in Ausübung ihres Berufes hinderlich wird, ist ein Verbrechen des Hochverrathes. Durch diese bloße Thatsache ist der Präsident seines Amtes verlustig; die Bürger sind gehalten, ihm den Gehorsam zu verweigern; die vollziehende Gewalt geht von Rechts wegen auf die National-Versammlung über; die Richter des hohen Staatsgerichtshofes treten, unter Strafe der Pflichtverletzung, sofort zusammen; sie berufen die Geschworenen an den von ihnen zu bezeichnenden Ort, um zur Aburtheilung des Präsidenten und seiner Mitschuldigen zu schreiten; sie ernennen selbst die Gerichtspersonen, welche das Staatsanwalts-Amt vertreten sollen. Ein Gesetz wird die anderen Fälle der Verantwortlichkeit und die Formen und Bedingungen der Verfolgung bestimmen.

Art. 69. Die Minister haben Zutritt in der National-Versammlung; sie werden gehört, so oft sie es verlangen, und können sich von Bevollmächtigten, die durch einen Erlaß des Präsidenten der Republik ernannt werden, unterstützen lassen.

Art. 70. Es giebt einen Vice-Präsidenten der Republik, welcher von der National-Versammlung aus einer vom Präsidenten im ersten Monate nach seiner Wahl vorgelegten Liste von drei Kandidaten gewählt wird. Der Vice-Präsident leistet denselben Eid, wie der Präsident. Der Vice-Präsident kann nicht unter den Verwandten oder Verschwägerten des Präsidenten, bis zum sechsten Grade einschließlich, gewählt werden. Im Falle der Verhinderung des Präsidenten vertritt

der Vice-Präsident seine Stelle. Wenn die Präsidentschaft durch Tod oder Abdankung des Präsidenten oder auf andere Weise erledigt wird, so wird in Monatsfrist zu einer neuen Präsidentenwahl geschritten.

Abschnitt VI.

Vom Staatsrathe.

Art. 71. Es besteht ein Staatsrath, dessen Vorsitz der Vice-Präsident der Republik von Rechts wegen führt.

Art. 72. Die Mitglieder dieses Rathes werden auf sechs Jahre von der National-Versammlung ernannt. Sie werden in den zwei ersten Monaten jeder Legislatur mittelst geheimer Abstimmung und absoluter Majorität zur Hälfte erneuert. Sie sind stets wieder wählbar.

Art. 73. Diejenigen Mitglieder des Staatsrathes, welche aus der Mitte der National-Versammlung genommen werden, sind sofort als Volksvertreter zu ersetzen.

Art. 74. Die Mitglieder des Staatsrathes können nur durch die National-Versammlung und auf den Vorschlag des Präsidenten der Republik entlassen werden.

Art. 75. Der Staatsrath wird gehört über die Gesetz-Entwürfe der Regierung, welche nach dem Gesetze seiner vorläufigen Prüfung unterworfen werden müssen, und über die Entwürfe der parlamentarischen Initiative, die ihm von der National-Versammlung zugewiesen werden. Er bereitet die Verordnungen über die öffentliche Verwaltung vor und erläßt diejenigen dieser Verordnungen selbstständig, bezüglich deren die National-Versammlung ihm besondere Vollmacht ertheilt hat. Er übt den öffentlichen Verwaltungen gegenüber jedes Recht der Aufsicht und Ueberwachung aus, welches ihm durch das Gesetz übertragen wird. Das Gesetz wird seine sonstigen Befugnisse regeln.

Abschnitt VII.

Von der inneren Verwaltung.

Art. 76. Die Eintheilung des Landes in Departements, Arondissements, Kantons und Gemeinden wird beibehalten. Die gegenwärtige Begränzung derselben kann nur durch das Gesetz geändert werden.

Art. 77. Es giebt 1) in jedem Departement eine Verwaltung, bestehend aus einem Präfekten, einem General-Conseil und einem Präfektur-Conseil; 2) in jedem Arrondissement einen Unterpräfekten; 3) in jedem Kanton ein Kantonal-Conseil; doch wird nur ein einziges Kantonal-Conseil eingerichtet in den Städten, die in mehrere Kantons getheilt sind; 4) in jeder Gemeinde eine Verwaltung, die aus einem Maire, Beigeordneten und einem Gemeinrathe besteht.

Art. 78. Ein Gesetz wird die Zusammensetzung und Befugnisse der General-Conseils, der Kantonal-Conseils, der Gemeinderäthe und die Art der Ernennung der Maires und Beigeordneten bestimmen.

Art. 79. Die General-Conseils und Gemeinderäthe werden durch unmittelbare Wahl aller in dem Departement oder der Gemeinde wohnenden Bürger ernannt. Jeder Kanton wählt ein Mitglied des General-Conseils. Ein besonderes Gesetz wird die Art der Wahl in dem Seine-Departement, in der Stadt Paris und in den Städten von mehr als 20,000 Einwohnern festsetzen.

Art. 80. Die General-Conseils, Kantonal-Conseils und Gemeinde-Räthe können durch den Präsidenten der Republik unter Zustimmung des Staatsrathes aufgelöst werden. Das Gesetz wird die Frist bestimmen, binnen welcher zu einer neuen Wahl zu schreiten ist.

Abschnitt VIII.

Von der richterlichen Gewalt.

Art. 81. Es wird unentgeltlich im Namen des französischen Volkes Recht gesprochen. Die Verhandlungen sind öffentlich, wofern die Oeffentlichkeit nicht der Ordnung oder den Sitten gefährlich ist; in diesem Falle erklärt das Gericht dies durch ein Urtheil.

Art. 82. Das Schwurgericht wird in Kriminalfällen beibehalten.

Art. 83. Das Erkenntniß über alle politische Vergehen, so wie über alle durch die Presse begangenen Vergehen, steht ausschließlich dem Schwurgerichte zu. Die organischen Gesetze werden seine Zuständigkeit in Injurien- und Verleumdungssachen gegen Privatpersonen bestimmen.

Art. 84. Das Schwurgericht entscheidet allein über den wegen Handlungen oder Vergehen der Presse begehrten Schadenersatz.

Art. 85. Die Friedensrichter und ihre Stellvertreter, die Richter erster Instanz und die der Appellations-Instanz, die Mitglieder des Cassationshofes und des Rechnungshofes werden durch den Präsidenten der Republik ernannt nach einer Kandidatur-Ordnung oder nach den Bedingungen, welche durch die organischen Gesetze bestimmt werden.

Art. 86. Die Beamten des öffentlichen Ministeriums werden durch den Präsidenten der Republik ernannt.

Art. 87. Die Richter erster und zweiter Instanz, die der Appellations-Instanz, die Mitglieder des Cassationshofes und des Rechnungshofes werden auf Lebenszeit ernannt. Sie können nur durch ein Urtheil abgesetzt oder suspendirt und nur unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden.

Art. 88. Die Kriegsgerichte und Revisions-Conseils der Land- und Seemacht, die Seegerichte, die Handelsgerichte, die Sachverständigen und andere besondere Gerichte behalten ihre bisherige Einrichtung und Befugnisse, bis solche durch ein Gesetz geändert werden.

Art. 89. Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden werden durch ein besonderes Gericht aus Mitgliedern des Cassationshofes und des Staatsrathes, welche alle drei Jahre in gleicher Zahl von diesen beiden Körperschaften bezeichnet werden, geschlichtet. Bei diesem Gerichte wird der Justizminister den Vorsitz führen.

Art. 90. Die Berufungen wegen Inkompetenz und Ueberschreitung der Befugniß gegen die Urtheile des Rechnungshofes gehören unter den Gerichtsstand der Konflikte.

Art. 91. Ein hoher Staatsgerichtshof entscheidet, ohne Appellation und Cassationsberufung, die von der National-Versammlung gegen den Präsidenten der Republik oder die Minister gerichteten Anklagen. Er entscheidet gleichermaßen über alle wegen Verbrechen, Attentaten oder Verschwörungen gegen die innere oder äußere Sicherheit des Staates beschuldigten Personen, welche die National-Versammlung vor ihn verweist. Den Fall des Art. 68 ausgenommen, kann er nur einschreiten auf Grund eines Beschlusses der National-Versammlung, welcher die Stadt bezeichnet, wo der Gerichtshof seine Sitznngen zu halten hat.

Art. 92. Der hohe Staatsgerichtshof besteht aus fünf Richtern und sechsunddreißig Geschworenen. Jedes Jahr in den ersten vierzehn Tagen des Monats November ernennt der Cassationshof aus seiner Mitte, in geheimer Abstimmung und mit absoluter Stimmenmehrheit, die Richter des hohen Staatsgerichtshofes, fünf an der Zahl, und zwei Stellvertreter. Die fünf wirklich Sitzung haltenden Richter wählen ihren Präsidenten. Die Beamten, welche das Amt des öffentlichen Ministeriums versehen, werden durch den Präsidenten der Republik bezeichnet, und, im Falle der Anklage gegen diesen oder die Minister, durch die National-Versammlung. Die Geschworenen, sechsunddreißig an der Zahl, nebst vier zur Ergänzung, werden aus den Mitgliedern der General-Conseils der Departements genommen. Volksvertreter können nicht darunter sein.

Art. 93. Wenn ein Beschluß der National-Versammlung den Zusammentritt des hohen Staats-Gerichtshofes angeordnet hat, und in dem Falle des Art. 68 auf die Aufforderung des Präsidenten oder eines der Richter, zieht der

[illegible]

Art. 94. [illegible]

Art. 95. Die Geschworenen, welche keine gültige Entschuldigung vorbringen, werden in eine Geldbuße von [illegible] bis 10,000 Fr. und zum Verluste ihrer politischen Rechte während höchstens fünf Jahr verurtheilt.

Art. 96. Der Angeklagte und das öffentliche Ministerium üben jeder das Recusationsrecht wie beim gewöhnlichen Gerichtsverfahren aus.

Art. 97. Die Erklärung der Geschworenen, daß der Angeklagte schuldig ist, kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gegeben werden.

Art. 98. In allen Fällen, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, kann die National-Versammlung nach den Umständen den beschuldigten Minister, was die bürgerliche Genugthuung angeht, vor den hohen Staatsgerichtshof oder vor die gewöhnlichen Gerichte verweisen.

Art. 99. Die National-Versammlung und der Präsident der Republik können in allen Fällen die Untersuchung der Handlungen jedes anderen Beamten, als des Präsidenten der Republik, dem Staatsrathe übertragen, dessen Bericht dann veröffentlicht wird.

Art. 100. Der Präsident der Republik hat nur vor dem hohen Staatsgerichtshofe seinen Gerichtsstand; mit Ausnahme des im Art. 68 vorgesehenen Falles kann er nur auf eine Anklage von Seiten der National-Versammlung wegen der im Gesetze bestimmten Verbrechen und Vergehen verfolgt werden.

Abschnitt IX.

Von der öffentlichen Macht.

Art. 101. Die öffentliche Macht ist bestimmt, den Staat gegen äußere Feinde zu vertheidigen und im Innern die Aufrechthaltung der Ordnung und die Ausführung der Gesetze zu sichern. Sie besteht aus der National-Garde und dem Land- und See-Heere.

Art. 102. Jeder Franzose ist unter den im Gesetze bestimmten Ausnahmen den Dienst im Heere und in der National-Garde zu leisten schuldig. Die jedem Bürger zustehende Befugniß, sich vom persönlichen Kriegsdienste zu befreien, wird durch das Rekrutirungs-Gesetz geregelt.

Art. 103. Die Einrichtung der National-Garde und des Heeres werden durch das Gesetz festgestellt.

Art. 104. Die öffentliche Macht ist wesentlich gehorchend. Kein bewaffnetes Corps kann berathen.

Art. 105. Wenn die öffentliche Macht zur Erhaltung der Ordnung im Innern verwendet wird, handelt sie nur nach Aufforderung der gesetzlichen Behörden, gemäß den von der gesetzgebenden Gewalt bestimmten Regeln.

Art. 106. Ein Gesetz wird die Fälle bestimmen, wo der Belagerungszustand ausgesprochen werden kann, und die Formen und Wirkungen dieser Maßregel feststellen.

Art. 107. Keine fremden Truppen können ohne vorläufige Einwilligung der National-Versammlung den französischen Boden betreten.

Abschnitt X.

Besondere Bestimmungen.

Art. 108. Die Ehrenlegion wird beibehalten; ihre Statuten sollen revidirt und mit der Verfassung in Einklang gebracht werden.

Art. 109. Das Gebiet Algeriens und der Colonieen

wird als französisches Gebiet erklärt, und es wird dasselbe durch eigene Gesetze verwaltet, bis ein besonderes Gesetz sie unter die gegenwärtige Verfassung stellt.

Art. 110. Die National-Versammlung vertraut die Bewahrung der gegenwärtigen Verfassung und der durch sie geheiligten Rechte der Obhut und Vaterlandsliebe aller Franzosen an.

Abschnitt XI.

Von der Revision der Verfassung.

Art. 111. Wenn im letzten Jahre einer Legislatur die National-Versammlung den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Verfassung im Ganzen oder theilweise abgeändert werden möge, so wird auf folgende Weise zu dieser Revision geschritten. Der von der National-Versammlung ausgedrückte Wunsch wird erst in einen feststehenden Beschluß verwandelt durch drei nach einander in Zwischenräumen von je einem Monat gehaltene Berathungen und durch Dreiviertel der abgegebenen Stimmen. Die Anzahl der Stimmenden muß wenigstens Fünfhundert sein. Die Revisions-Versammlung wird nur auf drei Monate ernannt. Sie darf sich nur mit der Revision, wozu sie berufen worden ist, beschäftigen. Nichtsdestoweniger kann sie in dringenden Fällen für das in der Gesetzgebung Nothwendige Sorge tragen.






Stanford University Libraries
3 6105 005 593 ccо

